

Robert Hofmann

Die Sicherheitspolitik der SPD 1966-1977

Innerparteiliche Willensbildung und praktizierte
Regierungspolitik im nationalen und internationalen
Bezugsrahmen

Ansätze zur Entspannung und Rüstungskontrolle
Bundeswehrreformen
Aufrüstung, Rüstungswirtschaft und Waffenexport
Politik im NATO-Bündnis

1. Referent: Prof. K. Sontheimer
2. Referent: Prof. H. Glassl
Tag d. mdl. Prüfung: 17. 2. 1987

Robert · H o f m a n n

D I E S I C H E R H E I T S P O L I T I K D E R S P D

1 9 6 6 - 1 9 7 7

Innerparteiliche Willensbildung und praktizierte Regierungs-
politik im nationalen und internationalen Bezugsrahmen

Phil. Diss. Lehrstuhl Prof. Dr. Kurt Sontheimer, LMU München

1987

SOZIALWISSENSCHAFTLICHER VERLAG PUCHHEIM/b. MÜNCHEN

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	Seite
Vorbemerkung	8
<u>1. Problemstellung und Methode</u>	9
1.1. Die Problemstellung	10
1.2. Der sicherheitspolitische Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß innerhalb der SPD	13
1.3. Zur Literaturlage	17
1.4. Methode, Quellenlage und -auswertung	19
1.5. Die Periodisierung	23
<u>2. Die entspannungs- und rüstungskontroll- politische Dimension</u>	25
2.1. Anspruch und Realität der Entspannungs- politik	26
2.1.1. Die sozialdemokratische Entspannungs- konzeption	26
2.1.2. Die KSZE-Politik zwischen Multilate- ralismus und Blockbindung	39

	Seite
<u>2.2.----- Ansätze zur Rüstungskontrolle</u>	51
2.1.2. Die Beteiligung am MBFR-Prozeß	51
2.2.2. Die sozialdemokratische Kommentierung bilateraler Rüstungskontrollansätze zwischen den USA und der UdSSR	79
<u>3. Die militärpolitische Dimension</u>	91
<u>3.1. Die Militärpolitik in der Großen Koalition</u>	92
3.1.1. Die innere Situation der Bundeswehr	92
3.1.1.1. Die sozialdemokratische Perzeption der Inneren Führung und deren mangelhafte Implementierung in der Praxis	92
3.1.1.2. Die Einschätzung der NPD und deren Einfluß auf die Bundeswehr	104
3.1.2. Der Rüstungsbereich	111
3.1.2.1. Die Diskussion um die Rüstungsausgaben im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung und unter den Bedingungen der CSSR-Intervention durch die WVO	111
3.1.2.2. Die Konzentration der Rüstungsindustrie durch Staatsdirigismus	118
3.1.2.3. Opposition auf dem Gebiet der Waffenbeschaffungen	122

	Seite
3.1.2.4. Entwicklungstendenzen der Militär- hilfe und des Rüstungsexports	132
3.1.3. Die Politik im NATO-Bündnis	134
3.1.3.1. Die 'flexible response' und das nationale Sicherheitsinteresse	134
3.1.3.2. Nukleare Mitwirkungsbestrebungen durch Planungsbeteiligung, Konsul- tationsverbesserungen und Vetorecht	140
<u>3.2. Die Ära Schmidt</u>	149
3.2.1. Schmidts Reformprogramm	149
3.2.1.1. Die "kritische Bestandsaufnahme" der Bundeswehr	149
3.2.1.2. Die organisatorische Neuordnung des Verteidigungsministeriums	158
3.2.1.3. Die "Phase des offenen Konflikts" um die Innere Führung	162
3.2.1.4. Effizienz- und Attraktivitätsstei- gerung der Bundeswehr durch Bildungs- und Ausbildungsreform sowie soziale Verbesserungen	180
3.2.1.5. Kampfwertsicherung durch Maßnahmen zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit	193
3.2.2. Rüstungsbereich und Rüstungswirtschaft	205

	Seite
3.2.2.1. Die Neuordnung des Rüstungsbereichs und die institutionelle Absicherung des Rüstungslobbyismus	205
3.2.2.2. Die Ausweitung des Wehretats und die Beschaffungspolitik	218
3.2.2.3. Restriktive Waffenexport- und Militärhilferichtlinien im Widerstreit von Moral und wirtschaftlichen "Sachzwängen"	229
3.2.3. Die Mitwirkung in der NATO	240
3.2.3.1. Die Erfüllung der Bündnisverpflichtungen unter den Bedingungen verstärkter europäischer Mitwirkung in der NATO	240
3.2.3.2. Devisenausgleichsverhandlungen im Zeichen ausgeweiteter Forderungen der Stationierungsländer	252
<u>3.3. -----</u> <u>Ausdünnung der Reformkonzepte, Aufrüstung</u> <u>und verstärkte innerparteiliche Kritik</u> <u>in der Amtszeit Lebers</u>	258
3.3.1. Stagnation und Ausdünnung der Reformpolitik	258
3.3.1.1. Der Verteidigungsminister zwischen Generalität und Partei - der Verfall des politischen Primats	258
3.3.1.2. Stagnation und restaurative Tendenzen in der Ausgestaltung der Bildungsreform als Ausdruck einer Krise der Inneren Führung	274

3.3.1.3. Reformversuche der Kriegsdienstverweigerung und deren Liquidierung durch das Bundesverfassungsgericht	287
3.3.1.4. Die Ausdünnung und Verkehrung der Wehrstrukturreform	295
3.3.2. Nationale Aufrüstung und Rüstungswirtschaft	301
3.3.2.1. Die Diskussion um die Begrenzung der Rüstungsausgaben	301
3.3.2.2. MRCA, Fregatten - die "Rundumerneuerung" der Bundeswehr	312
3.3.2.3. Die Legitimation der Aufrüstungsmaßnahmen gegenüber der Partei und der Öffentlichkeit	322
3.3.2.4. Die weitere Entwicklung der Rüstungswirtschaft und die Ausweitung des Rüstungsexports	329
3.3.3. Die NATO als Bezugsrahmen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik	344
3.3.3.1. Anstöße zu einer Strategiekritik	344
3.3.3.2. Das Ende des Devisenausgleichs	348
3.3.3.3. Bedrohungsanalysen zwischen Realismus und Alarmismus	352
3.3.3.4. "Perversion des Denkens" - die Diskussion um die Neutronenwaffe	362

	Seite
<u>4. Zusammenfassende Schlußbetrachtungen</u>	372
<u>4.1. Zur Entspannungs- und Rüstungs-</u> <u>kontrollpolitik</u>	373
<u>4.2. Zur Militärpolitik</u>	376
4.2.1. Die Große Koalition	376
4.2.2. Die Ära Schmidt	378
4.2.3. Die Amtszeit Lebers	381
<u>4.3. Der innenpolitische Konsens</u>	384
<u>4.4. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik</u> <u>in der Regierungsverantwortung</u>	387
Literaturverzeichnis	390
Quellen	390
Sekundärliteratur	398
Abkürzungsverzeichnis	408

Vorbemerkung

Zu danken habe ich besonders Herrn Prof. Dr. Kurt Sontheimer, der dieses Dissertationsprojekt an seinem Lehrstuhl am Geschwister-Scholl-Institut in München ermöglicht hat. Mein herzlicher Dank gilt weiter Herrn Prof. Dr. Klaus von Schubert, der die Arbeit von der ersten Idee an mit wertvollen Anregungen und mit Gutachten betreut hat. Danken möchte ich auch den Herren Dr. Simon Andrä, Karl-Wilhelm Berkhan, Heinrich Buch, Prof. Dr. Horst Glassl, Dr. Josef Henke und Dr. Peter von Schubert, die alle auf Ihre Weise Hilfestellung gaben. Ohne die Promotionsförderung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, für die sich dankenswerter Weise der bayerische Landesvorsitzende der SPD, MdB Dr. Rudolf Schöfberger verwendet hat, wäre diese Untersuchung unmöglich gewesen. Nicht zuletzt möchte ich Ellen Burger, Ulrich Baumgärtner und Claus Schmitz für Schreib- und Lektoratsarbeiten danken sowie den freundlichen Angestellten des Instituts für Zeitgeschichte in München, des Archivs für Soziale Demokratie und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn für ihre nicht geringen Mühen.

1. Problemstellung und Methode

1.1. Die Problemstellung

Die vorliegende Arbeit versucht, eine deskriptive Analyse der sicherheitspolitischen Meinungs- und Willensbildung in der SPD und ihrer Rückkoppelung mit der Regierungspolitik im Zeitraum 1966 bis 1977 zu leisten.

Sicherheitspolitik wird hierbei definiert als Verteidigungspolitik, die durch militärische Abschreckung versucht, vor äußeren Bedrohungen zu schützen, den Frieden¹⁾ zu bewahren und als ergänzenden integralen Bestandteil vertraglich fixierte Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik²⁾ einschließt.

Die gewählte Analyseeinheit und ihre Definition entsprechen dem Selbstverständnis maßgeblicher Konzeptoren und Akteure sozialdemokratischer Sicherheitspolitik.³⁾

Die analytische Darstellung wird in zwei große Komplexe gegliedert:

1. Entspannungspolitik und Ansätze zur Rüstungskontrolle
2. Militärische Aspekte der Sicherheitspolitik.

Dabei soll die Interaktion von außen- und innenpolitischem Bezugsrahmen einerseits und innerparteilichen Entscheidungen sowie der praktizierten Politik andererseits herausgearbeitet werden.⁴⁾

1) Frieden heißt hier lediglich ein zwischenstaatlicher "Zustand relativer Entspanntheit und Stabilität (...), in dem Konflikte unter Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt geregelt werden", vgl. Lutz E. 1980 : S. 91

2) Vgl. S. 25ff.

3) Vgl. z.B. Schmidt ⁶1981 : S. 243ff.

4) Vgl. Haftendorn 1974 : S. 19f.

Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf den militärpolitischen Aspekten, da zur Entspannungspolitik z.T. bereits ausführliche Untersuchungen vorliegen,¹⁾ und da die Rüstungskontrollpolitik nur zu einem geringen Teil von sozialdemokratischen Akteuren mitbestimmt wurde. Der Bereich der Militärpolitik ist aufgegliedert nach den Zeitabschnitten

- Große Koalition (3.1.),
- Ära Helmut Schmidt (3.2.),
- Amtszeit Georg Lebers (3.3.).

Jeder Abschnitt ist wiederum dreigeteilt und umfaßt

- a) die innere Situation der Bundeswehr,.
- b) den Rüstungsbereich,
- c) die Politik im NATO-Bündnis.

Im Zentrum des erkenntnisleitenden Interesses steht die Frage nach den Entstehungsbedingungen und der Bedeutung sicherheitspolitischer Bundesparteitagsbeschlüsse, anderer programmatischer Aussagen und entwickelter Konzeptionen für die praktizierte Regierungspolitik, bzw. deren Rückwirkung auf den Meinungs- und Willensbildungsprozeß der SPD.

In Anlehnung an Michael Brechers Entwurf für einen politikwissenschaftlichen Forschungsansatz²⁾ soll der Willensbildungsprozeß und seine Wechselwirkung mit der Regierungspolitik zur "issue-area" Sicherheitspolitik folgend dargestellt werden, nämlich

- a) durch die deskriptive Analyse der diskutierten praxisrelevanten Sachprobleme in ihrer historischen Genese, jedoch systematisch geordnet und
- b) durch die problemspezifischen nationalen und internationalen Bezugseinheiten für die Konzipierung, Willensbildung und die Umsetzung in die praktizierte Regierungspolitik.³⁾

1) Umfassend z.B. Baring³ 1982; Haftendorn 1974, 1978, 1983; Einzelaspekte vgl. Braunmühl 1973; Kuper 1974; Schmid²⁾ 1980

2) Vgl. Brecher/Steinberg/Stein 1969

3) Vgl. Wilker 1977 : S. 11; auch Rosenau 1967

Die Auswahl der Sachproblemfelder erfolgt

- a) nach ihrer allgemeinen sicherheitspolitischen Relevanz,
- b) nach ihrem Stellenwert in der Parteidiskussion und der Regierungspolitik,
- c) nach ihrer Bedeutung und Entwicklungsfähigkeit für einen sich aktuell abzeichnenden Wandel in den sicherheitspolitischen Auffassungen der SPD.¹⁾

Nicht zuletzt stellt sich die vorliegende Arbeit die Aufgabe, einen Beitrag zur zeitgeschichtlichen Darstellung der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik im Zeitraum 1966 bis 1977 zu leisten.

1) Vgl. dazu die sicherheitspolitischen Beschlüsse der SPD-bundesparteitage 1984 und 1986.

1.2. Der sicherheitspolitische Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß innerhalb der SPD

Zahlreiche Untersuchungen zur innerparteilichen Demokratie, zum Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß der bundesrepublikanischen Parteien, kommen übereinstimmend zu dem Schluß, daß die SPD zentralistisch-oligarchisch organisiert und gesteuert wird.¹⁾

Die Bundesparteitage als die obersten Beschlußorgane der Partei werden von der Parteiführung inhaltlich und organisatorisch vorbereitet. Wenn auch der Parteivorstand bei der Formulierung von Leitanträgen auf die Konsensbereitschaft der Delegierten Rücksicht nehmen muß, so stehen ihm doch gerade in Zeiten einer Regierungsbeteiligung wirkungsvolle Pressionsmittel, wie z.B. Rücktrittsdrohungen, Hinweise auf den möglichen Verlust der Regierungsfähigkeit usw. zur Verfügung, so daß die Annahme oppositioneller Anträge während solcher Zeiträume höchst unwahrscheinlich ist.

Obwohl formal selbst unterste Parteigliederungen, wie Ortsvereine, Antragsrecht besitzen, hat auch ein Bezirksantrag nur dann die Chance auf Annahme, wenn er in der Essenz mit entsprechenden Leitanträgen des Parteivorstands übereinstimmt. Ferner stehen der Parteitagsregie mit der Gestaltung der Tagesordnung, der Setzung von Diskussionsschwerpunkten usw. wirksame Instrumentarien zur Verfügung, welche durch die vorbereitend-selektive Arbeit der Antragskommissionen noch weiter effektiviert werden.²⁾

1) Vgl. z.B. Dittberner 1969 : S. 36ff.; Hütter 1975 : S. 20f.; Kaack 1971; Lohmar 1963 : S. 80ff.; Nowka 1972 : S. 116ff.; See 1972 : S. 35ff. u. S. 76ff.; Trautmann 1975 : S. 231ff.; Wilker 1977 : S. 12ff.; Zeuner 1969

2) Vgl. dazu Dittberner 1970 : S. 265; Kaack 1971 : S. 528; Trautmann 1975 : S. 257f.

In der Regel ist der einzelne Delegierte durch die Antragsflut (nicht selten über 1 000 Anträge pro Bundesparteitag) heillos überfordert und deshalb nur allzu leicht bereit, Anträge durch Parteivorstandsvorlagen "als erledigt" zu erklären, bzw. der - die Partei zu nichts verpflichtenden - "Überweisung an Parteivorstand und/oder Fraktion als Material" zuzustimmen.

Bezüglich der Sicherheitspolitik und besonders ihrer militärpolitischen Komponente stellte sich im Untersuchungszeitraum eine besondere Situation insofern dar, als die SPD aufgrund ihrer Traditionen nur über eine kleine Zahl von Experten verfügte, welche als Konzeptoren und Akteure (die meisten davon ohnehin nur reproduzierend) die Inhalte und damit auch die Leitanträge bestimmten. Besondere Rivalitäten oder gar Machtkämpfe zwischen Parteiführung und Fraktion bzw. den Regierungsmitgliedern lassen sich deshalb anhand inhaltlicher Positionen kaum ausmachen.¹⁾

So waren die Experten der SPD abwechselnd oder gleichzeitig in der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der Bundestagsfraktion, in der Kommission für Sicherheitspolitik beim Parteivorstand, im Verteidigungsausschuß, als Staatssekretär, als Wehrbeauftragter oder als Verteidigungsminister tätig, so daß die jeweils vertretenen sicherheitspolitischen Positionen allein wegen der personellen Identität weitgehend kongruent waren. Von 1966 bis 1977 waren zudem alle relevanten Funktionärsposten im sicherheitspolitischen Bereich von der einflußreichen rechten Parteigruppierung der "Kanalarbeiter" besetzt, was zusätzlich für Stabilität sorgte.²⁾

1) Bezüglich des Verhältnisses von Parteivorstand und Fraktion hat bereits See 1972 : S. 83 zutreffend darauf hingewiesen, daß "ein Dualismus zwischen Parteiführungsgremien (...) wenigstens nicht in der Art" existiere, "daß die Angehörigen der Parteivorstände den Fraktionsmitgliedern in jedem Fall mit unterschiedlichen Rollen und Funktionen als Personen gegenüberstünden."

2) Vgl. Müller-Rommel 1982 : S. 213ff.; erst 1976 wurde mit Schmude ein Parteilinker Vors. des AK I (Außen- und Sicherheitspolitik), "eingerahmt" allerdings von den beiden "Kanalarbeiter"-Stellvertretern Buchstaller und Fellermaier.

Hinzu kam die sicherheitspolitische Abstinenz der Parteilinken. So beschränkte sich die linke sicherheitspolitische Opposition fast ausnahmslos auf punktuellen, meist nur moralisch begründeten Protest (z.B. in Fragen des Rüstungsexports oder der zu hohen Rüstungsausgaben) und war nicht in der Lage, umfassende Gegenpositionen zur Regierungspolitik zu entwickeln.¹⁾

Wenn auch daher die SPD im Untersuchungszeitraum als quasi einheitlicher sicherheitspolitischer Akteur angesehen werden kann, so sollen doch gleichzeitig abweichende und oppositionelle Positionen in der Analyse mitberücksichtigt werden. Dies erscheint retrospektiv um so wichtiger, als darin für den gegenwärtig (1986) sich abzeichnenden Wandel in den sicherheitspolitischen Auffassungen der SPD²⁾ erste Ansätze zu finden sind. Bei einer Beschränkung auf die bloße Darstellung der durchgesetzten Parteilinie bliebe dieser Wandel in seiner historischen Genese unerklärbar.

Der sicherheitspolitische Willensbildungsprozeß in der SPD kann anhand der Expertendiskussion der in Partei- und Fraktionsgremien, auf Regierungsebene und auf Bundesparteitagen tätigen Konzeptoren und Akteure rekonstruiert und analysiert werden. Die Liste der Experten ergibt sich aus den zahlreichen Quellenzitaten und umfaßt mit der Schwerpunktsetzung Entspannungspolitik v.a. Bahr, Brandt, Friedrich, Koschnick, Mattick und Wehner, den Bereich der gesamten Sicherheitspolitik abdeckend Helmut Schmidt, Wienand, Bülow, Leber und Pawelczyk (letzterer v.a. auf dem Gebiet der Rüstungskontrollpolitik), für innere Probleme der Bundeswehr und den Rüstungsbereich v.a. Berkhan, Blank, Buchstaller, Hansen, Horn, Herold, Hermstorf, Neumann,

1) Der "Frankfurter Kreis" der Parteilinken richtete zwar im September 1973 eine "Kommission Sicherheitspolitik" unter dem Vorsitz von Karsten Voigt ein, befaßte sich aber in den Jahren 1972-1977 schwerpunktmäßig nicht mit sicherheitspolitischen Themen; vgl. Müller-Rommel 1980 : S. 82f.

2) Vgl. S. 12, Anmerkung 1)

Schlaga, Schmidt-Würgendorf und Würtz, für Fragen der Rüstungswirtschaft Richter und für Probleme der Wehrdienstverweigerung Iven.

Der maßgebliche Ort für die Meinungsbildung und Entscheidungsvorbereitung der sozialdemokratischen Sicherheits- und Militärpolitik war die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, die in enger Kooperation mit den sozialdemokratischen Staatssekretären und dem Verteidigungsminister stand.¹⁾

-
- 1) Gegen Ende des Untersuchungszeitraums verliert diese Kooperation allerdings an Bedeutung, vgl. S. 383. Die Einordnung der militärischen Sicherheitspolitik in den Gesamtbereich der Außenpolitik erfolgte im AK I. Die Konzeptionsbildung zur Entspannungspolitik wurde v.a. im Planungsstab des AA gearbeitet. Vgl. auch Apel 1970; Schmid 1980 : S. 202ff.

1.3. Zur Literaturlage

Die sicherheitspolitische Willensbildung der SPD wurde für die Zeiträume 1949-1955 (Löwke 1976) und 1956-1966 (Wilker 1977) bereits ausführlich analysiert. Die Determinanten des Wandels sozialdemokratischer Sicherheitspolitik 1960/61 wurden gesondert untersucht (Hütter 1975).

Eine durchgehende Arbeit, die sich mit dem sicherheitspolitischen Willensbildungsprozeß der SPD und den Wechselwirkungen mit der Regierungspolitik der Jahre 1966-1977 befaßt, existiert bisher nicht.

Aspekte der sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik sind integraler Bestandteil der Arbeiten von Haftendorn, v.a. 1974 und 1983.

Das Werk "Verteidigung im Bündnis" (²1975, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt) gibt einen Überblick über die Militärpolitik der Bundesrepublik bis 1972.

Die Entstehungsgeschichte und den Verlauf der sozialliberalen Koalition bis 1974 im Hinblick auf die Neue Ostpolitik schildert detailliert Baring ³1982.

Teilaspekte der sozialdemokratischen Entspannungspolitik untersuchen Braunmühl 1973, Kuper 1974 und Schmid ²1980.¹⁾

Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse analysieren Haftendorn u.a. 1978 sowie Seidelmann 1982.²⁾

Kempe 1973 versucht von einem orthodox-marxistischen Standpunkt "die Entwicklung des Verhältnisses der SPD zur Bundeswehr und zur Rüstungsindustrie von den Anfängen der Aufrüstungspolitik unter Adenauer bis in die Gegenwart" (1972, d. Verf.) nachzuzeichnen".³⁾

1) Aus der Literaturfülle zur Entspannungspolitik werden hier nur die Werke aufgeführt, die im engeren Zusammenhang mit der Problemstellung der vorliegenden Arbeit stehen.

2) Vgl. ders. v.a. S. 120ff.

3) Kempe 1973 : S. 8

Eine Zusammenfassung der "Sicherheitspolitik der SPD in der Regierungsverantwortung" gibt Horn 1984 (24 S.) - von Anlage und Darstellung her eher eine apologetische Propagandaschrift. Noch am ehesten mit dem Kontext der innerparteilichen Willensbildung der Jahre 1966-1973 befaßt sich Arend 1975, der sich auf knappsten Raum fast ausschließlich auf Parteitagsprotokolle stützt und (links-)oppositionelle Stimmen überbetont. Einen kurzen kritischen und moralisierenden Beitrag zur Inkongruenz von Beschlußlage und der sicherheitspolitischen Regierungspraxis bietet Hansen 1981 (25 S.).

Die sicherheitspolitische Sekundärliteratur, selbst zu Einzelproblemen,¹⁾ hat von der Quantität her fast unübersehbare Ausmaße angenommen. Berücksichtigt wurden nach einer gründlichen Überprüfung vor allem die wichtigsten Beiträge,²⁾ die bei der Behandlung sicherheitspolitischer Detailfragen in die vorliegende Arbeit einfließen.

1) So umfaßt z.B. eine von Lippert 1977 erstellte Bibliographie zum Detailproblem "Neuordnung von Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr" allein für die Jahre 1970-1976 969 Titel.

2) Vgl. Verzeichnis der Sekundärliteratur, S. 405ff., in das aus Platzgründen in der vorliegenden Ausgabe nur die zitierten Werke aufgenommen wurden.

1.4. Methode, Quellenlage und -auswertung

Hütter 1975 hat bereits darauf hingewiesen, daß die Ermittlung sicherheitspolitischer Zielsetzungen wie auch die Rekonstruktion des Meinungsbildungsprozesses "bei einer Partei in einem parlamentarischen Regierungssystem ziemlich gut möglich" sei.¹⁾ Obwohl normalerweise die Einsicht in unveröffentlichte Akten, Protokolle usw. verwehrt bleibt,²⁾ so könne anhand "einer Unzahl öffentlicher Äußerungen, die zu einem großen Teil dokumentiert sind",³⁾ wissenschaftliche Analyse dennoch sinnvoll und ohne essentielle Abstriche am Niveau durchgeführt werden.⁴⁾

Der Versuch, Sitzungsprotokolle sowie Diskussionsunterlagen der sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand und der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der Bundestagsfraktion einzusehen, wurde nachdrücklich betrieben; er blieb jedoch

-
- 1) Hütter 1975 : S. 22; auch Schubert 1978 : S. 44 stellt für den Untersuchungszeitraum zutreffend fest: "Wenn man für diesen Zeitraum noch über keine Dokumente aus Archiven verfügen kann, so ist doch anhand der weitgehend öffentlich geführten sicherheitspolitischen Debatten und der implizit sicherheitspolitisch geführten außen- und deutschlandpolitischen Diskussionen die Entwicklung der sicherheitspolitischen Argumentation und Konzeptbildung anhand typischer Dokumente zu verfolgen und zu belegen."
 - 2) Nicht so für "Insider" wie Berg 1982, Liebau 1976, Mechttersheimer 1977. Die zutage geförderten Erkenntnisse (z.T. aus Protokollen des Verteidigungsausschusses) sind jedoch kaum erstaunlich und wären ebenso aus öffentlich zugänglichen Quellen abzuleiten.
 - 3) Hütter 1975 : S. 22
 - 4) Baring³ 1982, dem großzügig Akteneinsicht gewährt wurde, bestätigt, daß die hochhängenden Trauben tatsächlich sauer sind. So würden Akten "nur die Verwaltung, den Vollzug bereits beschlossener Politik widerspiegeln. Auch Sitzungsprotokolle werden (...) die Neugier unbefriedigt lassen; Politiker gehen diskreter miteinander um, als mancher vermutet." (Ebda. : S.16)

ergebnislos.¹⁾

Die Quellenlage ist für den Untersuchungszeitraum dennoch erheblich günstiger als für vorhergehende Analysen, da zumindest seit 1969/70 die sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit sowohl der SPD (nachzuweisen vor allem im SPD-Pressedienst, im PPP und ab 1971 im Mitteilungsblatt "sozialdemokratische Sicherheitspolitik") als auch des Bundesministeriums der Verteidigung (hier vor allem durch die Herausgabe von Weißbüchern, aber auch ausführlichen Pressemitteilungen zu allen wesentlichen sicherheitspolitischen Details) einen enormen quantitativen und qualitativen Aufschwung erlebt hat.

Für die SPD und ihre Verteidigungsminister ergab sich dies aus dem demokratischen Selbstverständnis, Sicherheitspolitik transparenter zu machen sowie aus dem Bestreben, die nach wie vor bestehenden Vorbehalte in der Bundeswehr und in der konservativen Öffentlichkeit gegenüber der Sozialdemokratie in diesem Bereich dokumentarisch zu widerlegen. Unabhängig davon hatte die öffentliche Meinungsäußerung die Funktion

- der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner,
- der Einwirkung auf die Massenmedien,
- der direkten Ansprache sicherheitspolitisch relevanter Zielgruppen,
- der Einstimmung der Fraktion bzw. der mit Sicherheitspolitik befaßten Parteimitglieder auf die Parteilinie,
- des Meinungsaustauschs und der Diskussion strittiger Fragen,

1) Die Einsicht in Sitzungsprotokolle des Parteivorstands, bzw. dessen sicherheitspolitischer Kommission wurde im Herbst 1984 durch den verantwortlichen Funktionär Rüdiger Reiz abgelehnt mit der Begründung, diese seien nicht mehr auffindbar; dies bestätigte sein Nachfolger Franz Borkenhagen im März 1985. Der geschäftsführende Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion erteilte zwar im Mai 1985 die Erlaubnis zur Einsicht in Fraktionsunterlagen der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen; Anfang Juni 1985 wurde diese Entscheidung jedoch durch ein Veto des parlamentarischen Geschäftsführers Gerhard Jahn revidiert.

- der Selbstdarstellung ambitionierter Politiker als sicherheitspolitische Experten und
- der Rechtfertigung und Legitimation des sicherheitspolitischen Kurses vor Parteimitgliedern bzw. Delegierten.

Systematisch ausgewertet wurden fast ausnahmslos veröffentlichte und öffentlich zugängliche Materialien (vor allem über das Archiv für Soziale Demokratie in Bonn). Die wichtigsten Quellen, die mit Hilfe qualitativer Inhaltsanalyse¹⁾ erschlossen wurden, waren

- die Protokolle und Anträge der Bundesparteitage,
- die Protokolle sicherheitspolitischer Fachkonferenzen,
- Stellungnahmen und Pressemitteilungen von Parteivorstand und Fraktion,
- der SPD-Pressedienst (SPD-PD),
- der Politisch Parlamentarische Pressedienst (PPP),
- Sozialdemokratische Sicherheitspolitik (SD-SIPO),
- der VORWÄRTS,
- die NEUE GESELLSCHAFT (NG),
- wichtige Veröffentlichungen sozialdemokratischer Sicherheitspolitiker sowie
- die stenographischen Berichte des Bundestagsverhandlungen und die Bundestagsdrucksachen.²⁾

Die Auswertung vor allem der Pressedienste der SPD ergab eine facettenreiche, in dieser Detailliertheit nicht erwartete Darstellung der sicherheitspolitischen Meinungs- und Willensbildung in Parteivorstand und Fraktion. Die Vermutung liegt nahe, daß jeder sozialdemokratische Sicherheitspolitiker, der in diesen Gremien tätig war und wesentliches zum Diskussionsprozeß beizutragen hatte, dies auch in den allermeisten Fällen öffentlich tat.

1) Nach Hütter 1975 : S. 23 eine "historische Interpretationstechnik, bei der möglichst alle Informationen berücksichtigt werden, die über einen Text, seinen Autor, den Adressaten und die Entstehungssituation vorhanden sind."

2) Vgl. auch Quellenverzeichnis S. 390ff.

Ferner wurden Gespräche mit den oben angeführten sicherheitspolitischen Akteuren oder deren Mitarbeitern geführt, bzw. angestrebt. Zur Grundlage diente dabei der von Schatz ausgearbeitete Fragenkatalog,¹⁾ der aktualisiert, erweitert und dem Untersuchungsgegenstand entsprechend modifiziert wurde. In den meisten Fällen gelang es jedoch nicht, eine umfassende Beantwortung bzw. überhaupt eine wissenschaftlich befriedigende Gesprächsbereitschaft zu erreichen.²⁾

Noch am ergiebigsten war ein im November 1984 durchgeführtes Gespräch mit dem im gesamten Untersuchungszeitraum mit sozialdemokratischer Sicherheitspolitik befaßten damaligen Wehrbeauftragten Karl Wilhelm Berkhan.³⁾

Einen großen Stellenwert nahm die systematische und vergleichende Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften ein,⁴⁾ bei der auf das umfangreiche und umfassende Schnittarchiv der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn zurückgegriffen werden konnte.

1) Vgl. Schatz 1970 : S. 215-221

2) Barings Auffassung, daß solche Gespräche "ganz unentbehrlich, durch nichts zu ersetzen" seien, mag zutreffen. Die Führung solcher Gespräche in großer Zahl hat jedoch entsprechende Arbeitsbedingungen zur Voraussetzung - bei Baring ein dreijähriger Aufenthalt in der Villa Hammerschmidt; vgl. Baring 1982 : S. 17.

3) Bisher unveröffentlichtes Tonbandprotokoll.

4) Nach Baring 1982 : S. 17 "das Rückgrat jeder zeitgeschichtlichen Darstellung".

1.5. Die Periodisierung

Der Beginn des Untersuchungszeitraums fällt zusammen mit der Übernahme von Regierungsverantwortung durch die SPD im Rahmen der Großen Koalition. Dadurch erhielt die Sicherheitspolitik der SPD insofern eine neue Qualität, als sich damit erstmalig die Möglichkeit der praktischen Umsetzung von Konzeptionen, programmatischen Aussagen und Parteibeschlüssen ergab.

Die Arbeit schließt ab mit dem sich abzeichnenden Ende der Amtszeit Lebers als Verteidigungsminister und der innerparteilichen Diskussion auf dem Hamburger Bundesparteitag 1977. Das Jahr 1977 markiert den Beginn einer Wende sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, die sich im verstärkten Hervortreten von Gegenpositionen zur USA-dominierten NATO-Politik ankündigt. Die sicherheitspolitische Diskussion in der SPD wird künftig zunehmend qualifizierter geführt, bezieht immer größere Teile der Partei mit ein und erfaßt auch neue Problemfelder, wie

- die Stationierung von ERW-Systemen,
- die TNF-Problematik allgemein,
- die 'Nachrüstung' bei Mittelstreckenwaffen ,
- die Infragestellung der Abschreckungsdoctrin und
- die Forderung nach der Entwicklung eindeutig defensiver militärstrategischer Konzepte als Alternative zur NATO-Strategie.

Der Zeitraum 1966-1977 kann als in sich geschlossene Periode der 'Normalität' sicherheitspolitischer Diskussion und Meinungsbildung innerhalb der SPD charakterisiert werden, die durchweg vom Problem der Umsetzbarkeit in die praktische Politik geprägt ist. Reformerische Ansätze in der Militär-

politik, die Einleitung und Ausgestaltung der vertraglich fixierten Entspannungspolitik und Initiativen zur Rüstungskontrolle münden in der Amtszeit Lebers in administrative Routine, konzeptionelle wie auch praktische Stagnation. Gleichzeitig belebt sich die innerparteiliche Diskussion, die sich gegen die Regierungspolitik richtet, wodurch tendenziell der große nationale Konsens in der Sicherheitspolitik aufgekündigt wird.

Legitim erscheint es ferner, 1977/78 eine Zäsur in der Periodisierung der Sicherheitspolitik zu setzen, da zu diesem Zeitpunkt deutlich wird, daß die Entspannungspolitik stark an Bedeutung für die sicherheitspolitische Gesamtkonzeption verliert. Dies zeigt sich anhand der Blockierung des KSZE-Prozesses, vor allem aber auch in der Stagnation der Rüstungskontrollverhandlungen. Die ergebnislos verlaufenden MBFR-Verhandlungen und das sich abzeichnende Scheitern von SALT II signalisieren ein Einschwenken der USA von einer Politik der begrenzten Kooperation mit der UdSSR auf eine Politik der Konfrontation und der Überlegenheit. Dies ist ein weiteres gewichtiges Indiz dafür, daß sich am Ende des Untersuchungszeitraums auch ein Umbruch in den außenpolitischen Rahmenbedingungen vollzieht, der den Beginn einer neuen Phase der "Gesamtstrategie" ankündigt, die "erneut im Kalten Krieg und im Wettrüsten" endet.¹⁾

1) Schmidt 1986 : S. 26.

Sicher spräche einiges dafür, die Periodisierung sozialdemokratischer Sicherheitspolitik bis zum Ende der Regierungsbeteiligung auszuweiten. Alleiniges Kriterium für die Periodisierung kann jedoch nicht die Regierungsbeteiligung sein. Die sich abzeichnende Wende sozialdemokratischer Sicherheitspolitik im Jahr 1977, die Stagnation der Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik sowie die sich ändernden internationalen Rahmenbedingungen erscheinen jedenfalls genügend schwerwiegend für eine Zäsursetzung.

2. Die entspannungs- und rüstungskontrollpolitische
Dimension

2.1. Anspruch und Realität der Entspannungspolitik

2.1.1. Die sozialdemokratische Entspannungskonzeption

In der zahlreichen Literatur zur Entspannungspolitik¹⁾ wird nicht selten die Vieldeutigkeit des Entspannungsbegriffes beklagt.²⁾ Von Bedeutung für die vorliegende Untersuchung sind jedoch ausschließlich die sozialdemokratische Konzeption und ihr eventueller Wandel in Theorie und Praxis. Baring hat darauf hingewiesen, daß neben Brandt³⁾ vornehmlich Bahr⁴⁾ als Konzeptor, "Kopf und Herz der neuen, sozialliberalen Ostpolitik" gelten muß.⁵⁾

Wenn auch die sozialdemokratischen Konzeptoren für den Terminus "Entspannung" keine Urheberrechte beanspruchten,⁶⁾ so sollte dieser Begriff doch zur Kennzeichnung einer Außen- und Sicherheitspolitik verwendet werden, die in den Jahren 1967/68 unter Federführung Bahrs im Planungsstab des Auswärtigen Amtes konzeptionell entwickelt wurde und in den weiteren Jahren der sozialliberalen Koalition auch praktische Bedeutung erlangen sollte. Der "Prozeß einer europäischen Entspannung, Normali-

1) Vgl. z.B. Baring³1982, Bender 1972, DGFK-Jahrbuch 1979/80, Görtemaker 1979, Griffith 1981, Haftendorn 1983, Karl³1978, Schmid⁴1980, Schwarz H.P./Meissner 1979, Seidelmann 1982, Zellentin 1976.

2) Meist von Autoren, die der Entspannungspolitik eher skeptisch gegenüberstehen; vgl. z.B. Schwarz H.P. 1977 : S. 45f., der sich angesichts der "unübersehbar zahlreichen grundsätzlichen Ausführungen (...) zur Entspannungspolitik" an die Figur Baldanders aus Grimmelshausens 'Simplicissimus' erinnert fühlt, "der bald 'zu einem großen Eichbaum, bald darauf zu einer Sau, geschwind zu einer Bratwurst und unversehens zu einem großen Bauerndreck' wird".

3) Vgl. Brandt 1968

4) Vgl. Bahr 1963, 1973, 1975, 1976, 1982

5) So Baring³1982 : S. 266; vgl. auch Schmid²1980 : S. 222ff.

6) Brandt 1978 : S. 220 betonte ausdrücklich, daß es nicht die Sozialdemokraten gewesen seien, die "das Wort Entspannung (...) in die internationale Diskussion einführten".

sierung, Zusammenarbeit"¹⁾ sollte sich in drei Phasen vollziehen: Die

1. Phase sah die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten vor. Ein gesondertes, vertraglich geregeltes Verhältnis wurde mit der DDR angestrebt, allerdings unter Aussparung ihrer uneingeschränkten völkerrechtlichen Anerkennung. Vertraglich fixierte Gewaltverzichtsabkommen konnten dann zur Basis für spannungsmindernde umfassende Kooperation werden, von der aus in der
2. Phase auf multilateraler Ebene die militärische Konfrontation in Mitteleuropa durch gleichgewichtige Truppenverminderungen von NATO und Warschauer Pakt abgebaut werden sollte. Dies konnte dann zur Voraussetzung für die
3. Phase werden, in der eine gesamteuropäische "Friedensordnung" geschaffen werden sollte, die als Ergebnis auch die deutsche Wiedervereinigung bringen mochte.²⁾

Die beiden ersten Phasen des Entspannungsprozesses hatten also vornehmlich instrumentalen Charakter; sie sollten durch Spannungsminderung und Konfrontationsabbau die Voraussetzungen für das in Phase 3 definierte "Endziel" schaffen. Die von Bahr und Brandt entwickelte Entspannungskonzeption beinhaltete somit nicht nur instrumentale, sondern auch strukturprojektive Elemente, deren dialektische Verbindung das bestimmende Wesenselement darstellte.³⁾

Retrospektiv (1975) trennte Bahr allerdings die dritte Phase von dieser Konzeption wieder ab und charakterisierte sie als "langfristiges Ziel", das sich einer politischen Konzeption entziehe, da "es nicht mehr möglich (sei), eine Politik

1) Baring ³1982 : S. 266

2) Ebda.

3) Kuper 1978 : S. 242f. sieht in der Verknüpfung instrumentaler und strukturprojektiver Entspannungselemente allerdings einen unvereinbaren Gegensatz.

zu konzipieren, an deren konzipiertem Ende die Wiedervereinigung" stehe. Die "Frage der Wiedervereinigung" verlange vielmehr "einen historischen Prozeß".¹⁾

Wenn auch bereits ab 1973 die Orientierung hin zu einem mehr pragmatisch-instrumentalen Entspannungsbegriff deutlich wird, so lassen sich jedoch strukturprojektive Elemente der Entspannungskonzeption im gesamten Untersuchungszeitraum in Äußerungen von SPD-Politikern oder Parteitageanträgen nachweisen. So stellte z.B. Karl Wienand 1971 im Bundestag als einen der drei wesentlichen Aspekte sozialdemokratischer Sicherheitspolitik heraus, sie wolle "durch Überwindung des Ost-West-Gegensatzes den Frieden in Europa festigen".²⁾ Noch 1977, auf dem Bundesparteitag in Hamburg, nahm der Parteivorstand in seinen - einhellig beschlossenen - Leitantrag folgende Formulierung auf, welche die "Endzielorientierung" der Entspannungspolitik fast provokativ unterstrich: "Die langfristige Entwicklung zu einem Europa der sozialen Demokratie ist unsere Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus. Die Sicherheit der europäischen Staaten beruht auf der engen Zusammenarbeit im Atlantischen Bündnis. Das langfristige Ziel europäischer Friedenspolitik bleibt aber die Überwindung der Blöcke."³⁾

1) Zit. n. Schmid ²1980: S. 225; vgl. auch Bahr 1982 : S. 219

2) Zit. n. Information der SPD-Fraktion v. 28.1.71

3) PT 1977 : S. 735. Schuberts Definition der Entspannungspolitik (ders. 1978 : S. 42), nach der diese "den Ost-West-Konflikt nicht aufheben kann", beschreibt demnach eher Entspannungspolitik, wie sie war - und wie sie vielleicht auch nur sein kann -, klammert jedoch die strukturprojektiven Elemente aus, die in den sozialdemokratischen Vorstellungen zweifelsohne vorhanden waren, und orientiert sich somit ausschließlich an der instrumental-pragmatischen Praxis.

Für die praktische Politik der Phase 1 bedeutete dies jedoch nur, daß man sich Wege zu einer langfristigen Veränderung des politischen und territorialen Status quo nicht durch eine bedingungslose Anerkennung desselben versperren wollte.

"Der Kern" dieser Politik war "der Gewaltverzicht. Dieser Gewaltverzicht soll Grundlage für eine Verbesserung der Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten sein. Da das deutsche Volk in seiner Gesamtheit in absehbarer Zeit nicht auf einen Friedensvertrag hoffen kann, wird der Gewaltverzicht - er kann es zumindest werden - die Basis für die Regelung der einzelnen heute lösbaren politischen Fragen mit den verschiedenen Staaten Osteuropas."¹⁾

Darüber gab es in der Partei Konsens; weniger jedoch über die Frage, wie weit man in der Anerkennung des politischen und territorialen Status quo gehen sollte. Forderungen nach einer uneingeschränkten diplomatischen Anerkennung der DDR, erhoben u.a. in südhessischen und schleswig-holsteinischen Anträgen auf den Bundesparteitag 1968 und 1969, wurden zurückgewiesen.²⁾ Der Parteivorstand umriß seine Positionen zur DDR in seiner Entschließung zur Deutschlandpolitik, die auf dem außerordentlichen Parteitag 1969 (bei 10 Gegenstimmen) angenommen wurde: "Die DDR ist für uns kein Ausland. (...) Es wäre aber wirklichkeitsfremd, die staatliche Existenz des anderen Teils Deutschlands leugnen oder nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen."³⁾ Im gleichen Antrag erklärte die SPD, sich

1) So Brandt, zit. n. Bender 1972 : S. 50; ähnlich Brandt in BT V : S. 7229

2) Vgl. PT 1968 : S. 143ff./Ergänzungsband; a.o. PT 1969 : S. 652ff.

3) A.o. PT 1969 : S. 491. Arend 1975 : S. 96 verweist darauf, daß damit im Vergleich zum Karlsruher Parteitag 1964 "die Parteiführung ihren Standpunkt hinsichtlich der ost- und deutschlandpolitischen Forderungen innerparteilicher Opposition revidiert hatte". So habe sich der Karlsruher Parteitag "noch unter einem die Stirnwand der Schwarzwaldhalle verkleidenden Transparent, das Deutschland in seinen Grenzen von 1938 zeigte mit dem Eindruck 'Erbe und Auftrag'", versammelt.

"in Bundesregierung und Bundestag" dafür einzusetzen, daß "durch verbindliche Abkommen über Gewaltverzicht und Verzicht auf Gewaltandrohung bis zu den endgültigen friedensvertraglichen Regelungen die territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der Demarkationslinien in Deutschland und der Grenzen im Osten gewährleistet wird; (...) das unter Androhung von Gewalt zustande gekommene Münchner Abkommen, das von Anfang an ungerecht war und ungültig ist, ausgelöscht wird durch vertragliche Regelungen".¹⁾

Erschienen solche Aussagen Teilen des linken SPD-Flügels als zu wenig weitgehend, so waren sie für MdB Reinhold Rehs, den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, ein Austrittsgrund. Der Bundesvorsitzende der schlesischen Landsmannschaft, SPD-MdB Herbert Hupka, hatte sich noch 1969 sein Bundestagsmandat gesichert, um dann ab 1970 gemeinsam mit CSU-Abgeordneten die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition heftig zu attackieren, bevor er schließlich wie Rehs zur CDU übertrat.²⁾ Durch diese Austritte wurde die rechte Opposition gegen die Entspannungspolitik innerhalb der SPD bedeutungslos. Da sich die Parteilinke künftig mit der de-facto-Anerkennung der DDR im Grundlagenvertrag³⁾ begnügte, war in der Folge somit die Ost- und Entspannungspolitik in der SPD kein Feld für kontroverse Auseinandersetzungen mehr.

Die innenpolitische Auseinandersetzung um das Ostvertragswerk ist andernorts bereits ausführlich beschrieben und analysiert worden,⁴⁾ so daß im Rahmen dieser Arbeit darauf verzichtet werden kann. Die Begründungen der Opposition für ihre Ablehnung der Ostvertragspolitik der sozialliberalen Koalition waren ähnlich gelagert wie die gegenüber der KSZE.⁵⁾ Ein

1) A.o.PT 1969 : S. 490

2) Vgl. SPD-PD v. 1.3.72

3) Vgl. dazu Haftendorn 1983 : S. 373ff.

4) Z.B. Baring³ 1982 : S. 396ff.; Haftendorn 1983 : S. 384ff.; zur CDU/CSU vgl. Hacke 1975; eine Dokumentation der wichtigsten Bundestagsreden zur 1. Beratung der Ostverträge erstellte Ahlers 1972.

5) Vgl. S. 43; auch BT VI : S. 2665ff.

wesentlicher Bestandteil der Argumentation der CDU/CSU war dabei der Einwand, die Entspannungspolitik bedrohe die Fundamente der westlichen Integrations- und Bündnispolitik.¹⁾ Belege dafür konnte die Opposition allerdings kaum anbieten. So war - unter maßgeblicher Mitwirkung Brandts - bereits 1967/68 im NATO-Grundsatzdokument "Harmelbericht"²⁾ als zweite Säule der Sicherheitspolitik neben der militärischen Abschreckungs- und Verteidigungspolitik die Entspannungspolitik benannt worden. Brandt hatte zudem des öfteren ausgeführt: "Ohne den festen Rückhalt in der Allianz können wir keine Politik der Entspannung betreiben."³⁾ Auch die militärische Funktion der NATO bejahte Brandt ohne Abstriche: "Man würde die Basis der Entspannungspolitik verkleinern, wenn man die NATO schwächte und ihre Wirksamkeit minderte. Die militärische Abschreckung hat den Frieden in Europa gesichert. Es wäre leichtfertig, sie zu beeinträchtigen und das, was erreicht wurde, aufs Spiel zu setzen."⁴⁾ Die "Freundschaft mit den Vereinigten Staaten" charakterisierte Brandt als "ein wichtiges Element unserer Außenpolitik" und gab auch nicht zu erkennen, daß sich dies - wie auch die Orientierung auf das NATO-Bündnis - in absehbarer Zeit ändern könne oder solle: "Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und den übrigen Partnern des Nordatlantischen Pakts ist für die Zukunft, die wir zu überblicken vermögen, lebenswichtig. Es ist ein fundamentales Element unserer Außenpolitik."⁴⁾ Die US-Administration hatte auch von ihrer Seite aus schon 1970 erklärt, daß es gegenüber der sozialdemokratischen Entspannungspolitik keinerlei Vorbehalte gebe,⁵⁾ und anläßlich

1) Vgl. Hacke 1975 : S. 37

2) Bericht des NATO-Rats über die zukünftigen Aufgaben der Allianz v. 13./14.12.1967, in: Bulletin v. 16.12.67

3) Brandt 1968 : S. 97

4) Ebda. : S. 94f.

5) So US-Außenminister Rogers; vgl. SPD-PD v. 20.4.70

eines Besuches Anfang 1972 in den USA hatte Nixon sogar unverhohlene Sympathie für die Ostpolitik Brandts geäußert.¹⁾

Diese Übereinstimmung mit der US-Außenpolitik hatte objektive Ursachen. So mußte eine Politik des containment oder des roll-back angesichts der nuklearen Patt-Situation zwangsläufig durch eine Politik der Spannungsminderung ersetzt werden. Wohin eine Konfrontationspolitik führen konnte, hatte nicht zuletzt die Kubakrise drastisch vor Augen geführt und damit einen außenpolitischen Lernprozeß in Gang gebracht.²⁾

Bahr interpretierte diese Entstehungsbedingungen der Entspannungspolitik zutreffend materialistisch: "Entspannung ist das Ergebnis eines technologischen Durchbruchs, der für eine nicht absehbare Zeit den beiden Supermächten im eigenen Interesse die Benutzung ihrer am weitesten entwickelten militärischen Mittel verbietet. (...) Die Politik der Entspannung war das Ergebnis der Fähigkeit beider Supermächte, auch im Fall eines ersten Schlages des anderen vernichtend zurückzuschlagen zu können. Der große Krieg bot nicht mehr die Chance zu gewinnen".³⁾

Die sozialdemokratische Entspannungspolitik war also nicht allein mit einem Anpassungsprozeß an die US-Politik zu erklären, vielmehr hatten sowohl die US-Regierung als auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung diese neuen objektiven Grundlagen der Außenpolitik perzipiert und konzeptionell verarbeitet. Die sozialliberale Koalition hatte dabei gegenüber den in ideologisierten Rechtsansprüchen befangenen Unionsparteien den Vorteil, daß sie eher als diese in der Lage war, die Hemmnisse für die Einleitung einer solchen Politik mit der bedingten Anerkennung des Status quo zu beseitigen.

1) Vgl. DER SPIEGEL 1-2/1972

2) Vgl. Görtemaker 1979 : S. 46ff.

3) Bahr 1976

Der konstatierte "Bedeutungsverlust des Militärs"¹⁾ durch die von Bahr angesprochene Patt-Situation war jedoch vor allem auf die strategischen Atomwaffen bezogen und darauf, daß der direkte Krieg zwischen den Blöcken nicht mehr als Mittel der Politik gelten konnte. Die Bedeutung militärischer Bewaffnung zur Abstützung des Abschreckungssystems blieb nach wie vor erhalten, die Aufrüstung im konventionellen Bereich hatte hierfür sogar einen größeren Stellenwert zugewiesen bekommen. Brandt, Schmidt und Leber stellten zudem immer wieder klar heraus, daß für sie die militärische Verteidigungs- und Abschreckungspolitik die Basis ihrer Sicherheitspolitik und die Entspannungspolitik lediglich deren Ergänzung darstelle. Gerade Schmidt hatte dies in seinen grundlegenden Werken unterstrichen,²⁾ wie auch z.B. in einer Rede vor der Nordatlantischen Versammlung am 9.11.1970: "Das herausragende Motiv unserer Ostpolitik sowie der östlichen Bestrebungen unserer Bündnispartner ist die Erkenntnis, daß Sicherheit durch Abschreckung eines der wesentlichen Elemente der Stabilisierung der internationalen Beziehungen ist, und daß Sicherheit durch eine Verminderung der Spannung ein zusätzliches Element bildet."³⁾

Gegen eine mögliche "Entspannungseuphorie" wandte sich Leber und warnte vor "Risiken" der Entspannungspolitik: "Wir sind uns darüber klar, daß die Verhandlungen für ein entspannteres Verhältnis zwischen Ost und West auch Risiken einschließen. Der Wunsch der Menschen nach Frieden und Entspannung wird beim ersten Anzeichen von Verhandlungsbereitschaft schon für Realität genommen. Es besteht die Gefahr, daß dies unsere Staaten

1) So Seidelmann 1982 : S. 77f.

2) Vgl. S. 149; Anmerkung 3)

3) Zit. n. Siegler 1970 : Nr. 165

politisch beeinträchtigen, das zur Erhaltung des Kräftegleichgewichts Notwendige zu tun."¹⁾

Diese grundsätzliche Bedeutung, die der Schaffung bzw. Wahrung eines militärischen Gleichgewichts für die sicherheitspolitische Konzeption zukam, erkannten alle maßgeblichen Politiker der SPD an. So lassen sich anhand der Zustimmung zur konkreten Verteidigungs- und Rüstungspolitik etwa zwischen Brandt/Bahr und Schmidt/Leber in wesentlichen Bereichen keine Divergenzen nachweisen.

Dennoch ist es eine Tatsache, daß nach dem Regierungswechsel Brandt zu Schmidt ein Bedeutungsverlust der Entspannungsverlust festzustellen ist, der vor allem in der Stagnation der konzipierten 2. Phase, der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik, sichtbar wurde. Schwerlich wird dies jedoch ausschließlich mit dem personellen Wechsel zu begründen sein; vielmehr war der Austausch von Personen durch geänderte innen- und außenpolitische Rahmenbedingungen verursacht, die ihrerseits auf die Möglichkeiten der Entspannungspolitik zurückwirken mußten.

Die Gründe für diese Stagnation lagen erstens in der sozialdemokratischen Entspannungskonzeption selbst. So mußten die strukturprojektiven Elemente eher spannungsverschärfend und damit kontraproduktiv zum instrumentalen Teil wirken. Trotz aller Beteuerungen, daß es sich bei den "Fernzielen" um sehr langfristige und nur in einem historischen Prozeß verwirklichtbare Projektionen handle, war die Balance zwischen einem "Wandel durch Annäherung"²⁾ einerseits und der dadurch eventuell provozierten Abschottung der östlichen Systeme andererseits in der Praxis kaum zu halten. Dies erwies sich anhand der durch die KSZE entwickelten Dynamik in der Menschenrechtsfrage.³⁾ Umgekehrt war bei einer ausschließlichen

1) So Leber in einer Rede vor der Versammlung der WEU am 22.11.1973, zit. n. Siegler 1973 : Nr. 172

2) Bahr 1963 : S. 555; vgl. auch ders. 1982 : S. 214ff.

3) Vgl. S. 46f.

Status-quo-Orientierung zu befürchten, daß nachweisbare Erfolge, die für eine breite Legitimation der Entspannungspolitik notwendig waren, kaum mehr sichtbar gemacht werden konnten.

Zweitens ließ die klare Hierarchisierung der Ziele sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, der Primat der Bündnisverankerung und der größtmöglichen außen- und innenpolitischen Konsensualität, nicht genügend Spielraum für die Einleitung einer vertraglich abgesicherten eigenständigeren Rüstungskontroll- oder gar Abrüstungspolitik. Wie anhand des MBFR-Prozesses noch aufzuzeigen ist, waren den sozialdemokratischen sicherheitspolitischen Akteuren die Kohäsion und Übereinstimmung in der NATO wichtiger als ein nachdrücklicher Einsatz für negotiable Positionen, die eventuell zu einem Vertragsabschluß hätten führen können.

Drittens trug zur Stagnation und zum faktischen Bedeutungsverlust der Entspannungspolitik für die sozialdemokratische Sicherheitspolitik der Wandel des Gleichgewichtsbegriffes bei. Ursprünglich von Schmidt umfassend definiert,¹⁾ wurde er im Verlauf der Verteidigungspolitik unter Leber immer mehr auf sein militärisches Element verengt und schließlich nur noch zur Legitimation von Aufrüstung verwendet.²⁾ Verstärkt wurde diese Tendenz durch wirtschaftliche Krisenerscheinungen, die dazu beitrugen, daß einzelne Beschaffungsvorhaben, wie

1) Vgl. S. 152; auch Bahr 1982 : S. 190ff.

2) Albrecht/Joxe/Kaldor 1980 : S. 110 haben darauf hingewiesen, "daß das Gleichgewichtskonzept nicht objektivierbar bleibt und stets an Wahrnehmungsvorgänge auf beiden Seiten gebunden ist, die hochgradig politischer Natur sind. Für die Rüstungskontrolle kann dies sowohl ein Hindernis wie eine Chance bedeuten, da alles auf den durchschlagenden politischen Willen ankommt." Für Kuper 1978 : S. 245 war allerdings eine solche Chance nicht gegeben: "Die weitere Aufrüstung der westlichen Staaten ist förmlich geboten, damit der Osten nicht Entspannung als Schwäche wahrnehmen kann."

z.B. der Bau der Fregatten 122,¹⁾ überwiegend aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung eingeleitet wurden und damit die Aufrüstungsdynamik noch beschleunigten.

Viertens zeichnete sich im Verhältnis zwischen den beiden Supermächten durch die Fortsetzung der Aufrüstung eine Entwicklung ab, die zumindest tendenziell zur Auflösung der objektiven Grundlagen für den Entspannungsprozeß führen konnte. Bahr hatte die Bedingungen für eine mögliche Abkehr von der Entspannungspolitik zutreffend folgendermaßen umrissen:

"Entspannung ist (...) keine Modeangelegenheit, sondern Ausdruck eines lebenswichtigen Interesses, das nur dann verändert werden könnte, wenn einer der beiden Kontrahenten eine technologisch neue Dimension erreichte, die ihm die Überlegenheit über den anderen zu einem tragbaren Risiko als möglich erscheinen ließe. Die Entwicklung nach vorn allein einer Seite oder ihr Zurückbleiben, d.h. die Veränderungen des bestehenden Gleichgewichts gefährden die weltweite Politik der Entspannung und damit die Welt überhaupt."²⁾

Bahr hatte diese Argumentation allerdings nur zur Begründung für die weitere Aufrüstung der NATO und zur Ablehnung einseitiger Abrüstungsschritte benutzt. Nun hatte zwar der Warschauer Pakt - wie auch die NATO - kontinuierlich weiter aufgerüstet, die entsprechenden technologischen Durchbrüche, die tendenziell auf die von Bahr beschriebenen auflösenden Bedingungen für die Entspannung hinwirken konnten, hatten aber die USA erzielt. So gelangten hochentwickelte Waffensysteme zur Einsatzreife, wie die Cruise Missiles und punktzielgenaue Raketen wie die Pershing 2, die zu 'chirurgischen' Schlägen geeignet sind und somit den USA mittelfristig strategische Vorteile versprachen, was der Entspannungs- und

1) Vgl. S. 317f.

2) Bahr 1976 : S. 451

Rüstungskontrollpolitik die objektiven Grundlagen entziehen mußte.¹⁾

Die Tragik sozialdemokratischer Sicherheitspolitik lag darin, daß ausgerechnet der sozialdemokratische Bundeskanzler 1977 die 'Nachrüstung' mit solchen Waffensystemen anregte,²⁾ von denen eine derart fatale Wirkung auf den Entspannungsprozeß ausgehen mußte, auch wenn dies Schmidt mit der Notwendigkeit der Gleichgewichtssicherung begründete und die Absicht äußerte, diese Waffen in den Rüstungskontrollprozeß einzubringen.

Trotz dieser einschränkenden konzeptionellen und politischen Mechanismen waren aus der 1. Phase der Entspannungspolitik noch genügend tragfähige Strukturen vorhanden, auf deren Basis Erfolge auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen, der menschlichen Erleichterungen und der verbesserten Kontakte - trotz einzelner Rückschläge³⁾ - auch weiterhin möglich waren. Die dennoch offenkundige Stagnation, sichtbar in der festgefahrenen 2. Phase der Rüstungskontrollverhandlungen und der KSZE, wurde dabei von Beschwörungen sozialdemokratischer Politiker begleitet, die sich bemühten, deutlich zu machen, daß es zur Entspannungspolitik keine Alternative gebe.⁴⁾ Die US-Administration hatte jedoch bereits eine Politik eingeleitet, die das Gegenteil zu beweisen suchte. Obwohl

1) Kritik an den CM ließ der stellvertretende SPD-Vorsitzende Koschnick 1977 erkennen: "Wir sollten uns hüten, bestimmte Rüstungsprojekte, und hier insbesondere die 'Cruise Missiles' oder die 'Neutronenbombe', als militärtechnische Beiträge zur Sicherung der Entspannungspolitik zu betrachten"; zit. n. SPD-Service v. 1.10.77. Bruno Friedrich 1977 : S. 630 erkannte auch Gefahren durch eine technologische "Revolution im Bereich der konventionellen Rüstung", die, falls politisch nicht kontrolliert, "den Entspannungsprozeß ernsthaft gefährden" könnte.

2) Vgl. Rede Schmidts vor dem IISS in London am 28.10.77, in: Bulletin v. 8.11.77

3) Vgl. dazu Haftendorn 1983 : S. 402ff.

4) Vgl. z.B. Bahr 1976 : S. 451; Pawelczyk in SD-SIPO 7/1976

der außenpolitische Kurs der USA bis zum Amtsantritt Reagans schwankend war, so signalisierten doch Carters "Kreuzzug für die Menschenrechte",¹⁾ vor allem aber die hohen Zuwachsraten des Militärhaushaltes, der 1977 erstmalig die 100-Milliarden-Dollar-Grenze überschritt, daß die USA dabei waren, sich "von der Politik begrenzter Kooperation mit der Sowjetunion" abzuwenden "und zu einer Eindämmungsstrategie" zurückzukehren.²⁾ Dadurch mußte sich der Spielraum für die sozialliberale Entspannungspolitik weiter verkleinern, wenn dies auch die sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitiker nicht wahrhaben wollten.³⁾ Diese Verkennung der Realität dokumentierte Bahr 1976 eindrucksvoll mit der Prognose: "Die Ära der Entspannung hat erst begonnen."⁴⁾

1) So DER SPIEGEL 1-2/1977; vgl. auch Schweigler 1982

2) Haftendorn 1983 : S. 737

3) So wollte z.B. Pawelczyk 1976 die Tatsache, daß die USA erstmalig einen Rüstungshaushalt von über 100 Mrd. \$ verabschiedeten, nicht so interpretieren, daß damit "eine neue Phase des Rüstungswettlaufs angebrochen sei"; in: SD-SIPO 3-4/1976.

4) Bahr 1976 : S. 456; ähnlich Schubert 1978 : S. 54

2.1.2. Die KSZE-Politik zwischen Multilateralismus und Blockbindung

Sollte das Fernziel der sozialdemokratischen Entspannungskonzeption, die Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung - und als deren Resultat vielleicht sogar die deutsche Wiedervereinigung -, je erreicht werden, so mußten erste Schritte hin zu einer multilateralen, blockübergreifenden Entspannungspolitik eingeleitet werden. Eine solche Politik sollte die bisherige, weitgehend bilaterale Gewaltverzichtspolitik nicht ersetzen oder ablösen, sondern ihr vielmehr eine neue Dimension erschließen. So wollte man auch weiterhin die Ostverträge bilateral "durch mehr wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technologischen und kulturellen Austausch mit Leben" erfüllen,¹⁾ aber "gleichzeitig" multilateral "die Zusammenarbeit der europäischen Völker in Ost und West auf den Gebieten der Wirtschaft, Technik und Wissenschaft" organisieren.²⁾ Diese Kooperation sollte durch die "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE)³⁾ entwickelt werden.

Wenn auch der Anstoß für eine solche Konferenz auf östliche Initiativen zurückgeht, die sich bis zu Molotows Entwurf eines "Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa" (1954) zurückverfolgen lassen,⁴⁾ so ließ sich das KSZE-Projekt jedoch organisch in die sozialdemokratische Entspannungskonzeption

1) So der Antrag 1 "Außenpolitik" des Parteivorstands, PT 1973 : S. 1097

2) Ebda. : S. 1096

3) Zur allgemeinen KSZE-Literatur vgl. z.B. Delbrück/Ropers/Zellentin 1977, Haftendorn 1983 : S. 413-516, Jacobsen 1978/2, Wettig³ 1978 sowie die Dokumentation des Auswärtigen Amtes⁶ 1984.

4) Zur Vorgeschichte der KSZE vgl. Opitz 1973

einpassen. Die ursprüngliche Skepsis der NATO bezüglich dieses 'Ostprojekts' war nicht zuletzt durch die deutsche Ostvertragspolitik überwunden worden. Bis 1971 allerdings wollte die sozialdemokratische Führung die KSZE mit der MBFR-Problematik koppeln,¹⁾ was bei der WVO auf Ablehnung stieß.

Erst die Einigung über eine Entkoppelung beider Gesprächsebenen führte dann zur Erklärung des NATO-Ministerrats am 31.5.1972 in Bonn, in multilaterale Gespräche zur Vorbereitung einer KSZE einzutreten.²⁾

Die Vorschläge für eine Tagesordnung, welche gleichzeitig die Verhandlungsschwerpunkte bestimmte, wurden in einem engen Abstimmungsprozeß der in der "Europäischen Politischen Zusammenarbeit" (EPZ) vertretenen EG-Staaten vorbereitet.³⁾

Diese Kooperation sollte im weiteren Konferenzverlauf nicht nur beibehalten, sondern noch intensiviert werden. Zusätzlich erfolgte eine Abgleichung der Standpunkte mit den übrigen Mitgliedsstaaten des Bündnisses im "NATO-Caucus". Da auf der WVO-Seite ähnliche Abstimmungsprozesse stattfanden, war auch für die KSZE - wenn auch nicht so stark wie bei den MBFR-Verhandlungen - offensichtlich, daß sich trotz des multilateralen Ansatzes wiederum de facto die Bündnisse gegenüber saßen und damit der bilaterale Aspekt überwog. Angesichts dieser strukturellen Voraussetzungen und des eindeutigen sozialdemokratischen Votums für eine unauflösliche NATO-Bindung war somit nicht mehr ersichtlich, wie durch die KSZE - auch langfristig - eine Überwindung und Auflösung der Blöcke zumindest tendenziell eingeleitet werden sollte.

1) Vgl. Brandt in der Regierungserklärung am 28.10.69, in: AA 1983 : S. 40; Schmidt in PPP v. 28.1.70; Wienand in SD-SIPO 9/1971

2) Wichtige Vorausbedingungen wurden außerdem durch die Unterzeichnung des Viermächteabkommens sowie des Grundlagenvertrags mit der DDR geschaffen; vgl. Haftendorn 1983 : S. 453.

3) Zur KSZE-orientierten Tätigkeit der EPZ vgl. Küsters 1978 : S. 85ff.

Bundeskanzler Helmut Schmidt strich deshalb diese langfristigen Ziele aus dem Kontext realistisch-pragmatischer Entspannungspolitik und betonte 1976: "Dieser nun in Gang gekommene Prozeß der Entspannung in Europa - und das muß man auch ganz deutlich sagen und wissen - hat allerdings nicht die Auflösung der Blöcke, der beiden militärischen Bündnissysteme zum Ziel. Im Gegenteil, der Prozeß der Verständigung und der wachsenden Zusammenarbeit ist nur möglich - das unterstreichen wir immer wieder - wenn die Balance der militärischen Kräfte hier in Europa und weltweit erhalten bleibt."¹⁾ Die erneute Festschreibung des langfristigen Ziels der "Überwindung der Blöcke" im Leitantrag des Parteivorstands auf dem Hamburger Parteitag 1977 war vor diesem Hintergrund erstaunlich,²⁾ jedoch ohne Relevanz für die praktische Politik.

Unabhängig von einer beibehaltenen oder aufgegebenen Zielorientierung konnte von der KSZE vorerst ohnehin nur erwartet werden, daß durch sie Entspannungsansätze eventuell konsolidiert und stabilisiert würden.³⁾ Dies konnte auf drei Ebenen versucht werden:

"I. Sicherheit

- a) Prinzipien zwischenstaatlicher Beziehungen und friedliche Streitregelungen
- b) Vertrauensbildende Maßnahmen

II. Wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, Umweltschutz

1) Zit. n. Sicherheit im Bündnis 1976 : S. 32

2) Vgl. PT 1977 : S. 735; auch S. 28 ; weniger die Betonung des Ziels der deutschen Wiedervereinigung, die kaum mehr als eine rhetorische Pflichtübung darstellte, so z.B. als Schmidt auf der Schlußkonferenz der KSZE 1975 unterstrich: "Unser Ziel bleibt es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt"; zit. n. AA ⁶1984 : S. 224

3) Vgl. Haftendorn 1983 : S. 454

- a) Handel
- b) Industrielle Kooperation
- c) Verkehr, Tourismus, Arbeitskräfte
- d) Wissenschaft und Technologie
- e) Umweltschutz

III. Kontakte, Kultur und Informationsaustausch

- a) Menschliche Kontakte
- b) Kultur
- c) Bildung
- d) Informationsaustausch".¹⁾

Über den Augenblick hinaus von Bedeutung konnte die KSZE zudem nur sein, wenn sie institutionalisiert und in ein System von Folgekonferenzen eingebunden sein würde. Dies wurde nachdrücklich von der UdSSR gefordert, von den westlichen Staaten allerdings von befriedigenden Ergebnissen der ersten Konferenz abhängig gemacht.²⁾

Auf der innenpolitischen Bühne der Bundesrepublik zeichnete sich schon 1974 ab, daß für die KSZE ähnliches wie für das Ostvertragswerk galt und kein Konsens mit der Opposition hergestellt werden konnte. So brachte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Juli 1974 eine umfangreiche Große Anfrage ein,³⁾ in der sie die Befürchtung äußerte, "daß auch wichtige westliche Staaten sich zu einem voreiligen Konferenzabschluß auf der Grundlage fragwürdiger Kompromisse verleiten lassen könnten, welche die europäischen, insbesondere aber die deutschen Interessen einseitig belasten würden."⁴⁾ Unter Berufung auf den "Brief zur Deutschen Einheit"⁵⁾ forderte die

1) Zit. n. Pawelczyk, in: SD-SIPO 6/1973

2) Vgl. Haftendorn 1983 : S. 484f.

3) Vgl. BT Dr.s. VII/3254

4) Ebda.

5) Text in BT Dr.s. VI/3397; vgl. auch Arndt 1982 : S. 57

Opposition, die KSZE dürfe "die von außen aufgezwungene Spaltung Deutschlands und die widernatürliche Trennung der Menschen unseres Volkes nicht verhärten" und müsse "vielmehr Wege eröffnen, die (...) alle Deutschen wieder in den Genuß der Menschenrechte gelangen lassen."¹⁾ Ferner äußerte die Opposition die Besorgnis, die Sowjetunion könne durch die KSZE folgende unterstellte Ziele erreichen:

- Verewigung der sowjetischen Herrschaft über Ost-Mittel-Europa durch die uneingeschränkte westliche Anerkennung des territorialen und politischen Status quo;
- Nutzung der westlichen wirtschaftlichen und technologischen Ressourcen, um ihren eigenen Rückstand aufholen zu können;²⁾
- verstärkte politische Einflußnahme auf Westeuropa;
- Erosion des westlichen Bündnisses mit dem Ziel einer Verdrängung der USA aus Europa und damit schließlich die
- Schaffung eines Gesamteuropas unter sowjetischer Hegemonie.³⁾

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nutzte die CDU/CSU-Anfrage zu einer ausführlichen Darstellung ihrer KSZE-Politik,⁴⁾ in der sie "grundsätzlich fest(stellte): Die konstruktive Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland an der KSZE entspricht ihren Interessen."⁵⁾

Nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte konnte ohnehin niemand mehr ernstlich behaupten, die Sowjetunion hätte auch nur eines der ihr unterstellten Konferenzziele erreicht.⁶⁾

1) BT Dr.s. VII/2354

2) Zu den West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen und dem Technologietransfer vgl. Baumer/Jacobsen 1980, Slama 1980, Stanovsky 1980.

3) Vgl. BT Dr.s. VII/2354

4) Vgl. BT Dr.s. VII/2616

5) Ebda.

6) Vgl. z.B. den ausführlich kommentierten Text der KSZE-Schlußakte in: Jacobsen 1978/2.

Gerade für das wohl tatsächlich wichtigste Verhandlungsziel der UdSSR, die uneingeschränkte Anerkennung des Status quo, galt, daß das KSZE-Schlußdokument in seinen Festlegungen nicht über das Ostvertragswerk hinausgegangen war. So konnte der sozialdemokratische Abrüstungsexperte Pawelczyk mit Recht darauf hinweisen, daß zwar "das Verbot der gewaltsamen Grenzänderungen" in den Text einging, aber gleichrangig auch, "daß Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung geändert werden können."¹⁾ Ferner war generell zu berücksichtigen, daß aus westlicher Sicht die Schlußakte "weder ein völkerrechtlicher Vertrag, noch (deren ...) Positionen einklagbar" waren.²⁾

Die Gesamteinschätzung des KSZE-Dokuments durch die sozialdemokratische Führung war vorsichtig positiv. Bundeskanzler Schmidt merkte an, "daß die Ergebnisse der Konferenz von Helsinki (...) nur Kompromisse auf einem durchwegs kleinen gemeinsamen Nenner sein" konnten.³⁾ Dennoch charakterisierte er sie als "insgesamt beachtlich" und betonte, die KSZE bedeute "auf dem langen und mühevollen Weg der Entspannung zwischen den antagonistischen Staatengruppen des Ostens und des Westens einen Schritt nach vorn."⁴⁾ Im einzelnen hob Schmidt die wirtschaftliche Zusammenarbeit hervor, für die der "Grundsatz der 'ausgewogenen Gegenseitigkeit' fixiert" worden sei. Die ausgearbeiteten Leitlinien könnten "den im letzten Jahrfünft stark gestiegenen Wirtschaftsaustausch der Bundesrepublik Deutschland mit Osteuropa erleichtern und die Nutzung der beiderseitigen Ressourcen zum gemeinsamen Vorteil fördern."⁵⁾

1) Pawelczyk 1975 : S. 932

2) So Kurt Mattick, in: SD-SIPO 7/1975

3) Schmidt 1975 : S. 700

4) Ebda.

5) Ebda. : S. 701

Als weiteren positiven Aspekt der KSZE-Ergebnisse unterstrich vor allem Pawelczyk die darin enthaltenen "vertrauensbildende(n) Schritte politischer und militärischer Entspannung." Dies sei "ein Politikum ersten Ranges." So hätten sich "zum ersten Mal (...) alle europäischen Staaten bereit erklärt, größere Manöver vorher anzukündigen", und damit "das Interesse der Nachbarstaaten an der eigenen Sicherheitspolitik" akzeptiert: "Eine politisch-psychologische Barriere eines dreißigjährigen Mißtrauens wurde durchbrochen."¹⁾

Bezüglich des "Korbs III", der "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen", merkte Schmidt an, daß die dort niedergelegten Grundsätze "für uns und alle jene Staaten kaum befriedigend (sind), die Freizügigkeit für Menschen und Informationen als Selbstverständlichkeit des Alltags praktizieren." Er fügte aber hinzu: "So gering den Staaten mit offenen Gesellschaften der Inhalt des Korbes drei der KSZE dünken mag, so bedeutend ist dieser Inhalt als ein Anfang für die Menschen in den kommunistischen Staaten."²⁾

Die KSZE sei "ein Stück Entspannungsprozeß und zugleich ein Stück Lernprozeß für alle Beteiligten." Nüchternheit bleibe jedoch weiterhin angezeigt, so müsse man sich "bewußt bleiben, daß auch im fortschreitenden Entspannungsprozeß die ideologischen Gegensätze unaufhebbar bleiben, daß die elementaren Unterschiede im Verfassungs- und Sozialsystem sowie im Menschenbild auf beiden Seiten bestehen bleiben, daß die Tatsache anhaltender Rüstung ebenso unübersehbar ist wie die fortbestehende Notwendigkeit, sich gemeinsam mit den Alliierten verteidigen zu können." Die "Einebnung der Gegensätze in einem langen und stetigen Prozeß" sei jedoch ebenso notwendig.³⁾

1) Pawelczyk 1975 : S. 933

2) Schmidt 1975 : S. 702

3) Ebda.

Die Opposition mochte sich solchen Einschätzungen nicht anschließen. Die CDU/CSU-Fraktion brachte sogar einen Entschließungsantrag in den Bundestag ein, in dem sie die Bundesregierung aufforderte, die Helsinki-Schlußakte nicht zu unterzeichnen.¹⁾ Die Unionsparteien begründeten dies mit folgenden Bedenken:

- die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze deutsche Volk werde erschwert;
- viele Formulierungen seien unverbindlich oder beliebig interpretierbar und würden daher zu neuen Konflikten führen;
- die Warschauer-Pakt-Staaten hätten sich nicht bindend zur Freizügigkeit, zur Informations- und Meinungsfreiheit für die Menschen im Ostblock verpflichtet;
- die KSZE-Ergebnisse täuschten über die wahre Sicherheitslage Europas und der Welt hinweg.²⁾

Mit der Ablehnung der KSZE-Schlußakte hatten sich CDU und CSU selbst in den Kreisen ihrer europäischen christdemokratischen Schwesterparteien isoliert.³⁾ Dies hinderte die Unionsparteien nicht daran, die - von ihnen kritisierte - angebliche beliebige Interpretierbarkeit der Formulierungen des "Korbs III", besonders in der Menschenrechtsfrage, zu einer Konfrontationsstrategie gegenüber den WVO-Staaten auszunutzen.⁴⁾ Mittelfristig wurde damit die Menschenrechtsfrage⁵⁾ zum alleinigen

1) Vgl. BT Dr.s. VII/3885

2) Vgl. ebda.; auch Hacke 1978 : S. 272f.; Haftendorn 1983 : S. 489

3) Von den europäischen regierenden Parteien hatte nur die KP Albaniens die KSZE abgelehnt.

4) Mit dieser Einschätzung wird Hacke 1978 widersprochen, der "eine Abschwächung und Modifizierung des Neins" der Opposition zur KSZE feststellt und folgert, "daß ohne eine radikale Änderung ihres außenpolitischen Kurses die Union heute (= 1978, d. Verf.) als Regierungspartei Entspannungspolitik fortsetzen kann und vermutlich auch (...) will"; ebda. : S. 275 u. S. 278.

5) Vgl. dazu Delbrück 1980; Göttinger Arbeitskreis 1977; Krüger 1977

Indikator der Entspannungspolitik hochstilisiert und von der Opposition propagandistisch verwertet. Die SPD hingegen versuchte, die Menschenrechtsproblematik so zu berücksichtigen, daß damit nicht der gesamte Entspannungsprozeß gefährdet würde. Pawelczyk umriß die sozialdemokratische Haltung zum "Korb III" der KSZE folgendermaßen: "Mehr Bewegungsfreiheit, mehr Kontakte zwischen den Menschen und ein verstärkter Fluß von Informationen sind für uns fester Bestandteil der Entspannungspolitik. Deswegen haben die westlichen Staaten versucht und erreicht, daß Fragen der Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen (...) in die KSZE eingeführt worden sind. Aus dem Konferenzergebnis geht klar hervor, daß Punkt für Punkt die Hindernisse, die der Bewegungsfreiheit der Menschen in dem Informationsfluß entgegenstehen, angesprochen und Regeln für die Verbesserungen empfohlen worden sind. Dabei hat sich der westliche Maßstab von Freizügigkeit durchgesetzt."¹⁾ Pawelczyk fügte wenig später hinzu, daß "die SPD/FDP-Koalition (...) realistisch genug" sei "zu wissen, daß in Europa und in der Welt die Entspannungsergebnisse nicht wie reife Früchte von den Bäumen fallen. Sie müssen in mühsamer, zeitraubender Kleinarbeit Stück für Stück ausgehandelt werden."²⁾

Das KSZE-Folgetreffen 1977 brachte jedoch nicht einmal hinsichtlich der "Kleinarbeit" irgendwelche Erfolge. Vorab hatte Bruno Friedrich anläßlich der zweiten KSZE-Konferenz in Belgrad nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es angesichts der "Ideologisierung der Ost-West-Beziehungen",³⁾ welche "die ursprünglichen Perspektiven der KSZE-Schlußakte verschoben habe, "um so wichtiger" sei, "darauf zu achten, daß die zentralen Probleme des Entspannungsprozesses nicht (...) von

1) Zit. n. SD-SIPO 7/1976

2) Ebda.

3) Friedrich nahm hier wohl Bezug auf den eben eingeleiteten "Kreuzzug zur Wahrung der Menschenrechte" des neuen US-Präsidenten Carter; vgl. DER SPIEGEL 16/1977.

unerfüllbaren Erwartungen oder von unrealistischen Forderungen überlagert werden."¹⁾ Ohne damit explizit die Menschenrechtsfrage zu verbinden, verwies Friedrich darauf, daß man von einer völligen Interessensidentität der Verhandlungspartner nicht ausgehen könne und führte aus: "(...) wenn eine Seite fordert, daß etwas disponibel werden soll, das die andere Seite nicht als disponibel freigibt, dann ist die Balance der Interessen nicht herstellbar. Dann tritt an die Stelle des konkreten kleinen Schrittes nach vorn der großangelegte ideologische Feldzug mit der Stagnation in der Praxis. Wer diese Grundeinsicht des Entspannungsprozesses ablehnt oder ignoriert, auf welcher Seite auch immer, wird einen tatsächlichen Fortschritt nicht verzeichnen".²⁾ Deutlicher noch bezog der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans Koschnick Stellung: "Wir sollten (...) nicht glauben, im Osten Erosionsprozesse in Gang gesetzt zu haben, die ausschließlich in unserem Sinne verlaufen. Wer auf Erosion setzt, will keine Entspannung. (...) Die heutige undifferenzierte - ja vielfach nur als polemische Waffe genutzte - Menschenrechtsdiskussion kann von der politischen Führung des Warschauer Paktes nicht anders aufgefaßt werden als der Versuch einer Auflösung ihres Herrschaftssystems. Wer heute von den Kommunisten fordert, umgehend unsere Vorstellungen über die Menschenrechte in ihren Staatensystemen zu übernehmen, fordert von ihnen nicht mehr und nicht weniger als die Selbstaufgabe. Wer das fordert, muß wissen, daß er selbst damit Entspannungspolitik nur noch als Lippenbekenntnis verwendet. (...) Wer die KSZE als eine Menükarte ansieht, aus der er den ihm passenden Teil des Korbes lediglich auszuwählen braucht, was ihm schmeckt, unterbricht

1) Friedrich 1977 : S. 628

2) Ebda.

den Prozeß einer dauerhaften Entspannung".¹⁾

Mit der Menschenrechtsfrage und deren Einordnung in die Entspannungspolitik befaßte sich auch ein einmütig beschlossener Antrag auf dem Bundesparteitag der SPD 1977 in Hamburg. Der Unterbezirk Unna, der den Antrag einbrachte, ging dabei von einem differenzierten Menschenrechtsbegriff aus: "Wir treten für eine umfassende Verwirklichung der Menschenrechte in aller Welt ein. Wir kämpfen entsprechend der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen für die Freiheit von Furcht und Not, d.h. auch für den sozialen Aspekt der Menschenrechte und wenden diese Maßstäbe auch auf unser eigenes Land an. Unser Ziel muß es sein, Armut, Not, Mangel an Bildungschancen und Benachteiligungen und Diskriminierungen jeder Art zu beseitigen. Es kommt darauf an, die Menschenrechte praktisch zu verwirklichen." Der Friedenserhaltung räumten die Antragsteller Priorität ein: "Die Erhaltung des Friedens ist die Voraussetzung für die Wahrung der Menschenrechte. Unsere Möglichkeiten, für die Durchsetzung der Menschenrechte einzutreten, sind zum Scheitern verurteilt, wenn der gewaltsame Austrag von Konflikten nicht verhindert werden kann." Die KSZE und einige ihrer Auswirkungen wurden folgendermaßen kommentiert: "In Europa hat die KSZE-Schlußakte eine neue Entwicklung eingeleitet. Es sind aber auch neue gesellschaftliche Prozesse ausgelöst worden. In osteuropäischen Staaten sind Bürgerrechtsbewegungen entstanden, so z.B. die Charta 77. Es ist unser Ziel, den Verfolgten zu helfen, aber auch gleichzeitig die Möglichkeiten der Entspannungspolitik durch die KSZE weiterzuentwickeln." Eine Wechselwirkung von Menschenrechts- und Entspannungspolitik beschrieb der Antrag ebenfalls: "Die Entspannungspolitik ist ein Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte. Wer den Entspannungsprozeß gefährdet, schränkt auch die Möglichkeiten ein, zur Verwirklichung der Menschenrechte beizutragen."²⁾

1) Zit. n. SPD-Service v. 1.10.77

2) PT 1977 : S. 727

Die umsichtigen und differenzierten Bemühungen der SPD-Politiker, die Menschenrechtsproblematik nicht als Instrument zur Liquidation der Entspannungspolitik mißbrauchen zu lassen, konnten jedoch nicht verhindern, daß sich die oben zitierten Befürchtungen Friedrichs und Koschnicks schließlich doch bestätigten und der "KSZE-Prozeß durch die Menschenrechtsfrage blockiert" wurde.¹⁾ Dies zeigte sich deutlich auf der Belgrader Folgekonferenz, die einzig von der Kontroverse um die unterschiedliche Interpretation der "Menschenrechte" einerseits und die "Nichteinmischung in innere Angelegenheiten" andererseits geprägt war.²⁾

Als positive Bilanz dieses "wichtigste(n) Instrument(s) multilateraler Entspannungspolitik"³⁾ konnte somit allenfalls noch festgehalten werden, daß sich in der Schlußakte 1975 "die 35 KSZE-Teilnehmer-Staaten (...) auf Verhaltensregeln für Gewaltfreiheit im internationalen Verkehr geeinigt" hatten.⁴⁾ Gefestigt hatte sich sicher auch durch die Kooperation in der EPZ die Kohärenz der westeuropäischen EG-Staaten, gleiches konnte wohl für die NATO gelten. Die dem KSZE-Prozeß von sozialdemokratischer Seite zugewiesene Aufgabe, nämlich "Bindeglied zwischen der 1. Phase der Entspannungspolitik, den Ostverträgen, und der 2. Phase, den konkreten Rüstungsbegrenzungen und Abrüstungsabkommen",⁵⁾ zu sein, hatte er jedoch nicht erfüllt. Mittelfristig konnte der KSZE-Prozeß somit nur noch als Gradmesser dafür dienen, wie weit sich die Krise der Entspannungspolitik verschärft und das Ost-West-Verhältnis verschlechtert hatte.

1) So Haftendorn 1983 : S. 496

2) Vgl. ebda. : S. 500

3) Ebda. : S. 413

4) So Schubert 1978 : S. 52

5) So Pawelczyk, in: SD-SIPO 5-6/1977

2.2. Ansätze zur Rüstungskontrolle

2.2.1. Die Beteiligung am MBFR-Prozeß

Im "Harmel-Bericht" hatten die NATO-Bündnispartner mitgeteilt, es würden gegenwärtig "Maßnahmen zur Abrüstung und praktischen Rüstungskontrolle einschließlich der Möglichkeit ausgewogener Truppenverminderung" geprüft.¹⁾ Ein halbes Jahr später führte diese Überprüfung zu einer detaillierteren Aussage über angestrebte Verhandlungen zur beiderseitigen Truppenreduzierung in Mitteleuropa, denen der Stellenwert beigemessen wurde, "beträchtlich zu einer Verminderung der Spannung und einer weiteren Verringerung der Kriegsgefahr beitragen (zu) können."²⁾ Verbunden wurde dies mit einem Aufruf an die Sowjetunion und die anderen Staaten des Warschauer Pakts, "sich dieser Suche nach Fortschritt auf dem Weg zum Frieden anzuschließen."³⁾

Für diesen in der europäischen Nachkriegsgeschichte erstmaligen Versuch zum Abbau der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa⁴⁾ hatten die Außenminister der NATO-Mitgliedsländer folgende Grundprinzipien formuliert:

"4. Die Minister betonten die Notwendigkeit, daß das Bündnis militärisch wirksam bleiben und ein Kräftegleichgewicht

1) Bericht des NATO-Rats über die zukünftigen Aufgaben der Allianz v. 13./14.12.1967, in: Bulletin v. 16.12.67. Der erste Hinweis auf "Bedingungen (...), die eine stufenweise und ausgewogene Änderung des Streitkräfteniveaus auf beiden Seiten zulassen könnten" war bereits im NATO-Kommunique v. 16.12.66 zu finden, in: EA 20/1966.

2) "Signal von Reykjavik", Erklärung der Außenminister und Vertreter der am NATO-Verteidigungsprogramm beteiligten Länder über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen v. 24./25.6.1968, in: Bulletin v. 27.6.68.

3) Ebda.

4) Vgl. Haftendorn 1983 : S. 574

zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt sicherstellen müsse. Da die Sicherheit der NATO-Länder und die Aussichten auf beiderseitige Truppenverminderungen geschwächt würden, wenn nur die NATO Verminderungen vornähme, bekennen sich die Minister zu dem Gedanken, daß das militärische Gesamtpotential der NATO nicht vermindert werden sollte, es sei denn im Rahmen eines nach Umfang und zeitlichem Ablauf ausgewogenen Systems beiderseitiger Truppenverminderungen.

5. Die Minister wiesen daher die Ständigen Vertreter an, ihre Arbeit nach Maßgabe der nachstehenden vereinbarten Grundsätze fortzusetzen und zu vertiefen:

- a) Beiderseitige Truppenverminderungen sollen auf Gegenseitigkeit beruhen und nach Umfang und zeitlichem Ablauf ausgewogen sein.
- b) Beiderseitige Verminderungen sollen einen wesentlichen und bedeutsamen Schritt darstellen und dazu dienen, den jetzigen Grad der Sicherheit bei verminderten Kosten aufrechtzuerhalten, jedoch nicht so geartet sein, daß sie eine nachteilige Veränderung der Lage in Europa zur Folge haben könnten.
- c) Beiderseitige Verminderungen sollen mit dem Ziel in Einklang stehen, in Europa allgemein und zwischen den Beteiligten Vertrauen zu schaffen.
- d) Zu diesem Zweck soll jede neue Abmachung hinsichtlich der Truppen mit den lebenswichtigen Sicherheitsinteressen aller Parteien vereinbar und wirksam durchführbar sein."¹⁾

Retrospektiv hatte Helmut Schmidt 1976 das Zustandekommen dieser Erklärung zutreffend wie folgt kommentiert:

"Daß es so weit kam, daß dort 15 Regierungen gemeinsam einer

1) Zit. n. Bulletin v. 27.6.68

solchen Idee zustimmten, lag ganz wesentlich an dem damaligen deutschen Außenminister Willy Brandt, der die Idee auf der Konferenz mit großem Nachdruck vortrug.¹⁾

Diese "Idee", deren Wurzeln sich bis auf Disengagementvorstellungen von Erler, Heinemann, Mattick, Schmidt und Wehner des Jahres 1959 zurückverfolgen lassen,²⁾ war zudem integraler Bestandteil eines genuin sozialdemokratischen Konzepts "weitgespannte(r) Überlegungen zu einer gesamteuropäischen Ausgleichspolitik".³⁾ Der MBFR-Prozeß sollte somit als wichtigstes Element die 2. Phase der Entspannungspolitik⁴⁾ inhaltlich ausfüllen. Damit wollte die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung folgendes erreichen:

"Abbau der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa und der mit der Gegenüberstellung konzentrierter militärischer Macht verbundenen Gefahr für den Frieden", und die "Entwicklung eines politischen und militärischen Instrumentariums zur Verhinderung von Krisen und Konflikten mit dem Ziel, stabilere Beziehungen in Mitteleuropa herzustellen."⁵⁾

1) Brandt/Schmidt 1976 : S. 140; vgl. auch PPP v. 22.5.70, in dem H. Schmidt auch seinen eigenen Anteil daran unterstreicht, sowie PPP v. 3.7.70, in dem Schmidts Initiative zum "Signal von Rom", der Bekräftigung des MBFR-Angebots durch die NATO, hervorgehoben wird; vgl. Siegler 1970 : Nr. 78.

2) Vgl. Wilker 1977 : S. 50ff.

3) So Mutz 1984 : S. 160; vgl. auch Baring³ 1982 : S. 266. Schwarz H.P. 1977 : S. 50f. bestätigt, daß "sozialistische Entspannungspolitikern wie Brandt (...) ihre NATO-Partner seit 1967 zu entsprechenden Verhandlungen drängten", beurteilt die dahinterstehende Gesamtkonzeption jedoch eher abschätzig. So habe es sich dabei "lediglich (um) bekannte Versatzstücke von Disengagementplänen und Rüstungskontrollideen" gehandelt.

4) Vgl. S. 27

5) WB 1973/74 : S. 46

In der wichtigsten Literatur zu MBFR werden allerdings meist nur folgende Motive für die Aufnahme der Verhandlungen angegeben:

- a) Senkung der Verteidigungskosten und Verkleinerung der Militärapparate;
- b) Verringerung der so wahrgenommenen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts in Mitteleuropa;
- c) Entwicklung einer westlichen Gegeninitiative zum 'Ostprojekt' KSZE;
- d) Verhinderung einseitiger Truppenreduzierungen der NATO und Beibehaltung der unverminderten US-Präsenz in Europa.¹⁾

Die unter a) aufgeführten Motive lassen sich bei den direkt mit dem MBFR-Projekt befaßten sozialdemokratischen Akteuren nicht nachweisen. Auch von der Parteibasis getragene Initiativen zur Senkung der Verteidigungslasten wurden unabhängig von der MBFR-Problematik begründet.²⁾ Das gleiche galt für mögliche Rationalisierungen und Verkleinerungen des Militärapparats, für die sozialdemokratische Experten meist nur in Zusammenhang mit allgemeinen Wehrstrukturveränderungen Modelle entwickelten.³⁾ Bezüglich der Auswirkungen von MBFR-Verhandlungen erwartete man kurz- und mittelfristig sogar Kostensteigerungen. So warnte der SPD-Pressedienst im Dezember 1972, noch vor Aufnahme exploratorischer Gespräche, unter Berufung auf Leber: "Man sollte sich vor falschen Hoffnungen hüten: MBFR führt zunächst nicht zu weniger Verteidigungsleistung oder zu mehr Kostenersparnis. Ganz im Gegenteil. (Hervorh. durch den Verf.) MBFR dürfte - vorerst jedenfalls - qualitative Verbesserungen der Verteidigungsleistungen aller Partner erfordern. Sie werden ihren Preis kosten; denn Entspannung ist nicht weniger teuer als Sicherheit - auf keinen Fall im gegenwärtigen Stadium."⁴⁾

1) So bei Mutz 1984 : S. 65 , der auf Ruehl 1982 zurückgreift; ähnlich Haftendorn 1983 : S. 562.

2) Vgl. S. 301ff.

3) Vgl. S. 295ff.

4) SPD-PD v. 19.12.72

Hingegen ging Motiv b) als deutlich formuliertes Ziel in die sozialdemokratische MBFR-Politik seit Aufnahme der offiziellen Verhandlungen ein.¹⁾

Die Behauptung konventioneller Überlegenheit des Warschauer Pakts fand sich in zahlreichen Aussagen,²⁾ ebenso wie das Verhandlungsziel, über asymmetrische Reduzierungen zu einer Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zu kommen. Zwar hatte die Bundesregierung in ihren MBFR-Grundsätzen betont, Vereinbarungen müßten "dem Grundsatz der unverminderten Sicherheit beider Seiten entsprechen", aber gleichzeitig als Verhandlungsziel "einen Gleichstand (Hervorh. durch d. Verf.) von Landstreitkräften der NATO und des Warschauer Pakts auf einem niedrigeren Niveau" formuliert.³⁾

Motiv c) kann für die sozialdemokratischen Experten ausgeschlossen werden, da oben bereits darauf hingewiesen wurde, daß die angestrebten MBFR-Verhandlungen - zumindest ihrem Wesen nach - Teil einer umfassenden entspannungspolitischen Konzeption waren und somit nicht das Produkt kurzfristiger taktischer Erwägungen. Dem widerspricht nicht, daß MBFR und KSZE - wie auch die SALT-Verhandlungen - von den maßgeblichen sozialdemokratischen Konzeptoren als komplementär betrachtet wurden und die NATO-Staaten ihre Teilnahme an der KSZE von

1) Vor 1973 läßt es sich allerdings nicht nachweisen. So hatte H. Schmidt in einem Interview mit dem PPP am 27.5.70 auf die Frage, ob er auf der Ministerratstagung der NATO in Rom (vgl. dazu Siegler 1970 : Nr. 78) "für eine asymmetrische Truppenreduzierung eingetreten" sei, noch klar mit "Nein" geantwortet. Lt. SPIEGEL 23/1970 hatte Schmidt das asymmetrische Reduzierungsmodell - die spätere Verhandlungsgrundlage der NATO für MBFR -, das dem Warschauer Pakt einen dreimal so hohen Truppenabbau im Vergleich zur NATO aufzuktroyieren wollte, so kommentiert: "Wir können doch keinen Vorschlag machen, bei dem die Russen sagen: Bei euch piept es wohl."

2) Vgl. S. 352ff.

3) WB 1973/74 S. 46; noch deutlicher WB 1975/76 : S. 78

der östlichen Akzeptanz der MBFR-Verhandlungsebene abhängig gemacht hatten.¹⁾

Einen bedeutenden Stellenwert nahm allerdings der unter d) angesprochene Motivationskomplex in der sozialdemokratischen MBFR-Diskussion ein. Die möglichst unverminderte Truppenpräsenz der USA in Europa war des öfteren von sozialdemokratischen Sicherheitspolitikern, vor allem von Helmut Schmidt, als unabdingbare Voraussetzung ("Gleichgewicht") für die Entspannungspolitik bezeichnet worden.²⁾ Schon vor Beginn der Großen Koalition, im Mai 1966, waren indessen ca. 30 000 Mann US-Truppen aus Europa zum Einsatz im Vietnamkrieg abgezogen worden.³⁾ Im April 1968 schließlich wurden 33 000 Mann im Zuge des 'Reforger'-Programms in die USA zurückverlegt.⁴⁾ Letztere Maßnahme konnte jedoch schwerlich als einseitige Reduzierung ausgelegt werden,⁵⁾ da diese im Krisenfall in kürzester Zeit mit Großraumflugzeugen wieder nach Europa restationiert werden können ('Big Lift'), wie dies in zahlreichen Manövern erprobt wurde. Ferner verblieben die schweren Waffen und die Ausrüstung dieser Truppen ohnehin in Europa.

Mögliche Gefährdungen für die Truppenpräsenz der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik sah man auch in den 1966/67 eingeleiteten Mansfield-Initiativen im amerikanischen Senat, welche die Überseepräsenz der USA einschränken wollten.⁶⁾ Wenn auch die zeitliche Übereinstimmung solcher Initiativen mit anstehenden Devisenausgleichsverhandlungen ins Auge

1) Vgl. Mutz 1983 : S. 26; ders. 1984 : S. 64

2) Vgl. S. 152

3) Vgl. Mutz 1983 : S. 18

4) Ebda. : S. 20f.

5) Dies tut allerdings Mutz 1982 : S. 139.

6) Vgl. Mutz 1983 : S. 19

sticht,¹⁾ so muß doch gleichzeitig festgehalten werden, daß solche pressewirksamen Androhungen angesichts der vorhandenen Kommunistenfurcht zu beträchtlicher Beunruhigung in der Bundesrepublik führten und sie damit auch für sozialdemokratische Sicherheitspolitiker "eine wichtige Einflußgröße bei der Entstehung des MBFR-Konzepts" darstellten.²⁾ Helmut Schmidt hatte bereits 1966 die "in Frankreich, in England und in den Vereinigten Staaten (...) latente Tendenz zum Abzug eigener Streitkräfte aus der NATO bzw. zum Abzug eigener Streitkräfte aus der Bundesrepublik" kritisiert:³⁾ "Heute besteht - und zwar ohne daß östliche Gegenleistungen oder entsprechende Handlungen auf der östlichen Seite in Aussicht stehen - durchaus die Gefahr einseitiger westlicher Truppenverringerungen in Europa, durchaus die Gefahr aus einem zu optimistischen Einschätzen der friedlichen Situation, daß das Gleichgewicht beeinträchtigt wird (...). Wir müssen (...) vor einseitigen westlichen Truppenabzügen dringend warnen. Die Sicherheit Westeuropas und auch die gegenwärtige 'Entspannung' in Europa hängen von der Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts in Europa ab. Auch wenn durch gegenseitig vereinbarte Rüstungsbegrenzungen und -kontrollen die Kräfte auf beiden Seiten auf ein niedrigeres Niveau abgesenkt werden, auch dann darf das Gleichgewicht dieser Kräfte nicht gefährdet werden".⁴⁾ Auch nachdem die NATO bereits die 'MBFR-Working-Group',⁵⁾ Ende 1969 mit der Ausarbeitung von Verhandlungsmodellen beauftragt hatte, warnte Schmidt anläßlich eines USA-Besuches

1) Vgl. S. 252ff. u. S. 348f.

2) Mutz 1983 : S.19

3) Zit. n. PT 1966 : S. 441

4) Ebda.

5) Zum MBFR-Entscheidungssystem vgl. Altmeppen 1978.

noch einmal eindringlich vor einseitigen Truppenreduzierungen der USA, da damit "der Westen seine Trümpfe wegwirft, noch ehe er sich an den Konferenztisch setzt. Es wäre kaum zweckmäßig, den Erfolg langwieriger Verhandlungen dadurch vorwegzunehmen, daß der Westen schon vorher in seinen Verteidigungsanstrengungen nachläßt. Nur ein einfältiger Bauer wird seine Scheune vor der Ernte abbrennen."¹⁾

Anfang 1972 stellte dann auch die Nixon-Administration klar, daß solche Absichten seitens der US-Regierung nicht bestünden: "Es besteht unter der Voraussetzung des jetzt vorhandenen strategischen Gleichgewichts und entsprechender Anstrengungen seitens unserer Verbündeten die Politik dieser Regierung darin, unsere Streitkräfte in Europa aufrechtzuerhalten und ihre Zahl nicht zu verringern, ausgenommen auf der Basis beiderseitiger Truppenverringerungen, die mit dem Warschauer Pakt ausgehandelt werden."²⁾

Die oben angesprochenen Senatsinitiativen hatten allein deshalb nie eine realistische Chance, praktische Politik zu werden, da dies den vitalen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Eigeninteressen der USA an und in Europa widersprochen hätte. Darauf verwies der stellvertretende Außenminister Kenneth Rush am 10.7.1973 vor dem Außenpolitischen Komitee des Repräsentantenhauses: "Um jeden etwa bestehenden Zweifel zu beseitigen, möchte ich versichern, daß wir uns eindeutig jeder einseitigen Verringerung der amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa widersetzen und daher auch jenen Vorschlägen, die ihrem Ausschuß vorliegen und die

-
- 1) So Schmidt am 8.4.70 vor dem Council on Foreign Relations, zit. n. Siegler 1970 : Nr. 52. Die Verknüpfung von MBFR mit der Absage an einseitige Reduzierungen entsprach auch der Beschlußlage der Bundespartei; vgl. Leitantrag "Außen- und Sicherheitspolitik" des Parteivorstands zum PT 1975 : S. 1226.
 - 2) So Nixon in seinem "Bericht zur Lage der Welt" an den US-Kongreß am 9.2.72; zit. n. Siegler 1972 : Nr. 5.

den Kongreß zu einer solchen Maßnahme verpflichten oder die Administration an eine solche Maßnahme binden würden. (...) Die Unabhängigkeit und Sicherheit Westeuropas ist für jeden Amerikaner lebenswichtig wegen ihres entscheidenden Einflusses auf seine Sicherheit, sein wirtschaftliches Wohlergehen und den Fortbestand seiner demokratischen Lebensweise. (...) Der Prozeß der Aufrechterhaltung einer verlässlichen Verteidigungsposition würde in einer Zeit der Verhandlungen über eine geordnete und ausgewogene Verringerung der sich in Europa gegenüberstehenden Streitkräfte durch eine einseitige Verringerung unserer Streitkräfte in katastrophaler Weise unterlaufen. (...)

Unser Lebensinteresse an Westeuropa ist keineswegs nur eine Sache der Geschichte oder der Gewohnheit. Ohne Westeuropa gäbe es für uns keine Prosperität. Es ist in der Tat ein immer mächtigeres Zentrum der Weltwirtschaft geworden. Es ist unser wichtigster Markt und unser wichtigster Versorger. Amerikanische Firmen haben in Westeuropa über 28 Mrd. \$ investiert, die amerikanischen Investoren fast drei Mrd. \$ im Jahr einbringen. Wollen wir uns keinen Täuschungen hingeben. Unsere Prosperität und die Prosperität der ganzen Welt werden von Westeuropa zutiefst beeinflusst. Das bedeutet Arbeitsplätze für Amerikaner, Dividenden für Amerikaner und Lebensstandard für Amerikaner."1)

Befürchtungen, die USA könnten zur Zeit der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung einseitig Truppen aus Europa abziehen und damit der Entspannungspolitik ihre verteidigungspolitische Basis entziehen, entbehrten also weitgehend einer realistischen Grundlage. Im Verbund mit den unten dargestellten maximalistischen MBFR-Verhandlungspositionen der NATO und dem oft gebrauchten Hinweis, ein Nachlassen der Verteidigungsbereitschaft könnte Verhandlungserfolge gefährden, war die Verbreitung solcher Befürchtungen jedoch ein wichtiges Legitimationsinstrument für weitere Aufrüstungsmaßnahmen.

1) Zit. n. Siegler 1973 : Nr. 99

Befürchtungen, daß es indes durch die MBFR-Verhandlungen auch nicht zu beiderseitigen Abrüstungsmaßnahmen und Truppenreduzierungen kommen würde, waren eher berechtigt. So hatte - noch bevor erste Verhandlungspositionen der NATO auf dem Tisch lagen - der sozialdemokratische Verteidigungsminister Leber in der Anlage des MBFR-Prozesses "Gefahren und Risiken" wahrgenommen und damit eine deutliche Skepsis bezüglich seines Nutzens erkennen lassen: "Bei den Verhandlungen über beiderseitige, ausgewogene Truppenverminderungen könnte das 'angemessene Kräfteverhältnis' in ein für die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion nicht ausreichendes Kräfteverhältnis überführt werden. (...) Die unmittelbarste Gefahr rührt aber aus der Tendenz westlicher Demokratien, die Ergebnisse solcher Verhandlungen - womöglich schon die Tatsache der Verhandlungen selbst - als Beweis für die Beendigung des Macht- und Interessenskonflikts zwischen Ost und West anzusehen. Ihr Selbstbehauptungswille gegenüber der kommunistischen Ideologie und gegenüber militärischen Gefahren könnte erlahmen, ja, Gefahren für die eigene Freiheit und Unabhängigkeit könnten eines Tages nicht mehr erfaßt und in ihrer Tragweite erkannt werden."¹⁾

Diese "Gefahren und Risiken" bestanden nach Leber auch bei der Verwirklichung der immerhin zugestandenen - wohl aber nicht besonders großen - "Chance, bei Erhaltung unverminderter Sicherheit für beide Seiten den Umfang der jederzeit einsetzbaren Verbände gleichgewichtig zu vermindern."²⁾ Somit war schon vor Beginn der Verhandlungen³⁾ seitens des

1) So Leber auf der X. Internationalen Wehrkunde-Begnung in München am 24.3.73; zit. n. Siegler 1973 : Nr. 19.

2) Ebda.

3) Auf eine detaillierte Darstellung der Vorgeschichte der MBFR-Verhandlungen und ihren weiteren Verlauf wird im Rahmen dieser Arbeit auch deshalb verzichtet, weil dies von anderer Seite bereits mehrfach ausführlich geschehen ist; so z.B. durch Mutz 1983 : S. 17ff., ders. 1984 : S. 61ff. sowie S. 157ff.; Haftendorn 1983 : S. 528ff. Müller 1978 geht ausführlich auf die MBFR-Politik der Bundesrepublik von 1968-1971 ein, S. 167ff.

sozialdemokratischen Verteidigungsministers ein konkretes Ergebnis wegen seiner möglichen nachteiligen Folgen als eigentlich kaum wünschenswert eingeschätzt worden. Es steht außer Zweifel, daß mit solchen Äußerungen Wasser auf die Mühlen derjenigen konservativen Kräfte geleitet wurde, die Verhandlungen zwar als nützliches Beschwichtigungsinstrument gegenüber Abrüstungsbefürwortern ansahen, aber nur solange sie nicht tatsächlich zur Abrüstung führten.

Auch wenn man solche generellen Bedenken wie die Lebers nicht teilte, zeichnete sich allerdings unabhängig davon die Komplexität des MBFR-Prozesses ab, so daß auch bei vorhandenem politischen Willen zur Abrüstung rasche Erfolge nicht wahrscheinlich waren.

Auf diese Komplexität hatte aus ihrer Sicht die amerikanische Administration in einem Bericht Nixons an den Kongreß am 3.5.1973 hingewiesen und einige wesentliche Probleme angesprochen, die bedeutsam für den Verhandlungsverlauf werden sollten. Nixon führt u.a. Überlegungen an, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:¹⁾

- Truppenreduzierungen bevorzugten diejenige Seite, deren Streitkräfte in einer offensiven Position disloziert sind, da diese ihre Angriffsvorteile behalten würden, während die Verteidiger mit weniger Truppen eine gleiche geographische Frontlinie verteidigen müßten;
- da offensive Waffensysteme einen wichtigen Faktor für Reduzierungen darstellten, müßte die Gleichwertigkeit verschiedener Waffenkategorien - u.a. in Verhältniszahlen - angemessen definiert werden;
- Probleme ergäben sich aus dem Verbleib der reduzierten Waffensysteme (Deponierung oder Verschrottung);

1) Vgl. Siegler 1973 : Nr. 64

- kleinere Truppenreduzierungen bzw. Demobilisierungen ließen sich nicht verifizieren; ähnlich sei dies mit der Rückführung von Truppen ins Reduzierungsgebiet anläßlich von Manövern;
- schwer zu lösen sei die Bestimmung des Anteils der Reduzierung ausländischer und inländischer Truppen, wobei für den Abzug amerikanischer und sowjetischer Truppen die unterschiedliche geostrategische Lage (Rückzug der US-Truppen über den Atlantik, der sowjetischen nur ins eigene Hinterland) für die NATO berücksichtigt werden müßte;
- Kompensationen müßten für die unterschiedlichen Möglichkeiten geschaffen werden, die Streitkräfte durch Mobilisierung und Verstärkungen wieder auf den Stand vor den Reduzierungen zu bringen.

Dieser Problemerkatalog wies nicht nur auf objektive Schwierigkeiten der MBFR-Materie hin. Vielmehr konnte er künftig auch dazu dienen, beliebig kombinierbare Versatzstücke daraus zu gewinnen, um zu dokumentieren, daß die NATO in jedem Falle bei einem Vertragsabschluß benachteiligt würde.¹⁾

Frankreich allerdings hatte sich vorab um solche komplexen Begründungen gar nicht erst bemüht und durch seinen Außenminister Michel Jobert am 20.6.1973 in der französischen Nationalversammlung erklärt: "Frankreich nimmt an diesen Verhandlungen nicht teil. Warum? Zunächst wünscht es nicht, in dem ohnedies schon geteilten Europa eine Zone mit Spezialstatus entstehen zu lassen, die selber wieder ein neuer Faktor der Teilung ist, auf jeden Fall was die Organisation Westeuropas anbelangt. Wer sieht überdies nicht die Gefahren einer Verhandlung, die in ihrem Verlauf unsere Streitkräfte und unsere Rüstungen, die wir frei von jeder Hypothek bewahren wollen, in Frage stellen würde."²⁾

1) Exemplarisch dafür Farwick/Hubatschek 1981 : S. 216ff.

2) Zit. n. Siegler 1973 : Nr. 78

Großbritannien beteiligte sich zwar an MBFR, zeigte aber "politische Vorsicht und militärische Skepsis".¹⁾

Somit konnte sich die Bundesrepublik als die treibende politische Kraft für MBFR in der NATO nur auf Belgien, Holland und Dänemark stützen, denn auch die nördlichen und südlichen Mitgliedsländer befürchteten eher negative Auswirkungen, nämlich daß sich durch den Abbau der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa ihre Bedrohungssituation verschlechtern könnte.²⁾

Noch während der Explorationen - und je näher die eigentlichen Verhandlungen rückten - ließen zudem die USA erkennen, daß sie fast ausschließlich nur schwer oder kaum lösbare Probleme im MBFR-Prozeß sahen und auch ihre Ausgangspositionen von ihren Grundsätzen her nicht negotiabel erschienen. So hatte Nixon am 3.5.1973 vor dem amerikanischen Kongreß erneut Fragen angesprochen, die die NATO bezüglich MBFR konsensual zu klären hätte:

- "- Wie lassen sich für uns Reduzierungen bei ungefähr ausgewogenen konventionellen Streitkräften mit der Tatsache vereinbaren, daß das strategische Kräfteverhältnis nicht mehr eindeutig für das Bündnis vorteilhaft ist?
- Wie weit sind wir in der Lage, die konventionelle Verteidigung des NATO-Gebiets mit reduzierten Streitkräften aufrechtzuerhalten?
- Könnte eine erhebliche Reduzierung im Bereich der konventionellen Verteidigung dazu führen, daß man in stärkerem Maße oder rascher auf Kernwaffen zurückgreifen müßte?
- Können reduzierte Streitkräfte unter den derzeitigen politischen Umständen aufrechterhalten und verbessert werden?

1) So Haftendorn 1983 : S. 563

2) Vgl. ebda.

- welche direkte Auswirkung würde ein neues Gleichgewicht der Kräfte in Mitteleuropa auf die Flanken der NATO haben?
- Wie würden Reduzierungen die relativen Rüstungslasten der amerikanischen und europäischen Streitkräfte beeinflussen?"¹⁾

Schon die Art und Weise der Fragestellungen dokumentierte, daß es Nixon eher darum ging, Probleme aufzuwerfen und Bedenken zu formulieren, als nach positiven Lösungen zu suchen. Bezüglich der Verhandlungsgrundsätze hatte Nixon "proportional gleiche Reduzierungen" als nur für den Warschauer Pakt vorteilhaft erklärt, "gemischte, asymmetrische Reduzierungen" als zu kompliziert und lediglich asymmetrische "Reduzierungen auf gleiche Stärke" als akzeptabel bezeichnet.²⁾

Für die SPD hatte schon frühzeitig Karl Wienand auf das Problem der symmetrischen und asymmetrischen Reduzierungen hingewiesen und unter Berufung auf den französischen Außenminister Schumann 1970 dabei folgendes "Dilemma" festgestellt: "Die symmetrische Reduzierung der Streitkräfte in Prozenten ist für uns nicht akzeptabel, das asymmetrische Modell ist nicht präsentabel."³⁾

Die NATO⁴⁾ entschloß sich schließlich - 14 Tage nach der Vorlage eines Warschauer-Pakt-Angebots - am 22.11.1973 zu einem nach dieser Einschätzung 'nicht präsentablen' Modell als Verhandlungsgrundlage.

1) Zit. n. Siegler 1973 : Nr. 64

2) Ebda.

3) Zit. n. Wehrpolitische Tagung 1970 : S. 14

4) De facto saßen sich trotz des formalen Multilateralismus bei diesen Gesprächen die Bündnisse gegenüber. Zur bündnis-internen Abstimmung der Verhandlungsgrundlagen vgl. Altmeppen 1978 : S. 102ff. Insgesamt nahmen 19 Staaten an der Konferenz teil: 12 aus der NATO: Belgien, BRD, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Türkei, USA; aus der WVO: Bulgarien, DDR, Polen, Rumänien, CSSR, UdSSR, Ungarn. Signatarmächte waren jedoch nur: Belgien, BRD, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande, USA sowie DDR, Polen, CSSR, UdSSR; vgl. Baudissin 1980 : S. 464.

Das westliche Bündnis ging von folgenden Landstreitkräfte-
zahlen im vereinbarten Dislozierungsraum¹⁾ aus:

<u>NATO</u>	<u>WARSCHAUER PAKT</u>
770 000 Mann	925 000 Mann
davon USA	davon UdSSR
198 000 Mann	460 000 Mann
6 000 Panzer	15 000 Panzer ²⁾

In einer ersten Phase sollten nach NATO-Vorstellungen ausschließ-
lich die Streitkräfte der USA und der UdSSR um je 15% reduziert werden, also die der USA um 29 000, die der UdSSR hingegen um 69 000 Mann und 9 500 Panzer.³⁾

In einer zweiten Phase sollten alle Reduzierungsländer ihren Landstreitkräftebestand auf insgesamt je 700 000 Mann senken. Mit dieser Vorlage war die NATO von ihrer MBFR-Erklärung

1) Dieser umfaßte Belgien, Niederlande, Luxemburg, BRD sowie DDR, CSSR und Polen; vgl. WB 1975/76 : S. 78 .

2) Nach Baudissin 1980 : S. 466. Der Warschauer Pakt hatte vorerst keine offiziellen Bestandsangaben gemacht, sondern lediglich betont, er gehe vom bestehenden Kräfteverhältnis aus.

3) So Baudissin ebda.; sowohl Mutz 1983 : S. 33 wie auch Haftendorn 1983 : S. 577 geben allerdings an, daß der erste Verhandlungsvorschlag der NATO vom 22.11.73 bereits "nur" sowjetische Reduzierungen von 68 000 Mann und 1 700 Panzer verlangt habe. Baudissin 1980 hingegen ordnet diese Daten erst dem befristeten Zusatzangebot der NATO vom 12.12.75 zu. Da offizielle Quellen hierzu nicht zugänglich sind, kann nur auf diese Unstimmigkeit in der Sekundärliteratur verwiesen werden. Nur Haftendorn gibt für die Daten überhaupt Quellen an, die jedoch nicht zur Verifizierung geeignet sind; vgl. Haftendorn 1983 : S. 578, Anmerkung 124.

der Ratstagung in Rom¹⁾ in wesentlichen Punkten abgerückt.²⁾ Zumindest für die erste Phase galt somit nicht, daß "Stationierungs- und (Hervorh. durch d. Verf.) einheimische Streitkräfte und ihre Waffensysteme"³⁾ wie angekündigt gleichermaßen einbezogen werden sollten. Auch wurde angesichts der angestrebten eklatant asymmetrischen Reduzierungen wohl kaum der Absichtserklärung der NATO gefolgt, daß "Truppenvermindierungen (...) sich nicht zum militärischen Nachteil einer Seite auswirken" dürften.⁴⁾

Der Warschauer Pakt hatte bereits am 8.11.1973 einen Drei-Phasen-Plan vorgelegt. In der ersten Phase (bis 1975) sollten unter Beteiligung aller Reduzierungsländer NATO und Warschauer Pakt ihre Truppen um je 20 000 Mann abbauen, wobei der Schwerpunkt bei den amerikanischen und sowjetischen Streitkräften liegen sollte, in der zweiten Phase (bis 1976) um je 5%, in der dritten (bis 1977) um weitere 10%.⁵⁾

Damit entsprach der östliche Vorschlag eher den formulierten NATO-Grundsätzen als der der NATO selbst. Wenn auch die militärstrategischen Folgen der Warschauer-Pakt-Vorschläge sicher nicht unproblematisch gewesen wären, so z.B. bezüglich der unterschiedlichen geostrategischen Lage, so kann doch der Einschätzung zugestimmt werden, daß "insgesamt gesehen (...) den Westen eher die politischen Folgen des östlichen Redu-

1) Vgl. Siegler 1970 : Nr. 78

2) Vgl. Haftendorn 1983 : S. 578

3) Vgl. Siegler 1970 : Nr. 78

4) Ebda. Diese Grundsätze waren Bestandteil der MBFR-Ziele der Bundesregierung, vgl. WB 1973/74 : S. 47. Mutz 1984 : S. 193 verglich diese mit den Verhandlungspositionen der NATO: "Daß die östliche Verhandlungsseite sich mit (...) der westlichen Auslegung bestehender Asymmetrien (...) nicht befreunden mochte, leuchtet ein. Schwieriger erkennbar ist, inwiefern die Reduzierungsforderung mit dem ersten der zehn (...) MBFR-Grundsätze im Einklang steht (...). Wie könnte diejenige Seite, der ein dreimal höherer Abrüstungsbeitrag abverlangt wird, sich anders als benachteiligt fühlen? Und was sollte ein Bündnis in der Ansicht bestärken, die Verschiebung der Kräfte relation um 150 000 (...) belasse die (...) Sicherheit unvermindert?"

5) Vgl. Haftendorn 1983 : S. 575

zierungsplans als seine militärischen Wirkungen" beunruhigten.¹⁾

Ende 1975 ergänzte die NATO ihre Vorschläge durch ein befristetes Zusatzangebot, das diese insgesamt etwas moderater erscheinen ließ. So forderte nunmehr die NATO von der UdSSR den Rückzug einer Panzerarmee (68 000 Mann) mit 1 700 Panzern aus der DDR und stellte als Gegenleistung zusätzlich zu einem US-Truppenabbau um 29 000 Mann noch 1 000 taktische Atomsprenköpfe, 54 F-4 Phantom und 36 Pershing 1 zur Disposition.²⁾ Die NATO qualifizierte jedoch ausdrücklich die zusätzliche Einbeziehung von Atomwaffen und -trägersystemen in die Verhandlungen nur als bedingt und befristet und kündigte die Rücknahme an, falls der Warschauer Pakt nicht unverzüglich auf den Abzug einer sowjetischen Panzerarmee und die Senkung der Landstreitkräfte auf je 700 000 Mann eingehe.³⁾

Auch der Warschauer Pakt bewegte sich: Am 31.11.1974 gestand er zu, gemäß dem NATO-Vorschlag in der ersten Phase nur Streitkräfte der USA und der UdSSR einzubeziehen. Zusätzlich bot die Sowjetunion am 19.2.1976 den Abzug von 2 bis 3 Panzerregimentern mit 200 bis 300 Panzern sowie von 54 Atombombern an. Phase zwei und drei sollten ferner zusammengefaßt und bis 1978 sollte der Streitkräftebestand aller Reduzierungsländer um 15% gesenkt werden. Der Warschauer Pakt machte gleichzeitig deutlich, daß er zwischen dem Verhandlungsziel der NATO, zahlenmäßige Parität zu erreichen und seinen eigenen Vorschlägen gleichprozentiger Reduzierungen keinen Widerspruch erkennen wollte. So hatte die östliche Delegation im Juni 1976 erstmalig eigene Streitkräftezahlen vorgelegt, nach denen (Stichtag 1.1.1976) der Warschauer Pakt 805 000 Mann Heerestruppen und 182 300 Mann Luftstreitkräfte im Dislozierungsraum unter-

1) Haftendorn 1983 : S. 577

2) Vgl. Baudissin 1980 : S. 466

3) Vgl. Mutz 1983 : S. 37

hielt und damit aus dieser Sicht von einem ungefähren zahlenmäßigen Gleichstand ausgegangen werden konnte. Im Dezember 1976 allerdings legte wiederum die NATO neue Zahlen für die Landstreitkräfte vor, mit denen dies fundamental bestritten wurde. Sie zählte auf eigener Seite 791 000, auf der des Warschauer Pakts 962 000 Mann und kam deshalb auf ein östliches Übergewicht von 171 000 Mann. Dieser Datendissens sollte bis auf weiteres den Verhandlungsverlauf beschäftigen und belasten.¹⁾

Mit solchen detaillierten Problemen des MBFR-Prozesses konnte sich naturgemäß nur ein kleiner Expertenkreis in der SPD qualifiziert beschäftigen.²⁾

Vor Hoffnungen auf einen raschen Vertragsabschluß hatte Willy Brandt in seiner Regierungserklärung am 18.1.1973, unmittelbar vor Beginn der exploratorischen Gespräche, gewarnt und explizit auf ein Rüstungsübergewicht des Warschauer Pakts hingewiesen: "Die Bundesregierung hat sich für eine ausgewogene beiderseitige Verminderung von Truppen und Rüstungen in Europa eingesetzt und wird schon an den Vorverhandlungen zu diesem Problem (...) teilnehmen. (...) Auch hier darf es keine Illusionen geben. Es ist nicht zu übersehen, daß die Rüstungsentwicklung im Warschauer Pakt das östliche Gesamtpotential steigerte. Die Bundesregierung zieht daraus keine vorschnellen Schlüsse. Aber sie stellt fest, daß es eine parallele Tendenz in Westeuropa nicht gibt."³⁾

Abgesehen davon, daß letztere Einschätzung angesichts des EDIP, der Verstärkung der US-Truppen in Europa und der eingeleiteten nationalen Aufrüstungsprogramme⁴⁾ bestritten werden kann, mußte die Art und Weise verwundern, wie der sozialdemokratische

1) Vgl. Mutz 1983 : S. 38f.

2) Das bedeutet nicht, daß in Bundesparteitagsdiskussionen dieses Thema gänzlich ausgespart blieb; vgl. z.B. PT 1977 : S. 267f., auch S. 281f., hier verknüpft v.a. mit der ERW-Problematik.

3) Zit. n. SD-SIPO 2/1973

4) Vgl. S. 218ff. u. S. 240ff.

Bundeskanzler ein genuin sozialdemokratisches Projekt, das einen zentralen Stellenwert im Entspannungskonzept einnahm, und das er zudem selbst maßgeblich mitinitiiert hatte, in seiner Regierungserklärung darstellte. Positive Aspekte solcher Verhandlungen erwähnte Brandt nicht, ebensowenig äußerte er die Absicht, sich nachdrücklich für ein Abkommen einzusetzen.

Auch Berkhan wies in der nachfolgenden Aussprache im Bundestag nur auf mögliche Gefahren der MBFR-Verhandlungen hin und bezeichnete sie - zusammen mit der KSZE - als "ernste Prüfsteine für die Funktionstüchtigkeit des westlichen Verteidigungsbündnisses". Explizit warnte er vor der Durchsetzung von "Einzelinteressen" im Bündnis, welche die "Solidarität der Bündnispartner" und damit "unsere Sicherheit" gefährden könnte. Er fügte hinzu: "Wir müssen vermeiden, daß bei uns der Eindruck größerer Sicherheit entsteht, als durch die tatsächliche Entwicklung der Beziehungen mit unseren östlichen Nachbarn gerechtfertigt ist."¹⁾

Diese Stellungnahmen ließen bei führenden Sozialdemokraten kurz vor Beginn der Verhandlungen eine Zielverschiebung bezüglich des MBFR-Prozesses erkennen. Konkrete Verhandlungsergebnisse wurden, begründet mit der Aufrüstung des Warschauer Pakts, in die Nähe von Illusionen gerückt. Die Verhandlungen selbst wurden wesentlich als Instrument zur Schaffung größerer Kohärenz im Bündnis begriffen, bzw., wie durch Leber, zur Legitimation von Aufrüstung genutzt. Vor der nachdrücklichen Einbringung von eigenen Sonderinteressen, die aus der besonderen Gefährdung der Bundesrepublik abgeleitet werden mußten, wurde indes gewarnt und durch diese Selbstbeschränkung auch der multilaterale Ansatz der MBFR-Verhandlungen vorab ausgehöhlt.

1) Zit. n. SD-SIPO 2/1973

Der schwerpunktmäßig mit Rüstungskontrollpolitik befaßte sozialdemokratische Experte Pawelczyk vertrat hingegen im Vergleich dazu noch im Mai 1973 höchst optimistische Einschätzungen bezüglich dessen, was MBFR bewirken könne. So sah er die NATO zu diesem Zeitpunkt damit beschäftigt, "auf der Basis unverminderter Sicherheit für die beteiligten Staaten (...) ein Verhandlungskonzept" zu entwickeln, "das gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa in absehbarer Zeit erlaubt."¹⁾ Den Verhandlungen traute er gar zu, "den Staaten systematisch die Fähigkeit zu nehmen, Streitkräfte zur Verwirklichung außenpolitischer Ziele zu benutzen" und "qualitative Eingriffe in den Rüstungsmechanismus vertraglich" zu regeln.²⁾ Auch Pawelczyk warnte, allerdings nicht wie Brandt vor der Aufrüstung des Warschauer Pakts, sondern vor "denen, (...) die außerstande sind, anders als im Aktions-Reaktionsschema einer falsch verstandenen Abschreckungsstrategie zu denken." Diese enthalte "drei gefährliche Antriebsmomente", die nach wie vor wirksam seien:

- "1. Dem vermeintlichen Gegner wird unterstellt, er versuche durch intensives Rüsten die Überlegenheit zu gewinnen, die ihm ohne großen eigenen Schaden den Einsatz militärischer Machtmittel erlaubt.
2. Man traut ihm die Fähigkeit zu, in relativ kurzer Zeit eine qualitative Rüstungsüberlegenheit zu gewinnen.
3. Nur durch ein Höchstmaß eigener Anstrengungen kann diese qualitative Überlegenheit verhindert werden."³⁾

Zwar befürchtete auch Pawelczyk, daß "die Verhandlungen (...) mühsam und zeitraubend sein" könnten, setzte aber Hoffnungen

1) Alfons Pawelczyk: Akzeptable Grundlagen für MBFR, in: SD-SIPO 5/1973

2) Ebda.

3) Ebda.

darauf, daß sie "nicht zu lang" dauern würden, denn "die Verhandlungsergebnisse würden entwertet, wenn sie langsamer zustande (kommen) als Fortschritte in der Waffentechnik erzielt und in Beschaffungsprogramme umgesetzt werden."¹⁾ Ohne Eingriffe in den Rüstungswettlauf, "der in immer kürzeren Intervallen zu immer teureren und schrecklicheren Ersatzmittel" führe, sei MBFR nur "eine Beschäftigungstheorie".²⁾ Bezüglich der von der NATO entwickelten drei möglichen Verhandlungsoptionen wollte Pawelczyk "alle Anstrengungen unternehmen" sehen, um folgende Option "im Herbst zur Verhandlungsgrundlage" zu machen: "Gleichzeitige Verringerung einheimischer und stationierter Truppen. Das bedeutet, nach einem fest vereinbarten Zeitplan werden gleichzeitig ein bestimmter Prozentsatz von Stationierungskräften aus dem Reduzierungsraum herausgenommen und einheimische Soldaten entlassen."³⁾ In der Novemberausgabe 1973 der NEUEN GESELLSCHAFT, wenige Wochen bevor die NATO ihr erstes Verhandlungsangebot präsentierte, hatte Walter Schilling ähnliche Positionen vertreten: "Für die Sowjetunion bleibt es eine notwendige Bedingung, daß sich das militärische Kräfteverhältnis nicht zuungunsten des östlichen Bündnisses verändern und kein Partner einen einseitigen Vorteil aus dem künftigen MBFR-Abkommen ziehen darf. Eine realistische Position in der Frage der Verringerung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa wird sich daher am Prinzip der Parität orientieren. Asymmetrische Reduzierungen und der Verzicht auf den geostrategischen Vorteil sind für die Sowjetregierung keine Verhandlungsgegenstände."⁴⁾

1) Zit. n. SD-SIPO 5/1973

2) Ebda.

3) Ebda.

4) Schilling 1973 : S. 895. Der Autor verwendet den Begriff der Parität in einem anderen Sinne als die NATO, die darunter asymmetrische Reduzierungen bis zum zahlenmäßigen Gleichstand von NATO und Warschauer Pakt verstand.

Die NATO hatte sich allerdings zu diesem Zeitpunkt bereits gegen eine solche "realistische Position" entschieden und damit dokumentiert, daß weitreichende rüstungskontrollpolitische Konzeptionen wie die von Pawelczyk¹⁾ innerhalb des Bündnisses nicht konsensfähig waren.

Dennoch wurde die NATO-Position bündnistreu nahezu von allen sozialdemokratischen Sicherheitspolitikern künftig einhellig nach außen vertreten, und selbst Pawelczyk verkündete am 19.1.1977 im Bundestag: "Wir weichen in keiner Grundposition von der NATO-Position ab."²⁾

Auch die Opposition hatte bis Ende 1976 die MBFR-Verhandlungen in ihrer konkreten Ausprägung voll übereinstimmend mit der SPD mitgetragen, wie der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Mertes, im Januar 1977 bestätigte: "Wenn es einen Bereich gab, (...) in dem es (...) bis vor kurzem gottlob Konsens gab, dann waren es die Truppenreduzierungsverhandlungen in Wien."³⁾

Dieser Konsens war ab Herbst 1976 allerdings etwas ins Wanken geraten. Auf einer Moskaureise hatte Wehner im Oktober 1976 bescheidene eigene bundesdeutsche Initiativen zur Rüstungsbegrenzung angeregt und gefordert, die militärische Entspannung müsse der politischen folgen. Von der Opposition war daraufhin zu vernehmen, Wehner übernehme die Diktion des Ostens.⁴⁾

1) Pawelczyks Überlegungen waren deutlich von Elementen und Forderungen an den Prozeß der Kooperativen Rüstungssteuerung geprägt, wie sie damals z.B. von Senghaas/Rittberger/Luber 1973 vertreten wurden. Die genannten Autoren waren allerdings der Meinung, daß durch den MBFR-Prozeß - von seiner Anlage und seinem Stellenwert her - weitere Aufrüstung nicht verhindert würde.

2) BT VIII : S. 210

3) Ebda. : S. 202

4) Vgl. CDU/CSU-Fraktion, Pressedienst v. 9.1.76. Im Bundestag erklärte dazu Mertes lapidar: "Die These, militärische Entspannung müsse der politischen folgen, wird vom Westen nicht vertreten"; BT VIII : S. 204.

Eine Außenseiterposition vertrat 1976 Conrad Ahlers im VORWÄRTS, als er der NATO ein Eingehen auf die östlichen Reduzierungsvorschläge nahelegte: "In Anbetracht der Tatsache, daß die gewaltige Massierung von Streitkräften im Reduzierungsraum eine permanente Kriegsgefahr darstellt, so daß schon eine leichte Verminderung dieser Kräfte eine dauerhafte Entspannung begünstigen würde, wäre zu überlegen, ob der Westen nicht durch ein Entgegenkommen gegenüber den sowjetischen Vorstellungen einer prozentualen Reduzierung ein kalkuliertes Risiko für den Frieden eingehen sollte."¹⁾

Wesentlich vorsichtiger äußerte sich Brandt in einem Interview mit dem BONNER GENERALANZEIGER und forderte lediglich "symbolische Reduzierungen" auf amerikanischer und sowjetischer Seite, um die festgefahrenen Verhandlungen in Bewegung zu bringen.²⁾

Pawelczyk knüpfte an Brandts Vorschlag an und regte seinerseits am 8.9.1977 im Bundestag "symbolische Schritte" an, da man "kleine Reduzierungsquoten (...) verabreden (solle), wenn die Möglichkeit zu großen in einer bestimmten politischen Situation nicht besteht."³⁾ Dabei wollte Pawelczyk nicht gegen die "MBFR-Essentials der NATO (...) Parität und Kollektivität" verstoßen, sondern lediglich eine politische "Initiative, die die Wiener Verhandlungen wieder in den Gesamtrahmen der gesamten Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik einordnet", einleiten, um zu einem "Durchbruch bei MBFR" zu kommen.⁴⁾

Diese bescheidenen Ansätze zur möglichen Überwindung der Stagnation bei den MBFR-Verhandlungen hatten für die CDU/CSU-

1) VORWÄRTS v. 18.11.76

2) BONNER GA v. 9.12.76; ähnlich Wehner am 29.3.77 in einem Interview mit der DEUTSCHEN WELLE; vgl. auch Sicherheitspolitische Informationstagung 1977 : S. 23f., auf der Wehner hierin seinen Dissens mit Außenminister Genscher betonte.

3) BT VIII : S. 3045

4) Ebda.

Opposition allerdings bereits "etwas sehr Beunruhigendes an sich",¹⁾ da dies nur dem Osten nütze. So warf der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Mertes, der SPD vor, "maßgebende Sozialdemokraten" erstrebten "in zentralen Fragen eine Alternative zur Haltung des Bündnisses, die nach Lage der Dinge nur der Wille zu größerem westlichen Nachgeben in der Sache sein kann. Wer dadurch objektiv begünstigt wird, ist doch offenkundig."²⁾

Dabei hatte Pawelczyk nicht einmal für "einen neuen, mit technischen Details befaßten Vorschlag" der NATO plädiert, da dies ihm für den "weiteren Verhandlungsverlauf (...) jetzt nicht dienlich" erschien.³⁾ Ein "erstes Abkommen" hielt er dennoch für möglich: "Nach dem derzeitigen Entwicklungsstand könnte es folgende Elemente enthalten: Alle direkten Teilnehmer verpflichten sich, ihre Streitkräfte zu reduzieren; der Reduzierungsprozeß soll in zwei Stufen aufgeteilt werden. Um die Vertrauensbildung in der Entspannungspolitik zu festigen und voranzutreiben, könnte ein erster Reduktionsschritt auf amerikanische und sowjetische Streitkräfte beschränkt werden. Einzelheiten der Verminderung von Streitkräften der übrigen direkten Teilnehmer wären anschließend zu vereinbaren. Die Reduktion könnte sich auf Land- und Luftstreitkräfte und in einem gewissen Grade auch auf konventionelle und nukleare Waffen erstrecken. Eine begrenzte Reduktion von Streitkräften beider Seiten schafft kein Sicherheitsrisiko, kann aber ein wesentliches Element im Entspannungsprozeß bedeuten."⁴⁾

Es ist schwer nachvollziehbar, worauf Pawelczyk (damals Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungs-

1) So Mertes, zit. n. BT VIII : S. 3046

2) Ebda. : S. 3048

3) So Pawelczyk, in: EA 2/1977; ähnlich in: VORWÄRTS v. 21.7.77

4) Ebda.

kontrolle des Deutschen Bundestags) solchen Optimismus gründete. Ein auf die amerikanischen und sowjetischen Streitkräfte bezogener "erster Reduzierungsschritt" hätte ja wohl nur auf der Basis eines Konsenses beider Seiten über die Reduzierungsquoten und die Streitkräftezahlen erfolgen können. Die von Pawelczyk ausgemachten "Bewegungen" von NATO und Warschauer Pakt waren in dieser Hinsicht jedoch gänzlich ungenügend, die Grundsatzpositionen der NATO nach wie vor nicht negotiabel, geschweige denn vertragsreif. Hinzu kam, daß nicht einmal das Auswärtige Amt sich auf die Pawelczyk-Initiative einlassen wollte.¹⁾

Auch Verteidigungsminister Leber betonte des öfteren, daß er von solchen eigenständigen bundesrepublikanischen Vorstößen nichts halte und bekundete darin seine Übereinstimmung mit Außenminister Genscher.²⁾

Ein "deutsches Initiativpapier" kam dann zwar im Verlauf des Jahres 1977 auf Betreiben von Bundeskanzler Schmidt zustande - ausgearbeitet in enger Kooperation mit dem Verteidigungsministerium und dem Auswärtigen Amt - und wurde sogar formell vom NATO-Rat gebilligt. Es enthielt aber nur marginale Veränderungen der westlichen Grundsatzpositionen.³⁾ Im April 1978 wurden diese Feinkorrekturen dann von der NATO in den Verhandlungsprozeß eingebracht.⁴⁾ An der Stagnation der Wiener Gespräche änderte dies jedoch ebensowenig etwas wie die Bonner Erklärung Schmidts und Breschnews vom 6.5.1978, in der die Sowjetunion das Paritätsprinzip der NATO aner-

1) Vgl. Haftdorn 1983 : S. 588

2) Vgl. die Interviews Lebers mit dem DEUTSCHEN ALLGEMEINEN SONNTAGSBLATT v. 20.7.77, dem SÜDDEUTSCHEN RUNDFUNK v. 20.7.77, der DEUTSCHEN WELLE v. 5.1.77

3) So wurde z.B. nicht mehr der Abzug einer gesamten Panzerarmee (68 000 Mann) von der UdSSR verlangt, sondern der Rückzug von 5 Divisionen (= wiederum 68 000 Mann); vgl. Haftdorn 1983 : S. 588f.

4) Vgl. Baudissin 1980 : S. 467

kannte.¹⁾

Obwohl sich Ende 1976 und 1977 die Stimmen in der SPD mehrten, welche die Einleitung eines tatsächlichen Abrüstungsprozesses forderten, waren die Chancen für einen MBFR-Vertragsabschluß in absehbarer Zeit auch weiterhin nicht gegeben.²⁾

Bereits 1976 hatte Schmidt den Verhandlungsverlauf als "in der Tat (...) ernüchternd" bezeichnet, dies jedoch auf die "ganz ungewöhnlich schwierige (...) Problematik" zurückgeführt und dennoch "die Sache (...) insgesamt auf keinem schlechten Wege" befindlich charakterisiert.³⁾

Als positive Auswirkungen der Verhandlungen konnten jedoch bisher nur bilanziert werden:

- die gestärkte Kohärenz der NATO durch die permanente Erarbeitung gemeinsamer Positionen;
- die Legitimation der nationalen und NATO-Aufrüstungsprogramme zur Bewahrung des 'Gleichgewichts', das als unabdingbare Voraussetzung für Verhandlungserfolge dargestellt werden konnte;
- eine Vertrauensbildung, die den bestehenden Verhandlungen einen Wert an sich, unabhängig von erzielten Ergebnissen beimaß.

1) Darin hieß es: "Beide Seiten (...) gehen davon aus, daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen. Ihrer Meinung nach würden angemessene Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung im nuklearen und konventionellen Bereich, die diesem Grundsatz entsprechen, von großer Bedeutung sein"; zit. n. Mutz 1983 : S. 41. Der Datendissens war damit jedoch nicht beseitigt.

2) Für die weiteren MBFR-Gespräche läßt sich festhalten, daß die Verhandlungsangebote des Warschauer Pakts von großen Zugeständnissen geprägt waren, während die der NATO immer maximalistischer wurden. So bot die WVO am 8.6.78 in der ersten Reduzierungsphase einen Rückzug von 30 000 Mann der UdSSR-Streitkräfte gegen nur 14 000 der USA an. Im Mai 1982 hatte hingegen die NATO von der WVO verlangt, sie müsse ihre Truppen um 282 000 Mann reduzieren, während die NATO-Armeen nur um 93 000 Mann abgebaut werden sollten; vgl. Baudissin 1980 : S. 467 sowie Mutz 1983 : S. 56.

3) Brandt/Schmidt 1976 : S. 140f.

Auf diesen letzten Gesichtspunkt hatte Schmidt ausdrücklich hingewiesen, da es für ihn bereits ein "an sich schon ermutigender Fortschritt" war, "daß es überhaupt zu solchen Verhandlungen gekommen ist."¹⁾ Auch Leber hatte sich entsprechend geäußert: "(...) solange man in Wien über Abrüstung redet, ist die Gefahr, daß aufeinander geschossen wird, nicht so groß. Deshalb ist MBFR und bloß die Tatsache, daß es stattfindet, ein Gewinn für den Osten wie den Westen."²⁾ Leber gab sich 1977 zudem mit dem ergebnislosen Verlauf der bisherigen Gespräche durchaus zufrieden, was wegen seiner prinzipiellen Skepsis gegenüber MBFR³⁾ auch nicht verwunderte: "Ich persönlich bin der Auffassung, daß hier besondere Anläufe gegenwärtig überhaupt nicht nötig sind. Denn wir sind noch dabei, den Anfang aufzubauen. MBFR ist immer noch im Anfangsstadium. Und wem das nicht schnell genug ist, dem sage ich, es gibt überhaupt keine Veranstaltung dieser Art, bei der ich mir das Tempo schneller vorstellen kann. Wenn es hier nicht so schnell geht, werden hier auch keine Dummheiten schnell gemacht."⁴⁾ Nach dieser Logik wären "Dummheiten" gänzlich auszuschließen, wenn man auf einen Vertragsabschluß überhaupt verzichtete würde. In der Tat hätte auch eine nur "symbolische" vertraglich fixierte gegenseitige Truppenreduzierung die Legitimation für weitere Aufrüstung zumindest erschwert. Mit der Verabschiedung des Long-Term-Defense Program (LTDP)⁵⁾ im Mai 1978 ließ die NATO jedoch endgültig erkennen, daß sie bis in die 90er Jahre auf einen weiteren Ausbau auch der konventio-

1) Brandt/Schmidt 1976 : S. 140

2) So Leber in einem Interview mit der DEUTSCHEN WELLE v. 5.1.77

3) Vgl. S. 60 . Daß Leber in seinen sicherheitspolitischen Vorstellungen dem MBFR-Prozeß kaum eine Bedeutung zumaß, wird auch dadurch dokumentiert, daß er ihn in seinem Buch "Vom Frieden" (Leber 1979) nicht erwähnt.

4) Eine solche Selbstbescheidung kontrastierte deutlich zur Beschlußlage der Bundespartei. So hatte 1973 der Parteivorstand in seinem außenpolitischen Leitantrag für die "nächsten vier Jahre" das große Ziel verkündet, durch MBFR "allmählich das größte Zerstörungspotential, das Europa je gesehen hat, abzubauen"; PT 1973 : S. 1096.

5) Vgl. WB 1979 : S. 163ff.

nellen Bewaffnung, damit auf die Erzielung militärstrategischer Vorteile¹⁾ und nicht auf Abrüstung und einen möglichen MBFR-Vertragsabschluß setzte.

Denjenigen sozialdemokratischen Politikern, die zu dieser Zeit auf einen - wenn auch nur 'symbolischen' - Vertragsabschluß drängten, wie Bahr, Brandt, Pawelczyk, Wehner und wohl auch Helmut Schmidt,²⁾ waren nicht nur durch die Macht- und Mehrheitsverhältnisse in der NATO, sondern auch durch ihr eigenes Prioritätensystem enge Grenzen gezogen. Der sicherheitspolitischen Übereinstimmung - national wie im Bündnis - kam auch im Sinne sozialdemokratischer Machterhaltungspolitik ein weit höherer Stellenwert zu, als die Forcierung eines möglichen Vertragsabschlusses und der damit verbundenen bündnisinternen und innenpolitischen Konfrontation. Hatte es je eine reelle Chance für einen Erfolg (im Sinne echter Abrüstung) der MBFR-Verhandlungen gegeben, so war sie bereits 1973 durch die Akzeptanz der NATO-Ausgangspositionen vertan worden, zu einem Zeitpunkt, als die allgemeinen Rahmenbedingungen für eine Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik noch erheblich günstiger erschienen als gegen Ende des Untersuchungszeitraums.

1) Legitimitorisch gegenüber der Öffentlichkeit allerdings wiederum als 'Gleichgewichts'-Politik dargestellt.

2) Zu Brandt und Schmidt vgl. in diesem Zusammenhang PT 1977 : S. 52 u. S. 170; vgl. auch Schmidt in seiner Rede am 28.1.77 vor dem IISS in London, in der er es als "wichtig" bezeichnete, "daß alle den Ernst der Verhandlungen in Wien begreifen" und forderte, man müsse "in Wien zu Ergebnissen kommen"; zit. n. Schubert 1979 : S. 620.

3) Im Antrag des Bezirks Hessen-Süd zum Hamburger Parteitag 1977 (PT 1977 : S. 737ff., "Grundsätze sozialdemokratischer Europapolitik") wurde allerdings gefordert, die europäischen NATO-Staaten müßten "die MBFR-Verhandlungen auch mit eigenen Initiativen vorantreiben", ebda. : S. 743. Dies hätte durchaus als die Einleitung einer europäischen Konfrontationstrategie gegen die USA im Bündnis interpretiert werden können. Die Parteitagsregie erklärte jedoch diesen Antrag durch den Leit-antrag des Parteivorstands (ebda.: S. 731ff.) als "erledigt" - obwohl letzterer entsprechende Passagen gar nicht enthielt.

2.2.2. Die sozialdemokratische Kommentierung bilateraler Rüstungskontrollansätze zwischen den USA und der UdSSR

Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bundesrepublik im SALT-Prozeß¹⁾ waren aufgrund der bilateralen Anlage der Gespräche zwischen den USA und der UdSSR von vornherein eher gering einzuschätzen. Eine direkte Beteiligung an den Verhandlungen konnte schon deshalb nicht erfolgen, da die Bundesrepublik auf den Besitz von oder die nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen verzichtet hatte. Dennoch waren in der NATO Strukturen vorhanden, die zur Einbringung nationaler, bzw. europäischer Interessen in die SALT-Gespräche genutzt werden konnten. Dies konnte im Militärkomitee (MC), der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) und im SALT-Forum des NATO-Rats geschehen.²⁾ Für die Erarbeitung detaillierter bundesrepublikanischer Positionen im Konsultationsprozeß mit den USA stand jedoch sowohl dem Auswärtigen Amt als auch dem Bundesministerium der Verteidigung "nur ein sehr begrenzter Mitarbeiterstab zur Verfügung."³⁾ Auch deshalb beschränkte sich de facto die Mitwirkung in den genannten NATO-Gremien auf die Information durch die USA über den jeweiligen Verhandlungsstand.

Während der Großen Koalition schienen keinerlei Chancen für bilaterale Gespräche oder gar Abkommen über die Begrenzung der strategischen Atomwaffen der beiden Supermächte zu bestehen. Vielmehr deutete eine Erklärung McNamaras am 18.9.1967 darauf hin, daß ein neues atomares Wettrüsten bevorstand. McNamara hatte den Beschluß der US-Regierung be-

1) Vgl. z.B. Beuter 1983, Haftendorn 1983 : S. 215ff., Kubbig 1983, Ruehl³ 1978 sowie die Dokumentation von Walter 1980.

2) Zum SALT-Entscheidungssystem der Bundesrepublik im Rahmen der NATO vgl. Buch 1978 : S. 132.

3) So Buch ebda. : S. 131

kanntgegeben, für mehrere Milliarden Dollar das Antiraketen-Raketensystem (ABM) 'Sentinel' aufzubauen, um amerikanische Städte, vor allem aber die 1 000 verbunkerten ICBM des Typs 'Minuteman' vor feindlichen Atomangriffen zu schützen.¹⁾ Die Sowjetunion hatte ein ähnliches System bereits um Moskau und Leningrad installiert.

Im Bundestag drückten Anfang 1968 CDU-Politiker darüber ihre Besorgnis aus. So fragte CDU-MdB Dr. Kliesing an, ob der Bundesregierung bekannt sei, "daß ein großer Teil der internationalen Militärwissenschaft den Aufbau von Antiraketen-Raketensystemen durch die beiden Supermächte so beurteilt, daß dadurch eine gefährliche Herabsetzung des Risikos des ersten Schlages eintreten würde".²⁾

Von Hase, Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, antwortete darauf, daß nach dem jetzigen Erkenntnisstand eine derartige Situation nicht in Sicht sei und es nach Einschätzung der Regierung "offenbar noch kein voll und sicher wirksames Raketenabwehrsystem gegen die augenblickliche Raketenrüstung der beiden Supermächte Sowjetunion und Vereinigte Staaten von Amerika" gebe.³⁾

Da dies auf absehbare Zeit wohl weiter zuträfe, der Aufbau eines ABM-Systems zudem destabilisierend auf das Abschreckungssystem wirken und außerdem sehr teuer sein mußte, war kaum verständlich, weshalb Nixon noch am 30.10.1970 auf einer Pressekonferenz folgende Erklärung abgeben konnte:

"Vor etwa einem Jahr (...) habe ich (...) bekanntgegeben, daß wir mit einem ABM-System voranschreiten würden, und zwar mit zwei Zielsetzungen (...): 1. mit dem Ziel, unsere Minute-man-Abschußbasen gegen jede andere große Nuklearmacht zu

1) Vgl. DER SPIEGEL 17/1968

2) BT V : S. 7719

3) Ebda.

verteidigen, und 2. mit dem Ziel der Gebietsverteidigung, um uns gegen die Möglichkeit eines Angriffs durch irgendeine kleinere Nuklearmacht abzusichern. (...) Ich habe beschlossen, sowohl mit der 1. Phase wie mit der 2. Phase des ABM-Systems voranzuschreiten, und Verteidigungsminister Laird wird die Einleitung des Programms in etwa 30 Tagen bekanntgeben."¹⁾

Umso überraschender erfolgte zwei Monate nach dieser Absichtserklärung die Aufnahme von SALT-Verhandlungen, die nach nur zwei Jahren zum SALT-I-Vertragsabschluß²⁾ führten. Der ABM-Vertrag als wichtigster Bestandteil dieses Abkommens mußte angesichts der oben angeführten, im Bundestag geäußerten Bedenken mit Erleichterung aufgenommen werden. Das damit erreichte Ziel der "Stabilität auf strategischer Ebene", war schon auf der Ministerratstagung des DPC am 3.12.1969 in Brüssel auch von Helmut Schmidt als "im Interesse aller" liegend bezeichnet worden.³⁾

Bezüglich des gesamten SALT-Prozesses hatte jedoch der stellvertretende amerikanische Außenminister Elliot Richardson am 20.1.1970 eine "gewisse Unruhe in Europa" und eine "europäische (...) Empfindlichkeit bezüglich SALT" festgestellt und deshalb "möglichst umfassende Konsultationen" mit den europäischen NATO-Mitgliedern gefordert.⁴⁾

Solche Beunruhigung war auch im PPP festgehalten worden, hier allerdings nur unter Berufung auf den CDU-Wehrexperten Klepsch, der befürchtete, "daß die USA sich auf Kosten ihrer europäischen Verbündeten zu übereilten Abmachungen über die Begrenzung strategischer Atomwaffen bereitleiden könnten."⁵⁾

1) Zit. n. Siegler 1970 : Nr. 8

2) Text in: Walter 1980 : S. 37ff.

3) Zit. n. SPD-PD v. 12.2.70

4) Zit. n. Siegler 1970 : Nr. 4

5) PPP v. 7.9.70

In einem SPIEGEL-Interview machte aber auch Helmut Schmidt deutlich, daß er solche Befürchtungen teilte. Offen bekundete er, es müsse "damit gerechnet werden", daß bei einem SALT-Vertragsabschluß "die direkten Interessen dritter Staaten, die an der Verhandlung selbst nicht beteiligt sind, nicht voll befriedigt werden." Unmißverständlich fügte er hinzu: "Dies gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland."¹⁾ Schmidt gestand allerdings zu: "Man hat uns informiert und konsultiert. Es gibt hier keine Kritik am Verfahren."²⁾ Bezogen war die Einschätzung Schmidts auf die sich abzeichnende Einigung der SALT-Verhandlungspartner auf eine gemeinsam akzeptierte Definition der strategischen Waffensysteme, welche die ca. 630 IRBM der UdSSR (SS-4 und SS-5), die zum Teil auf westeuropäische Ziele gerichtet waren, ausklammerte.³⁾ Die Sowjetunion hatte während der 3. SALT-Runde (ab November 1970⁴⁾) noch erkennen lassen, daß sie die Einbeziehung der IRBM für möglich hielt, wenn auch die FBS⁵⁾ der NATO zur Disposition stünden.⁶⁾ Die UdSSR strebten zudem eine Vereinbarung an, mit der beide Seiten auf einen atomaren Erstein-satz verzichten sollten.⁷⁾

1) DER SPIEGEL 46/1970

2) Ebda.

3) Vgl. dazu TASS-Mitteilung v. 3.2.71, in; Siegler 1971 : Nr. 5 sowie den Bericht Nixons über die amerikanische Außenpolitik an den Kongreß v. 25.2.71, in: Siegler 1971 : Nr. 14.

4) Vgl. Siegler 1970 : Nr. 159

5) FBS = Forward Based Systems, lt. WB 1973/74 : S. 237 "vorne dislozierte Waffensysteme, die weder zur Kategorie der atomaren Gefechtsfeldwaffen noch zur Kategorie der zentralen Interkontinentalssysteme gehören"; v.a. ca. 600 atomwaffentragende Flugzeuge wie F-111, F-4, Starfighter sowie die A-7 und A-6 der 6. US-Mittelmeerflotte.

6) Vgl. DER SPIEGEL 11/1971; auch Buch 1978 : S. 125; Haften-dorn 1983 : S. 220 behauptet jedoch fälschlicherweise, die UdSSR habe "eine Einbeziehung der FBS gefordert (...), ohne aber über ihre MRBM (= IRBM, d. Verf.) reden zu wollen."

7) Vgl. DER SPIEGEL 11/1971

Sowohl der atomare Ersteinsatzverzicht als auch die Einbeziehung der FBS in den SALT-Prozeß wurden von Helmut Schmidt auf einer Wehrkunde-Begegnung 1971 in München als nicht wünschenswert, ja gefährlich bezeichnet: "Sollten die in Europa stehenden nuklearen Trägerwaffen in eine Reduzierung einbezogen werden, oder sollte ein Verbot des Ersteinsatzes nuklearer Waffen vereinbart werden, so würde dies direkt ins Herz der Allianz zielen."¹⁾

Die SPD-Forderungen an den SALT-Prozeß, wie sie vor allem von Helmut Schmidt formuliert wurden, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- 1) Gewährleistung strategischer Stabilität,
- 2) Einbeziehung der IRBM (SS-4 und SS-5),
- 3) keine Abkoppelung der strategischen Atomwaffen von der NATO-Triade (der Verbindung von konventionellen, nukleartaktischen und nuklear-strategischen Abschreckungs- und Verteidigungsebenen),
- 4) kein Ersteinsatzverzicht für Atomwaffen,
- 5) unverminderte Präsenz der FBS.

Die erste Forderung war durch den ABM-Vertrag wesentlich erfüllt worden. Die Einbeziehung der sowjetischen IRBM war nur durch die gleichzeitige Einbringung der westlichen FBS in den Verhandlungsprozeß zu erreichen. Schmidt hatte in dem obigen Zitat bereits zu erkennen gegeben, daß für ihn die unverminderte Präsenz der FBS wichtiger war, als der Abzug der sowjetischen IRBM, von denen er zwar gesagt hatte: "Mir wäre es, weiß Gott, lieber, sie wären nicht da", aber auch einschränkendes wie: "Die Tatsache, daß Mittelstreckenraketen nur auf einer Seite vorhanden sind, beeinträchtigt (...)

1) Zit. n. DER SPIEGEL 11/1971

2) Diesen Aspekt betonte u.a. Pawelczyk 1977 : S. 190.

das nuklear-strategische Gleichgewicht nicht wesentlich. Ich würde sogar von politisch-strategischer Parität auf diesem Felde reden."¹⁾

Die - zumindest teilweise - Abkoppelung der strategischen Atomwaffen vom konventionellen und nuklear-taktischen Bereich der NATO-Triade war bereits durch die - in der flexible response berücksichtigten - nuklear-strategischen Patt-Situation zwischen den USA und der UdSSR bewirkt worden und nicht durch den SALT-Prozeß. Eine gewisse Ankoppelung sollte zudem Mitte der 70er Jahre durch die Formulierung von Optionen für eine begrenzte strategische Kriegführung (Schlesinger-Doktrin²⁾) wieder erfolgen.

Ein Eingehen der USA auf den atomaren Ersteinsatzverzicht, der von der UdSSR vorgeschlagen worden war, war ohnehin nicht zu erwarten, da damit essentiell gegen die Prinzipien der flexible response verstoßen worden wäre.³⁾

Summa summarum konnte so der SALT-I-Vertrag durch die SPD als positiv eingeschätzt werden. Daß die Interessen der Bundesrepublik nicht in allen Punkten voll zum Tragen kommen konnten, war weniger mit der bilateralen Anlage der SALT-Verhandlungen zu begründen, sondern lag vielmehr daran, daß im sozialdemokratischen Forderungskatalog miteinander unvereinbare, nicht negotiable Ziele enthalten waren. So mußte akzeptiert werden, daß die Einbeziehung der sowjetischen IRBM in die Verhandlungen bei gleichzeitigem Bestehen auf die unverminderte FBS-Präsenz nicht zu erreichen war.

So konnte Schmidt angesichts der SALT-I-Unterzeichnung feststellen, daß die Bundesregierung wie auch er selbst "die Bemühungen der Supermächte um die Begrenzung der nuklearstrategischen Waffensysteme begrüßt und stetig unterstützt" habe, denn "SALT ist besser als SUGAR gleich Strategically Unlimited

1) So Schmidt in einem SPIEGEL-Interview 46/1970.

2) Vgl. Schwarz K.D. ³1978 : S. 347

3) Zur flexible response vgl. S. 134ff.

Growth of Arms Race".¹⁾

Bezüglich der Möglichkeiten der SALT-Gespräche, zu einer Beendigung des atomaren Wettrüstens zu kommen, finden sich zur Zeit ihrer Anfangsphase im SPD-Pressedienst höchst optimistische Einschätzungen. Unter Berufung auf die Londoner TIMES wurde z.B. anhand des sich abzeichnenden Durchbruchs bei SALT-I ausgesagt, man könne "nur rückhaltslos zustimmen", daß "die potentielle Bedeutung dieser amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung (...) so ungeheuer (ist), daß es schwer fällt, sie ganz zu fassen".²⁾ Der SPD-Pressedienst war weiter der Meinung: "Mächtige Kräfte innerhalb der USA und der Sowjetunion drängen darauf, das Wettrüsten zu beenden, weil es sinnlos geworden ist und weil es die materiellen, geistigen und moralischen Kräfte selbst dieser beiden Weltmächte überfordert. (...) Der gemeinsam bekundete Wille Moskaus und Washingtons, den Teufelskreis des Wettrüstens zu durchbrechen, entspricht den Geboten der politischen Vernunft und der Existenz-erhaltung."³⁾

Die euphorische Wertung des SALT-I-Vertragswerks kontrastierte scharf zur pessimistischen Kommentierung des Abkommens zur Verhütung von Atomkriegen (AVA), das am 22.6.1973 von den USA und der UdSSR unterzeichnet wurde, in der Parteipresse. Der VORWÄRTS bemängelte unter anderem den "Vorsatz, mit dem Amerikas Regierung es peinlichst vermieden" habe, die Verbündeten vor Abschluß des Abkommens zu konsultieren. "Allen

1) So Schmidt in: SPD-PD v. 31.5.72

2) SPD-PD v. 21.5.71

3) Ebda.; Skepsis - wie z.B. aus Kreisen der kritischen Friedensforschung geäußert (vgl. u.a. Senghaas 1972) -, daß SALT durch Ausklammerung "zukunftsträchtiger" Waffenentwicklungen das Wettrüsten nur anders zielrichten könnte, wurde zu diesem Zeitpunkt in der SPD nicht laut.

atlantischen Verbündeten Amerikas (ist) das Nixon/Breshnew-Abkommen nuklearer Entspannung zunächst in die Knochen gefahren. (...) In Bonn hat man sich davon nicht ausschließen können", meldete das Blatt. Der Verfasser des Artikels stellte ferner - ähnlich wie es Kiesinger anhand des Atomwaffensperrvertrags getan hatte - eine "(obschon begrenzte) 'Komplizität' der zwei Supermächte" fest, die er durch ein Bismarck-Zitat illustrierte: "Wenn irgendwo zwischen zwei Mächten ein noch so harmlos aussehender Pakt geschlossen wird, muß man sich sofort fragen, wer hier umgebracht werden soll."¹⁾ In Lebers Weißbuch 1973/74 - nach ausführlichen Konsultationen mit den USA - wurde dann allerdings das AVA als durchaus vereinbar mit den deutschen Sicherheitsinteressen dargestellt:

- "1. Der im AVA ausgesprochene bilaterale Gewaltverzicht verstärkt den Schutz der Verbündeten.
2. Die Verpflichtung der beiden Vertragsparteien, ihre Beziehungen zu anderen Staaten im Sinne der übernommenen Pflichten zu entwickeln, kann Abrüstungsschritte erleichtern.
3. Zu den bisherigen Konsultationspflichten zwischen den beiden Vertragsparteien und ihren Verbündeten treten neue Pflichten zwischen den USA und der Sowjetunion hinzu. Dies dient der Kriegsverhütung und damit dem Interesse unseres Landes, zumal auch konventionelle Konflikte durch das AVA weniger wahrscheinlich werden.

In Konsultationen mit der Bundesregierung hat die amerikanische Regierung klargestellt, daß die Handlungsfreiheit der Vereinigten Staaten und der westlichen Allianzpartner im Konfliktfall durch das Abkommen nicht eingeengt wird. Im Verteidigungsfall gilt die NATO-Strategie der Flexiblen Reaktion und Vorneverteidigung uneingeschränkt weiter. Die Entscheidungsfreiheit zum Einsatz von Nuklearwaffen zur Abwehr eines

1) VORWÄRTS v. 26.7.73

Angriffs auf NATO-Gebiet wird nicht beeinträchtigt."¹⁾

In der Diskussion auf den Bundesparteitag 1973 und 1975 wurden die SALT-Verhandlungen und andere bilaterale Rüstungskontrollansätze kaum erwähnt und spielten auch in den Anträgen keine substantielle Rolle. Dies änderte sich allerdings auf dem Parteitag 1977 in Hamburg, zu einem Zeitpunkt, als erkennbar war, daß sich ein SALT-II-Vertragsabschluß weiter verzögerte, ja gefährdet war. Daraus, so befürchteten sozialdemokratische Sicherheitspolitiker, konnten sich ernste außenpolitische Konsequenzen ergeben, denn "eine neu aufgebrochene ungehemmte Rivalität der Supermächte nach einem Fehlschlag bei SALT II würde zweifellos den Zusammenbruch der Entspannungspolitik zur Folge haben".²⁾ Umgekehrt wurde von einem erfolgreichen Vertragsabschluß erwartet, daß er sich "auf die Ost-West-Beziehungen insgesamt förderlich auswirken" müßte und so auch die MBFR-Gespräche "dadurch einen belebenden Impuls" erhielten.³⁾

Vor dem Hintergrund einer solchen Einschätzung fiel eine entsprechende Formulierung im Antrag 1 des Parteivorstands "Rüstungskontrollvereinbarungen" jedoch eher verschwommen aus. So war darin eine Forderung nach einem raschen Vertragsabschluß³⁾ nicht explizit enthalten, sondern lediglich folgende Aussage: "Die SPD unterstützt die Bemühungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, durch SALT den nuklearstrategischen Rüstungswettlauf einzudämmen. Sie fordert die beiden Großmächte auf, ihre Bemühungen zur Begrenzung und Reduzierung ihrer strategischen Arsenale zu verstärken."⁵⁾

1) WB 1973/74 : S. 42f.

2) Pawelczyk 1977 : S. 193

3) Ebda.

4) Solches hatte der Antrag Nr. 37 des Bezirks Hessen-Süd gefordert (überwiesen als Material an den Parteivorstand), PT 1977 : S. 743.

5) PT 1977 : S. 717

Ansonsten hob der Parteivorstandsantrag nur noch den Zusammenhang von SALT, MBFR und KSZE für eine "Politik der Rüstungsverminderung" hervor.¹⁾

Um "Rüstungsverminderung" ging es allerdings bei SALT II nicht. Dies betonte der stellvertretende Parteivorsitzende Hans Koschnick in der breit angelegten sicherheitspolitischen Diskussion und belehrte die Parteitagsdelegierten: "Wir werden (...) begreifen müssen, daß die SALT-Gespräche keine Abrüstungsgespräche, sondern nur Rüstungsbegrenzungsgespräche sind. Die beiden Großen sind in strategischen Fragen zunächst nur so weit, Höchstmengen festzulegen, nicht aber abzurüsten."²⁾

Wieder in die Diskussion um SALT eingeführt wurde die Problematik der Mittelstreckenwaffen. Dies vor allem deshalb, weil die Sowjetunion begann, ihre veralteten SS-4 und SS-5 durch die zielgenaueren, mobilen und mit je drei Sprengköpfen ausgerüsteten Feststoffraketen des Typs SS-20 zu ersetzen. Besonders auf dieses Waffensystem zielte der SPD-Vorstand in seinem Leitantrag ab, als er formulierte: "Mit besonderer Sorge beobachtet die SPD die Entwicklung solcher nuklearer Waffensysteme, die bisher weder bei SALT noch bei MBFR einbezogen sind. Sie fordert mit Nachdruck, die Rüstungskontrollverhandlungen auch auf diesen Bereich auszudehnen."³⁾

Brandt sprach auch in einem Diskussionsbeitrag diese "Grauzonenwaffen"⁴⁾ an. Er subsumierte darunter die Neutronenwaffe, wies aber auch darauf hin, daß es "noch andere" gebe, die "hinein in die internationalen Verhandlungen" müßten.⁵⁾

Der sozialdemokratische Abrüstungsexperte Pawelczyk hatte schon einige Monate vorher in der NEUEN GESELLSCHAFT auf die SS-20 und die anderen Mittelstreckenraketen der UdSSR hingewiesen und gefordert: "Westeuropa muß auf SALT Einfluß neh-

1) PT 1977 : S. 716

2) Ebda. : S. 268

3) Ebda. : S. 717

4) Vgl. dazu Beuter 1983 : S. 285ff.; auch Haftendorn 1983 : S. 234ff.

5) PT 1977 : S. 283

men, weil das sowjetische Mittelstreckenpotential Westeuropa entscheidend treffen kann. Diesen Punkt muß Westeuropa klar herausstellen, damit sich die USA gegenüber ihren europäischen Verbündeten solidarisch verhalten können."¹⁾

Ausführlich beschäftigte sich auch Schmidt in einer Rede vor dem IISS in London am 28.10.1977 mit SALT und den "veränderten strategischen Bedingungen", die bei einem Vertragsabschluß die Europäer "vor neue Probleme" stellten: "SALT schreibt das nuklearstrategische Gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und den USA vertraglich fest. Man kann es auch anders ausdrücken: Durch SALT neutralisieren sich die strategischen Nuklearpotentiale der USA und der Sowjetunion. Damit wächst in Europa die Bedeutung der Disparitäten auf nukleartaktischem und konventionellem Gebiet zwischen Ost und West. (...) Wir verkennen nicht, daß sowohl den USA als auch der Sowjetunion zu gleichen Teilen daran gelegen sein muß, die gegenseitige strategische Bedrohung aufzuheben. Aber: Eine auf die Weltmächte USA und Sowjetunion begrenzte strategische Rüstungsbeschränkung muß das Sicherheitsbedürfnis der westeuropäischen Bündnispartner gegenüber der in Europa militärisch überlegenen Sowjetunion beeinträchtigen, wenn es nicht gelingt, die in Europa bestehenden Disparitäten parallel zu den SALT-Verhandlungen abzubauen. Solange dies nicht geschehen ist, müssen wir an der Ausgewogenheit aller Komponenten der Abschreckungsstrategie festhalten. Das bedeutet: Die Allianz muß bereit sein, für die gültige Strategie ausreichende und richtige Mittel bereitzustellen und allen Entwicklungen vorzubeugen, die unserer unverändert richtigen Strategie die Grundlage entziehen könnten."²⁾

Dies konnte in der Logik des Abschreckungs- und Gleichgewichts-

1) Pawelczyk 1977 : S. 191

2) Zit. n. Schubert 1979 : S. 619

denkens als Folge nur eine verstärkte konventionelle Aufrüstung bzw. eine apologetisch verklausulierte 'Nachrüstung' im nuklearen Mittelstreckenbereich nach sich ziehen. Schmidt hatte zwar auch auf die Möglichkeit der beiderseitigen Reduzierungen und der Stabilisierung des Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau hingewiesen, die seine "Präferenz" habe.¹⁾ Die Stagnation der MBFR-Gespräche und der wachsende innenpolitische Widerstand in den USA gegen ein SALT-II-Abkommen ließen aber erkennen, daß eine solche Chance immer geringer wurde und durch die eingeleitete Überlegenheitspolitik der USA noch weiter schwand.²⁾

Aber auch bei einer Beibehaltung der Gleichgewichtspolitik hätte die Aufnahme der Mittelstreckensysteme in den laufenden SALT-Prozeß die Verhandlungen nur noch weiter kompliziert und verzögert. Pawelczyk - damals Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages - hatte in Übereinstimmung mit den europäischen NATO-Staaten außerdem noch einmal betont, daß auch künftig die FBS nicht Verhandlungsgegenstand werden dürften: "Das vorgeschobene taktische Potential muß intakt bleiben."³⁾

Die französischen und britischen Atomwaffen, die von der UdSSR realistischere ebenfalls als Gegensysteme zu ihrem Mittelstreckenpotential eingeschätzt werden mußten, standen ohnehin nicht zur Disposition. Damit war auch von den Verhandlungsgrundlagen her für die NATO fast zwangsläufig der Weg zu "eine(r) Ergänzung und Modernisierung des Mittelstreckenpotentials"⁴⁾ und nicht zu Rüstungsbegrenzung oder gar Abrüstung festgelegt. Dies sollte der Auslöser zu einer breit angelegten und höchst kontrovers geführten sicherheitspolitischen Diskussion auch in der SPD werden, die alle Gliederungen der Partei gleichermaßen beschäftigte und die tendenziell auf einen Umbruch im sicherheitspolitischen Denken der SPD abzielte.

1) Zit. n. Schubert 1979 : S. 620

2) Vgl. dazu Kubbig 1983 : S. 38ff. u. S. 101ff.

3) Pawelczyk 1977 : S. 191

4) So Haftendorn 1983 : S. 235 unter Berufung auf Schmidt.

3. Die militärpolitische Dimension

3.1. Die Militärpolitik in der Großen Koalition

3.1.1. Die innere Situation der Bundeswehr

3.1.1.1. Die sozialdemokratische Perzeption der Inneren Führung und deren mangelhafte Implementierung in der Praxis

Die "Grundsätze der Inneren Führung" sollten nach "sozialdemokratischer Überzeugung für den inneren Dienstbetrieb der Streitkräfte bindende Grundlagen bleiben", jedoch auch gemäß dem "jeweiligen Zustand der Gesellschaft (...) weiterentwickelt werden".¹⁾ Als Wesenselemente der Inneren Führung betrachteten die sicherheitspolitischen Experten der SPD

- die Integration der Bundeswehr in die demokratische Gesellschaft sowie
- die notwendige Erfahrbarkeit rechtsstaatlich-freiheitlicher Prinzipien und Grundrechte durch einen "zeitgemäßen", die Menschenwürde achtenden Führungsstil.

Zu den Grundsätzen der Inneren Führung gehörte nach sozialdemokratischer Meinung auch, daß das "Beurteilungs- und Beförderungswesen" auf "objektivere Grundlagen gestellt" werde, um somit den Soldaten erfahrbar zu machen, "einer gerechten Personalwirtschaft gegenüberzustehen"; weiterhin zählte dazu auch der Ausbau des "Fürsorgebereichs".²⁾ Der von Baudissin - einem der maßgeblichen Konzeptoren der Inneren Führung - angeführte Aspekt, diese sei auch ein Instrument, um die Streitkräfte an die "heutigen Forderungen von Kriegsbild wie -handwerk an(zu)passen"³⁾ wurde im Zeitraum der Großen Koalition hingegen von der SPD seltener in der Argumentation erwähnt.⁴⁾

1) So Schmidt in: Wehrpolitisches Forum 1969 : S. 38

2) Vgl. SPD-MdB Buchstaller in: BT V : S. 5906

3) Baudissin 1966 : S. 294

4) Z.B. aber von Buchstaller in: BT V : S. 13611; ausführlicher später, z.B. WB 1970 : S. 125f.

Die maßgeblichen Sicherheitspolitiker der SPD gingen von einer weitgehenden Kongruenz von Militär und demokratischer Gesellschaft aus, bzw. von deren prinzipiell möglicher Kompatibilität. Die Integration der Streitkräfte sollte zum einen durch eine Reformpolitik geleistet werden, die nach dem obigen Verständnis Bildung und Ausbildung sowie den Fürsorgebereich umfassen mußte.¹⁾ Eine mögliche Demokratisierung der Bundeswehr hatte aus dieser Sicht lediglich natürliche Grenzen, da "im militärischen Bereich manches anders geregelt werden muß als bei der Deutschen Bundesbahn. (...) Der Soldat muß wissen, daß militärische Disziplin, daß Befehlenwollen und daß Gehorchensollen innerhalb einer modernen Armee genauso notwendig ist wie früher".²⁾ Gefordert war jedoch ein "auf Einsicht beruhender mitdenkender Gehorsam", der "mit unseren Vorstellungen einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft nahtlos vereinbar" sei.³⁾ Zum anderen hatte Integration auch von der Gesamtgesellschaft aus zu erfolgen, indem diese die Bundeswehr in ihrer Funktion anerkannte und bereit war, "die Soldaten in die Gemeinschaft, wo sie immer gebildet ist, am Ort, im Verein, in einer Partei, in einem Verband, in einer kirchlichen Gemeinde, uneingeschränkt aufzunehmen."⁴⁾ War "die Bundeswehr (...) das Spiegelbild unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit", so war klar, "daß alles was (den Sozialdemokraten, d. Verf.) in der Gesamtgesellschaft nicht gefällt, auch in der Bundeswehr wiederkehrt."⁵⁾

1) Eine solche Politik wurde demgemäß von Schmidt in der sozialliberalen Koalition eingeleitet; vgl. S. 180ff.

2) So Schmidt in: Wehrpolitisches Forum 1969 : S. 42

3) Ebda.

4) Ebda.

5) Ebda. : S. 41

Ob sich die Bundeswehr ähnlich wie die Reichswehr zu einem "Staat im Staate" entwickeln würde, war somit nur eine Frage der Psychologie, nämlich ob sie so "angesehen wird oder daß sie sich selbst so empfindet."¹⁾

Die Grundsätze der Inneren Führung waren von den maßgeblichen sozialdemokratischen sicherheitspolitischen Experten somit hinreichend klar perzipiert und formuliert worden und entsprachen im wesentlichen der Baudissinschen Reformkonzeption. Diese Konzeption basierte auf einem Staats-, Gesellschafts- und Demokratieverständnis, das sicher kritisiert werden kann;²⁾ sie war jedoch ausreichend konsistent, um sich gegen reaktionär-traditionalistische Militär-Elite-Konzeptionen wie von Karst, Studnitz, Grashey oder Schnez³⁾ klar abgrenzen zu können.⁴⁾

In der Truppe selbst war die Baudissinsche Konzeption allerdings damals durch "das Wuchern eines Gestrüpps von Interpretationen (...) zeitweilig bis zur Leerformelhaftigkeit" erstarrt, so daß "selbst Ultrakonservative und Apologeten des Kommiß als Anhänger der Reformkonzeption auftreten konnten, ohne sich offensichtlich lächerlich zu machen."⁵⁾

1) So Schmidt in: Wehrpolitisches Forum 1969 : S. 42

2) Vgl. z.B. Vogt³ 1978 : S. 545ff.

3) Vgl. S. 162ff.

4) Diese deutlichen Unterschiede leugnet allerdings Kempe 1973 : S. 138, um die sozialdemokratische Konzeption mit einer konservativ-reaktionären gleichsetzen zu können.

5) So Simon 1980 : S. 97. Die verbreitete Verunsicherung dokumentierte DER SPIEGEL 19/1969 mit dem Bericht über einen grotesk anmutenden Disziplinarfall, bei dem ein Regimentskommandeur seinen Batteriechef bestraft hatte, "weil er die falsch verstandene Innere Führung Scheiße genannt, in der Öffentlichkeit aber dabei den Eindruck hervorgerufen hat, er habe die richtig verstandene Innere Führung gemeint."

Die sozialdemokratische Kritik an der mangelhaften Implementierung der Inneren Führung¹⁾ blieb eher moderat, was auch darauf zurückzuführen war, daß die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker den mit dem Karlsruher Parteitag 1964 eingeleiteten Annäherungsprozeß an die Bundeswehr nicht belasten wollten. Vor Beginn der Großen Koalition war der Adressat der Kritik ausschließlich die politische Führung, vor allem Verteidigungsminister von Hassel gewesen. In der Auseinandersetzung um den Gewerkschaftserlaß von Hassels²⁾ und den daraus resultierenden Rücktritten des Generalinspektors Trettner, des Inspektors der Luftwaffe Panitzki und des kommandierenden Generals im Wehrbereich III Pape hatte die SPD sogar deutlich Stellung für die Generäle und gegen von Hassel bezogen.³⁾ Ansätze für eine Kritik sahen sozialdemokratische Sicherheitspolitiker u.a. in "von rückwärtsgewandter, übertriebener Traditionsanhänglichkeit abgeleiteten Strömungen, (...) die mit den Verhaltensnormen einer modernen, demokratischen Gesellschaft nicht mehr übereinstimmen"⁴⁾ und forderten deshalb, "den sehr abstrakt gefaßten Erlaß 'Bundeswehr und Tradition' in eine klare Form zu bringen, die keinen Spielraum für falsch verstandene Traditionspflege läßt."⁵⁾

-
- 1) Leifert 1969 : S. 183 kommt sogar anhand einer empirischen Analyse des militärischen Führungsstils zur Zeit der Großen Koalition zu dem Schluß: "Die Anzeichen deuten darauf hin, daß Innere Führung im Sinne der Reform und in breitem Rahmen in der Bundeswehr bisher nicht verwirklicht wurde". Leifert bezeichnet deshalb die InFü als "Fiktion einer Reform, (...) weil das Gros der militärischen Führer der Verwirklichung der Reformbestrebungen permanent Widerstand entgegengebracht und durch Verwässerung des ursprünglichen Konzepts eine Realisierung verhindert hat"; ebda. : S. 186.
 - 2) Dieser gestand der ÖTV Informationsmöglichkeiten im Kasernenbereich zu; vgl. Bulletin v. 17.5.67.
 - 3) So Berkhan, in: BT V : S. 5773
 - 4) So Schmidt, in: Wehrpolitisches Forum 1969 : S. 41
 - 5) So Buchstaller, in: BT V : S. 5907; vgl. Erlass von Hassels v. 1.7.65 (erst durch Apel 1981 aufgehoben), Text in: Ilseman 1981 : S. 429ff.

Defizite wurden ferner in der mangelnden Überprüfung und Aussonderung reaktionären Liedguts¹⁾ und rechtsextremistischer Literatur in Truppenbüchereien²⁾ gesehen, sowie darin, "daß die Kenntnisse über die Grundrechte und ihre überragende Bedeutung auch bis heute (1967, d. Verf.) noch nicht hinreichend verbreitet seien."³⁾ Abhilfe sollte unter anderem über "die Einbeziehung von Vertretern der Öffentlichkeit in die Gestaltung des staatsbürgerlichen Unterrichts" geschaffen werden. Besonderes Augenmerk wurde wiederum dem Fürsorgebereich gewidmet, da ihn betreffende Beschwerden "rund zwei Drittel aller Eingaben an den Wehrbeauftragten" ausmachten.⁴⁾ Bezüglich von Hinweisen des Wehrbeauftragten Hoogen auf den Gesetzescharakter der Inneren Führung hatte SPD-MdB Buchstaller folgendes angemerkt: "Darin scheint mir eine Begründung dafür zu liegen, daß der Herr Wehrbeauftragte es für notwendig hielt, diesen Tatbestand (...) noch einmal deutlich zu machen. Offenbar hat er das Gefühl, daß der eine oder andere dieses Hinweises noch bedarf."⁵⁾

Im Frühjahr 1969 dokumentierte dann kein Geringerer als der Vizeinspekteur des Heeres in einem Referat an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, daß auch er zu diesen "eine(n) oder andere(n)" zu rechnen war.

General Grashey hatte unter anderem angesprochen:

- die Institution des Wehrbeauftragten, die als institutionalisiertes Mißtrauen gegen die Truppe ebenso schädlich wie überflüssig sei;
- die vom militärischen Kommandobereich unabhängige Bundeswehrverwaltung, die den Dienstbetrieb hemme und den Soldaten die Lust nehme;

1) Vgl. DER SPIEGEL 11/1967

2) Buchstaller, zit. n. BT V : S. 5907

3) Ebda. : S. 1908; ähnlich in: SPD-PD v. 19.7.66 u. 9.6.67

4) Ebda. : S. 5906; vgl. auch Jahresberichte des Wehrbeauftragten 1966-69, BT Dr.s. V/1825, V/2948, V/3912 u. VI/453

5) Buchstaller in: BT V : S. 5908

- die Innere Führung, die ebenso wie das großzügige Disziplinar- und Beschwerderecht nur eine Konzession an die SPD gewesen sei, um sie für die Wiederbewaffnung zu gewinnen; die Innere Führung sei somit nur eine Maske gewesen, die man nun endlich ablegen müsse.¹⁾

Der Generalinspekteur de Maizière hatte sich unmittelbar danach von Grasheys Stellungnahme distanziert: "Die Ausführungen des Generals Grashey entsprechen nicht den Auffassungen der politischen und militärischen Führung."²⁾

Der Heeresinspekteur Schnez hingegen hatte für Grashey eine Lanze gebrochen: "Ich habe mich vor General Grashey gestellt, aber seinen Vortrag nicht Wort für Wort gedeckt."³⁾

Verteidigungsminister Schröder hatte versucht, den Vorfall zu vertuschen⁴⁾ und sich auch geweigert, den Wortlaut der Grashey-Rede zu veröffentlichen,⁵⁾ was allerdings nach dem lancierten Abdruck einiger Grashey-Äußerungen im SPIEGEL nicht mehr möglich war. Der Verteidigungsausschuß hatte daraufhin einen Beschluß gefaßt, in dem der Primat der Politik bekräftigt und die Notwendigkeit betont wurde, die Grundsätze der Inneren Führung "gegenüber Truppe und Öffentlichkeit (...) immer wieder darzulegen."⁶⁾ Die direkte Stellungnahme zu Grasheys Ausführungen war jedoch eher zurückhaltend: "Nach ausführlichen Diskussionen bedauerte der Verteidigungsausschuß einige von General Grashey gemachte Ausführungen, aber auch die unvollständige Berichterstattung zu diesen

1) Vgl. DER SPIEGEL 15/1969

2) Zit. n. ebda.

3) Ebda.

4) Vgl. ebda.; auch DER SPIEGEL 18/1969

5) Selbst dem Verteidigungsausschuß wurde das Manuskript verweigert; ihm wurde lediglich eine Tonbandaufzeichnung vorgespielt.

6) Zit. n. BT V : S. 13620; Schmidt zitierte in dieser Bundestagssitzung v. 27.6.69 den kompletten Text des VA-Beschlusses; ebda. : S. 13619.

Äußerungen. Sie belasten die innere Situation der Bundeswehr und ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit."¹⁾

Ein von Berkhan und Wienand maßgeblich verfaßter Entschließungsentwurf war etwas deutlicher formuliert worden. In ihm war die Maizières Stellungnahme gelobt und die Äußerungen des stellvertretenden Heeresinspektors als Verstoß gegen die Grundsätze der Inneren Führung bewertet worden: "Die Ausführungen von General Grashey sind mit diesen Auffassungen nicht in Übereinstimmung zu bringen. Sie verunsichern die Truppe und belasten sowohl ihre innere Situation als auch das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Öffentlichkeit."²⁾

Mehrere Delegierte des außerordentlichen Bundestagparteitags der SPD 1969 hatten hingegen erheblich schärfere Töne in einem Initiativantrag angeschlagen:

"Der außerordentliche Parteitag drückt seine Besorgnis darüber aus, daß die Grundsätze demokratischer Führung in der Bundeswehr noch immer auf Widerstände stoßen, die in unrühmlicher Vergangenheit wurzeln. Der Fall Grashey hat diese Besorgnis verstärkt.

Wir fordern die sozialdemokratische Bundestagsfraktion auf, für eine rückhaltslose öffentliche Aufklärung des Falles Grashey zu sorgen und kompromißlos darauf zu bestehen, daß jeder Angehörige der Bundeswehr, der sich als unbelehrbarer Gegner der Prinzipien der Inneren Führung offenbart, unnach-sichtlich aus der Bundeswehr entfernt wird. Damit wird nicht zuletzt auch dem Ansehen der Bundeswehr selbst gedient."³⁾
Dieser Antrag wurde allerdings lediglich als Material an die Fraktion überwiesen.

1) BT V : S. 13619

2) Zit. n. DER SPIEGEL 18/1969

3) A.o.PT 1969 : S. 568, Antrag A 279, gestellt "von mehr als 30 Delegierten aus mehr als 4 Bezirken".

Sehr differenziert und ausführlich beschäftigte sich Schmidt auf dem wehrpolitischen Forum seiner Partei im April 1969 mit dem Fall Grashey. Obwohl Schmidt Grashey zuerkannte, daß in seiner Rede auch "Richtiges enthalten war, z.B. die Klage über die Verwaltungsförmigkeit und Bürokratisierung des allgemeinen militärischen Dienstbetriebs",¹⁾ so bemängelte er gleichzeitig "das geistige Niveau" der Grasheyschen Kritik²⁾ und betonte, daß "manches in der Rede des Generals nicht nur falsch, sondern gefährlich falsch" gewesen sei: "Wenn im Zusammenhang mit den Grundsätzen der Inneren Führung oder im Zusammenhang mit dem Wehrbeauftragten die Rede davon war, man müsse endlich 'die Maske fallen lassen', dann ist das ein ganz gefährliches, ein schlimmes Wort."³⁾ Er wollte jedoch nicht "die durch dieses Ereignis aufgeworfenen und ungelösten Fragen auf die disziplinäre Seite der Angelegenheit verschieben", denn "hier sind ganz andere und schwerwiegendere Fragen aufgeworfen worden".⁴⁾ Zu deren möglicher Klärung äußerte sich Schmidt folgendermaßen: "Für den inneren Zustand der Streitkräfte sind sicherlich seit langem und immer noch und immer mehr die Personalprobleme einer der Schlüssel; wenn man sie lösen könnte, hätte man wesentliches erreicht."⁵⁾ Schmidt hatte auch unterstrichen, die konkrete Ausgestaltung der Grundsätze der Inneren Führung sei "wesentliche Aufgabe der militärischen Führung. Es ist Sache der militärischen Führung, sich darum zu kümmern."⁶⁾ Damit war von Schmidt erstmalig auch

1) Schmidt in: Wehrpolitisches Forum 1969 : S. 31

2) Ebda. : S. 32

3) Ebda. : S. 31

4) Ebda. : S. 32; der Vorwurf Kempes 1973 : S. 161, Schmidt habe in dieser Rede die Grashey-Affäre lediglich "auf eine Frage von Stil und Takt" reduziert, ist demnach unhaltbar.

5) Ebda.

6) Ebda.

der militärischen Führung Verantwortung zugewiesen worden, während z.B. Buchstaller nach wie vor der Meinung war, "daß derjenige, der sich zum Primat der Politik bekennt, sich auch zur vollen Verantwortung der Politik und der Politiker bekennen muß" und somit lediglich "die Grundsätze der Inneren Führung verbindlich gemacht werden" müßten.¹⁾ Das aber waren sie längst, wenn auch bemängelt werden konnte, daß sie - so z.B. im "Handbuch Innere Führung"²⁾ - in nicht genügendem Maße präzisiert worden waren. Das Problem bestand aber weniger darin, daß viele militärische Führer aufgrund mangelnder Qualifikation und Überlastung diese unklar formulierten Prinzipien nicht adäquat in die Praxis umsetzen konnten, sondern vielmehr darin, daß - wie der Fall Grashey bewiesen hatte - selbst höchste Offiziere diese als für die Truppenpraxis untauglich, ja schädlich ansahen. Daß Grashey hierbei in der Generalität kein einzelnes "schwarzes Schaf" war, hatte nicht nur die Solidarisierung Schnez' bewiesen.³⁾ Auch der Heeresinspektor für das Erziehungs- und Bildungswesen, Brigadegeneral Heinz Karst, hatte erkennen lassen, daß er von der Inneren Führung als Reformkonzept wenig hielt: "Die Baudissinsche Konzeption gerät auf Klippen - vielleicht mußte sie es, weil sie letztlich ein Widerspruch in sich selbst war, da sie eine unsoldatische Armee konstruieren wollte. Es käme darauf an, den richtigen Ansatz zu retten und endlich eine soldatische Armee aufzubauen."⁴⁾

1) Buchstaller in: Wehrpolitisches Forum 1969 : S. 65

2) Vgl. BMVg, FSBW I ³1964

3) Schnez war auch mit sozialdemokratischer Billigung Heeresinspekteur geworden (vgl. DER SPIEGEL 25/1970), obwohl er wegen seiner Nazi-Vergangenheit im Bündnis als NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte nicht tragbar erschienen war; vgl. DER SPIEGEL 46/1967.

4) Zit. n. DER SPIEGEL 19/1969. Der SPD-PD v. 28.4.69 qualifizierte die Äußerung Karsts lediglich als "erstaunlich", als Beweis für die "innere Verunsicherung der Bundeswehr und ihrer Führung" und forderte von Verteidigungsminister Schröder, er müsse sich "der gesamten Problematik sofort und umfassend annehmen". Wie dies zu geschehen habe, blieb allerdings offen.

Solche Äußerungen mußten in der Truppe vorhandene Verunsicherungen verstärken und zur Obstruktion gegen die Prinzipien der Inneren Führung geradezu ermuntern. Die Affinität auch junger Offiziere zu solch restaurativen Denkmustern war durch die massenhafte Verbreitung eines Buches von Studnitz¹⁾ in der Truppe, in dem ähnliches propagiert wurde, dokumentiert worden. Die Veröffentlichung mit dem Titel "'Rettet die Bundeswehr'" wurde bald zur meistbelobigten Lektüre insbesondere der jüngeren Bundeswehroffiziere. In den großen Garnisonsstädten fand das Buch reißenden Absatz."²⁾

Studnitz hatte wie Grashey die Abschaffung des Wehrbeauftragtenressorts gefordert. Das innenpolitische Klima dazu war nicht ungünstig, da die Stellung des amtierenden Wehrbeauftragten Matthias Hoogen durch eine Personalaffäre ohnehin belastet war.³⁾ So sahen sich die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker veranlaßt, eindringlich vor jenen zu warnen, die dies "zum Anlaß nehmen wollen, die ganze Institution unmöglich zu machen."⁴⁾

Die Befürworter der Baudissinschen Reformkonzeption der Inneren Führung und damit auch die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker befanden sich also während der Großen Koalition in einer eindeutigen Defensivposition. Diese wurde noch dadurch verstärkt, daß die reaktionär-restaurativen Kräfte von allerhöchster politischer Stelle Schützenhilfe erhalten hatten. So hatte auch Bundeskanzler Kiesinger die "Innere Führung" und den Begriff "Staatsbürger in Uniform" als "alte Klischees" abqualifiziert und postuliert, "daß die Bundeswehr eine große Schule der Nation für unsere jungen

1) Studnitz 1967

2) So DER SPIEGEL 5/1968

3) Zur Personalaffäre vgl. DER SPIEGEL 48/1967

4) So Buchstaller in: SPD-PD v. 11.10.67; ähnlich Ernst Paul in: SPD-PD v. 23.11.67

Leute" werden müsse.¹⁾ Obwohl sich Kiesinger im Bundestag bemühte, seine Aussagen zu relativieren,²⁾ war damit doch in kaum verantwortbarer Weise durch den "Kanzler selbst die Innere Führung unverblümt verächtlich" gemacht worden und "mit dem aufs schwerste vorbelasteten Begriff der 'Armee als Schule der Nation'" der Primat der Politik in Zweifel gezogen worden. "Das konnte kaum anders verstanden werden denn als 'Feuer-frei'-Signal; 'Feuer frei' auf eine Konzeption, die damals wie heute offiziell verbindliche Doktrin, in Teilen gar kodifiziert und geltendes Recht war!"³⁾

Die Reaktion der SPD-Bundestagsfraktion auf diesen Kiesinger-Eklat, die durch ihren Vorsitzenden vorgetragen wurde, fiel allerdings sehr milde aus. Schmidt forderte den Bundeskanzler lediglich auf, das Wort "von der 'Schule der Nation' (...), weil geschichtlich so vielfältig gebraucht und von so eigenartigen und zum Teil bemerkenswerten und zum Teil sehr eindrucksvollen Figuren der deutschen Geschichte gebraucht, selber in Zukunft nur noch in ganz eindeutiger, niemand zur Mißdeutung Anlaß gebender Weise (zu) benutzen".⁴⁾

Kiesinger hatte dies allerdings "in ganz eindeutiger Weise" getan. FDP-MdB Mischnick hatte dies im Gegensatz zu Schmidt klar ausgesprochen: "(...)mit dem Begriff 'eine Schule der Nation' verbindet sich doch etwas anderes als das, was in der inneren Führung niedergelegt worden ist. Darüber müssen Sie sich im klaren sein. Für uns ist die Schule der Nation die Demokratie, die wir in unserem Lande haben, und nicht die

1) So Kiesinger in einer Rede am 16.9.69 vor dem Bundeswehrverband; vgl. Kiesinger 1969 : S. 13.

2) Vgl. BT V : S. 13615

3) So Simon 1980 : S. 105

4) So Schmidt in: BT V : S. 13620

Bundeswehr als Institution. Darüber müssen Sie sich im klaren sein."¹⁾

Der Führungsstab der Streitkräfte hatte sich unterdessen bemüht, die Grundsätze der Inneren Führung erneut knapp zusammenzufassen:

"INNERE FÜHRUNG

ist die Gesamtheit aller Führungsmaßnahmen, die die Geistes- und Willenskräfte des Soldaten für die Erfüllung seines Auftrages wirksam machen.

INNERE FÜHRUNG

ist die Aufgabe aller Vorgesetzten, Staatsbürger zu Soldaten zu erziehen, die fähig und willens sind, Recht und Freiheit des deutschen Volkes und seiner Verbündeten in der geistigen Auseinandersetzung zu wahren und zu fördern und im Kampf mit der Waffe tapfer zu verteidigen.

Dieses Ziel wird erreicht durch zeitgemäße Menschenführung und geistige Rüstung innerhalb unserer Lebensordnung und soldatischen Ordnung.

INNERE FÜHRUNG

geht hierbei aus von den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten, bekennt sich zu unserem Grundgesetz, macht soldatische Tugenden lebendig und übernimmt bewährte Erfahrungen in unsere heutigen Lebensformen und berücksichtigt die Folgen der Anwendung und Wirkung moderner technischer Mittel."²⁾

Es war allerdings evident, daß auch für diese Definitionen galt, daß sie nicht eindeutig die Reformkonzeption widerspiegeln, sondern in einzelnen Begriffen ("soldatische Tugenden", "bewährte Erfahrungen") auch reaktionär-traditionalistischer Interpretation Raum boten.

Zu einer umfassenden Neuformulierung und Präzisierung des Handbuchs Innere Führung und der entsprechenden ZDv 10/1 konnte sich jedoch erst Verteidigungsminister Schmidt entschließen.

1) Zit. n. BT V : S. 13617

2) Text in: DER SPIEGEL 19/1969

3.1.1.2. Die Einschätzung der NPD und deren Einfluß auf die Bundeswehr

Zur Zeit des Dortmunder Parteitags 1966 war die NPD zwar erst etwas länger als ein Jahr politisch aktiv, konnte jedoch bereits punktuell nicht unerhebliche Wahlerfolge verbuchen.¹⁾ Dennoch war die NPD der sozialdemokratischen Führung buchstäblich nicht der Rede wert - sie wurde in keinem der einführenden Hauptreferate auch nur erwähnt.

Lediglich der DGB-Vorsitzende Rosenberg hatte in einem Grußwort "die entschiedene Abwehr antidemokratischer Unterwanderungstendenzen von rechts und links" gefordert und gemahnt: "Schon einmal wurde die Demokratie legal beseitigt. Lassen Sie es nicht ein zweites Mal zu",²⁾ ohne allerdings die NPD zu nennen. Dies tat jedoch der DAG-Vorsitzende Rolf Spaethen, der die NPD als Nachfolgeorganisation der NSDAP bezeichnete und betonte, er sei "sehr stolz darauf, der Vorsitzende einer Gewerkschaft zu sein, die als erster Verband in Deutschland dieser NPD den Kampf angesagt hat."³⁾ Er kritisierte gleichzeitig, daß er "als Initiator eines solchen Beschlusses in der eigenen Presse der SPD (...) von oben herab in Bild und Wort ironisiert" worden sei.⁴⁾ Als einen Hauptgrund "für ein Wiedererstarken des Rechtsradikalismus" bezeichnete Spaethen den "Prozeß einer allzu geflissentlichen Assimilation aller Parteien untereinander", der dazu geführt habe, "daß viele Wähler glauben, keine Alternative zu haben."⁵⁾ Helmut Schmidt erwiderte darauf am 3. Verhandlungstag, daß es "ganz falsch" sei, wie "in den Begrüßungsreden von zwei Gewerkschaftlern (...) zu sagen, der Zulauf von Wählern zur NPD

1) Z.B. im Frühjahr 1966 bei den bayerischen Gemeinderatswahlen sowie den Hamburger Bürgerschaftswahlen; vgl. Scheuch 1967, S. 292.

2) PT 1966 : S. 36f.

3) Ebda. : S. 40

4) Ebda.

5) Ebda.

sei schon wieder die gleiche Erscheinung, die man in Weimar erlebt hat." Dies hänge bei jungen Leuten "vielmehr mit der Frustration wegen der Wiedervereinigungspolitik zusammen."¹⁾

Die wenigen Anträge, die sich - meist wenig konkret - mit der NPD befaßten,²⁾ wurden alle nicht beschlossen, sondern als Paket (mit einer Gegenstimme) ohne Diskussion an den Parteivorstand überwiesen.³⁾

Diese Unterschätzung der realen Möglichkeiten der NPD und des rechtsradikalen Potentials in der Bundesrepublik war auch in der unkritischen Übernahme von Meinungsforschungsanalysen begründet. Alle Institute, auch das SPD-nahe INFAS, hatten übereinstimmend prognostiziert, die NPD werde in künftigen Wahlen wenig mehr als 2% der Stimmen erreichen und bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Herbst 1966 scheitern.⁴⁾ Aber auch nach den unerwarteten und spektakulären Wahlerfolgen der NPD in Hessen (7,9%) und Bayern (7,4%) reagierte die SPD eher gelassen. So wurde zwar gefordert, man müsse sich "mit dem deutschen Rechtsradikalismus (...) auseinandersetzen, und, wenn das nicht genügt, gegen ihn mit allen Mitteln (einschreiten), die das Grundgesetz zur Verfügung stellt",⁵⁾ aber auch gleichzeitig appelliert, "der Panikmache entgegenzuwirken."⁶⁾

1) PT 1966 : S. 447

2) Anträge zur NPD kamen aus einigen Ortsvereinen des Bezirks Hessen-Süd, des Bezirks Braunschweig, dem Landesverband Berlin und Hamburg; vgl. ebda. : S. 109lf.

3) Ebda. : S. 829

4) INFAS 1966 : S. 14f.

5) SPD-PD v. 10.11.66; ähnlich VORWÄRTS v. 9.11.66

6) SPD-PD v. 22.11.66; ähnlich ders. v. 15.12.66

In den Jahren 1967 und vor allem 1968 mehrten sich allerdings diejenigen Stimmen, die in der NPD eine ernsthafte Gefahr sahen und energisch ihre Bekämpfung forderten.¹⁾ Hatte der VORWÄRTS sich im April 1966 noch gegen ein Verbot der NPD ausgesprochen,²⁾ so votierte Brandt nunmehr auf dem Parteitag 1968 in Nürnberg zumindest für eine rasche Prüfung der "Voraussetzungen für eine Feststellungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht" und forderte, daß "die Kluft zwischen Sonntagsreden und Wirklichkeit" verschwinden müsse.³⁾ Auch charakterisierte er die NPD als neonazistische Partei.⁴⁾ MdB Ehmke warnte "vor einer Unterschätzung der NPD" und zog - diesmal unwidersprochen - Parallelen zur Weimarer Republik: "Auch Hitler hat klein angefangen."⁵⁾ Zu einem Parteitagebschluß, der ausdrücklich das Verbot der NPD forderte, konnte sich die Partei dennoch nicht entschließen.⁶⁾ Bekundet wurde lediglich die Bereitschaft, "alle demokratischen und rechtsstaatlichen Mittel" zur Beschränkung des Wirkungsreichs der NPD einzusetzen.⁷⁾ Die Entscheidung darüber, ob "die NPD gegebenenfalls zu verbieten" sei, wurde allerdings der SPD-Bundestagsfraktion überlassen.⁸⁾

1) Vgl. z.B. SPD-PD v. 3.2.67, v. 17.11.67, v. 7.5.68

2) Vgl. VORWÄRTS v. 27.4.66: "Es wird in Deutschland zu viel verboten (...). Unbelehrbare wird es immer geben; sie werden freilich, das ist eine biologische Tatsache, immer weniger werden."

3) PT 1968 : S. 101

4) Ebda. : S. 99

5) Ebda. : S. 517

6) Ebensowenig auf dem a.o. Parteitag 1969 in Bad Godesberg.

7) Antrag des Bezirks Südbayern, in: PT 1968 : S. 1094

8) Antrag des Landesverbands Berlin, in: ebda. : S. 1095

Im Oktober 1968 - im Zuge der Analyse der Kommunalwahlen in Niedersachsen - sah die SPD die NPD bereits wieder "auf dem besten Wege" zu "einer Splitterpartei ohne politische Bedeutung."¹⁾ Ein realer Einfluß der NPD auf Regierung, Parlament und Bundeswehr wurde bezweifelt: "Diese Einflüsse sind gleich null."²⁾

Gerade im Bereich der Bundeswehr jedoch hatte die NPD ihren Einfluß enorm ausweiten können und ihre Propaganda im Vorfeld der Bundestagswahlen 1969 gewaltig verstärkt.³⁾

Wenn auch eine soziologische Studie, die von 20-25% potentiellen NPD-Wählern bei Bundeswehrangehörigen ausging,⁴⁾ vielleicht alarmistisch sein mochte, so waren dennoch nach eigenen Angaben der NPD 1968 ca. 1 500 Bundeswehrangehörige (davon ca. 250 Offiziere und 750 Unteroffiziere) NPD-Mitglieder, was einer fast 11-fachen Überrepräsentation entsprach.⁵⁾ Pressemeldungen zufolge waren auch die wehrpolitischen Informationen der NPD bei Bundeswehrangehörigen eine beliebte und akzeptierte Lektüre.⁶⁾

Zu diesen gefährlichen Tendenzen hatte sich als erster SPD-Politiker öffentlich Hans Apel geäußert; er kritisierte, "daß es einzelnen NPD-Offizieren in der Bundeswehr möglich ist, durch Äußerungen in Versammlungen die Autorität der Demokratie, ihrer Institutionen und Repräsentanten infrage zu stellen", und befürchtete, "auf diese Weise könnten gerade junge Soldaten dazu verleitet werden, für sich selbst

1) SPD-PD v. 3.10.68

2) VORWÄRTS v. 17.10.68

3) Vgl. DER SPIEGEL 36/1969

4) Die vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegebene und unter Verschuß gehaltene "Schatz-Studie" der Soziologen Heribert u. Marianne Schatz: "Das Wahlverhalten an Bundeswehrstandorten", März 1967, Bonn.

5) Vgl. Kühnl 1969 : S. 245f.; der PPP v. 30.4.70 zog diese Einschätzung allerdings in Zweifel und führte sie auf sowjetische Propaganda zurück.

6) Vgl. DER SPIEGEL 2/1968: Die "Wehrfibel der NPD ist nächst der (...) Kampfschrift 'Rettet die Bundeswehr' (...) zur meistbelobigten Lektüre v.a. der jüngeren Bundeswehrangehörigen geworden."

gefährliche Schlußfolgerungen zu ziehen und die Widerstandskraft der Demokratie zu bezweifeln."¹⁾

Im weiteren ist die öffentlich rekonstruierbare Meinungsbildung zu diesem Thema eher spärlich. Lediglich ein Gastkommentar im VORWÄRTS stellte im Mai 1969 fest, daß "die NPD (...) zunehmenden Einfluß auf Offiziere und Unteroffiziere unserer Streitkräfte gewinnt"; im einzelnen wurde angeführt, daß die NPD

- bei Landtagswahlen in Garnisonsstädten überdurchschnittliche Erfolge erziele,
- die Zahl der NPD-Mitglieder unter Offizieren (darunter zwei Generale) ständig wachse,
- bei Veranstaltungen der NPD immer öfter Soldaten und Vertreter des Bundeswehrverbands auftraten,
- die NPD politische Bildung in Offizierskasinos und Kasernen betreibe und,
- die Propaganda der NPD in der Bundeswehr ständig verstärkt werde.²⁾

Beklagt wurde weiter "die verharmlosende Einstellung des Verteidigungsministeriums" und "die Verführung der Bundeswehr durch den antidemokratischen Rechtsradikalismus". Als Quintessenz forderte der Gastkommentar, daß "das Eindringen rechtsradikaler Politik in die Einheiten der Bundeswehr (...) endlich verhindert werden" solle.³⁾

Wie man dieses "Eindringen" verhindern könne, wurde relativ spät und wenig konkret diskutiert.⁴⁾ Umstritten blieb nach wie vor die Frage des NPD-Verbots; Ende April 1969 schließlich wurde (trotz der Meinung Innenminister Bendas, daß das vorliegende Material für einen Verbotsantrag ausreiche) durch den Verzicht des Bundeskabinetts auf einen Verbotsantrag die

1) Zit n. SPD-PD v. 3.2.67

2) VORWÄRTS v. 8.5.69

3) Ebda.

4) Vgl. z.B. VORWÄRTS v. 7.8.69

Diskussion darüber beendet. Einigkeit herrschte darin, die NPD politisch, d.h. durch Aufklärung und Diskussion, zu bekämpfen, bzw. durch Behebung der Ursachen für die "Unzufriedenheit und Enttäuschung" der Bundeswehrangehörigen, die ihr Heil im Rechtsradikalismus suchten.¹⁾ Ferner sollten im Rahmen der politischen Möglichkeiten rechtsradikale Traditionspflege in der Bundeswehr beseitigt und durch die weitere Implementierung der Prinzipien der Inneren Führung reaktionärem Gedankengut der geistige Nährboden entzogen werden. Vor allem die im sicherheitspolitischen Bereich tätigen SPD-Politiker bemühten sich, sowohl die einfachen Soldaten als auch ganz besonders die militärische Bundeswehrführung von der Verantwortung für die rechtsradikalen Tendenzen freizusprechen und die Ursachen dafür allein beim Versagen der politischen Führung zu suchen.²⁾ Hier herrschten Ängste vor, daß verbale Angriffe gegen Soldaten Trotzreaktionen, Solidarisierung und alte Vorurteile gegen die Sozialdemokratie mobilisieren könnten, was neonazistische Strömungen noch verstärkt hätte. Dies wird vor dem Hintergrund verständlich, daß zwar die SPD "das Verhältnis (...) zu dieser Armee (...) zielbewußt geklärt" und sich "hinter die Bundeswehr und ihren Auftrag gestellt" hatte,³⁾ ihre tatsächliche Akzeptanz im Offizierskorps jedoch unterproportional gering war. Im Gegensatz zur NPD konnte die mehr als zwanzigmal mitgliederstärkere SPD lediglich drei aktive Offiziere als Bundestagskandidaten präsentieren. Dennoch war dies als Zeichen dafür zu werten, daß der Rückhalt der Sozialdemokratie in der Truppe im Steigen begriffen war; dies war auf das be-

1) Gemeint waren hier v.a. Verbesserungen der materiellen und sozialen Bedingungen für Zeitsoldaten; vgl. VORWÄRTS v. 28.11.68.

2) Symptomatisch dafür Buchstaller: "Man kann die Bundeswehr nicht zum Sündenbock für Fehler machen, die tatsächlich Fehler der Politik (...) sind." Als Beispiel nannte er die politische "Betätigung von Soldaten in radikalen Gruppen und Parteien"; zit. n. Wehrpolitisches Forum 1969 : S. 66.

3) Helmut Schmidt in: ebda. : S. 19

harrliche Wirken vor allem der Sicherheitspolitiker in der Bundestagsfraktion zurückzuführen, die zahlreiche wehrpolitische Arbeitskreise auf Bezirks- und Landesebene organisiert und eine ambitionierte Öffentlichkeitsarbeit geleistet hatten. Eine schärfere Kritik am Rechtsradikalismus in der Bundeswehr hätte nach dem Selbstverständnis dieser Politiker die sich anbahnenden intensiveren Kontakte zur Truppe empfindlich belasten können.

Entlastung brachte schließlich das Scheitern der NPD an der Fünf-Prozent-Klausel bei der Bundestagswahl 1969 (4,3%), so daß feststand, daß sich zumindest auf höchster parlamentarischer Ebene der "Krebsschaden"¹⁾ nicht ausbreiten würde.

Mit der Bildung der sozialliberalen Koalition war nach Meinung sozialdemokratischer Politiker ohnehin für die NPD "einfach kein Platz (...) mehr da", da die CDU/CSU weiter nach rechts gerückt sei. Dies zeige sich durch "die nicht geringe Zahl von Übertritten von NPD-Funktionären zur CDU."²⁾

Klar war allerdings, daß das im Aufkommen der NPD deutlich zutage getretene rechtsradikale Potential sich weder in der Gesamtgesellschaft noch in der Bundeswehr durch den Rückgang der NPD-Wählerstimmen quasi im Selbstlauf beseitigt hatte. Das fortwährende Vorhandensein reaktionären und rechtsextremistischen Gedankenguts in der Truppe bewies nicht zuletzt auch das Aufbrechen des "offenen Konflikts" um die Prinzipien und die Ausgestaltung der Inneren Führung in der Ära des neuen Verteidigungsministers Schmidt³⁾ sowie das Bekanntwerden mehrerer rechtsradikaler Vorfälle während der Amtszeit Lebers.⁴⁾

1) So Helmut Schmidt in: a.o.PT 1969 : S. 35

2) SPD-MdB Kreutzmann in: SPD-PD v. 5.10.70

3) Vgl. S. 162ff.

4) Vgl. S. 275f.

3.1.2. Der Rüstungsbereich

3.1.2.1. Die Diskussion um die Rüstungsausgaben im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung und unter den Bedingungen der CSSR-Intervention durch die WVO

Für die Rahmenplanung des Wehretats (Einzelplan 14) waren in den Jahren 1966 bis 69 nicht ausschließlich militärpolitische Erfordernisse, sondern auch fiskalpolitische Notwendigkeiten bestimmend, die durch die erstmalig aufgetretene Rezession und die damit verbundenen allgemeinen Haushaltsdefizite bedingt waren. Im Zuge der mittelfristigen Finanzplanung, die auf eine umfassende Haushaltskonsolidierung abzielte, konnte somit auch der Rüstungsetat von Einsparungen nicht verschont bleiben. In den Jahren 1966 entwickelten sich die Verteidigungsausgaben wie folgt:

	EP 14	Gesamtaufwendungen (inkl. Berlin-Hilfe)
1966	18 363	22 940
1967	19 743	24 398
1968	18 055	22 814
1969	18 790	23 822 (Mio. DM) ¹⁾

Die wirtschaftspolitische Notwendigkeit der Ausgabenbegrenzung begünstigte entsprechende Vorstellungen aus der SPD. So hatten die Bezirke Hessen-Süd und Südbayern auf den Parteitagen 1966 und 1968 "eine Verringerung (...) des Verteidigungshaushaltes" als "notwendig" erachtet²⁾ und gefordert, "alle Möglichkeiten

1) SOWI-Berichte 36/1984 : S. 37f.

2) PT 1968 : S. 1188; Antrag 218 des Bezirks Südbayern, überwiesen an den Parteivorstand und die Fraktion.

zur Senkung der Rüstungsausgaben (...) zu prüfen und zu nutzen".¹⁾ Auch aus der Fraktion und wohl auch aus dem Parteivorstand²⁾ wurde die "Forderung nach einer gründlichen Durchforstung des Verteidigungshaushalts" erhoben und erwogen, ob "zunächst" Einsparungen von "600-800 Millionen" und "in den nächsten zwei bis drei Jahren (...) Kürzungen bis zu 1,2 Milliarden DM vielleicht möglich" seien.³⁾ Andererseits müsse man jedoch die Einsparungsmöglichkeiten genau überprüfen; Sicherheitsinteressen gingen rein fiskalischen Überlegungen vor.

Als Kriterien für die Aufstellung des Wehretats sah die SPD-Führung an:

- a) die Erfordernisse der mit der NATO abgestimmten Verteidigungskonzeption und die damit verbundene eventuelle Verstärkung der konventionellen Bewaffnung und
- b) die Aussichten auf eine allgemeine Abrüstung, die allerdings vom "Grad des Ausgleichs zwischen Ost und West abhängig" sei.⁵⁾

Hoffnungen wurden gesetzt auf "Ausgabenreduzierungen, ohne daß dadurch die Verteidigungskraft verringert" würde.⁶⁾ Dies sei nach Expertenurteil durch die moderne Waffentechnik möglich.⁷⁾ Ferner wurde eine Kürzung der Devisenausgleichszahlungen als taugliches Mittel zur Verringerung der Rüstungsausgaben angesehen.⁸⁾ Die allein für das Jahr 1967 fälligen 3,5 Milliarden DM, die an die USA zu zahlen waren, veranlaßten Berkhan zu folgendem scharfen Kommentar: "Der Vertei-

1) PT 1966 : S. 1022; Antrag B 31 des Bezirks Hessen-Süd

2) Vgl. anonymen Beitrag (***): "Auch der Verteidigungshaushalt ist kein Tabu", in: SPD-PD v. 25.1.67.

3) Ebda.

4) SPD-PD v. 31.10.66

5) Ebda.

6) SPD-PD v. 25.1.67

7) Diese Aussage wurde ab 1968 angesichts der sich abzeichnenden Kostensteigerungen bei der Waffenbeschaffung relativiert; vgl. SPD-PD v. 29.1.68.

8) SPD-PD v. 25.1.67

digungshaushalt steht in besonderem Maße unter dem Druck der unglückseligen (...), leichtgläubigen, besser: leichtfertigen Verpflichtungen, welche die frühere Bundesregierung und ihr Verteidigungsminister für die Devisenausgleichszahlungen eingegangen ist."¹⁾ Allgemein wurde gefordert, daß für die Rüstungsausgaben "Konsequenzen gezogen werden" sollten, wenn zutreffe, daß "die Ära des Kalten Krieges in Europa (...) vorüber" sei.²⁾

Die Planungen des Verteidigungsministeriums hatten zudem ergeben, daß auch die ursprünglich vorgesehene Steigerung des Personalstandes der Bundeswehr um 16 000 auf 477 000 Mann im Jahre 1967 nicht zu verwirklichen war, sondern daß man die Truppenstärke vorerst auf dem Stand von 1966 (461 000 Mann) einfrieren mußte.³⁾ Dies geschah in Übereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Acht-Punkte-Programm der SPD-Fraktion, das als Grundlage für die Koalitionsverhandlungen gedient hatte und in dem die SPD von der künftigen Bundesregierung gefordert hatte, "ihre Bereitschaft zu erklären, den Personalstand der Bundeswehr nicht weiter zu erhöhen (...) als Beginn eigener Vorschläge zur Rüstungsverminderung in Ost und West".⁴⁾

Auch Helmut Schmidt begrüßte ausdrücklich, "daß dies inzwischen geschehen ist", betonte jedoch gleichzeitig, daß es nicht angehe, die Armee "zahlenmäßig drastisch" zu verringern. Einschneidende Reduzierungen mußten zudem gleichgewich-

1) BT V : S. 512; das Kabinett hatte am 26.1.67 beschlossen, daß Haushaltsmittel im erforderlichen Umfang für den Neuaufschluß eines Abkommens nicht zur Verfügung stünden, vgl. Bulletin v. 28.2.67. Das alte Devisenausgleichsabkommen lief am 31.3.67 ab.

2) SPD-PD v. 25.1.67

3) Vgl. BT V : S. 5597

4) Zit. n. Grundsätze sozialdemokratischer Wehrpolitik o.J. : S. 97

tig auf der Basis von Rüstungskontrollverhandlungen erfolgen.¹⁾ Die "strike"-Kapazitäten könnten jedoch einseitig verringert werden.²⁾ Die Überprüfung der Möglichkeit weitergehender einseitiger Reduzierungen hatte im Frühjahr 1967 der SPD-Pressedienst erwogen: "Schon jetzt hat man sich (...) durchgerungen, die Zahl der Soldaten (...) auf dem Stand von 1966 einfrieren zu lassen. Es bleibt daher zu untersuchen, ob hier nicht sogar zwangsläufig weitergegangen werden muß nach dem Motto: kleiner aber höherwertiger."³⁾

Als Regierungspartei akzeptierte die SPD die Verteidigungshaushalte,⁴⁾ bemängelte jedoch vor allem im Haushalt 1967 die zu geringe Zuwachsrate der Forschungs- und Entwicklungstitel.⁵⁾ Die prinzipielle Zustimmung wurde vorsichtig eingeschränkt, so z.B. mit dem Hinweis, daß man in Details vielleicht "dem Verteidigungsminister secours, möglicherweise aber auch hier und da einen kleinen Diskont" anbieten könne.

Zudem wurde betont, die Verteidigungsanstrengungen seien "eben wirklich nur die eine Seite der Münze, auf deren anderen Seite Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle stehen."⁶⁾ Hier müsse mehr getan werden; die Regierung müsse dazu auch eigene

1) BT V : S. 7151f.

2) Ebda. : S. 7154

3) SPD-PD v. 17.3.67

4) Einige pazifistisch und/oder links orientierte SPD-Abgeordnete verweigerten jedoch auch in den nächsten Jahren (erst ab 1975 sollte sich dies ändern) dem EP 14 ihre Zustimmung.

5) So z.B. MdB Klaus Richter, vgl. BT V : S. 7169

6) So Helmut Schmidt ebda. : S. 7155; Schmidt bemühte sich jedoch, den Konsens zu unterstreichen: "Mir liegt (...) am Herzen, (...) für meine Fraktion die Zustimmung zu dem auszudrücken, was die Bundesregierung durch den Mund ihres Verteidigungsministers hier vorgetragen hat"; ebda.

Vorschläge unterbreiten.¹⁾

Verteidigungsminister Schröder hatte indessen keinen Zweifel daran gelassen, daß für ihn die im Zuge der mittelfristigen Finanzplanung angesetzten Mittel kaum ausreichend sein würden, und hatte deshalb gezielte Indiskretionen in die Öffentlichkeit lanciert, nach denen angeblich die Bundeswehr wegen der Finanzknappheit um 60 000 Mann verringert werden solle.²⁾

Obwohl die SPD (im Gegensatz zu Teilen der CDU/CSU, v.a. Zimmermann) einen Teilabzug amerikanischer, britischer und belgischer Verbände³⁾ nicht als besorgniserregend ansah und auch mit Möglichkeiten rechnete, "das Verteidigungssystem zu rationalisieren und gleichzeitig effektiv zu halten", bemühte sie sich jedoch zu versichern, daß "derartige Meldungen in den Bereich der Tatarenmeldungen" gehörten.⁴⁾

Was Schröders Zweckpessimismus nicht erreichte, ermöglichte die CSSR-Intervention durch den Warschauer Pakt. Hatte die SPD zwar davor gewarnt, "die politisch-militärische Situation nach dem 21.8.1968 über(zu)dramatisieren",⁵⁾ so war für die Bundestagsfraktion gleichzeitig klar, daß man "einen angemessenen Teil der Lasten zu übernehmen" habe, "wenn die Lageanalyse der NATO zu dem Ergebnis kommt, daß größere militärische Anstrengungen erforderlich sind."⁶⁾

1) Berkhan äußerte sich zurückhaltender: "Wir sehen in nicht allzu ferner Zukunft den Zeitpunkt für gekommen, an dem die Bundesregierung selbständige Schritte in Richtung auf Abrüstung und Rüstungskontrolle überprüfen sollte. Ich sage: sorgfältig überprüfen sollte; das bedeutet noch nicht: einleiten sollte", in: BT V : S. 7117.

2) Vgl. DER SPIEGEL 30/1967

3) Im Zuge der von der NATO beschlossenen "abgestuften Präsenz", die als Teil des Reforger-Programms in den Jahren 1968/69 durchgeführt wurde; vgl. auch PPP v. 12.12.67.

4) SPD-PD v. 17.7.67

5) PPP v. 16.9.68

6) So SPD-MdB Hermstorf in: BT V : S. 10207

Tatsächlich kam die NATO-Ministerratstagung in Brüssel am 14.-16.11.1968 zu der Überzeugung, daß "die Qualität und die Einsatzbereitschaft der NATO-Streitkräfte zu verbessern" seien.¹⁾

So konnte Schröder einen Maßnahmenkatalog vorlegen,²⁾ der bis 1972 "die Ansätze der mittelfristigen Finanzplanung um bis zu 2,5 Milliarden DM übersteigen" sollte.³⁾

Für die Bundeswehr bedeutete dies zwar, daß der Personalstand von 460 000 Mann vorerst nicht vergrößert werden sollte, bestehende Kampfeinheiten sollten jedoch personell verstärkt und durch bessere Ausbildung und Ausrüstung auf einen höheren Stand der Kampfkraft gebracht werden. Zusätzlich zu den schon durchgeführten oder eingeleiteten Maßnahmen wurden 220 Panzerhaubitzen auf Selbstfahrlafetten (155 mm) und 550 Flak-Zwillingskanonen beschafft, Munitions- und Betriebsstoffvorräte erweitert sowie Mittel für EloKa bereitgestellt.⁴⁾

Begründet wurde dies damit, daß zehn zusätzliche Divisionen des Warschauer Pakts "westlich der Weichsel" der Sowjetunion "größere operative Möglichkeiten" eröffneten und damit "die Voraussetzungen für Überraschungsangriffe und für Angriffsoperationen (...) gegen das NATO-Gebiet (...) günstiger geworden" seien.⁵⁾

1) Zit. n. BT V : S. 10772

2) "Vorgesehene Maßnahmen zur Verbesserung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, Datenübersicht, Stand: 3.12.1968", vgl. BT V : S. 10899.

3) Ebda. : S. 10873

4) Ebda.

5) Ebda. : S. 10778; CSU-MdB Zimmermann hatte gar von 15 zusätzlichen Divisionen gesprochen. Die FDP prangerte dies als "Geschäft mit der Angst" an und berichtigte, es seien nach Informationen, die der Verteidigungsausschuß erhalten habe und die auch Zimmermann kenne, nur 8 Divisionen. Dies bedeute jedoch keine Steigerung der militärischen Potenzen der UdSSR, da die Truppen durch die unsichere politische Lage in der CSSR gebunden seien. Deshalb lehne die FDP eine Steigerung der Verteidigungsausgaben ab. Der SPD-PD v. 5.12.68 wies diese Sichtweise der FDP zurück.

Berkhan stellte auch für die SPD fest, daß sich die operativen Möglichkeiten des Warschauer Pakts erhöht hätten. Durch den NATO-Ministerratsbeschluß solle jedoch "kein neuer Rüstungswettlauf eingeleitet werden." Die erhöhten finanziellen Aufwendungen werde die SPD mittragen, obwohl die detaillierte Finanzierung noch darzulegen sei.¹⁾ Die zusätzlichen Beschaffungsprogramme und Verstärkungen wurden "ausdrücklich (...) begrüßt" bzw. als "angebracht" bezeichnet; sie waren nach Meinung der SPD-Fraktion so dimensioniert, daß sie "keinen hektischen Aufrüstungsprozeß" einleiteten.²⁾

Für den Etat 1969 wurden auch Erhöhungen der Personalstärke der Streitkräfte um 10 000 Mann und der Zivilbediensteten um 1 000 projektiert, allerdings "ohne Erhöhung (...) des ursprünglich für 1969 vorgesehenen Plafonds."³⁾ Nach Meinung des Verteidigungsministers entsprach auch dieser Haushalt lediglich den Minimalanforderungen.⁴⁾

Wiederum Berkhan begründete die Zustimmung der SPD-Fraktion zu diesem Etat und begrüßte, daß der Haushaltsansatz sowohl im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung liege, als auch erstmalig einen Rüstungsplan zur Grundlage habe, in dem "keine übermäßigen Ausgaben getätigt" würden und die SPD die Gewißheit habe, "daß man alles getan hat, um mit dem Geld des Steuerzahlers vernünftig umzugehen."⁵⁾

1) BT V : S. 10854

2) So SPD-MdB Herold, in: ebda. : S. 10864

3) BT V : S. 12022

4) Ebda. : S. 12024

5) Ebda. : S. 12038

3.1.2.2. Die Konzentration der Rüstungsindustrie durch Staatsdirigismus

Schon in der Beratung des Verteidigungshaushalts 1967 forderte Berkhan für die SPD, die Investitionsmittel für die Modernisierung der Streitkräfte "in größerem Ausmaß" zu erhöhen.¹⁾

Diese Kritik der SPD-Fraktion am Verteidigungsminister, nämlich daß die Haushaltstitel für Forschung, Entwicklung und Waffenbeschaffung zu niedrig angesetzt seien, zog sich durch alle Etatberatungen bis 1969 hindurch.²⁾ Dies forderte Schröder zu der Replik heraus, daß die geplante Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 1966 (550 Millionen DM) bis 1971 (1,18 Milliarden DM) "doch sehr bedeutende Ziffern" enthalte.³⁾

Der mit Fragen der Rüstungsindustrie und Waffenbeschaffung besonders befaßte SPD-MdB Richter hatte 1967 einen Katalog von "Mahnungen" an die Adresse des Verteidigungs- und des Wirtschaftsministeriums vorgelegt, der folgende sechs Punkte enthielt:

1. Weitere und höher bemessene Steigerungen der militärischen Forschungs- und Entwicklungsausgaben
2. Intensivierung der Vergabe von Studienaufträgen für Zukunftstechnologien
3. Finanzielle Rahmenplanung
4. Förderung der europäischen Kooperation im Rüstungsbereich
5. Rationalisierung durch Konzentration und Zentralisation der Rüstungsindustrie
6. Klare Zielvorgaben des Staates für den Entwicklungsbereich.⁴⁾

1) BT V : S. 5611

2) Vgl. z.B. BT V : S. 7118 u. S. 10892

3) Zit. n. BT V : S. 10900

4) BT V : S. 7169f.

Mit der Aufstellung dieses Problemkatalogs hatte die SPD einen zeitlichen Vorsprung gegenüber der CDU/CSU gewonnen. Bereits im Mai 1967 hatte die SPD-Fraktion eine Kleine Anfrage zur Lage der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie in den Bundestag eingebracht,¹⁾ um sich als aufmerksamer Sachwalter auch von Industrieinteressen zu präsentieren und auf die Notwendigkeit von deren staatlicher Förderung und Konzentration hinzuweisen. In einer breit angelegten Diskussion zu diesem Thema im November 1967 stellten die Sprecher der CDU/CSU vor allem die zivilwirtschaftlichen Aspekte einer solchen Förderung heraus,²⁾ während SPD-Wirtschaftsminister Schiller den "springende(n) Punkt" darin sah, daß "die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie (...) zur Zeit zu knapp 80% von Aufträgen des Bundesministeriums der Verteidigung" abhängig sei.³⁾ Von 1967 bis 1971 könne dieser Industriezweig jährlich zwischen 1,5 und 2,7 Milliarden DM an militärischen Aufträgen erwarten, für die das Verteidigungsministerium ein "Wehrtechnisches Entwicklungsprogramm" sowie ein "Material- und Beschaffungsprogramm" aufstellen werde. Notwendigkeiten für eine besonders intensive Förderung ergäben sich daraus, daß a) der "militärische Bedarf an Luftfahrtgerät (...) sich auf absehbare Zeit nicht verringern" werde, "zumal die Waffensysteme infolge der schnellen Fortentwicklung der Technik in wenigen Jahren veralten und durch neue zu ersetzen sind"⁴⁾ und b) Arbeitsplätze erhalten und die Abwanderung hochqualifizierten Personals ins Ausland verhindert werden müsse.⁵⁾

1) BT Dr.s. V/1725, Antwort BT Dr.s. V/1806. Die CDU/CSU folgte mit einer Großen Anfrage, die im November 1967 Gegenstand der oben skizzierten Debatte wurde.

2) BT V : S. 6744ff.

3) Ebda. ; S. 6749

4) Ebda. : S. 6748

5) Ebda.; eine ähnliche Argumentation findet sich in SPD-PD v. 8.12.66. Kritik am Arbeitsplatzargument findet sich in SPD-PD v. 8.5.68.

Ferner könne

c) "die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie (...) eine wichtige Rolle als Impulsgeber und Schrittmacher für Technik und Wirtschaft der Bundesrepublik spielen".¹⁾

Für die Bewältigung dieser Aufgaben müsse das Bundeswirtschaftsministerium "auf Fusionen hinsteuern".²⁾ Das Problem, daß Eigenfertigung "zumeist mit Mehrkosten gegenüber einem bloßen Kauf verbunden" sei, wurde erkannt, aber in den Fällen in Kauf genommen, in denen "die aus der Beteiligung der deutschen Industrie erwachsenden langfristigen volkswirtschaftlichen und technologischen Vorteile den Mehraufwand rechtfertigen."³⁾

Als Ursachen für die kritische Lage der Luft- und Raumfahrtindustrie sah die SPD-Fraktion folgende Mißstände an, die zu beheben seien:

- die Diskontinuität der Auftragserteilung besonders im Bereich der Wehrtechnik,
- die Zersplitterung der Entwicklungs-, Forschungs- und Produktionskapazitäten,
- die unzureichende Kapitalkraft und
- die ungenügende internationale Kooperation.⁴⁾

Die Kritik der FDP, die sich aus marktwirtschaftlichen Erwägungen vor allem gegen staatliche Eingriffe bei der Fusionierung wendete, wiesen SPD und CDU/CSU gleichermaßen zurück. Der CSU-Abgeordnete Prinz von Bayern formulierte den Standpunkt der Großen Koalition wie folgt: "Wir brauchen Lenkungs-systeme (...) irgendwo zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft (...). Unsere - der Union wie der SPD - Forderung, die Regierung solle (...) einen legitimen Druck zur Konzentration von Luft- und Raumfahrtunternehmen ausüben (...),

1) BT V : S. 6749; als (retrospektiv) deplaciertes Beispiel wurde die Senkrechtstarttechnik angeführt. Die "mindestens" gleichwertigen zivilen "Abfallprodukte" führte Junghans an; ebda. : S. 6756.

2) Ebda. : S. 6766

3) So Schiller, in: BT V : S. 6753

4) Vgl. SPD-MdB Junghans; BT V : S. 6756f.

ist schon ein Verstoß, eine Sünde wider den Geist der Marktwirtschaft (...). Lassen Sie uns diese Sünde begehen, denn sie ist notwendig."1)

Befürchtungen, daß Konzentrationsvorgänge Marktmacht schaffen und diese mißbraucht werden könne,²⁾ wurde entgegengehalten, daß die "Reform des Wettbewerbsrechtes, die auszuweitende Publizitätspflicht, die paritätische Mitbestimmung in den Großunternehmen" geeignet seien, "der Marktmacht der Großen sehr wohl Waffen entgegen(zu)setzen."³⁾ Ökonomisch notwendige Konzentrationsvorgänge müßten zielbewußt gefördert werden, man wolle "keine neoliberale Gartenlaube", auch sei "staatliche Abstinenz" in der Wirtschaftspolitik "bei den Wirtschaftspolitikern der SPD nicht vorhanden".⁴⁾

SPD-MdB Junghans charakterisierte bildhaft die Rolle des Staates im Wirtschaftsprozeß: "Zuweilen muß auch der Hahn den Hühnern zeigen können, wo das Futter liegt; das muß hier der Staat tun."⁵⁾

Positiv zur Konzentrationspolitik der Regierung äußerte sich auch der VORWÄRTS.⁶⁾ Nach den ersten vollzogenen Fusionen, wie der Schaffung des MBB-Konzerns und der Vereinigten Flugtechnischen Werke nannte die SPD-Parteizeitung das MRCA-Projekt als wesentliche Ursache für den "Europa-Look" der Flugzeugindustrie: "Nach Bonner Überzeugung, die sich v.a. Bundeswirtschaftsminister Schiller zu eigen gemacht hat, können die Flugzeugbauer so kostspielige Aufträge mit dem größtmöglichen Nutzeffekt nur gemeinsam erledigen. Daher hat man in Bonn seit Jahren verlangt, was der Bundestag im April 1968 fast ultimativ forderte: Die deutsche Luftfahrtindustrie muß sich konzentrieren."⁷⁾

1) Zit. n. BT V : S. 6762

2) Solche Befürchtungen finden sich deutlich z.B. im Godesberger Programm, in: Miller 1974 : S. 122f.

3) So Hans Apel, in: SPD-PD v. 20.2.69

4) Ebda.

5) Zit. n. BT V : S. 6759

6) Vgl. VORWÄRTS v. 4.5.67

7) VORWÄRTS v. 5.6.69

3.1.2.3. Opposition auf dem Gebiet der Waffenbeschaffungen

Als Hypothek aus der Gründerzeit der Bundeswehr machten die 2 200 Schützenpanzer HS-30 (gefordert vom Amt Blank, beschafft 1956-59) immer noch von sich reden. Die erneute Diskussion über diese Waffenbeschaffung, die mit der Firma Hispano-Suiza abgewickelt worden war, löste eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion aus,¹⁾ in der detailliert Aufklärung über den Beschaffungsvorgang verlangt wurde.²⁾ Für die SPD lag der Verdacht nahe, daß Mitglieder der damaligen Regierungsparteien oder ministerielle Beamte Bestechungsgelder des Konzerns erhalten haben könnten. Unmittelbarer Anlaß für die Aktivitäten der SPD waren Aussagen des früheren deutschen Botschafters in der Schweiz, Friedrich Holzapfel, der mit Interna dieses Projekts befaßt gewesen war.³⁾

Auf Antrag der FDP wurde schließlich ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der überprüfen sollte, ob "Unregelmäßigkeiten" bei "Vertragsschluß und Abwicklung des Projektes Schützenpanzer HS-30 (...) vorgekommen sind".⁴⁾ Der Ausschuß, der sich im April 1967 konstituierte, tagte 90mal, vernahm 130 Zeugen, verarbeitete und produzierte enorme Mengen von Aktenmaterial, ohne jedoch konkrete, juristisch verwertbare Ergebnisse zu erzielen.

Die Untersuchung der HS-30-Affäre spielte sowohl in der Berichterstattung durch Parteipresse und -dienste wie auch in

1) Vgl. BT Dr.s. V/1041 u. 1135

2) Der Auftrag war von der damaligen Bundesregierung an die Firma vergeben worden, obwohl diese über keinerlei Erfahrungen im Schützenpanzerbau verfügte. Dem Verteidigungsausschuß war lediglich ein Holzmodell vorgeführt worden; vgl. z.B. BT Dr.s. V/1135.

3) Vgl. DER SPIEGEL 52/1966 u. 3/1968

4) BT Dr.s. V/4527

der Diskussion auf Parteitage eine eher nebensächliche Rolle.¹⁾ Anachronistisch war die Befassung mit dem HS-30-Problem insofern, als bereits die Nullserie des Nachfolgemodells "Marder" der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, während der Untersuchungsausschuß noch tagte. Die im Rüstungsplan ausgewiesenen 2 873 Panzer von erheblich größerem Kampfwert sollten diesmal jedoch ausschließlich von der deutschen Rüstungsindustrie (Rheinstahl-Henschel AG) für mehr als 2 Milliarden DM gekauft werden.

Ein deutsch-amerikanisches Gemeinschaftsprojekt sollte hingegen der "Hauptkampfpanzer 70" werden, der den "Leopard 1" in den 70er Jahren ablösen sollte. Er wurde allerdings von der SPD von Beginn der Erprobungsphase an abgelehnt.²⁾ Die wesentlichen Einwände waren

a) das Gewicht; die Nullserie lag über 50 t. Die Straßen und Brücken, v.a. aber das Zugtransportsystem ließen nur ein Gewicht von maximal 46 t zu;

b) die Preisentwicklung; der Systempreis pro Exemplar hatte sich von ursprünglich 1,5 Millionen DM bis Anfang 1968 auf über 2,5 Millionen DM erhöht;³⁾

c) die Frage der Waffenausrüstung; hier hatte es zwischen den USA und der Bundesrepublik unüberbrückbare Gegensätze gegeben.⁴⁾

Ende 1969 war zudem weder ein Ende der Entwicklungszeit, noch ein Kostenlimit abzusehen.⁵⁾ Kritisiert wurden auch die sich

abzeichnende technische Kompliziertheit und Störanfälligkeit - was allerdings auch für die Leopard-Reihe zutreffen sollte.⁶⁾

Unmittelbar vor der Bundestagswahl 1969 war offensichtlich, daß eine Serienproduktion angesichts der aufgezeigten Probleme unwahrscheinlich war. Die Verteidigungspolitik der SPD

1) Vgl. PPP v. 15.2.67 u. 20.11.67, SPD-PD v. 11.6.69 u. 3.7.69. Lediglich ein Antrag befaßte sich auf dem Parteitag 1968 in Nürnberg mit diesem Thema (PT 1968 : S. 1064) und forderte "schnellstens und rückhaltlos" Aufklärung.

2) Vgl. Berkhan, in: BT V : S. 5613; auch Herold ebda. : S. 10863

3) Vgl. SPD-PD v. 29.1.68

4) Vgl. PPP v. 11.9.67

5) Vgl. DER SPIEGEL 45/1969

6) Vgl. PPP v. 19.9.69

hatten mit ihrer Skepsis und Ablehnung dieses Projekts recht behalten. Nach ihrer Meinung wäre auch der "Leopard 1" als Nachfolgemuster für den "M 48" geeignet gewesen; zudem favorisierten sie die Beschaffung von mehr Jagdpanzern, da diese billiger und eine eindeutige Defensivwaffe seien.¹⁾

Schon Anfang 1968 jedoch hatte das Verteidigungsministerium parallel zum "Kampfpanzer 70" bei Krauss-Maffei ein nationales Alternativprojekt mit 70 Millionen DM Entwicklungsgeldern in die Wege geleitet, das binational entwickelte Bauteile mitverwenden sollte. Eine 120-mm-Kanone dazu wurde bei Rheinmetall in Auftrag gegeben.

Auch die Luftwaffe und die Marine hatten die Folgen eines Beschaffungsskandals zu tragen. Beide Waffengattungen hatten bis zum Beginn der sozialliberalen Koalition über 100 "Starfighter" verloren; dabei waren 54 Piloten getötet worden. Für den Luftwaffeninspekteur Generalleutnant Steinhoff waren dies "unabdingbare menschliche Verluste", die man "als kalkuliertes Risiko" hinzunehmen habe.²⁾ Als Gründe für die Summierung der Unfälle nannte Steinhoff "das Zusammenwirken vieler Faktoren im technischen und menschlichen Bereich, insbesondere (...) fehlende Erfahrung, (...) Fertigungs- und Kontrollfehler sowie Materialermüdungen."³⁾

Unmittelbar vor Beginn der Großen Koalition hatte die SPD die "Starfighter"-Abstürze und die angeführte Mängelliste dazu benutzt, um Verteidigungsminister von Hassel massiv unter Druck zu setzen und zum Rücktritt aufzufordern. SPD-MdB Iven hatte den CDU-Sicherheitspolitiker gar wegen fahrlässiger Tötung angezeigt.⁴⁾ Unabhängig von dieser aktuellen Kampagne gegen von Hassel hatte die SPD allerdings seit langem deut-

1) Vgl. SPD-MdB Herold, in: BT V : S. 10864

2) Zit. n. DER SPIEGEL 43/1969; für Steinhoff waren die Verluste nicht "Starfighter"-spezifisch. In seiner Inspektorszeit war ab 1966 die Unfallrate trotz stark erhöhter Flugstundenzahl erheblich gesunken.

3) Ebda.

4) Vgl. direkt dazu SPD-PD v. 11.7.66; zur Kampagne gegen von Hassel SPD-PD v. 1.8., 23.8. u. 24.8.66.

lich gemacht, daß für sie "die Beschaffung des Starfighters in so großen Stückzahlen auf einer falschen Konzeption beruhte und daher eine Fehlentscheidung war."¹⁾ Die tatsächlichen Qualitäten des "Starfighters" wurden nur im nuklearen "strike"-Einsatz gesehen, für die konventionellen Aufgaben stünden "Aufwand und Wirkung in keinem vertretbaren Verhältnis."²⁾

Im Frühjahr 1967 schien sich eine "neue Rüstungsaffäre um den Militärtransporter des Typs 'Transall C 160'" (gebaut in deutsch-französischer Koproduktion) abzuzeichnen³⁾ - für die SPD eine weitere "Erbschaft aus den hektischen Tagen eines übereifrigen Militäraufbaus".⁴⁾ Tatsächlich stellte sich heraus, daß von den auf 110 angesetzten Stückzahlen für die Bundeswehr lediglich 60 benötigt wurden bzw. vom Personalstand her zu verkraften waren. Die SPD hatte auch dieses Rüstungsprojekt, vor allem durch ihren verteidigungspolitischen Sprecher Karl Wienand, aus militärpolitischen und -technischen Gründen abgelehnt⁵⁾ und auch noch im Mai 1967 generell bezweifelt, "ob die Transall überhaupt noch in die neue Verteidigungsplanung eingepaßt werden" könne.⁶⁾ Eine Reduzierung oder gar Liquidierung dieses Projekts, die aber auch von den SPD-Politikern nicht ernsthaft erwogen wurde, hätte jedoch zumindest ein finanzielles Fiasko bedeutet.⁷⁾ Bei einer Produktion von nur 60 Maschinen hätte sich der Stückpreis auf über 20 Millionen DM verdoppelt, und es wären zudem zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet gewesen.⁸⁾

1) SPD-PD v. 1.8.66

2) Ebda.

3) PPP v. 8.5.67

4) Ebda.

5) Ebda.

6) Ebda.

7) Die französischen Partner hätten Ausgleichszahlungen in Höhe von 320 Millionen DM gefordert; vgl. DER SPIEGEL 36/1968.

8) Schmidt und Berkhan hatten sich bei der Fa. HFB in Hamburg persönlich über die Folgen informiert; vgl. BT V : S. 5626 Daneben waren Arbeitsplätze bei VFW, Dornier und MAN gefährdet.

Im Juni 1967 deutete sich allerdings ein Meinungsumschwung bei den sozialdemokratischen Sicherheitspolitikern an. Auf einer Bundestagssitzung im gleichen Monat hatte die CDU/CSU gefordert, entgegen der bereits reduzierten Planung des Verteidigungsministeriums das gesamte Transall-Programm aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung durchzuziehen und die überschüssigen Flugzeuge zu exportieren.¹⁾ Das Verteidigungsministerium übernahm diese Forderung in seine Planung und die SPD akzeptierte dies kommentarlos.²⁾ Dies fiel umso leichter, als sich in den nächsten Jahren erwies, daß bei der deutsch-französischen Rüstungskooperation "ein überdurchschnittlich gutes Flugzeug herausgekommen war, das unter anderem nach Belgien und Marokko (wenn auch zu Subventionspreisen) exportiert wurde und das sich bei Einsätzen zur Versorgung der hungernden Bevölkerung in Biafra auch in der Öffentlichkeit gute Reputation verschaffen konnte."³⁾

Größere und anhaltendere Auseinandersetzungen, auch über Parteigrenzen hinweg, gab es bei der Beschaffung der US RF-4 E 'Phantom', von der im November 1968 vorerst 88 Flugzeuge zum Systempreis von über 23 Millionen DM pro Stück beim McDonnell-Konzern eingekauft wurden.⁴⁾ Das als Atombomber, Abfangjäger und taktischer Aufklärer konzipierte und in Vietnam erprobte Flugzeug sollte helfen, eine "Aufklärungslücke" zu schließen und damit Aufgaben übernehmen, die vom "Starfighter" nur unzureichend erfüllt werden konnten.

Am deutlichsten hatte der VORWÄRTS die "Phantom", v.a. mit der Argumentation abgelehnt, das Flugzeug sei zu kompliziert und damit zu störanfällig sowie für interdiction-Aufgaben (Abriegelung des Gefechtsfelds) zu schnell.⁵⁾

1) Vgl. BT V : S. 5630f.

2) Vgl. PPP v. 25.9.67

3) So DER SPIEGEL 18/1969

4) Vgl. DER SPIEGEL 21/1968, 30/1968, 44/1968 u. 33/1969

5) So Hans König, in: VORWÄRTS v. 10.8.67 u. 30.5.68

Als Alternative war die schwedische 'Viggen' der Saab-Werke im Gespräch, die nach sozialdemokratischen Vermutungen "möglicherweise" der 'Phantom' überlegen und zudem billiger sei.¹⁾ Vorerst favorisierten die meisten Mitglieder des Verteidigungsausschusses die kostengünstigste Lösung, nämlich den Bau einer verbesserten Version der F-104, die zudem durch einen Lizenzbau der deutschen Luftfahrtindustrie 60% der Beschaffungsgelder garantieren sollte.

Auch die SPD-Fraktion war in dieser Frage gespalten, verzichtete Mitte Oktober 1968 sogar auf einen bindenden Beschluß und rechnete bei der Abstimmung im Bundestag bei CDU und SPD mit einem Stimmensplitting. Von den CSU-Abgeordneten, die sich eng mit der süddeutschen Rüstungsindustrie (Bölkow, Messerschmitt, Dornier u.a.) verbunden fühlten, und der FDP wurde eine klare Ablehnung des Phantomprojekts zugunsten einer nationalen Produktion erwartet.²⁾

In gewisser Weise präjudiziert war die Entscheidung durch den 5-Jahres-Plan des Verteidigungsministeriums, in dem die Mittel für die Phantombeschaffung ausgewiesen waren.³⁾ Auch hatte bereits Brandt in seiner Eigenschaft als Außenminister den USA das Phantomgeschäft zugesagt und die Ansicht vertreten, der Kauf werde "das Klima zwischen Washington und Bonn verbessern".⁴⁾ Ebenso befürwortete Wirtschaftsminister Schiller die Verwendung der 3 Milliarden DM, die sich auf US-Konten als Beschaffungsguthaben angesammelt hatten, für die 'Phantom'. Für den ursprünglich skeptischen Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt hatten sich dadurch "die Gewichte immer mehr zugunsten von Phantom" verschoben, und auch Berkhan, ein einstmals entschiedener Phantomgegner, revidierte seine Meinung mit Rück-

1) Vgl. PPP v. 29.9.67

2) Vgl. PPP v. 16.10.68

3) Vgl. PPP v. 15.5.68 u. 5.7.68; auch DER SPIEGEL 21/1968

4) Zit. n. DER SPIEGEL 44/1968

sicht auf "politische Gründe".¹⁾

Dennoch billigte der Verteidigungsausschuß die Phantombeschaffung nur knapp mit 16:14:1 Stimmen. Von den 14 Gegenstimmen waren 6 von der SPD, 5 von CDU/CSU und 3 von der FDP. Als Ausgleich für die deutsche Luftfahrtindustrie forderten Rommerskirchen (CDU) und Berkhan Verhandlungen mit der US-Regierung über Kompensationsgeschäfte in Höhe von 50 bis 500 Millionen \$.²⁾ Dies führte allerdings nur zu bescheidenen Ausgleichsbestellungen, die in ihrem Umfang weit unter den Maximalforderungen der Bundesregierung blieben.³⁾

Die deutsche Luftfahrtindustrie war jedoch gleichzeitig mit dem weit lukrativeren Projekt eines 'Neuen Kampfflugzeugs' (später: MRCA Tornado) beauftragt worden, das als Nachfolgemuster die F-104 und die Fiat G-91 ablösen sollte.⁴⁾

Mit der Fusion von Messerschmitt-Bölkow und der Hamburger Flugzeugbau sowie der Vereinigten Flugtechnischen Werke Bremen und Fokker waren im Mai 1969 zwei Konzerne mit je 20 000 Beschäftigten und jeweils 1 Milliarde DM Jahresumsatz entstanden, die sich für die nächsten 10 Jahre ein Auftragsvolumen von 8-10 Milliarden DM aus dem MRCA-Fond erhoffen konnten.⁵⁾ Vorerst war die Produktion von 1 185 Flugzeugen geplant, die zusammen mit Großbritannien und Italien erfolgen sollte. Der Stückpreis pro Flugzeug wurde mit 14 Millionen DM angegeben.

Die SPD-Sicherheitspolitiker kommentierten im Zeitraum 1968/69 dieses Beschaffungsvorhaben in der Öffentlichkeit nicht. Die Pressedienste und die Parteipresse berichteten lediglich über den jeweiligen Stand der Definitionsphase.⁶⁾

1) Zit. n. DER SPIEGEL 44/1968

2) Ebda.

3) Vgl. DER SPIEGEL 33/1969

4) Vgl. Bulletin v. 3.5.69; auch DER SPIEGEL 13/1968

5) Vgl. VORWÄRTS v. 5.6.69

6) Vgl. z.B. PPP v. 18.10.68, 11.4.69, 3.5.69 u. 12.5.69

Auch für die Beschaffungsprogramme der Marine sah die SPD angesichts einer möglichen Intensivierung der Entspannungspolitik und der angespannten Haushaltslage 1966/67 Ansätze für eine "Reduzierung" und "eine zeitliche Streckung".¹⁾ Drei Raketenzerstörer waren bereits in den USA in Bau - (die 'Lütjens' wurde 1969 in Dienst gestellt) - ; das Flottenkommando forderte jedoch noch höhere Stückzahlen.²⁾ Gegen diese zusätzliche Aufrüstung wurde ab November 1967 seitens der SPD vorsichtige Kritik laut; im SPD-Pressedienst ebenso wie in der Bundestagsdebatte am 6.12.1967 wurde eine Verringerung der Zerstörerflotte als "zweckmäßig und notwendig" bezeichnet. Bedenken gab es auch gegen eine eventuelle Möglichkeit, daß von den Zerstörern Raketen und Wasserbomben mit Atomsprengköpfen abgefeuert werden könnten.³⁾

Im Dezember 1968 forderte die SPD-Fraktion, daß die Beschaffungsprogramme der Marine generell "noch einmal einer sorgfältigen Überprüfung unterzogen werden" müßten.⁴⁾

Im Oktober 1968 hatte der Führungsstab der Bundesmarine, nachdem man sich im Verteidigungsministerium darauf geeinigt hatte, die Zerstörerbeschaffungsprogramme nicht auszuweiten, allerdings bereits die Ausschreibung von vier Fregatten und 40 Schnellbooten vorbereitet,⁵⁾ deren Genehmigung durch den Bundestag nur noch eine Formsache darstellte.

Zum geplanten Bau von 12 U-Booten gab die SPD keinen Kommentar ab und veröffentlichte in ihren Pressediensten nur sachliche Informationen des Verteidigungsministeriums.

1) SPD-PD v. 28.4.67

2) Ebda.

3) Vgl. SPD-PD v. 27.11.67, PPP v. 23.8.67, BT V : S. 7121

4) BT V : S. 10864

5) Berkhan hatte sich im Namen der Fraktion zustimmend zu diesem Beschaffungsvorhaben geäußert; vgl. BT V : S. 7121; vgl. auch PPP v. 6.5.68, 20.1.69, 31.10.69.

Eine solche Zurückhaltung war jedoch eher die Ausnahme. Für den Zeitraum der Großen Koalition lassen sich vielmehr für nahezu alle bedeutsamen Waffenbeschaffungsprogramme differenzierte und sachkundige Diskussionen innerhalb des Kreises der sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker nachweisen, wobei oppositionelle Standpunkte gegenüber dem Verteidigungsministerium fast die Regel waren. Die SPD akzeptierte uneingeschränkt nur jene Waffensysteme, die eine eindeutige Defensivfunktion (wie z.B. die Zwillingsflak zur Tieffliegerabwehr) hatten und die konventionelle Komponente der Verteidigungstriade stärkten.¹⁾

Auch die Kostenfrage, vor allem die Folgekosten, war ein weiterer wesentlicher Faktor für die SPD-Akzeptanz:

"Nur das, was tatsächlich finanziell und technisch, aber auch personell verkraftet werden kann, darf sich in festen Planungen (...) niederschlagen. (...) Wir werden (...) kein Beschaffungsprogramm (...) mehr gutheißen können, wenn wir nicht gleichzeitig darüber unterrichtet werden, welche Folgekosten (...) mit der Einführung dieses Waffensystems verbunden sind."²⁾

Daneben gaben aber auch rein ökonomische Erwägungen, so das Arbeitsplatzargument im Falle der 'Transall', bzw. bündnispolitische Rücksichtnahmen wie bei der Beschaffung der 'Phantom' den Ausschlag für die Zustimmung.

Generelle Kritik übte die SPD-Fraktion an der Planung des Verteidigungsministeriums, vor allem der Beschaffungsapparatur, d.h. den unzureichenden Managementmethoden.³⁾

Konkrete und detaillierte Vorschläge zur Behebung dieser Schwächen wurden vorerst allerdings nicht vorgelegt.

1) Vgl. SPD-MdB Herold, in: BT V : S. 10864

2) So Berkhan, in: BT V : S. 5613

3) Ebda.

Verteidigungsminister Schröder hatte während der Großen Koalition jedoch bereits Reformen eingeleitet, die zumindest ansatzweise diese Mängel beheben sollten. Vor allem aufgrund des HS-30-Debakels waren bei neueren Waffenbeschaffungen 'Systembeauftragte' nach US-amerikanischen Vorbild eingesetzt worden (z.B. Brigadegeneral Hrabak für den 'Starfighter'), wobei allerdings die Fragen der Zuständigkeit und der Weisungsbefugnisse nicht eindeutig geklärt waren.¹⁾

Für die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker waren dies - trotz der noch vorhandenen Mängel - akzeptierte Bemühungen, um "Anschluß an den amerikanischen Management-Standard zu bekommen".²⁾

Verteidigungsminister Schröder hatte dazu Anfang 1967 12 Offiziere im Major- und Oberstleutnantrang (i.G.) zu Lehrgängen des Air Force Command über amerikanische Führungsgrundsätze für militärtechnische und -finanzielle Planungsaufgaben abkommandiert. Weitere Qualifikationen erfolgten an der Navy Postgraduate School in Kalifornien, dem bundesrepublikanischen Wirtschaftsministerium, der Zentralen Operation-Research-Stelle des Bundesministeriums der Verteidigung in Trier sowie bei der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft in München, hauptsächlich unter Anleitung von US-Fachkräften.³⁾ Damit hatte Verteidigungsminister Schröder Reformansätze geschaffen, an die Helmut Schmidt mit einer umfassenden Neuorganisation des Rüstungsbereichs anknüpfen konnte.

1) Vgl. PPP v. 18.1.67

2) PPP v. 8.2.67

3) Vgl. ebda.; auch PPP v. 18.1.67

3.1.2.4. Entwicklungstendenzen der Militärhilfe und des Rüstungsexports

Der Dortmunder Parteitag 1966 hatte einmütig beschlossen, daß "militärische Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe (...) grundsätzlich auf die Mitgliedstaaten des Nordatlantikvertrags beschränkt werden" solle. Die Bundesrepublik müsse sich "aus den ständigen Auseinandersetzungen in Asien und Afrika heraushalten". Explizit wurde Vietnam angesprochen; dorthin dürfe "weder direkt noch indirekt Militärhilfe geleistet" werden.¹⁾

Der Nürnberger Parteitag 1968 griff diese Problematik am konkreten Beispiel Griechenland wieder auf und forderte, keine Waffen dorthin zu liefern sowie die von der NATO bereits beschlossene Waffenhilfe zu suspendieren.²⁾

In anderen Quellen finden sich kaum Spuren einer Diskussion über Militärhilfe und Rüstungsexporte. Tatsächlich schienen die Daten in diesen Jahren nicht auf irgendwelche besorgniserregende Entwicklungen hinzudeuten. So war das finanzielle Volumen der deutschen Militärhilfe seit dem Höchststand 1965 deutlich rückläufig:³⁾

1965	305	(in Millionen DM)
1966	109	
1967	86	
1968	81	
1969	61	

1) PT 1966 : S. 1056f.

2) PT 1968 : S. 1070f.

3) Nach Haftendorn 1971 : S. 129

Bei den Rüstungsexporten war zwar eine Aufwärtstendenz feststellbar, die jedoch nicht stetig verlief:¹⁾

1966	253	272	(in Millionen DM)
1967	364	231	
1968	455	391	
1969	366	396	

Der Anteil der Rüstungsexporte am Gesamtexport der Bundesrepublik betrug 1967 lediglich 0,3%, so daß auch der SPD nahestehende Wissenschaftler aufgrund dieser Statistiken und anderer quantitativer Aussagen zu dem Schluß kamen, daß man nicht von dem "Vorhandensein eines einflußreichen 'military-industrial-complex', einem an Macht- und Profitinteressen orientierten engen Zusammenwirken zwischen Rüstungsindustrie und Verteidigungsministerium" ausgehen könne.²⁾

Das Beispiel 'Transall' hatte jedoch erstmalig deutlich vor Augen geführt, wie Exportzwänge entstehen können. Der forcierte Ausbau der rüstungswirtschaftlichen Möglichkeiten durch die staatlich gelenkte und subventionierte Fusionierung im militärisch dominierten Luftfahrtbereich ließ erwarten, daß damit langfristig 'Sachzwänge' geschaffen würden, die Rüstungsexporte unter Berufung auf ökonomische Effizienz und Arbeitsplatzzerhaltung schließlich doch stetig auszuweiten.

1) Linke Spalte nach Haftdorn 1971 : S. 134, rechte Spalte nach Huffs Schmid 1981 : S. 38, der von ACDA-Zahlen ausgeht.

2) Haftdorn 1971 : S. 57

3.1.3. Die Politik im NATO-Bündnis

3.1.3.1. Die 'flexible response' und das nationale Sicherheitsinteresse

Das von Helmut Schmidt konstatierte erhebliche "Maß an grundsätzlichen Übereinstimmungen" aller im Bundestag vertretenen Parteien in ihren verteidigungspolitischen Konzeptionen¹⁾ traf ab Herbst 1966 auch auf die Akzeptanz der Strategie der 'flexible response' zu.

Die Erklärung des Verteidigungsministers von Hassel am 19.9. 1966 vor dem 12. Jahreskongreß der 'Atlantic Treaty Association' in München kann als Endpunkt der teils erbitterten innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Abkehr von der Strategie der 'massive retaliation'²⁾ angesehen werden:

"Die 'massive Vergeltung' war nach amerikanischer Ansicht als politisch-strategisches Konzept so lange geeignet, wie (...) die USA nicht mit der Vernichtung des eigenen Landes im Konfliktfall zu rechnen brauchten. Das seitdem eingetretene Patt und die mit Nuklearwaffen aufs engste verküpfte Eskalationsgefahr verlangten ein mit weniger Risiken behaftetes, aber auch ein geschmeidig anwendbares Konzept - die 'flexible response'."³⁾

Mit dem Austritt Frankreichs aus der Militärorganisation der NATO waren auch im Bündnis die Hauptwiderstände gegen die offizielle Übernahme der neuen Strategie, die de facto bereits seit Jahren gültig war,⁴⁾ beseitigt. So konnten

1) Schmidt⁶ 1981 : S. 15

2) Vgl. Wilker 1977 : S. 158ff.; auch Mahncke 1972 : S. 223ff.; Dormann 1970 : S. 240ff.

3) Zit. n. Siegler 1967 : Nr. 66

4) Vgl. Wilker 1977 : S. 164; auch Siegler 1967 : Nr. 72

die NATO-Verteidigungsminister geschlossen den NATO-Militärbehörden am 9.5.1967 "neue politische und wirtschaftliche Direktiven" erteilen, die "auf der Konzeption einer 'flexible response'" beruhten.¹⁾ Am 16.1.1968 wurde schließlich die verbindliche Formulierung des neuen Konzepts im NATO-Dokument MC 14/3 niedergelegt und beschlossen.²⁾ Nach Darstellung des damals von Schröder geleiteten Verteidigungsministeriums war die 'flexible response' "unter den gegenwärtigen Bedingungen" die "allein realistische Strategie", die sowohl "einen möglichen Aggressor abzuschrecken" als auch "im Falle eines Angriffs die notwendigen Abwehroperationen erfolgreich zu führen" vermöge.³⁾

Die "massive Vergeltung im Falle eines Allgemeinen Krieges" (d.h. die allgemeine nukleare Reaktion) sollte dabei nicht in Frage gestellt werden.⁴⁾ Die wahrscheinlichste Form der bewaffneten Auseinandersetzung sei jedoch ein "Begrenzter Krieg".⁵⁾

Die Verteidigung habe "so weit vorn wie möglich" zu beginnen, d.h. unmittelbar hinter der Demarkationslinie und der Grenze zur Tschechoslowakei". Ziel der Kampfhandlungen sei es, die "Lage wiederherzustellen, die vor Beginn des Angriffs bestanden hat."⁶⁾

Zwar solle "nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel" reagiert werden, jedoch "in einer vom Gegner nicht vorauszusehenden Weise", was "die Fähigkeit, unter verschiedenen militärischen Mitteln, konventionellen und nuklearen, zu wählen" voraussetze.⁷⁾ Die Streitkräfte der Bündnispartner

1) Zit. n. Siegler 1967 : Nr. 80

2) Vgl. Verteidigung im Bündnis ²1975 : S. 180

3) WB 1969 : S. 17

4) Ebda.; nach Schmidt ⁶1981 : S. 209 ist der 'Allgemeine Krieg' allerdings "völlig unwahrscheinlich".

5) WB 1969 : S. 17

6) Ebda. : S. 20

7) Ebda. : S. 18

müßten deshalb mit Trägersystemen für nukleare Waffen ausgerüstet bleiben.¹⁾

Dieser dokumentierte Wandel der Militärstrategie war von Helmut Schmidt - dem nach dem Tode Erlers einzigen herausragenden sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker - in engem Kontakt mit amerikanischen Experten aufmerksam verfolgt worden.²⁾ Vor allem in seinem Werk "Strategie des Gleichgewichts" unternahm er zudem den Versuch, die neue Militärstrategie umfassend und kritisch zu begründen und in eine außen- und sicherheitspolitische Gesamtkonzeption einzubinden.³⁾

Auf Parteitag im Zeitraum 1966-69 war die Militärstrategie jedoch kein Thema. Der Begriff der 'flexible response' fand sich weder in Anträgen noch in Redebeiträgen. Indizien dafür, wie wenig die 'flexible response' - weder in ihrer konzeptionellen Begründung noch in ihrem essentiellen Gehalt - verstanden worden war, bieten einige wenige Artikel im VORWÄRTS.⁴⁾

Das von Schmidt gesetzte hohe Niveau einerseits und die mangelnde Kompetenz der meisten sozialdemokratischen Politiker in militärstrategischen Fragen andererseits ließen eine innerparteiliche Diskussion darüber, ob diese neue Strategie sowohl vom Abschreckungswert als auch von der Verteidigungsfähigkeit her die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik ausreichend berücksichtigte, erst gar nicht aufkommen. Eine solche Diskussion wäre jedoch notwendig gewesen angesichts der Tragweite dieser Problematik. Diese bestand darin, daß das System der Abschreckung versagen könnte,⁵⁾ ohne daß man damit dem Warschauer Pakt eine Aggressionsabsicht unterstel-

1) WB 1969 : S. 18

2) Vgl. Wilker 1977 : S. 164

3) Den Wandel der Militärstrategie hatte Schmidt bereits in seinem Werk "Verteidigung oder Vergeltung" (Schmidt 1961) prognostiziert.

4) Vgl. z.B. VORWÄRTS v. 6.4.67 u. 11.5.67

5) Daß dies prinzipiell möglich sei, hatte auch Schmidt ⁶1981 : S. 64f. eingestanden.

len müßte.¹⁾ Der dann eintretende 'Verteidigungsfall' hätte gemäß der 'flexible response' in jedem Fall verheerende Konsequenzen für das zu schützende Territorium der Bundesrepublik und Mitteleuropas. Unabhängig von der Beurteilung des Kräfteverhältnisses zwischen NATO und Warschauer Pakt²⁾ würde selbst eine ausschließlich konventionell geführte Verteidigung binnen weniger Wochen zur völligen Zerstörung Mitteleuropas führen. Der frühzeitige Nuklearwaffeneinsatz - und sei es auch nur auf selektiver Ebene - würde dieses Dilemma nicht lösen, sondern verstärken.³⁾ So muß der 'Verteidigungsfall' für die NATO in Europa in allen denkbaren Szenarios mit Verlusten der mitteleuropäischen Bevölkerung in Millionenhöhe, der völligen Zerstörung der Infrastruktur und des Industriepotentials enden. Die USA indessen könnten damit rechnen, den konventionell und/oder taktisch-nuklear geführten Krieg ohne Eskalation in den strategischen Bereich, d.h. unter Ausparung ihres Territoriums, zu beenden. Auch wenn dieses Strategiedilemma durch die ungünstige geostrategische Lage der Bundesrepublik wesentlich mitbedingt ist, so muß doch festgehalten werden, daß die 'flexible response' als eine von den USA konzipierte Militärstrategie die US-amerikanischen Sicherheitsinteressen in den Vordergrund stellt. Mit den nationalen Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik erscheint die 'flexible response' wegen ihrer verhängnisvollen Auswirkungen im 'Verteidigungsfall' allerdings kaum vereinbar.⁴⁾

Vor allem die bundesrepublikanische Interpretation der 'flexible response' versucht dieses Dilemma dadurch zu umgehen, daß lediglich eine Seite dieser Doktrin, nämlich die Abschreckung,

1) Dies tat auch Schmidt nicht; er bezeichnete die UdSSR als eine "Status-quo-Macht", die keine "Expansionsstrategie", sondern eine "Bewahrungsstrategie" verfolge; PT 1966 : S. 439.

2) Vgl. Stratmann 1981 : S. 46f.

3) Nach Stratmann 1981 : S. 82 hat "die NATO bereits am zweiten oder dritten Übungstag (in Manövern, d.Verf.) die Freigabe des nuklearen Einsatzes gegen durchbrechende gegnerische Verbände oder andere taktische Ziele durchgespielt".

4) Dieser Standpunkt scheint sich gegenwärtig (1986) mehrheitlich in der SPD durchzusetzen.

als das Wesenselement herausgestellt wird, atomare Gefechtsfeldwaffen als "politische" Waffen und nicht als Kriegsführungsinstrumente dargestellt werden.¹⁾ Dies erscheint unzulässig, da jegliche Art von Abschreckung eben erst dann funktionieren kann, wenn sie - sowohl von den Absichten wie von den Fähigkeiten her - reale, glaubhafte Kriegsführungsmöglichkeiten präsentieren kann.²⁾ Differenzierter - wohl aber doch nur semantisch - versuchte Helmut Schmidt dieses Dilemma zu lösen, indem er Abschreckung mit "indirekter Verteidigung" bereits gleichsetzte.³⁾

Praxisorientierte Auswege suchten sozialdemokratische Konzepte der

- Stärkung der konventionellen Vorne-Verteidigungsfähigkeit und damit Anhebung der atomaren Einsatzschwelle,
 - vertraglich fixierten Gewaltverzichtspolitik und des Krisenmanagements,
 - Rüstungskontrollpolitik,
- um die Risiken der 'flexible response' als Verteidigungskonzeption zu mildern.

Eine Rückkehr zur bedingungslosen Nuklearstrategie der massiven Vergeltung konnte es angesichts der nuklearen Fähigkeiten der UdSSR sicher nicht geben. Ob allerdings die "Entwicklung" hin zur "'flexible response' (...) unvermeidlich" gewesen ist⁴⁾ und es für sie "keine Alternative" gibt,⁵⁾ kann - wenn auch nur theoretisch - bezweifelt werden. So standen schon damals, wenn auch nicht bis ins letzte Detail ausgearbeitet - (was allerdings auch für die flexible response zutrifft) - mindestens zwei alternative Modelle zur Verfügung: ein militäri-

1) Diese Interpretation findet sich keineswegs nur bei sozialdemokratischen Autoren, sondern auch z.B. bei de Maizière 1974 : S. 188ff. oder Steinhoff 1978 : S. 143.

2) Vgl. z.B. Morgenthau 1964

3) Schmidt 1981 : S. 211

4) Ebda.

5) So de Maizière 1974 : S. 198

sches von Bonin¹⁾ und ein pazifistisches von Ebert.²⁾

Waren Chancen für die Akzeptanz des letzteren Konzepts nicht gegeben, so war auch der Bonin-Plan einer mehr konventionell geführten Raumverteidigung für Helmut Schmidt zwar ein "anregender Diskussionsbeitrag, aber noch kein neues realisierbares Konzept."³⁾

Tatsächlich hätte schon der Versuch, den mühsam gewonnenen Konsens in der Allianz gegen die USA etwa zugunsten des Boninschen Entwurfs umzustoßen, schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen müssen. So hätte die Sozialdemokratie damit ihren seit 1960/61 gefundenen Weg zur Anerkennung der NATO als Bezugsrahmen ihrer Sicherheitspolitik in einem wesentlichen Bereich aufgeben und dabei auch den Verlust ihrer gerade erst gewonnenen Regierungsfähigkeit in Kauf nehmen müssen. Besonders durch die Akzeptanz der neuen NATO-Strategie war die SPD jedoch vor allem durch ihren herausragenden sicherheitspolitischen Experten Helmut Schmidt ein glaubwürdiger und anerkannter Garant für die Kontinuität der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik geworden. Für maßgebliche sozialdemokratische Sicherheitspolitiker war es zudem klar, daß ein Strategiewandel in der NATO gegen die USA ohnehin nicht durchzusetzen war⁴⁾ und man bis auf weiteres mit der flexible response zu leben hatte.

1) Vgl. DER SPIEGEL 48/1966

2) Ebert 1974

3) Zit. n. DER SPIEGEL 51/1966

4) So Berkhan in einem Gespräch mit dem Verf.

3.1.3.2. Nukleare Mitwirkungsbestrebungen durch Planungs- beteiligung, Konsultationsverbesserungen und Vetorecht

Nach der Aufgabe des MLF-Projekts durch die USA¹⁾ und deren sich abzeichnender Einigung mit der UdSSR über einen Atomwaffensperrvertrag war eine "hardware"-Lösung - (ein Teilmitbesitz oder eine Teilverfügungsgewalt über Atomwaffen) - für die Bundesrepublik illusorisch geworden. Hatte sich diese Entwicklung schon 1964 abgezeichnet,²⁾ so konnte als einer der ersten westdeutschen Politiker Fritz Erler im Juli 1965 zutreffend feststellen: "Die MLF ist tot."³⁾ Somit mußten sich realistische und gangbare politische Wege auf eine Mitbeteiligung an der "software"-Erarbeitung, d.h. der Planung und der Kontrolle des möglichen Atomwaffeneinsatzes, beschränken.

Anfang 1966 lassen sich erstmals auch Stimmen in der CDU feststellen, die einen Verzicht auf den physischen Mitbesitz an Atomwaffen für sinnvoll halten, falls die USA und die NATO eine "befriedigende Regelung für die nukleare Mitentscheidung der Bundesrepublik ausarbeiten".⁴⁾

Die SPD reagierte als erste Partei in ihrem auf dem Parteitag 1966 in Dortmund beschlossenen Leitantrag des Parteivorstandes auf diese neue Entwicklung: "Deutscher Mitbesitz an nuklearen Waffen ist nicht erforderlich und wird von uns auch nicht gewollt."⁵⁾

1) Vgl. Wilker 1977 : S. 178ff.; auch Mahncke 1972 : S. 223ff.

2) Wenn auch, wie Schmidt 1966a) bestätigt, selbst für Insider nicht ohne weiteres erkennbar.

3) Zit. n. DER TAGESSPIEGEL v. 22.7.65

4) So Bundesminister Heinrich Krone, zit. n. Siegler 1967 : Nr. 2

5) PT 1966 : S. 1054

Gleichzeitig wurde "die Forderung auf volle Beteiligung an der Planung" erhoben, die

- a) "wirksam" sein müsse, da sie "unter allen Umständen von lebenswichtiger Bedeutung" sei,
- b) "auf die abrüstungspolitischen Notwendigkeiten Rücksicht" zu nehmen habe und
- c) explizit "ein Vetorecht beinhalten" müsse, "wenn die Auslösung solcher Nuklearwaffen verfügt werden soll, die auf deutschem Boden stehen oder gegen Ziele auf deutschem Boden gerichtet sind."¹⁾

Konkret betonte der Antrag die Notwendigkeit einer "Verzahnung der politischen Führungsstäbe der Bündnismächte auf höchster Ebene" und verband dies mit der "Forderung nach Schaffung aller technischen und organisatorischen Voraussetzungen für ein (...) gemeinsames Krisenmanagement", damit "die Bundesregierung (...) an der Bewältigung außenpolitischer Krisen, welche Deutschland betreffen, als Subjekt und nicht bloß als Objekt beteiligt" werde.²⁾

Dieser Beschluß wurde vollinhaltlich auch in Bundestagsdebatten vertreten, so z.B. fast formulierungsgleich von Herbert Wehner.³⁾

Die amerikanische Administration traf seit Mai 1965 organisatorische Vorkehrungen, die zumindest in die Richtung der sozialdemokratischen Forderungen wiesen. Am 27.11.1965 konstituierte sich auf McNamaras Initiative ein vorerst zeitlich befristetes 'Special Committee', (der sogenannte McNamara-Ausschuß), das aus 10 NATO-Verteidigungsministern bestand und das drei Untergruppen für folgende spezielle Aufgaben eingesetzt hatte:

1) PT 1966 : S. 1054

2) Ebda.

3) So Wehner am 5.10.66, in: BT V : S. 2952; ähnliche Positionen vertrat die FDP, die damals noch zusammen mit den Unionsparteien Regierungspartei war; vgl. ebda. : S. 2959f.

1. Informations- und Datenaustausch
2. Fernmeldewesen
3. Nuklearplanung.

In letzterer war die Bundesrepublik gemeinsam mit den USA, Großbritannien, Italien und der Türkei vertreten. Diese Arbeitsgruppen hatten im Frühjahr 1966 ihre Arbeit aufgenommen.¹⁾ Sie sollten ihre Arbeitsergebnisse in Form von Empfehlungen dem 'Special Committee' übermitteln, das wiederum dem NATO-Rat darüber Bericht erstatten sollte.

Zur ersten Tagung der Arbeitsgruppe für Nuklearplanung, die sich vor allem mit der Problematik der strategischen Kernwaffen befaßt hatte, erklärte der CDU-Verteidigungsminister von Hassel, er habe die "Schaffung eines Konsultationsorgans vorgeschlagen (...), das im Falle eines Konflikts die Mitentscheidung der nichtnuklearen Mächte über den Einsatz von Kernwaffen sichern" solle. Zwar sei die Frage des physischen Mitbesitzes nicht Gegenstand der Tagesordnung gewesen, doch habe sich an der Haltung der Bundesregierung dazu nichts geändert. Das Problem eines negativen Vetos sei weit von einer Klärung entfernt.²⁾

Bezeichnend für die Informationsdefizite der Nichtnuklearmächte scheint von Hassels Einschätzung, es gehe bei der Arbeit dieser Gruppe erst einmal darum, "einen vollen Überblick über das gesamte Spektrum des nuklearen Arsenal" sowie der Strategie der Allianz zu bekommen.³⁾

Die regierungsamtliche Politik, vor allem vertreten durch von Hassel, Schröder und Erhard, hielt verbal weiter am Konzept der MLF oder einer ähnlichen Lösung fest und sperrte sich gegen die Einsicht, daß - trotz mancher gegenteiliger Beteuerungen amerikanischer Regierungsstellen - die Einrichtung dieser Arbeitsgruppen den ausschließlichen Ersatz für die Auflösung

1) Vgl. Mahncke 1972 : S. 221; auch Verteidigung im Bündnis 1975 : S. 176f.

2) Zit. n. Siegler 1966 : Nr. 25

3) Ebda.

der MLF darstellte.¹⁾ So betonte Erhard auf einer Pressekonferenz am 25.2.1966, "daß eine nukleare Gemeinschaftslösung innerhalb der NATO die Abschreckungskraft des Bündnisses erhöhen" werde und die Bundesrepublik weiterhin bereit sei, "an einer gemeinsamen Atomstreitmacht mitzuwirken."²⁾ Ausdrücklich stellte er fest, daß "die Verhandlungen im NATO-Atomausschuß der Verteidigungsminister (...) kein Ersatz für eine nukleare Lösung auf gemeinschaftliche Art innerhalb der NATO" seien.³⁾

Spätestens nach Erhards Besuch bei US-Präsident Johnson Ende September 1966, als es dem deutschen Kanzler nicht gelang, einen entsprechenden Passus zur MLF im gemeinsamen Komunique unterzubringen,⁴⁾ war das Beharren auf diesen Positionen vollends illusorisch geworden. Umso erstaunlicher erscheint das Interview Außenminister Schröders vom 4.11.1966 - unmittelbar vor dem Sturz der Regierung Erhard - mit der französischen Zeitschrift 'Réalités', in dem er den Eindruck zu erwecken suchte, "die Frage (...), ob ein gemeinschaftliches Waffensystem geschaffen werden soll", befinde "sich im Stadium der Diskussion."⁵⁾ Die SPD vertrat gegenüber solchen Äußerungen eine Woche später in ihren "Aufgaben einer neuen Bundesregierung" eine unmißverständliche Gegenposition: "Jede Forderung auf nuklearen Mitbesitz oder nukleare Verfügungsgewalt der Bundesrepublik Deutschland ist unrealistisch, verhindert die Verständigung und Entspannung und hat daher zu unterbleiben."⁶⁾

Bereits im Dezember 1966 hatte die Arbeitsgruppe für Nukleare Planung auf einen Antrag McNamaras hin beschlossen, das 'Special Committee' zu einem ständigen Organ der NATO auszubauen.⁷⁾

1) Vgl. Siegler 1966 : Nr. 31,64 u. 147

2) Zit. n. Siegler 1966 : Nr. 33

3) Siegler 1966 : Nr. 33

4) Vgl. Siegler 1966 : Nr. 202

5) Zit. n. Siegler 1966 : Nr. 225

6) Zit. n. ebda. : Nr. 231

7) Vgl. ebda. : Nr. 201 u.244; auch Haftendorn 1983 : S. 177

Im Dezember schließlich einigte man sich darauf, dem NATO-Rat vorzuschlagen, den 'McNamara-Ausschuß' in ein 'Nuclear Defense Affairs Committee' (NDAC) umzubilden, in dem außer Frankreich, Island und Luxemburg alle Allianzmitglieder vertreten sein sollten. Dieses NDAC sollte eine nachgeordnete 'Nuclear Planning Group' (NPG) mit vier ständigen und jeweils drei zeitlich befristeten Mitgliedern beschicken.¹⁾ Diese Empfehlung wurde auf der NATO-Ratstagung am 15./16.12.1966 gebilligt.²⁾ Die Frage des physischen Mitbesitzes der Bundesrepublik an Atomwaffen war seitdem kein Gegenstand politischer Erörterung mehr - weder auf Parteien-, Regierungs- noch NATO-Ebene. Für die SPD war die MLF ohnehin immer nur der "'zweitbeste Weg' zur Lösung des Problems der nuklearen Miwirkung"³⁾ gewesen. Dennoch hatte sie sich auf dem Karlsruher Parteitag 1964 klar dazu bekannt.⁴⁾ Die Revision dieses Beschlusses durch den Dortmunder Parteitag 1966 zeigte die Fähigkeit der SPD zur raschen Anpassung an die offizielle, von den USA dominierte NATO-Linie, wodurch sie sich erneut auf einem nicht unwesentlichen Bereich gegenüber der CDU/CSU profilieren konnte. Ob sich allerdings die sehr weitgehenden Forderungen, welche die SPD in ihrem Leitantrag von 1966 formuliert hatte, in den neu geschaffenen NATO-Organen umsetzen lassen würden, war keineswegs gesichert, auch weil das Amt des Verteidigungsministers vorerst in den Händen des vormaligen CDU-Außenministers Schröder verblieb. Da es sich bei den in NDAC und NPG behandelten Detailfragen um 'top-secret-Probleme' handelt, muß sich eine Einschätzung der Wirksamkeit dieser Planungsorgane im Sinne einer echten

1) Vgl. Siegler 1966 : Nr. 245

2) Ebda. : Nr. 243

3) Vgl. Wilker 1977 : S. 184

4) Ebda. : S. 181

bundesrepublikanischen Mitbestimmung weitgehend auf Indizien stützen.¹⁾ Konkrete Ergebnisse lassen sich in folgenden Bereichen feststellen:

a) Die Arbeit der Gruppe für Informations- und Datenaustausch führte zu der Schaffung eines Informations- und Datensammlungssystems als aktueller Informationsbasis der Allianzmitglieder sowie der Einrichtung eines 'Situation Center' bei SACEUR, das sich mit der Sammlung und Auswertung sicherheitspolitisch relevanter Daten befaßt.

b) Die Arbeitsgruppe Fernmeldewesen regte die Einrichtung eines auch in Krisen- und Kriegszeiten effektiven Nachrichtensystems zwischen den Allianzpartnern an und setzte damit die technischen Rahmenbedingungen für ein mögliches Konsultationsverfahrens.

c) Die NPG und ihr Vorläufer boten vorerst die Möglichkeit größerer Information, d.h. die USA ließen sich erstmalig umfassender 'in die atomaren Karten schauen'. Neben allgemeinen Fragen der Strategie sollten "die Möglichkeiten zu einer verstärkten Beteiligung der Alliierten auf den verschiedenen Gebieten der nuklearen Planung und Konsultation" geprüft werden.²⁾

Ferner wurde "das Potential der Allianz an strategischen und taktischen Kernwaffen untersucht und erörtert sowie auch die möglichen Umstände und Folgen ihres Einsatzes".³⁾ Der Nukleare Planungsstab kam schließlich zu dem Schluß, daß sowohl die Quantität der taktischen als auch der strategischen Atomwaffen "zur Abschreckung (...) ausreichen."⁴⁾ Von deutscher

1) Die Äußerungen in den entsprechenden Schlußkommuniqués sind infolgedessen wenig aussagekräftig, so z.B., wenn festgestellt wird: "Die Minister zeigten sich (...) über den bisherigen Fortschritt in der Frage der Beteiligung an der nuklearen Entscheidung befriedigt", oder wenn anerkannt wird, daß "Informationen zur Verfügung gestellt worden (sind), die die alliierte Beteiligung an der nuklearen Planung bedeutungsvoller erscheinen lassen"; zit. n. Siegler 1966 : Nr. 166.

2) Siegler 1967 : Nr. 9

3) Ebda.

4) Ebda.; ähnlich ders. 1966 : Nr. 201 u. ders. 1967 : Nr. 125

Seite wurde ferner "eine rechtzeitige Freigabe nuklearer Waffen" als notwendig angesehen.¹⁾

Speziellere Fragen wurden auf den ersten drei Tagungen der NPG erörtert. Im einzelnen ging es um folgende Themen:

a) die ABM-Systeme, die als für Europa größtenteils untauglich erachtet wurden;²⁾

b) die ADM, deren Wert nach Einschätzung des deutschen Verteidigungsministers zur Verteidigung des Bündnisgebietes zwar "in den einzelnen Bereichen unterschiedlich sein können", die aber "unter bestimmten Voraussetzungen als Teil eines umfassenden Verteidigungssystems durch Schaffung von Hindernissen bedeutende militärische Vorteile bieten" würden;³⁾

c) die Möglichkeiten stärkerer nationaler Beteiligung an der militärischen Nuklearplanung, wofür Empfehlungen zur Vorlage für das NDAC entwickelt wurden⁴⁾ und

d) die Ausarbeitung von Richtlinien und Studien zum "eventuellen taktischen Einsatz nuklearer Waffen in den Bereichen Mitte und Süd des alliierten Kommandobereichs Europa."⁵⁾

Auf der 4. Tagung der Nuklearen Planungsgruppe am 11./12.10. 1968 in Bonn lagen schließlich vier Planspielstudien zu letzterer Problematik vor:

1. Der Einsatz nuklearer Waffen für einen demonstrativen War-
nungsfall;
2. die Verwendung von Nuklearwaffen im Seekrieg;
3. die Rolle taktischer Nuklearwaffen für Verteidigungs-
zwecke und
4. die Verwendung taktischer Nuklearwaffen auf dem Schlach-
telfeld.⁶⁾

1) Siegler 1966 : Nr. 155

2) Ders. 1968 : Nr. 90

3) Ders. 1967 : Nr. 135

4) Ders. 1968 : Nr. 90 u. 104

5) Ebda. : Nr. 90

6) Ebda. : Nr. 262

Aus diesen Studien wurden dann die "Richtlinien für das nukleare Konsultationsverfahren" sowie die "vorläufigen verteidigungspolitischen Richtlinien für den defensiven taktischen Ersteinsatz von Kernwaffen" entwickelt, die als 'constraints' für das SACEUR-System von der NATO-Tagung im Dezember 1969 beschlossen wurden.¹⁾

Die Forderung nach einem Vetorecht bei dem Einsatz von Nuklearwaffen, die auf deutschem Boden stehen oder gegen Ziele auf deutschem Boden gerichtet sind, tauchte im Jahr 1969 nicht mehr in der öffentlichen Diskussion auf. Zwar hatte der Rat der WEU noch im Oktober 1968 dem Nordatlantikrat den Vorschlag übermittelt, "daß die Nukleare Planungsgruppe in Erwägung zieht, ob der Regierung des Gastlandes ein Vetorecht gewährt werden kann gegenüber dem Abschluß von 'taktischen Kernwaffen' aus ihrem Gebiet und gegenüber dem Einsatz solcher Waffen gegen Ziele in ihrem Gebiet (im Falle der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der sowjetisch besetzten Zone)".²⁾ Es war aber doch evident, daß die Verwirklichung eines Vetorechts im Rahmen der Logik der flexible response - die man eben nicht in Frage stellen wollte - de facto den Verzicht auf eine atomare Ersteinsatzoption bedeutete und damit das Prinzip der Abschreckung aushöhlen mußte.³⁾

Weder ein Vetorecht noch die Mitwirkung an der Nuklearplanung könnte zudem das Territorium der Bundesrepublik im Kriegsfall vor der Zerstörung bewahren. Auch konnten erweiterte Mitspracherechte wenig oder nichts an dem atomaren Zentralismus, d.h.

1) Siegler 1968 : Nr. 271; vgl. Mahncke 1972 : S. 245; auch Nerlich 1978 : S. 423f.

2) Siegler 1968 : Nr. 264

3) Dies gab auch Berkhan in einem Gespräch 1984 als Begründung dafür an, daß die Vetoforderung von der SPD aufgegeben wurde; offen bleibt allerdings, weshalb dann überhaupt jemals diese Forderung erhoben wurde.

an der alleinigen und ausschließlichen Verfügungsgewalt des amerikanischen Präsidenten bzw. zum geringen Teil auch der des britischen Premierministers, ändern.¹⁾

Von einer "vollen Beteiligung an der Planung", die "wirksam" sein müsse, wie sie der Dortmunder Parteitag der SPD 1966 gefordert hatte, konnte also durch die Mitwirkung im NDAC und in der NPG nicht die Rede sein,²⁾ obwohl die Schaffung dieser Organe neben ihrer Integrationsfunktion einen gewissen Fortschritt vor allem auf dem Gebiet des Informationsaustausches darstellte. Von dem ursprünglich aufgestellten SPD-Forderungskatalog zur nuklearen Mitwirkung waren somit lediglich die "Forderung nach Schaffung aller technischen und organisatorischen Voraussetzungen für ein (...) gemeinsames Krisenmanagement" teilweise und der Verzicht auf den Mitbesitz an nuklearen Waffen voll verwirklicht worden.

1) Vgl. Wolf 1979 : S. 39

2) Für Mahncke 1972 : S. 248 ließ sich allerdings "eine bemerkenswert positive Bilanz" für die Tätigkeit der NPG in den ersten Jahren ihres Bestehens ziehen; auch das WB 1970 : S. 41 behauptete, die Bundesregierung habe "voll befriedigende Möglichkeiten, bei der Konsultation über die etwaige Freigabe von Nuklearwaffen die deutschen Interessen zu vertreten"; mehr Skepsis und Realitätssinn findet sich bei Wolf 1979.

3.2. Die Ära Schmidt

3.2.1. Schmidts Reformprogramm

3.2.1.1. Die "kritische Bestandsaufnahme" der Bundeswehr

Mit Helmut Schmidt wurde - seit Gustav Noske - zum zweiten Mal in der deutschen Geschichte ein Sozialdemokrat Verteidigungsminister. Obwohl in der Partei nicht unumstritten,¹⁾ war Schmidt bereits für die Bundestagswahl 1965 im Schattenkabinett Brandts als präsumtiver Verteidigungsminister der SPD vorgestellt worden und hatte der Öffentlichkeit am 13.9.65 ein detailliertes sicherheitspolitisches Programm vorgelegt, das nun aktualisiert in die Praxis umgesetzt werden konnte.²⁾ Außer Zweifel stand allerdings die Qualifikation Schmidts, der nach dem Tod Erlers als der herausragende sicherheitspolitische Experte der SPD galt und der sich durch seine Publikationen auch internationale Reputation erworben hatte.³⁾ In den Medien war das Image Schmidts ohnehin erheblich besser als in der Partei. Ihm wurde durchgängig "Führungstalent, brillierender Sachverstand, tatkräftiges Handeln" bescheinigt;⁴⁾ er galt als "Vollblutpolitiker von Format und kenntnisreicher Analytiker der strategischen Zusammenhänge".⁵⁾

1) So mußte Schmidt z.B. eine Wahlniederlage als Kandidat zum Hamburger Landesvorsitz der SPD 1966 gegen Nevermann mit 176:139 Stimmen hinnehmen; vgl. DIE ZEIT v. 20.5.66; s. auch die Wahlergebnisse zum Parteivorstand und zum stellvertretenden Parteivorsitzenden auf dem Saarbrücker Parteitag 1970 mit 256:65 Stimmen gegen Gansel; vgl. Osterroth/Schuster 1978 : S. 491.

2) S. "Programm eines sozialdemokratischen Verteidigungsministers", in: Schmidt 1967 : S. 428ff.

3) V.a. durch seine beiden Hauptwerke "Verteidigung oder Vergeltung" (Schmidt 1965) sowie "Strategie des Gleichgewichts" Schmidt 1981.

4) DIE ZEIT v. 20.5.66

5) WEHRKUNDE 8/1972

Als Fraktionsvorsitzender hatte Schmidt in der Zeit der Großen Koalition ebenfalls die Nachfolge Erlers angetreten. Das Amt des Verkehrsministers hatte er abgelehnt - sicher nicht aus mangelndem Ehrgeiz. Das Verteidigungsministerium übernahm er 1969 zögernd und "ohne Begeisterung"¹⁾, da er sich wohl für diesen Posten überqualifiziert fühlte und auch schon als Kanzlerkandidat im Gespräch gewesen war. Mit Karl Wilhelm Berkhan (dem stellvertretenden Verteidigungsausschußvorsitzenden) als parlamentarischem Staatssekretär und dem Verwaltungsstaatssekretär Johannes Birckholtz (vormals Staatsrat an der Hamburger Innenbehörde) berief Schmidt zwei enge Vertraute und langjährige SPD-Mitglieder. Letzterer geriet wegen seines hohen Alters (66) ins Visier der CDU-Kritik. Für Irritationen in der eigenen Partei sorgte hingegen die Besetzung des Rüstungsstaatssekretärspostens mit dem parteilosen Vorstandsvorsitzenden und Generaldirektor der Thyssen-Röhrenwerke A.G. Ernst Wolf Mommsen.²⁾ Wenn er auch in der Presse "als Künstlernatur, sensibel und nicht frei von Skrupeln"³⁾ dargestellt wurde, so hatten doch viele Sozialdemokraten diese Personalentscheidung für den ehemaligen Amtsgruppenchef des Speerschen Rüstungsministeriums und Repräsentanten der bundesrepublikanischen Rüstungsindustrie wohl nicht erwartet. Zusammen mit dem Generalinspekteur⁴⁾ war damit das Führungsg quintett des Verteidigungsministeriums neu gebildet.

Im Regierungsprogramm 1969⁵⁾ war als Grundlage auch der exekutiven Arbeit die Gestaltung einer aktiven Friedenspolitik

1) So Krause-Burger 1980 : S. 128

2) Vgl. Carr ⁴1985 : S. 81

3) DER SPIEGEL 45/1969

4) Anfangs de Maiziere, ab 1.4.72 Zimmermann

5) Vgl. "Regierungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1969", beschlossen vom a.o. Parteitag der SPD am 17.4.1969 in Bonn-Bad Godesberg, in: A.o. PT 1969 : S. 498ff.

niedergelegt. Sie sollte "konsequent und illusionslos" verfolgt werden und in eine dauerhafte Friedensordnung in Europa münden. Die zwei Aufgaben der NATO - "Sicherheit der Mitgliedstaaten und Entspannung in Europa" - wurden erneut explizit angesprochen. Ebenso unmißverständlich wurde die Bereitschaft erklärt, "das nordatlantische Bündnis weiter (zu) stärken".¹⁾

Wenige Tage nach dem außerordentlichen Parteitag in Bonn-Bad Godesberg hatte Schmidt auf einem wehrpolitischen Forum in Bad Honnef²⁾ die sicherheitspolitischen Aussagen präzisiert und drei Grundsätze genannt:

- die Bewahrung des Friedens;
- die Sicherung der Freiheit;
- die friedliche Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze deutsche Volk.³⁾

Die ersten beiden Ziele sollten durch "das Gleichgewicht der Bündnissysteme" erreicht werden. Die NATO müsse funktionsfähig erhalten werden, was gegenwärtig eine "stärkere politische Zusammenarbeit der Bündnispartner" notwendig mache. Auf der Basis dieser Kooperation könne die Allianz dann befähigt werden, "zum Abbau der Spannungen in der Welt und insbesondere in Europa beizutragen". Für den Raum Mitteleuropa wurde ein "noch" vorhandenes militärisches Gleichgewicht konstatiert, aber gleichzeitig die Gefahr angesprochen, daß angesichts der hohen "Konzentration militärischer Macht" in diesem Bereich die Gefahr "stets gegenwärtig (sei), daß ernsthafte politische Krisen in die Katastrophe des kriegesischen Kon-

1) A.o. PT 1969 : S. 499

2) Am 26./27.4.69; vgl. Wehrpolitisches Forum 1969

3) Ebda. : S. 19; fast völlig deckungsgleich mit Berkhan, ebda. : S. 43. Alle weiteren Zitate sind dem Grundsatzreferat Schmidts entnommen; ebda. : S. 19ff.

flikts umschlagen können." Deshalb ergebe sich die Notwendigkeit "für eine gleichzeitige, gleichgewichtige und wirksam kontrollierte Reduzierung der (...) zu beiden Seiten des Eisernen Vorhangs stationierten Truppen." Die Bundesrepublik habe sich "durch eigene konstruktive Beiträge" aktiv an der internationalen Diskussion um Abrüstung und Rüstungskontrolle zu beteiligen. Solange der Warschauer Pakt zu solchen Schritten nicht bereit sei, müsse allerdings im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik und Westberlins die wirksame Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit erhalten werden.

Der dritte Grundsatz - die Lösung der deutschen Frage - wurde als langfristige Zielorientierung betrachtet, die erst nach der Schaffung eines funktionstüchtigen Systems gesamteuropäischer Sicherheit, der Überwindung der Teilung Europas, angestrebt werden könne.

Ausgehend von diesen Grundsätzen formulierte Schmidt fünf Prinzipien, von denen sozialdemokratische Verteidigungspolitik ausgehe:¹⁾

- 1) das Gleichgewichtsprinzip, das als basisgebendes Element der Sicherheitspolitik die in und auf Europa wirksamen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kräftekonstellationen erhalten müsse;
- 2) das Defensivprinzip, das für die Bundeswehr hinsichtlich der militärischen Organisation, des Umfangs, der Bewaffnung und der Aufgabenstellung eine eindeutige, auch von außen so wahrnehmbare Orientierung auf Verteidigung verlange;
- 3) das Prinzip der Bündniserhaltung und Bündnistreue, das essentiell für die Sicherheit der Bundesrepublik sei, die darauf möglicherweise noch stärker angewiesen sei als einer

1) Im Inhalt gleich mit Schmidt ⁶1981 : S. 252f.

der übrigen Partner der Nordatlantischen Allianz; deshalb mußte dafür der nötige politische, wirtschaftliche, finanzielle und militärische Beitrag geleistet werden;

- 4) das Prinzip der Verhältnismäßigkeit von politischem Auftrag und militärischen Mitteln. Dieses Prinzip gelte für den Gesamtauftrag wie für jedes einzelne Bataillon. Weder dürften die Soldaten überfordert, noch dürften mehr finanzielle und militärische Mittel bereitgestellt werden, als für den Verteidigungsauftrag unbedingt nötig sei;
- 5) das Prinzip des nationalen Sicherheitsinteresses, wonach eine aktive Rolle der Bundesrepublik in der NATO gefordert wurde, die "sich den ständig wandelnden Lagen und (...) wechselnden Erfordernissen" anpassen müsse und die für ihre Wirksamkeit eine "stärkere Entwicklung (der) eigenen Führungsapparatur" des Kabinetts und des Bundeskanzlers zur Voraussetzung habe.

Nach diesen Grundsätzen und Prinzipien entwickelte Schmidt folgende konkrete Teilforderungen:

- die Effektivierung der zivilen Verteidigung durch "eine sehr enge Verzahnung zwischen dem Katastrophenschutz im Frieden und dem Zivilschutz bei bewaffneten Auseinandersetzungen;
- die Umorganisation des Bundeswehrführungsstabs "nach den allgemeinen Grundsätzen militärischer Führungsorganisation";
- die Neuordnung des Verteidigungsministeriums;
- die Lösung der Personalprobleme bei Offizieren, Unteroffizieren und längerdienenden Mannschaften;
- die Überprüfung des geltenden Wehrpflichtsystems und die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für mehr Wehrgerechtigkeit;
- die Weiterentwicklung und verstärkte Implementierung der Grundsätze der Inneren Führung;

- die Abschaffung der Gewissensprüfung für Wehrdienstverweigerer und die Festsetzung des Ersatzdienstes auf 24 Monate.

Damit hatte Schmidt das sicherheitspolitische Konzept der SPD klar umrissen und ein Programm vorgestellt, das sich in seinen Konturen bereits auf dem Karlsruher Parteitag 1964 abgezeichnet hatte.

Allerdings konnte der neue Verteidigungsminister trotz der klaren Grundsatzorientierungen nicht von sich behaupten, in seinem "Hinterkopf bereits ein Lexikon über sämtliche Details militärischer Probleme" herumzutragen.¹⁾

Um sich einen umfassenden Überblick auch über diese Details zu verschaffen, leitete Schmidt mit einer Klausurtagung vom 19. - 21.12.69²⁾ eine "kritische Bestandsaufnahme der Sicherheitspolitik und der Bundeswehr" ein.³⁾

Im Mai 1969 war ein ähnliches Projekt durch Verteidigungsminister Schröder in Auftrag gegeben worden, das jedoch keineswegs für sich in Anspruch nehmen konnte, auf empirischen Untersuchungen oder Diskussionen mit der Truppe zu basieren. Das als Ergebnis erstellte Papier, das unter der Bezeichnung "Schnez-Studie" im Dezember 1969 in die Öffentlichkeit lanciert wurde, war seinem wesentlichen Gehalt nach ein Memorandum des Heeresinspizienten für Bildung und Erziehung, Brigadegeneral Heinz Karst,⁴⁾ und mehr Ausdruck von dessen reaktionär-kon-

1) Zit. n. DER SPIEGEL 46/1969

2) Vgl. DER SPIEGEL 11/1970

3) Vgl. SPD-Pressemitteilung v. 15.1.70; diese Bestandsaufnahme war schon Jahre zuvor gefordert und schließlich am 28.10.69 in der Regierungserklärung angekündigt worden. Sie erfolgte in elf Phasen; vgl. auch PPP v. 6.2.70.

4) Vgl. auch S.162ff.; dieses Karst-Memorandum wurde unter Leitung des stellvertretenden Heeresinspektors Grashey, zusammen mit General Schall und den Obersten i.G. Hildebrand und Paulsen redaktionell überarbeitet und vom Heeresinspekteur Schnez unterschrieben; vgl. Ilseman 1981 : S. 229. Verteidigung im Bündnis 1975 : S. 267 nennt ferner die kommandierenden Generale Uechtritz, Thilo und Niepold als mitverantwortliche Verfasser dieser "Gedanken zur Verbesserung der Inneren Ordnung des Heeres".

servativer Selbstbespiegelung als eine zutreffende Analyse der Realität der Bundeswehr.

Schmidt und sein Planungschef Theo Sommer waren bemüht, sich rasch einen eigenen Überblick über die Situation der Bundeswehr zu verschaffen, und kamen Ende Januar 1970, nach acht Tagungen mit Kommandeuren, jungen Offizieren und Unteroffizieren, zu dem Schluß: "Die Studie erweckte den Eindruck eines besorgniserregenden Zustandes des Heeres - das hat sich nicht bestätigt."¹⁾ Parallel zu diesen Tagungen wurde eine Befragungsaktion durchgeführt, in die führende Generale und leitende Beamte einbezogen wurden. Zusammen mit den Anregungen direkt aus der Truppe lagen so mehrere tausend Stellungnahmen und Vorschläge vor, die von zwölf Kommissionen innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung ausgewertet wurden. Diese sollten bis zum 10.3.1970 beschlußreife Empfehlungen unterbreiten.²⁾

Als vorläufiges Fazit konnte Schmidt festhalten: "Die Bundeswehr braucht sich, was ihre Schlagkraft und Einsatzfreudigkeit anbelangt, nicht hinter den Armeen der Verbündeten zu verstecken. Ihr Gesamtzustand ist befriedigend, wenn auch nicht gut."³⁾ Aus diesem ersten Resümee ergaben sich für Schmidt folgende Schlußfolgerungen:

- die Delegation von Befugnissen "nach unten" und damit die Beschränkung bürokratischer Detailanweisungen auf ein Mindestmaß;
- die Notwendigkeit der Umschichtung von Finanzmitteln im Verteidigungshaushalt zugunsten der Truppenfürsorge und Betreuung;
- das Bemühen, den Willen der politischen Führung immer klar erkennbar darzustellen.

1) Zit. n. SZ v. 30.1.70; vgl. auch NZZ v. 30.1.70; auch BMVg, Mitteilungen a.d. Presse v. 27.1.70; auch PPP v. 20.1.70

2) Vgl. PPP v. 6.2.70

3) Zit. n. VORWÄRTS v. 26.2.70

Als Endresultat dieser "Selbsterforschung der Bundeswehr, wie es sie in solcher Form und Intensität noch nicht gegeben" hatte,¹⁾ wurde das Weißbuch 1970 "Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr" vorgelegt. Im Vergleich zu Schröders erstem dürftigen Weißbuchversuch 1969²⁾ war das neue Werk, das unter Federführung von Theo Sommer³⁾ verfaßt worden war, Ausdruck einer neuen Qualität der sicherheitspolitischen Öffentlichkeitsarbeit. Ausgespart aus der Analyse blieben vorerst lediglich der Rüstungsbereich und die Bundeswehrverwaltung. Damit stand nach kaum mehr als einem halben Jahr Amtszeit des neuen Verteidigungsministers ein in sich kohärentes, detailliert ausgearbeitetes Reformkonzept zur Verfügung, das in Teilbereichen bereits verwirklicht und das auch von der konservativen Presse fast hymnisch gefeiert wurde.⁴⁾

Der Wehrexperte der CDU, Egon Klepsch, hatte schon vor der offiziellen Veröffentlichung des Weißbuchs 1970 Helmut Schmidt als vernünftigen und abwägenden Mann bezeichnet und ihm "eine kontinuierliche Fortsetzung der von Adenauer und Strauß eingeleiteten und geprägten, von von Hassel und Schröder weitergeführten Sicherheitspolitik" attestiert, "die in der Vergangenheit von der SPD härtestens bekämpft wurde."⁵⁾ Schmidt wies in der Sitzung des Bundestags am 2.6.1970 diese Aussage allerdings als "Geschichtsklitterung" zurück.⁶⁾ Um eine "abgrundtiefe Ironie" Klepschs⁷⁾ handelte es sich bei dieser Wertung jedoch sicher nicht. Vielmehr pries Klepsch in derselben Debatte das Weißbuch '70 als "gut lesbares, instruktives und

1) So Schmidt in der Präambel des Weißbuchs 1970.

2) Weißbuch 1969 zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung

3) Damals stellvertretender Chefredakteur der ZEIT.

4) Vgl. z.B. FAZ v. 26.5.70

5) Zit. n. DER SPIEGEL 21/1970

6) BT VI : S. 2752

7) So Schmidt ebda. : S. 2753

vorzüglich zusammengestelltes Buch"¹⁾ und beteuerte, daß Schmidt "eine Opposition vor sich" habe, die ihm "in allen Fragen, auf die es Ihnen ankommt", eine gute Unterstützung bieten werde.²⁾ Schmidt habe Glück, "auf eine Opposition zu stoßen, die bereit (sei), den Weg weiterzugehen (...), um diese Bundeswehr zu dem schlagkräftigen und funktionstüchtigen Instrument zu machen, das wir auch in Zukunft brauchen werden."³⁾

Die "Illusionisten und Phantasten" bezüglich der Sicherheitspolitik säßen "nicht in der CDU/CSU", sondern in den "Reihen Ihrer eigenen Partei und Ihrer eigenen Fraktion".⁴⁾ Auf einem wehrpolitischen Kongreß in München im Oktober des gleichen Jahres beschwor zudem Schmidt selbst die "Linie der Kontinuität" der Sicherheitspolitik⁵⁾ der Regierung Brandt mit der Sicherheitspolitik der vorangegangenen Regierungen in der Bundesrepublik, auch wenn "Akzente verschoben" worden seien.

Kritik äußerte lediglich CSU-MdB Zimmermann am analytischen Teil des Weißbuches, so an einer angeblich beschönigenden Darstellung des konventionellen Kräfteverhältnisses zwischen NATO und Warschauer Pakt sowie der angeblichen Verharmlosung der "Expansionspolitik der Sowjetunion", gegenüber der die Bundesregierung "ein bedenkliches Maß an Blindheit" erkennen lasse.⁶⁾ Weitere Polemiken beschränkten sich darauf, der SPD ihre Ablehnung des NATO-Beitritts vorzuwerfen bzw. ihr zu unterstellen, sie habe "lange Zeit die Soldaten verketzert".⁷⁾

1) BT VI : S. 2782

2) Ebda.

3) Ebda.

4) Ebda.

5) Zit. n. SZ v. 26.10.70

6) BT VI : S. 2763

7) So Klepsch wie auch Wörner; ebda. : S. 2783

3.2.1.2. Die organisatorische Neuordnung des Verteidigungs- ministeriums

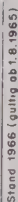
Mit Wirkung vom 6.4.1970 ordnete der Verteidigungsminister eine Umorganisation des militärischen Bereichs im Ministerium an. Wenn dies auch auf Vorschläge des Karlsruher Parteitags 1964 zurückging, so waren doch Vorarbeiten dazu bereits von Schröder in die Wege geleitet worden.

Nach intensiver Diskussion hatte eine Kommission im Frühjahr 1970 daran anknüpfend zwei Modellvorschläge erarbeitet. Ein Expertenausschuß, dem auch Schröders Ex-Staatssekretär von Haase angehörte, sprach sich schließlich einstimmig für die durchzuführende Lösung aus. Mit ihr wurde die Abkehr von einer ministeriellen Verwaltungsstruktur und die Hinwendung zur militärischen Stabsorganisation festgeschrieben. Die Stellung des Generalinspektors wurde dadurch aufgewertet. Diesem kam damit der Rang eines Hauptabteilungsleiters oder vierten Staatssekretärs zu. Gemäß einem Erlaß vom 21.3.1970¹⁾ war er nun dem Minister direkt verantwortlich, und zwar für die Entwicklung einer Gesamtkonzeption der militärischen Verteidigung inklusive Strategieplanung sowie der Inneren Ordnung und der Ausbildung der Streitkräfte.²⁾ Die Inspektoren der Teilstreitkräfte erhielten gruppendienstliche Befugnisse und Disziplinargewalt und wurden dem Generalinspekteur als der ministeriellen Instanz mit Weisungsbefugnissen direkt unterstellt. Die Führungsstäbe, vor allem der Führungsstab der Streitkräfte als Arbeitsstab des Generalinspektors, wurden, wie angekündigt, im November und Dezember 1970 zum Teil verstärkt und neu gegliedert.³⁾

1) Sogenannter Blankeneser Erlaß.

2) Vgl. Verteidigung im Bündnis² 1975 : S. 275. Ilseemann 1981 : S. 231 ist allerdings der Meinung, durch diese Neuorganisation und den Blankeneser Erlaß wären dem Generalinspekteur Machtbefugnisse beschnitten worden, ohne dies jedoch näher auszuführen.

3) Vgl. BMVg, Mitteilungen a.d. Presse v. 22.10.70; auch SZ 20.11.70



Solche Details interessierten allerdings weder die Mehrzahl der SPD-Mitglieder noch der Delegierten auf dem Saarbrücker Parteitag 1970.¹⁾ Der sicherheitspolitische Leitantrag des Parteivorstands, der in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion eingebracht worden war,²⁾ war jedoch nicht nur aus diesem Grund eher vage formuliert. Vielmehr sollte dem Verteidigungsminister ein möglichst großer Handlungsspielraum eingeräumt werden, wie es Brandt verdeutlichte: "Wir sind nicht dazu da, ihm (dem Verteidigungsminister, d. Verf.) nach innen und außen das Geschäft zu erschweren".³⁾ Präzisierungen oder Verschärfungen einzelner Passagen wurden dann auch mit großer Mehrheit abgelehnt⁴⁾ und die "Entschliebung zur Sicherheitspolitik"⁵⁾ wurde "gegen wenige Stimmen bei wenigen Stimmenthaltungen" angenommen.⁶⁾ In ihr wurde "begrüßt, daß die Verwirklichung des auf dem Parteitag 1964 in Karlsruhe erarbeiteten Programms zur Reform der Bundeswehr in Angriff genommen wurde", der Primat der Politik bekräftigt, der Bundeswehr attestiert,

-
- 1) Im Vordergrund der teils heftigen Debatten standen der Indochinakrieg und deutsche Waffenlieferungen nach Griechenland; vgl. PT 1970 : S. 99ff.; vgl. auch S. 229ff.
 - 2) Der sicherheitspolitische Obmann der SPD-Bundestagsfraktion, Werner Buchstaller, begründete diesen Antrag; vgl. PT 1970 : S. 155f.
 - 3) Ebda. : S. 171
 - 4) U.a. war die Einfügung des Passus abgelehnt worden: "In der weiteren politischen Entwicklung muß jede Bundeswehr bereit sein, sich um einer besseren politischen Lösung willen infrage stellen lassen"; ebda. : S. 167. Diese Einfügung war wortgleich mit dem, was Bundespräsident Heinemann in einem Interview gefordert hatte; vgl. STUTTGARTER ZEITUNG v. 12.9.69.
 - 5) Antrag 676, in: PT 1970 : S. 1108f.
 - 6) Ebda. : S. 176

es gebe keinen Zweifel an ihrem "Willen zum strikten Gehorsam gegenüber dem Grundgesetz und den Gesetzen", und gefordert, daß das in der kritischen Bestandsaufnahme mit der Bundeswehr begonnene System der Diskussionstagungen und der Führung durch Information (...) des Ausbaues und der Fortsetzung" bedürfe.¹⁾

Bei der Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden mußte Schmidt allerdings eine Brüskierung in Kauf nehmen. Sie hielt sich jedoch in Grenzen, da sich außer dem stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden niemand als Gegenkandidat zur Verfügung stellte.

Schmidt erhielt 256 von 331 möglichen Stimmen. Dies war trotz des deutlichen Sieges ein Indiz dafür, daß Schmidt in der Gesamtpartei keineswegs über uneingeschränkte Sympathien verfügte. In der Presse kolportierte Gerüchte, Schmidt werde als Kanzlerkandidat aufgebaut,²⁾ waren zwar verfrüht, signalisierten aber, daß seine Karriere in Partei und Staat noch nicht den Zenit erreicht hatte und die Minderheit seiner Gegner in der SPD sich damit wohl auf absehbare Zeit abzufinden hatte. Bereits im Juli 1970 war auch schon die Rede davon, daß Schmidt als Verteidigungsminister amtsmüde sei und er seinen Nachfolger Leber schon "parat" habe.³⁾ Letzteres war vermutlich zutreffend. Bis zu seiner Amtsablösung im Juni 1972 sollten allerdings noch zahlreiche Reformvorhaben abgeschlossen oder auf den Weg gebracht werden, sodaß zumindest diesbezüglich auf eine Amtsmüdigkeit nicht geschlossen werden konnte.

1) PT 1970 : S. 176

2) Vgl. z.B. SZ v. 31.7.70

3) Ebda.

3.2.1.3. Die "Phase des offenen Konflikts" um die Innere Führung

Der Inspekteur des Heeres, Generalmajor Grashey, wurde Ende 1969 auf eigenen Antrag in den einstweiligen Ruhestand versetzt.¹⁾ Damit war die Auseinandersetzung um die Prinzipien der Inneren Führung²⁾ keineswegs beendet, vielmehr zeichnete sich eine "Phase des offenen Konflikts"³⁾ ab, die durch die Veröffentlichung der detaillierten, in 87 Punkte gegliederten "Schneez-Studie"⁴⁾ noch verschärft wurde.

Zwar legten die Verfasser der Studie ein Lippenbekenntnis zu den Grundsätzen der Inneren Führung ab,⁵⁾ vertraten in ihrer weiteren Analyse aber mehrfach Positionen, die aufscheinen ließen, daß es ihnen um die Aushöhlung und Beseitigung wesentlicher Prinzipien der Inneren Führung ging. Unter der Fragestellung "Was steht der Erfüllung des Auftrags entgegen?" wurden "ungelöste Probleme aus der Aufbauzeit" angeführt, so "Punkt 17) (...) a) die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik war unter den Gegebenheiten der Anfangsjahre nicht primär ein Akt des Freiheitswillens unseres Volkes.

b) Der Aufbau der Bundeswehr war begleitet von Mißtrauen, von Argwohn und Zweifeln, sowie von einem unklaren Pazifismus (...)
c) Die Katastrophe von 1945, das Atomwaffentrauma und die 'Re-Education' wirkten sich auf die staatsbürgerliche Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zur Selbstverteidigung negativ aus."

1) Vgl. Verteidigung im Bündnis ³1975 : S. 267

2) Vgl. S. 92ff.

3) So Simon 1980 : S. 111. Der Autor bietet auf den Seiten 112ff. eine tragfähige Analyse der Konfliktgenese.

4) Vgl. S. 154

5) Vollständiger Text in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1970 : S. 301ff.; auch in: Heßler 1971 : S. 50ff.; umfangreiche Auszüge in: Schubert 1979 : S. 429ff. Alle angeführten Zitate aus der Studie sind Heßler 1971 entnommen.

Außerdem wurde eine "geistespolitische Krise in unserer Jugend" festgestellt, die daraus resultiere, daß eine Generation herangewachsen sei, "die den Krieg nicht mehr (...) erlebt" habe, "weithin geschichtslos sei und "in eine pazifistisch-utopische Richtung" tendiere.

Als Ausdruck und Ursache für diese Krise wurden im einzelnen angesprochen:

- die "neue Linke" und ihre Mitläufer, deren Aktionen auf Anarchie zielten;
- "zahlreiche Lehrer, Pfarrer, Schriftsteller, Publizisten, Regisseure und Fernsehmoderatoren", welche die Abneigung gegen den Dienst mit der Waffe stärkten;
- "radikale Gruppen", die offen versuchten, "unter Ausnutzung der Gesetzeslage die Moral der Truppe zu zersetzen";
- "der Kommunismus", dessen Bemühen, "zunächst den Verteidigungswillen eines Gegners auszuhöhlen und ihn in geistige Anarchie zu führen, um ihm erst dann den militärischen Fangstoß zu geben (...), bereits greifbare Resultate gezeigt" habe.

Das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform" müsse ersetzt werden durch die Kennzeichnung "Staatsbürger als Soldat", die klarer sage, "was gemeint" sei. Bemängelt wurde ferner, daß die Truppe "weithin zur Geschichtslosigkeit verurteilt und ohne verpflichtendes Traditionsbewußtsein" sei. Bedrückend sei auch, daß "das Vaterland als moralische Größe (nicht) die notwendige Interpretation" finde.

"Soldatsein" sei "eine Aufgabe sui generis" und nicht ein "Beruf wie jeder andere". Aus dem politischen und militärischen Auftrag ergebe sich die "Forderung nach dem psychisch und physisch harten Kämpfer", dem "die in jeder Lage eines möglichen

Krieges abverlangte Härte durch Ausbildung und Gewöhnung anerzogen" werden müsse. Dem stünden aber "friedenbedingte, oft überspitzte Sicherheitsbestimmungen und überängstliche gesundheitliche Bestimmungen" entgegen. Das Wehrrecht und die Disziplinarordnung böten zudem nicht "die erforderlichen Möglichkeiten, den Gehorsam auch dort sicherzustellen, wo es an Einsicht und Bereitschaft" fehle.

Zur Abhilfe wurde ein "Bündel" von Maßnahmen vorgeschlagen, das "als Ganzes" gesehen werden müsse, denn "nur ein rasches Angehen der Probleme in ihrer vollen Bandbreite" verspreche Erfolg. Im einzelnen wurden Grundgesetzänderungen empfohlen, so die Einschränkung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung (Art. 4 Abs. 3 GG) und die Erweiterung disziplinarrechtlicher Befugnisse ohne richterliche Genehmigung (Art. 104 GG) mit entsprechenden Durchführungsgesetzen bis hin zur Schaffung von Strafkompagnien ("Sondereinheiten auf Korpsebene zur Freistellung der Truppe von schweren Fällen") sowie die Einschränkung des Beschwerderechts und der Stellung des Wehrbeauftragten. In den Punkten 60 bis 62 wurden Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit thematisiert, die sogar von der konservativen Zeitung DIE WELT als "Vorzensur" und "im Lichte recht verstandener Meinungsfreiheit sehr gefährlich" bezeichnet wurden.¹⁾ Nach Meinung der Verfasser der "Schnez-Studie" sei "bei den zuständigen Stellen (...) darauf hinzuwirken, daß das von den meisten Fernsehanstalten (...) ausgestrahlte, vielfach nicht den Tatsachen entsprechende Bild der Streitkräfte (...) durch eine sachgerechte Darstellung ersetzt" werde. In der Mediendarstellung dürften auch "die soldatischen Leistungen des deutschen Heeres in der Vergangenheit nicht (...) vergessen"

1) DIE WELT v. 17.1.70; ähnlich: SZ v. 3.12.69

werden. Ferner soll man sich gegen die "zur Zeit um sich greifende 'Umfunktionierung' der Geschichtsbetrachtung" wenden und ihr zwar "sorgfältige, objektive (...) Darstellungen" entgegensetzen, die aber gleichzeitig "den Soldaten Verständnis" entgegenbrächten. In Umkehrung des Primats der Politik wurde schließlich gefordert, Aufgabe der politischen Führung sei es, der Armee zu geben, was sie brauche.

Die durch die Innere Führung geforderte Integration der Bundeswehr in die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik sollte nach den Vorstellungen der Generale durch eine restaurative Gegenreform der Bundeswehr und die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung gemäß den Existenzbedingungen der Streitkräfte erfolgen: "Jedes Kurieren an Symptomen verspricht ebensowenig durchschlagenden Erfolg wie die Beseitigung einzelner Mängel. Nur eine Reform an 'Haupt und Gliedern', an Bundeswehr und Gesellschaft, mit dem Ziel, die Übel an der Wurzel zu packen, kann die Kampfkraft des Heeres entscheidend heben." Offen wurde eine Teilentmachtung der politischen Führung des Bundesministers der Verteidigung gefordert, so daß "Weisungen und Befehle des BMVtg, die die Truppe in irgendeiner Weise berühren oder gar betreffen (...) in jedem Einzelfall der Zustimmung der zuständigen militärischen Abteilung" bedürften.

Wenn auch die Aussage der Autoren, es gäbe "keine rückwärtsgerichteten Gruppen innerhalb der Bundeswehr", durch die oben zitierten Inhalte ad absurdum geführt wurde, so war dennoch die Gesamteinschätzung der "Studie" als durchgängig reaktionäres Pamphlet nicht unproblematisch. So hatten die Verfasser an mehreren Stellen Bekenntnisse zur Staats- und Verfassungsordnung abgelegt und zudem zahlreiche Kritikpunkte angesprochen, wie Offiziers- und Unteroffiziersmangel, bürokratische Strukturen usw., die auch von der Sozialdemokratie als zutreffend anerkannt worden waren.

Auf einer "Routinekonferenz"¹⁾ mit den kommandierenden Generalen des Heeres hatte Schmidt deshalb den Inhalt des Papiers vorsichtig als "diskussionswürdig, aber auch diskussionsbedürftig"²⁾ eingestuft. Die Studie sei außerdem lediglich als internes Arbeitsmaterial für das vom Generalinspekteur vorzulegende "Gesamtkonzept zur Anpassung der Inneren Führung" bestimmt gewesen. Laut der offiziellen Pressemitteilung zu dieser Konferenz betonte Schmidt ferner, daß es weder "Veranlassung zu personellen Veränderungen in den Spitzenstellungen des Heeres" gebe, noch Anlaß, an der Loyalität der Generale "zur rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung und an ihrem Gehorsam gegenüber dem Grundgesetz und den Gesetzen zu zweifeln." Im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft brauche es "auch innerhalb der Streitkräfte nicht zu allen Fragen einheitliche Auffassungen" zu geben. So sei "auch in der Bundeswehr (...) Raum für Diskussion, (...) auch über die Studie".⁴⁾ Nicht erlaubt sei allerdings die Diskussion über die Gehorsamspflicht gegenüber den geltenden Vorschriften im Bereich der Inneren Führung.

Im PPP war zur Schnez-Studie nur ein knapper Bericht veröffentlicht worden,⁵⁾ der diese mehr als Skurrilität betrachtete denn als Gefahr. Angesprochen wurden vor allem die Disziplinarmaßnahmen, die zum "Wiederaufleben der 'Strafkompagnien' der Hitlerwehrmacht" führen könnten, sowie, daß

1) Vgl. BMVg, IPZ, Mitteilungen a.d. Presse v. 9.1.70. Nach Ilseman 1981 : S. 229 hatte Schmidt allerdings wegen dieser "Routinekonferenz" seinen Auslandsurlaub überstürzt abgebrochen.

2) Ebda.; General Baudissin hatte hingegen das Schnez-Papier als "weltfremde Studie, die überhaupt nicht diskutabel ist", bezeichnet; vgl. DER SPIEGEL 4/1970.

3) Ebda.

4) Ebda.

5) PPP v. 5.1.70

Schnez "ein durchaus düsteres Bild der Bundeswehr" male.¹⁾

In einem wenige Tage später durchgeführten Interview des PPP mit Schnetz wurde auf kritische Fragen verzichtet und lediglich festgestellt, daß in der Studie Punkte angesprochen wurden, "die zweifellos strittig" seien.²⁾ Diese Reaktion erschien manchem führenden Sozialdemokraten als nicht ausreichend. Sowohl der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Steffen als auch das Mitglied des Verteidigungsausschusses Erwin Horn forderten die Ablösung von Schnetz.³⁾

Schmidt hatte auf die Forderung Horns im Bundestag mit dem verklausulierten Hinweis entgegnet, daß dieser Studie ein Auftrag des Verteidigungsministers Schröder zugrunde liege, "ohne Rücksicht auf geltende Gesetze und ohne auf die Realisierbarkeit von Gesetzesvorschlägen de lege ferenda (vom Standpunkt zukünftigen Rechts aus) seine eigene Meinung zu schreiben."⁴⁾

In der Tat wäre eine sofortige Entlassung Schnetz' rechtlich zumindest fragwürdig gewesen⁵⁾ und hätte eine breite Solidarisierungswelle in der Generalität ausgelöst.⁶⁾

Auf eine Frage Buchstallers, ob führende Generale mit dem Rücktritt gedroht hätten, antwortete der Verteidigungsminister, daß dies nicht geschehen sei, aber solche Gesuche, falls sie gestellt würden, würden "innerhalb von zwei Minuten angenommen werden."⁷⁾

1) PPP v. 5.1.70

2) PPP v. 13.1.70

3) Vgl. Thielen 1970 : S. 25; BT VI : S. 883; DER SPIEGEL 4/1970

4) BT VI : S. 883

5) Vgl. Krause 1979 : S. 257

6) Eine solche Solidarisierung hatte sich bereits angekündigt; vgl. ebda. : S. 253.

7) BT VI : S. 882

Die Hamburger Jungdemokraten wie auch einzelne Autoren hatten das Schnez-Papier als "faschistisch" bzw. als Äußerung militärfaschistischen Gedankenguts "à la Papadopoulos" bezeichnet und sogar Schmidts Rücktritt gefordert.¹⁾

Gerade die oben angeführte Äußerung Schmidts vor dem Bundestag beweist jedoch, daß der Verteidigungsminister keineswegs vorhatte, durch seine Presseerklärungen "Offiziere (...) in Schutz" zu nehmen.²⁾

Der Saarbrücker Parteitag äußerte sich zu Schnez moderat. Anträge des Bezirks Hessen-Süd,³⁾ die eine Entlassung Schnez' sowie aller Offiziere forderten, "die bei der Abfassung der Heeresstudie ideologisch Anteil hatten",⁴⁾ wurden ohne Diskussion

1) Vgl. DER SPIEGEL 4/1970; auch Thielen 1970 : S. 241, der die Schnez-Studie als "faschistisches Programm für Bundeswehr und Gesellschaft" charakterisiert - was jedoch eher für eine Inflationierung des Begriffs Faschismus spricht, wie sie damals in linken Kreisen nicht ungewöhnlich war. Trotz solcher Überspitzungen sind allerdings Unterstellungen von Krause 1979, der sich insgesamt um eine faire Darstellung der Politik Schmidts bemüht (und dabei ausführlich auf die Schnezkrise eingeht, vgl. S. 222ff.), Thielen halte die Schmidtsche Konzeption der Inneren Führung für gefährlicher als die Auffassungen Schnez' (S. 263), zurückzuweisen. Thielen kritisiert gerade anhand der "Soldat '70"-Aussagen die Undifferenziertheit der Formulierung, "Helmut Schmidt sei der Mann der Generale und erfülle ihre Wünsche". Dies erkläre nicht, "warum der Verteidigungsminister, durchaus im Einklang mit seinem technokratischen Reformkurs, die Generale Grashey und Karst abgehalftert hat und in seinem Weißbuch erklären kann, der Bundeswehr komme kein gesellschaftspolitischer Auftrag zu, vielmehr schaffe sich die Gesellschaft die ihr gemäße Bundeswehr" (Thielen 1970 : S. 276).

Die Darstellung in Verteidigung im Bündnis² 1975 ist sehr knapp und ungenau (S. 267f.); etwas detaillierter ist diese bei Ilseman 1981 : S. 229f. Dieser erweckt allerdings den Eindruck, als habe die Studie lediglich Schwachstellen in der Armee aufgedeckt, die auch Schmidt habe zugeben müssen. Beide Werke vermeiden ein problematisierendes Eingehen auf die reaktionären Inhalte.

2) So DIE WELT v. 19.12.69

3) Anträge Nr. 155 u. 156, PT 1970 : S. 39 u. 40/Ergänzungsbd.

4) Ebda. : S. 40

abgelehnt.¹⁾ Der Antrag des Parteivorstands²⁾ bezog jedoch, allerdings ohne Schnez und die Studie zu erwähnen, eine klare Gegenposition zu den "Traditionalisten":³⁾ "Die in der Verfassung verankerten Grundsätze, die sich aus dem Konzept vom 'Staatsbürger in Uniform' ergeben haben, sind unantastbar; die darauf fußenden Grundsätze der Inneren Führung sind ein Wesenskern der Bundeswehr. Wer sie ablehnt, taugt nicht zum Vorgesetzten unserer Soldaten."⁴⁾

Tatsächlich waren ohne spektakuläre Ankündigungen bereits personelle Veränderungen in der Bundeswehrführung in Gang gesetzt. Schmidt betonte im Dezember 1970 allerdings einschränkend: "Wenn es (...) hie und da einige Heißsporne gibt, die glauben, man sollte in zwölf Monaten alle Generale, die rechts von der Mitte stehen, in den Ruhestand schicken und dafür Sozialdemokraten zu Generälen machen, dann ist das im Ernst keine Diskussionsbasis."⁵⁾ Schon Ende April 1970, mit Wirkung vom 1.10.70, wurde der Hauptverfasser der Schnez-Studie, Brigadegeneral Heinz Karst, verantwortlicher General für das Erziehungs- und Bildungswesen im Heer, (offiziell auf eigenen Wunsch) in den einstweiligen Ruhestand versetzt, angeblich, um "der allgemeinen Bestrebung zur Verjüngung der militärischen Führung zu dienen".⁶⁾ Mit ihm gingen 21 weitere kommandierende Generale und höchste Kommandeure aller Waffengattungen, darunter zwei weitere Mitverfasser des Schnez-Papiers, die Generalleutnante Uechtritz und Thilo, die komman-

1) PT 1970 : S. 177

2) Ebda. : S. 1108f.

3) Schmückle 1971 prägte für die beiden konträren Lager in der Auseinandersetzung um die Innere Führung die Typisierung "Traditionalisten" und "Reformer"; Differenzierungen bei Vogt 1978 : S. 566f.

4) PT 1970 : S. 1108

5) Schmidt in: PPP v. 3.11.70; vgl. auch SPD-PD v. 3.12.70

6) BMVg, Mitteilungen a.d. Presse v. 24.4.70; vgl. auch SZ v. 25./26.4.70

dierenden Generale des ersten und zweiten Korps. Im weiteren Verlauf der Amtszeit Schmidts wurden insgesamt 61 Generale vorzeitig oder einstweilig abgelöst.¹⁾ Es trifft wohl zu, daß sich "der Verteidigungsminister durch diese Roßkur gegenüber der Generalität (...) die personellen Voraussetzungen für seine Reformpolitik und deren längerfristige Absicherung (...) auch über seine eigene Amtszeit hinaus" verschafft hat,²⁾ wenn auch offen bleiben muß, wie hoch der zahlenmäßige Anteil der "normalen" Demissionierungen war. Insgesamt wurde jedenfalls ein beträchtlicher Teil der Generalität aus ihrem Dienst entfernt.³⁾

Kritik an den reaktionären Inhalten, wie sie die "Traditionalisten" vertraten, wurde auch von jungen Offizieren innerhalb der Truppe geäußert. So legten acht Leutnante der Heeresoffiziersschule II in Hamburg/Wandsbek anläßlich einer Podiumsdiskussion mit Baudissin am 18.12.1969 neun Thesen vor:⁴⁾

"Der Leutnant 1970"

These 1: Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der eine Sache nicht um ihrer selbst willen tut.

These 2: Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der es ab-

1) Eine Auflistung bei Krause 1979 : S. 262

2) So Kutz 1982 : S. 116

3) Ca. ein Drittel der Gesamtstärke; damals gab es 201 Generalsränge in der Bundeswehr; 128 Brigadegenerale/Flottillenadmirale, 53 Generalmajore/Konteradmirale, 18 Generalleutnante/Vizeadmirale und 2 Vier-Sterne-Generale; vgl. DER SPIEGEL 25/1970.

4) Text nach Heßler 1971 : S. 92ff.; vgl. auch Thielen 1971 : S. 260ff.; FAZ v. 29.1.70; DER SPIEGEL 6/1970

lehnt, ein Verhalten zu praktizieren, das 'offizier-like' sein soll, vielmehr will ich eine spezifisch-offiziermäßige Rollenerwartung nicht erfüllen.

These 3: Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der eine Tradition ablehnt, die lediglich aus epigonaler Reproduktion besteht und auf Neuschöpfung verzichtet.

These 4: Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der das Verhalten (= dienstliche Anordnungen) eines Vorgesetzten infrage stellen darf und sein eigenes Verhalten von Untergebenen, bzw. von jedermann infrage stellen läßt; ich möchte ein Offizier sein, der nichts selbstverständlich findet.

These 5: Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der weder Personen noch Dienststellen, sondern nur dem verfassungsmäßigen Auftrag Loyalität entgegenbringt.

These 6: Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der jeden Verstoß gegen ein Wehrkonzept im Rahmen der Gesamtverfassung bestraft sehen will.

These 7: Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der nicht nur den Frieden erhalten, sondern auch gestalten will.

These 8: Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der eine scharfe Trennung zwischen Dienst und Freizeit beansprucht, weil ich meinen Beruf als verantwortungsvollen und strapaziösen Job sehe.

These 9: Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der die erforderliche Disziplinierung in einem Heranführen an die Mündigkeit und der aus ihr entspringenden Selbstdisziplin sieht."¹⁾

1) Jeder These folgte eine ausführliche Begründung.

Diesen Thesen stimmten von 220 anwesenden Leutnanten 150 zu.¹⁾

Schmidt kommentierte die Thesen als "teils diskutabel, in einigen Punkten falsch, in anderen Punkten provokant",²⁾ ließ aber auch Sympathie erkennen: "Die Leutnants mit ihren neun Thesen haben der Bundeswehr mehr genützt, als die Bundeswehr zu begreifen vermag".³⁾ Dieser Nutzen bestand wohl hauptsächlich darin, als damit Schmidts Ansicht von der Existenz pluralistischer Auffassungen in der Bundeswehr bestätigt wurde, wenn auch die Ungleichgewichtigkeit der konservativ-reaktionären Generalität in der Führungsspitze einerseits und der demokratisch-reformerischen Leutnantsebene andererseits ins Auge stach.⁴⁾

Deutlich positiv wurden die Leutnant-70-Thesen von Karl Wienand, dem Vorsitzenden des Ausschusses Sicherheitspolitik beim SPD-Parteivorstand eingeschätzt, der den Autoren "geistige Qualifikation", analytisches und systematisches Denken zugestand und feststellte, daß ihre Grundeinstellung und Mentalität der heutigen Gesellschaft und ihren Rekruten näherstünden als die der Traditionalisten.⁵⁾

Obwohl Schmidt betont hatte: "Diskussion ist nicht nur die Form geistiger Auseinandersetzung, sie ist auch die Form

1) Vgl. Thielen 1971 : S. 261

2) Zit. n. DER SPIEGEL 6/1970

3) Zit. n. DER SPIEGEL 8/1970

4) Verteidigung im Bündnis² 1975 und Ilseman 1981 verzichten auf das zweite Schmidt-Zitat und attestieren den Leutnanten allenfalls "großen Idealismus für die freiheitliche Demokratie"; vgl. Verteidigung im Bündnis² 1975: S. 268, bzw. unterstellen Schmidt eine Gleichsetzung der Schnez-Studie mit den Leutnant-Thesen, da letztere von ihm ebenfalls nur als "diskussionswürdig, aber auch diskussionsbedürftig" bezeichnet worden seien; vgl. Ilseman 1981 : S. 230.

5) Vgl. SPD-Pressemitteilungen u. -information v. 22.4.71. Dies verwundert insofern nicht, als der persönliche Referent Wienands, Peter von Schubert, die Leutnante wissenschaftlich betreut hatte; vgl. Ilseman 1981 : S. 316. Peter v. Schubert hatte außerdem zusammen mit den Offiziersschülern 20 Grundsätze zur Inneren Führung erarbeitet, die gegenüber den Führungsgrundsätzen der Hitler-Wehrmacht abgegrenzt wurden; vgl. "20mal Innere Führung", in: JUNGE STIMME 12/1970.

moderner Führung",¹⁾ zeigte die Reaktion auf das im Mai 1970 von 13 Wehrpflichtigen veröffentlichte Papier "Soldat '70"²⁾ die Grenzen des Pluralismus in der Bundeswehr auf. In einem Fernschreiben hatte Generalinspekteur de Maizières die öffentliche Diskussion über diese radikal-demokratisch-sozialistische Studie verboten.³⁾ Obwohl die Autoren zum Teil undifferenziert und überspitzt argumentierten, hätte jedoch auch für ihr Papier Gleiches wie für die Schnez-Studie gelten müssen, nämlich, daß es diskussionswürdig und -bedürftig sei. Besonders die im "Soldat '70" enthaltenen Forderungen zur Mitbestimmung, zur Stellung der Vertrauensleute (Abschnitt 3) und zum Neonazismus (Abschnitt 6) erschienen durchaus diskussionswürdig. Mit dem Verbot der Verbreitung des Papiers konnten sich so die Verfasser bestätigt sehen, die formuliert hatten: "Die freie Meinungsäußerung endet hinter dem Kasernentor".⁴⁾

Als Gegenpapier zu den Leutnant-'70-Thesen hatten im Dezember 1970 Hauptleute der 7. Panzergrenadierdivision mit Rücken- deckung ihres Kommandeurs in Unna, Generalmajor Middeldorf, eine "Niederschrift der Ergebnisse einer Arbeitstagung von

1) Zit. n. DER SPIEGEL 8/1970

2) Text in: Heßler 1971 : S. 202ff.

3) Vgl. FR v. 3.6.70

4) Zit. n. Heßler 1971 : S. 105. Die Abqualifizierung, die Schrift enthielte "im wesentlichen Gedankengut der deutschen kommunistischen Partei (DKP) und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ)" (gemeint ist wohl die sozialistische deutsche Arbeiterjugend SDAJ, d. Verf.; vgl. Verteidigung im Bündnis 1975 : S. 268), ist trotz einiger auffälliger Übereinstimmungen (Revanchismus-Vorwurf und Forderung nach NATO-Austritt) in toto nicht haltbar; ähnliches behauptet Ilseman 1981 : S. 317, der den Verfassern unterstellt, sie hätten "mit polemischen, ja agitatorischen Parolen versucht, unter dem Deckmantel scheinbar legaler Anliegen, offenbar von kommunistischer Seite initiiert, Propaganda in den Streitkräften zu verbreiten."

Hauptleuten (Kompaniechefs)" erstellt und im Januar 1971 dem Generalinspekteur de Maizière vorgelegt. Die 30 Hauptleute forderten ein Gespräch darüber mit Verteidigungsminister Schmidt. Im März jedoch wandten sich die Hauptleute mit ihrem Papier an die Öffentlichkeit, da Schmidt erkennen ließ, daß er daran nicht interessiert war.¹⁾

Die Schrift war inhaltlich und stilistisch noch alarmistischer als die Schnez-Studie und drückte gar die Überzeugung aus, "daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der Auftrag nicht mehr durchgeführt werden" könne.²⁾ "Experimente und sachfremde Einflüsse" behinderten "in zunehmendem Maße" Erziehung und Ausbildung. "Äußerungen der Studiengruppe Ellwein" zu diesem Bereich seien "ein warnendes Beispiel dafür", daß der Auftrag des Soldaten gedanklich in Richtungen gedrängt werden soll, für die keiner der Hauptleute angetreten sei.³⁾

Im einzelnen wurden zehn Thesen referiert und kommentiert:

- "1. Die Notwendigkeit der Verteidigung wird von der Mehrheit der 'Staatsbürger in Uniform' nicht erkannt.
2. Es existiert kein verbindliches Bild für die Erziehung der Soldaten.
3. Die Disziplin leidet unter dem fortschreitenden Abbau der Erziehungsmittel.
4. Der Erfolg der Ausbildung wird durch Widrigkeiten und Unzulänglichkeiten verhindert; es stellt sich die Frage, ob effektive Ausbildung tatsächlich gewünscht wird.

1) Sie schickten ihr Papier u.a. an die WELT AM SONNTAG, vgl. WAS v. 21.3.71; Schmidt begründete sein Desinteresse damit, daß er "die zwischen den Hauptleuten und mir stehenden militärischen Vorgesetzten (...) in ihrer Autorität nicht dadurch unterminieren" wollte, "daß sich ein direkter Dienstweg eröffnete"; zit. n. FAZ v. 8.4.71.

2) Zit. n. Heßler 1971 : S. 115

3) Ebda.; zu Ellwein vgl. S. 181f.

5. Der Dienst als Ausbilder in den Kampfeinheiten des Heeres ist in höchstem Maße unattraktiv.
6. Das Übermaß an verwaltungstechnischer Arbeit hindert den Kompaniechef, seine Hauptaufgaben verantwortlich durchzuführen.
7. Die mangelhaften materiellen, örtlichen und zeitlichen Voraussetzungen verhindern die am Einsatz orientierte Ausbildung.
8. Das tatsächliche Kräfteverhältnis zwischen Ost und West wird aus politischen Zweckmäßigkeitserwägungen verfälscht.
9. Die Politisierung der Armee hat bedenkliche Ausmaße angenommen.
10. Die militärische Führung duldet wider besseres Wissen die permanente Überforderung der Truppe."¹⁾

Im Schlußwort fand sich die Drohung, "alle uns geeignet erscheinenden Maßnahmen in und außer Dienst verantwortungsvoll und konsequent zu ergreifen, diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, bis verantwortliche Stellen gewillt sind, die Mängel abzustellen".²⁾

Auf einer Kommandeurstagung am 29.3.1971³⁾ kritisierte der Verteidigungsminister vor allem die Punkte 4) und 8). So müsse man es den Verfassern "übelnehmen", wenn sie sich die Frage stellten, ob effektive Ausbildung tatsächlich gewünscht werde. "Unerträglich" sei der Vorwurf, das Kräfteverhältnis

1) Zit. n. Heßler 1971 : S. 117

2) Ebda. : S. 130; vgl. auch ein Interview mit vier Verfassern des Papiers, in: DER SPIEGEL 15/1971.

3) Vgl. BMVg, IPS Mitteilungen a.d. Presse v. 2.4.71; auch FAZ v. 8.4.71

werde aus politischen Zweckmäßigkeitserwägungen verfälscht. Die Hauptleute wüßten, daß dies "unwahr" sei. Der Verteidigungsminister "habe nicht die Absicht, dies hinzunehmen".¹⁾ De Maiziére kommentierte die Niederschrift am 6.4.1971 in einer Pressemitteilung.²⁾ Ein Teil der Klagen sei berechtigt, aber "der Führung bereits vor Veröffentlichung der Niederschriften im Wesentlichen bekannt" gewesen. An deren "Abstellung oder zumindestens einer Erleichterung der Situation" werde gearbeitet.

Ein Teil der Vorwürfe sei "falsch oder überspitzt". Den Verfassern wurde zudem abgesprochen, in der Lage zu sein, "über die Arbeit der politischen und militärischen Führung ein auf Kenntnis gegründetes Urteil abzugeben". Soweit die Niederschrift Drohungen enthalte, übernehme sie "Äußerungsformen aus Teilen der Gesellschaft, die in der Truppe nichts zu suchen" hätten. Wer versuche, mit "Anregungen und Anliegen" unter Umgehung der legalen Möglichkeiten mittels Veröffentlichung Druck auszuüben, handle "illoyal" und schädige "das Vertrauen zu den Streitkräften". Dadurch hätten die Hauptleute "die Disziplin geschädigt, die Polarisierung verstärkt, durch Verallgemeinerungen und Unterstellungen zu einem falschen Bild der Streitkräfte in der Öffentlichkeit beigetragen".³⁾

Wienand pflichtete dieser Einschätzung bei und betonte, "daß die Hauptleute von Unna (...) auch von verantwortungsbewußten Kollegen der Opposition (...) in ihre Schranken verwie-

1) Zit. n. FAZ v. 8.4.71

2) BMVg, IPS Mitteilungen a.d. Presse v. 15.1.71

3) Ebda.

sen" worden seien. So habe z.B. Wörner erklärt, "unter einer CDU/CSU-Regierung wäre das nicht ohne disziplinarische Maßnahmen abgegangen."¹⁾ Dazu wollte sich jedoch der sozialdemokratische Verteidigungsminister nicht entschließen.²⁾ Kommandeur Middeldorf, der Initiator des Hauptleute-Papiers,³⁾ wurde allerdings in den Ruhestand versetzt.⁴⁾

Mit der Neuauflage des "Handbuchs Innere Führung", dem "Erlaß über die politische Betätigung von Soldaten"⁵⁾ und der zentralen Dienstvorschrift "Hilfen für die Innere Führung" (ZDv 10/1)⁶⁾ wurde schließlich der Versuch unternommen, bessere theoretische Voraussetzungen für die Implementierung der Inneren Führung zu schaffen.

Die längerfristige Beseitigung der Ursachen für die offen ausgebrochenen Konflikte sollte und konnte jedoch nicht ausschließlich durch Erlasse erfolgen, sondern durch das Bundeswehrreformkonzept insgesamt.⁷⁾

-
- 1) Vgl. Karl Wienand, Einführungsreferat zu aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik, gehalten am 8.5.71 in Diepholz; unveröffentlichtes Manuskript.
 - 2) In SD-SIPO 2/1971 erklärte Schmidt: "Mir liegt nicht daran, junge Leute, die sich eine eigene Meinung bilden, wegen dieser eigenen Meinung, auch wenn sie übers Ziel hinausschießt, nun in die Mauslöcher zu jagen. Mir liegt daran, mit ihnen zu debattieren und sie aufzuschließen für zusätzliche Einsichten."
 - 3) Vgl. SZ v. 8.4.71
 - 4) V.a. deshalb, weil er über seinen Anwalt vom STERN eine Rückversicherung für ein Interview in der Höhe von DM 100 000,- gefordert hatte; vgl. DER SPIEGEL 16/1971; auch SZ v. 2.6.71.
 - 5) Vgl. Bulletin v. 23.4.71
 - 6) BMVg, FSBW I 3, ZDv 10/1 v. 10.8.72
 - 7) Nach Klaus von Schubert 1981 : S. 256 wurden die Kontroversen "durch den Verteidigungsminister Helmut Schmidt im Weißbuch 1970 durch eine autoritative Äußerung zum Befehlcharakter der Inneren Führung beendet". Diese Einschätzung erscheint zu formalistisch. Der Befehls- und Gesetzescharakter der Inneren Führung bestand zudem schon vorher. Die spektakuläre Auseinandersetzung um das Hauptleute-Papier erfolgte außerdem erst nach der Veröffentlichung des Weißbuchs 1970.

Als endogene Ursachen für die Konfrontation innerhalb der Bundeswehr, die er nicht als "akute Krise" verstanden haben wollte, hatte Schmidt genannt:

- "chronische Zustände personeller Überlastung",
- "Mängel in dem Verhältnis zwischen Kommandeuren und Einheitsführern" sowie
- "das Fehlen an geistiger Führung, Information, Aussprache und Identifikation mit der Aufgabe" bei jüngeren Offizieren.¹⁾

Für das unmittelbare Aufbrechen der Gegensätze und die Politisierung der Armee, die aus seiner Sicht bedenkliche Ausmaße angenommen hatte, machte Schmidt allerdings ausschließlich exogene Faktoren verantwortlich:

"Ein Irrtum wäre es (...) zu glauben, dies sei durch die militärische oder die politische Führung geschehen. Denn es geschieht von außen (...). Wir erleben eine von mir mißbilligte, polemisch-polarisierende Politisierung der Gesamtgesellschaft, die strahlt natürlich vielfältig auf die Truppe aus".²⁾

Die Kritik z.B. der Hauptleute von Unna sei in ihrer "massiven Negativität" eine "schlimme Übertreibung" und die Zustimmung, die sie erhalten habe, sei "eher als eine Le Bonsche massenpsychologische Welle" anzusehen. Man müsse jedoch aufpassen, "daß hier keine Hysterie losgeht (...), daß dieser Prozeß nicht weiter eskaliert".³⁾

Diese Analyse erscheint verkürzt und tabuisiert den essentiellen Gehalt der Schnez-Studie und des Hauptleute-Papiers. Wesentlich für beide erscheint nicht, daß darin soziale und organisatorische Mißstände thematisiert und Mängel in Aus-

1) Schmidt auf der Kommandeurstagung v. 29.3.71, zit. n. FAZ v. 8.4.71

2) Ebda.; im Weißbuch 1971/72 : S. 79 wurde diese gesellschaftliche "Unruhe" fragwürdig als "Identität von Bundeswehr und Gesellschaft" und damit als Beweis für die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft interpretiert. Dem widerspricht zutreffend Simon 1980 : S. 118.

3) Ebda.

bildung und Führung zutage gefördert wurden, sondern deren Verknüpfung mit restaurativ-reaktionären politischen Inhalten und - trotz formaler gegenteiliger Beteuerung - mit Angriffen auf die Prinzipien der Inneren Führung. Die Herausstellung dieses Zusammenhangs, bei dem die exogenen gesellschaftlichen Faktoren nur die Initialzündung darstellten,¹⁾ hätte wohl eine weitere Eskalation der Konflikte bedeutet, an der die Sozialdemokratie nicht interessiert war. Die Personalpolitik Schmidts zeigte jedoch, daß dieser Zusammenhang sehr wohl gesehen wurde, wie das Revirement²⁾ in der Generalität bewies. Jüngere Offiziere hingegen wurden geschont. Sie galten als besserungsfähige Verirrte und Opfer einer unzureichenden Ausbildung: "Die Hauptleute wurden von ehemaligen Reichswehr- und Wehrmachtssoldaten schnell und im Wesentlichen auf das Militärisch-Handwerkliche beschränkt ausgebildet (...). Es fällt ihnen schwer (...), sicherheitspolitische Fragen zu beurteilen und zu beantworten, denn darin wurden sie nur unzulänglich ausgebildet (...). Wem diese Richtung nicht paßt, der muß den Hauptleuten helfen, sonst helfen ihnen die Reaktionäre".³⁾

Damit war nicht nur die Notwendigkeit angesprochen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Soldaten zu verbessern, sondern auch über die Reform des Bildungs- und Ausbildungswesens dieses latente Konfliktpotential zu beseitigen. Eine Wirkung konnte jedoch erst mittel- und langfristig erwartet werden.

1) Vgl. Simon 1980 : S. 117

2) Dieser Begriff erscheint gerade wegen seiner Doppeldeutigkeit zur Charakterisierung gut geeignet; er drückt nicht nur einen Wechsel in der Besetzung von Ämtern aus, sondern auch eine Form der Abrechnung.

3) So Wienand, zit. n. SPD-Pressemitteilungen und -informationen v. 22.4.71.

3.2.1.4. Effizienz- und Attraktivitätssteigerung der Bundeswehr durch Bildungs- und Ausbildungsreform sowie soziale Verbesserungen

Im Weißbuch 1970 war die "Notwendigkeit" angesprochen worden, "Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr neu zu ordnen", da die Bundeswehr "mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten" müsse.¹⁾

Helmut Schmidt hielt sogar - unter Berufung auf Scharnhorst - für erforderlich und möglich, daß verantwortungsbewußte militärische Führer "als Ausdruck guter Tradition" im Bildungs- und Ausbildungsbereich "an der Spitze des Fortschritts (...) marschieren".²⁾ Der sehr schnelle Aufbau der Bundeswehr habe im Ausbildungssystem deutlich negative Spuren hinterlassen und sei von Improvisation geprägt gewesen. Obwohl auch "viele positive Reformansätze gemacht worden" seien, genüge dennoch das Ausbildungssystem "den zukünftigen Bedürfnissen der Streitkräfte nicht mehr."³⁾

Die Neugestaltung von Bildung und Ausbildung habe sich dabei an der Aufgabe der Bundeswehr zu orientieren. Die Reformen müßten somit

- "die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und zu diesem Zwecke die berufliche Leistungsfähigkeit der Soldaten nach den Anforderungen der Zukunft bemessen",⁴⁾ dabei aber auch die Angemessenheit der Ausbildungsdauer im Verhältnis zur gesamten Truppendienstzeit wahren;⁵⁾

1) WB 1970 : S. 130

2) So Schmidt im Vorwort zum sogen. Grünbuch; vgl. Bildungs-kommission 1971 : S. 3.

3) Ebda.

4) Ebda.

5) Vgl. WB 1971/72 : S. 67

- "das Ansehen und die Anziehungskraft der militärischen Führungsberufe zu erhöhen".¹⁾

Das allgemeine Ziel der Bildungsreform war also neben dem des Attraktivitätszuwachses eine Effizienz- und Kampfwertsteigerung der Bundeswehr, da "eine bessere Ausbildung nicht nur die Beherrschung der Waffen vervollkommen, sondern auch das innere Gefüge der Truppe festigen und dadurch ihren moralischen, politischen und militärischen Wert erhöhen" werde.²⁾

In der Bildungskommission, die zur Ausarbeitung des Reformkonzepts von Schmidt am 11.7.1970 berufen wurde, arbeiteten 24 Personen unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Ellwein, Politikwissenschaftler und Direktor des Wissenschaftlichen Instituts für Erziehung und Bildung in den Streitkräften.³⁾ Ellwein hatte durchaus ein linksliberales Image; so ließ er sich in einem SPIEGEL-Interview unwidersprochen als "sozialistisch eingefärbter Liberaler" charakterisieren und äußerte, er glaube nicht, "daß die kapitalistische Wirtschaftsweise die des nächsten Jahrtausends" sei.⁴⁾

Die Mitglieder der Kommission waren zur Hälfte Offiziere, davon sieben im Generalsrang, zwei Oberste, ein Major, ein Leutnant und ein Oberfeldwebel. Die Gruppe der Zivilisten setzte sich aus drei Universitätsprofessoren, je einem Vertreter der Handwerkskammer, des DIHT, des DGB, der DAG, der

1) Schmidt in: Bildungskommission 1971 : S. 3; diesen Aspekt heben auch heraus Wilhelm Dröscher (SPD-PD v. 23.3.70), Werner Buchstaller (SPD-PD v. 6.5.70), Hartmut Miegel (SPD-PD v. 26.10.70).

2) Ebda. : S. 4

3) Kutz 1981 : S. 108f. kommentierte zutreffend die Ernennung Ellweins: "Ellwein galt in der fraglichen Zeit als 'Bildungspapst' der SPD. Es muß deshalb auch als hochpolitische Entscheidung Schmidts angesehen werden, einen so exponierten Mann wie Ellwein berufen zu haben".

4) Zit. n. DER SPIEGEL 9/1971

BfA, des Wissenschafts- und Bildungsministeriums, des Hamburger Senats, der Westdeutschen Rektorenkonferenz und dem Vorstandsvorsitzenden der Mannesmann AG zusammen. Beigeordnet war der Kommission ein sechsköpfiges Sekretariat,¹⁾ das bis auf eine Ausnahme aus Militärs bestand. Alle Sekretariatsmitglieder waren entweder Beamte im Verteidigungsministerium oder am wissenschaftlichen Institut für Erziehung und Bildung in den Streitkräften (München) tätig.

Am 18. Mai 1971 konnte die Ellwein-Kommission nach knapp einjähriger Arbeit ein fast 200seitiges Gutachten (inkl. einer ausführlichen Dokumentation) vorlegen, das detaillierte Vorschläge bis hin zu konkreten Modellen für einzelne Ausbildungsgänge enthielt.²⁾

So sollten Soldaten mit Mittlerer Reife und einer Berufsausbildung künftig die Möglichkeit erhalten, bei einer Verpflichtung von 8 bis 15 Jahren den Meisterbrief oder eine gleichwertige Qualifikation zu erwerben. Bei besonderer Eignung und Bewährung im Unteroffiziersdienst sollte außerdem der Aufstieg zum Einheitsführer nicht ausgeschlossen sein, "soweit Bedarf vorhanden" sei³⁾ und bei einer Verpflichtungszeit von 12 bis 15 Jahren.

Gerade die Steigerung der Attraktivität der Unteroffizierslaufbahnen erschien besonders dringlich, da die Unklarheit des Berufsbildes, mangelnde Berufssicherheit, unzureichende Besoldung und das damit verbundene geringe Sozialprestige bei dieser Berufsgruppe zu einem eklatanten Unteroffiziersmangel geführt hatte. Zwar konnte das Verteidigungsministerium im März 1970 feststellen, daß der Personalbestand auch an

1) Ab 1.1.71 fünfköpfig; Namensverzeichnis der Kommissions- und Sekretariatsmitglieder in: Bildungskommission 1971 : S. 9f.

2) Vgl. ebda. : S. 33ff.

3) WB 1971/72 : S. 67

Unteroffizieren leicht gestiegen sei;¹⁾ dennoch ergab sich ein Fehlbestand von ca. 26 000,²⁾ der sich noch stärker negativ auszuwirken drohte, wenn Pläne zu mehr Wehrgerechtigkeit (welche die Ausbildungsfrequenzen durch eine größere Zahl von Wehrpflichtigen noch erhöhen mußten) umgesetzt werden sollten.

Der Offiziersmangel war im Vergleich dazu nicht so gravierend: allerdings fehlten auch hier 2 700, also ca. 10%.³⁾

Unbefriedigend war auch die Gesamtstruktur des Offizierskorps, was auf die ursprüngliche Bundeswehrplanung von 560 000 Mann zurückzuführen war und zu Überalterungen und Beförderungsstaus geführt hatte. So fehlten gegenwärtig vor allem Leutnantsränge, während im Mittelbau der Offiziershierarchie (vor allem Hauptleute und Majore) zahlreiche ältere ehemalige Angehörige der Hitler-Wehrmacht auf weitere Beförderung warteten und damit den darunter liegenden Chargen den Aufstieg blockierten.⁴⁾ Im Jahre 1971 schaffte der Verteidigungsminister mit außerplanmäßigen Beförderungen hier etwas Spielraum;⁵⁾ dies allein konnte jedoch nicht die Personalprobleme im Offiziersbereich lösen.

General Schnez hatte noch gehofft, zusätzlich Offiziersanwärter durch den verschärften Numerus Clausus der Universitäten zu bekommen.⁶⁾

1) BMVg, IPZ Mitteilungen a.d. Presse v. 13.3.70

2) V.a. im Heer mit ca. 20 000 vakanten Stellen; vgl. SZ v. 15.1.71.

3) Bestand Anfang 1970: 27 920; vgl. Pawelczyk in: PPP v. 17.9.70; vgl. auch WB 1971/72 : S. 56ff.

4) Vgl. DER SPIEGEL 7/1970

5) 1 650 Hauptleute wurden zu Majoren, 2 350 Majore zu Oberstleutnanten befördert; diese Maßnahme wurde im Truppenjargon als "Schmidt-Spende" bezeichnet; vgl. DER SPIEGEL 5/1972.

6) Vgl. Schnez in: DER SPIEGEL 7/1970. Diese Hoffnung bestätigte sich allerdings nicht.

1969 hatten noch 6% der Abiturienten den Berufswunsch Offizier geäußert, 1970 waren es nur noch weniger als 2%. General Steinhoff hatte dazu lapidar erklärt: "Der Beruf des Offiziers ist einfach nicht attraktiv genug für den Abiturienten."¹⁾ Auch die Verfasser des Weißbuches 1971/72 waren aufgrund einer Umfrage zu der Erkenntnis gelangt, daß die hauptsächliche Motivation der Zeitsoldaten in der Hoffnung auf Berufs- und Weiterbildung bzw. auf Berufswechsel bestand und nicht etwa aus der idealistischen Wertvorstellung eines Dienstes am Vaterland resultierte.²⁾

Von Bundestagsabgeordneten der SPD wurde die mangelnde Bereitschaft der Abiturienten, den Offiziersberuf zu ergreifen, zwar als "alarmierend" bezeichnet, gleichzeitig aber betont, daß dies "ganz nüchtern-sachliche Gründe" habe.³⁾ Als Anreiz sollte der Offizier der Bundeswehr vergleichbar dem Berufsbild des Gymnasiallehrers oder des Diplomingenieurs bezahlt und ausgebildet werden. So wurde das Fazit gezogen: "Wer Offizier wird, muß eine Hochschulausbildung erhalten."⁴⁾

Im Ellwein-Gutachten wurden die zu erwartenden Folgen der durch die Bildungsreform gesteigerten Attraktivität der Streitkräfte

1) Zit. n. DER SPIEGEL 28/1970

2) Vgl. WB 1971/72 : S. 75; zu dieser Einschätzung kam auch Christian Potyka in der SZ v. 15.1.71: "Die Interessenten wollen nicht dienen, sondern bestimmte klar umrissene Dienste, vor allem Investitionen in ihre eigene Berufsausbildung"; dies bestritt allerdings Wörner 1972 : S. 588.

3) So z.B. SPD-MdB Dröscher in: SPD-PD v. 23.3.70

4) Ebda.; bereits 1964 hatte der Karlsruher Parteitag gefordert, einen "auf den Offiziersberuf zugeschnittene(n) (...) Studiengang (...) einzurichten", der vier Semester dauern, an "einer Hochschule oder Universität" abgeleistet werden und "mit einer akademischen Prüfung abschließen" sollte; zit. n. Grundsätze sozialdemokratischer Wehrpolitik o.J. : S. 29; vgl. auch Schenck 1972 : S. 556ff.

ebenfalls deutlich ausgesprochen: "Wird die Ausbildung in den Streitkräften verbessert, ist zu erwarten, daß die Bereitschaft zu Erst- und Weiterverpflichtungen wächst. Eine größere Zahl von Bewerbern erleichtert die zur Qualitätssteigerung notwendige Auswahl. Aufgrund einer solchen Auswahl und der anschließenden verbesserten Ausbildung werden Können und Leistungsfähigkeit der Ausbilder gesteigert. Beide bestimmen ihrerseits die Qualität der Ausbildung insgesamt, verbessern das innere Gefüge der Streitkräfte und vermindern ihre Nachwuchssorgen."¹⁾

Diese Effizienz- und Attraktivitätsargumente stehen deutlich im Vordergrund der sozialdemokratischen Legitimationsbemühungen für die Bildungs- und Ausbildungsreform. Eher selten wird dieses Argumentationsmuster ergänzt durch vage Hinweise auf einen möglichen Demokratisierungseffekt, der bezüglich der akademischen Offiziersausbildung über die Universitätscurricula erfolgen sollte, da "nicht nur die technischen, volkswirtschaftlichen und die juristischen, sondern auch soziologische oder psychologische Studiengänge (...) dazu beitragen werden, die Bundeswehr zu einer betriebswirtschaftlich maximal effizienten und gleichzeitig demokratischen Institution zu machen."²⁾

In Stellungnahmen des Verteidigungsministeriums ließ Schmidt jedoch keinen Zweifel daran, daß auch das Ziel der Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft, die durch die Einordnung des Ausbildungssystems der Streitkräfte als Teil des gesamtgesellschaftlichen Ausbildungssystems erreicht werden sollte, neben der Auftragsorientierung, der Effizienz- und Attrakti-

1) Bildungskommission 1971 : S. 24

2) SPD-MdB Dröschner in: SPD-PD v. 23.3.70

vitätssteigerung, ein wesentliches Anliegen der Bildungsreform war.¹⁾ So erscheint es legitim festzustellen, daß die Bundeswehr-Bildungsreform "als konsistente Weiterentwicklung der Inneren Führung zu begreifen" ist.²⁾

Bedenken wurden allerdings schon vorab gegen die Absicht geäußert, separate Bundeswehrhochschulen mit der Offiziersausbildung zu betrauen. Die "Gefahr sozialer und wissenschaftlicher Desintegration" war von SPD-MdB Dröscher bereits im März 1970 angesprochen worden.³⁾ Eine solche Einschätzung teilte die Ellwein-Kommission allerdings nicht. Sie hatte einstimmig (also auch mit den Stimmen der Gewerkschaftsvertreter und des Vorsitzenden der Westdeutschen Rektorenkonferenz) beschlossen: "Das wissenschaftliche Studium findet an Hochschulen der Bundeswehr statt."⁴⁾ Das Weißbuch 1971/72 hatte dazu nur angemerkt, die Ausbildung solle "an Hochschulen" erfolgen.⁵⁾ Die Rektorenkonferenz sprach in der Folgezeit allerdings mehrfach ihr Bedauern darüber aus und bemängelte, daß die Integrationsmöglichkeit der Offiziersstudiengänge in die allgemeinen Hochschulen nicht ernsthaft geprüft worden sei. Problematisiert wurden insbesondere auch die mangelnde Wissenschaftlichkeit der Ausbildung an Bundeswehrhochschulen und deren Abhängigkeit vom Verteidigungsministerium.⁶⁾ Die Bundes-

1) Vgl. z.B. JB der Bundesregierung 1972 : S. 388

2) So Krause 1979 : S. 454. Dies trifft allerdings nur auf die Intention der Konzeptoren zu und darf nicht den Blick auf restaurative Gegenbewegungen versperren; vgl. dazu Kutz 1982, Jopp 1983, die u.a. auf diese Tendenzen hinweisen; vgl. auch S. 274ff.

3) Zit. n. SPD-PD v. 23.3.70; ähnlich vgl. VORWÄRTS v. 3.2.72

4) Bildungskommission 1971 : S. 50

5) WB 1971/72 : S. 70

6) Vgl. Krause 1979 : S. 318ff.; auch DERSPIEGEL 4/1972

assistentenkonferenz hatte in der Abschottung der Bundeswehrhochschulen gar eine "Gefahr des Wiedererstarkens des Militarismus" gesehen.¹⁾ Umgekehrt fragten sich Bundeswehroffiziere, "ob durch das neue Bildungskonzept ein Schritt zur Auflösung der Armee und damit zum Ruin des Staates getan werden soll."²⁾ Letztere Befürchtungen werden verständlich, wenn man das damalige Bildungsniveau des Berufsoffizierskorps betrachtet. So hatten 80% der Generale/Obersten, 91% der Oberstleutnante, 96% der Majore, 98,8% der Hauptleute und 99,8% der Oberleutnante keine akademische Ausbildung vorzuweisen.³⁾ Eine geplante obligatorische Hochschulausbildung der Offiziere mußte vor diesem Hintergrund begreiflicherweise existentielle Konkurrenzängste hervorrufen, die sich in der Ablehnung von "verwissenschaftlichte(n) Offiziere(n)"⁴⁾ und dem Hochhalten eines Kämpfermythos⁵⁾ artikulierten. Auch der Bundeswehrverband äußerte sich ähnlich ablehnend.⁶⁾

Berkhan kommentierte die öffentlich vorgetragenen Bedenken wie folgt: "Daß die Kritik von links so stark ist, hat mich etwas überrascht. Daß wir der Kritik von rechts ausgesetzt sein würden, war mir klar."⁷⁾

In der innerparteilichen Diskussion spielte die Bundeswehrebildungsreform nur eine marginale Rolle. Obwohl die Bildungskommission - kommentiert in zahlreichen Presseveröffentlichungen - bereits im Dezember 1970 ein Rahmenkonzept veröffentlicht hatte, in dem vorgeschlagen wurde, "eigene Bundeswehrhochschulen zu gründen und an ihnen Studiengänge anzubieten, die solchen an öffentlichen Hochschulen vergleichbar

1) Vgl. Schubert 1981 : S. 261

2) Leserbrief von 23 Offizieren an DIE WELT v: 8.2.71

3) Vgl. WB 1971/72 : S. 92

4) So Major Uhle-Wettler in einem Leserbrief an DIE WELT v. 21.4.70

5) Vgl. Weinstein in: FAZ v. 28.1.71

6) Vgl. Krause 1979 : S. 304f.

7) Zit. n. DER SPIEGEL 37/1972

und zugleich militärisch nutzbar sind", ¹⁾ fand diese Problematik keinen Niederschlag in den Anträgen zu den Bundesparteitagen 1971. Bis zum außerordentlichen Parteitag im Oktober 1972 in Dortmund, der sich vor allem mit dem SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1972 befaßte, waren ohnehin vollendete Tatsachen geschaffen worden. Im Juli 1972 hatten sowohl der Verteidigungsminister als auch das gesamte Kabinett einstimmig die Gründung eigener Bundeswehrhochschulen beschlossen. ²⁾ Angesichts dieser Tatsache und der bevorstehenden Wahlen hatte lediglich der Unterbezirk Bremen in einem Antrag gefordert, "die weitere (Hervorh. durch d.Verf.) Gründung bundeswehreigener Hochschulen" nicht anzustreben, die geplanten in das allgemeine Hochschulsystem zu integrieren und für zivile Studenten zu öffnen. ³⁾

In den Bezirksarbeitskreisen für Sicherheitspolitik (damals z.T. noch "Wehrpolitische Ausschüsse" genannt) und in den Arbeitsgruppen der Fraktion und des Parteivorstandes wurde keine Kritik an der Bildungsreform geäußert, sondern vielmehr darauf gedrängt, daß diese "unverzüglich und ohne Verwässerung durchgeführt wird." ⁴⁾

Für die direkt mit der Ausarbeitung der Konzeption betrauten Sozialdemokraten war die Gründung der Hochschulen für die Bun-

-
- 1) Bildungskommission 1970 : S. 28; vgl. DER SPIEGEL 52/1970; auch Interview mit Ellwein in: DER SPIEGEL 9/1971
 - 2) Vgl. Krause 1979 : S. 219f.; auch DER SPIEGEL 37/1972
 - 3) A.o.PT 1972 : S. 350; auf einzelnen Landes- und Bezirksebenen war dazu eine kontroverse Diskussion geführt worden, so z.B. auf dem Landesparteitag in Hamburg 1972, bzw. im Bezirksvorstand Hessen-Nord, der sich gegen die Gründung von Bundeswehrhochschulen aussprach; vgl. Liebau 1976 : S. 53ff.
 - 4) Resolution einer gemeinsamen Konferenz der wehrpolitischen Beiräte der SPD in Hamburg und Schleswig-Holstein, Kiel 17.4.71, in: SD-SIPO 4/1971.

deswehr ohnehin ein "Schritt der Öffnung ihres Bildungssystems von historischer Dimension".¹⁾

Noch bevor die CDU/CSU eine offizielle Stellungnahme zur Bildungskonzeption veröffentlichte, waren in den konservativen Medien Angriffe gegen die geplante Reform formuliert worden, die allerdings von der Substanz her weniger sachlich-kritisch waren, sondern vielmehr gegen ein unterstelltes prononciert-linkes Gesellschaftsverständnis der Konzeptoren Ellwein/Zoll und einzelner Kommissionsmitglieder polemisierten.²⁾

Im März 1971 akzeptierte die CDU/CSU-Fraktion eine Bildungsreform als grundsätzlich notwendig und stellte lediglich Fragen zu ihrer organisatorischen und finanziellen Realisierbarkeit.³⁾

In einer "Kleinen Anfrage zur Neuordnung der Bildung und Ausbildung der Bundeswehr" im Juli 1972⁴⁾ wurden ähnliche Fragen aufgeworfen, allerdings zu einem Zeitpunkt, als sich abzeichnete, daß die Bildungsreform bereits eine beschlossene Sache war.

Der präsumtive Verteidigungsminister des CDU/CSU-Schattenkabinetts Wörner faßte im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1972 die Auffassungen der CDU/CSU zusammen und wies auf den "positiven Hintergrund" der Neuordnung der Offiziersausbildung hin. Konsequenter und richtig sei es, "längerdienenden Offizieren

1) So das Sekretariatsmitglied K. v. Schubert 1981 : S. 261.

2) Ausführlich bei Krause 1979 : S. 352ff.; Ellwein wurde u.a. als "linker Politruk" und "Liebling der Universitäts-APO" bezeichnet; ebda. : S. 350.

3) Vgl. CDU/CSU-Fraktion des deutschen Bundestages, Informationen zur Verteidigungspolitik 1971

4) Vgl. BT Dr.s. VI/3627

ein akademisches Studium anzubieten", daher sei "die geplante Errichtung von Hochschulen in der Bundeswehr zu begrüßen."¹⁾ Nach einer längeren Polemik gegen Mitarbeiter des Ellwein-Instituts,²⁾ die in der Forderung gipfelte, daß es nicht angehen könne, daß "auch noch gleichsam die Anleitung zur Liquidation der Bundeswehr in die Lehrpläne der Bundeswehrhochschule aufgenommen wird,"³⁾ zog Wörner im weiteren die zivile Umsetzbarkeit der militärischen Ausbildung als Attraktivitätsmoment in Zweifel und forderte, das Ausbildungskonzept müsse "stärker verwendungsbezogen und praxisorientiert sein und so ausgerichtet werden, daß die Verbesserung der Kampfkraft im Vordergrund" stehe.⁴⁾ Ferner müsse ein "spezielles militärwissenschaftliches Studium angestrebt werden." Letzteres wurde vom Verteidigungsministerium abgelehnt.⁵⁾ In einer gemeinsamen Erklärung des Verteidigungsausschusses 1973 stimmten die CDU/CSU-Verteidigungspolitiker dem Bildungsprogramm der Bundesregierung dennoch zu.⁶⁾

Wenn sich auch die organisatorische Umsetzung der Bildungsreform zum großen Teil erst in der Amtszeit Lebers vollzog, so zeigten sich erste Erfolge bezüglich des Offiziersnachwuchses bereits in den Jahren 1971/72. 1970 konnten nicht einmal 50% der benötigten neuen Offiziersstellen besetzt werden.⁷⁾ Ab 1971 waren Steigerungsraten der Offiziersbewerber von über 50% zu verzeichnen;⁸⁾ 1973, im Jahr der Konstituierung der Bundes-

1) Wörner 1972 : S. 587

2) Die Angriffe wurden vor allem gegen Otwin Massing gerichtet, dem ohne inhaltliche Auseinandersetzung seine Affinitäten zur Kritischen Theorie diffamierend vorgeworfen wurden; vgl. Wörner 1972 : S. 590f; auch Massing 1976.

3) Ebda. : S. 592

4) Ebda. : S. 594

5) Vgl. Schubert 1981 : S. 262

6) Vgl. Liebau 1976 : S. 68ff.

7) Vgl. DER SPIEGEL 24/1972; auch PPP v. 17.9.70

8) Vgl. DER SPIEGEL 24/1972

wehrhochschulen in Hamburg und München-Neubiberg, bewarben sich 95% mehr Abiturienten als im Vorjahr für eine Verpflichtungszeit von über 12 Jahren.¹⁾

Für den verstärkten Drang zur Fahne sorgten auch zahlreiche soziale Verbesserungen, wie z.B. - im Rahmen des Artikelgesetzes (verabschiedet am 23.6.1972) - die Erhöhung der Verpflichtungsprämien für Zeitsoldaten.²⁾

Ferner wurden durch Änderungen des Wehrsoldgesetzes und des Soldatenversorgungsgesetzes unter anderem folgende Verbesserungen erreicht:

- Zahlung von Weihnachtsgeld,
- Erhöhung des Wehrsoldes (Grenadiere 20%, Gefreite 33%, Unteroffiziere 80%),
- Erhöhung der Entlassungsgelder,
- Verbesserung der Berufsförderung für Zeitoffiziere nach deren Ausscheidung aus dem Truppendienst,
- Höchstruhegehalt nach 29 statt bisher 32 Dienstjahren.³⁾

Auch das im Weißbuch 1970 angekündigte Bauprogramm,⁴⁾ das bis 1973 27 000 neue Soldatenwohnungen zur Verfügung stellen sollte, wurde fristgerecht verwirklicht⁵⁾ und damit bei gleichzeitiger Modernisierung älterer Bundesdarlehenswohnungen der Wohnkomfort für Berufssoldaten entscheidend verbessert.

1) Vgl. Krause 1979 : S. 307; auch Jopp 1983 : S. 83ff.

2) BMVg, IPS Mitteilungen a.d. Presse v. 25.7.72

3) Ebda.; vgl. auch SPD-PD v. 25.9.70

4) WB 1970 : S. 103f.

5) Vgl. WB 1973/74 : S. 151f.

All dies trug nicht nur dazu bei, die Nachwuchsprobleme im Offiziers- und Unteroffizierskorps zu lösen, sondern auch dazu, den Unmut über mangelnde Besoldung und Sozialleistungen innerhalb der Truppe abzubauen. Die teilweise recht spektakulären Solderhöhungen waren sicher auch auf die Aktionen des Bundeswehrverbandes zurückzuführen. Er war mit 143 000 Mitgliedern und einem Organisationsgrad von 60% der Berufs- und Zeitsoldaten sehr einflußreich und hatte Ende 1970 - vor allem in Bayern - mit großen Protestaktionen "spürbare Signale"¹⁾ bezüglich des "Rückstand(s) der Soldaten in der allgemeinen Einkommensentwicklung"²⁾ gesetzt. Die geplante Orientierung des dritten Besoldungsneuregelungsgesetzes an den Daten des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Schiller (kein Zuwachs über 8%) wurde damit allerdings unmöglich gemacht. Die oben angeführten sozialen Verbesserungen führten somit auch zu einer Befriedung des Bundeswehrverbands, da die SPD von ihrem Verteidigungsminister nun mit Recht behaupten konnte, er habe "für die Verbesserung der sozialen Lage unserer Soldaten schon in einem Jahr mehr getan (...) als jeder seiner CDU- oder CSU-Vorgänger seit 1956."³⁾

1) So DER SPIEGEL 48/1970

2) So der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Volland, zit. n. ebda.

3) SPD-PD v. 23.11.70

3.2.1.5. Kampfwertsicherung durch Maßnahmen zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit

Ein weiterer Schwerpunkt der Reformkonzeption Schmidts war das Bemühen um mehr Wehrgerechtigkeit, d.h. um die Gleichbehandlung aller Wehrpflichtigen nach den Verfassungsgrundsätzen "Gleichheit, Angemessenheit und Sozialgerechtigkeit".¹⁾

Am 9.7.1970 setzte die Bundesregierung eine "Wehrstrukturkommission" unter Vorsitz des früheren SPD-Abgeordneten und Vizepräsidenten des Bundestags Dr. Karl Mommer, ein, die hierzu Vorschläge erarbeiten sollte. Auch zu diesem Problemkreis hatte Schmidt bereits 1969 drei Sofortforderungen aufgestellt:

- a) die Einschränkung der Wehrdienstausnahmen,
- b) die Ablehnung einer Wehrabgabe für Nichtgediente und stattdessen finanzielle Wiedereingliederungshilfen für Wehrdienstleistende und
- c) die Anpassung des Wehrsoldes an die allgemeine Entwicklung des Lohn- und Gehaltgefüges der Volkswirtschaft.²⁾

Im Weißbuch 1970 wurden diese Grundaussagen präzisiert und erweitert. Dabei zeigte sich allerdings der eingeschränkte Finanzierungsspielraum. Hatte Schmidt 1969 noch Entlassungsgelder von DM 100,- pro Monat Wehrdienst für finanzierbar gehalten, so halbierte das Weißbuch 1970 diesen Kostenansatz.³⁾ Gleichzeitig wurde jedoch der Wehrsold an die Dienstfunktion des Wehrpflichtigen angepaßt, die Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz und die Mindestbeträge der Verdienst-

1) Wehrstrukturkommission 1971 : S. 93

2) Vgl. Wehrpolitisches Forum 1969 : S. 38

3) Vgl. WB 1970 : S. 65f.

ausfallentschädigung für Wehrübende angehoben sowie jährlich 12 kostenlose Heimfahrten für Wehrpflichtige gestiftet. Ferner sollten "gediente" Bewerber bevorzugt im öffentlichen Dienst eingestellt werden, wie auch z.B. bei der Hochschulimmatrikulation einen Numerus-Clausus-Bonus erhalten. Zudem wurden die Einberufungs- und Entlassungstermine mit den Abiturterminen und den Semesteranfängen abgestimmt.

Während des Wehrdienstes wurde zusätzlich die Möglichkeit geschaffen, sich an Fernstudienprogrammen zu beteiligen. Eine Senkung der Wehrdienstdauer wurde vorerst noch nicht erwogen, ebenso wenig eine Ausweitung der Ersatzdienstzeit auf 24 Monate, wie von Schmidt ursprünglich vorgeschlagen.¹⁾ Lediglich die Einrichtung zusätzlicher Ersatzdienststellen sollte auch auf die steigende Zahl der Wehrdienstverweigerer die Prinzipien der Wehrgerechtigkeit wirksamer anwenden.

Ähnliches hatte auch die CDU/CSU-Fraktion in ihren sicherheitspolitischen Leitsätzen gefordert.²⁾ Gleiches galt auch für die Vorschläge der Adorno-Kommission.³⁾ Ein deutlicher Unterschied zu der letzteren Konzeption fand sich lediglich in der Ablehnung einer Wehrsteuer, welche die Adorno-Kommission in der Höhe von 3% des steuerpflichtigen Einkommens von allen Nichtdienenden zwischen 20 und 45 Jahren erheben wollte.⁴⁾

In der Frage der Reduzierung der Wehrdienstzeit griff das sozialdemokratisch geführte Verteidigungsministerium aller-

1) Vgl. Wehrpolitisches Forum 1969 : S. 40

2) Vgl. Sicherheitspolitische Leitsätze der CDU/CSU-Fraktion für die 6. Legislaturperiode 1969 bis 1973, in: Seidler/Reindl 1971 : S. 111 (Auszüge),

3) Sie war 1968 unter dem Vorsitz des parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium Adorno als direkter Vorläufer der Wehrstrukturkommission eingerichtet worden; vgl. Verteidigung im Bündnis 1975 : S. 256f.

4) Zur Problematik der Wehrsteuer vgl. Bühr 1973.

dings später auf Anregungen des Adorno-Berichts zurück, übernahm jedoch nicht den Vorschlag, eine gleitende Grundwehrdienstdauer zwischen 15 und 18 Monaten, entsprechend den Erfordernissen der Waffengattungen, einzuführen, da dies wiederum wohl nur schwerlich mit dem Prinzip der Wehrgerechtigkeit hätte in Einklang gebracht werden können.

Anfang 1970 hatte der PPP anhand des Modellfalls des Geburtsjahrgangs 1946, von dem lediglich ca. 50% zum Wehrdienst einberufen wurden, die Frage der Wehrgerechtigkeit aufgeworfen und deutlich gemacht, daß es sich dabei nicht um ein "Monopolproblem der Kriegsdienstverweigerer" handelte.¹⁾ Zwar waren die Zahlen der Kriegsdienstverweigerungsanträge erheblich angestiegen:

1969	14 420	+ 20,6%
1970	19 363	+ 34,3%
1971	27 657	+ 42,8%
1972	33 792	+ 22,2% ²⁾ ,

die tatsächlich anerkannten Kriegsdienstverweigerer machten für die gesamten Musterungsjahrgänge jedoch weiterhin nur unbedeutende Prozentanteile aus:

Musterungsjahrgänge	1948	1949	1950	1951
anerkannte Anträge in %	1,58	1,68	1,64	1,67 ³⁾

Davon wiederum hätten ohnehin - aus gesundheitlichen und anderen Freistellungsgründen - nur die Hälfte eingezogen werden können. Der PPP bemühte sich, darauf hinzuweisen, daß 1969

1) Vgl. PPP v. 8.1.70

2) WB 1973/74 : S. 57

3) WB 1971/72 : S. 86

außerdem von etwa 5 000 tauglichen und verfügbaren Wehrdienstverweigerern nur ca. 300, also 6%, aus Platzmangel nicht eingezogen werden konnten.

Als Hauptproblem der mangelhaften Wehrgerechtigkeit werden die sogenannten Uk-Stellungen aus persönlichen und familiären Gründen nach den §§ 6 bis 13 des Wehrdienstgesetzes angesehen, die "immerhin mehr als dreimal so vielen jungen Männern eines Jahrgangs die Möglichkeit (geben), sich der Einberufung zu entziehen (...), als Kriegsdienstverweigerer überhaupt Anträge stellen."¹⁾ Auch Wienand hatte festgestellt, daß z.B. "die Ersatzdienstpflichtigen des nunmehr abgeschlossenen Jahrgangs 1946 zu einem größeren Prozentsatz ihre Pflicht erfüllt haben als die Wehrpflichtigen."²⁾

Helmut Schmidt hatte im Gegensatz dazu jedoch "den Eindruck, daß die jungen Leute aufgrund spezifischer Erfahrungen davon ausgehen können, daß jemand, der als Wehrdienstverweigerer anerkannt wird, eine größere Chance hat, sich von jedem Dienst davonzuschlängeln, als jemand, der nicht zu dieser Gewissensentscheidung kommt." Dies hielt er "auch unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit für einen unerträglichen Tatbestand".³⁾

1) PPP v. 8.1.70

2) So Wienand auf einer wehrpolitischen Informationstagung am 11.3.72 in Bad Mergentheim, in: DER ZIVILDIENTST 2-3/1972 : S. 2; Wienand betonte allerdings auch: "Dies wird (...) nicht so bleiben" (ebda.) und warnte vor dem Mißbrauch des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

3) Ansprache des Bundesministers der Verteidigung Helmut Schmidt anläßlich der konstituierenden Sitzung der Wehrstrukturkommission am 3.9.1970, Auszug in: Wehrstrukturkommission 1971 : S. 196.

Neben dem Mißbrauch des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung sah Schmidt (ähnlich wie Brandt am 26.3.1971 vor dem Bundestag) in der mangelhaft praktizierten Wehrgerechtigkeit jedoch vor allem staatszerstörende und wehrkraftzersetzende Tendenzen wirken. So betonte er anlässlich der konstituierenden Sitzung der Wehrstrukturkommission am 3. September 1970, er stehe "unter dem sehr starken Eindruck, daß die (...) Unfähigkeit des Staates zur Gleichbehandlung (...) zerstörend wirken" müsse und, falls es nicht gelinge, jungen Wehrpflichtigen "das Gefühl zu geben, daß dieser Staat wirklich den Willen hat, eine allgemeine Wehrpflicht auch allgemein zu handhaben", könne es "passieren, daß im Laufe einer nicht allzu langen, sehr kritisch gestimmten Zeit (...) das Wehrpflichtprinzip aus Gründen seiner unzureichenden Handhabung in Bausch und Bogen verdammt" werde. Dies bringe "den außenpolitischen und den sicherheitspolitischen Aspekt des Problems wieder in das Blickfeld."¹⁾

Die Wehrstrukturkommission griff diesen Gedanken auf und formulierte in ihren Leitlinien und Grundsätzen: "Mangelnde Wehrgerechtigkeit muß auf die Dauer unsere Sicherheit gefährden, denn mit einem ungerechten Wehrdienstsystem wächst zwangsläufig die Abneigung gegen den Wehrdienst überhaupt".²⁾

Als einzuhaltende Kriterien, die der Kommission von der Bundesregierung vorgegeben worden waren, wurden ferner genannt:

- Beibehaltung des organisatorischen Umfangs und der Präsenzstärke der Bundeswehr,
- Gewährleistung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr,
- Fortdauer der allgemeinen Wehrpflicht sowie Heranziehung von 50% der eingeschränkt Wehrpflichtigen zum Wehrdienst,

1) Wehrstrukturkommission 1971 : S. 195

2) Ebda. : S. 20

- Einhaltung des finanziellen Rahmens der mittelfristigen Finanzplanung.¹⁾

Nach halbjähriger Tätigkeit legte die Kommission dem Bundeskanzler folgende Vorschläge vor:

- Änderung der gesetzlichen Ausnahmeregelungen für die Freistellung von Wehrpflichtigen mit dem Ziel, ca. 75% jedes Erfassungsjahrgangs zur Wehrdienstableistung zu bringen,
- Verkürzung der Grundwehrdienstzeit auf 16 Monate,
- Einführung einer "Verfügungsbereitschaft" von zwei Monaten, in der gediente Wehrpflichtige vor Überführung in den Reservistenstatus verbleiben. Während dieser Zeit sollten die Wehrpflichtigen im Bedarfsfall zu ihren Einheiten zurückgerufen werden können,
- Erhöhung der materiellen Entschädigungen für den Wehrdienst,
- Vergrößerung der Tages-Dienststärke der einsatzbereiten Verbände zur Kampferhaltung,
- Erhöhung des Anteils der längerdienenden Freiwilligen sowie
- Straffung und Rationalisierung der Ausbildung.

Dieses Maßnahmenpaket wurde mit jährlichen Kosten von 450 Millionen DM veranschlagt.²⁾

Noch vor der Herausgabe des Weißbuchs 1971/72 verabschiedete der Bundestag am 11.1.1971 die achte Novelle zum Wehrpflichtgesetz, die allerdings nicht in allen Details den Vorschlägen der Wehrstrukturkommission folgte. Sie enthielt drei wesentliche Punkte:

1. Die Möglichkeit eines verkürzten Grundwehrdienstes für Wehrpflichtige aufgrund einer besonderen Härte entfiel

1) Wehrstrukturkommission 1971 : S. 19

2) Ebda. : S. 23; vgl. NZZ v. 13.9.71; auch DER SPIEGEL 5/1971

(in der Praxis hatte diese Härteklausel de facto eine Befreiung vom Wehrdienst bedeutet, da ein verkürzter Grundwehrdienst laut Bundesministerium der Verteidigung "aus den verschiedensten Gründen" nicht eingerichtet werden konnte);

2. auf Antrag sollten nunmehr Wehrpflichtige zeitweise zurückgestellt werden, wenn die Einberufung
 - a) die Ausbildung zur Fachhochschul- oder Hochschulreife über den zweiten Bildungsweg bzw.
 - b) eine erste Berufsausbildung unterbrechen würde;
3. die Änderung der Wehrüberwachung (bis zu dieser Novelle grundsätzlich für alle Wehrpflichtigen bis zum 60. Lebensjahr obligatorisch), die nunmehr differenziert bei Mannschaften mit 35, bei Unteroffizieren mit 45 und bei Offizieren mit 60 Jahren endete.¹⁾

Am 10.9. 1971 hatte die Bundesregierung flankierend dazu beschlossen, die Grundwehrstdauer auf 15 Monate zu senken.²⁾ Diese Regelung trat am 29.7.1972 in Kraft. Dadurch sollte nach Aussage des sozialdemokratischen parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium, Berkhan, die Wehrpflichtigenquote schrittweise von 6 000 auf zunächst 15 000 und später, falls erforderlich, weiter erhöht werden.³⁾

-
- 1) Vgl. BMVg, IPS Mitteilungen a.d. Presse v. 15.11.71; auch SPD-PD v. 23.11.71
 - 2) In der Wehrstrukturkommission hatten sich von 18 Mitgliedern 8 für die Senkung des Grundwehrdienstes auf 15 Monate ausgesprochen; vgl. Wehrstrukturkommission 1971 : S. 27. Die Mehrheit war der Meinung, daß 16 Monate Dauer besser mit der gegenwärtigen Personallage wie mit den NATO-Forderungen vereinbar seien.
 - 3) Vgl. SPD-PD v. 27.10.71 u. v. 30.11.71

Dies bedeutete in der Planung eine Erhöhung der Streitkräftestärke von 460 000 (1971) auf 475 000 im Jahre 1972,¹⁾ bei gleichzeitiger Einführung einer mehrmonatigen Verfügungsbereitschaft im Anschluß an den Grundwehrdienst.²⁾

Die gesamte Debatte um die Wehrgerechtigkeit wurde von den Bundesparteitagsdelegierten kaum registriert und schlug sich auch nicht in entsprechenden Anträgen nieder. Anders war es mit den Fragen der Wehrdienstverweigerung, die aber für sich isoliert betrachtet, d.h. nicht in den Kontext der Wehrgerechtigkeitsproblematik eingeordnet wurden. Die Beschlußlage hierzu war allerdings vage. Der angenommene Leitantrag des Parteivorstands auf dem Saarbrücker Parteitag 1970 hatte nur die Absicht erklärt "an dem verfassungsmäßigen Recht festzuhalten", den "Dienst mit der Waffe zu verweigern", und die Bundesregierung lediglich aufgefordert, "den bisherigen Ersatzdienst zu einem qualifizierten Dienst" zu entwickeln und eine ausreichende Zahl von Dienstplätzen bereitzustellen.³⁾ Weitergehende Anträge, in denen sich z.B. Forderungen nach Abschaffung der Gewissensprüfung fanden, wurden unverbindlich an den Parteivorstand überwiesen.⁴⁾

Am 5.3.1970 hatte die Bundesregierung eine Kabinettsvorlage zur Verbesserung und Weiterentwicklung des zivilen Ersatzdienstes verabschiedet, die als ersten Punkt die Einsetzung eines "Bundesbeauftragten für den zivilen Ersatzdienst" vorsah.⁵⁾

1) Vgl. WB 1971/72 : S. 49

2) Vgl. Berkhan in: SPD-PD v. 27.10.71

3) Vgl. Antrag 676; PT 1970 : S. 1109

4) Vgl. z.B. Anträge 121 u. 123 von Hessen-Süd; a.o. PT 1971 : S. 999f.

5) Vgl. WB 1970 : S. 83f.; auch SZ v. 14./15.3.70

Noch im gleichen Monat wurde der SPD-MdB Hans Iven in dieses Amt, das dem Bundesarbeitsministerium unterstellt wurde, berufen. Iven begriff seine Funktion als Mittler zwischen den Ersatzdienstleistenden einerseits und Regierung/Parlament andererseits. Damit wollte er "Konfliktausgleich" erreichen, Beschwerden entgegennehmen und durch eigene Inspektionen dafür sorgen, "daß Konfliktstoffe rechtzeitig ausgeräumt werden."¹⁾

Weiterhin wollte Iven

- die Zahl der Ersatzdienstplätze im gesamten sozialen Bereich, Katastrophendienst und Zivilschutz vergrößern sowie
- dafür sorgen, "daß jeder dienstpflichtige Bundesbürger (...) frei entscheiden kann, ob er Wehrdienst oder Zivildienst leisten will."²⁾

Diese Hoffnung Ivens, aber auch zahlreicher Parteitagsdelegierter und des DGB³⁾ sollte sich allerdings nicht erfüllen.⁴⁾

Zudem war bereits im August 1970 erkennbar, daß das Bundesverfassungsgericht den Absatz 3 des Artikels 4 des Grundgesetzes restriktiv auslegen würde. So wurden Soldaten der Bundeswehr, die ihre Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beantragt hatten, dazu verpflichtet, so lange Dienst mit der Waffe zu tun, bis über ihren Antrag rechtskräftig entschieden worden war, und ihnen gleichzeitig untersagt, während des

1) Zit. n. PPP v. 24.3.70; Beispiele für Konfliktstoffe vgl. DER SPIEGEL 5/1970 und 35/1970.

2) Zit. n. PPP v. 24.3.70

3) Vgl. Erklärung des DGB zur Wehrdienstverweigerung v. 8.7.70, in: Seidler/Reindl 1972 : S. 128.

4) Vgl. S. 287ff.

Dienstes für ihre Auffassungen zu werben.¹⁾

Der gesetzlich fixierte Reformentwurf des Ersatzdienstes²⁾ sah u.a. auch vor, den "zivilen Ersatzdienst" in "Zivildienst" umzubenennen. Sowohl Wienand und Iven wie auch MdB und Mitglied des Verteidigungsausschusses Klaus Richter plädierten sogar dafür, den Begriff der Wehrgerechtigkeit durch "Dienstgerechtigkeit" zu ersetzen,³⁾ um die Gleichwertigkeit der Dienste zu betonen.

Mit der geplanten Gesetzesänderung sollte ferner - als Ausgleich für Wehrübungen - die Zivildienstzeit im Vergleich zur Wehrdienstzeit um drei Monate verlängert werden.

Die "Iven-Novelle" wurde vom Sicherheitsausschuß beim Parteivorstand der SPD "begrüßt".⁴⁾ Wenig Zustimmung in der Öffentlichkeit fand allerdings Ivens Absicht, Zivildienstleistende bei Bahn oder Post einzusetzen. Der Bundesjugendausschuß der Deutschen Postgewerkschaft erhob gar den Vorwurf, damit solle der Zivildienst in eine Art Arbeitsdienst umfunktioniert werden,⁵⁾ und auch der Militärexperte Christian Potyka bescheinigte Iven, er befinde sich mit dieser Absicht auf dem "Holzweg".⁶⁾

1) Aktenzeichen BvR 657/68, 668/68, 83/69, 224/69, 337/69, 345/69; vgl. SZ v. 6.8.70

2) Sogenannte Iven-Novelle; 3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die zivilen Ersatzdienste, verabschiedet am 23.6.72, ab 1.1.73 in Kraft; vgl. BMVg, IPS Mitteilungen a.d. Presse v. 23.6.72.

3) Vgl. SPD-PD v. 15.3.72 u. 5.7.72; auch DER ZIVILDIENT 2-3/1972; Wienand hatte allerdings auch deutlich gemacht, daß Wehrdienstverweigerer nur "unter der Voraussetzung des Nachweises gewissenhafter Prüfung" vom Militärdienst freizustellen seien; ebda. : S. 2.

4) Vgl. SPD-PD v. 27.7.70

5) Vgl. SZ v. 30.3.71

6) SZ v. 31.3.71; Kritik aus der Partei kam u.a. vom Bezirk Hessen-Süd; vgl. den an den Parteivorstand überwiesenen Antrag A 121 des a.o. PT 1971 : S. 99f.

Iven mußte aufgrund des Drucks aus der Partei und der Öffentlichkeit in dieser Frage seine Positionen in der Folgezeit revidieren. Das Problem, daß Zivildienststellen im sozialen Bereich in ausreichender Zahl nicht zur Verfügung standen, war jedoch nach wie vor evident. Das neue Gesetz sah deshalb auch vor, "unter Wahrung des Vorranges, eine Tätigkeit im sozialen Bereich und andere dem Allgemeinwohl dienende Bereiche, insbesondere den Umweltschutz, Unfallrettungsdienst und ähnliche Aufgaben für Dienstpflichtige zu erschließen."¹⁾ Im weiteren sollten durch diese "weitreichende Reform des zivilen Ersatzdienstes"²⁾ Zivildienstleistende auch bei der Besoldung den Wehrdienstleistenden angeglichen werden.³⁾ Außerdem sollten die Dienstpflichtigen zu Beginn ihrer Dienstzeit mit "Wesen und Aufgaben des Zivildienstes, ihren Rechten und Pflichten sowie den verschiedenen Tätigkeitsbereichen vertraut gemacht werden."⁴⁾

Im Oktober 1971 war zu diesem Zweck die erste Ausbildungsstätte für Zivildienstleistende, die "Zivildienstschule Ith" in Eschershausen/Weserbergland eröffnet worden.

Zur Koordinierung von Angebot und Nachfrage des Zivildienstes wurde schließlich eine zentrale Schaltstelle eingerichtet, das Bundesamt für den Zivildienst, sowie ein Beirat für den Zivildienst, der beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung beratend tätig werden sollte und dem neben Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche, der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften auch Länderbeauftragte angehörten.⁵⁾

1) So Iven, zit. n. SPD-PD v. 5.7.72

2) Ebda.

3) Nach drei Monaten Dienst Soldgruppe 2, nach 12 Monaten bei "Eignung, Befähigung und Leistung" Soldgruppe 3; vgl. ebda.

4) So Iven, zit. n. SPD-PD v. 19.10.71

5) Vgl. SPD-PD v. 5.7.72

Im März 1972 schien sich somit für die SPD-Fraktion abzuzeichnen, daß durch die Reform des Zivildienstes auch längerfristig mehr Dienstgerechtigkeit zu erwarten war. So war seit 1970 die Zahl der Dienstplätze von 4 000 auf 8 500 erhöht worden,¹⁾ die Bedarfsschätzungen der sozialen Spitzenverbände lagen bei weiteren 15 000 Plätzen. Damit waren Voraussetzungen dafür geschaffen worden, auch weitere spektakuläre Anstiege der KDV-Zahlen abzufangen.

Die sozialdemokratische Führung und vor allem die exponierten Sicherheitspolitiker Schmidt, Berkhan²⁾ und Wienand ließen zudem keinen Zweifel daran, daß an der allgemeinen Wehrpflicht nach wie vor unverändert - trotz öffentlicher Spekulationen über die Schaffung einer Berufsarmee und die Reduzierung der Wehrpflicht auf wenige Monate³⁾ - festgehalten werden sollte und sahen sich darin auch mit allen Parteien des Bundestages einig.

So konnte Wienand feststellen: "Auch die Abgeordneten des 6. Deutschen Bundestages halten guten Gewissens an der Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht grundsätzlich fest."⁴⁾ Auch Schmidt forderte, daß das "Wehrpflichtprinzip nicht zerbrechen" dürfe, allerdings nicht nur aus Erwägungen zur Wehrgerechtigkeit, sondern auch deswegen, weil sonst die "Aufrechterhaltung eines ausreichenden Gleichgewichts gegen die sowjetischen Truppenmassen" nicht vorstellbar sei.⁵⁾

1) Vgl. SPD-PD v. 15.3.72

2) Vgl. Berkhan in: SPD-PD v. 23.3.72

3) Vgl. z.B. DER SPIEGEL 35/1970. Auf dem Saarbrücker Parteitag 1970 war der Antrag 163 der Landesorganisation Bremen, der forderte, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen und eine Kaderarmee aus Berufs- und Zeitsoldaten zu bilden, mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden; vgl. PT 1970 : S. 41/ Ergänzungsband.

4) So Wienand in: DER ZIVILDIENTST 2/1972

5) Zit. n. Wehrstrukturkommission 1971 : S. 198

3.2.2. Rüstungsbereich und Rüstungswirtschaft

3.2.2.1. Die Neuordnung des Rüstungsbereichs und die institutionelle Absicherung des Rüstungslobbyismus

Am 27.4.1970 hatte Ernst Wolf Mommsen als Staatssekretär für den Bereich Technik und Beschaffungen im Verteidigungsministerium seine Tätigkeit aufgenommen. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Thyssen Röhrenwerke AG¹⁾ beanspruchte nach US-amerikanischem Vorbild als "One-Dollar-Man" keinerlei Gehalt. Helmut Schmidt kommentierte diese von ihm initiierte Stellenbesetzung wie folgt: "Mit der erstmalige(n) Ernennung eines aus der Industrie kommenden Managers zum Staatssekretär für den Bereich Technik und Rüstung (...) hat die sozial-liberale Koalition einer alten sozialdemokratischen Forderung entsprochen".²⁾

Dies war allerdings nicht eine "alte sozialdemokratische Forderung" als vielmehr eine alte Forderung des Sozialdemokraten Helmut Schmidt gewesen.³⁾ In seinem "Programm eines sozialdemokratischen Verteidigungsministers vom 13.9.1965" hatte er verkündet: "Die Regierung wird für die Leitung der

1) Zur Zeit seines Amtsantritts bekleidete Mommsen eine Fülle weiterer Aufsichtsratsmandate und Vorstandsposten zahlreicher Unternehmerverbände; vgl. Kempe 1973 : S. 257.

2) Schmidt ⁶1981 : S. 264

3) Ebenso aber eine alte Forderung des BDI: "Der BDI hat sich stets für eine rationelle, vom bürokratischen Ballast weitgehend befreite Rüstung ausgesprochen. Mit Befriedigung hat er daher Bestrebungen vermerkt, die darauf abzielen, Wehrtechnik und Beschaffung nach Methoden modernen industriellen Managements zu rationalisieren. Er begrüßt es, daß zum ersten Mal ein erfolgreicher Unternehmer mit dieser Aufgabe betraut worden ist." Zit. n. BDI JB 1969/70 : S. 138.

Hauptabteilung Rüstung und Technik eine bewährte Spitzenkraft der Industrie gewinnen".¹⁾ Auf einen Parteitagsbeschuß dazu konnte sich Schmidt kaum berufen. In die Entschliebung des Karlsruher Parteitags 1964 "Zur Lage der Bundeswehr" war lediglich folgender Passus aufgenommen worden: "Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie die Beschaffung von Waffen und Gerät bedürfen umsichtiger Dispositionen. Dazu braucht man in der Hauptabteilung Technik und Rüstung Soldaten, Verwaltungsbeamte, Nationalökonomen, Naturwissenschaftler und Ingenieure gleicherweise. Nur im Zusammenwirken von geeigneten Menschen dieser verschiedenartigen Vorbildung und Berufserfahrung kann ein Optimum erwartet werden."²⁾ Daraus war sicher nicht der Parteiauftrag abzuleiten, einen Exponenten der Rüstungsindustrie³⁾ als Staatssekretär zu berufen. Im Zuge zunehmender Komplexität der Waffensysteme und damit auch der Forschung, Entwicklung und Beschaffung, sollte mit dem erfahrenen Top-Manager und Rationalisierungsfachmann Mommsen die Straffung von Organisation und Verfahren im technischen Bereich der Bundeswehr erreicht werden mit dem Ziel, "die für Wirtschaftsbetriebe geltenden Forderungen und Maximen so weit wie möglich auch für den Wirtschaftsbetrieb Bundeswehr anzuwenden."⁴⁾

1) Zit. n. Schmidt 1967 : S. 429

2) Zit. n. Grundsätze sozialdemokratischer Wehrpolitik o.J. : S. 27

3) Der Thyssenkonzern war u.a. mit der Produktion der Kraftfahrzeugefolgegeneration, des Flakabwehrpanzers Roland, des Transportpanzers 1 und der Umrüstung des Raketenjagdpanzers befaßt; vgl. Huffschnid 1981 : S. 24.

4) WB 1970 : S. 155; vgl. auch WB 1971/72 : S. 138f.

Auch zu diesem Problembereich wurde eine besondere Kommission tätig, die von Schmidt am 5.6.70 berufen und deren Vorsitz Mommsen übertragen worden war.¹⁾ Durch ihre Arbeit sollte nach Mommsen zwischen Wirtschaft und Bundeswehr "ein enges und vor allem vertrauensvolles Zusammenwirken zum Wohl beider Beteiligten" angestrebt werden, was nach seiner Meinung zugleich "als Teilaspekt der (...) Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft anzusehen" war.²⁾

Mommsens programmatische Aussagen, für die er 1970 auf der wehrpolitischen Tagung der SPD in Bremen von den SPD-Sicherheitspolitikern "viel Beifall"³⁾ erhielt, umfaßten fünf Schwerpunkte:

1) Die Forderung nach größerer "Durchlässigkeit" der "Grenze zwischen Bundeswehr und Wirtschaft", die sich "auf alle Ebenen bezieht und daher bei der Führungsspitze anfangen" müsse.⁴⁾ Mommsen bezog sich dabei auf seine eigene Berufung: "Mein Wechsel von der Industrie zur Behörde hat nicht zuletzt seinen Grund darin, hierfür ein Beispiel zu geben, und ich hoffe, daß es möglichst viele Nachahmer findet."⁵⁾ Dies sei dadurch bedingt, "daß die Managementmethoden der großen Unternehmen (...) bei der heutigen Struktur der Streitkräfte von der Bundeswehr wesentlich genutzt werden" müßten. Umgekehrt hätte auch "die Industrie wesentliche Organisations- und Führungsformen von den Streitkräften übernommen."⁶⁾

1) Vgl. WB 1971/72 : S. 138

2) Die Organisatoren der wehrpolitischen Konferenz der SPD 1970 in Bremen hatten Mommsen ausdrücklich gebeten, sein Referat unter den Titel "Die Wirtschaft als Partner der Bundeswehr" zu stellen; vgl. Wehrpolitische Tagung 1970 : S. 33ff., hier: S. 34.

3) Vgl. HANDELSBLATT v. 23.6.70

4) Wehrpolitische Tagung 1970 : S. 34

5) Ebda. : S. 35

6) Ebda.

2) Die Notwendigkeit einer "sachlichen und verfahrens-
mäßigen Verflechtung von Rüstungs- und allgemeiner Forschung".¹⁾
Zwar seien derzeit etwa 120 Hochschulinstitute, 65 gemein-
nützige Forschungsinstitute außerhalb der Hochschulen und
60 Industriefirmen mit Rüstungsforschung betraut, aber den-
noch ergäben sich "Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit", da
die "Wehrforschung in weiten Kreisen immer noch mit dem Odium
der 'Kriegsforschung' behaftet" sei.²⁾ Gerade in den letzten
Monaten habe "sich im Fernsehen, in der Presse und vor allem
in Flugblattaktionen eine Kampagne gegen die Wehrforschung
in zum Teil verleumderischer Weise verstärkt."³⁾ Darunter
leide "naturgemäß die Bereitschaft fähiger Wissenschaftler,
für die Verteidigung zu arbeiten."⁴⁾

3) Die wehrtechnische Entwicklung bringe "auch für den zivi-
len Bereich positive Ergebnisse mit sich",⁵⁾ da Wehrtechnik
Spitzentechnik sei. Was die Vergabe von Aufträgen an die In-
dustrie betreffe, so betonte Mommsen, daß "wegen des wirtschaft-
lichen und des technischen Wettbewerbs (...) auch bei den
Entwicklungsvorhaben vom Grundsatz der Auftragsausschreibung
ausgegangen" werden solle.⁶⁾ Bisher sei es "nur unvollkommen
gelingen, für Entwicklungsvorhaben eine zuverlässige Ab-
schätzung der Risiken, insbesondere hinsichtlich Zeit und
Kosten", zu erreichen. "Zeitverzug und Kosten" hätten "in

1) Wehrpolitische Tagung 1970 : S. 37

2) Ebda. : S. 38; vgl. dazu auch WEHRKUNDE 10/1970 : S. 540

3) Ebda.

4) Ebda. : S. 39

5) Ebda.

6) Ebda. : S. 40; in der Realität wurden in den siebziger
Jahren vom Wert her nur weniger als 3% aller Rüstungsauf-
träge öffentlich ausgeschrieben, bei 10% erfolgte eine teil-
weise Ausschreibung und über 86% der Aufträge wurden direkt
an bestimmte Unternehmen vergeben; vgl. Huffschild 1981 :
S. 57f.

vielen Gebieten ein nicht vertretbares Ausmaß angenommen".¹⁾

Hier müsse Abhilfe geschaffen werden durch

- eine enge partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Industrie und Verteidigungsministerium und
- den verstärkten Einsatz moderner Planungsmethoden, wie Operations-Research, Netzplantechnik und die Verwendung modernster Informationstechniken.²⁾

Schon in der Planungsphase erfordere das "Zusammenwirken von Verteidigungsministerium und Wirtschaft (...) ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen".³⁾ Dabei sei "das Gewinnstreben der Wirtschaft (...) ebenso legitim wie das Bestreben des Verteidigungsministeriums, mit möglichst wenig Steuermitteln seine Aufgabe zu erfüllen".⁴⁾ Angestrebt werden solle jedoch, "diese Gegensätze bei einer vertrauensvollen Kooperation stärker als bisher dadurch auszugleichen, daß die vertraglichen Beziehungen großzügiger und einfacher gestaltet werden."⁵⁾

1) Wehrpolitische Tagung 1970 : S. 40. In einer späteren Rede (November 1971) vor der Staatspolitischen Gesellschaft in Hamburg hatte Mommsen betont: "Dies alles erfordert leider - bevor spektakuläre Erfolge erzielt werden können - Jahre". "Neu konzipierte Vorhaben" würden jedoch bereits nach dem reformierten Planungs- und Managementmethoden ablaufen: "Dies gilt z.B. für das größte Entwicklungsprojekt, das die BRD bisher in Angriff genommen hat, das deutsch-englisch-italienische Kampfflugzeug MRCA"; zit. n. BMVg, IPS Mitteilungen a.d. Presse v. 26.11.71. Gerade die Kostenentwicklung bei diesem Waffensystem war jedoch ein deutlicher Indikator für die mangelnde Tauglichkeit des neugeschaffenen Instrumentariums. Allerdings ist Köppl 1979 einschränkend zuzustimmen, daß diese "Ineffizienzen (...) nicht ausschließlich Ausdruck technischer administrativer Mängel im Beschaffungswesen der Verteidigungsministerien" seien, sondern vor allem auch durch "wettbewerbsvernichtende Elemente und Monopolisierungstendenzen" in der Rüstungsindustrie verursacht würden, was allein beim Tornado-Programm zu 15 Milliarden zusätzlichen Kosten geführt habe; ebda. : S. I u. II.

2) Vgl. ebda.

3) Ebda. : S. 41

4) Ebda.

5) Ebda.

4) Die Durchführung der Beschaffungsprogramme durch das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in Koblenz habe "über die Initialzündung von Aufträgen aus dem Verteidigungshaushalt"¹⁾ die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland zu sichern, was auch durch Lizenzfertigung bzw. "Kooperation mit leistungsfähigen Firmen des Auslands geschehen" könne.²⁾

Durch eine staatlich geförderte "Reihe von Firmenzusammenschlüssen" werde "überdies erstrebt, eine zunehmende Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt zu schaffen und auch so den zivilen Marktanteil zu erhöhen."³⁾

5) Der "Einfluß der Bundeswehr und ihrer Programme auf die regionale Wirtschaft, insbesondere auf die mittelständischen und handwerklichen Betriebe" sei "Bestandteil einer Strukturpolitik",⁴⁾ bei der "Personen und Unternehmen aus dem Zonenrandgebiet" und hier vor allem "das Handwerk und die mittelständische Zuliefererindustrie zu beteiligen" seien.⁵⁾

Der auf der Basis dieser Grundaussagen ausgearbeitete Bericht der Mommsen-Kommission zur Neuordnung des Rüstungsbereichs⁶⁾ ging ohne inhaltliche Veränderungen in den "Rahmenerlaß zur Neuordnung des Rüstungsbereichs" ein.⁷⁾

1) Wehrpolitische Tagung 1970 : S. 41

2) Ebda.

3) Ebda. : S. 43

4) Ebda. : S. 40

5) Ebda. : S. 44

6) Vgl. Mommsen-Kommission 1971, sogen. Blaubuch

7) BMVg v. 28.1.71; vgl. dazu SPD-PD v. 8.2.71 u. 5.3.71; auch DER SPIEGEL 7/1971; DIE ZEIT v. 26.3.71; SZ v. 8.2.71; WB 1971/72 : S. 138f.

Aufgrund dieses Erlasses wurden die bisherigen Abteilungen "Verteidigungswirtschaft" (W) und "Wehrtechnik" (T) zu einer "Hauptabteilung Rüstung" (R) zusammengefaßt und in acht Unterabteilungen gegliedert.¹⁾ Die Hauptabteilung hatte künftig die Aufgabe, die gesamte Planung, Lenkung und Kontrolle der Rüstungsprogramme der Bundeswehr zu leisten. Die Kompetenzen der Militärs wurden dabei erweitert. Die drei Teilstreitkräfte kooperierten nunmehr über ihre mit Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten Systembeauftragten²⁾ mit dem Projektbeauftragten des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung und dem Projektreferenten der Rüstungshauptabteilung bei der Durchführung der Rüstungsvorhaben. Der Projektbeauftragte wiederum galt als direkter "Ansprechpartner für die Industrie".³⁾

Waren durch die Umorganisation im Verteidigungsministerium ca. 120 Stellen eingespart worden, so wurde innerhalb kurzer Zeit der Personalstand des mit der Auftragsvergabe und der Entwicklung betrauten Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung von 12 000 auf 19 500 Mitarbeiter aufgestockt.⁴⁾ Die Leitung des Amtes, die früher von einem Zivilbeamten wahrgenommen worden war, wurde nunmehr einem Militär übertragen.⁵⁾

Diese Neuorganisation ermöglichte nach Meinung der SPD-Verteidigungsausschußmitglieder nunmehr "eine rationelle Rüstungsplanung", die "auf die modernen Erfordernisse zuge-

1) Vgl. Rahmenerlaß 1971 : S. 3 u. S. 14

2) Ebda. : S. 67ff.; die Systembeauftragten unterstehen direkt dem Inspekteur der jeweiligen Teilstreitkraft.

3) WB 1971/72 : S. 139

4) Vgl. Mann 1971 : S. 175; auch Kempe 1973 : S. 263; DER SPIEGEL 7/1971

5) Generalmajor Dietrich Willikens; vgl. DIE ZEIT v. 17.9.71 u. 18.2.72

schnitten" sei. SPD-MdB Klaus Richter stellte dazu fest: "Helmut Schmidt muß man gratulieren".¹⁾

Jedoch auch die im Verteidigungsausschuß vertretenen anderen Fraktionen stimmten dieser Reform einmütig zu: "Als Staatssekretär Dr. Ernst Mommsen im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages seine Vorstellungen über die Neugliederung des Rüstungsbereichs im Bundesministerium für Verteidigung vorgetragen hatte, zollte ihm der gesamte Ausschuß Beifall. Vertreter der Opposition und der Koalition sprachen sich übereinstimmend für die geplante Reform aus."²⁾

Mommsen hatte in seiner programmatischen Rede vor der SPD-Wehrtagung auch angeführt, die Wirtschaft klage darüber, "daß sie von den Absichten des Verteidigungsministeriums über die Ausrüstung der Bundeswehr nicht genügend unterrichtet sei und sich daher nicht entsprechend bei ihren Investitionen und Überlegungen darauf einstellen könne."³⁾

Auf Mommsens Initiative wurde deshalb der "Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis" (RüAK) gegründet, der als ein "Gremium von Experten (...) den Bundesverteidigungsminister bei der Lösung" von Problemen der Rüstungsplanung, -entwicklung und -beschaffung "objektiv berät".⁴⁾ In ihm, seinen beiden Arbeitsgruppen "Allgemeine Rüstungsfragen" und "Öffentliches Auftragswesen" wie den "Ad-hoc-Teams zur Behandlung von Spezialfragen"⁵⁾ waren alle bedeutenden mit Rüstungsproduktion befaßten Konzerne der BRD vertreten.⁶⁾ Ferner

1) Zit. n. SPD-PD v. 8.2.71

2) Zit. n. SPD-PD v. 5.3.71

3) Wehrpolitische Tagung 1970 : S. 42f.

4) So jedenfalls laut BDI JB 1970/71 : S. 127

5) Ebda.

6) Namen der Repräsentanten und ihrer Firmen bzw. Arbeitgeberorganisationen in: Rilling 1972; auch DER SPIEGEL 24/1970.

- waren Mitglieder im Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis
- der frühere Heeresinspekteur Schnez, der die "Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik" vertrat, sowie
- der Leiter der BDI-Abteilung "Verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten" (III/3) Jan Zenzinger, der als einziger Repräsentant in beiden Arbeitsgruppen tätig war.¹⁾

Der Parteivorstand der SPD stellte die Aufgabe des Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises in der Öffentlichkeit wie folgt dar: "Der Arbeitskreis hat beratenden Charakter, er trifft keine Entscheidungen, er hat weder Einfluß auf die Festlegung der Beschaffungsprogramme des BMVg noch auf die Aufteilung der Programme auf die verschiedenen in Frage kommenden Firmen". Ferner müsse "das Gewinnstreben der Wirtschaft" bei der Kooperation zwischen Verteidigungsministerium und Industrie "eine klare Eingrenzung erfahren".²⁾

Auch der BDI bemühte sich festzustellen: "Entgegen wiederholten polemischen Behauptungen - nicht nur östlicher Stellen - haben weder der Arbeitskreis noch seine beiden Arbeitsgruppen Einfluß auf die Vergabe von Rüstungsaufträgen genommen. Der Verdacht, daß sich hier zum Nachteil unserer Gesellschaft ein militärökonomischer Komplex bildet, geht von falschen Tatsachen aus und ist völlig unbegründet."³⁾

Wenn auch im Rahmen dieser Arbeit die Frage nach der möglichen Existenz eines "militärökonomischen Komplexes" nicht

1) Vgl. Rilling 1972

2) Stellungnahme des SPD-PV 1971 : S. 22f.

3) BDI JB 1970/71 : S. 127

beantwortet werden kann,¹⁾ so muß zumindestens festgehalten werden, daß der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis nach eigenen Angaben des BDI im Geschäftsjahr 1970/71 "zu den Fragen

- spezielle Managementprobleme (...)
 - Materialhaltung und Instandsetzung
 - Kapazitätsnutzung
 - Rüstungsexport und Rüstungsimport
 - Neuordnung des Rüstungsbereichs (...)
- verabschiedungsreife Vorlagen erarbeitet" hatte.²⁾

Ferner waren im Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis gerade jene Firmen vertreten, die am ehesten in der Lage waren, Beschaffungs- und Forschungsaufträge zu übernehmen, und die durch die Tätigkeit ihrer Repräsentanten, durch das Herstellen persönlicher Kontakte, vor allem aber durch den Informationsvorsprung ihre Chancen für die Auftragsvergabe erheblich verbessern konnten. Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis

1) Nach Urteil marxistisch orientierter Autoren wurde "mit dem RAK (...) der Militär-Industrie-Komplex auf höchster Ebene konzentriert, die Umsetzung des Verwertungsinteresses des Rüstungskapitals in der staatlichen Entscheidungssphäre institutionell verankert"; so Kempe 1973 : S. 261. Ähnlich Schmid 1972 : S. 143: "Was hier bescheiden als Arbeitskreis firmiert, ist in Wirklichkeit die institutionalisierte Verfilzung der industriellen, staatlichen und militärischen Spitzen auf höchster Ebene. Durch dieses Gremium ist es den Rüstungsmonopolen möglich, unmittelbar auf die Rüstungsprogrammierung, die Planung von neuen Waffensystemen und damit verbunden auch auf die gesamte Militärstrategie Einfluß zu nehmen". Zur Problematik des MIK allgemein vgl. Adams 1976, Albrecht 1974 u. 1977, Baring 1971, Engelhardt/Heise 1974, Köllner 1982, Lutz 1979, Mechtersheimer 1971 u. 1977, Rilling 1971 u. 1972, Walpuski/Wolf 1978

2) BDI JB 1971/72 : S. 128

ist also sicher nicht als altruistisches Beratergremium zu begreifen, in dem nur Sachverstand ohne ökonomische Interessensmotivation vorherrscht, sondern mindestens als Instrument eines institutionell abgesicherten Lobbyismus.

Damit war im nationalen Rahmen der BRD jedoch nur das nachvollzogen, was seit 1968 längst im NATO-Bereich mit der Gründung der NATO-Industrial Advisory Group (NIAG) als offiziellem industriellem Beratergremium vorgezeichnet worden war.

Für Verteidigungsminister Schmidt stand jedoch außer Zweifel, daß der Primat der Politik dabei gewahrt blieb. Da Schmidt wie Mommsen das Gewinnstreben der Rüstungsindustrie im Rahmen der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnung als legitim akzeptierte und "Sachverstand" sowie die materiellen Voraussetzungen für Rüstungsproduktion eben nur bei jenem Repräsentantenkreis zu finden war, erschienen sowohl die Berufung Mommsens als auch die Installierung des Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises als logisch. Dies stieß somit nur bei jenen Sozialdemokraten - soweit sie es überhaupt registriert hatten - auf Kritik, die sich von der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung rasche Schritte zur Abrüstung sowie die Zurückdrängung der Macht der Unternehmerverbände erwartet hatten oder die gar die Aufhebung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen anstrebten.¹⁾

Ein Gegensatz zwischen Rüstungskapital einerseits und staatlichen Instanzen als Wahrer des Gemeinwohls andererseits wurde von den maßgeblichen Sicherheitspolitikern der SPD erkannt: "Der Auftraggeber Bundeswehr will die Leistungen der Industrie zu möglichst geringen Preisen einkaufen. Die Industrie

1) Vgl. v.a. Bundesvorstand der Jungsozialisten 1978, hier: Juso-Kongreßbeschlüsse von 1970

ist natürlich bestrebt, einen ordentlichen Gewinn zu erzielen."¹⁾ Dieser Gegensatz sollte aber durch eine "echte Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Bundeswehr"²⁾ und den Appell an die "gemeinsame Aufgabe der nationalen Sicherheit"³⁾ für die "gemeinsame Arbeit fruchtbar gemacht werden."⁴⁾ So könnten "die häßlichen Begriffe Lobbyist und Bürokrat (...) dann allmählich durch den einheitlichen Begriff des Partners ersetzt werden."⁵⁾

Den "häßlichen Begriff (...) Lobbyist" hatte Schmidt allerdings in seiner Zeit als Verteidigungsminister des öfteren publikumswirksam verwendet und sich in den Medien als Bekämpfer des Rüstungslobbyismus profiliert.⁶⁾ Schmidt versicherte zwar, er könne "eine allgemeine Rüstungslobby von Einfluß und Belang (...) in Bonn nicht feststellen",⁷⁾ notierte aber gleichzeitig "sehr starke Beeinflussungsversuche" seitens der Flugzeugindustrie bezüglich einer langfristigen Kapazitätsauslastung.⁸⁾ Schmidt wies solche Versuche deutlich mit dem Hinweis darauf zurück, daß es sich dabei um "private Unternehmen, die auf privates Risiko gestellt sind",⁹⁾ handle, die sich "nicht auf den Standpunkt stellen könnten", daß "das Verteidigungsministerium gefälligst dafür zu sorgen habe, daß sie pro Jahr den und den

1) Vgl. SPD-PD v. 21.4.72

2) So Mommsen in: Wehrpolitische Tagung 1970 : S. 49

3) Ebda.

4) Ebda. : S. 50

5) Ebda.

6) Z.B. vgl. DER SPIEGEL 26/1970, v.a. aber DIE ZEIT v. 31.7.71

7) Zit. n. DIE ZEIT v. 31.7.71

8) Ebda.

9) Ebda.

Beschäftigungszuwachs und den und den Umsatzzuwachs und den und den Gewinn zu haben hätten." Darauf dürfe man sich nicht auch "nur gedanklich einlassen."¹⁾

Im Oktober hatte Schmidt zudem mit einem Erlaß das Abwandern ehemaliger Soldaten und Bundeswehrbeamter in einschlägige Firmen reglementiert.²⁾

Dem SPD-PD zufolge war mit diesem Erlaß dem "Militärlobbyismus (...) ein harter Schlag versetzt worden".³⁾

Die Praxis spricht allerdings für eine eher großzügige Handhabung der Genehmigungserteilung für die Ausübung des Geschäftsverkehrs ehemaliger Soldaten und Beamten der Bundeswehr mit der Rüstungsindustrie.⁴⁾

Dieser Erlaß, die Installierung des Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises und Schmidts Äußerungen gegen den Lobbyismus lassen erkennen, daß es lediglich darum ging, den Lobbyismus institutionell abzusichern und ihn damit "durchsichtig"⁵⁾ und evtl. kontrollierbar zu machen. Für die sozialdemokratische Führung war Lobbyismus ohnehin "ein Begleitmerkmal unserer Zeit, das hinzunehmen und auch zu dulden ist, solange er sich im Rahmen normaler Geschäftsausancen bewegt".⁶⁾

1) Zit. n. DIE ZEIT v. 31.7.71. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses CSU-MdB Zimmermann hatte zu ähnlichen Stellungnahmen Schmidts den wohl berechtigten Verdacht geäußert, "daß die etwas reißerischen, die Rüstungsindustrie betreffenden Äußerungen des Ministers doch mehr einem innerparteilichen Waschzwang entsprungen sind, als seiner wirklichen Überzeugung"; zit. n. SPD-PD v. 11.12.70.

2) Vgl. SPD-PD v. 26.10.71

3) Ebda.

4) Ausführliche Lobbyistenlisten in: Schulz H.J. 1977 : S. 365f.; auch bei Huffs Schmid 1981 : S. 76ff; das Revirement der Generale (vgl. S.169f.) hatte als Nebenwirkung einen verstärkten Trend hoher Militärs zur Industrie.

5) So Schmidt in: DIE ZEIT v. 31.7.71

6) SPD-PD v. 26.10.71

3.2.2.2. Die Ausweitung des Wehretats und die Beschaffungspolitik

Noch im März 1970 war zu vernehmen, der Verteidigungsminister "denke nicht daran, den Verteidigungsetat über die bekannten Ansätze der mittelfristigen Finanzplanung hinaus zu erhöhen."¹⁾ Einen Monat später wurde diese Absicht bereits relativiert und nur für die Jahre 1970/71 als realistisch dargestellt; für 1972 wurde jedoch schon Skepsis angemeldet.²⁾ Wiederum nach einem Monat - im Weißbuch 1970 - wurden neben der Notwendigkeit, evtl. Rüstungsprogramme zu strecken, um finanziellen Spielraum zu gewinnen, auch auf die "Fürsorge- und Betreuungsmaßnahmen im weitesten Sinne" im Zuge der kritischen Bestandsaufnahme hingewiesen. Dazu mußten "bis Ende 1974 voraussichtlich knapp 2,5 Milliarden DM aufgebracht werden",³⁾ die in der ursprünglichen mittelfristigen Finanzplanung nicht vorgesehen waren.

Doch nicht nur die eingeleiteten inneren Reformen der Bundeswehr, die oben dargestellten Maßnahmen zum Ausbau des Sozial- und Bildungssystems sowie die gestiegenen Personalkosten sorgten für die Ausweitung des Rüstungsetats, sondern auch die durch die Bündnisverpflichtungen⁴⁾ maßgeblich diktierten Beschaffungsvorhaben. So zeichnete sich im Verlauf des Sommers 1970 deutlich ab, daß auch durch eine Überprüfung der bisherigen Rüstungspläne "auf ihre militärische Zweckmäßigkeit, ihre finanzielle Realisierbarkeit und ihre Dringlichkeit",⁵⁾ sowie durch mehrfach beschworene "Umschichtungen" die Finan-

1) SPD-PD v. 23.3.70

2) SPD-PD v. 24.4.70

3) WB 1970 : S. 145

4) Niedergelegt in der NATO-Studie AD-70 vom Dezember 1970; vgl. WB 1971/72 : S. 141 u. 203f.

5) SPD-PD v. 5.5.70

zierungsprobleme nicht ausschließlich zu lösen waren. Etat-
erhöhungen erschienen somit unumgänglich.

Damit waren Anträge der Parteibasis, wie der des Unterbezirks
Mühlheim/Ruhr¹⁾ auf dem Saarbrücker Parteitag 1970, der eine
Reduzierung des Wehretats forderte, oder wie der des Bezirks
Hessen-Süd, der auf dem außerordentlichen Bonner Parteitag
1971 forderte, "den Haushaltsansatz im Verteidigungsetat für
das Haushaltsjahr 1972 spürbar zu kürzen" und "die dadurch
freiwerdenden Summen (...) den Ländern als Zuschüsse für kul-
turpolitische und andere strukturverbessernde Maßnahmen zuzu-
führen",²⁾ in das Reich der Utopie verwiesen. Selbst die Aus-
sage des offiziell beschlossenen Antrags des Parteivorstands
auf dem Saarbrücker Parteitag, lediglich erhebliche "Umschich-
tungen", aber "keine Vergrößerung des Verteidigungsetats
in Betracht" zu ziehen, war somit zur Zeit ihres Beschlusses
bereits Makulatur.³⁾

Die Marge des Einzelplans 14 lag so in den Jahren 1971 und
72 deutlich über den Ansätzen der mittelfristigen Finanzpla-
nung:

	1971	1972
Mittelfristige Finanzplanung	21,0591	21,8184
tatsächliche Höhe	21,8161	24,2190 ⁴⁾
(Milliarden DM)		

1) Vgl. Antrag 169, der durch die Annahme des Parteivorstands-
antrags 676 - unzutreffend - für erledigt erklärt wurde;
PT 1970 : S. 42/Ergänzungsband,

2) Antrag A 100, überwiesen an den Parteivorstand; a.o. PT 1971 :
S. 990

3) Vgl. PT 1970 : S. 1109; vgl. auch die Diskussion darüber,
ebda. : S. 484ff.

4) WB 1970 : S. 190; WB 1971/72 : S. 167

Nach NATO-Kriterien entwickelten sich die Verteidigungsausgaben wie folgt:¹⁾

1970	1971	1972	
22,5726	25,7134	28,1580	Mrd. DM
	+12,7%	+12,8%	Zuwachsrates

Die Gesamtaufwendungen für Verteidigung, inklusive der Westberlinhilfe, lagen im gleichen Trend und hatten sogar noch höhere Zuwachsrates aufzuweisen:²⁾

1970	1971	1972	
25,8	30,3	34,6	Mrd. DM
	+17,5%	+14,2%	Zuwachsrates

War in den Jahren der großen Koalition der Verteidigungsetat im Verhältnis zum Wachstum des Bruttosozialprodukts unterproportional angestiegen, so war es im Haushalt 1972 "dankenswerterweise gelungen, diesen Trend zu ändern".³⁾

Mit den oben angeführten Zuwachsrates lag die Bundesrepublik in den Pro-Kopf-Aufwendungen für Verteidigung im NATO-Bündnis unmittelbar hinter den USA an zweiter Stelle und deutlich vor den Atommächten Großbritannien und Frankreich.⁴⁾

Befürchtungen seitens der CDU/CSU und der Bundeswehrführung⁵⁾ über Pläne, die Zuwachsrates im Verteidigungshaushalt zu

1) WB 1971/72 : S. 167

2) WB 1979 : S. 322

3) So Generalinspekteur Zimmermann, zit. n. DER SPIEGEL 27/1970

4) Vgl. WB 1971/72 : S. 170

5) Vgl. DIE WELT v. 3.3.71; auch SZ v. 3.12.70

kürzen,¹⁾ erwiesen sich damit als gegenstandslos, auch weil Schmidt bei einer Realisierung von Kürzungen, die seine Reformvorhaben behindert hätten, unmißverständlich mit seinem Rücktritt gedroht hatte.²⁾ Schon im Juli 1970 hatte Schmidt zudem an die Adresse der Rüstungsindustrie gerichtet ausgeführt, daß es "kein für die Bundeswehr wichtiges Waffenbeschaffungs- oder Modernisierungsprogramm" gebe, das "gestrichen werden müßte".³⁾

Nicht nur der Anstieg der Personalausgaben,⁴⁾ sondern auch die Waffenbeschaffungsprogramme trieben die Verteidigungskosten weiter in die Höhe. So wurde z.B. die im Weißbuch 1970 angekündigte Überprüfung und Streckung der Einführung von 150 mittleren Transporthubschraubern CH-53 und 1 984 Maschinenkanonen zur Tieffliegerabwehr⁵⁾ auf Druck der USA aufgegeben.⁶⁾

Im Juli 1970 legte der Bundesminister der Verteidigung ein neues "Rüstungsprogramm der Bundesregierung" vor, das optimistisch formulierte: "Die von den Führungsstäben von Heer, Luftwaffe und Marine überarbeiteten Rüstungsprogramme sind im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis 1974 finanziell realisierbar."⁷⁾ Gleichzeitig wurde betont, daß "nach

1) Ca. 3,5 Milliarden DM sollten im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung gekürzt werden.

2) Vgl. SZ v. 5.3.71

3) Zit. n. WEHR UND WIRTSCHAFT 7-8/1970

4) Außer im Einzelplan 14 auch im Einzelplan 60 "Allgemeine Finanzverwaltung" niedergelegt.

5) Vgl. WB 1970 : S. 143; auch PPP v. 6.5.70

6) Vgl. SZ v. 3.12.70

7) Vgl. BMVg Mitteilungen a.d. Presse v. 13.7.70; auch Bulletin v. 15.7.70; auch WB 1971/72 : S. 140ff.

1975 (...) mit einer Steigerung des Rüstungsbedarfs der Bundeswehr (...) gerechnet" werden müsse.¹⁾

Für die Ausrüstung des Heeres wurde - gemäß den Erfordernissen der flexible response - als Ziel "größere (...) Beweglichkeit und (...) Steigerung der Feuerkraft" angegeben.²⁾

Im Zeitraum vom 31.12.1969 bis 1.10.1973 entwickelte sich der Bestand des Großgeräts des Heeres wie folgt:

	1969	1973
Kampfpanzer Leopard 1	1838	2160
Schützenpanzer Marder	0	1567 ³⁾
Schützenpanzer Hotchkiss	1608	2374
Mannschaftstransportwagen M 113	3139	3330
150-mm-Panzerhaubitzen M 109 G	347	587
Haubitzen 155 mm	0	72
Mehrfachraketenwerfer	0	209
Mittlerer Transporthubschrauber CH-53	0	40 ⁴⁾

Parallel dazu wurde an der Kampfwertsteigerung des Leopard 1 und der Weiterentwicklung des Kampfpanzers Leopard 2 gearbeitet; und es wurden sogar Vorarbeiten zu einer Konzeptphase eines "Kampfpanzers 3" als Nachfolgemodell des Leopard 2 eingeleitet, der allerdings nicht wie der Leopard 2 in eigener nationaler Regie gebaut, sondern als "Europa-Panzer" in eine multinationale Entwicklung eingebunden werden sollte.⁵⁾

1) BMVg Mitteilungen a.d. Presse v. 13.7.70

2) Ebda.

3) Bei gleichzeitiger Reduzierung der veralteten Modelle M-48 und HS-30.

4) Vgl. WB 1971/72 : S. 143; WB 1973/74 : S. 184; auch PPP v. 24.7.70

5) Vgl. SD-SIPO 10/1971; auch SPD-PD v. 12.11.71

Für den Leopard 2, der ab 1975 an die Truppe ausgeliefert werden sollte und der bei Krauss-Maffei gebaut wurde, zeichnete sich 1970 bereits ein Stückpreis von 1,7 Millionen DM ab,¹⁾ 1971 wurde ein Preis von 1,9 Millionen DM genannt²⁾ und damit eine Kostenentwicklung signalisiert, die im Verbund mit den anderen Großgerätebeschaffungen von Luftwaffe und Marine in der Folgezeit erhebliche Finanzierungsprobleme bringen sollte.³⁾

Ferner waren in deutsch-französischer Kooperation zur konventionellen Abwehrsteigerung die Panzerabwehrraketen MILAN und HOT entwickelt worden,⁴⁾ die in Stückzahlen von 200 000 bzw. 150 000 produziert werden sollten und deren Prototypen ab März 1971 in der NATO erprobt wurden.⁵⁾ Weitergeführt wurde die Entwicklung des Tieffliegerabwehrraketensystems ROLAND, dessen Einführung in der Bundesrepublik ab 1974 in Erwägung gezogen wurde. Als besonders wirkungsvolle Stärkung der konventionellen Kampfkraft ist die 1971 erfolgte Einführung der leichten Mehrfachraketenwerfer (LAR) zu werten, die als Streu- und Flächenwaffen mit verschiedener Munition ("Pandora", "Meduse", "Drachensaat") hochwirksam gegen Panzerverbände eingesetzt werden können.⁶⁾

Die Überprüfung der Pläne für die Luftwaffenrüstung ergab,

1) Vgl. PPP v. 30.1.70

2) Vgl. SPD-PD v. 12.1.71

3) Auch im Bereich einfacherer Waffensysteme war die Kostenentwicklung alarmierend. So stieg z.B. der Preis der Panzerhaubitzen M 109 G von 28 000,- DM (1968) auf 62 000,- DM (1971); vgl. BMVg, IPS Mitteilungen a.d. Presse v. 26.11.71.

4) Die Entscheidung für dieses Projekt war bereits 1964 gefallen.

5) Vgl. SZ v. 24.2.71

6) Vgl. WB 1971/72 : S. 141; auch DER SPIEGEL 33/1970

daß - die mit knapper Mehrheit im Verteidigungsausschuß gebilligte - Beschaffung von 88 Phantom-Flugzeugen¹⁾ als nicht ausreichend angesehen wurde. Somit wurde im März 1971 die Verdoppelung des Beschaffungsprogramms auf 175 Stück beschlossen. Begründet wurde dies mit der neuen NATO-Strategie, wonach sich eine "Einsatzlücke der Gefechtsfeldjagd zur Herstellung einer zeitlich und örtlich begrenzten Luftüberlegenheit, um dem Heer und der Luftwaffe Operationsfreiheit zu geben",²⁾ aufgetan habe.

Die maßgeblichen sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker zeigten nun keine Skepsis mehr gegenüber den Stückzahlen oder der Qualität dieses Flugzeuges und sahen somit auch keine "Alternative zur Phantom".³⁾

In der 34. Sitzung des Verteidigungsausschusses im Juni 1971 stimmten alle SPD- und FDP-Abgeordneten daher diesem Beschaffungsvorhaben zu - bei Stimmenthaltung der Opposition.⁴⁾

Einschränkend beschloß der Verteidigungsausschuß, der Gesamtumfang des Projekts solle die Vier-Milliarden-DM-Grenze nicht überschreiten. Damit war der Kostenrahmen für eines der größten Beschaffungsvorhaben in der Geschichte der Bundeswehr jedoch eher großzügig bemessen, denn noch im März 1971 war

1) Vgl. S. 126f.

2) So Luftwaffeninspekteur Rall, zit. n. SD-SIPO 6/1971; vgl. auch DER SPIEGEL 13/1971; ebenso Verteidigungsausschußmitglied SPD-MdB Klaus Richter in: SPD-PD v. 21.6.71

3) SPD-PD v. 21.6.71

4) Vgl. SD-SIPO 5/1971

für 220 Flugzeuge ein Gesamtkaufpreis von 3,1 Milliarden DM genannt worden.¹⁾

Die Grundsatzentscheidung für die Ausweitung der Phantombeschaffung war ohnehin bereits im März 1971 von Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt veröffentlicht worden, noch ehe sie im Kabinett, Haushalts- und Verteidigungsausschuß erläutert und begründet worden war.²⁾ So hatte auch die Abstimmung im Verteidigungsausschuß eher den Charakter einer billigen Kenntnisnahme einer längst präjudizierten Entscheidung.³⁾

Als zweites Großprojekt der Luftwaffe war am 23.7.70 mit dem französischen Verteidigungsministeriums eine Vereinbarung über die Einleitung der Definitionsphase für ein taktisches Erdkampfflugzeug, das vor allem auch als Schulflugzeug verwendet werden sollte, des "Alpha-Jets", unterzeichnet worden. Die Vertragsbedingungen für die Definitionsphase wurden mit den Firmen Breguet, Dassault und Dornier ausgehandelt.⁴⁾

Das dritte - und mit Abstand kostspieligste Beschaffungsvorhaben für den MRCA-Tornado - wurde in der Ära Schmidt von der Definitions- in die Entwicklungsphase übergeführt.⁵⁾

Im Rahmen der Kooperation mit Italien und Großbritannien war dem Verteidigungsausschuß am 13.7.1970 ein möglicher Ausstiegstermin (1.1.71) mitgeteilt worden, der jedoch nicht wahrgenommen wurde.⁶⁾

Noch 1970 hatten SPD-Sicherheitspolitiker einen Gerätesystempreis von 16,2 Millionen DM pro MRCA für realistisch gehalten.

1) Vgl. DER SPIEGEL 13/1971

2) Vgl. SZ v. 25.3.71

3) Dies trifft allerdings mehr oder weniger für alle Beschaffungsvorhaben zu. Zur Funktion des Verteidigungsausschusses bei der Beratung von Beschaffungsvorhaben vgl. Berg 1982 : S. 186ff.

4) BMVg, IPS Mitteilungen a.d. Presse v. 24.7.70

5) Die Entscheidung fiel im Juli 1970, vgl. PPP v. 22.7.70

6) Vgl. Mechttersheimer 1977 : S. 77

ten.¹⁾ Im Juli 1971 war dieser Ansatz bereits auf 22 Millionen hochkorrigiert worden. Dem CSU-Abgeordneten Zimmermann, der damals von einem Gesamtsystempreis von 35 Millionen DM pro Stück gesprochen hatte, wurde Leichtfertigkeit und Übertreibungssucht vorgeworfen, mit der er lediglich "Unruhe in die deutsche Luftfahrtindustrie" tragen und "Zweckpessimismus" verbreiten wolle.²⁾

Ein Gerätesystempreis von 35 Millionen DM hätte nach Meinung des SPD-MdB und Mitglied des Verteidigungsausschusses Klaus Richter "das Projekt auch getötet".³⁾

In Verkennung der Realität schätzte Richter "die Vorzeichen" für das MRCA-Beschaffungsprogramm als "außerordentlich günstig" ein, denn "alle technischen Probleme konnten gelöst werden, die befürchtete⁴⁾ Kostenexplosion fand nicht statt".⁴⁾

Zwei Jahre später allerdings wurde der Gerätesystempreis mit 40,9 Millionen DM ausgewiesen.⁵⁾

Die Stückzahlen mußten seit 1968, vor allem wegen der sich anbahnenden Kostenentwicklung, von 800 auf 600 (Anfang 1970), dann 420 (Mai 1970) und schließlich auf 322 reduziert werden. Damit war augenfällig dokumentiert worden, daß in erster Linie der Kostenfaktor die Quantität der Beschaffungsprogramme bestimmte und erst in zweiter Linie die Bedrohungsanalyse, nach der noch 1968 800 MRCA als unabdingbar notwendig für die Aufrechterhaltung der Abschreckung erachtet worden waren. Wenn auch die Konzeptionsphase des MRCA Tornado in die Amtszeit des Ministers Schröder fällt und auch unter Leber noch die Möglichkeit bestanden hätte, aus diesem Projekt auszuweichen, so ist doch Oberst i.G. Boysen in der folgenden Einschätzung zuzustimmen:

1) Vgl. PPP v. 2.2.70

2) So SPD-MdB Klaus Richter in: SPD-PD v. 27.7.71

3) Ebda.

4) Ebda.

5) Vgl. Mechttersheimer 1977 : S. 117

"Im Falle des MRCA war es die Person Helmut Schmidts, die angesichts vieler zu bewältigender Probleme zu einer Art 'Fortführungsgarantie' für dieses Flugzeug geworden war. Ohne seine politische Rückenstärkung hätte die Luftwaffe dieses Flugzeug wohl nie erhalten."¹⁾

Schmidt selbst charakterisierte das MRCA-Programm als "das größte Rüstungsprojekt seit Christi Geburt", als "Fundament der künftigen Luftwaffenrüstung für Westeuropa" und nicht nur als militärisch sinnvoll, sondern auch außenpolitisch vor allem "unter dem Aspekt der Europapolitik hochinteressant".²⁾

Mit den Projekten Alpha-Jet, MRCA Tornado und dem Triebwerksbau für die Phantom wurde die deutsche Luftfahrtindustrie auf Jahre hinaus ausgelastet, auf Wachstum programmiert und der internationale "Standard technischer, organisatorischer und kommerzieller Erfahrungen"³⁾ im Luftrüstungsbereich erreicht.

Für die Modernisierung der Seestreitkräfte blieben (obwohl die Tornado-Luftrüstung auch Marineflugzeuge umfaßte) angesichts dieser ambitionierten Programme vorerst relativ wenig Mittel. Dennoch mußten 1970 300 Millionen DM für den Nachbau von sechs U-Booten bewilligt werden, da sich herausgestellt hatte, daß sechs in Dienst gestellte Boote wegen erheblicher Materialmängel nicht verwendungsfähig waren.

1) Boysen 1980 : S. 341

2) Zit. n. Mechttersheimer 1977 : S. 161 u. 162

3) SPD-PD v. 17.12.70

4) Vgl. PPP v. 19.3.70

Das noch in der Systemplanung befindliche Fregattenbauprogramm¹⁾ wurde von Schmidt im Mai 1970 auf Eis gelegt,²⁾ da bereits zu diesem Zeitpunkt ein Preis von 400 Millionen DM pro Stück möglich und damit als nicht finanzierbar erschien.³⁾ Die Modernisierung überalterter Schnellbootausrüstungen der Marine wurde hingegen im Herbst 1970 durch ein Abkommen mit Frankreich über die Lieferung von 20 Booten des Typs S 148 im Wert von insgesamt 700 Millionen DM zumindest teilweise in Angriff genommen.⁴⁾

Die SPD-Sicherheitspolitiker im Verteidigungsausschuß begrüßten auch diese Entscheidung und drückten die Hoffnung aus, daß auch die deutsche Industrie und vor allem die Werften bei der Lieferung und dem Einbau der Dieselmotoren, der Elektroaggregate und der Fernmeldeeinrichtungen gebührend beteiligt würden.⁵⁾

1) Mit der Fregatte 70, Typ 122, sollten die überalterten, zum Teil noch aus dem 2. Weltkrieg stammenden Zerstörer der Hamburg- und Flotscher-Klasse ersetzt werden.

2) Vgl. SZ v. 1.6.70

3) Vgl. Buchstaller in: PPP v. 14.7.70; zur Wiederaufnahme des Projekts in der Amtszeit Lebers vgl. S. 317.

4) Vgl. PPP v. 23.10.70; auch DER SPIEGEL 34/1970

5) Vgl. Buchstaller in: PPP v. 15.10.70

3.2.2.3. Restriktive Waffenexport- und Militärhilferichtlinien im Widerstreit von Moral und wirtschaftlichen "Sachzwängen"

Das Weißbuch 1970 dokumentierte unmißverständlich die Haltung Helmut Schmidts zur Frage des Waffenexports: "Das Bundesministerium der Verteidigung und die Bundeswehr haben kein spezifisches Interesse an der Förderung des Waffenexports, es sei denn, er diene der Standardisierung der Ausrüstung im Bündnis."¹⁾

Tatsächlich war der Anteil des offiziell ausgewiesenen Rüstungsexports (d.h. nach den Kriterien des Kriegswaffenkontrollgesetzes) am Gesamtexport der Bundesrepublik Ende der 60er Jahre eine eher vernachlässigbare Größe: er lag zwischen 0,3% und 0,5%²⁾ und schien damit auch im internationalen Vergleich minimal.³⁾

Im August des Jahres 1970 sprach sich Schmidt für die Verlegung der Zuständigkeit der Waffenexportfragen ins Auswärtige Amt aus und gab seinem Bemühen Ausdruck, durch eine Novellierung des Waffenausfuhrgesetzes seinem Ministerium jede Verantwortung für den Rüstungsexport zu nehmen.⁴⁾

1) WB 1970 : S. 157; fast wortgleich mit PPP v. 13.7.70

2) Erstere Zahl bezieht sich auf das Jahr 1968, vgl. WB 1970 : S. 157; der zweite Prozentanteil nach Mommsen, in: Wehrpolitische Tagung 1970 : S. 46.

3) USA: 3,8%, Frankreich 3,1%; die Weißbücher 1971/72, 1973/74 und 1975/76 geben keine Informationen über den Waffenexport der Bundesrepublik. Erst im Weißbuch 1979 wird unter dem Stichwort "Waffentransfer" diese Problematik wieder behandelt.

4) Durch eine Rechtsverordnung zum Kriegswaffenkontrollgesetz wurde 1971 für die Herstellung und Beförderung von Kriegswaffen zum Zwecke des Exports der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen Genehmigungsbehörde. Bei der Erteilung der Ausfuhrgenehmigungen wurden das Auswärtige Amt und das Bundesverteidigungsministerium mitbeteiligt; vgl. SD-SIPO 9/1971.

Gleichzeitig räumte Schmidt ein, daß die Bundeswehr bemüht sei, der Luftfahrt- und Elektronikindustrie mit Hilfe von Rüstungsprogrammen Anschlußaufträge zu sichern, wies jedoch eine rein ökonomische Begründung für Rüstungsaufträge oder -export zurück: "Ich fühle mich nicht verantwortlich für die kontinuierliche Auslastung mit Aufträgen bestimmter deutscher Industrien".¹⁾

Noch auf dem wehrpolitischen Forum der SPD 1969 hatte Schmidt der ökonomischen Argumentation eine größere Bedeutung beigemessen. Er hatte die Bereiche "wehrtechnische Forschung, Entwicklung, Erprobung und die Beschaffung von Ausrüstung und Gerät" und die dafür "erforderliche mittelfristige Planung und Programmierung (...) auch für die kontinuierliche Beschäftigungslage und technologische Weiterentwicklung bestimmter fortgeschrittener Industriezweige" als "von außerordentlicher Bedeutung" bezeichnet.²⁾

Nach eigenen Einschätzungen hatte die Bundesrepublik unter der sozialliberalen Koalition "nunmehr eine ungewöhnlich defensive Linie hinsichtlich des Waffenexports eingeschlagen" und übe in dieser Hinsicht "in einem Maße Zurückhaltung wie kaum ein Staat in der Welt".³⁾ Diese Äußerungen lassen eine Defensivposition erkennen, die daraus resultierte, daß im August 1970 die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) den Vorwurf erhoben hatte, die Bundesrepublik liefere heimlich Waffen nach Pretoria.⁴⁾ Ein Jahr später versicherte die Bundesregierung, sie nehme auch keine Waffenlieferungen

1) Zit. n. SZ v. 10.8.70

2) Zit. n. Wehrpolitisches Forum 1969 : S. 28

3) SPD-PD v. 1.9.70

4) Vgl. SZ v. 28.8.70

nach Portugal vor¹⁾ und bemühe sich um eine Neuformulierung der Endverbleibsklausel bezüglich früher getätigter Waffengeschäfte.

Im Mai 1971 hatte die Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion unter Federführung von MdB Kern die Bundesregierung aufgefordert, "künftige Waffenlieferungen, militärische Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe ausschließlich auf die Mitgliedsstaaten des Nordatlantikvertrages zu beschränken" und deutschen Rüstungsunternehmen durch Gesetz zu verbieten, "im Ausland zur Kriegführung bestimmte Waffen zu entwickeln, herzustellen, an ihrer Herstellung mitzuwirken oder in den Verkehr zu bringen."²⁾

Obwohl nahezu deckungsgleiche Formulierungen in entsprechenden früheren Gesetzesentwürfen der SPD verwendet wurden,³⁾ konnte sich die Fraktion zu einer solchen Gesetzesinitiative nicht entschließen.

Am 16. Juni 1971 beschloß die sozialliberale Regierung "Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstiger Rüstungsgüter",⁴⁾ die zwar unbestreitbar auf eine restriktive Ausrichtung des Rüstungsexports abzielten, in den Formulierungen jedoch eher vage blieben und damit Ausnahmeregelungen von vorneherein als möglich erscheinen ließen. So hieß es z.B., daß "der Export von Kriegswaffen in Länder außerhalb des Atlantischen Bündnisses grundsätzlich unterbleiben (...) soll" (Hervorh.

1) Vgl. SD-SIPO 9/1971

2) Zit. n. DER SPIEGEL 20/1971

3) Vgl. BT Dr.s. IV/2355 und V/691; jeweils identischer Gesetzestext zum Entwurf eines zweiten Ausführungsgesetzes zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 15.6.64 und 15.6.66.

4) Text in: Mil.pol.Dok. 18/1980 : S. 33f.

durch d. Verf.) und "der Export sonstiger Rüstungsgüter (...) so weit wie möglich (Hervorh. durch d. Verf.) zu beschränken" sei.¹⁾

Der Export von Kriegswaffen in Spannungsgebiete sollte ausgeschlossen sein; Definition und Einschätzung eines Spannungsgebiets wurde allerdings der Bürokratie des Auswärtigen Amtes überlassen.

Der Kriegswaffenexport in sonstige Nicht-NATO-Länder sollte ebenfalls unterbleiben, "es sei denn, daß Ausnahmen allgemeiner Art festgelegt oder Ausnahmegenehmigungen in Einzelfällen aufgrund besonderer politischer Erwägungen (nur mit amtlichem Endverbleibsnachweis) erteilt werden."²⁾

Die oben angeführten ostentativen Äußerungen Schmidts an die Adresse der Rüstungsindustrie zu dieser Problematik sowie die Willensbildung in der SPD-Fraktion, die zum Teil erheblich weitergehende Forderungen erhob, als in den Politischen Grundsätzen schließlich niedergelegt wurde, deuten daraufhin, daß zunehmend Interessen der mit Rüstungsexport befaßten Firmen berücksichtigt wurden. Von seiten der Industrie wurde dabei nicht nur die Frage der Kapazitätsauslastung in die Diskussion gebracht, sondern angesichts der angespannten Haushaltslage und der Kostenentwicklung bei Waffensystemen auch mit möglichen Kostensenkungen für die Waffensysteme der Bundeswehr argumentiert. So meldete der PPP vom 13.7.1970, daß "aus Kreisen der westdeutschen Industrie" der Wunsch geäußert worden sei, den Schützenpanzer Marder "als Exportschlager außerhalb der Allianz anzubieten". Im weiteren wurde dazu ausgeführt: "Dabei wollten die deutschen Produ-

1) Zit. n. Mil.pol.Dok. 18/1980 : S. 33

2) Ebda.

zenten den ministeriellen Bewilligungsgremien in Bonn das Geschäft damit schmackhaft machen, daß sie auf die gestiegenen Herstellungskosten verwiesen. Anstatt 600 000,- DM wird ein Marder nunmehr 900 000,- DM kosten. Bei steigenden Produktionszahlen für den Export, so argumentieren die Rüstungsfabrikanten, können auch die Stückpreise für die Bundeswehr gesenkt werden."¹⁾

Obwohl exakte Zahlen über den jährlichen absoluten Wert der exportierten Rüstungsgüter nicht vorliegen,²⁾ kann in den Jahren von 1969 bis 72 von einer jährlichen realen durchschnittlichen Steigerung der Rüstungsexporte von fast 17% ausgegangen werden,³⁾ wobei offen bleiben muß, welchen Anteil daran offiziell genehmigte Kriegswaffenexporte, andere Rüstungsgüter und halb- oder illegale Geschäfte hatten.⁴⁾

Eine auf ACDA-Quellen beruhende Tabelle beziffert den Rüstungsexport der Bundesrepublik auf:

1969	395
1970	689
1971	453
1972	1 050 Millionen DM. ⁵⁾

In der Parteitagsdiskussion nahm die Militärhilfe für das Obristenregime in Griechenland, vor allem die geplanten U-Boot-Lieferungen,⁶⁾ einen großen Stellenwert ein. Auf dem Saarbrücker Parteitag 1970 entzündete sich die Diskussion an den Anträgen des Bezirks Hessen-Süd und einzelner anderer

1) PPP v. 13.7.70

2) Vgl. Huffs Schmid 1981 : S. 38

3) Ebda. : S. 154

4) Solche Praktiken zeigen auf Brzoska/Guha/Wellmann 1982, v.a. S. 53ff.

5) Vgl. Huffs Schmid 1981 : S. 38

6) Die Kieler Howaldtwerft hatte mit Griechenland einen Liefervertrag über vier U-Boote abgeschlossen.

Ortsvereine.¹⁾ Hessen-Süd hatte unter anderem beantragt:
"3. Mit Hilfe gesetzlicher und administrativer Maßnahmen die Einfuhr griechischer Waren zu erschweren und den Kapital-export deutscher Firmen nach Griechenland zu unterbinden.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland einfrieren zu lassen und Griechenland jegliche militärische und wirtschaftliche Hilfe zu versagen."²⁾

Diese Forderungen gingen kaum über die bestehende Beschlußlage hinaus. Auf dem Nürnberger Parteitag 1968 waren im Antrag 400 der Antragskommission³⁾ folgende Passagen einstimmig beschlossen worden:⁴⁾ "Die SPD fordert, daß keine Waffen an Griechenland geliefert werden und daß im Rahmen der NATO gewährte Waffenhilfe für Griechenland suspendiert wird. Wir fordern die Bundesregierung auf, in allen Gremien der europäischen Gemeinschaften darauf hinzuwirken, daß jede Form wirtschaftlicher Unterstützung davon abhängig zu machen ist, daß Griechenland eine rechtsstaatliche Demokratie wird".⁵⁾

Während einzelne Vertreter der linken Parteitagsminderheit (z.B. Conradi, Gansel) aus moralischen Gründen für den Antrag Hessen-Süds eintraten, argumentierten die Vertreter des Parteivorstands (z.B. Apel, Schmidt) mit wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Einwendungen dagegen. Apel lehnte jede Art von Wirtschaftssanktionen gegen Griechenland ab, da solche, "gegenüber Diktaturen in Ost wie West praktiziert (...), unseren Außenhandel total kaputt machen" würden.⁶⁾

1) Vgl. Antrag 117 sowie die Anträge 118 bis 120, PT 1970 : S. 26 u. 27/Ergänzungsband.

2) Ebda. : S. 26

3) PT 1968 : S. 1070f.

4) Ebda. : S. 782

5) Ebda. : S. 1071

6) PT 1970 : S. 110

Den geplanten U-Boot-Export sah Apel lediglich als "Schönheitsfehler" an und betonte, daß diese Lieferung "nicht das Regime gegenüber den Widerständlern" stärke, "denn Widerständler werden nur sehr wenig mit U-Booten bekämpft werden."¹⁾

Schmidt bezifferte den Umfang der Lieferverträge mit Griechenland, die durch die Regierung der Großen Koalition, "beginnend vor dem Obristenputsch in Athen, fortgesetzt und abgeschlossen nach jenem Putsch" worden seien, auf derzeit 18 Millionen DM. Im Herbst 1969 hätte die Bundesregierung aus den Lieferverträgen "alles das herausgestrichen, was etwa in einem Bürgerkrieg oder in bürgerkriegsähnlichen Situationen unmittelbar hätte Verwendung finden können, nämlich Panzer, Munition und Handfeuerwaffen und dergleichen". Bei den gelieferten Rüstungsgütern handle es sich zudem "ausschließlich um ausgesondertes Überschußmaterial, das die Bundeswehr nicht mehr gebrauchen kann. Dazu gehören auch 40 Transportflugzeuge". Ferner habe "die Waffenhilfe im Rahmen der NATO gegenüber Griechenland (...) vollständig aufgehört."²⁾ Der U-Bootverkauf sei "ein privates Geschäft einer deutschen Werft mit der griechischen Regierung", auf das "der Bundesverteidigungsminister (...) keinen Einfluß" habe.³⁾ Allerdings räumte Schmidt ein, daß die Exportgenehmigungen durch das Kabinett der Großen Koalition - also auch mit Billigung der sozialdemokratischen Mitglieder - erfolgt sei.⁴⁾ Weitergehende Forderungen nach einem NATO-

1) PT 1970 : S. 110

2) Ebda. : S. 124

3) Ebda. : S. 125

4) Vgl. ebda.

Ausschluß Griechenlands¹⁾ wurden vom Parteivorstand wie folgt zurückgewiesen:

"Ein Ausschluß Griechenlands aus der NATO (wird) von der SPD nicht angestrebt. Die NATO ist eine wertfreie militärische Verteidigungsorganisation, der auch das autoritär regierte Portugal angehört."²⁾

Auch Schmidt definierte die NATO "als ein Bündnis, das nicht den Auftrag hat, irgendwelche Philosophien oder Ideologien zu verbreiten, sondern das den Auftrag hat, ein ausreichendes Gegengewicht gegen die allerdings ungeheure Macht des Warschauer Pakts in Mitteleuropa und auch im östlichen Mittelmeer zu schaffen, damit das Gleichgewicht und damit der Frieden erhalten bleibe." Ferner solle man sich "nicht darüber hinwegtäuschen (...), was die Rolle Griechenlands beim Gleichgewicht zwischen Ost und West, insbesondere im östlichen Mittelmeer angeht, (...), da es unabhängig davon, daß es im Westen - siehe Griechenland - wie im Osten diktatorisch geordnete Staaten gibt, unser Interesse sein muß, das Gleichgewicht dort aufrecht zu erhalten."³⁾

1) Dies hatte ein Kongreß der britischen Labourpartei bereits im Oktober 1967 mit deutlicher Mehrheit gefordert, wie den Nürnberger Parteitagsdelegierten mitgeteilt wurde; vgl. PT 1968 : S. 747.

2) PT 1970 : S. 121. In der Präambel des Nordatlantikvertrags v. 4.4.1949 heißt es allerdings: "Die Parteien dieses Vertrags (...) sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe, die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten." (NATO-Handbuch 1982 : S. 9) Die Einschätzung der NATO als "wertfreie militärische Verteidigungsorganisation" erscheint daher abwegig - es sei denn, man interpretiert die Vertragspräambel als inhaltsleere Propagandaformel zur Maskierung antikommunistischer Machtpolitik.

3) PT 1970 : S. 126f.

Die Parteitagsdelegierten folgten mehrheitlich der von den Sprechern des Parteivorstandes vorgetragenen Argumentation, wenn auch die Ablehnung der Anträge zum Teil nur mit knappen Mehrheiten erfolgte.¹⁾

Der schließlich beschlossene Antrag des Parteivorstands bedeutete trotz der Beteuerung: "Der SPD-Bundesparteitag unterstreicht die vom Nürnberger Parteitag zum griechischen Obristenregime beschlossenen Forderungen", faktisch eine Abschwächung der ursprünglichen Beschlußlage und enthielt weniger konkrete Aussagen als der entsprechende Antrag des Nürnberger Parteitags 1968. Dies wurde in folgenden Formulierungen deutlich:

"Der Parteitag ruft alle Regierungen der westlichen Allianz auf, gemeinsam energische diplomatische und politische Schritte zu unternehmen, um der Demokratie in Griechenland den Weg zu bahnen.

Der Parteitag fordert die Bundesregierung auf, keine neuen vertraglichen Bindungen für Waffenlieferungen an Griechenland einzugehen. Bestehende Verträge sind zu überprüfen".²⁾

Diese geforderte Überprüfung führte nicht zur Annullierung des U-Bootgeschäfts. Der Bezirk Hessen-Süd versuchte daher, auf dem außerordentlichen Bonner Parteitag im November 1971 folgenden Antrag einzubringen: "Wir verurteilen die Zustimmung der Bundesregierung zur Lieferung von vier 9000-t-Unterseebooten an das faschistische Regime in Griechenland. Wir verurteilen das Verhalten der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Mitglieder in der Bundesregierung, sich über zwei Parteitagsbeschlüsse hinwegzusetzen."³⁾ Dieser Antrag wurde nicht beschlossen, sondern lediglich als Material an den Parteivor-

1) So z.B. die Ablehnung des Antrags 120, vgl. PT 1970 : S. 153f.

2) Antrag 675 des Parteivorstands, PT 1970 : S. 1107

3) Antrag 101, a.o. PT 1971 : S. 992

stand überwiesen.

Für neue Verunsicherung sorgte Anfang 1972 ein Interview des SPD-MdB Manfred Geßner mit der Deutschen Welle, das von der griechischen Junta so interpretiert wurde, "daß die Wiederaufnahme der Militärhilfe für Griechenland durch die BRD bereits beschlossene Sache sei."¹⁾

Sowohl SPD-MdB Corterier als auch Hans Apel betonten allerdings, daß eine Wiederaufnahme der Militärhilfe derzeit nicht geplant sei.²⁾ Anfang Juni bestätigte dies der Sprecher des Auswärtigen Amtes Guido Brunner.³⁾

Der SPD nahestehende Wissenschaftler hatten 1971/72 erstmals kritische Analysen zur Praxis der Militärhilfe und der Rüstungsexporte erstellt,⁴⁾ die grundsätzlich bzw. in einzelnen Fallstudien⁵⁾ die Fragwürdigkeit der Militärhilfepolitik aufzeigten.

Skepsis hatte auch Helmut Schmidt bereits 1970 geäußert und als Tatsache herausgestellt, "daß wir mindestens ebenso viele politische Rückschläge, Nachteile, unerfreuliche Erfahrungen gemacht haben, als wir etwa außenpolitische Vorteile vom Waffenexport oder von der Ausrüstungshilfe gehabt hätten."⁶⁾ Das Weißbuch 1970 dokumentierte allerdings, daß "für die nächsten Jahre" Ausrüstungshilfe zur "Unterstützung befreundeter Staaten in Afrika und Asien beim Aufbau von Sicherungskräften" und "zur inneren Stabilisierung der Entwicklungs-

1) SPD-PD v. 12.1.72

2) Vgl. ebda. sowie SPD-PD v. 30.5.72

3) Vgl. SZ v. 3./4.6.72

4) Z.B. Haftendorn 1971 sowie
Albrecht/Sommer 1972

5) So Albrecht/Sommer 1972 in bezug auf Guinea, Tschad und Portugal.

6) Zit. n. SZ v. 10.8.70

länder", im Wert von 74 Millionen DM an 13 Länder geleistet werden solle.¹⁾

Gegen Ende der Amtszeit Schmidts schließlich wurde ein Militärabkommen zwischen der Bundesrepublik und Seoul über die Ausbildung von südkoreanischem Militärpersonal in der BRD vorbereitet.²⁾

Damit deutete sich an, daß die Rüstungsexport- und Militärhilfepolitik wegen ihrer Inkongruenz von Anspruch und Wirklichkeit weit über die Amtszeit Schmidts hinaus ein stark emotional besetztes Reizthema der SPD-Diskussion bleiben würde.

1) WB 1970 : S. 158

2) Vgl. SZ v. 29.6.72

3.2.3. Die Mitwirkung in der NATO

3.2.3.1. Die Erfüllung der Bündnisverpflichtungen unter den Bedingungen verstärkter europäischer Mitwirkung in der NATO

Die Tagungen der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) befaßten sich während der Ära Schmidt fast ausschließlich mit der "Prüfung von Grundsatzfragen des eventuellen defensiven Einsatzes von Nuklearwaffen im Rahmen der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion" sowie mit "Untersuchungen über hiermit zusammenhängende Fragen".¹⁾ Die daraus gewonnenen "Grundsatzrichtlinien" wurden im Dezember 1970 vom Ausschuß "Verteidigungsplanung" (DPC) der NATO aufgrund der Empfehlungen der NPG verabschiedet.²⁾ Im Mai 1971 behandelte die NPG-Ministertagung einen Bericht der NATO-Militärbehörden über die Anpassung ihrer Planung an diese Grundsatzrichtlinien.³⁾ Die Diskussion über den "taktische(n) Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung des Bündnisgebietes"⁴⁾ war damit keineswegs abgeschlossen. Vielmehr lagen als "Bestandteil eines fortlaufenden Arbeitsprogramms" mehrere, unter der Federführung bestimmter Mitgliedsstaaten bzw. von den Befehlshabern der großen Kommandobereiche der NATO erarbeitete Studien vor, die zum Teil noch ergänzt werden sollten.⁵⁾ Im Mittelpunkt der NPG-Tagung im Oktober 1971 stand schließlich eine Studie, "die von den Herren

1) Kommunique der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) v. 7.-9.6.70 in Venedig; zit. n. Siegler 1970 : Nr.80; ebenso Kommunique der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) v. 2.11.1970 in Ottawa, in: Siegler 1970 : Nr. 160; vgl. auch PPP v. 12.6.70

2) Vgl. S. 147f.

3) Vgl. Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) v. 25./26.5.1971 in Mittenwald, in: Siegler 1971 : Nr. 70

4) Ebda.

5) Ebda.

Schmidt und Laird gemeinsam unterbreitet wurde und die eine Vielfalt von Optionen für eine solche taktische Verwendung von Kernwaffen darlegt".¹⁾ Ein halbes Jahr später in Kopenhagen "erörterten die Minister solche Faktoren, die zu berücksichtigen wären, falls die NATO vor der Notwendigkeit stünde, den defensiven Einsatz nuklearer Waffen in Erwägung zu ziehen", und "untersuchten ferner die bereits getroffenen Vorkehrungen für die Erleichterung eines wirksamen Konsultationsverfahrens, wie es bei einer derartigen Situation angewendet" werden sollte.²⁾

Der im Verteidigungsfall vorgesehene Einsatz von Nuklearwaffen hatte durch spektakuläre Berichte in einzelnen Zeitungen und Illustrierten über mögliche konkrete Optionen für Beunruhigung in der Öffentlichkeit gesorgt,³⁾ was sich in Anträgen zum Saarbrücker Parteitag 1970 äußerte. Der sicherheitspolitisch sensibilisierte Bezirk Hessen-Süd hatte folgenden Antrag vorgelegt, der dann allerdings ohne Diskussion mit deutlicher Mehrheit abgelehnt wurde:⁴⁾

"Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, im Bundestag unverzüglich eine große Anfrage an die Bundesregierung einzubringen mit dem Inhalt, ob der Regierung amerikanische Pläne bekannt sind, wonach im Falle eines militärischen Konfliktes das gesamte hessische Gebiet nördlich des Mains zur verbrannten Erde gemacht werden soll, um so das

1) Zit. n. Siegler 1971 : Nr. 176

2) Zit. n. Siegler 1972 : Nr. 55

3) Vgl. z.B. DER STERN 6/1970; auch SZ v. 29.1.70

4) Antrag 171, PT 1970 : S. 42/Ergänzungsband; Abstimmung vgl. ebda. : S. 180

Vorrücken gegnerischer Verbände zu verhindern."¹⁾ Diese Aufforderung weist darauf hin, daß weder das Wesen der Strategie der flexible response noch die Tätigkeit der NPG noch die Mitarbeit des sozialdemokratischen Verteidigungsministers in ihr in ihrer Tragweite von den Antragstellern registriert worden waren.

Differenzierter und von größerer Sachkenntnis geprägt war hingegen ein Antrag des Bezirks Südbayern, der Kritik an der Existenz der ADM übte,²⁾ den Abzug der chemischen Kampfstoffe der US-Army forderte und es als "eine der wichtigsten Aufgaben einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung" erachtete, "die Bevölkerung umfassend über die atomare Verteidigungsplanung zu informieren und bei den westlichen Alliierten verbindliche Zusagen einzuholen, daß im Falle eines Atomkrieges die BRD nicht eine Politik der verbrannten Erde zu gewärtigen" habe; "ferner, daß der Einsatz von Atomwaffen gegen Ziele in der BRD und in der DDR nur mit Zustimmung der Bundesregierung erfolgen wird".³⁾

Dieser Antrag wurde ohne Diskussion nicht beschlossen und lediglich als Material an den Parteivorstand überwiesen. Angenommen wurde allerdings folgender Antrag: "Der Bundestag fordert das weltweite Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung atomarer, chemischer und biologischer Waffen."⁴⁾ Einer solchen Forderung konnten auch diejenigen zustimmen, die Atomwaffen zur Abschreckung und zum Einsatz

1) PT 1970 : S. 42/Ergänzungsband

2) Vgl. ähnliche Kritik in PPP v. 12.6.70

3) Antrag 671. PT 1970 : S. 1104

4) Antrag 123, PT 1970 : S. 934

im Verteidigungsfall für notwendig erachteten, da jene Formulierung in ihrer globalen Ausrichtung ohnehin nur den Charakter eines wirkungslosen moralischen Appells hatte. Die Annahme erfolgte dann auch einstimmig.¹⁾

Von größerem Gewicht als einzelne Zeitungsberichte war jedoch die Studie Carl Friedrich von Weizsäckers "Kriegsfolgen und Kriegsverhütung", die im November 1970 erschien.²⁾ Sie kam zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik keine Verteidigungsmöglichkeit besitze, ihre "Verteidigung" in jedem Fall ihre Zerstörung bedeute.³⁾

Diese Einschätzung stieß bei der Bundeswehrführung auf scharfe Kritik.⁴⁾ In einer Stellungnahme zur Weizsäcker-Studie wurde der Schlußfolgerung, die Bundesrepublik besitze keine sinnvolle Verteidigung, entschieden widersprochen; es werde damit die NATO-Strategie der flexible response verkannt, die in erster Linie eine Abschreckungsstrategie sei. Die Atomwaffen seien in erster Linie politische Waffen.⁵⁾ Diese apologetische Argumentation war nicht neu,⁶⁾ ließ jedoch wiederum außer acht, daß die flexible response, wenn sie eine wirkungsvolle Abschreckungsstrategie sein sollte, gleichermaßen auch eine Kriegführungsstrategie sein mußte, und daß die Atomwaffen in ihrer Abschreckungsfunktion zwar politische Waffen darstellten, in ihrer "Verteidigungsfunktion" aber Kriegführungsinstrumente sein mußten, sollte die Abschreckung glaubwürdig sein. Die Weizsäcker-Studie hatte lediglich dieses

1) PT 1970 : S. 158

2) Vgl. Weizsäcker ²1971

3) Ebda. : S. 6f.; zu den Folgen eines Nuklearkriegs vgl. ebda. S. 53lff.

4) Vgl. DIE WELT v. 29.7.71

5) Ebda.

6) Vgl. S. 136f.

Dilemma thematisiert und mit wissenschaftlicher Akribie die möglichen Kriegsfolgen für die Bundesrepublik im Verteidigungsfall untersucht, wobei ihre Ergebnisse keineswegs überraschend waren, sondern in ihrer Essenz von Helmut Schmidt u.a. auch so erkannt worden waren.¹⁾

Auch die NATO-Verteidigungsminister hatten auf der Jahrestagung des DPC im Dezember 1970 noch einmal in einer gemeinsamen Erklärung unmißverständlich festgestellt: "Die derzeitige NATO-Strategie der Abschreckung und (Hervorh. durch d. Verf.) Verteidigung, die aus der flexiblen Reaktion und der Vorneverteidigung besteht, behält weiterhin Gültigkeit. Sie wird auch in Zukunft eine zweckdienliche Mischung aus nuklearen und konventionellen Streitkräften erfordern."²⁾ Ein Ausweg aus diesem Dilemma konnte nur von der weiteren Verbesserung der konventionellen Kampfkraft der NATO erwartet werden, um die Schwelle für einen möglichen Nukleareinsatz möglichst hoch anzusetzen.³⁾

Bei der Verabschiedung der "Study on Alliance Defence Problems in the 1970s" (AD-70)⁴⁾ kam man zwar zu der Überzeugung: "Die Allianz verfügt über die grundlegenden Mittel für eine ausreichende konventionelle Stärke";⁵⁾ aber gleichzeitig wurde festgestellt, daß im Vergleich zu den strategischen nuklearen Fähigkeiten der Allianz "in Folge bestimmter Unausgeglichenheiten zwischen der NATO und derjenigen des Warschauer Paktes (...) die Situation auf dem Gebiet der kon-

1) Vgl. Schmidt⁶⁾ 1981 : S. 64, 74f. u. 210f.

2) Siegler 1970 : Nr. 174

3) Vgl. Antwort der Bundesregierung auf große Anfragen der CDU/CSU, SPD und FDP zur Sicherheitspolitik, in: BT Dr.s. VI/1977.

4) Studie über Verteidigungsprobleme der Allianz in den 70er Jahren, am 2.12.1970 vom DPC der NATO verabschiedet, vgl. Siegler 1970 : Nr. 173-176; auch WB 1971/72 : S. 18f.

5) Siegler 1970 : Nr. 174

ventionellen Streitkräfte weniger zufriedenstellend" sei.¹⁾ Das Verteidigungsministerium brachte diese Einschätzung noch deutlicher zum Ausdruck: "Der Zustand der konventionellen Streitkräfte befriedigt nicht."²⁾ Die Mängel an konventioneller Kampfkraft wie bei

- der Panzer- und Panzerabwehrwaffe,
- der Fähigkeit zur Abwehr von Luftangriffen,
- den Luftstreitkräften und deren Schutz,
- den Seestreitkräften, v.a. der U-Boot-Abwehr, sowie
- den Fernmeldemitteln zur politischen Krisenbewältigung und der militärischen Führung

müßten mit Vorrang behoben werden.³⁾

Die NATO-Verteidigungsminister hatten ferner festgestellt, "daß die sowjetische militärische Stärke über die Gewährleistung der Sicherheit der Sowjetunion hinaus stetig" wachse und deren "mittelbare und unmittelbare Verteidigungsausgaben (...) von 1965 bis 1969 real jedes Jahr um durchschnittlich 5 bis 6% erhöht worden" seien. "Alle Anzeichen" deuteten darauf hin, "daß die Sowjetunion ihre Stärke immer weiter erhöht".⁴⁾ Im Gegensatz dazu hätten "die Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Staaten insgesamt von 1964 bis 1969 real (um) 4% abgenommen".⁵⁾ Dieser gegenläufige Trend

1) Siegler 1970 : Nr. 174

2) WB 1971/72 : S. 18; im Dezember 1969 hatte der PPP v. 1.12.69 das konventionelle Kräfteverhältnis im NATO-Verteidigungsabschnitt Europa-Mitte (AFCENT) noch "aus westlicher Sicht (als) zufriedenstellend" eingeschätzt,

3) Vgl. WB 1971/72 : S. 18

4) Siegler 1970 : Nr. 174

5) Ebda.; vgl. auch die Rede von Generalinspekteur de Mazière v. 7.4.1971, in: Bulletin v. 15.4.71.

war zwar nicht zu bestreiten, aber kaum besonders besorgnis-
erregend, denn die Militärausgaben der NATO lagen nach wie
vor deutlich über denen der Warschauer Vertragsorganisation:

Militärausgaben von NATO und WVO 1967-1972 (in Mrd. \$)

	NATO	WVO
1967	139,343	56,052
1968	140,883	64,987
1969	136,336	69,212
1970	127,450	70,498
1971	122,523	70,974
1972	125,088	71,240 ¹⁾

Die Euro-Group der NATO²⁾ hatte aufgrund dieser Einschätzung
ein "Europäisches 5-Jahres-Programm zur Verbesserung der
Verteidigung" (European Defence Improvement Program = EDIP)
zusätzlich zur bestehenden Verteidigungsplanung beschlossen,³⁾
das laut DPC "über die bestehenden Pläne beträchtlich" hinaus-
ging⁴⁾ und folgende Schwerpunkte enthielt:

- Ausbau der NATO-Infrastruktur, vor allem die beschleunigte
Vervollkommnung des integrierten NATO-Fernmeldesystems

1) SIPRI-Jahrbuch 1977 : S. 223, zit. n. Schubert 1979 : S. 633;
zur Problematik eines Budgetvergleichs vgl. Studiengruppe
Militärpolitik 1980 : S. 107ff.; auch Lutz 1979 : S. 51ff.;
ders. 1981 : S. 58ff.

2) Im Oktober 1970 fand die erste ganztägige Arbeitstagung
der sogenannten Euro-Group statt, einer informellen Gruppe
von Verteidigungsministern innerhalb der NATO, von denen
einer im jährlichen Wechsel den Vorsitz führt, und an der
die ständigen Vertreter im NATO-Hauptquartier in Brüssel
beteiligt sind. Die Beteiligung steht allen europäischen
Staaten offen; es wirken mit: Belgien, die Bundesrepublik,
Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Italien, Luxemburg,
die Niederlande, Norwegen und die Türkei.

3) Vgl. Siegler 1970 : Nr. 173

4) Siegler 1970 : Nr. 174

(NATO Integrated Communications System = NICS) und der Maßnahmen zum Schutz der Luftstreitkräfte;

- zusätzliche nationale Verteidigungsleistungen;
- verstärkte Militärhilfe für finanzschwächere NATO-Partner wie z.B. die Türkei.¹⁾

An den Gesamtkosten von 3,6 Milliarden DM beteiligte sich die Bundesrepublik mit 1,7 Milliarden DM (= 47%) und demonstrierte damit, "welchen Wert sie den gemeinsamen Anstrengungen der europäischen Partner beimißt".²⁾

US-Präsident Nixon hatte in einer Botschaft an den Nordatlantikrat ein Junktim zwischen der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa und den zu steigenden europäischen Rüstungslasten herausgestellt: "Wir sind uns darin einig, daß die konventionellen Streitkräfte der NATO nicht nur beibehalten, sondern in bestimmten entscheidenden Bereichen verstärkt werden müssen. Vorausgesetzt, daß unsere Verbündeten ähnlich handeln, werden die Vereinigten Staaten ihre eigenen Streitkräfte in Europa beibehalten und verbessern und werden sie nicht verringern (...). Die NATO findet beim amerikanischen Volk starke Unterstützung. Erfolgreiche Bemühungen zur Verbesserung der europäischen Streitkräfte und zur Übernahme eines größeren Anteils an den Lasten werden diese Unterstützung auch weiterhin sichern."³⁾

Damit war hinreichend klar, daß trotz der Beteuerung der Freundschaft mit den USA und der Beschwörung der Wertegemein-

1) Siegler 1970 : Nr. 174; auch WB 1971/72 : S. 19

2) WB 1971/72 : S. 19

3) Zit. n. Siegler 1970 : Nr. 175; vgl. auch ebda. : Nr. 164

schaft des Westens Sicherheit für Europa und ganz besonders für die Bundesrepublik künftig nur durch EDIP und die gestiegenen Devisenausgleichszahlungen,¹⁾ d.h. zu erheblich höheren Preisen zu haben war.

Unabhängig von der finanziellen Belastung hatte das Verteidigungsministerium EDIP als politisch nützlich eingeschätzt für

- die verstärkte Integrationsarbeit der Euro-Group,²⁾
- die Stabilisierung des Gleichgewichts,
- die wirkungsvollere Nutzung der Hilfsquellen Europas und
- die Förderung des europäischen Zusammenschlusses, die "der Partnerschaft mit Amerika eine neue Gestalt" gebe.³⁾

Im Rahmen der normalen Verteidigungsplanung wurden von den Mitgliedern der Euro-Group allein in den Jahren 1971 und 1972 folgende Aufrüstungsmaßnahmen getroffen:

Landstreitkräfte:

- über 1 100 Kampfpanzer,
- über 300 schwere Geschütze auf Selbstfahrlafette,
- ca. 700 Panzerabwehrwaffen mittlerer Reichweite,
- über 600 Schützenpanzer, Panzerspähwagen und gepanzerte Mannschaftstransporter.

Seestreitkräfte:

- 2 Lenkwaffenzerstörer,
- 5 sonstige Zerstörer bzw. Hochseegeleitfregatten,

1) Vgl. S. 252ff.

2) Dies wurde auch durch die Einrichtungen einiger Untergruppen erreicht, wie Eurotom (1970, Gefechtsfeldverbindungen), Eurolog (1970, logistische Zusammenarbeit), Euro/NATO-Training (1970, gemeinsame Ausbildung), Euronad (1971, zur Rüstungsbeschaffung), Eurolongterm (1972, langfristige Planung); vgl. Lutz E. 1980 : S. 77f.

3) WB 1971/72 : S. 19

- 3 nukleare U-Boote,
- 10 sonstige U-Boote,
- 27 Seeaufklärungsflugzeuge,
- 25 Hubschrauber,
- 8 Panzerlandungsfahrzeuge,
- 4 Lenkwaffenschnellboote.

Luftstreitkräfte:

- ca. 400 moderne Kampfflugzeuge,
- über 400 schwere taktische Transportflugzeuge,
- ca. 200 Hubschrauber,
- über 450 Flakgeschütze.

Im Rahmen der EDIP-Sonderleistungen wurden im gleichen Zeitraum zusätzlich folgende Waffensysteme bereitgestellt:

Landstreitkräfte:

- 600 Kampfpanzer,
- ca. 8 500 Panzerbekämpfungswaffen,
- über 3 500 Schützenpanzer, Panzerspähwagen und gepanzerte Mannschaftstransporter.

Seestreitkräfte:

- 11 Lenkwaffenzerstörer,
- 17 sonstige Zerstörer bzw. Hochseegeleitfregatten,
- 3 nukleare U-Boote verbesserter Bauart,
- 22 sonstige U-Boote,
- 19 Seeaufklärungsflugzeuge,
- 44 Hubschrauber,
- 45 Lenkwaffenschnellboote,
- 6 Panzerlandungsfahrzeuge.

Luftstreitkräfte:

- ca. 500 moderne Kampfflugzeuge,
- ca. 20 schwere taktische Transportflugzeuge,
- über 130 schwere Transporthubschrauber,
- über 3 000 Flakgeschütze.¹⁾

Diese massiven Aufrüstungsprogramme widerlegen Behauptungen, wonach am Beginn der 70er Jahre in einer allgemeinen Entspannungseuphorie die nationale Rüstung der Bundesrepublik bzw. der NATO in Europa vernachlässigt worden sei, während die WVO die Entspannungsperiode hingegen zu einer allgemeinen Hochrüstung mißbraucht habe.²⁾ Vielmehr ist anhand der tatsächlich beschafften Waffensysteme, der eingeleiteten Planungsvorhaben und der Entwicklung der Verteidigungshaushalte gerade in der Hochzeit der Entspannungspolitik ein bedeutender Aufrüstungsschub in den Euro-Group-Ländern festzustellen, an dem wiederum die Bundesrepublik den größten Anteil hatte.

Diese Aufrüstungsmaßnahmen wurden von der sozialdemokratischen Führung als unabdingbare Gleichgewichtsvoraussetzungen für die Entspannungspolitik angesehen. Auch Willy Brandt warnte in seiner Rede bei der Eröffnungssitzung der NATO-Ministertagung am 30.5.1972 in Bonn vor seiner Meinung nach illusorischen Einschätzungen:

-
- 1) Alle Angaben nach: Kommuniqué der Ministertagung der Euro-Group der NATO v. 7.12.1971, in: Siegler 1971 : Nr. 196; zur Aufrüstung der USA, die in dieser Auflistung nicht enthalten ist, vgl. Bericht von Melvin Laird über die Verteidigungspolitik der USA v. 15.2.1972, in: Siegler 1972 : Nr. 6
 - 2) Stellvertretend für diese weitverbreitete Legende vgl. Hacke 1983 : S. 16f., in einer von der Bundeszentrale für politische Bildung vertriebenen Schrift.

"Es ist gewiß nicht leicht, die Balance zu halten zwischen Verteidigung und Entspannung. Für die meisten unserer Mitbürger in den verschiedenen Staaten des Bündnisses ist Entspannung verständlicherweise populärer als die andere Komponente. Und dennoch sind diese beiden Komponenten untrennbar miteinander verbunden. Wir dürfen uns keinem Wunschdenken hingeben und nicht in trügerischer Sicherheit wiegen."¹⁾ Angesichts solcher Warnungen stieß ein vorsichtig formulierter Vorschlag des Wehrexperthen Wienand, eine mögliche Verkleinerung der Bundeswehr auf 8 Divisionen zu überprüfen, nicht nur bei der Opposition, sondern auch im Bundesministerium der Verteidigung auf Skepsis,²⁾ und dies, obwohl Wienand gleichzeitig deutlich gemacht hatte, daß dies keine zahlenmäßige Reduzierung der Bundeswehr bedeute und der Umstrukturierung außenpolitische Erwägungen entgegenstünden, "die sehr ernst genommen werden" müßten.³⁾ Eine Umgliederung des Heeres, die "den Forderungen der gemeinsamen Strategie der flexiblen Reaktion und dem Ziel der Vorneverteidigung durch eine stärkere Betonung der konventionellen Bewaffnung"⁴⁾ entspreche, war nach dem Selbstverständnis des Bundesverteidigungsministers ohnehin bereits erfolgt.⁵⁾

1) Zit. n. Siegler 1971 : Nr. 61

2) Vgl. Interview mit Wienand, in: KÖLNISCHE RUNDSCHAU v. 9.5.71; auch SZ v. 10.5.71

3) Ebda.

4) BT Dr.s. VI/1977, zit. n. Bulletin v. 22.3.71

5) Vgl. WB 1971/72 : S. 117f.; Feldheer und territoriale Verteidigung wurden zusammengefaßt, das Heer bestand nunmehr aus Feldheer (NATO-assigniert) und dem Territorialheer, das auch im Verteidigungsfall unter nationaler Führung verbleiben sollte. Mit Wirkung vom 1.4.71 wurde auch die Kommandostruktur der Luftwaffe umgebildet; vgl. ebda. : S. 119f.

3.2.3.2. Devisenausgleichsverhandlungen im Zeichen ausgeweiteter Forderungen der Stationierungsländer

Neben den EDIP-Leistungen brachten die neuen Devisenausgleichsabkommen mit Großbritannien und den USA eine weitere zusätzliche Budgetbelastung.

Die Aufwendungen für die britischen Truppen waren dabei vergleichsweise bescheiden. Bei der NATO-Ministerratstagung im Dezember 1969 in Brüssel hatte der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) ausgleichende Maßnahmen (remedial measures) vereinbart, die deswegen als notwendig angesehen wurden, weil die kanadische Regierung die Zahl ihrer Truppen in der Bundesrepublik verminderte. Die britische Regierung hatte daher mit der Bundesregierung vereinbart, die 6. britische Brigade, das 36. schwere Luftverteidigungsregiment und die 18. Wessex-Hubschrauberstaffel in die Bundesrepublik zurückzuführen.¹⁾ Diese vom Verteidigungsministerium als "Beispiel der Solidarität im Interesse unserer gemeinsamen Sicherheit"²⁾ angesehene Truppenstationierung sollte "in das laufende Abkommen über den Devisenausgleich mit Großbritannien einbezogen werden".³⁾ Die Instandsetzung der vorgesehenen Unterkünfte schlug, bei einer Devisenausgleichsleistung von insgesamt 24 Millionen DM für die Zeit vom 1.10.70 bis 31.3.71, mit 13 Millionen DM zu Buche.⁴⁾ Ein neues Rahmenabkommen, das am 1.4.71 mit einer Laufzeit von fünf Jahren in Kraft trat,⁵⁾ sah "erstmalig direkte kleinere

1) Diese Einheiten waren bereits schon einmal in der Bundesrepublik stationiert; vgl. WB 1970 : S. 32.

2) BMVg, IPZ Mitteilungen a.d. Presse v. 5.3.70

3) Ebda.

4) Vgl. SZ v. 26./27.9.70

5) Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung v. 18.3.71

Barzahlungen vor", ¹⁾ und nicht - wie bisher - Anleihen zu Discount-Zinssätzen. So stimmte die Bundesregierung unter der Bedingung der "im wesentlichen unverminderte(n) britische(n) Truppenpräsenz auf dem Gebiet der Bundesrepublik" einem "nichtrückzahlbaren Ausgleichsbetrag von jährlich 110 Millionen DM" zu. ²⁾

Gleichzeitig erklärte sich die Bundesregierung bereit, ohne "ziffermäßig festgelegte Verpflichtung (...) militärische und zivile Beschaffungen der öffentlichen Hand nach Maßgabe des Bedarfs und der vorhandenen Haushaltsmittel zu tätigen." ³⁾ Als Entgegenkommen Großbritanniens und positive Kehrseite des Abkommens wurde die nunmehr festgeschriebene Bereitschaft der britischen Regierung gewertet, sich mit 286 Millionen DM an dem NATO-Infrastrukturprogramm für die nächsten fünf Jahre zu beteiligen. ⁴⁾

Auch die USA drängten massiv auf nichtrückzahlbare Leistungen seitens der Bundesrepublik, allerdings in erheblich größeren Dimensionen. Wie immer kurz vor Abschluß neuer Devisenabkommen wurden von einzelnen amerikanischen Senatoren Drohungen eines möglichen Truppenabzugs der USA aus der Bundesrepublik laut. So forderte der demokratische Senator Steven Young anlässlich des bevorstehenden Brandt-Besuchs im April 1970 den amerikanischen Präsidenten auf, keine Kompromisse einzugehen bzw, sofort 100 000 amerikanische

1) Vgl. HANDELSBLATT v. 19./20.2.71

2) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung v. 18.3.71

3) Ebda.

4) Im Rahmen des EDIP; vgl. HANDELSBLATT v. 19./20.2.71; auch NZZ v. 20.3.71

Soldaten in die USA zurückzuholen.¹⁾ Helmut Schmidt erklärte dazu: "Die Amerikaner sind im eigenen Interesse in Europa." Sie hätten die Wahl, "sich an der Elbe oder an ihrer eigenen Ostküste zu verteidigen."²⁾ Ein weiterer Vorstoß erfolgte im Juni 1970 durch den republikanischen Senator Charles Percy, der von Bonn forderte, die Bezahlung der Zivilangestellten der US-Streitkräfte zu übernehmen.³⁾

Die Leistungen der Bundesrepublik von 1969 bis 1971 hatten bereits einen Gesamtumfang von 6,08 Milliarden DM, davon 3,3 Milliarden DM für militärische Beschaffungen. Ferner wurde 1 Milliarde DM als Darlehen mit einer Laufzeit von 10 Jahren "zum außerordentlich billigen Zinssatz von 3,5%" geleistet.⁴⁾ Darüberhinaus mußte die Bundesregierung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau Forderungen der amerikanischen Exportbank und der Marshallplanadministration gegenüber Dritten in Höhe von ca. 600 Millionen DM übernehmen. Daraus resultierende Zinsverluste mußten durch den Bundeshaushalt ebenso abgedeckt werden wie diejenigen, die aus der Auflage entstanden, für weitere 600 Millionen DM Staatspapiere der USA (Anlagezeit 8 Jahre) aufzukaufen.

Schließlich verzichtete die Bundesregierung noch auf die Zinserträge eines noch aus der Zeit der Regierung Erhard stammenden Guthabens in den USA (Höhe 1,2 Milliarden DM), was eine weitere Leistung von 130 Millionen DM bedeutete.⁵⁾

Die Verhandlungen über ein neues Abkommen im Frühjahr 1971

1) Vgl. DIE ZEIT v. 17.4.70; im November 1971 lehnte der US-Senat schließlich mit 54:39 Stimmen einen Antrag des demokratischen Fraktionsführers Mike Mansfield ab, die US-Streitkräfte in Europa von 310 000 auf 250 000 Mann zu reduzieren; vgl. Siegler 1971 : Nr. 187.

2) Zit. n. ebda.

3) Vgl. DIE WELT v. 27.6.70

4) So das HANDELSBLATT v. 10.3.71

5) Ebda.

wurden von der US-Delegation unter Leitung des Staatssekretärs im Außenministerium Nathaniel Samuels hart geführt.

Noch in der entscheidenden dritten Verhandlungsrunde lagen Forderungen der US-Regierung in der Höhe von 10,5 Milliarden DM für den Zeitraum 1971 bis 1973 auf dem Tisch. Das Angebot der Bundesrepublik, inklusive der erstmaligen Barzahlungen 3,9 Milliarden DM zu leisten, wurde von der US-Administration als "absolut unannehmbar" bezeichnet.¹⁾

Wegen der angespannten Haushaltslage der Bundesrepublik, die Finanzminister Möller zum Rücktritt bewog, konnte angesichts dieser wenig kompromißfähigen Verhandlungspositionen eine Einigung vorerst nicht erzielt werden.²⁾

Dies geschah dann doch Ende 1971 am Rande der NATO-Winter-tagung in Brüssel. Die vereinbarten Leistungen im Rahmen eines Zweijahresabkommen (rückwirkend gültig ab 1.7.71) lagen dabei sehr nahe an den amerikanischen Maximalforderungen. Insgesamt sollte die amerikanische Zahlungsbilanz um 6,65 Milliarden DM entlastet werden.

Die Leistungen umfaßten

- den Ankauf amerikanischer Rüstungsprodukte im Wert von 4 Milliarden DM, die sofort bar bezahlt werden mußten,
- die Gewährung eines 2-Milliarden-DM-Kredits der Bundesbank (Kauf von mittelfristigen Schuldverschreibungen) zu einem Zinssatz von 2,5% (bei einem damaligen üblichen Zinssatz von 8%),
- die Aufwendung von 600 Millionen DM zur Renovierung amerikanischer Kasernen und Wohnungen in der Bundesrepublik.³⁾

1) Vgl. HANDELSBLATT v. 3.6.71

2) Vgl. HANDELSBLATT v. 28.6.71; auch DER SPIEGEL 28/1971; DIE ZEIT v. 9.7.71

3) Vgl. DER SPIEGEL 51/1971; auch SZ v. 10.12.71

Als zusätzliche Goodwill-Leistung konnte die Bundesregierung weiterhin "monetäre(s) Wohlverhalten (...) gegenüber dem Dollar"¹⁾ anbieten.

Darüber - wie über das gesamte Abkommen - zeigte sich US-Außenminister Rogers "sehr erfreut",²⁾ die Presse kommentierte den Abschluß als "unter den gegebenen Umständen verhältnismäßig günstig"³⁾ und für Helmut Schmidt war das Interesse der Bundesrepublik dadurch gewahrt, daß die US-Divisionen weiterhin mit 310 000 Mann in Europa stationiert blieben und damit die von ihm als notwendig erachteten Voraussetzungen für eine Politik des Gleichgewichts und der Entspannung mit dem Osten beibehalten wurden.

In der Parteitagdiskussion tauchte eine Kritik am Devisenausgleich kaum auf. Lediglich der Ortsverein Kassel-Wilhelmshöhe (Hessen-Nord) hatte 1970 auf dem Saarbrücker Parteitag gefordert, "keine Stationierungskosten an die USA mehr zu zahlen, da damit indirekt imperialistische Kriege und die Unterdrückung anderer Völker unterstützt werden."⁴⁾

Dem außerordentlichen Parteitag 1971 in Bonn lag ein Antrag des Bezirks Hessen-Süd vor,⁵⁾ in dem ebenfalls gefordert wurde, die Zahlung der Stationierungskosten an die USA einzustellen, da "die USA ihre Truppen in der Bundesrepublik nicht zum Schutz der Bevölkerung stationiert haben, sondern vielmehr zum Schutz ihrer eigenen Interessen als Weltmacht."⁶⁾

1) Vgl. HANDELSBLATT v. 13.12.71

2) Zit. n. DER SPIEGEL 51/1971

3) So z.B. das HANDELSBLATT v. 13.12.71

4) Antrag 113, PT 1970 : S. 25/Ergänzungsband; er wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt; vgl. ebda. : S. 149,

5) Antrag A 99, a.o. PT 1971 : S. 990

6) Ebda.

Ferner sollte "die BRD die Finanzierung des Krieges der USA gegen die indochinesischen Völker, die Unterdrückung des griechischen und spanischen Volkes sowie die wirtschaftliche Ausbeutung der 'Dritten Welt' durch Zahlung von sogenannten 'Stationierungskosten' nicht unmittelbar mitfinanzieren."¹⁾

Auch dieser Antrag hatte keine Chance, beschlossen zu werden. Er wurde ohne Beratung lediglich als unverbindliches Material an den Parteivorstand überwiesen.

1) A.o. PT 1971 : S. 990

3.3. Ausdünnung der Reformkonzepte, Aufrüstung und ver-
stärkte innerparteiliche Kritik in der Amtszeit
Lebers

3.3.1. Stagnation und Ausdünnung der Reformpolitik

3.3.1.1. Der Verteidigungsminister zwischen Generalität
und Partei - der Verfall des politischen Primats

Die Amtseinsetzung Lebers als Nachfolger Schmidts kam nicht überraschend, sondern war bereits lange vorher in der Presse angekündigt worden.¹⁾ Der neue Verteidigungsminister war im Gegensatz zu seinem Vorgänger allerdings nicht als sicherheitspolitischer Experte in Erscheinung getreten, weshalb ihm die Opposition auch mehr oder weniger offen unterstellt hatte, er sei für das Verteidigungsressort nicht ministrabel.²⁾ Lebers praktische Erfahrungen mit dem Militärbereich beschränkten sich lediglich auf die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Unteroffizier, vor allem an der Ostfront. Die Entscheidung für Leber konnte somit nur damit begründet werden, daß er "in seiner politischen Laufbahn oft (...) bewiesen (habe), daß er eine große politische Verwendungsbreite" besitze und sich "durch den ihm eigenen Scharfsinn, seine Dynamik und sein Durchsetzungsvermögen (...) ausgezeichnet bewährt" habe.³⁾ Zudem erschien aus dem Kontingent

1) Vgl. S. 161

2) So u.a. von Wörner, vgl. SD-SIPO 7/1972; Buchstaller wies diese Kritik mit dem Hinweis zurück, auch Blank, Strauß, von Hassel und Schröder hätten keine besondere Qualifikation auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik besessen; ebda.

3) Ebda.

der sozialdemokratischen Verteidigungspolitiker kaum jemand hinreichend profiliert, um ein derartiges Amt ausfüllen zu können.

Leber, der "nicht den Vorzug (gehabt hatte), eine systematische wissenschaftliche Ausbildung zu absolvieren",¹⁾ war gelernter kaufmännischer Angestellter, hatte nach Kriegsende einige Monate als Maurer gearbeitet und in der IG Bau-Steine-Erden - die er rigoros von Kommunisten säuberte²⁾ - Karriere als Gewerkschaftsfunktionär (ab 1957 bis 1966 1. Vorsitzender) gemacht. Seit 1957 war er Mitglied des Bundestags, von 1966 bis 1972 Bundesminister für Verkehr, ab 1969 auch für das Post- und Fernmeldewesen. Politisch war der zeitweilig im Zentralrat der Deutschen Katholiken vertretene Leber³⁾ dem rechten Parteispektrum zuzurechnen. So hatte der Verteidigungsminister, der zuweilen "seinen Konservatismus herausfordernd wie ein Banner vor sich her" trug,⁴⁾ bei seinem Amtsantritt offen Parallelen zu Noske gezogen,⁵⁾ den ultrakonservativen Führer der AFL/CIO, George Meany, als seinen "Freund" bezeichnet⁶⁾ und bei seiner Abschiedsrede 1978 als sein großes Vorbild - neben Willi Richter, Carlo Schmid und Oswald von Nell-Breuning - auch Hermann Josef Abs genannt.⁷⁾ Aufgrund seiner prononciert konservativen Grundeinstellung war Lebers Rückhalt in der Partei nicht sonderlich groß. Das machte sich bei den Wahlen zum Parteivorstand auf Bundesparteitage bemerkbar, so z.B. 1973, als er nur 260 von

1) Leber 1980 : S. 10

2) Vgl. Munzinger Archiv 1984 : Georg Leber

3) Von 1967 bis 1971 und wieder seit 1975

4) So Potyka in der SZ v. 31.7.72

5) Leber 1980 : S. 177: "Aus den Gewerkschaften wurde ich gefragt, ob es denn gerade dieses Ressort sein mußte (...). Das erinnerte mich daran, daß Gustav Noske vierundfünfzig Jahre früher auf die gleiche Frage geantwortet hatte: 'Einer muß den Bluthund machen.'"

6) Ebda. : S. 178

7) Leber in SD-SIPO 1-2/1978: "Hermann Josef Abs ist mir (...) das, was man 'guter Freund' nennt. Ich habe ihm manches zu danken, auch wenn ich nicht ganz so weise geworden bin, wie er es ist."

424 möglichen Stimmen erhielt und deswegen nicht mehr für einen Präsidiumssitz kandidierte.¹⁾ 1975 konnte er sich zwar leicht verbessern,²⁾ mußte aber im August eine empfindliche Niederlage bei der Kandidatenaufstellung zu seinem bisherigen Bundestagswahlkreis im SPD-Bezirk Hessen-Süd hinnehmen. Seine Stellung war aber noch stark genug, um auf Platz 1 der hessischen Landesliste zur Bundestagswahl 1976 abgesichert zu werden.

Im Verteidigungsministerium dokumentierte Leber durch seine Personalpolitik, daß er sich nicht als SPD-Minister verstand, sondern eher einen überparteilichen Standpunkt einnahm. Dies schloß ein, daß er bei bedeutsamen Stellenbesetzungen der SPD fern stehende Kandidaten vorzog, wenn ihm diese geeigneter erschienen. So berief er statt des zur Verfügung stehenden, fachlich qualifizierten Ministerialdirektors Heinz Padberg (SPD) erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik einen Ex-General, den bisherigen NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte, Karl Schnell, zum Rüstungsstaatssekretär.³⁾ Zum neuen Oberbefehlshaber Europa-Mitte beförderte er Generalleutnant Franz Josef Schulze, der aus seinen CDU-Sympathien kein Hehl machte und deswegen auch von Wörner bei einem CDU/CSU-Wahlsieg zum Generalinspekteur auserkoren war.⁴⁾

Für Verstimmung in der SPD sorgten auch etliche Personalaffären und deren Behandlung durch Leber. So hatte sich der Heeresinspekteur, Generalleutnant Horst Hildebrandt, im Mai 1975 an der Militärparade zum 36. Jahrestag der Machtergreifung

1) Vgl. Osterroth/Schuster ²1978 : S. 592f.

2) Er erreichte 296 von 433 Stimmen; ebda. : S. 682

3) Ab 1.1.77; vom 10.7.72 bis 31.12.76 war dies Siegfried Mann, den Leber wegen angeblich illoyalen Verhaltens entlassen hatte; vgl. SZ v. 13.10.76

4) Vgl. auch die Besetzung des Kommandos im Wehrbereich IV, vgl. S.299. Ferner hatte Leber Generalmajor Hans Teusen zum stellvertretenden Personalchef gemacht, den SPD-MdB Würtz folgend eingeschätzt hatte: "Der Mann ist so schwarz, der wirft noch im Keller einen Schatten"; zit. n. DER SPIEGEL 46/1976.

der Franco-Faschisten als offizieller Gast des Generalstabschefs des spanischen Heeres beteiligt. Leber hatte dies zwar "mißbilligt"¹⁾ und als "Betriebsunfall"²⁾ bezeichnet, aber auch erklärt, "es entspreche international üblichem Brauch, derartige Kontakte bilateral zu pflegen."³⁾

Wenig später wurde bekannt, daß der frühere Luftwaffeninspekteur⁴⁾ und damalige deutsche Vertreter im Militärkomitee der NATO, Generalleutnant Günther Rall, im Oktober 1974 - angeblich privat und ohne Wissen des Verteidigungsministers - in Südafrika ein Atomforschungszentrum besucht hatte, woraus eine geheime nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und dem Apartheidregime abgeleitet werden konnte. Zum Eklat kam es, als Dokumente aus der südafrikanischen Botschaft in die Öffentlichkeit lanciert wurden, in denen es hieß, "Leber sei in die Reisepläne eingeweiht, sei aber damit einverstanden (gewesen), diese Tatsache geheimzuhalten und den Besuch als private Unternehmung erscheinen zu lassen."⁵⁾ Obwohl dies heftigst durch das Verteidigungsministerium dementiert wurde, nahm Leber das Rücktrittsgesuch Ralls unmittelbar vor der Veröffentlichung der Dokumente an.

1) So laut FR v. 30.5.75

2) Zit. n. DER SPIEGEL 46/1976

3) So die FR v. 30.5.75. In der CSU-Pressemitteilung v. 3.6.75 hieß es dazu: "Angesichts der deutlichen Versuche Moskaus, auch das Mittelmeer rot einzufärben, war die Teilnahme des Heeresinspektors der Bundeswehr, General Horst Hildebrandt, an der Militärparade zum 36. Jahrestag des Sieges von General Franco über die Linksfaschisten in Madrid auch ein begrüßenswerter Akt der westlichen Solidarität und kein 'Betriebsunfall'. Sicher ist es dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt unangenehm, an seine spanische Vergangenheit vor 36 Jahren erinnert zu werden. Außerdem muß deutlich gemacht werden, daß sich im Gegensatz zu Hildebrandt Bundesverteidigungsminister Leber als Vorgesetzter unpolitisch verhielt."

4) Rall hatte dieses Amt vom 1.1.71 bis 31.3.74.

5) So die NZZ v. 2.10.75

1975 wurde zudem bekannt, daß an Lehrgängen der Bundeswehr-Führungsakademie in Hamburg auch Offiziere faschistischer Juntten teilnahmen, so auch aus Chile. Die Bundestagsfraktion der SPD formulierte dazu am 16.9.1975 eine EntschlieÙung, die mit großer Mehrheit angenommen wurde. Leber allerdings stimmte nicht zu und enthielt sich der Stimme.¹⁾ Die EntschlieÙung, die als Antrag auf dem Parteitag 1975 in die BeschlulÙlage der SPD einging,²⁾ beinhaltete zwar einschränkende Formulierungen wie: "Die Beteiligung von Offizieren an einem Lehrgang der Führungsakademie der Bundeswehr kann nicht als eine Billigung des jeweiligen Systems angesehen werden. Die Erfahrung der jüngsten Zeit hat gezeigt, daß man die Streitkräfte in vielen Staaten nicht pauschal und undifferenziert mit den dort herrschenden reaktionären und diktatorischen politischen Gruppen gleichsetzen darf", aber gleichzeitig auch die folgende klare Aussage: "Die nachgewiesene, andauernde und systematische Anwendung von Foltermethoden in Chile unterstreicht die Notwendigkeit, die Anti-Folter-Deklaration von Genf zu einer internationalen Konvention zu erweitern, die von den Unterzeichnerstaaten ratifiziert und zum Gesetz erhoben werden sollte. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion erwartet, daß künftig zu Lehrgängen der Bundeswehr nicht mehr Offiziere aus Ländern eingeladen werden, in denen die Armee der Anti-Folter-Deklaration der UN zuwiderhandelt."³⁾

1) Laut DIE WELT v. 20./21.9.75 folgten "nur weniger als zehn Genossen von insgesamt 242 (...) seinem Beispiel"; die gleiche Zeitung hatte am 8.9.75 gemeldet, Leber habe "zu verstehen gegeben, daß er von der Ausbildung chilenischer Offiziere in Deutschland nichts gewußt habe."

2) Vgl. PT 1975 : S. 1230, Antrag 252

3) Ebda.

Der eigentliche Skandal folgte jedoch erst noch. Im Juni 1976 hielt ein Mitglied der chilenischen Junta, Oberstleutnant Helmut Kraushaar, anläßlich seines Abschieds von der Führungsakademie eine Rede, in der er den faschistischen Militärputsch rechtfertigte: "Die Streitkräfte wurden dazu gedrängt, eine Verantwortung zu übernehmen, die sie niemals angestrebt hatten; die Situation und der Verfassungsauftrag zwangen sie dazu".¹⁾ Die gegenwärtige Lage unter dem chilenischen Folterregime beschrieb er folgend: "Die Chilenen sind wieder geistig vereint. Kein törichter Haß treibt sie, wie in der Volksfrontzeit, in feindliche Lager. Ordnung und Recht sind wiedererlangt worden. Niemand hat Angst um sein Leben und seine Habe."²⁾

Kraushaars Referat erhielt den "üblichen kameradschaftlichen Beifall der etwa 100 ausländischen und deutschen Offiziere", und Akademiechef General Wagemann erwiderte darauf: "Ihre Ausführungen haben Ihr Engagement für Ihr Land und die derzeitige Regierung deutlich werden lassen. Das haben wir als Gastgeber zu respektieren."³⁾

Obwohl es "alarmierend (war), daß Kraushaar so sprechen konnte, als befände er sich in einem reaktionären chilenischen Offizierskasino"⁴⁾ und wohl noch bestürzender, daß er dafür ausnahmslos mit Beifall und Respekt bedacht worden war, mochte Leber daraus keinerlei politische Konse-

1) Zit. n. DEUTSCHE NATIONALZEITUNG v. 30.7.76

2) Ebda.

3) Zit. n. BAYERNKURIER v. 13.7.76

4) So die SZ v. 13.7.76

quenzen ziehen.¹⁾

Die Personalpolitik und die Behandlung der Personalaffären durch Leber mußten die konservativ-reaktionären Teile der Generalität zu weiteren Umtrieben ermutigen. Vor allem die Besetzung des Rüstungsstaatssekretärspostens mit einem Ex-General hatte zudem die Militärs begünstigt und durch "die Schwächung des zivilen Gegengewichts im Ministerium die fein austarierte Balance zwischen Militärs und Beamten auf der Hardthöhe" zerstört.²⁾ Befürchtet werden mußte ferner, da "die Goldbetreuten (...) niemals zuvor (...) soviel Einfluß auf die politische Spitze (...), soviel Freilauf wie unter Leber" hatten,³⁾ daß die "hohe Generalität" dabei war, dem Verteidigungsminister "allmählich den Primat der Politik abzufeilschen".⁴⁾ Auch SPD-MdB Peter Würtz mußte feststellen: "Die politische Kontrolle über die Armee hat nachgelassen."⁵⁾ Der nächste große Generalsskandal war damit vorprogrammiert. Im Oktober 1976 hatten Generalleutnant Walter Krupinski, kommandierender General der Luftflotte und dessen Stellvertreter, Generalmajor Heinz Franke zu einem 'Traditionstreffen' des Aufklärungsgeschwaders 51 'Immelmann' im Offizierskasino des Fliegerhorstes Bramgarten bei Freiburg als Hauptattraktion den früheren Stuka-Geschwader-Chef, Oberst a.D. Hans-Ulrich Rudel eingeladen. Rudel hatte aus seiner nationalsozialistischen Überzeugung, die er nie ablegte, kein Hehl gemacht und war sowohl als Redner wie auch als Sponsor der neona-

1) Mit einem 'Verweis' bzw. einem 'strengen Verweis' wurden allerdings Stabsunteroffizier Malte Douglas und Oberfeldwebel Martin Müller (beide SPD-Mitglieder) bestraft, weil sie in der Hildesheimer Mackensen-Kaserne gegen die "Ausbildung von Eliteoffizieren der faschistischen chilenischen Militärjunta" demonstrierten; vgl. DER SPIEGEL 30/1976.

2) So Theo Sommer in DIE ZEIT v. 12.11.76

3) So DER SPIEGEL 48/1976

4) So Theo Sommer in DIE ZEIT v. 12.11.76

5) Zit. n. DER SPIEGEL 48/1976

zistischen Parteien DRP und NPD offen aufgetreten. Der Nazi-Oberst war auf dem 'Traditionstreffen' mit militärischen Ehren empfangen worden, hatte großen Beifall erhalten und zahlreiche Exemplare seines Bestsellers "Stuka-Oberst Hans-Ulrich Rudel" handsigniert.

Obwohl die Teilnahme Rudels ursprünglich von dem parlamentarischen (SPD-)Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Schmidt-Würgendorf untersagt worden war, hatten die Generale dennoch Rudel eingeladen. Dies hatte dann unmittelbar vor der Veranstaltung - auf Fürsprache Wörners - Schmidt-Würgendorf doch noch sanktioniert.¹⁾ Wörner begründete seinen Einsatz mit dem "hohen Respekt vor den soldatischen Leistungen" Rudels, der im Zweiten Weltkrieg bei 2 530 Einsätzen mit seiner JU 87 519 russische Panzer abgeschossen habe.²⁾ Der Skandal weitete sich aus, als Krupinski anlässlich eines Journalistengesprächs im Offiziersheim der Luftwaffe in Köln-Porz auf eine Frage des Bonner AP-Korrespondenten Karl-Heinz Haßloch, was er von Rudel wisse, antwortete: "Ich weiß, daß er ein armer, alter kranker Mann ist. Ich weiß, daß er keine silbernen Löffel gestohlen hat. Ich weiß, daß er praktisch kein Kriegsverbrecher war."³⁾ Krupinski hielt auch für möglich, daß Rudel sich "geläutert" habe, ohne dafür aber irgendwelche Belege anbieten zu können. Franke äußerte in diesem Zusammenhang: "Sie müssen doch aber jedem Menschen das Recht auf politische Meinungsänderung zubilligen. Schließlich sitzen auch im Bundestag ehemalige Kommunisten, die ihre Meinung geändert haben." Auf Nachfrage erklärte der General: "Zum Beispiel der Abgeordnete Wehner."⁴⁾

1) Vgl. DER SPIEGEL 45/1976; Schmidt-Würgendorf wurde am 17.12.76 durch von Bülow abgelöst; nicht zuletzt wegen dieser Entscheidung.

2) Vgl. ebda.; auch Wörner in: DIE ZEIT v. 12.11.76

3) Zit. n. DEUTSCHLANDMAGAZIN 6/1976

4) Ebda.

Auf diese Äußerungen hin veranlaßte Leber die Ablösung der Generäle: "Die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ist ausschließlich durch ein Pressegespräch begründet, in dem (...) diskriminierende Äußerungen über einen Angehörigen des Deutschen Bundestages gemacht worden (sind), wie sie bis jetzt, seit die Bundeswehr besteht, noch niemals von einem Soldaten im Dienst einem Politiker gegenüber gemacht worden sind. Hätte ich das hingenommen, so würde das zu verderblichen Folgen geführt haben."¹⁾ Der Verteidigungsminister gab damit auch den energischen Entlassungsforderungen nach, die - ausgehend von Hansen, Coppik, Meinicke und Waltemathe - aus der Bundestagsfraktion laut geworden waren.²⁾

Erwin Horn nahm die Affäre zum Anlaß, um erneut den Primat der Politik zu bekräftigen und stellte den Zusammenhang mit Rudel her, was Leber in seiner ersten Stellungnahme vermieden hatte: "Tapferkeit ist kein Wert an sich. Tapferkeit muß auch die Ziele einbeziehen, für die sie eingesetzt wird, oder sie entartet zur Landsknechtsmoral", und zog daraus Schlußfolgerungen für die Traditionspflege in der Bundeswehr: "Die Tradition der Bundeswehr darf sich nicht an unfreiheitlichen und damit falschen Leitbildern orientieren. Deshalb muß der bestehende Traditionserlaß vom 1. Juli 1965 neu überarbeitet werden."³⁾

1) Leber-Interview in: DER SPIEGEL 46/1976

2) Vgl. FAZ v. 10.11.76

3) Zit. n. SD-SIPO 10/1976; ähnlich Horst Heinemann in: VORWÄRTS v. 4.11.76. Diesen Gedanken griff der Antrag 150 des Kreisverbands Freiburg an den Bundesparteitag 1977 auf und forderte "den Verteidigungsminister auf, unter Berücksichtigung sozialdemokratischer Politik einen neuen Traditionserlaß vorzulegen", der "die Pflege demokratischer Traditionen, ziviler demokratischer Leitbilder und die Ablehnung jedes allein militärisch begründeten 'Heldentums'" umfassen müsse; PT 1977 : S. 821 (überwiesen als Material an die Bundestagsfraktion).

Umfassender noch hatte Alfons Pawelczyk Stellung bezogen und Leber damit korrigiert: "Die Entlassung der Generale war folgerichtig und angemessen. Sie mußten ihrer Ämter enthoben werden

- weil ihr politisches Unvermögen mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform unvereinbar ist;

- weil die politische Taktlosigkeit der beiden Generale dem guten Ansehen der Bundeswehr im In- und Ausland Schaden zugefügt und das Vertrauen in die Streitkräfte beeinträchtigt hat. Insbesondere Pressestimmen des Auslandes sprechen eine deutliche Sprache, alte Vorurteile und Befürchtungen gegenüber deutschen Streitkräften werden neu belebt;

- weil es politisch nicht zu verantworten ist, daß Generale, die eine so mangelhafte Urteilsfähigkeit bewiesen haben, über 60 000 Soldaten befehlen und auch über den Einsatz nuklearer Träger mitzuentcheiden haben;

- weil zu viele ähnlich gelagerte Fälle in jüngster Zeit einen Schatten auf das politische Bewußtsein und die Urteilskraft von Generalen geworfen haben. (...)

Angesichts dieser Zusammenhänge und ihrer Auswirkungen mußte der Verteidigungsminister aus staatspolitischen Gründen mit der Entlassung der beiden Generale ein deutliches Zeichen setzen, um weiterreichenden Schaden abzuwenden."¹⁾

Leber brachte dann in einer - nachgeschobenen - ausführlichen Begründung seiner Entscheidung schließlich ähnliches vor,²⁾ distanzierte sich aber von Pawelczyks Auffassung, daß es "zu viele ähnlich gelagerte Fälle in jüngster Zeit" gegeben habe: "Dieser Fall ist weder mit dem berühmten Tropfen vergleich-

1) Zit. n. SD-SIPO 9/1976; ähnlich Parteivorstandsmitglied Bruno Friedrich in: SPD-Service v. 8.11.76

2) Vgl. auch Leber in: SD-SIPO 1/1977

bar, der ein schon volles Faß zum Überlaufen bringt, noch ist er die Spitze eines Eisberges. Er ist als Einzelfall passiert und daher auch so zu beurteilen."¹⁾

Die ursprünglich ausschließliche Begründung der Entscheidung Lebers mit den Anti-Wehner-Äußerungen der Generäle hatte jedoch schon Kritik provoziert - und keineswegs nur von rechts.²⁾

Die Angriffe der Opposition (Kohl: "Krasse Fehlentscheidung") waren auch mit dem Ziel vorgetragen worden, Lebers Autorität zu unterminieren und ihm vorzuhalten, er habe sich lediglich dem Druck seines linken Parteiflügels gebeugt.³⁾

Leber hatte tatsächlich zu dieser Zeit Boden in der SPD verloren und mußte sich sogar in der Parteipresse von Conrad Ahlers anhand der Krupinski-Franke-Affäre "Mangel an Fingerspitzengefühl, oft auch an Stilgefühl", der einhergehe "mit dem Wunsch, männliche Härte, Entschlossenheit und Durchstehvermögen unter Beweis zu stellen", vorwerfen lassen. Diese "Bramsigkeit" Lebers habe sich auch in der "verletzend brüske(n) Art der Dienstenthebung und Entlassung der Generale Krupinski und Franke" gezeigt. Lebers andauernde Pechsträhne sei auch darauf zurückzuführen, "daß er sich um keinerlei Rückhalt bei den Sicherheitspolitikern der eigenen Partei" bemühe. Fast als Hohn erschien nach diesen Anwürfen die Schlußbemerkung Ahlers, Leber sei und bleibe "die beste Wahl für den Verteidigungsminister der sozialliberalen Koalition."⁴⁾

1) Leber in: DIE ZEIT v. 12.11.76; vgl. auch NZZ v. 9.11.76. Die große Zahl von Solidaritätsbriefen und -telegrammen für die geschafften Generäle und Rudel, die überwiegend aus der Truppe stammten, widersprachen deutlich der Einschätzung Lebers; vgl. DER SPIEGEL 46/1976, v.a. aber DEUTSCHE NATIONAL-ZEITUNG v. 26.11.76.

2) Vgl. z.B. den offenen Brief Hochhuths an Wehner, in: FAZ v. 6.11.76.

3) Vgl. NZZ v. 9.11.76

4) Ahlers in: VORWÄRTS v. 11.11.76

Parallel zum Krupinski-Franke-Skandal hatte sich noch weiterer Konfliktstoff angesammelt, der erneut die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg betraf. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Schmidt-Würgendorf, wies im November 1975 den Kommandeur der Führungsakademie, General Dr. Eberhard Wagemann an, im Zuge einer Diskussion über bescheidene Mitbestimmungsformen in der Leitung der Akademie, "Alternativen für eine geänderte Zusammensetzung und eine verbesserte Geschäftsordnung (des sogenannten Konsiliums der Akademie) entwickeln zu lassen und mir vorzulegen."¹⁾ Wagemanns Vorgesetzter, Generalinspekteur Zimmermann, befahl jedoch, darüber nicht einmal diskutieren zu lassen.²⁾ Da sich Wagemann daran hielt und damit Schmidt-Würgendorfs Anweisung ignorierte, stand eine neue Kraftprobe der Militärs mit der politischen Führung ins Haus. Brigadegeneral Günter Raulf, Kommandeur der Abteilung Verwendungslehrgänge und SPD-Mitglied, schlug Anfang 1976 schließlich dennoch Änderungen und Ergänzungen zur Geschäftsordnung des Konsiliums vor, die kaum echte Mitbestimmungselemente enthielten, geschweige denn bei einer Verwirklichung ein "quasi Rätssystem" installiert hätten.³⁾ Raulfs Vorstoß genügte allerdings seinen Vorgesetzten, ihn deshalb von der Akademie zu entfernen und in einen NATO-Stab abzuschieben. Wagemann nahm die Amtseinführung des Raulf-Nachfolgers dann zum Anlaß, um die uneingeschränkte Autorität seines Amtes zu unterstreichen und festzustellen, daß der Versuch, "räteartige (...) Ordnungen" einzuführen, stets "in der Auflösung militärischer Ordnung, in Freikorps- und Bandenwesen" geendet

1) Zit. n. SZ v. 24./25.4.77

2) Vgl. DIE ZEIT v. 1.4.77

3) Solches unterstellte allerdings General a.D. Löser im MÜNCHNER MERKUR; vgl. SZ v. 24./25.4.77.

habe.¹⁾ Obwohl führende sozialdemokratische Sicherheitspolitiker oft klar gemacht hatten, daß sie bestenfalls Mitwirkung, jedoch nicht Mitbestimmung für den nicht-operativen Bereich in der Truppe für möglich hielten,²⁾ war eindeutig, daß Wagemann mit seinen Äußerungen Schmidt Würgendorf diffamierend kritisieren wollte.

Auch Wagemann wurde deshalb vor Erreichung der Altersgrenze - die er allerdings ohnehin binnen Jahresfrist überschritten hätte - in den Ruhestand geschickt.

Die Stellung Lebers erschütterte jedoch nicht nur, daß "eine Generalsaffäre (...) die andere" jagte,³⁾ sondern auch die

1) Zit. n. DER SPIEGEL 22/1976

2) Vgl. z.B. Berkhan, FAZ v. 4.4.77. Münch 1983 : S. 114ff. gibt einen komprimierten Überblick über Mitbestimmungsmodelle für die Bundeswehr, wie sie z.B. von den Jungsozialisten entwickelt wurden - allerdings ohne die Chance einer Verwirklichung. Zur Beschlußlage der Bundespartei vgl. Antrag 267, PT 1975 : S. 1232, der sich v.a. auf die Novellierung des Vertrauensmännerwahlgesetzes bezog. Lediglich als Material an den Parteivorstand bzw. die Fraktion wurden Forderungen nach Erweiterung der "Möglichkeit der Soldaten zur Partizipation an Führungsentscheidungen" überwiesen. Ähnliches geschah auf dem Hamburger Parteitag 1977, als nur folgender, zu nichts verpflichtender Passus beschlossen wurde: "Der Parteitag begrüßt die Diskussion der unteren und mittleren Führungsebene der Streitkräfte über eine stärkere Beteiligung von Soldaten an bundeswehrinternen Entscheidungen außerhalb des taktischen und operativen Führungsbereichs", konkrete Forderungen aber wiederum nur unverbindlich an die Bundestagsfraktion überwiesen wurden: "Die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, innerhalb dieser Legislaturperiode die Mitbestimmung von Soldaten über eine Novellierung des Soldatengesetzes und des Vertrauensmännerwahlgesetzes im Sinne des Bundesvertretungsgesetzes nunmehr für alle Soldaten durchzusetzen. Dabei muß sichergestellt werden, daß den Vertrauensleuten in der Bundeswehr konkrete Mitentscheidungs- und Einspruchsrechte im Bereich des Disziplinarwesens, der Besetzung von Dienstposten, der Versetzung und der allgemeinen Dienstplangestaltung übertragen werden. Weiterhin muß sichergestellt werden, daß sich die neuen Rechte und Pflichten des Vertrauensmannes nicht mit denen der Personalaräte überschneiden, sondern ergänzen"; PT 1977 : S. 822.

3) So Ahlers in: DEUTSCHE ZEITUNG v. 28.1.77

Tatsache, daß er sich immer mehr selbst von den Sicherheitspolitikern seiner Partei isolierte. Wiederum Ahlers trug - wenige Monate nach seiner Kritik im VORWÄRTS - in diesem Zusammenhang schwerste Vorwürfe gegen Leber öffentlich vor: "So erfahren die Verteidigungspolitiker der SPD-Fraktion alle wichtigen und unwichtigen Vorgänge aus dem Bereich der Bundeswehr nur noch aus Zeitungen - wenn überhaupt. Seit vielen Monaten hat sich der Minister weder in ihrem Kreise noch im Verteidigungsausschuß des Bundestags sehen lassen. (...) Wichtige Fragen der Militärpolitik, der Abrüstungsverhandlungen, der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West und des Zustandes der NATO werden ebensowenig diskutiert wie die personellen Probleme der Bundeswehr, ob es sich nun um die Entlassung oder Ernennung von Generalen und Staatssekretären, um die Unteroffizierslücke oder um die dramatische Zunahme der Zahl der Kriegsdienstverweigerer handelt.

Weder der bisherige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, der SPD-Abgeordnete Werner Buchstaller, noch der Obmann der SPD-Fraktion für Sicherheitsfragen, Paul Neumann, wurden rechtzeitig informiert, geschweige konsultiert über die Entscheidungen, die im kleinsten Kreise auf der Hardthöhe fielen."¹⁾ Ahlers attestierte Leber ferner, er sei mittlerweile "empfindlich und leicht erregbar", und seine "ordnende Hand" sei nicht mehr zu spüren: "Immer neue Pläne für strukturelle und organisatorische Veränderungen der Bundeswehr tauchen auf und tauchen unter, erweisen sich als unpraktikabel oder bleiben im Dickicht der internen Debatten hängen."²⁾

Bezüglich Lebers Umgang mit seinen Kritikern merkte Ahlers an: "Auf die wenigen 'linken' Abgeordneten, die bisher im Verteidigungsausschuß saßen, Karl-Heinz Hansen, Georg Schlaga und Hermann Reiser, hatte Leber schon seit langem Feuer frei gege-

1) Ahlers in; DEUTSCHE ZEITUNG v. 28.1.77

2) Ebda.

ben. Entsprechend wurden sie auch von seiner Umgebung behandelt. Das Ergebnis: Reiser schied ganz aus dem Bundestag aus, Schlaga kehrt nicht in den Verteidigungsausschuß zurück und Hansen hat große Mühe, seinen Ausschußsitz zu behaupten. Dabei handelte es sich bei allen dreien um zwar kritische, aber doch wohlmeinende und vernünftige Politiker."¹⁾

Für das endgültige politische Aus Lebers sorgten dann mehrere Skandale um den Militärischen Abschirmdienst (MAD), die Lebers mangelnde ministerielle Kontrolle gegenüber dem Geheimdienst dokumentierten. So hatte der Verteidigungsminister erst 1977 von der Überwachung seiner Sekretärin Hildgard Holz erfahren, in deren Wohnung der MAD bereits 1974 - illegal - Abhörgeräte installiert hatte.²⁾ Hinzu kam, daß Leber diese Informationen vor der eigenen Fraktion, dem Parlament und der Öffentlichkeit zu vertuschen suchte - ähnlich wie im 1976 aufgedeckten Spionagefall "Lutze" (der Sekretärin eines Abteilungsleiters im Verteidigungsministerium, die für den DDR-Staatssicherheitsdienst gearbeitet hatte).³⁾

Etwas mehr als ein Jahr vor seinem Rücktritt hatte Leber noch auf positive Seiten seiner Amtsbilanz verwiesen: "Unsere Bundeswehr ist heute größer, als sie vor viereinhalb Jahren war, unsere Bundeswehr ist heute stärker, als sie vor viereinhalb Jahren war, unsere Bundeswehr genießt im Lande und in der Welt heute mehr Achtung, als sie vor viereinhalb Jahren genoß.

Unsere Soldaten gehen seit einigen Jahren natürlich, mit erhobenem Haupte wie andere Bürger durch das Land und sind nicht nur hier, sondern auch an internationalen Tischen ge-

1) Ahlers in: DEUTSCHE ZEITUNG v. 28.1.77

2) Doppelt befremdlich mußte dies erscheinen, als der MAD-Amtschef Scherer SPD-Mitglied war.

3) Vgl. ausführlich dazu DER SPIEGEL 5 u. 6/1978

achtete Soldaten."¹⁾

Diese Betonung des Soldatischen kommentierte Ahlers wie folgt: "In der Tat war Leber immer eine Art 'Soldatenkönig' wie Friedrich Wilhelm I. von Preußen, ein Mann auch vom Schlage des Marschalls Blücher, den man den Marschall Vorwärts nannte. Man konnte es Leber anmerken, wie wohl er sich fühlte, wenn er unter Soldaten war, wenn er sich im Manöver tummelte oder als Panzerfahrer betätigte oder wenn er im Kreis der andächtig lauschenden Generale seinen gesunden Menschenverstand walten ließ."²⁾

Angesichts solcher Neigungen Lebers war es fast selbstverständlich, daß ihm auch einer seiner ranghöchsten Generäle, der stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber Gerd Schmückle, bescheinigte, er habe "sich im Bündnis einen fast legendären Ruf erworben"³⁾ und sei "der angesehenste Verteidigungsminister in der westlichen Allianz" gewesen.⁴⁾

Lebers Nachfolger Apel schließlich erkannte dem scheidenden Verteidigungsminister zu, er habe "in den über 5 Jahren seiner erfolgreichen Amtszeit (...) der Bundeswehr eine neue Dimension eröffnet". Ferner müsse Leber dafür gedankt werden, daß es "heute (...) keine Kluft mehr zwischen den deutschen Arbeitnehmern und der Bundeswehr" gebe.⁵⁾

1) Zit. n. SD-SIPO 1/1977

2) Ahlers in: DEUTSCHER ZEITUNG v. 28.1.77

3) Schmückle 1982 : S. 342

4) Ebda. : S. 331

5) Zit. n. SD-SIPO 1-2/1978; zum Verhältnis Gewerkschaften und Bundeswehr vgl. Leber 1980 : S. 203f.; auch Vetter 1976.

3.3.1.2. Stagnation und restaurative Tendenzen in der Ausgestaltung der Bildungsreform als Ausdruck einer Krise der Inneren Führung

Mit der ZDv 10/1 "Hilfen für die Innere Führung" (August 1972), der ZDv 12/1 "Politische Bildung in der Bundeswehr" (Januar 1973) sowie der Absicht, Bundeswehrhochschulen in München-Neubiberg und Hamburg einzurichten, schien die Fortsetzung der Reformpolitik Schmidts auch in der Amtszeit Lebers gewährleistet und eindeutig auf die weitere Implementierung der Prinzipien der Inneren Führung in den Truppenalltag ausgerichtet. Die offenen Auseinandersetzungen um diese Grundsätze waren zudem verstummt, und von allerhöchster Stelle hatte Leber schließlich apodiktisch verkündet: "Die Grundsätze der Inneren Führung und das Leitbild vom 'Staatsbürger in Uniform' haben sich in den Streitkräften durchgesetzt."¹⁾ Im Weißbuch 1975/76 war zumindest noch einschränkend-proble-matisierend zu lesen, daß es sich "als richtig erwiesen" habe, am "Erziehungsideal des Staatsbürgers in Uniform (...)" festzuhalten, auch wenn der hohe Anspruch in der Praxis nur schwierig erfüllt werden" könne.²⁾ Vorangestellt hatte aber auch das Weißbuch die Aussage: "Heute sind soldatistische Lebensform und freiheitlicher Bürgersinn miteinander versöhnt. Das hat unser demokratischer Staat mit den Grundsätzen erreicht, die sich in der Inneren Führung manifestieren."³⁾

1) So Leber in seinen "Neun Thesen zur Sicherheitspolitik in einer sich verändernden Welt", in: SD-SIPO 7/1976.

2) WB 1975/76 : S. 150

3) Ebda. : S. 149; der nachmalige Wehrbeauftragte Berkhan kennzeichnete retrospektiv das Ringen um die Implementierung der Prinzipien der Inneren Führung realistischer als permanente Aufgabe. (Vgl. Tonbandprotokoll) Das Grundanliegen der Inneren Führung und demokratischer Sicherheitspolitik dürfte allerdings kaum im Problem liegen, "soldatistische Lebensform und freiheitliche(n) Bürgersinn miteinander" zu versöhnen, sondern vielmehr darin, in jedem Fall den Primat der Politik gegenüber dem Militärbereich zu gewährleisten.

Das Jahr 1977 förderte jedoch Ereignisse zutage, die zumindest tendenziell der optimistischen Einschätzung Lebers widersprachen. Neben der Krupinski/Franke-Affäre¹⁾ hatten vor allem Pressemeldungen über antisemitische Vorfälle an der Münchner Bundeswehrhochschule Zweifel an der Wirksamkeit der Prinzipien der Inneren Führung geweckt und über die bundesdeutschen Ländergrenzen hinweg internationale Beunruhigung erregt. Die FRANKFURTER RUNDSCHAU hatte am 29.9.1977²⁾ über ein Untersuchungsverfahren berichtet, das gegen junge Offiziersstudenten eingeleitet worden war. Neun alkoholisierte Offiziere hatten im Januar desselben Jahres u.a. das faschistische "Horst-Wessel-Lied" gesungen und eine makabre symbolische Judenverbrennung inszeniert, indem sie Zettel und Pappstücke mit der Aufschrift "Jude" ins Feuer geworfen hatten. Dabei fielen u.a. Äußerungen wie "Leg' doch einen Juden nach".³⁾ Damit war nicht nur "ein fast unglaubliches Maß an politischer und historischer Unkenntnis bei Teilen des Bundeswehrführungsnachwuchses aufgedeckt"⁴⁾, sondern gleichzeitig dokumentiert worden, daß faschistisches Bewußtsein keineswegs nur bei durch die Wehrmacht geprägten Offizieren zu finden war und somit nicht als Generationenproblem abgetan werden konnte, das sich quasi von selbst erledigen würde.⁵⁾

1) Vgl. S. 264ff.

2) Vgl. auch FR v. 8.10.77, FAZ v. 30.9.77, SZ v. 30.9.77, 1./2.10.77, 13.10.77 u. 20.10.77

3) Zit. n. SZ v. 20.10.77

4) So Jopp 1983 : S. 148

5) Vgl. S. 106 ; auch: Gessenharter/Fröchling/Krupp 1978, "Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem". In dieser Studie verweisen die drei Wissenschaftler der Hamburger Bundeswehrhochschule auf "rechtsautoritär-antidemokratische (rechtsextreme) Einstellungen bei HSBW-Studenten". Im Vergleich von HSBW-Studenten mit Abiturienten-Wehrpflichtigen fanden die Autoren bei 10,6% (5,6%) eine "starke bis sehr starke Ausprägung", bei 53,4% (44,4%) eine "mittlere Ausprägung 'rechtsextremer' Einstellungen", vgl. ebda. : S. 212.

Dazu kam, daß es sich bei diesem Skandal nicht um einen Einzelfall gehandelt hatte. Wenig später hatte ein Münchner HSBW-Offiziersstudent seine Seminararbeit mit einem Hakenkreuz versehen und das gleiche Emblem fand sich auf einem Auto im Hochschulbereich. Ferner hatte die Presse von einer Österreichreise berichtet, auf der angetrunkene Bundeswehroffiziere in der Wiener Judengasse "Juden raustreten zum Erschießen" gegrölt hatten¹⁾, sowie darüber, daß sich Wachsoldaten in Rheine am Kasernenstor mit "Heil-Hitler" begrüßt hätten.²⁾ Für die SZ schließlich hatten sich diese Vorfälle "zu einem erschreckenden Muster zusammengefügt", das durch die Meldung ergänzt wurde, daß jahrelang sogar "ein Göring-Bild im Traditionsraum einer Luftwaffeneinheit" gehangen habe.³⁾ Besonders besorgniserregend war, daß alle Vorfälle Monate seit ihrer Veröffentlichung zurücklagen und wohl von allen informierten militärisch und politisch Zuständigen lange Zeit vertuscht worden waren.⁴⁾

1) WF RS v. 4.10.77

2) FR v. 13.10.77

3) SZ v. 5.10.77; Münch 1983 weist auf weitere Fälle von Neonazismus in der Bundeswehr hin, so auf ähnliche Vorfälle an der HSBW Hamburg, ferner auf angebliche antisemitische Äußerungen des Flottenadmirals Horst Wenig 1975. Laut SPIEGEL 44/1978 soll dieser in der Offiziersmesse am 11.12.75 den österreichischen Kanzler Kreisky als "Sozialistenschwein und dazu noch Jude (...), den Hitler hätte 'mit vergasen müssen'" bezeichnet haben. Bereits 1973 hatten laut Münch Maate des Schulschiffes "Deutschland" "ungeahndet (...) im Braunhemd, mit Hakenkreuz und Hitlergruß" Nazilieder gesungen und "am Vorabend von Hitlers Geburtstag" gefeiert, ebda. : S. 87.

4) Vgl. SZ v. 14.11.77, auch DER SPIEGEL 41/1977; laut SZ v. 1./2.10.77 hatte "Leber angeordnet zu untersuchen, ob und wie weit sich die Vorgesetzten 'durch Verschweigen des Vorfalls mitschuldig gemacht'" hatten, und angegeben, er selbst habe erst durch die Presse von der "Angelegenheit" erfahren. Letzteres muß allerdings wegen der zahlreichen informellen Kontakte zwischen sozialdemokratischem Lehrpersonal, sozialdemokratischen Sicherheitspolitikern und dem Verteidigungsministerium verwundern.

Die Vorfälle an der Münchner Bundeswehrhochschule beschäftigten in einer kürzeren Diskussion auch das Bundeskabinett, das durch Regierungssprecher Grünewald verlautbaren ließ, für die neonazistischen Offiziere sei "in der Bundeswehr kein Platz".¹⁾ Dieser Auffassung schloß sich der zu diesem Zeitpunkt auf einer NATO-Konferenz in Bari befindliche Verteidigungsminister eine Woche später an, nachdem er einen vom stellvertretenden Generalinspekteur Rüdiger von Reichert verfaßten Untersuchungsbericht zur Kenntnis genommen hatte. Als Quintessenz für die gesamte Truppe ordnete der Generalinspekteur Harald Wust schließlich an, die politische Bildung in den Kasernen im nächsten Quartal auf die Bereiche Rechtsradikalismus, Nationalsozialismus und Antisemitismus zu konzentrieren.²⁾

Damit war gleichzeitig zugestanden, daß politische Bildung in der Bundeswehr nicht nur nicht den ihr zustehenden Stellenwert in der Truppenausbildung erhalten hatte, sondern daß auch speziell der Bereich Antifaschismus sträflich vernachlässigt worden war.

Letzteres läßt sich bereits anhand der ZDv 12/1 nachweisen. Außer Zweifel steht allerdings, daß diese neue Dienstvorschrift zur politischen Bildung in der Bundeswehr im Vergleich zu vorhergehenden Konzeptionen der "Psychologischen" bzw. "Geistigen Rüstung" aus den Kalten-Kriegs-Zeiten sowohl von der Zielsetzung wie vom Bildungsangebot her wesentlich stärker

1) Zit. n. FAZ v. 13.10.77; F.D.P.-MdB Möllemann begrüßte diese Auffassung, die CSU-Abgeordnete Ursula Krone-Apuhn bezeichnete diese Reaktion der Regierung als "überzogen"; vgl. SZ v. 20.10.77.

2) Vgl. SZ v. 20.10.77

liberal-demokratischen Vorstellungen gerecht wurde.¹⁾ Politische Bildung in der Bundeswehr als "ein Hauptbestandteil der Inneren Führung"²⁾ orientierte sich nach diesen neuen Richtlinien an den Zielen der politischen Bildung für die gesamte Bundesrepublik, wie sie konsensual alle Fraktionen des Bundestags 1968 beschlossen hatten.³⁾ Sie strebte an:

- "(1) Möglichst objektive Informationen über Faktoren und Funktionszusammenhänge politischer Prozesse zu geben;
- (2) das politische Problembewußtsein, die politische Urteilsfähigkeit und Urteilsbereitschaft zu entwickeln;
- (3) Die Erkenntnis des eigenen Standortes im Rahmen der Gesamtgesellschaft zu fördern;
- (4) zur Bejahung der Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu führen;
- (5) die Fähigkeit zu politischem Handeln zu entwickeln;
- (6) das Wesen demokratischer Spielregeln bewußt zu machen und demokratische Verfahrensweisen einzuüben."⁴⁾

Diese "allgemeinen Ziele" sollten in "elementarer Form" auch während des Grundwehrdienstes angestrebt werden und "insbe-

1) Zur politischen Bildung in der Aufbauphase der Bundeswehr vgl. Verteidigung im Bündnis 1975 : S. 124f; zur ZDv 12/1 v. 22.1.66 "Geistige Rüstung" vgl. ebda. : S. 197f. Als Übergangslösung bis zur ZDv 12/1 v. 19.1.73 hatte Helmut Schmidt am 22.1.72 einen Erlaß "Vorläufige Richtlinien für den staatsbürgerlichen Unterricht in der Bundeswehr" herausgegeben. Die neue ZDv 12/1 hatte der Führungsstab der Streitkräfte in enger Zusammenarbeit mit den Führungsstäben der Teilstreitkräfte sowie Schulen der Bundeswehr (v.a. der Wehrakademie in Hilden) und dem Beirat für Fragen der Inneren Führung ausgearbeitet.

2) So Ilseemann 1981 : S. 73

3) Vgl. BT Dr.s. V/2356

4) ZDv 12/1 1973 : S. 4

sondere für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Vorgesetzten" gelten.¹⁾

Behandelt werden sollten folgende Themenkreise:

1. Die Grundrechte; die Grundpflichten des Soldaten
2. Die parlamentarische Demokratie
3. Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft
4. Die Bundeswehr im Bündnis
5. Andere Gesellschaftssysteme.²⁾

Die angebotenen "Hilfsmittel für den staatsbürgerlichen Unterricht" ließen jedoch deutlich die oben angesprochenen Defizite erkennen. So beschäftigten sich von den sieben Literaturempfehlungen zum Themenkreis "Die parlamentarische Demokratie" zwei mit dem "Mythos der Räte" und der "Strategie der 'Systemveränderung'", jedoch keine einzige mit Rechtsextremismus oder Neonazismus. Noch eklatanter war dies beim Bereich "Andere Gesellschaftssysteme". Hier wurde ein breit gefächertes, mehr oder weniger differenziertes Informationsangebot zum Bereich Kommunismus, Sowjetunion und DDR aufgelistet. Von den 18 Literaturhinweisen befaßten sich 17 mit dem Kommunismus, während sich ein einziger (!) mit dem "Totalitarismus nationalsozialistischer Prägung" auseinandersetzte.³⁾

Die Überbetonung der demokratisch-antikommunistischen Elemente bei fast völliger Vernachlässigung der demokratisch-antifaschistischen in diesem "wichtigen Bereich der Inneren Führung"⁴⁾ lief parallel mit der nach wie vor weitgehenden Tabuisierung bzw. der euphemistischen Einschätzung rechtsradikalen Einflusses auf die Truppe. Autoren aus dem höheren Offizierskorps konnten sich dabei auch auf die Verfassungs-

1) ZDv 12/1 1973 : S. 4

2) Ebda., Anhang Anlage 2 : S. 1ff.

3) Ebda., Anhang Anlage 2 : S. 3f.

4) So SD-SIPO 3/1973

schutzberichte berufen, um zu "belegen, (daß) der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik im Vergleich zum Linksradikalismus seit langem politisch einflußloser und unbedeutender zu bewerten ist".¹⁾

Auch der Verteidigungsminister hatte bis zu diesen neonazistischen Vorfällen Gefährdungen für die Truppe nur seitens des Linksextremismus gesehen. Obwohl die Bundesregierung noch 1974 erklärt hatte, es gebe zwar einige wenige Versuche zur Bildung kommunistischer Zellen in der Bundeswehr, die jedoch für deren innere Stabilität bedeutungslos seien, erklärte Leber am 5.10.1975 vor der 7. Ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des Reservistenverbandes, er habe "Hinweise dafür, daß die systematische geistige Aufweichung der Streitkräfte von innen her versucht" werde, und warnte vor der "zentral gesteuerten ideologischen Unterwanderung der Bundeswehr" durch Linksextremisten.²⁾ Die MdBs Karl-Heinz Hansen und Erwin Horn, die anläßlich des Militärputsches in Chile und dessen Kommentierung in der konser-

1) Portner 1976 : S. 14; vgl. auch Portner/Schulz 1976 (mit Vorwort von Georg Leber). Portners Untersuchung 1976: "Bundeswehr und Linksextremismus" mag insgesamt durchaus linksextreme Aktivitäten zutreffend darstellen, ist aber nicht geeignet, deren tatsächlichen Einfluß zu quantifizieren und qualifizieren. Tatsache ist jedenfalls, daß zwar Berufsoffiziere z.B. der NPD angehörten, von Berufsoffizieren, die etwa der KPD/ML, dem KBW oder der DKP angehörten, jedoch nichts bekannt ist. Zu der Unterschätzung rechtsradikalen Potentials in der Bundeswehr mag auch die INFAS-Umfrage von 1974 beigetragen haben, nach der von den Unteroffizieren 41% zur SPD, 28% zur CDU/CSU, 11% zur F.D.P., von den Offizieren 40% zur CDU/CSU, 27% zur SPD und 16% zur F.D.P. tendierten, zur NPD nur jeweils unter 2%; vgl. DER SPIEGEL 49/1975. Das Wahlverhalten allein kann jedoch nicht als ausschlaggebendes Kriterium für rechtsextremistisches Bewußtsein gelten; vgl. Münch 1983 : S. 77ff.

2) Vgl. FAZ v. 6.10.75

vativen Presse und durch CDU-Politiker¹⁾ eine verstärkte demokratische Kontrolle gefordert und die Auffassung geäußert hatten, in der Bundeswehr gebe es rechte antidemokratische Kräfte, waren vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner ein Jahr vorher hingegen gerüffelt worden. Wehner forderte beide Abgeordnete auf, "im Interesse der Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Haltung in der Sicherheitspolitik alles zu unterlassen, was als Angriff gegen die Bundeswehr angesehen werden könnte."²⁾

Das ohnehin eher rechtslastige geistige Klima in der Bundeswehr wurde jedoch nicht nur dadurch weiter negativ beeinflusst, daß vom Verteidigungsminister die Gefahren linksextremistischer Bedrohung in kräftigen Farben gezeichnet und Kritiker rechtsextremistischer Einstellungen in der Truppe öffentlich als bundeswehrfeindlich angeprangert wurden. Von Bedeutung war vielmehr auch, daß nicht nur die Bildungsinhalte tendenziös verzerrt waren, sondern daß insgesamt die politische Bildung de facto nicht den Rang in der Truppenpraxis einnahm, der ihr von den maßgeblichen Konzeptoren der Inneren Führung zugewiesen worden war. Symptomatisch dafür erscheint, daß politische Bildung z.B. als Thema des Leberschen Weißbuchs 1973/74 nur knapp, bezüglich ihrer Ziele stark verkürzt und ihres Stellenwerts unterrepräsentiert,

-
- 1) So z.B. die FAZ v. 12.9.73: "Im Augenblick der höchsten Gefahr konnten sich die Streitkräfte ihrer Verantwortung nicht entziehen"; diess. v. 13.9.73: "Wo jedoch die Kluft zwischen den beiden mächtigsten politischen Lagern unüberbrückbar geworden war (...), blieb kein anderer Ausweg". CDU-MdB Bruno Heck hatte nach einer Chile-Reise erklärt, er habe den Eindruck vermittelt bekommen, daß "das Eingreifen des Militärs der einzige Ausweg" gewesen sei. Pawelczyk hatte diese Zitate als "Ausdruck einer gefährlichen geistigen Verwirrung" bezeichnet; vgl. SD-SIPO 9/1973.
- 2) Zit. n. FAZ v. 26.4.74; Wehners Kritik bezog sich v.a. auf die Veröffentlichung von Beiträgen Hansens und Horns in der PDI-Schrift "Bundeswehr in der Demokratie - Macht ohne Kontrolle"; vgl. PDI 1974. Horn distanzierte sich schließlich von seiner Veröffentlichung.

abgehandelt wurde.¹⁾

Im Weißbuch 1975/76 wurde nur noch darauf verwiesen, daß der Verteidigungsminister, "vom Beirat für Fragen der Inneren Führung angeregt (...), eine Wirkungsanalyse der Politischen Bildung angeordnet" habe.²⁾

Diese vom Psychologischen Dienst der Bundeswehr durchgeführte umfassende und repräsentative Untersuchung deckte dann in der Tat schwerwiegende Mängel auf. Die Autoren Axel Kaiser, Marianne Schatz-Bergfeld und Klaus Puzicha kamen zum Ergebnis, daß

- in vielen Fällen die vorgeschriebenen Unterrichtsstunden für politische Bildung nicht durchgeführt wurden,
- methodisch-didaktische Mängel weit verbreitet waren und
- der Unterricht im Befehlston oder/und unqualifiziert und langweilig ablief.

So konnte es nicht verwundern, daß eine meßbare positive Effizienz nicht nachgewiesen werden konnte.³⁾

Die Analyse kam zu dem Schluß, daß "keine politisch-gesellschaftlichen Einstellungsveränderungen festgestellt werden (konnten), wie sie die Zentrale Dienstvorschrift 12/1 als Lernziele anvisiert: Entwicklung/Verstärkung demokratischen Bewußtseins, Verinnerlichung demokratischer Normen und Erwerb demokratischer Verhaltensweisen".⁴⁾

1) Vgl. WB 1973/74 : S. 140

2) WB 1975/76 : S. 153

3) Die Möglichkeiten der politischen Bildung für die demokratische Bewußtseinsbildung in den Streitkräften dürfen sicher nicht überschätzt werden. Die mangelnde Effizienz ist jedoch auch wesentlich Folge der mangelhaften Praktizierung und liegt nicht in der Natur der Sache, wie z.B. Malsburg 1981 glauben machen möchte.

4) Kaiser/Schatz-Bergfeld 1980 : S. 399. Die SZ fragte sich angesichts der "wahrhaft niederschmetternden Situation der politischen Bildung in der Bundeswehr", ob wohl die "Armee ohne demokratisches Bewußtsein" sei; vgl. SZ v. 7.3.77.

Die Ergebnisse der wehrpsychologischen Untersuchung hatten den Wehrbeauftragten Berkhan veranlaßt, in seinem Bericht für das Jahr 1976¹⁾ ausführlich auf die Misere der politischen Bildung in der Bundeswehr einzugehen.²⁾ Berkhan charakterisierte die politische Bildung erneut als unverzichtbaren Bestandteil der Inneren Führung, die ihren Platz gleichberechtigt neben Taktik, Technik und Logistik einnehmen müsse. Es sei ferner "ein Trugschluß, als Ausbilder zu glauben, man hätte bereits einen zuverlässigen Soldaten, wenn man ihm zur Genüge technische Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, wenn man ihn körperlich ertüchtigt, der Soldat aber nicht weiß, welchen Sinn er seinem Wehrdienst geben soll."³⁾

Berkhan sah die Hauptprobleme vor allem in den mangelnden didaktischen und methodischen Fähigkeiten der Ausbilder. Zwar habe hier die Schule für Innere Führung wertvolle Arbeit geleistet, dennoch müsse "auf breiter Basis erreicht werden, daß das Fach 'Didaktik und Methodik der politischen Bildung' nicht als freiwillige Zusatzausbildung angeboten, sondern zum integrativen Pflichtbestandteil der Gesamtausbildung eines jeden Unteroffiziers und Offiziers aufgewertet" werde. "Dies sollte sowohl für Laufbahnlehrgänge an Schulen, Akademien, Hochschulen, aber auch für die institutionalisierte

1) Vgl. BT Dr.s. VIII/153

2) Dies hatte auch Seidelmann 1977 in der "Neuen Gesellschaft" getan, und in der mangelhaften Praktizierung der politischen Bildung in der Bundeswehr "eines der schweren Versäumnisse in der Dienstaufsicht durch die politische Leitung in den letzten Jahren" angeprangert.

3) BT Dr.s. VIII/153; damit hatte Berkhan eine Erscheinung angesprochen, die Simon 1980 : S. 120ff. zutreffend als "Tendenz zum Professionalismus" charakterisierte, die neben der "Reduktion der Inneren Führung auf Recht und Rechtsanwendung" sowie der "Tendenz zur Verbürokratisierung" bestimmend für die gesamte Ausprägung der Inneren Führung seit 1972 ist.

Weiterbildung in der Truppe angestrebt werden."¹⁾

Anders als Berkhan, der in seinem Bericht betont hatte, es fehle nicht an Unterrichtshilfen, -materialien und -modellen, und deshalb vor allem methodische und didaktische Fragen in den Vordergrund gestellt hatte, wollte ein Antrag auf dem Bundesparteitag 1977 in Hamburg auch an den Inhalten der Unterrichtshilfen ansetzen. So forderte der Kreisverband Freiburg:

"(...) Das Verteidigungsministerium hat dafür Sorge zu tragen, daß die Bestimmungen über die politische Bildung in der Bundeswehr ohne Einschränkungen eingehalten werden.

- Innere Führung und politische Bildung müssen bei der Ausbildung von Führungskräften einen höheren Stellenwert erhalten, (...)

- Politische Bildung in der Bundeswehr muß Einblick und Verständnis für die grundlegenden gesellschaftlichen Konflikte in der BRD geben und wecken. Sie erschöpft sich nicht in Institutionenkunde und tagespolitischer Information.

Neben dem verstärkten Einsatz ziviler Fachleute müssen auch die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unmittelbar zu Wort kommen können. Dadurch wird auch die Integration der Bundeswehr in die demokratische Gesellschaftsentwicklung gestärkt.

- Das vom BMVg herausgegebene Material, wie Filme und Schriften ('Die Bundeswehr' und 'Informationen für die Truppe'), sind demokratischer Kontrolle zugänglich zu machen."²⁾

Dieser Antrag, der unterschwellig Kritik am sozialdemokratisch geführten Verteidigungsministerium enthielt, wurde als unverbindliches Material an die Bundestagsfraktion weitergeleitet.

1) BT Dr.s. VIII/153. Schon in der ZDv 12/1 1973 : S. 12 war ausdrücklich festgehalten: "Die politische Bildung ist ein Schwerpunkt der erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Anleitung in der Ausbildung zum Unteroffizier und Offizier sowie in der Fort- und Weiterbildung".

2) PT 1977 : S. 821f.

Besonders beunruhigend an den antisemitischen Vorfällen der "Judenverbrennung" war, daß sie sich ausgerechnet an einer Institution ereignet hatten, auf die die Bildungsreformer große Hoffnungen für die demokratische Bewußtseinsbildung des Offizierskorps gesetzt hatten. Die Existenz der neuen Bundeswehrhochschulen änderte jedoch de facto kaum etwas an der politischen sowie methodisch-didaktischen Qualifikation der Nachwuchsoffiziere. So war das ursprünglich geplante obligatorische erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Anleitstudium durch Verschulung (Trimestereinteilung des Studienjahres), Reglementierung und Lehrstoffüberfrachtung der HSBW-Studiengänge in der Praxis bald eliminiert worden.¹⁾ Damit war in diesem wichtigen Bereich mit seiner Schlüssel-funktion für die Bewußtseinsbildung des Offiziersnachwuchses eine "Realisierungsprämisse der Inneren Führung (...) verlorenggegangen".²⁾ So muß Fröchling darin zugestimmt werden, daß "sich die Gesamtzielsetzung und Gesamtkonzeption der Offiziersausbildung in wesentlichen Bereichen seit der Reformphase (1970 bis etwa 1975) faktisch erheblich gewandelt (hat), ohne daß die offiziellen Reformziele etwa klar erkennbar revidiert worden wären", und daß "dieser Zielwandel bzw. diese Zielverschiebung" zutreffend "bereits detailliert als 'Gegenreform' und 'Restauration' beschrieben worden" ist.³⁾ Daran änderte auch kaum etwas die neue Konzeption eines EGA-(= erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliches Anteil-) Studiums, die u.a. auf Betreiben des neuen sozialdemokratischen Staatssekretärs Andreas von Bülow Ende 1977 entwickelt wurde. Dieses additive Anhängsel an das Fachstudium sollte künftig wenigstens gewährleisten, daß sich jeder Student zumindest mit Teilbereichen aus Jura, der Soziologie und den Politischen Wissenschaften pflichtgemäß zu befassen

1) Vgl. Fröchling 1982; ders. : 1986 : S. 118ff.; Jopp 1983 : S. 146f.; Krause 1979 : S. 467ff.; Kutz 1982 : S. 126ff.; Schulz 1982 : S. 184ff.

2) Krause 1979 : S. 471

3) Fröchling 1986 : S. 118

hatte.¹⁾ Ändern sollte sich auch nichts an der Abschottung der Bundeswehrhochschulen von den zivilen Universitäten. Von der vorgesehenen Integration in die örtlichen Gesamthochschulen²⁾ war ohnehin in der Exekutive nicht mehr die Rede, ebenfalls nicht von einer Öffnung für zivile Studierende, obgleich der seit 1972 diesbezüglich bestehende SPD-Beschluß später von Parteivorstand und -rat sogar noch einmal bekräftigt werden sollte.³⁾

Alle diese Erscheinungen deuteten wohl eher auf eine Krise der Inneren Führung hin als auf deren von Leber behauptete problemlose Implementierung im Truppenalltag. Anhand der Stagnation und der Restauration in der Bildungsreform war am Ende der Amtszeit Lebers Teilen der sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker und Sozialwissenschaftler diese Krise auch bewußt geworden. Konzeptionelle Vorschläge zur Wiederbelebung einer Reformpolitik⁴⁾ mußten jedoch angesichts eines nach rechts verschobenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses und der Tatsache, daß der Verteidigungsminister politisch schwer angeschlagen und weitgehend handlungsunfähig war, ohne praktische Relevanz bleiben. So blieb nur der Verweis auf "die historische Erfahrung (...), daß die militärischen Bildungsreformen stets am Ende auf ihr technokratisches Element reduziert wurden"⁵⁾ - was durchaus generalisiert für die gesamte sozialdemokratische systemimmanente Reformpolitik gelten konnte.

1) Zur weiteren Ausgestaltung des EGA-Konzepts vgl. Jopp 1983 : S. 151ff.; auch Schubert 1981 : S. 270ff. Von militärischer Seite setzte sich zudem die Tendenz durch, z.B. solche antisemitischen Vorfälle künftig nicht durch bessere gesellschafts-politische Ausbildung zu verhindern, sondern durch Ausweitung der militärischen Disziplinargewalt; vgl. Kutz 1982 : S. 133ff.

2) Vgl. SD-SIPO 1/1973; auch NZZ v. 7.2.73

3) Vgl. SPD-Pressemitteilung v. 5.10.79

4) Vgl. z.B. "Thesen zur Tradition" des Arbeitskreises Bundeswehr d. SPD-Bezirks Mittelrhein, SD-SIPO 7-8/1977; auch "17 Thesen zur Inneren Führung der Bundeswehr" des Bezirksarbeitskreises Weser-Ems, SD-SIPO 9/1977.

5) So Schubert 1981 : S. 273

3.3.1.3. Reformversuche der Kriegsdienstverweigerung und deren Liquidierung durch das Bundesverfassungsgericht

Verteidigungsminister Leber hatte zu Beginn seiner Amtszeit mehrfach betont, daß er das in Artikel 4/III Grundgesetz niedergelegte Recht auf Kriegsdienstverweigerung als ein Ausnahmerecht ansah.¹⁾ In einem SPIEGEL-Interview hatte er zudem erklärt, er bedaure die hohe Zahl der Wehrdienstverweigerer und habe "gar keine Veranlassung und auch kein Recht", das Spruchkammerverfahren, die Gewissensprüfung, abzuschaffen.²⁾ Leber hatte außerdem in einer Konferenz mit den Kultusministern der Länder angeregt, Bundeswehr- und Verteidigungsprobleme stärker als bisher im Schulunterricht zu berücksichtigen, was seine Kritiker dazu veranlaßte, von der geplanten Einführung eines Wehrkundeunterrichts zu sprechen.

Dies alles schien nicht darauf hinzudeuten, daß in der SPD zu dieser Zeit günstige Voraussetzungen für eine Reform des Kriegsdienstverweigerungsverfahrens vorhanden waren. Es war jedoch so, daß Leber mit seinen Auffassungen in der Partei relativ isoliert war, was sich besonders auf dem Bundesparteitag 1973 in Hannover zeigte. Kriegsdienstverweigerung war seit jeher ein Thema gewesen, das traditionellerweise die Untergliederungen der Partei zu Anträgen und die Delegierten zur Diskussion darüber bewegt hatte. Bisher waren allerdings Anträge, welche auf die Beseitigung des Anerkennungsverfahrens abzielten, nicht beschlossen, sondern lediglich als Material an den Parteivorstand oder die Bundestagsfraktion überwiesen worden. Diesmal jedoch wurde folgender Antrag

1) Vgl. SZ v. 31.7.72; wenn auch, wie er beteuerte, "nicht im streng juristischen Sinne", obgleich er "im Soldatendienst" das "moralisch Höherwertige" sehe; zit. n. DER SPIEGEL 35/1972.

2) Zit. n. DER SPIEGEL 39/1972; in diesem Interview sprach Leber nicht mehr vom "Ausnahmerecht", sondern nur noch vom "Ausnahmefall" der Kriegsdienstverweigerung.

ordnungsgemäß beschlossen:

"Die SPD-Bundestagsfraktion und die der SPD angehörenden Minister werden aufgefordert

1. Die Möglichkeiten zur Ableistung des zivilen Ersatzdienstes sind zu erweitern.
2. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist zu erhöhen.
3. Das Anerkennungsverfahren soll dann ersatzlos entfallen. Der Wehrpflichtige entscheidet sich durch schriftliche Erklärung, wenn er den Wehrdienst aus Gewissensgründen (...) ablehnen und folglich einen Ersatzdienst ableisten will."¹⁾

Für das Junktim zwischen der Schaffung ausreichender Zivildienstplätze und der Abschaffung des Anerkennungsverfahrens hatten sich nicht nur Erhard Eppler²⁾ und Herbert Wehner³⁾, sondern auch Helmut Schmidt⁴⁾ ausgesprochen. Daraufhin hatte auch Leber schließlich erklärt, er könne mit dieser Antragsformulierung leben.⁵⁾ Er hatte allerdings hinzugefügt: "Ich möchte mit aller Deutlichkeit feststellen, daß bei dem Verfahren und bei dem Niederschlag, den das Ganze in der Gesetzgebung finden muß, gesichert bleiben muß, daß die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr in jedem denkbaren Spannungsfall, in den wir von außen verwickelt werden können, nicht verlorengeht."⁶⁾ Auch Wehner bekräftigte dies. So bestätigte er zwar, daß es in der Antragskommission Einigkeit bezüglich der Abschaffung des Prüfungsverfahrens gegeben habe, wies aber nachdrücklich konservative Unterstellungen zurück, die Sozialdemokratie wolle damit "der Verteidigungsnotwendigkeit einen

1) PT 1973 : S. 1118

2) Ebda. : S. 845f.

3) Ebda. : S. 854f.

4) Ebda. : S. 847f.

5) Ebda. : S. 849

6) Ebda. : S. 854.

Dolch in den Rücken stoßen."¹⁾

Die allgemeinen Rahmenbedingungen für eine Gesetzesinitiative schienen vorerst günstig. Die Iven-Novelle war im Mai 1973 im zweiten Anlauf vom Bundestag einstimmig verabschiedet worden,²⁾ und Iven selbst konnte Ende 1972 auf die Existenz von mittlerweile über 11 000 Zivildienstplätzen verweisen, die bis Ende 1974 auf 20 000 aufgestockt werden sollten.³⁾ Da außerdem die Zahl der Wehrdienstverweigerungsanträge rückläufig war, schienen auch die Bedenken einer Wehrkraftschwächung gegenstandslos.

Unterstützung hatte die SPD für ihr Vorhaben auch vom DGB und aus den Kirchen erhalten.⁴⁾

Bald jedoch zeichnete sich ab, daß die SPD-Bundestagsfraktion mehrheitlich keine Gesetzesnovellierung wollte, die eine völlige Abschaffung des Prüfungsverfahrens vorsah.

Die F.D.P. hatte sich im Gegensatz dazu zu einer konsequenten Haltung durchringen können. Ihre Fraktion wollte sowohl für Wehrpflichtige wie auch für bereits Dienende ausnahmslos die Gewissensprüfung durch ein Feststellungsverfahren (formloser Antrag an das Kreiswehrrersatzamt, dem stattgegeben werden muß) ersetzen.⁵⁾

Leber war solchen Versuchen am 27.9.74 mit einem eigenen Vorschlag für ein "modifiziertes Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer",⁶⁾ an die Adresse des Bundeskanzlers gerichtet, entgegengetreten.

Ungediente Wehrpflichtige sollten demnach vom Prüfungsverfahren verschont bleiben, einberufene und dienende aber einer Ausschußprüfung unterworfen werden, "jedoch ohne Mitwirkung eines Vertreters der Bundeswehr."⁷⁾ Der Bundesregierung sollte

1) PT 1973 : S. 855

2) Vgl. S. 202 ; zum 2. Einbringungsverfahren vgl. SD-SIPO 3/1973; auch FAZ v. 24.2.73

3) Vgl. SD-SIPO 3/1973

4) Vgl. FAZ v. 11.7.73 u. 24.4.74; auch SZ v. 5.8.74

5) Vgl. FAZ v. 22.6.74

6) Vgl. Bulletin v. 2.10.74

7) Ebda.

außerdem ein Revisionsrecht vorbehalten bleiben: "Wird durch die Zahl der Kriegsdienstverweigerer die Sicherung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte ernstlich gefährdet, so ist die Bundesregierung berechtigt, das Prüfungsverfahren neuer Art auch für alle oder einen Teil der ungedienten Antragsteller anzuordnen, damit nur diejenigen Antragsteller vom Wehrdienst freigestellt werden, die tatsächlich eine Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst getroffen haben."¹⁾

Eine solche Gefährdung schien indes bis zum Jahr 1975 kaum in Sicht. 1976 und 1977 kam es jedoch zu einem sprunghaften Anstieg der Kriegsdienstverweigererzahlen, durch den sich die Kritiker der Novellierung bestätigt sahen:

	Zahl der KDV-Anträge
1973	35 192
1974	34 150
1975	32 565
1976	40 643
1977	69 969 ²⁾

Kritik an dem Neuregelungsversuch wurde aber bereits Anfang Juni 1975 seitens der Opposition laut, als Lebers Vorlage zu einem gemeinsamen Entwurf der sozialliberalen Koalition geworden war, obwohl damals die Antragszahlen noch deutlich im Sinken waren.³⁾ So mußte Leber am 5.6.75 Wörners Behauptung zurückweisen, durch die vorgesehene Novellierung werde "der einschneidendste Eingriff in die Verteidigungsstruktur der Bundesrepublik seit Gründung der Bundeswehr vorgenommen" und "die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland

1) Bulletin v. 2.10.74

2) Nach Blumenwitz 1982 : S. 71

3) Vgl. FAZ v. 5.6.75

(...) in unverantwortlicher Weise beeinträchtigt".¹⁾

Mehrere Antragsteller, vor allem Unterbezirke sowie der gesamte Bezirk Westliches Westfalen, hatten im November 1975 auf dem Mannheimer Bundesparteitag hingegen dokumentiert, daß ihnen der Gesetzentwurf nicht weitgehend genug war,²⁾ und energisch "von den Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion die Einhaltung des Hannoveraner Parteitagsbeschlusses von 1973" verlangt.³⁾ Alle diesbezüglichen Anträge wurden jedoch lediglich als Material an den Parteivorstand überwiesen. Wenig später verzeichnete ein Bericht einer Arbeitsgemeinschaft, die sich auf einer sicherheitspolitischen Informationstagung der SPD in Stuttgart mit dem Thema: "Die Reform des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer - Neuorganisation des Zivildienstes" unter der Leitung von MdB Peter Würtz und mit MdB Hans Iven als Referenten befaßt hatte, zwar "kritische Anmerkungen"⁴⁾ in der Diskussion, stellte aber fest: "Der Gesetzentwurf der SPD/FDP findet breite Zustimmung und muß offensiv in der Öffentlichkeit vertreten werden. Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Beschluß des Parteitages von Hannover 1973 nicht lupenrein verwirklicht werden kann."⁵⁾

Der geringfügig veränderte Gesetzesentwurf - die Prüfungsausschüsse sollten auch weiterhin im Verantwortungsbereich des Verteidigungsministeriums bleiben - wurde dann schließlich am 17.3.77 in erster Lesung in den Bundestag eingebracht,⁶⁾ nachdem Anfang Februar bereits der Bundeswehrverband verfas-

1) BMVg IPS, Mitteilungen a.d. Presse v. 5.6.75; vgl. auch FAZ v. 22.5.75, in der Wörner den Gesetzentwurf als "Anreiz zum Mißbrauch des Kriegsdienstverweigerungsrechts" charakterisierte, der eine "gefährliche Aufweichung des Verteidigungsbewußtseins und der Verteidigungsbereitschaft des Volkes" nach sich ziehen werde.

2) Vgl. PT 1975 : S. 1359f., Anträge 281-286

3) Ebda. : S. 1360

4) Vgl. SD-SIPO 1-2/1976

5) Ebda.

6) 1. Gesetzentwurf v. 5.6.75 vgl. BT Dr.s. VII/3730;
2. Gesetzentwurf v. 23.2.77 vgl. BT Dr.s. VIII/126.

sungsrechtliche und sicherheitspolitische Bedenken angemeldet hatte.¹⁾ Am 24.6. lehnte der Bundesrat mit knapper Mehrheit den Entwurf ab, mit dem laut BAYERNKURIER "der 'Ohne-mich-Standpunkt' (...) gesetzlich geregelt" werden sollte, obwohl ihm sogar die CDU/F.D.P.-Regierung von Niedersachsen zugestimmt hatte.²⁾

Nach der Unterzeichnung des Gesetzes durch Bundespräsident Scheel im Juli zeigte sich jedoch die entscheidende Hürde, die das Gesetz schließlich zu Fall bringen sollte: die CDU/CSU drohte eine Verfassungsklage an. Der Parteivorstand der SPD startete zwar noch einmal eine Offensive, um seine Parteimitglieder zur Verteidigung des Gesetzes in der Öffentlichkeit zu bewegen,³⁾ angesichts der enorm angestiegenen Zahlen der Kriegsdienstverweigerungsanträge zeigte sich jedoch bald, vor allem bei Leber, Furcht vor der eigenen Courage. So ließ der Verteidigungsminister auf der sicherheitspolitischen Informationstagung der SPD am 22.10.1977 in Leverkusen erkennen, daß er befürchtete, die Auswirkungen des Gesetzes könnten "schon bald in die Gefahrenzone" hineinführen, "in der der notwendige Bedarf der Streitkräfte an Wehrpflichtigen in Frage gestellt" werde.⁴⁾

Im Dezember 1977 wurde dann mit einer Einstweiligen Anordnung des Bundesverfassungsgerichts die Wehrdienstnovelle außer Kraft gesetzt, was das Gericht vor allem mit der Behauptung begründete, es habe am 1.12.77 130 000 Kriegsdienstverweigerer gegeben, die noch keinen Zivildienst abgeleistet hätten. Für Christian Potyka, den Militärexperten der SZ, ließ eine "solche Horrorzahl (...) ahnen, auf welcher zweifelhafter Grundlage die Richter ihre Kalkulation aufmachten."⁵⁾

1) Vgl. FAZ v. 2.2.77

2) BAYERNKURIER v. 2.4.77; vgl. auch NZZ v. 27.6.77

3) Vgl. intern August 1977

4) Sicherheitspolitische Informationstagung 1977 : S. 8

5) SZ v. 17.12.77

Am 13.4.1978 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Novelle endgültig als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und nichtig und folgte somit dem Antrag von 215 CDU/CSU-Abgeordneten sowie der bayerischen, baden-württembergischen und rheinland-pfälzischen Landesregierung.¹⁾

Die IG Metall hatte schon anlässlich der Einstweiligen Anordnung dem Bundesverfassungsgericht vorgeworfen, damit das Vertrauen junger Menschen in die Demokratie schwer geschädigt zu haben, und es als "unerhörte(n) Vorgang" bezeichnet, daß sich das Gericht "wieder einmal zur Opposition der Bundesregierung auf(ge)spielt" habe.²⁾

Auch der VORWÄRTS äußerte gegenüber der höchstrichterlichen Entscheidung harsche Kritik und stellte fest:

"Die Wächterfunktion des Bundesverfassungsgerichts geht (...) Schritt um Schritt in eine Gerichtspraxis über, die eigenständig und unumkehrbar selbst Politik gestaltet (...). Es läßt sich (...) eine Zukunftssituation denken, in der Karlsruhe über alle bedeutsamen politischen Bereiche (...) verfassungsrechtlich geurteilt hat. Politik ist dann nicht mehr notwendig, weil eine 'Beamtenregierung' dann nur in den Urteilssammlungen zu blättern hätte. Die Gesellschaft wäre reformunfähig geworden und zur Bewegungslosigkeit verdammt, wie das den Konservativen in den Kram" passe.³⁾

Diese Urteilsschelte änderte jedoch ebensowenig wie ein Warnstreik der Betroffenen und die Solidarisierung der Jungsozialisten mit den Streikenden etwas an der Liquidierung der

1) Text des Urteils in NJW 1978 : S. 1245ff.

2) Zit. n. FAZ v. 22.12.77

3) VORWÄRTS v. 22.11.77

Gesetzesnovelle.¹⁾

Der sozialliberalen Koalition und den sozialdemokratischen Parteitagsdelegierten wurde damit allerdings drastisch vor Augen geführt, wie eng der Spielraum für Reformen im sicherheitspolitischen Bereich wegen der Stärke des konservativen Lagers mittlerweile geworden war.

1) Vgl. DIE WELT v. 18.1.78; auch NZZ v. 26.1.78; FAZ v. 31.1.78; der Staats- und Völkerrechtler Blumenwitz 1982 : S. 67f. kommentierte den Novellierungsversuch aus konservativer Sicht wie folgt: "In geradezu beispielhafter Weise macht das Wehrpflichtänderungsgesetz 1977 das Recht zur Kriegsdienstverweigerung von etwas abhängig, was als Gewissen auf einer Postkarte nur auszugegeben werden braucht. (...) Die schrankenlose Respektierung freien Handelns aufgrund nicht nachprüfbarer Gewissensentscheide würde im pluralistischen Staat letztlich zur Anarchie führen."

3.3.1.4. Die Ausdünnung und Verkehrung der Wehrstrukturreform

Die unter Verteidigungsminister Schmidt eingesetzte Wehrstrukturkommission¹⁾ hatte neben der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Wehrgerechtigkeit den zweiten Auftrag erhalten, der Bundesregierung einen Bericht über die Entwicklung der Wehrstruktur und mögliche Optionen bis zum Ende der 70er Jahre vorzulegen.²⁾

Die Kommission hatte dazu bis November 1972 eine umfangreiche Studie erarbeitet, die auf fast 400 Seiten folgende Fragen untersucht hatte:

- "1. Braucht die Bundesrepublik Deutschland auch künftig Streitkräfte?
2. Verbürgt die gegenwärtige Bundeswehrstruktur nach Qualität und Quantität die Sicherheit und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland heute und in Zukunft?
3. Nach welchen Grundsätzen muß sich die Struktur der Bundeswehr richten, um unter zukünftigen Bedingungen den sicherheitspolitischen Forderungen gerecht zu werden?"³⁾

Die erste Frage war rein rhetorischen Charakters und hätte bei Verneinung die anderen beiden weitgehend gegenstandslos gemacht. Die Regierungserklärung Willy Brandts am 18.1. 1973 formulierte die Problematik prägnanter und ohne Schnörkel: "Präsenz und Kampfbereitschaft der Bundeswehr müssen erhalten bleiben. Wir werden - auch unter Berücksichtigung des Berichtes der Wehrstrukturkommission und nach Konsultation mit unseren Bündnispartnern - eine Wehrstruktur zu finden haben, mit der die Bundeswehr ihre Aufgaben auch künftig erfüllen kann."⁴⁾

1) Vgl. S. 193

2) Vgl. WB 1970 : S. 49f.; auch WB 1971/72 : S. 66f.

3) Wehrstrukturkommission 1972 : S. 25; die Kommission hatte eine Fülle möglicher Strukturmodelle entwickelt, vgl. S. 127ff.

4) Presse- u. Informationsamt d. Bundesregierung 1973 : S. 15

Präzisiert wurden die vorläufigen Vorstellungen der Bundesregierung zur neuen Bundeswehrstruktur in einer Erklärung Lebers vor dem Bundestag am 29.11.73.¹⁾

Die Friedensstärke der Bundeswehr sollte bei 495 000, der Verteidigungsumfang bei ca. 1,2 Millionen Mann erhalten bleiben. Durch eine Neugliederung der Heeresbrigaden sollte jedoch erreicht werden, daß 30 000 Dienstposten der Friedensstärke nicht ständig besetzt, sondern lediglich in einer Verfügungsbereitschaft (erhöht von 3 auf 12 Monate) gehalten werden konnten. Ferner war geplant, das Feld- und Territorialheer künftig in drei Generalkommandos und dem Kommando Hamburg/Schleswig-Holstein zusammenzufassen, um die Führung zu straffen und Kommandobehörden einzusparen.

Der VORWÄRTS sah angesichts dieser Erklärung vor seinem geistigen Auge bereits eine fertige "neue Wehrstruktur, die aus der Bundeswehr ein 'handlicheres', ein beweglicheres, ein effektiveres Verteidigungsinstrument macht."²⁾ Gegenüber diesem "Trimmrezept", nach dem "die Bundeswehr (...) den Gürtel enger schnallen" sollte,³⁾ hatte die Opposition Skepsis erkennen lassen. Ihr verteidigungspolitischer Sprecher Wörner stimmte zwar etwaigen Rationalisierungsmaßnahmen zu, lehnte aber die verminderte Präsenz ab, die er als einseitige Vorleistungen im Hinblick auf Truppenreduzierungsgespräche qualifizierte. Die angestrebte Wehrstrukturreform war somit nach Wörner nur Ausdruck dessen, daß die Bundesregierung nicht bereit sei, die notwendigen Aufwendungen für Verteidigung bereitzustellen.⁴⁾

1) Vgl. Bulletin v. 1.12.73

2) VORWÄRTS v. 6.12.73

3) Ebda.

4) Vgl. NZZ v. 8.12.73

Der BAYERNKURIER hatte der Regierung attestiert, ihr militärisches Programm folge "alles in allem vernünftigen Einsichten", hatte aber dennoch der sozialliberalen Koalition noch Schwerwiegenderes als Wörner unterstellt, nämlich, daß sie sich mit der Reformvorlage die Möglichkeit schaffe, "mit dem Umbau der Streitkräfte deren Abbau einzuleiten", und sich gefragt, ob dies den "Anfang vom Ende der Bundeswehr" bedeute.¹⁾

Obwohl sich die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker in der Folgezeit bemühten zu beweisen, daß die neue Wehrstruktur den Kampfwert der Bundeswehr erhöhe,²⁾ hatte auch der von CDU und CSU majorisierte Bundesrat Bedenken gegen die Verfügungsbereitschaft und die geplante Umbildung der sechs Wehrbereichskommandos in drei Generalkommandos angemeldet.³⁾

Unmittelbar vor der 1. Lesung der 9. Novelle zum Wehrpflichtgesetz am 10.10.74 hatte sich auch der eben pensionierte Generalmajor a.D. Hans-Joachim Löser zu Wort gemeldet und behauptet, er sei u.a. auch aus Protest gegen die neue Wehrstrukturreform zurückgetreten, da diese das Gleichgewicht zugunsten des Warschauer Pakts verändere.⁴⁾

Leber bezeichnete diese Kritik im Bundestag als "irrig" und betonte, die Verfügungsbereitschaft sei nicht Ersatz, sondern zusätzliches Element der Sicherheit.⁵⁾ Nicht nur damit, sondern auch mit der Ankündigung, auf eine Auflösung und Neuordnung der Wehrbereichskommandos werde wohl verzichtet, signalisierte Leber eine Abkehr von der 1973 vorgelegten Erklärung. Angesichts dieses Einschwenkens auf die CDU/CSU-

1) BAYERNKURIER v. 8.12.73

2) So z.B. Schmidt-Würgendorf in: SD-SIPO 5/1974; auch WB 1973/74 : S. 64ff.

3) Vgl. FAZ v. 14.5.74

4) Vgl. SZ v. 4.10.74

5) Vgl. FAZ v. 11.10.74

Linie bekräftigten die Unionspolitiker auf einem wehrpolitischen Kongreß am 20.10.1974 in München ihre Positionen. Wörner betonte die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die aber dort aufhöre, wo die Bundesrepublik in Gefahr gerate, wie im Falle der Wehrstrukturveränderung. Verklausuliert bot er Leber Unterstützung bei seinem Kurswechsel an, so mit dem Hinweis, die CDU/CSU habe im Verteidigungsausschuß oft der Regierung gegen "ihre eigenen Linken" aus der Klemme geholfen.¹⁾

Ab Ende November 1974 bewies Leber, daß er die gemeinsame Basis mit der Opposition auch künftig nutzen wollte. In mehreren geheimen Gesprächen mit den CDU/CSU-Ministerpräsidenten der Länder, Verteidigungsexperten der Union - an ihrer Spitze Kohl und Wörner - wurde schließlich der Kurswechsel in der Wehrstrukturreform konsensual mit der Union zementiert.²⁾ Wenig später wurde Leber allerdings von seinen Gesprächspartnern öffentlich brüskiert. Am 20.12.1974 brachte die FAZ folgende lancierte Meldung:

"Die Wehrstrukturreform soll, entgegen den bisher bekannten Plänen des Bundesverteidigungsministeriums, nicht zu einer Präsenzverringerung der Streitkräfte um 30 000 Mann, sondern praktisch zu ihrer Verstärkung in dieser Größenordnung führen. Diese Absicht hat Bundesverteidigungsminister Leber der Opposition mitgeteilt. (...) Seitdem hat sie ihren Widerstand gegen das Reformkonzept aufgegeben. Leber verpflichtete die Teilnehmer des Gesprächs zu strengstem Schweigen. Wie zu erfahren war, mußten sie sich dazu mit ihrer Unterschrift unter eine Erklärung bekennen. Die Information von Leber erhielten die beiden Ministerpräsidenten Kohl und Goppel sowie der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wörner.

1) Zit. n. SZ v. 21.10.74

2) Vgl. SZ v. 30.11.74

Bisher ist nicht bekannt, warum das Verteidigungsministerium seine Planungen mit einem so dichten Schleier des Geheimnisses umgab. In informierten Kreisen wurde die Vermutung geäußert, Leber habe sich auf diese Weise die Kritik des linken Flügels in der Koalition vom Leibe halten wollen. Denn so, wie die Dinge liegen, konnte der Verteidigungsminister der Zustimmung der Union zu seinen Verstärkungsplänen gewiß sein."

Die FAZ merkte darüber hinaus an, daß dieses "Konzept (...) allerdings keine Kostenersparnisse" bringe, auf die die Bundesregierung in ihrem Novellierungsentwurf¹⁾ "pikanterweise ausdrücklich zur Begründung hingewiesen" habe.²⁾

Auch die geplante Umwandlung der Wehrbereichskommandos war in diesen Gesprächen endgültig ad acta gelegt worden. So blieben auch künftig von den sechs Wehrbereichskommandos fünf in enger politisch-ziviler Verzahnung mit CDU/CSU-geführten Landesregierungen.³⁾

So war "der einst erhoffte große Wurf" einer Wehrstrukturreform nicht nur "zu einem Reförmchen geschrumpft",⁴⁾ sondern, wie die FAZ zutreffend bemerkt hatte, in wesentlichen Bestandteilen in sein Gegenteil verkehrt worden.

Dennoch hatten sich Regierung wie Opposition angesichts des "Gemauschel(s) zwischen den Parteien"⁵⁾ gleichermaßen als Sieger der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit dar-

1) Vgl. BT Dr.s, VII/2524

2) FAZ v. 20.12.74

3) Außer Düsseldorf: Kiel, Hannover, Mainz, Stuttgart, München. Die Kulanz Lebers gegenüber CDU-Landesregierungen zeigte sich auch anlässlich der Besetzung des Befehlshaberpostens im Wehrbereich IV (Rheinland-Pfalz). So verzichtete Leber auf die Amtseinsetzung des Aspiranten Paul-Albert Scherer (Brigadegeneral, MAD-Chef und SPD-Mitglied), da Kohl in seiner Mainzer Residenz keinen Sozialdemokraten als Kommandeur haben wollte; vgl. DER SPIEGEL 46/1976.

4) So Potyka in der SZ v. 22.1.75

5) SZ v. 21./22.12.74

gestellt. Die CDU/CSU sah ihre Forderungen "in allen (...) Kernbereichen erfüllt"¹⁾ an, und auch Leber erklärte am 24.1.1975 im Bundestag an die Adresse der Union gerichtet: "Ich lese in den Zeitungen seit Tagen, daß ich mein Konzept aufgegeben und daß Sie gesiegt hätten (...). Ich will nur deutlich hinzusagen: Ich habe an keiner Stelle irgendetwas an dem Konzept korrigiert oder verändert."²⁾

Außer der weiteren Kampfwertsteigerung durch die Bildung drei neuer Brigaden³⁾ und einer Neuorganisation des Sanitätsdienstes blieben in der weiteren Planung die Erprobung des Modells 'Heeresstruktur 4'⁴⁾ in fünf Varianten innerhalb der drei neu gebildeten Panzerbrigaden sowie zwei anderer Brigaden.⁵⁾

An der Planung einer umfassenden Neugliederung der Bundeswehr nach dem 'Strukturmodell 3', das einen zentralen Unterstützungsbereich für die drei Teilstreitkräfte schaffen und damit eine Durchrationalisierung der gesamten Truppe erreichen sollte, wurde zwar weitergearbeitet,⁶⁾ aber am Ende der Amtszeit Lebers zeichnete sich ab, daß "sieben Jahre Planungsmühen und Zigtausende Einzelberechnungen" keine praktische Relevanz bekommen sollten.⁷⁾

Zur endgültigen Aufgabe dieser ursprünglich angesetzten "Totalreform der Bundeswehr"⁸⁾ konnte sich der angeschlagene Verteidigungsminister jedoch nicht mehr entschließen; dies blieb - wenige Wochen nach dem Amtsantritt - seinem Nachfolger Apel vorbehalten.

1) Zit. n. SZ v. 22.1.75

2) Zit. n. Bulletin v. 31.1.75

3) Vgl. WB 1975/76 : S. 111

4) Vgl. SD-SiPO 8/1976; auch WB 1979 : S. 183f.; auch DIE ZEIT v. 27.8.76

5) Dauer der Erprobung v. 1.7.76 bis 30.6.77; vgl. WB 1979 : S. 182; auch HANNOVERSCHE ALLGEMEINE v. 10.12.75

6) Vgl. SZ v. 21.7.77

7) Vgl. FAZ v. 22.3.78; die SZ v. 21.7.77 sprach von rund 280 Offizieren, die mit den Arbeiten befaßt waren; die FAZ von 150 und insgesamt 180 000 unnützen Arbeitsstunden.

8) So die FAZ v. 22.3.78

3.3.2. Nationale Aufrüstung und Rüstungswirtschaft

3.3.2.1. Die Diskussion um die Begrenzung der Rüstungsausgaben

Das Drängen der Parteilinken, einen Parteitagsbeschluß herbeizuführen, der die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wenigstens auf ein Einfrieren der Rüstungsausgaben festlegen sollte, hielt bis 1973 unvermindert an. Als gewichtigster Beitrag zu diesem Thema lag den Parteitagsdelegierten 1973 auf dem Bundesparteitag in Hannover wiederum ein Antrag des Bezirks Hessen-Süd zur "Friedens- und Abrüstungspolitik" vor, durch den Parteivorstand und Bundestagsfraktion aufgefordert werden sollten, "Schritte einer Friedenspolitik (...) einzuleiten (...) unabhängig von den laufenden internationalen Abrüstungs- und Sicherheitskonferenzen".¹⁾ Konkreter Bestandteil dieses "eigenständigen deutschen Beitrag(s) zu einer Friedens- und Abrüstungspolitik"²⁾ sollte das "Einfrieren des Verteidigungshaushalts 1973 auf die Zahlen des verabschiedeten Etats '73" und die "Entwicklung eines Stufenplanes einer weiteren schrittweisen Verringerung der Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik ab 1974"³⁾ sein. Willy Brandt hatte allerdings in seinem Eingangsreferat zu diesem Parteitag schon "in aller Freimut" festgestellt, "es wäre nicht realistisch, in naher Zukunft mit einer Senkung der Verteidigungslasten zu rechnen."⁴⁾ Der Leitantrag des Parteivorstands, der "bei wenigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen" beschlossen wurde,⁵⁾ hatte dies mit der Formulierung deutlich gemacht, sozialdemo-

1) PT 1973 : S. 1105

2) Ebda. : S. 1104

3) Ebda. : S. 1105

4) Ebda. : S. 85

5) Ebda. : S. 763

kratische Politiker würden auch weiterhin "gemeinsam mit unseren Bündnispartnern dafür sorgen, daß die eigene Verteidigungsbereitschaft nicht vernachlässigt" werde, und prognostiziert, daß "die Bundeswehr (...) auch in den kommenden Jahren (...) weiter modernisiert und ihre Struktur den sich verändernden Voraussetzungen angepaßt werden" müßten.¹⁾

Anhand des südhessischen Antrags entzündete sich dann eine längere Diskussion, in der u.a. Leber, Schmidt, Berkhan, Pawelczyk und Wehner gegen Coppik, Rüdiger, Jordan und Gansel Stellung bezogen. Willy Brandt hatte zwar in dieser Auseinandersetzung betont, er sympathisiere damit, "was an Tendenz in diesem Antrag von Hessen-Süd drinsteht",²⁾ aber gleichzeitig gefordert, ein Parteitag dürfe nur beschließen, was durchführbar sei, und apodiktisch formuliert: "Da kann der Parteitag beschließen was er will. Das ist nicht durchführbar, denn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland kann nicht von sich aus erklären, sie macht das so und so, sondern wir haben Vereinbarungen".³⁾

Die Antragskommission hatte empfohlen, den Antrag nicht zu beschließen, sondern lediglich der Bundestagsfraktion als Material zu überweisen. Der Passus zum Rüstungshaushalt sollte jedoch vorher in einer abschnittswisen Abstimmung aus dem Antrag eliminiert werden. Dies gelang allerdings nicht,

1) PT 1973 : S. 1096

2) Ebda. : S. 783

3) Ebda. : S. 784; dieser Verweis auf die Bündnisverpflichtungen klammerte allerdings aus, daß am Zustandekommen solcher "Vereinbarungen" eben auch sozialdemokratische Politiker mitbeteiligt waren. Der Einzelplan 14 des Jahres 1968, in dem die Ausgaben im Vergleich zu 1967 um absolut fast 1 700 Millionen DM gekürzt worden waren, hatte zudem schon bewiesen, daß die südhessischen Intentionen prinzipiell praktikabel waren.

da 200 gegen 196 Delegierte für eine en-bloc-Abstimmung votierten.¹⁾ Der komplette Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit als Arbeitsmaterial an die Bundestagsfraktion überwiesen.²⁾

Maßgeblich verantwortliche sicherheitspolitische Experten der SPD-Fraktion ließen jedoch in der Folgezeit deutlich erkennen, was sie von dem überwiesenen "Material" - das für sie ohnehin nicht verbindlich war - hielten. So konstatierte das Verteidigungsausschußmitglied Erwin Horn in seiner Partei "ein echtes Theoriedefizit (...) in der Verteidigungspolitik"³⁾ und unterstellte den Antragsautoren, sie verhielten sich in Fragen der Sicherheitspolitik unreflektiert naiv. So würden "die eigentlichen Probleme abgewiesen", nur der Haushaltsfaktor komme zur Geltung. Unmißverständlich formulierte Horn: "Diese Wertfeldverengung, die sich darin äußert, den Verteidigungshaushalt auf dem betreffenden Stand einzufrieren oder eine jährliche Kürzung um eine bestimmte Summe vorzunehmen, ist Ausdruck der Unsicherheit und der Unkenntnis."⁴⁾ Horn bezog sich in seiner Kritik auch auf Peter Glotz, der in einem Kommentar zum Parteitag 1973 "die Beiträge der meisten sich progressiv nennenden als naiv, simplifizierend und einseitig gekennzeichnet" hatte.⁵⁾ Die Adressaten der Hornschen Kritik wurden zwar nicht explizit genannt, aber es war offenkundig, daß vor allem eine kleine Gruppe um MdB Coppik gemeint war, die auch in der SPD-Bundestagsfraktion die Linie des Hessen-Süd-Antrags weiterverfolgen wollte. Zu diesem Zweck hatte diese Gruppe detaillierte Streichungsvorschläge für den Einzelplan 14 in der Höhe von 2 Milliarden DM vorgelegt - allerdings ohne Chance, dafür in der Fraktion Mehrheiten zu

1) PT 1973 : S. 803

2) Ebda.

3) Zit. n. SD-SIPO 8/1973

4) Ebda.

5) Ebda.; Horn zitierte aus Glotz 1973.

finden.¹⁾

In den Jahren 1974 bis Ende 1975 zeigten sich deutliche Resignationerscheinungen bei der Coppik-Gruppe. Gleichzeitig verstärkte sich der Druck der Fraktionsführung auf diese kleine Minderheit. So hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner vor der Haushaltsdebatte im März 1975 von allen SPD-Abgeordneten eine schriftliche Erklärung zu ihrem positiven Abstimmungsverhalten verlangt, der sich schließlich alle Fraktionsmitglieder fügten. Durch diesen schwerwiegenden Eingriff in die Gewissensfreiheit der Abgeordneten konnte der Einzelplan 14 erstmals seit Jahren ohne die bisher wenigen obligatorischen Enthaltungen der links und/oder pazifistisch orientierten SPD-MdBs verabschiedet werden.²⁾

Ein erneuter Vorstoß zur eventuellen Kürzung des Rüstungshaushalts wurde im September von Verteidigungsminister Leber und Bundeskanzler Schmidt konzertiert zurückgewiesen. Schmidt argumentierte vor allem mit der Notwendigkeit, die Rundumerneuerung der Bundeswehrbewaffnung angesichts der "durch fortgesetzte Rüstungssteigerung des Warschauer Pakts bewirkte(n) ständig wachsende(n) militärische(n) Bedrohung"³⁾ fortzusetzen, und veranlaßte gleichzeitig, den SPD-Abgeordneten eine Ausarbeitung des Verteidigungsministeriums vorzulegen, "in der die gewachsene Bedrohung durch den Warschauer, Pakt deutlich gemacht" werden sollte.⁴⁾

Allgemein kann festgehalten werden, daß in der Amtszeit Lebers die Legitimation für die Steigerung der Rüstungsausgaben vor allem - und wesentlich stärker akzentuiert als vorher -⁵⁾ mit der so wahrgenommenen gestiegenen militärisch-politischen

1) Vgl. FAZ v. 4.6.73. Bei der Abstimmung über den Einzelplan 14 im Juni 1973 enthielten sich 9 SPD-MdBs der Stimme; vgl. SZ v. 22.6.73.

2) Vgl. SD-SIPO 4/1975; auch FAZ v. 22.3.75

3) Zit. n. FAZ v. 23.9.75

4) Ebda.

5) In der Amtszeit Schmidts waren die hohen Zuwachsraten des Verteidigungshaushalts v.a. mit der Notwendigkeit der Reformvorhaben begründet worden; vgl. S. 218.

Bedrohung durch den Warschauer Pakt erfolgte. Exemplarisch dafür erscheint folgende Aussage Lebers vor der Gesellschaft für Wehrtechnik im April 1976:

"Ohne Zweifel übersteigen die Rüstungsanstrengungen des Warschauer Pakts, besonders der Sowjetunion, das Maß, das zur Befriedigung des eigenen Sicherheitsbedürfnisses notwendig ist.(...) Das Streben nach konventioneller Überlegenheit gegenüber der NATO in Europa (...) soll in Kombination mit einer verstärkten ideologischen Auseinandersetzung bei unseren Bürgern ein Gefühl der Unterlegenheit züchten. Ein solches Unterlegenheitsgefühl würde dann als Hebel dienen können, mit dem politischer Druck gegen uns erzeugt werden könnte. Und genau dieser politischen Absicht leisten diejenigen bei uns Vorschub, die sich in ständiger, unkundiger Kritik an unserer Verteidigungspolitik ergehen."¹⁾

Der Mannheimer Parteitag im November 1975 bestätigte schließlich zwar ausdrücklich die Beschlüsse von 1973,²⁾ Forderungen nach Senkung und Umverteilung der Rüstungsausgaben zugunsten der Bereiche Bildung, Umweltschutz und Soziales - erhoben lediglich von einem einzigen Ortsverein - wurden aber "bei einigen Gegenstimmen" mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen.³⁾

Bezeichnend für das nunmehr noch größer gewordene Desinteresse an sicherheitspolitischen Fragen war die Behandlung des Leit-

1) Zit. n. BMVg, IPS Mitteilungen a.d. Presse v. 7.4.76. Schon im Juni 1973 war Leber durch seinen Beitrag anlässlich der Etatdebatte wegen ähnlicher Äußerungen bei Teilen der Fraktion auf Kritik gestoßen. So warfen ihm einige Abgeordnete vor, er habe eine Rede im Stil des Kalten Kriegs gehalten; vgl. SZ v. 22.6.73. Ähnlich in der Aussage vgl. Interview mit DEUTSCHE ZEITUNG v. 1.2.74; auch ASMZ 9/1977. Bemerkenswert für den Gleichklang sozialdemokratischer Sicherheitspolitik erscheint die Tatsache, daß MdB Peter Würtz in einem Beitrag vor der sicherheitspolitischen Fachkonferenz 1976 ca. 1/2 Seite Text aus der oben zit. Leberrede (inkl. der angeführten Zitate) wörtlich übernahm, ohne die Urhebererschaft anzugeben; vgl. Sicherheit im Bündnis 1976 : S. 73.

2) PT 1975 : S. 1221

3) Ebda. : S. 611

antrags des Parteivorstands "Außen- und Sicherheitspolitik".¹⁾
Dieser wurde einstimmig angenommen, jedoch ohne Diskussion.²⁾
Aussagen zur Bedrohung durch den Warschauer Pakt waren darin
nicht enthalten, wohl aber der erneute Hinweis, die Rüstung
der Bundeswehr müsse "auf einem modernen Standard gehalten
werden".³⁾ In gleichzeitig beschlossenen Grundsatzaussagen
wurde festgehalten, daß "der Rüstungswettkampf weit entfernt
davon (sei), den Frieden zu garantieren (... und) eine ungeheure
Vergeudung von Produktionskapazitäten" darstelle.⁴⁾
Versuche einer Ursachenanalyse oder gar Hinweise auf eine
eventuelle Mitverantwortung sozialdemokratischer Sicherheitspolitiker für dieses Wettrüsten fanden sich darin nicht.⁵⁾
Der Koalitionspartner F.D.P. hatte in der Frage der Rüstungsausgaben im Mai 1976 in seinen "Perspektiven liberaler Sicherheitspolitik für die achtziger Jahre" zumindest verbal bedeutsame Unterschiede gegenüber den Auffassungen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik beteuert. Auf einer Tagung des Thomas-Dehler-Instituts in Landsberg am Lech hatte der sicherheitspolitische Sprecher der F.D.P., Möllemann, dieses

1) PT 1975 : S. 1221f.

2) Ebda. : S. 603f.; auf dem außerordentlichen Parteitag 1976 fand ebenfalls keine sicherheitspolitische Diskussion statt. Die entsprechenden Aussagen im Regierungsprogramm wurden einstimmig angenommen; vgl. PT 1976 : S. 226f. Der Parteitag 1977 befaßte sich ebenfalls nicht mit Rüstungsetatdiskussionen, diskutierte jedoch umfassend sicherheitspolitische Probleme, vor allen anhand der Neutronenwaffe; vgl. S. 362ff.

3) PT 1975 : S. 1225

4) Ebda. : S. 1021

5) Lediglich vage Hinweise auf "Furcht, Mißtrauen, wirtschaftliche Interessen und Streben nach Macht" als Triebkräfte des Wettrüstens; vgl. ebda. : S. 1012.

Programmpapier vorgestellt und gefordert, die Rüstungsausgaben müßten mittelfristig eingegrenzt und langfristig gesenkt werden.¹⁾ Im Gegensatz zu Schmidt und Leber versuchte Möllemann, die Bedrohung durch den Warschauer Pakt zu relativieren, und charakterisierte die Verteidigungsfähigkeit des Westens als ausreichend, um jeden Angriff des Warschauer Pakts zu einem unkalkulierbaren Risiko werden zu lassen. Eine Erhöhung der Rüstungsausgaben sei daher unnötig. Er verwies zudem auf die wirtschaftlichen und sozialen "Schwachstellen" des Ostens sowie auf die politischen Rückschläge, die Moskau im eigenen Lager und in der 3. Welt zu verzeichnen habe. Eine Überzeichnung der Bedrohung durch den Warschauer Pakt sei nicht nur falsch, sondern gefährlich, da sie Defätismus Vorschub leiste.²⁾

Auswirkungen auf die praktische Politik der F.D.P. ließen sich jedoch nicht feststellen. So hatten die F.D.P.-Mitglieder im Verteidigungsausschuß im Februar 1976 dem Einzelplan 14 zugestimmt, und auch die gesamte F.D.P.-Fraktion hatte in den Plenumsabstimmungen im Mai 1976 wie im Juni 1977 die Haushalte 1976 und 1977 einstimmig mitgetragen - ebenso wie ihre sozialdemokratischen Kollegen.³⁾

Obwohl sich Leber in der Öffentlichkeit des öfteren als hardliner dargestellt hatte⁴⁾ und ihm deswegen auch die konservative Presse attestiert hatte, er habe "all die Jahre eine überzeugende Verteidigungspolitik getrieben",⁵⁾ schützte ihn dies nicht vor scharfen Attacken seitens der Union. Gerade das Wahljahr 1976 nutzten CDU und CSU für spektakuläre Angriffe gegen die Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Auf einem gemeinsamen Verteidigungspolitischen Kongreß von CDU und CSU Anfang Juli in München warf Wörner der sozialliberalen

1) Vgl. SZ v. 17.5.76

2) Ebda.

3) Vgl. FAZ v. 15.5.76; auch NZZ v. 25.6.77

4) Vgl. z.B. S. 60, 305, 365

5) So die FAZ v. 15.5.76

Bundesregierung vor, sie nehme die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik angesichts der Rüstungsanstrengungen des Warschauer Pakts nur unzureichend wahr, und kündigte bei einem Wahlsieg an, die Unionsparteien würden die Verteidigungsausgaben erheblich stärker erhöhen als dies bisher durch die Schmidt-Administration geschehen sei. Allerdings mochte Wörner "gegenüber der Presse (...) weder präzisieren, woher eine Unionsregierung die Mittel für höhere Verteidigungsausgaben nehmen wolle, noch angeben, wie groß diese Erhöhung sein würde."¹⁾ Auch Kanzlerkandidat Kohl hatte vor den 2 000 Kongreßteilnehmern "eine natürliche Priorität" der Verteidigungspolitik "unter den staatlichen Aktivitäten" verkündet und lapidar erklärt: "Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen."²⁾

Sechs Wochen vorher hatten CDU- und CSU-Fraktion im Bundestag allerdings noch ein einstimmiges Votum für den Leberschen Rüstungshaushalt abgegeben.³⁾

In der Öffentlichkeitsarbeit hatte vor allem die Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Fraktion bereits im April 1975 die "ständige(n) Angriffe der alternativlosen CDU/CSU-Opposition" zurückgewiesen und die Zuwachsraten des Rüstungshaushalts sowie die konkreten Aufrüstungsmaßnahmen bilanziert.⁴⁾ Detaillierter noch tat dies eine ausführliche Dokumentation im August 1976 als direkte Reaktion auf Wörners Angriffe.⁵⁾

Tatsächlich entwickelten sich die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik unter Leber von 1973 bis 1977 wie folgt:

1) So Christian Potyka in der SZ v. 5.7.76

2) Zit. n. ebda.

3) Erstmals verweigerte die CDU/CSU im Juni 1977 dem Verteidigungshaushalt ihre Zustimmung. Begründet wurde dies nicht nur mit angeblich zu niedrigen Zuwachsraten, sondern auch mit Vorbehalten gegen die Zivildienstnovelle sowie dem Verhalten Lebers in der Krupinski-Franke-Affäre; vgl. S. 264ff., auch NZZ v. 25.6.77.

4) Vgl. SD-SIPO 4/1975, Peter Würtz: Die Leistungen der Koalition für Verteidigung.

5) Vgl. SD-SIPO 8/1976, Die leeren Versprechungen der CDU/CSU.

Jahr	EP 14	Steigerung	Ausgaben nach NATO- kriterien	Steigerung	Gesamtausgaben inkl. Berlinaus- gaben	Steigerung
1973	26,8	+10,3%	31,9	+11,1%	38,4	+11,1%
1974	29,9	+11,6%	35,6	+11,7%	43,0	+11,9%
1975	31,2	+ 4,3%	37,6	+ 5,5%	45,5	+ 5,9%
1976	32,4	+ 3,8%	38,9	+ 3,5%	48,0	+ 5,4%
1977	35,5	+ 3,6%	40,2	+ 3,2%	49,8	+ 3,9%
- 309 -						

Beträge in Milliarden DM.

Quelle: WB 1979 : S. 322

Auch wenn sich die Zuwachsraten seit 1975 deutlich abgeschwächt hatten, so lagen dennoch die Pro-Kopf-Aufwendungen deutlich vor denen Frankreichs und Großbritanniens nach denen der USA an zweiter Stelle in der NATO.¹⁾

Die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker hatten zudem gute Argumente dafür, daß die Forderung Wörners nach Zuwachsraten gemäß den früheren höheren Prozentanteilen am Brutto-sozialprodukt nicht zu verwirklichen war.²⁾ Ferner konnte der Opposition vorgehalten werden, daß unter CDU-Verteidigungsministern von 1964 bis 1970 die Verteidigungsausgaben im Jahresschnitt nur um 3,3%, von 1970 bis 1976 unter sozialdemokratischen Verteidigungsministern jedoch um jährlich 14,2% gewachsen seien und somit, "seitdem sozialdemokratische Verteidigungsminister die Verantwortung für die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik tragen (...), unser Land in jedem Jahr mehr für die gemeinsame Verteidigung ausgegeben (hat) als die anderen Partner im Bündnis, abgesehen von den USA."³⁾ Diese fortwährende Steigerung der Rüstungsausgaben wurde von sozialdemokratischen Sicherheitspolitikern - retrospektiv wie auch für die Zukunft - als quasi sachzwanghaft notwendig er-

1) Vgl. WB 1975/76 : S. 212 u. WB 1979 : S. 331

2) Den Haushalt 1977 hatte Leber folgendermaßen kommentiert: "Wir werden in diesem Jahr fast 33 Milliarden DM für Verteidigung ausgeben. (Leber nimmt hier nur Bezug auf den Einzelplan 14, d. Verf.) Auch wenn ich mir selber etwas mehr Geld wünschen könnte, ich wäre nicht ungehalten darüber, wenn es etwas mehr wäre, sage ich hier: diese Mittel reichen aus und wir können das verantworten, wenn wir das sagen. (...) Der Opposition ist das zuwenig. Sie will mehr, aber sie sagt nicht, woher sie das Mehr nehmen will und sagt nicht einmal, wofür dieses Mehr gebraucht wird"; zit. n. Sicherheitspolitische Informationstagung 1977 : S. 5.

3) So Bertram Blank, in: SD-SIPO 2/1977; ähnlich SD-SIPO 10/1977

achtet: "Da der Bundesrepublik insbesondere im Stadium der MBFR-Verhandlungen an einer einseitig, zugunsten der Staaten des Warschauer Pakts wirkenden Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses nicht gelegen sein kann, waren die hohen Zuwachsraten der Verteidigungshaushalte seit 1970 notwendig, und ein Ende dieser Entwicklung ist noch nicht abzusehen. Nach den Erfahrungen mit der sich steigernden Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung auch auf dem Rüstungssektor und einer kaum zu bremsenden allgemeinen Kostenentwicklung, dürfte es kein übertriebener Pessimismus sein, daß sich die Rüstungskosten progressiv entwickeln werden."¹⁾

Trotz der geringeren Zuwachsraten des Gesamtetats (Einzelplan 14) stiegen einzelne Bereiche aufgrund der Kostenentwicklung bei der Rüstungsbeschaffung weit überproportional. So bestätigten die Haushaltsansätze für 1978 in den Bereichen militärische Beschaffungen (+18,8%) und Forschung und Entwicklung für die 3. Waffengeneration (+10%) bereits den prognostizierten Trend und setzten damit Weichenstellungen weit über die Amtszeit Lebers hinaus.

1) SD-SIPO 7-8/1977

3.3.2.2. MRCA, Fregatten - die "Rundumerneuerung" der Bundeswehrbewaffnung

Obwohl einflußreiche und reputierliche Presseorgane im Februar 1973 den bevorstehenden Ausstieg aus dem MRCA-Projekt kolportierten,¹⁾ wurde die 'Tornado'-Entwicklung in der Amtszeit Lebers konsequent weiterverfolgt. Am 9.2.1973 beschloß das Bundeskabinett die Fortführung des Projekts, nachdem sich Schmidt und Leber zwei Tage vorher gegenseitiger Unterstützung in dieser Sache versichert hatten.²⁾

Eine ernsthafte Gefährdung dieses Beschaffungsprogramms durch oppositionelle Kräfte in der SPD war zu keiner Zeit zu befürchten. Auch kamen zu diesem Detailbereich keine Parteitagsbeschlüsse zustande, so daß auch von dieser Seite kein Druck gegen dieses Projekt ausgeübt werden konnte.³⁾ Lediglich die Jungsozialisten hatten auf ihrem Bundeskongreß Anfang 1974 in München den Ausstieg aus dem MRCA-Programm propagiert.⁴⁾ Gerade aber auch der Juso-Bundesverband hatte kaum Interesse, aus diesem Dissens mit der Parteiführung spektakulär Kapital zu schlagen, da dies den eben eingeleiteten Annäherungsprozeß des Bundesvorstandes der Jusos an die Sicherheitspolitik der Mutterpartei empfindlich gestört

1) Vgl. z.B. DIE ZEIT v. 9.2.73

2) So lt. WD v. 12.2.73

3) Mechttersheimers Aussage 1977 : S.184: "Das MRCA wurde zum Auslöser und Paradefall einer militärkritischen Haltung, die sich bereits beim SPD-Parteitag in Hannover im April in 17 überwiegend kritischen Anträgen zur Sicherheits- und Rüstungspolitik dokumentiert hatte", kann nicht gefolgt werden. Weder in den Anträgen noch in der Diskussion spielte das MRCA eine Rolle. Lediglich Coppik erwähnte kurz das MRCA-Projekt in einem Diskussionsbeitrag; vgl. PT 1973 : S. 768.

4) Vgl. Juso-BV 1974 : S. 45f.

hätte.¹⁾ Der politische Einfluß der SPD-Jugendorganisation wäre zudem auch in dieser Frage bei weniger kooperativem Verhalten vernachlässigbar gewesen.

Im Verteidigungsausschuß gab es über eine längere Zeit nur drei Abgeordnete: Hansen, Schlaga und Horn (von denen sich letzterer in der Gemeinschaft mit der SPD-Linken deutlich unwohl fühlte), die öffentlich gegen das MRCA Front machten. Sie konnten allerdings die starke Position des Verteidigungsausschußvorsitzenden, des SPD-MdB Schmidt-Würgendorf (später vor allem assistiert von Bußmann, Pawelczyk und Würtz), nicht erschüttern. Die Phalanx Schmidt, Leber (mit seinen Staatssekretären Berkhan und Mann, die anfangs noch Bedenken geäußert hatten) und Wehner war ohnehin nicht aufzubrechen. Die Argumentation der MRCA-Befürworter läßt sich schwerpunktmäßig wie folgt skizzieren:²⁾

1. Eine konsequente Vorverteidigung im Rahmen der flexible response sei nur durch wirkungsvolle Abriegelung in der Tiefe und die Abriegelung des Gefechtsfelds möglich. Diese Aufgaben seien auf absehbare Zeit nur durch bemannte Flugzeuge zu leisten. Dafür sei das MRCA optimal geeignet; ein entsprechendes Flugzeug existiere bisher auf dem Weltmarkt nicht.
2. Der Abschreckungswert sei hoch, die Atomschwelle werde damit erhöht.

1) Dieser Annäherungsprozeß zeigte sich u.a. auf der sicherheitspolitischen Facharbeitstagung am 7./8.6.75 in Siegen sowie in einem Gespräch zwischen Juso-Bundesvorstand und Vertretern der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion am 3.11.75. Vor allem in diesem Gespräch wurde "Einmütigkeit" in den wesentlichen Grundlagen der sicherheitspolitischen Auffassungen erzielt, die MdB Horn als "Entschluß zur Verteidigungssachlichkeit" begrüßte; vgl. SD-SIPO 11/1975.

2) Vgl. u.a. SD-SIPO 8/1974; Pawelczyk 1975a); VORWÄRTS v. 17.10.74

3. Der Gerätesystempreis werde 40 Millionen DM pro Flugzeug nicht überschreiten. Angesichts der optimalen Waffenwirkung, der Allwettertauglichkeit und der Überlebenschancen sei der Preis angemessen.¹⁾

Die Ablehnung wurde hingegen wie folgt begründet:²⁾

1. Das MRCA sei wegen der Kompliziertheit des Systems technisch zu störanfällig.
2. Eine Alternative bestünde in der Beschaffung von unbemannten Kampfflugzeugen (RPV = Remotely Piloted Vehicles). Bis zu deren Einführung könnten Übergangslösungen z.B. durch den Kauf von Mirage F-1 oder -2, Viggen 37, YF-17 Cobra A7D u.a. gefunden werden. Diese Flugzeuge hätten allerdings den Nachteil, daß sie nur bedingt allwettertauglich seien.
3. Statt der Anhebung der Atomschwelle bringe die Einführung des MRCA das Risiko einer nicht kontrollierbaren Eskalation durch Provokation präventiver Schläge mit sich.
4. Das MRCA sei ein Beitrag zur weiteren Destandardisierung von Waffen und Geräten im Bündnis.
5. Der Gerätesystempreis werde bei der Einführung 1978 auf ca. 70 Millionen DM steigen. Dies schwäche die Einsatzbereitschaft von Heer und Marine, da für diese dann keine ausreichenden Mittel mehr bereitstünden.
6. Bei anderweitiger Verwendung der MRCA-Milliarden könnten konjunktursteuernd und strukturbereinigend erheblich mehr neue und zukunftssichere Arbeitsplätze eingerichtet werden.

1) Pawelczyk 1975a) klammerte allerdings die Kostenfrage aus. Am Gesamtprojekt hingen nach regierungsamtlichen Äußerungen ca. 70 000 europäische Arbeitsplätze.

2) Vgl. z.B. SD-SIPO 8/1974; Hansen 1975

Die in dieser Argumentationsskizze angedeutete Komplexität der MRCA-Problematik veranlaßte SPD-MdB Schlaga einige Monate vor einer entscheidenden Abstimmung im Bundestag zu folgendem kritischen Kommentar: "Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags sollen demnächst über ein komplexes, modernes, sehr teures Waffensystem entscheiden, das sie nicht beurteilen können. Sie sollen z.B. beurteilen, ob und gegebenenfalls welche Alternative oder Ersatzlösung es für MRCA gibt. (...) Eine solche Entscheidung verlangt dem politischen Sachverstand und wohl auch dem Gewissen der Parlamentarier sehr viel - sicher zu viel - ab!"¹⁾

Dies bewahrheitete sich vorerst in der über zwei Tage geführten Debatte der SPD-Fraktion am 8. und 9.10.74. An der über 12-stündigen Diskussion, die auf hohem Niveau geführt wurde, konnte sich die überwältigende Mehrheit der Fraktionsmitglieder aufgrund mangelnder Fachkenntnis nicht beteiligen. Das Abstimmungsergebnis war somit lediglich Folge einer Stimungsentscheidung. 86% der SPD-Abgeordneten votierten schließlich für die Fortführung des MRCA-Projekts, bei 36 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen.²⁾

In der Sitzung des Verteidigungsausschusses am 9.10.74 wurde der Einstieg in die MRCA-Entwicklungsphase IIIB und damit die Freigabe von 1 Milliarde DM einstimmig beschlossen. Auch der exponierte Kritiker SPD-MdB Hansen übernahm das Mehrheitsvotum seiner Fraktion, obwohl er gleichzeitig erklärt hatte: "Ich halte die dem militärischen Auftrag für MRCA zugrundeliegende militärstrategische Konzeption für fragwürdig und damit diesen Auftrag auch weiterhin für zweifelhaft."³⁾

1) Zit. n. SD-SIPO 8/1974

2) Vgl. Hansen 1975 : S. 47

3) Ebda.

Sowohl Befürworter wie Gegner des Projekts konnten sich allerdings noch der Selbsttäuschung hingeben, die endgültige Entscheidung über die Einführung des Tornado sei damit noch nicht gefallen.¹⁾

MdB Schlaga hatte am 31.3.76 eine letzte spektakuläre Auseinandersetzung mit Rüstungsstaatssekretär Mann um die MRCA-Beschaffung.²⁾ Dies hatte jedoch keinerlei weiteren Auswirkungen mehr auf die schließliche einstimmige Annahme der Beschaffungsvorlage im Verteidigungs- und Haushaltsausschuß im Frühsommer 1976. Im Verteidigungsausschuß beteiligten sich allerdings weder die F.D.P.-Mitglieder noch Schlaga an der Abstimmung. Der Einstieg in die Serienfertigung erfolgte dann mit der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen britischen, italienischen und deutschen Regierungsvertretern im Juli 1976.³⁾

Vor allem bezüglich der Preisentwicklung sollte die kritische Minderheit in der SPD-Fraktion recht behalten. Der Haushaltsausschuß hatte 1974 anläßlich der Entsperrung der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1 075,8 Millionen DM dem Verteidigungsministerium Auflagen zur Kostenentwicklung gemacht, nach denen die Gesamtkosten des deutschen Anteils nicht mehr als 12 Milliarden DM betragen und der Gerätesystempreis von 37,7 Millionen DM nicht überschritten werden durften.⁴⁾ Auch von der Regierungsseite wurde beteuert: "Das MRCA-Projekt ist sicherlich das am besten betreute und durchgeführte Rüstungsprojekt in der Geschichte der Bundeswehr. Dadurch war es möglich, die vorhandenen Risiken in bezug auf Leistungsfähigkeit und Preis frühzeitig einzugrenzen."⁵⁾

Dennoch wurden die Kostenansätze bis 1978 um mehr als 100% überschritten.⁶⁾

1) So Hansen 1975 : S. 47; ebenso Pawelczyk 1975a) : S. 40

2) Vgl. DER SPIEGEL 17/1976

3) Vgl. Mechttersheimer 1977 : S. 84

4) Vgl. Hansen 1975 : S. 47

5) Zit. n. SD-SIPO 8/1974

6) Vgl. z.B. Huffs Schmid 1981 : S. 25; auch Köppl 1979 : S. 138

Die Befürchtungen, wegen der hohen MRCA-Kosten werde die Rüstung der anderen Waffengattungen vernachlässigt, sollten sich jedoch nicht bestätigen.¹⁾ So hatte Leber im Weißbuch 1975/76 (Januar 1976) zur Marinerüstung lapidar formulieren lassen: "Für Aufgaben in der Nordsee sind Fregatten und die Modernisierung vorhandener Zerstörer vorgesehen."²⁾ Damit wurde das unter Schmidt auf Eis gelegte Projekt³⁾ reanimiert und so ein weiteres Beschaffungsprogramm in Milliardenhöhe eingeleitet. Einen Tag nach der Herausgabe des Weißbuchs sollte das 2,5-Milliarden-Programm bereits den Verteidigungsausschuß passieren. Auf Wunsch der SPD-Abgeordneten wurde die Entscheidung darüber dann doch eine Woche aufgeschoben: "Grund für das SPD-Begehren war, daß ihren Abgeordneten die Beschaffungsvorlage erst am Wochenende zugegangen war, (die Abstimmung sollte am darauffolgenden Mittwoch erfolgen, d. Verf.) so daß mehrere von ihnen nicht mehr genügend Zeit hatten, um sich mit der Materie so gründlich zu befassen, wie dies bei dem finanziellen Umfang dieses mehr als 2,5 Milliarden Mark teuren Projekts angemessen erscheint."⁴⁾ Diese offenkundige Mißachtung des Verteidigungsausschusses durch Leber war ein erstes Indiz dafür, daß künftig sicherheitspolitische Entscheidungen größter Tragweite im engsten Kreis auf der Hardthöhe fallen sollten, ohne daß SPD-Politiker im Verteidigungsausschuß rechtzeitig informiert oder gar konsultiert wurden.⁵⁾

Der Aufschub der Entscheidung änderte jedoch nichts daran, daß nach einer Vorberatung in der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der Fraktion eine Woche später der Verteidigungsausschuß bei lediglich einer Stimmenthaltung der Vorlage des Verteidigungs-

1) Es wurden sogar noch Mittel für andere Projekte der Luftwaffe bereitgestellt. Allerdings nahmen sich die 4,2 Mrd. DM für 175 Alpha-Jets sowie die Beteiligung von 1,2 Mrd. DM an AWACS neben dem MRCA relativ bescheiden aus.

2) WB 1975/76 : S. 127; vgl. auch HANDELSBLATT v. 21.1.76

3) Vgl. S. 228

4) So die FAZ v. 22.1.76

5) Vgl. S. 271

ministeriums zur Beschaffung von zunächst sechs Fregatten des Typs 122 zustimmte. Vorbehalte gab es nur wegen der geplanten Hubschrauberbewaffnung (die jeweils zwei Exemplare Sea-Lynx erschienen zu wenig leistungsfähig). Ferner wollte der Verteidigungsausschuß noch einmal genauer über die Kostenentwicklung informiert werden.¹⁾

Am 10.3.76 schließlich akzeptierte der Haushaltsausschuß problemlos dieses Projekt. Sozialdemokratische Kritik an diesem Beschaffungsprogramm ließ sich zu diesem Zeitpunkt nicht ausmachen. Der Pressedienst "Sozialdemokratische Sicherheitspolitik" übernahm voll die von Regierungsseite gegebene Begründung für die Einführung dieses Waffensystems: "Die neuen Fregatten entsprechen (...) nicht nur den in der Konzeption der Marine geforderten allwetterfähigen Überwasserseestreitkräften für den besonderen Einsatz in der Nordsee, sie erfüllen auch, durch weitgehende Standardisierung mit den acht in Auftrag gegebenen und weiteren vier beschaffungsreifen Fregatten der niederländischen Marine, den von den NATO-Partnern erhobenen Forderungen an eine 'NATO-Fregatte'. (...) Die Marine hat Mehrzweckfregatten gegenüber kleineren Fahrzeugen deshalb den Vorzug gegeben, weil sie befähigt sind, gleichzeitig allen Bedrohungen bei jeder Wetterlage und über längere Zeit voll begegnen zu können. (...) Im Rahmen ihres Auftrages in der Nordsee wird sie (die NATO-Fregatte, d.Verf.) im Frieden, allein durch ihr Vorhandensein und ihre Einsatzbereitschaft, den notwendigen Beitrag zur Abschreckung und Krisenbeherrschung leisten. Im Verteidigungsfall ist es u.a. ihre Aufgabe, die Nutzung der Nordsee für eigene Zwecke sicherzustellen und ein wirkungsvolles Glied in der Verteidigungskette zwischen den NATO-Abschnitten Nord und Mitte zu bilden."²⁾

1) Vgl. FAZ v. 29.1.76

2) SD-SIPO 3-4/1976

Zu vermuten ist allerdings, daß neben diesen militärstrategischen Erwägungen - deren Richtigkeit bezweifelt werden kann¹⁾ - mit diesem Beschaffungsprogramm in erheblichen Maße die marode Werftindustrie wirtschaftlich gefördert und die dortigen Arbeitsplätze gesichert werden sollten. An der Auftragsvergabe partizipierten die Bremer Vulkan-Werft, der die Generalunternehmerschaft übertragen wurde, und - aufgrund massiver Einflußnahme norddeutscher Abgeordneter aller Fraktionen - auch Blohm & Voss, Howaldt, die Thyssen-Nordsee-Werke und die Bremer Weser A.G.²⁾ Die höheren Kosten, die durch diese Auftragsstreuung verursacht wurden, hatte man in Kauf genommen.

-
- 1) So ist W. Hoffmann in der ZEIT v. 21.10.77 zuzustimmen: "Als Helmut Schmidt Verteidigungsminister war, blockierte er den schon damals sehnlichsten Wunsch der Marine, wieder auf größeren Schiffen kommandieren zu dürfen. (...) Mit Hinweis auf extreme Kostensteigerungen wurde das damalige Fregattenprogramm buchstäblich mit einem Federstrich versenkt. Verteidigungsminister Leber gab dem Marinedrängen dann aber nach und ließ das Fregattenprogramm erneut aufleben, zu noch höheren Kosten. Die militärische Lage allerdings ist bis heute unverändert geblieben und rechtfertigt den Bau der großen Schiffe noch immer nicht. Zu allem Überfluß hatte die holländische Marine angeboten, die deutsche Sicherungsaufgabe der Nordsee zu übernehmen. Zur Abriegelung der Ostsee aber braucht man heute keine Schiffe mehr".
Ein weiteres Großprojekt der Marine stellte die Beschaffung von 10 Schnellbooten S-143A dar; Kosten (Preisstand 1978) ca. 1 Milliarde DM, Generalunternehmer AEG.
- 2) Anlässlich der Auftragsvergabe, die das Bundeskabinett am 15.6.77 vornahm, hatte das Informationsblatt der Rüstungslobby, der WEHRDIENST am 13.6.77 (WD 614/1977) prophezeit: "Nachdem Bremer Vulkan offensichtlich das billigste Angebot abgeliefert hat, kungeln im Kabinett die Hamburger Schmidt (Bundeskanzler) und Apel (Bundesfinanzminister) mit der übrigen Kabinettsrunde, wie auch Hamburger Werften an dem Bau der Fregatten beteiligt werden können. Wetten wir, daß Schmidt und Apel für ihren Kietz (sic!) was tun?"

Auch die zahlreichen ambitionierten Beschaffungsprogramme des Heeres bewiesen, daß trotz der Milliardenaufwendungen für das MRCA noch ausreichende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden konnten. So nahm Leber die endgültige Weichenstellung für folgende weitere Milliardenprojekte vor, an deren Finanzierung noch sein Nachfolger Apel erheblichen Anteil haben sollte:

115 000 Fahrzeuge/Kfz-Folgegeneration	7	Mrd. DM
1 800 Kampfpanzer LEOPARD 2	7,3	
210 Raketenwerfer	3	
143 Flak-Abwehr-Panzer ROLAND		
mit 5 320 Lenkwaffen	2,7	
432 Flak-Abwehrpanzer GEPARD	3,7	
178 440 Lenkwaffen	1,9	

(Preisstand 1978)¹⁾

Für alle diese Beschaffungsvorhaben waren enorme Preiserhöhungen charakteristisch, wenn sie auch in Quantität und Qualität selten die Ausmaße des MRCA-Debakels erreichten.

Für die Beschaffung von 432 GEPARD-Panzern hatte im Frühjahr 1973 der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuß die Bereitstellung von 2,1 Milliarden DM gebilligt, die vom Verteidigungsministerium als "verbindliche Obergrenze" genannt wurde.

Im Herbst des gleichen Jahres gab das Ministerium jedoch bereits einen Betrag von 2,9 Milliarden DM an.²⁾ 1978 schließlich hatte sich der Gesamtpreis auf 3,7 Milliarden DM erhöht.³⁾

Spektakulärer noch war die Preisentwicklung beim Kampfpanzer LEOPARD 2, der 1970 noch mit 1,7 Millionen DM pro Exemplar taxiert wurde. 1978 belief sich der endgültige Systempreis auf über 4 Millionen DM, nachdem noch ein Jahr vorher 3,5 Millionen genannt worden waren.⁴⁾

1) Nach Huffs Schmid 1981 : S. 24f.

2) Vgl. FAZ v. 6.9.73 u. 12.12.74; SZ v. 6.9.73

3) Vgl. Huffs Schmid 1981 : S. 24

4) Vgl. DIE ZEIT v. 18.6.76; FAZ v. 25.5.77; Huffs Schmid 1981 : S. 24

Für die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker war auch dieses Waffensystem unabdingbar notwendig:

"Der 'Leopard 2' stellt eine notwendige Antwort auf die bereits in Gang befindliche Einführung des sowjetischen Tanks T 72 bei der in der DDR stationierten 'Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland' dar. Dabei ist auch der Kampfpanzer 'Leopard 2' als Teil der gesamten Panzerabwehr zu sehen, eingedenk der militärischen Erkenntnis, daß die beste Waffe gegen Panzer immer noch Panzer sind."¹⁾

Die Beschaffung des LEOPARD 2 wurde - wie auch alle anderen massiven Aufrüstungsmaßnahmen des Heeres - mit der Rüstung des Warschauer Pakts begründet: "Der Warschauer Pakt unterhält Landstreitkräfte, die einen hohen Mechanisierungsgrad haben. Sie sind in Mitteleuropa den Landstreitkräften der NATO an Waffen und Personal weit überlegen."²⁾

1) Die letzte Begründung scheint im Zeitalter höchstentwickelter mobiler Panzerabwehrsysteme zumindest umstritten, wie z.B. Uhle-Wettler 1981 : S. 88 bestätigt: "Der Grundsatz, die beste Panzerabwehrwaffe sei der eigene Panzer, mag vielleicht zu jener Zeit richtig gewesen sein, als es außer Panzern nur wenige und schwer bewegliche Paks als Panzerabwehrwaffen gab. Heute ist der Grundsatz fragwürdig."

Auch wurde der LEOPARD 2 zu einer Zeit definiert und entwickelt, als es noch keinen T 72 gab - er war also höchstens eine vorweggenommene Antwort.

2) WB 1975/76 : S. 93

3.3.2.3. Die Legitimation der Aufrüstungsmaßnahmen gegen- über der Partei und der Öffentlichkeit

Der in der konservativen Öffentlichkeit manifeste Ruf der Sozialdemokratie, sie sei in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit unsicheren Kantonisten durchsetzt, wirkte in der Amtszeit Lebers immer noch belastend und führte zu einem permanenten Rechtfertigungszwang. Aufschlußreich für diesen Sachverhalt erscheint z.B. Lebers Redebeitrag auf der sozialdemokratischen Fachkonferenz "Sicherheit im Bündnis" 1976 in München. Unter dem Motto "Verantwortung für Freiheit und Sicherheit" begann er nicht etwa mit einer Bedrohungsanalyse oder einer Überprüfung sozialdemokratischer sicherheitspolitischer Programmatik anhand der Praxis, sondern mit folgenden Worten:

"Sozialdemokraten können Sozialpolitik machen. Daran zweifelt niemand. Ob den Sozialdemokraten die Sorge für die äußere Sicherheit des Landes anvertraut werden könnte, das erschien früher vielen fraglich",¹⁾ um unmittelbar anzuschließen: "Wir haben nun in sechsjähriger Arbeit bewiesen, daß Frieden, Sicherheit, Freiheit und die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes in der Verantwortung von Sozialdemokraten gut aufgehoben ist."²⁾ Dies versuchte er fast ausschließlich durch Verweise auf die militärische Stärke der Bundeswehr und der NATO zu belegen, die Entspannungspolitik

1) Sicherheit im Bündnis 1976 : S. 81

2) Ebda.

erwähnte er nur marginal:¹⁾

"Die Bundeswehr ist heute besser als jemals vorher. Wir haben aus dem, was wir 1969 übernommen haben, eine stärkere und eine modernere Armee gemacht. (...) Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist eng und vertrauensvoller denn je. (...) Diesen Erfolg lassen wir uns nicht zerreden."²⁾

Die finanziellen Auswirkungen der Gleichsetzung: Aufrüstung = bessere Verteidigungsfähigkeit = mehr Sicherheit kommentierte er knapp: "Äußere Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Qualität hat ihren Preis",³⁾ um wenig später unmißverständlich fortzufahren: "Mit diesem Opfer, das wir unseren Bürgern für ihre Sicherheit auferlegen, haben wir Illusionen und Verleumdungen weggewischt. Wir haben bewiesen, daß Entspannung für uns nicht Vernachlässigung unserer Sicherheit bedeutet. Sicherheit, das ist zuerst ausreichende Verteidigungsfähigkeit gegen erkannte militärische Bedrohung."⁴⁾

Diese Schwerpunktsetzung ließ sich auch anhand der Tatsache beweisen, daß es einem sozialdemokratisch geführten Verteidigungsministerium vorbehalten geblieben war - nach einer zwölfjährigen Amtszeit von CDU/CSU-Ministern - endlich die

1) Generell ist für diese Konferenz anzumerken, daß schon von der Quantität her die Dominanz verteidigungspolitisch orientierter Beiträge auffällt. Bei Leber, der sich ohnehin eher als Ressortminister verstand, verwundert dies nicht. Lediglich H. Schmidt versuchte von einem umfassenderen - auch wirtschaftspolitische Aspekte einschließenden - Begriff der Sicherheitspolitik auszugehen. (Sicherheit im Bündnis 1976 : S. 19ff.) Mit Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik befaßte sich schwerpunktmäßig nur Pawelczyk. (Ebda. : S. 39ff.) Dies hatte sicher auch wahltaktische Gründe, da man sich angesichts der Propagandakampagne der CDU/CSU (vgl. S.356f.) bei den Wählern argumentativ als die verteidigungspolitisch bessere Partei profilieren wollte. Dennoch erscheint dies symptomatisch für einen schleichenden Bedeutungsverlust der Entspannungspolitik.

2) Ebda. : S. 81

3) Ebda. : S. 82

4) Ebda.

ursprünglich geplante Sollstärke der Bundeswehr von 495 000 Mann (die schon 1960 erreicht werden sollte) aus Verteidigungsminister Blanks Zeiten im Jahr 1972 "heimlich, still und leise"¹⁾ in die Praxis umzusetzen.

Gegenüber den Bundesparteitage delegierten bemühten sich die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker, die Aufrüstungsmaßnahmen euphemistisch darzustellen. Deutlich läßt sich dies anhand der Diskussion auf dem Bundesparteitag 1973 nachweisen. So verstieg sich Pawelczyk zu folgender Aussage: "Die Auffassung, daß die Bundesrepublik weiter aufrüste, kann hier nicht unwidersprochen stehenbleiben."²⁾ Belegen wollte er dies mit

einer angeblichen Truppenreduzierung durch die NATO sowie mit dem Verweis darauf, daß der Anteil des Verteidigungsetats am Gesamtetat von 1963 bis 1973 von 33 auf 22% gesunken sei.³⁾

Helmut Schmidt äußerte sich ähnlich: "Ich will ganz deutlich sagen, es findet in der Bundesrepublik Deutschland keinerlei Aufrüstung statt - das ist eine ganz falsche Behauptung -, sondern was stattfindet ist eine Aufrechterhaltung des bestehenden Umfangs unserer Streitkräfte; allerdings für alte Fahrzeuge gibt es ein paar neue; (...) von Aufrüstung kann überhaupt keine Rede sein."⁴⁾ Auch Berkhan beklagte mit "Sorge" die relativ enge Finanzdecke des Rüstungshaushalts und bekräftigte: "Von Aufrüstung zu reden ist völlig falsch."⁵⁾

Nur zwei Monate später veröffentlichte SPD-MdB Schmidt-Würgendorf, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, seitens

1) So Potyka in der SZ v. 7.12.72. "Heimlich, still und leise" vielleicht auch deshalb, weil diese Vergrößerung der Bundeswehr im Widerspruch zu dem 8-Punkte-Programm der SPD-Fraktion von 1966 stand; vgl. S. 113.

2) PT 1973 : S. 790

3) Pawelczyk erwähnte allerdings nicht die Erhöhung des EP 14 für 1973 um 10,3%. Die Behauptung einer Truppenreduzierung muß angesichts der Tatsache, daß die Bundeswehr um 30 000 Mann aufgestockt und 1973 die US-Truppen um 18 000 Mann verstärkt wurden, besonders verwundern.

4) PT 1973 : S. 795

5) Ebda. : S. 798

der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich der Beratungen zum Bundeshaushalt 1973 im Pressedienst "Sozialdemokratische Sicherheitspolitik" einen Beitrag unter der Überschrift "Haushaltszahlen und -fakten zum Nachdenken", der die angeblich nicht vorhandene Ausrüstung folgend kommentierte:

"Vor fünf Jahren, im Jahre 1968 betrug der Verteidigungshaushalt 17,6 Milliarden DM. Seit 1969 ist er kontinuierlich gestiegen, bis auf 26,5 Milliarden DM in diesem Jahr. Das bedeutet eine absolute Erhöhung von 50%. (...) Neben Panzern (Marder, Leopard) wurden insbesondere die RF-4E Phantom und Panzerabwehrwaffen zugeführt. Eine neue Generation Kraftfahrzeuge, weitere Panzer und Flugzeuge, dazu Feldmaterial und Schiffe werden noch beschafft. Insgesamt findet eine ständige Modernisierung fast aller Waffensysteme statt.(...) Im Rahmen des bis Ende dieses Jahres geplanten Verteidigungsvolumens von zehn westeuropäischen NATO-Staaten wird die Zahl der Panzerfahrzeuge um 1 610 und die der Kampfpanzer um mehr als 380 erhöht werden. Dazu kommen weitere 115 Kampfpanzer und 153 Hubschrauber zusätzlich zu den laufenden Programmen. Die Flugabwehrraketen werden um mehr als 900 Stück ergänzt. Die Marineeinheiten der Allianz erhalten zusätzlich 11 U-Boote, drei Zerstörer, vier Minenjäger und 13 Kleinkampfschiffe. (...) Allein dieser kurze Überblick verdeutlicht, welch erhebliches Gewicht die Bundesregierung der Frage der Verteidigung und der Friedenssicherung beimißt und dies auch durch entsprechende Maßnahmen zum Ausdruck bringt und noch bringen wird. Die bedenkliche Situation der Jahre 1966/67, die den ehemaligen Bundesminister der Verteidigung dazu zwang, sich einzugraben, um die letzten Bastionen der Bundeswehr gegen seine Kollegen im Finanzministerium verteidigen zu können, ist heute durch den gezielten

und stetigen Ausbau der Bundeswehr jedenfalls überwunden."¹⁾ Die propagandistische Zurschaustellung der Aufrüstungsmaßnahmen läßt sich für die nächsten Jahre kontinuierlich weiter nachweisen²⁾ und kulminierte im Wahljahr 1976 vor allem in den Aussagen auf der öffentlichkeitswirksam angelegten, eingangs zitierten sicherheitspolitischen Konferenz in München: "Wir haben 1969 eine Bundeswehr übernommen, die vom damaligen Inspekteur des Heeres kein gutes Zeugnis bekommen hat. Was wir 1969 übernommen haben, daraus haben wir eine Armee gemacht, die heute im Bündnis einen besser geachteten Platz einnimmt als vor unserer Zeit. (...) Der Umfang der Bundeswehr ist seit 1969 (...) von 465 000 auf 495 000 Soldaten erhöht (...) worden. (...) Die Brigaden des Heeres sind um drei Brigaden vermehrt und damit erstmals auf die dem Bündnis zugesagte Zahl von 36 gebracht worden. (...) Das Heer hat (...) 400 Abschußanlagen für die Panzerabwehr-rakete MILAN gefordert. Das Heer bekommt 2 500 Abschußanlagen und zu diesen Abschußanlagen für die Panzerabwehr rund 40 000 Raketen. (...) Und ich könnte dem Beispiel jetzt eine lange Liste neuer Verteidigungswaffen anfügen, die für Luftwaffe und Marine beschafft worden sind oder beschafft werden. Wir haben dafür im Verteidigungshaushalt eine Menge investiert. Im Vergleich zu den Aufwendungen für die Rüstung im Jahre 1971 werden die Aufwendungen für die Beschaffung neuen Geräts 1976 um rund 80% höher liegen."³⁾

1) SD-SIPO 6/1973

2) Vgl. SD-SIPO 4/1975, Peter Würtz: "Leistungen der Koalition für Verteidigung"; SD-SIPO 8/1975, "Bundeswehr ist so angesehen wie nie zuvor"; SD-SIPO 6/1976, Werner Buchstaller: "Bilanz und Ausblick in die Zukunft"; SD-SIPO 8/1976, Dokumentation: "Die leeren Versprechungen der CDU/CSU"; SD-SIPO 2/1977, Bertram Blank: "Verteidigungsetat für 1977 mit Zuwachsraten"; SD-SIPO 7-8/1977, ders.: "33 Milliarden: zuwenig oder zuviel?"; SD-SIPO 10/1977, "Weiterhin eine solide Basis".

3) So Leber, in: Sicherheit im Bündnis 1976 : S. 96ff.

"Eine lange Liste" der wichtigsten Beschaffungsvorhaben hatte indessen auf der gleichen Konferenz bereits MdB Paul Neumann als "überzeugende Bilanz dafür, daß die sozialdemokratische Führung entschlossen ist, der Bundeswehr bis in die achtziger Jahre hinein modernste Waffen und modernstes Gerät der neuen Generation zur Verfügung zu stellen", vorgelegt:

- " 1970 6 U-Boote 206 und 20 S-Boote 148 im Wert von 1,25 Mrd. DM
- 1971 105 Brückenlegepanzer und 124 PzBrücken auf Kpz Leopard, 10 S-Boote 143 und 175 Flugzeuge F-4F im Wert von insgesamt 4,181 Mrd. DM
- 1972 250 Kpz Leopard und 5 Vermessungsflugzeuge HS 748 für 567,2 Mio. DM
- 1973 432 Flak-Panzer 1 (Gepard), 26 Abschußgeräte und 179 Raketen des Waffensystems LANCE, 408 Spähpanzer 2, Verbesserungsprogramm HAWK, 4 ECM-Flugzeuge HFB 320 im Gesamtwert von 5,146 Mrd. DM
- 1974 210 Schützenpanzer MARDER, 406 Flugkörpersysteme Kormoran und Produktionsvorlauf MRCA für insgesamt 1,623 Mrd. DM
- 1975 Umrüstung Raketenjagdpanzer auf HOT, 216 Feldhaubitzen, 140 FlaRak-Panzer Roland, 1 924 Lkw 10 To, 100 Bergepanzer, 10 Ausbildungsflugzeuge F-4E und 175 Flugzeuge Alpha-Jet für 6,808 Mrd. DM
- 1976 sind u.a. vorgesehen: 6 Fregatten 122, MRCA-Produktionsfreigabe, SLAR und Verbindungshubschrauber im Werte von insgesamt 2,918 Mrd. DM

Allein diese Beschaffungsvorhaben haben einen Wert von rd. 22,5 Mrd. DM."¹⁾

1) Zit. n. Sicherheit im Bündnis 1976 : S. 66f.

Damit war durch die maßgeblichen sicherheitspolitischen Akteure selbst dokumentiert worden, daß die Argumentation gegenüber ihren Kritikern auf Bundesparteitagen wohl kaum der Realität der praktizierten sozialdemokratischen Rüstungspolitik entsprach.¹⁾

Ohnehin mußte den sozialdemokratischen Sicherheitspolitikern der Beifall dieser Minderheit weniger wichtig sein als die Akzeptanz und Legitimation ihrer Politik bei breiten Teilen der Bevölkerung. Diese schienen zu diesem Zeitpunkt erreicht, denn sogar konservative Medien hatten dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister attestiert, unter seiner Amtsführung habe "die Bundeswehr ihren höchsten Leistungsstandard erreicht" und bilde "zusammen mit den 300 000 US-Soldaten das Rückgrat der NATO."²⁾

1) Auf dem Hamburger Parteitag 1977 hatte Henning Scherf auf diesen Widerspruch hingewiesen; vgl. PT 1977 : S. 261.

2) So DIE WELT v. 3.4.75

3.3.2.4. Die weitere Entwicklung der Rüstungswirtschaft und die Ausweitung des Rüstungsexports

Die gesamten Kosten der zweiten Waffengeneration für die Bundeswehr beliefen sich nach Preisstand von 1978 auf 77,5 Milliarden DM. Die Höhe derjenigen Ausgaben, die an die bundesdeutsche Industrie flossen, und deren Anteil an den Gesamtaufwendungen lassen sich folgend beziffern:

1973	7,6	83%
1974	7,6	78%
1975	8,1	80%
1976	8,6	74%
1977	9,7	81%

(Beträge in Mrd. DM)¹⁾

Wenn auch die gesamte Rüstungsproduktion der deutschen Industrie 2,5% des jährlichen Produktionswerts im verarbeitenden Gewerbe nicht überschritt²⁾ und mit ca. 200 000 Beschäftigten nur weniger als 1% aller Arbeitnehmer beschäftigte, so hatte sich doch die Rüstungswertschöpfung seit 1966 mit z.T. beträchtlichen Zuwachsraten gesteigert:³⁾

1966	4,8
1967	6,0
1968	5,0
1969	5,7
1970	6,2
1971	6,6
1972	7,9

1) Nach Huffschmid 1981 : S. 38f.; auch WB 1979 : S. 62

2) Vgl. WB 1979 : S. 63

3) Nach Huffschmid 1981 : S. 38f.

1973	8,0
1974	8,1
1975	9,1
1976	10,3
1977	11,6

(Beträge in Mrd. DM)

Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, unter Schmidt zu einer gigantischen Behörde mit 20 000 Mitarbeitern ausgebaut,¹⁾ versorgte jährlich 2 000 bis 2 500 Firmen mit Rüstungsaufträgen.²⁾ Obwohl die Vergabepraxis sich am Grundsatz einer breiten Streuung orientierte und vor allem kleine bzw. mittelständische Betriebe berücksichtigen sollte, so führten dennoch die zunehmende Komplexität einzelner Großprojekte und die Notwendigkeit immer größeren Kapitaleinsatzes zu einem Konzentrationstrend, den 1977 die ZEIT zutreffend wie folgt charakterisierte und kommentierte:

"Und wenn auch Tausende mitessen dürfen, das große Geschäft machen wenige Große: Ihnen fließt wertmäßig die Hälfte aller Inlandsaufträge des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung zu. Und auch die Alten sind - immer noch rüstig - wieder dabei: Die großen Familien Flick, Quandt, Thyssen und Röchling, große Kapitalgesellschaften wie Siemens, AEG, Telefunken und natürlich Krupp. Ihr Anteil steigt ständig. Genau ist das allerdings weder vom Verteidigungsministerium noch vom Koblenzer Bundesamt zu erfahren."³⁾

1977 umfaßte die Liste der 20 größten Rüstungsproduzenten der Bundesrepublik folgende Firmen:

1) Vgl. S. 211

2) Vgl. DIE ZEIT v. 23.9.77

3) Zit. n. ebda.

	Rüstungs- anteil an der Gesamt- produktion	Höhe des Rüstungs- anteils in Mio. DM
1. Siemens AG	8%	2 000
2. AEG-Telefunken	-10%	-1 400
3. Messerschmitt- Bölkow-Blohm GmbH	60%	1 080
4. Vereinigte Flug- technische Werke GmbH (VFW)	-60%	-1 020
5. Krauss-Maffei AG	70%	705
6. Motoren und Tur- binen Union GmbH (MTU)	52%	550
7. Rheinmetall Berlin AG	67%	520
8. Maschinenfabrik Augsburg-Nürn- berg AG (MAN)	+8%	+500
9. Fritz Werner Indu- strieausrüstungen GmbH	-100%	-441
10. Diehl GmbH & Co.	+55%	430
11. Dornier GmbH	51%	370
12. Thyssen Industrie AG	+8%	330
13. Magirus-Deutz AG	14%	260
14. Blohm & Voss AG	40%	250
15. Howaldtswerke Deutsche Werft AG	20%	243
16. Dynamit Nobel AG	+12%	235

17.Wegmann & Co.	+55%	165
18.Standard Elektrik Lorenz AG (SEL)	6%	165
19.MaK Maschinenbau GmbH	30%	150
20.Rohde & Schwarz	33%	120

(- = höchstens, + = mindestens)¹⁾

Wenn auch bei einigen Firmen der Rüstungsanteil eher geringfügig erscheint, so waren doch bedeutende Unternehmen, ja sogar ganze Industriezweige wie die Luft- und Raumfahrtindustrie, die zwischen 60 und 70% ihrer Geschäfte mit der Bundeswehr abwickelte, von der Rüstungsproduktion in wesentlichem Maße abhängig. Dabei entwickelten gerade die für Großprojekte aufgebauten Maschinenparks und Entwicklungs- und Produzententeams eine nicht unerhebliche Eigendynamik zur Beeinflussung des Aufrüstungsprozesses. Da diese Kapazitäten nicht aus dem Stand wieder auf- oder abgebaut werden konnten, entstand zwangsläufig ein Trend nicht nur zum "nächsten" Großprojekt, sondern auch zur Verstetigung der Produktion und der Auftragslückenfüllung, für die nach Lage der Dinge nur staatliche Aufträge - der Bundesrepublik oder anderer Länder - sorgen konnten.

Verschärfend auf diese Eigendynamik wirkte die Preisexplosion bei den meisten Rüstungsgütern, die aus dem Fehlen eines Marktes und echter Konkurrenz resultierte. Bei Großaufträgen bzw. schon bei der meist präjudizierenden Entwicklung von Waffensystemen erfolgte die direkte Vergabe - ohne öffentliche Ausschreibung - an Großkonzerne mit den entsprechenden Forschungs- und Produktionskapazitäten. Die Preisbildung kam durch eine kaum kontrollierbare Setzung von Selbstkostenpreisen und einem staatlich garantierten Gewinnaufschlag bis zu einer Höhe von 5% zustande. Solche Profitmaximierungsbedingungen mußten zweifellos den Rüstungslobbyismus treib-

1) Daten aus Huffs Schmid 1981 : S. 46f.

hausmäßig fördern. An ihm beteiligten sich keineswegs nur Kapitalvertreter oder ehemalige Militärs, sondern auch Abgeordnete und Gewerkschafter, die im Zuge der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und der sich abzeichnenden Massenarbeitslosigkeit Arbeitsplätze sichern und Regionen strukturell unterstützen wollten. Dies führte teilweise bei SPD-Abgeordneten zu grotesken und schizoiden Verhaltensweisen. Auf dem Parteitag 1973 in Hannover hatte ein an die Bundestagsfraktion überwiesener Initiativantrag des Bezirks Hessen-Süd auf die oben angeführte Problematik verwiesen und von Parteivorstand und Fraktion gefordert: "Darstellung der Erscheinungsformen des militärisch-industriellen Komplexes in der Bundesrepublik, die Verflechtung beispielsweise der Siemens-Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Thyssen zu einem gigantischen Rüstungsverband und die ökonomische und politische Macht dieser Konzerne innerhalb der gesamten ökonomischen Struktur der Bundesrepublik, insbesondere durch Darstellung in Massenmedien und Bildungseinrichtungen" sowie "für die angestrebten Erfolge bei den Verhandlungen über Sicherheit und Zusammenarbeit und einen ausgewogenen Truppenabzug rechtzeitig Planungen zu entwickeln, die eine zukünftige Nutzung frei werdender ökonomischer Kapazitäten für andere Zwecke möglich macht. Dabei stellt sich auch die Aufgabe, den Arbeitnehmern durch rechtzeitige Vorsorge ihre Beschäftigung zu sichern."¹⁾ Diese Forderung nach Aufstellung von Konversionsplänen und Einfrieren und Reduzieren der Rüstungsausgaben²⁾ vertraten in der Parteitagsdiskussion neben Coppik, Rüdiger, Jordan u.a. auch der ausgewiesene Linke Norbert Gansel. Verteidigungsminister Leber hatte dazu sehr diskret Stellung bezogen: "(...) natürlich werden auch in diesem Lande Teile bestimmter Rüstungsgüter hergestellt. Und da liegen Widersprüche vor.

1) PT 1973 : S. 1105

2) Vgl. S. 301ff.

Da werden auf der einen Seite Anträge gestellt - ich will das ja gar nicht personifizieren; die Antragssteller sitzen hier im Saal -, wir sollten die Bundeswehr einfrieren und die Rüstung reduzieren. Auf der anderen Seite kommen, wenn so Teilaufträge vergeben werden, Genossen, die sich nicht auf der rechten Seite der SPD plaziert fühlen, ins Verteidigungsministerium, machen Vorschläge und sagen: Der Panzer muß aber bei uns gebaut werden. Das sind Widersprüche, mit denen wir es zu tun haben."¹⁾

Dies veranlaßte Gansel wenig später zu folgender Beichte:²⁾ "Es ist richtig: Ich habe mich darum bemüht, daß nach Kiel Aufträge zum Bau von Panzern vergeben werden. (...) Das habe ich zu verantworten (...) insbesondere vor den Arbeitnehmern, deren Recht auf Arbeit auch bei uns zu Hause gesichert werden muß. Das ist doch das Dilemma (...), daß, wenn Panzer gebaut werden, wenn U-Boote gebaut werden, sie dann auch bei uns gebaut werden müssen, weil, wenn wir ... (hier wurde Gansels Argumentation von "Widerspruch und Lachen" unterbrochen, d.Verf.). Ich weiß nicht, was es dabei zu lachen gibt. Jeder kennt die Situation, dies ist ein Problem, an dem man sich nicht vorbeimogeln kann. Hans Koschnick in Bremen kennt das genauso, wie Hans-Jochen Vogel oder Volkmar Gabert das aus München kennen. Wenn wir von heute auf morgen keine Nachfolgeaufträge für die Arbeitnehmer bekommen, die auf Rüstungsarbeiten angewiesen sind, dann können wir ihnen kein neues Arbeitsangebot machen."³⁾

Damit waren die entsprechenden Passagen im Antrag Hessen-Süds selbst von ihren eigenen Befürwortern für die praktische Tagespolitik als weitgehend untauglich diskreditiert worden. Es lag nahe, eine ähnliche Argumentation auch bezüglich der Rüstungsexporte anzuwenden.

1) PT 1973 : S. 767

2) Das Protokoll verzeichnet am Anfang seiner Ausführungen "Oh!-Rufe"; ebda. : S. 775.

3) Ebda. : S. 776

Nach einem vorübergehenden Einbruch 1972/73 (mit einem Rückgang von 1,05 Milliarden auf 371 Millionen DM) des bundesrepublikanischen Rüstungsexports hatte sich dieser stetig aufwärts entwickelt und lag auf Platz sechs in der Weltrangliste.¹⁾

Relativ bescheiden nahm sich dagegen die staatlich gewährte Militärhilfe aus, die jedoch in vielen Fällen Schrittmacherefunktion für einen nachfolgenden privaten Rüstungsexport hatte.

	Rüstungsexporte	Militärhilfe
1973	371	87
1974	516	87
1975	967	87
1976	1 651	107
1977	1 925	137

(Beträge in Mio. DM)²⁾

Wenn auch nach Angaben der Bundesregierung der Anteil des Exports von Kriegswaffen (gemäß der Definition im Kriegswaffenkontrollgesetz) nur 0,44% des Gesamtexports ausmachte,³⁾ so stachen doch die jährlichen Zuwachsraten ins Auge, die zwischen 1968 und 1977 im Durchschnitt bei 16,8% lagen.⁴⁾ Die für diese Fragen sensibilisierten Bundesparteitage delegierten bemängelten vor allem den Rüstungsexport in Länder der 3. Welt, der immerhin laut offizieller Regierungsstellungnahme einen Anteil von ca. 38% hatte,⁵⁾ so daß wohl kaum

1) Nach den USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien u. Italien; vgl. SIPRI 1984 : S. 200

2) Exportzahlen nach Huffs Schmid 1981 : S. 38f., Militärhilfe nach SOWI-Berichte 36/1984.

3) Bezogen auf die Jahre 1975-79; vgl. WT 3/1981; für die Vorjahre zwischen 0,3 und 0,4%, vgl. DIE ZEIT v. 28.10.77.

4) Vgl. Huffs Schmid 1981 : S. 154

5) Vgl. WT 3/1981; nach ACDA-Berechnungen lag der Anteil sogar bei ca. 80%, vgl. Albrecht/Lock/Wulff 1982 : S. 96.

der Einschätzung Helmut Schmidts gefolgt werden kann, der vor einer Sondergeneralversammlung der UNO für Abrüstung betont hatte: "Nur in insgesamt geringfügigen Ausnahmefällen erlauben wir überhaupt Waffenlieferungen an Staaten außerhalb unseres eigenen Bündnisses. (...) In internationale Spannungsgebiete lassen wir Waffenlieferungen grundsätzlich nicht zu."¹⁾

Schlagzeilen hatte im März 1976 die heimliche Militärhilfe an Ugandas Diktator Idi Amin verursacht, die über Libyen als Zwischenstation abgewickelt wurde. An Uganda, das zu diesem Zeitpunkt wegen territorialer Forderungen an Kenia als hochexplosives Spannungsgebiet eingeschätzt werden mußte, waren Unimog-Militärfahrzeuge und Truppentransporter der Stuttgarter Daimler-Benz AG geliefert worden.²⁾

Das Auswärtige Amt konnte zwar formaljuristisch richtig feststellen, dabei handle es sich nicht um offizielle Militärhilfe, mußte aber gleichzeitig Lücken im Kriegswaffenkontrollgesetz bestätigen. Soweit Uganda deutsche Militärfahrzeuge importierte, ging es dem Auswärtigen Amt zufolge "um rein kommerziell abgewinkelte Lieferungen, die nach dem Außenwirtschaftsgesetz und dem Kriegswaffenkontrollgesetz nicht einer Genehmigung durch die Bundesregierung bedürfen und daher auch nicht untersagt werden können."³⁾

Ähnliche Irritationen riefen im November 1976 Vorwürfe der Anti-Apartheid-Bewegung hervor, die 14 Beispiele für Verbindungen bundesrepublikanischer Rüstungsproduktion mit

1) So Helmut Schmidt am 26.5.78, zit. n. WB 1979 : S. 66. Auch DIE ZEIT v. 28.10.77 kommentierte zutreffend: "Ganz so kleinlich und zurückhaltend, wie die Industrie den Export von Waffen darstellt, ist die Bundesregierung freilich nie gewesen. Der Grundsatz, Waffen nicht in Spannungsgebiete zu liefern, gilt durchaus nicht so ausschließlich, wie er formuliert wurde. Bei manchen zweifelhaften Geschäften haben die zuständigen Minister - Wirtschaft, Verteidigung und Auswärtiges Amt - beide Augen zugedrückt"; vgl. auch SD-SIPO 4/1975.

2) Vgl. SZ v. 4.3.76

3) Vgl. SZ v. 5.3.76

Südafrika vorgelegt hatte. Auch zu diesen Fällen erklärten die Sprecher des Auswärtigen Amts und des Verteidigungsministeriums, Terfloth und Halle, übereinstimmend, die Bundesregierung könne sich nicht zu Lieferungen äußern, die sie nicht zu verantworten habe. Zudem habe die Bundesregierung beim Export von gemeinsam mit anderen NATO-Ländern entwickelten Waffen keinerlei Vetorechte.¹⁾

Die Beschlußlage der SPD-Bundesparteitage war wesentlich weitgehender als die offiziellen Regierungsrichtlinien. So sollte selbst der Waffenexport in diktatorisch regierte NATO-Länder unterbleiben.²⁾

Im Falle von Waffenlieferungen an Griechenland hatte sich Anfang 1974 gezeigt, daß die Informationsbereitschaft der Bundesregierung selbst gegenüber Angehörigen der Regierungspartei sehr zurückhaltend war. Auf Fragen des SPD-MdB Conrad, ob die Genehmigung des Bundessicherheitsrates vom 10.9.73 für den Export von 130 000 Schnellfeuergewehren und 3 000 Maschinengewehren an die griechische Junta zurückgenommen worden sei, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Moersch, die Bundesregierung lehne dazu jegliche öffentliche Stellungnahme ab.³⁾

Die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion hatte zu den Waffenlieferungen an Griechenland und die Türkei zwar festgestellt, daß man "ggf. durch Restriktionen" Einfluß nehmen wolle "auf die Entwicklung stabilerer politischer Verhältnisse in diesem Gebiet",⁴⁾ und darauf verwiesen, daß wegen der Zypernkrise 1974 mit der Türkei vereinbarte Lieferungen "gestoppt und die Unterzeichnung eines

1) Vgl. SZ v. 13./14.11.76

2) Vgl. Anträge 28 u. 29, PT 1973 : S. 1107f.; Anträge A 263 u. A 264, PT 1975 : S. 1234; Antrag A 30, PT 1977 : S. 726

3) Vgl. SZ v. 19./20.1.74

4) SD-SIPO 4/1975

neuen Abkommens zurückgestellt" worden seien,¹⁾ gleichzeitig aber unmißverständlich die Priorität wirtschaftlicher und militärstrategischer Gesichtspunkte für den Waffenexport unterstrichen: "Im Falle von Griechenland und der Türkei geht es um die NATO-Verteidigungshilfe. Sie beruht auf Artikel III des Nordatlantikvertrages, der die Vertragspartner verpflichtet, durch gegenseitige Hilfe ihre Verteidigungskraft zu stärken. Einschränkungen solcher Hilfeleistungen sind aus zweierlei Gründen problematisch:

- einmal in technischer Hinsicht, weil die meisten größeren Rüstungsprojekte Gemeinschaftsprojekte sind, wobei auch Zulieferungsaufträge oftmals im Rahmen gegenseitiger Wirtschaftshilfe unter den NATO-Partnern breit gestreut werden.
- Zum anderen in politischer Hinsicht: die NATO besteht aus wirtschaftlich unterschiedlich starken, politisch aber gleichberechtigten Partnern. NATO-Ratsbeschlüsse können z.B. nur einstimmig gefaßt werden. Jede politische Diskriminierung einzelner Alliierten kann daher den politischen Zusammenhalt des Bündnisses gefährden. Im Falle von Griechenland und Türkei kommt hinzu, daß diesen beiden Ländern entscheidende strategische Schlüsselpositionen innerhalb des Bündnisses zukommen. Zugleich sind sie aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur auch in Zukunft auf die NATO-Verteidigungshilfe angewiesen, um ihrem Bündnisauftrag gerecht werden zu können. Die NATO steht also vor dem Problem, das militärische Potential dieser beiden Länder, das erhebliche Lücken aufweist, zu stärken, um ihre Südflanke zu schützen, die ständig im Bereich krisenhafter Entwicklungen in Nahost und einem gefährlichen Zuwachs sowjetischer Einflußnahme im Mittelmeerraum ausgesetzt ist."²⁾

Dies stand zwar nicht im Widerspruch zu den Regierungsricht-

1) SD-SIPO 4/1975

2) Ebda.

linien von 1971,¹⁾ nach denen Waffenlieferungen in NATO-Länder grundsätzlich nicht beschränkt werden sollten. Divergenzen ergaben sich aber wohl zum Geist des Nordatlantikvertrages, auf den sich die sozialdemokratische Stellungnahme ausdrücklich bezogen hatte, und in dessen Präambel sich die Parteien des Vertrags dazu bekannt hatten, "die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten."²⁾ Dies konnte wohl schwerlich gemeinsam mit Bündnispartnern erfolgen, die diese elementaren Grundsätze fundamental verletzten. Gemessen an der Beschlußlage der Partei zeigte sich jedoch, wie weit sich sozialdemokratische Sicherheitspolitiker in dieser Frage von ihr entfernt hatten.

Noch gravierender war dies bei einem Waffengeschäft, das Anfang 1977 Aufsehen erregte und das selbst in krassem Widerspruch zu Buchstaben und Geist der Regierungsrichtlinien stand. Am 2.2.77 beschloß das Kabinett, zwei U-Boote in das Spannungsgebiet Indonesien zu exportieren. Bei diesem Geschäft wurde gleichzeitig ein zweites Grundprinzip durchbrochen, nämlich der bisher unumstößliche Grundsatz, bei Rüstungsexporte in Nicht-NATO-Länder keine Exportbürgschaften zu übernehmen. So hatte die Kieler Howaldt-Werft auf einer Bundesbürgschaft bestanden, weil das hochverschuldete Indonesien wohl nicht in der Lage gewesen wäre, die Devisen für das 250-Millionen-DM-Projekt aufzubringen. Schmidt und Apel hatten dem Geschäft "wegen der besonderen beschäftigungspolitischen Bedeutung" zugestimmt.³⁾ Der F.D.P.-Außenminister hatte darüber hinaus noch eindeutige machtpolitische

1) Vgl. S. 231

2) Zit. n. NATO-Handbuch 1982 : S. 9

3) Zit. n. SZ v. 12./13.2.77

Motive für den Rüstungstransfer erkennen lassen.¹⁾

Im Mai 1977 gab die Regierung auch die Restriktionen gegenüber der Türkei auf. Auf deren Wunschliste hatten schon vorher u.a. 200 Panzermotoren, 1 860 Leopard 1, 1 000 MILAN-Lenk-
waffen, 6 500 ROLAND-Raketen sowie 56 Alpha-Jets gestanden.²⁾

Ende 1977 schließlich erklärte die Bundesregierung wiederum, sie halte an der restriktiven Exportorientierung fest, genehmigte aber gleichzeitig den Bau eines U-Boots für die Auslieferung an die argentinische Militärdiktatur.³⁾

Diese Exportpraktiken veranlaßten zahlreiche SPD-Mitglieder zu einer Postkartenflut mit Protesten an den Parteivorstand.³⁾

In der Bundestagsfraktion hatte MdB Hansen dazu an den Fraktionsvorsitzenden Wehner Anfang März 1977 folgendes Schreiben gerichtet:

"1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Selbstbeschränkung der Bundesrepublik Deutschland beim Export von Rüstungsgütern nicht zu lockern und keine Umgehung der Waffenexportbeschränkungen zuzulassen.

2. Die Bereiche der Rüstungswirtschaft müssen von Rüstungsaufträgen so unabhängig gehalten werden, daß die Umstellung auf zivile Produktion ohne Strukturkrisen möglich ist. Dazu sind rechtzeitig Planungen zu entwickeln, die eine zukünftige Nutzung freiwerdender ökonomischer Kapazitäten für andere Zwecke möglich machen und den Arbeitnehmern durch rechtzeitige Vorsorge ihre Beschäftigung sichern.

3. Eine entsprechende Arbeitsgruppe ist einzurichten.

1) So berichtete die SZ v. 12./13.2.77: "Im Falle Indonesien, argumentierte der Außenminister, gelte es die innere Sicherheit des Landes zu erhalten, dessen Regierung in einem permanenten Bürgerkrieg mit prokommunistischen Aufständischen steht. Dies liege nicht nur im Interesse der Regierung in Djakarta, sondern auch im Interesse des Westens."

2) Vgl. SZ v. 21./22.5.77

3) Vgl. SZ v. 2.12.77; auch FAZ v. 3.12.77

4) Vgl. WD 614/1977

4. Gleichzeitige Initiativen sind im Rahmen der NATO und Europäischen Gemeinschaft zu ergreifen."¹⁾

Die geforderte Arbeitsgruppe nahm am 19.4.77 ihre Arbeit auf.²⁾

Die Rüstungslobby, über ihren Informationsdienst genauestens über alle Details der internen Diskussion unterrichtet, hatte bald darauf die Arbeitsgruppenmitglieder Hansen, Gansel und Ehmke "als Scharfmacher gegen jeglichen deutschen Rüstungsexport" angeprangert.³⁾

Doch auch die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion hatte durch eine Stellungnahme ihres wissenschaftlichen Assistenten, Forster, schon vorab Skepsis angemeldet und Hansen "eine gewisse Realitätsferne" seiner Forderungen unterstellt.⁴⁾

Gegendruck gab es auch seitens des "Arbeitskreises Arbeitnehmer Wehrtechnischer Unternehmen" (gegründet im Oktober 1975), der Betriebsräte aus neun Rüstungsbetrieben (darunter Flick, Krupp, Quandt, Thyssen und Röchling) in sich vereinigte und folgenden Appell an die Bundesregierung gerichtet hatte: "Wenn der Bund vorübergehend die Kapazitäten nicht auslasten kann, sollte der Bund aus seiner Fürsorgepflicht heraus die Hereinnahme von Füll-Aufträgen aus Nicht-Spannungsgebieten zulassen, wobei der Begriff Nicht-Spannungsgebiete nicht mehr so eng ausgelegt werden dürfte wie in der Vergangenheit."⁵⁾ Der Fraktionsarbeitskreis Rüstungsexport hatte im Mai 1977 auch mit dieser Gruppe diskutiert. Hansen, Gansel und Ehmke mußten sich dabei "von der Betriebsratsmischpoke sagen lassen, daß sie von der Stimmung der Arbeitnehmer in den wehrtechnischen Unternehmen keinen blassen Schimmer" hätten⁶⁾ Auf die IG-Metall

1) Zit. n. WD 614/1977

2) Vorsitzender der Arbeitsgruppe war Bruno Friedrich.

3) Vgl. WD 614/1977

4) Zit. n. ebda.

5) Zit. n. DIE ZEIT v. 28.10.77

6) Zit. n. WD 614/1977

konnten sich diese Betriebsräte freilich nicht berufen. So hatte der IG-Metallvorstand erklärt: "Die lobbyistische Tätigkeit verschiedener, in der IG Metall organisierter Betriebsräte von mit Rüstungsproduktion beschäftigten Unternehmen ist von geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern eindeutig verurteilt und als im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen stehend gekennzeichnet worden."¹⁾ Auch der IG-Metall-Gewerkschaftstag 1977 hatte deutlich gemacht: "Aus politischen und moralischen Gründen, aus wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen wendet sich die IG Metall entschieden gegen alle Bestrebungen zur Lockerung der Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter."²⁾

Der Hamburger Bundesparteitag der SPD 1977 hatte schließlich in einigen Anträgen wesentliche Elemente der Hansenschen Forderungen aufgenommen.³⁾

Auswirkungen auf die praktische Politik ergaben sich daraus nicht. Auch die Hoffnungen, die von einigen linken MdBs auf die Tätigkeit des Arbeitskreises Waffenexport gesetzt wurden, sollten sich in der Zukunft nicht erfüllen. Norbert Gansel, Heide Simonis und Horst Jungmann hatten zur Jahreswende 1977/78 in einem Beitrag "Abgeordnete - Lobbyisten oder Kontrolleure der Rüstungsindustrie?"⁴⁾ zwar bemängelt: "Die SPD-Fraktion hat trotz entsprechender Aufträge des Bundesparteitages keine Initiativen zur Begrenzung des Rüstungsexports übernommen", waren aber dennoch der Meinung, daß "die Hoffnung auf eine Fraktionsinitiative nicht illusorisch" sei."⁵⁾

Zu einer Neuregelung der Exportrichtlinien für Kriegswaffen

1) Zit. n. DIE ZEIT v. 28.10.77

2) Zit. n. ebda.

3) Vgl. Anträge A 2, A 3, A 29 u. 30; PT 1977 : S. 720, 722, 725 u. 726

4) Veröffentlicht in. Albrecht/Lock/Wulf 1982 : S. 143ff.

5) Zit. n. ebda. : S. 148

und sonstige Rüstungsgüter kam es allerdings erst 1982.¹⁾
In ihnen hatten sich jedoch im Gegensatz zur Beschlußlage
der SPD umgekehrte Tendenzen durchgesetzt. Die neuen Richt-
linien erweiterten auch den offiziell sanktionierten Spiel-
raum für Waffenexporte erheblich, so daß diese in der Folge-
zeit noch stärker als bisher ausgeweitet werden konnten.

1) Text in Albrecht/Lock/Wulf 1982 : S. 173ff.

3.3.3. Die NATO als Bezugsrahmen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik

3.3.3.1. Anstöße zu einer Strategiekritik

Auf eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion¹⁾ hatte Verteidigungsminister Leber am 26.9.1975 bezüglich der NATO-Strategie geantwortet: "Das Verteidigungskonzept der NATO hat unverändert Gültigkeit. Dies ist zuletzt in diesem Frühjahr bei der Formulierung der Ministerweisung für die NATO-Planung der Jahre 1977 bis 1982 bestätigt worden. Die Wirksamkeit dieses Konzepts hängt von der Ausgewogenheit seiner drei Elemente - konventionelle, taktisch-nukleare und strategisch-nukleare Kräfte - ab. Keines dieser Elemente ist durch ein anderes ersetzbar. Die NATO muß über die Fähigkeit verfügen, auf jeder Ebene der Aggression abzuschrecken, und, falls erforderlich, wirkungsvoll verteidigen zu können."²⁾ Auch die Weißbücher 1973/74³⁾ und 1975/76⁴⁾ referierten nur unkritisch die Hauptelemente der flexible response. Lediglich im Weißbuch 1975/76 fand sich ein vager Hinweis auf eventuelle "nukleare Risiken", mit dem Zusatz: "Die Bündnispartner müssen mit starken konventionellen Kräften dafür sorgen, daß möglichst kein Zwang zum Einsatz nuklearer Waffen entsteht."⁵⁾

1) BT Dr.s. VII/3874

2) Zit. n. SD-SIPO 9-10/1975; ähnlich, bekräftigend am 8.9.77 im Bundestag, vgl. BT VIII : S. 3007ff. Leber zitierte dabei einen Brief des US-Verteidigungsministers, der auf "zahlreiche Erklärungen" der US-Regierung verwies, "in denen unsere volle Verpflichtung gegenüber der NATO und ihrer Strategie der Vorverteidigung und der flexiblen Reaktion bekräftigt worden ist."

3) Vgl. WB 1973/74 : S. 16f.

4) Vgl. WB 1975/76 : S. 22f.

5) Ebda. : S. 23 .

Dies konnte insofern wenig beruhigen, als sich die Nukleare Planungsgruppe auch in den Jahren 1973 bis 1977 durchgehend mit möglichen taktisch-nuklearen Einsatzoptionen befaßt hatte,¹⁾ und die NATO in ihren Manövern (z.B. WINTEX 75) die Konsultationsverfahren für die Freigabe von nuklearen Waffen des öfteren geprobt hatte.

Kritik an der NATO-Strategie und ihren fatalen Auswirkungen für Mitteleuropa im Verteidigungsfall wurde - wenn überhaupt - nur von einigen Fachjournalisten und Wissenschaftlern außerhalb der SPD geübt. So fragte sich etwa der renommierte Militärexperte der SZ, Christian Potyka: "Wer überlebt die Verteidigung?" und antwortete: "Unter den geltenden Strategien ist die Bevölkerung kaum zu schützen".²⁾ Anlässlich von Stabsrahmenübungen hatte sich nach Potyka "wieder einmal herausgestellt", daß in einem bewaffneten Konflikt in Mitteleuropa die Zivilbevölkerung kaum Überlebenschancen hätte, denn sie "stünde im wahrsten Sinne des Wortes schutzlos zwischen sämtlichen Feuern."³⁾ Der Verteidigungsausschuß hatte aufgrund dieser Erfahrungen (Potyka: "Das ist nichts Neues") die Bundesregierung aufgefordert, ein neues Zivilverteidungskonzept vorzulegen. Potyka allerdings war der Meinung, die "'Lösung' des Problems" läge eventuell "in einer ganz anderen Richtung; vielleicht kann man die Zivilbevölkerung vor den Folgen der geltenden Militärstrategien gar nicht schützen. Demnach käme es also darauf an, die Art der Verteidigung zu ändern, sie weniger zerstörerisch zu machen. Also wäre vor der Zivilschutzdebatte erst einmal eine Strategiediskussion nötig."⁴⁾

Auf eine solche Diskussion wollten sich die führenden sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker jedoch vorerst⁵⁾ nicht

1) Vgl. Communiqués der NPG, in SD-SIPO 7/1975, 6 u. 9/1977

2) SZ v. 6.5.77

3) Ebda.

4) Ebda.

5) Erst ab 1979 fanden Strategiediskussionen v.a. in der Sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand statt.

einlassen, obwohl mit den wissenschaftlichen Beiträgen Weizsäckers (1976), Afheldts (1976) und Spannocchis/Brossollets (1976) durchaus diskussionswürdige Grundlagen dafür vorhanden gewesen wären.¹⁾

Weizsäcker hatte zwar im April 1977 die Gelegenheit, vor den Kommandeuren der Bundeswehr u.a. folgende Thesen zu vertreten, was jedoch ohne erkennbare Wirkung blieb:

"(...) der bisherige europäische Friede (ist) kein sicherer Beweis der rein militärischen Glaubwürdigkeit unserer Abschreckung. (...)

Die heutige europäische Verteidigung kann die Selbstmorddrohung nicht entbehren. (...)

1. Der Warschauer Pakt kann heute einen konventionellen Angriff in einer Stärke führen, gegen welchen die NATO sich nicht erfolgreich konventionell verteidigen kann.
2. Wir haben heute nicht in der Hand, den Übergang per atomarer Verteidigung so begrenzt zu halten, daß unser Volk die Kriegshandlungen im wesentlichen überlebt.
3. Obwohl die aktuelle Kriegsgefahr in Europa noch als gering eingeschätzt werden darf, ist es nötig, heute schon Modelle zusätzlicher oder alternativer Verteidigung zu überprüfen, welche die (...) Forderungen an eine stabile Abschreckung besser erfüllen."²⁾

1) In einem Interview mit dem DEUTSCHEN ALLGEMEINEN SONNTAGS-BLATT hatte Leber für solche Raumverteidigungsmodelle, die ohne taktischen Atomwaffeneinsatz auskommen wollten, nur Spott übrig. Sie beinhalteten für ihn, "gewissermaßen hinter jede deutsche Eiche einen Soldaten mit einer Waffe (zu) stellen." Er halte davon "nichts", denn "das würde unseren gesamten Vorstellungen widersprechen, weil dadurch das Konzept der Vorverteidigung aufgelöst würde"; zit. n. BMVg, IPS v. 20.7.77.

2) Streitkräfte als Friedensfaktor. Thesen des Philosophen Carl-Friedrich von Weizsäcker zu seinem Referat vor den Kommandeuren der Bundeswehr in Sindelfingen am 20.4.1977; zit. n. Schubert 1979 : S. 178ff.

Auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD 1977 hatten lediglich der Ortsverein Waldkirch und der Kreisverband Freiburg Anträge vorgelegt, die erkennen ließen, daß ihren Verfassern die von Weizsäcker angesprochenen Probleme nicht fremd waren, und gefordert, daß sozialdemokratische Sicherheitspolitik dazu beitragen müßte, "auf eine ständige Überprüfung der Militärstrategie aus der Interessenslage der Bundesrepublik und auf eine schrittweise Ersetzung militärischer Strategien durch politische Lösungen des Sicherheitsproblems" zu dringen, "da jede denkbare Militärstrategie das Risiko des nationalen Selbstmords im Konfliktfall in sich trägt."¹⁾

Der Kreisverband Neckar-Odenwald hatte zusätzlich bezüglich der gültigen Militärstrategie ein Informationsbedürfnis artikuliert: "Die Bundesregierung wird aufgefordert, innerhalb eines Jahres der Öffentlichkeit einen Bericht über die Militärstrategie der flexible response vorzulegen. An diesem Bericht sollen auch sicherheitspolitische Experten aus der Wissenschaft, der Publizistik und Friedensforscher mitarbeiten."²⁾ Dieser Antrag wurde angenommen.

So zeichnete sich zehn Jahre nach der offiziellen Akzeptanz der flexible response durch die NATO erstmalig ein Interesse für militärstrategische Fragen bei den Bundesparteitagsdelegierten ab, das in der Folgezeit anwachsen und schließlich zu einer umfassenden Diskussion vor allem in der Sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand, aber auch in den Bezirksarbeitskreisen für Sicherheitspolitik und den Untergliederungen der Partei führen sollte.

1) PT 1977 : S. 719f., Antrag 2, fast wortgleich mit Antrag 3, ebda. : S. 722. Beide Anträge wurden durch den Antrag 1 des Parteivorstands als erledigt erklärt - obwohl in diesem eine solche Problematik gar nicht erwähnt wurde - und als Material an den Parteivorstand überwiesen; vgl. ebda. : S. 716f.

2) PT 1977 : S. 724, Antrag 24

3.3.3.2. Das Ende des Devisenausgleichs

Mit dem Auslaufen des 7. Devisenausgleichsabkommens zwischen der Bundesrepublik und den USA am 30.6.1973 begann wiederum ein "Pokern um Milliardenbeträge".¹⁾ Seitens der USA lagen diesmal Maximalforderungen in der Höhe von 8,2 Milliarden DM (bis 1975) vor,²⁾ so daß die Differenzen zwischen den Verhandlungspartnern größer als je zuvor waren. Ferner kam hinzu, daß die Euro-Group-Länder seit EDIP³⁾ einen immer größeren Anteil an den Verteidigungsaufwendungen der NATO bestritten und die Bundesrepublik daran wiederum überproportional beteiligt war. Somit konnte die Bundesregierung mit Recht behaupten, durch den Devisenausgleich zum zweitenmal - diesmal bilateral - zur Kasse gebeten zu werden.

Nur die Jungsozialisten mochten allerdings die Forderung nach einer ersatzlosen Streichung aller Devisenausgleichszahlungen stellen. Der VORWÄRTS äußerte dagegen eher moderate Vorbehalte,⁴⁾ während jedoch selbst die konservative Presse die Devisenausgleichszahlungen als "versteckte 'Kriegskontributionen'" brandmarkte, die für beide Vertragsparteien "etwas Würdeloses" hätten.⁵⁾

Die obligatorische Ankündigung von Teilen des US-Senats, eventuell die US-Truppen in Europa zu reduzieren, wirkte auch diesmal als Katalysator auf die sich anfangs nur zäh entwickelnden Verhandlungen. Gerade in der Anfangsphase der MBFR-Pro-

1) So der VORWÄRTS v. 17.5.73

2) Vgl. HANDELSBLATT v. 8.11.73; auch FAZ v. 8.2.74

3) Vgl. S. 246f.

4) Vgl. VORWÄRTS v. 17.5.73

5) So die FAZ v. 17.7.76

zesses glaubte die Bundesregierung, auch nur den Verdacht einseitiger Abrüstung gar nicht erst aufkommen lassen zu dürfen. Der amerikanische Kongreß hatte im November 1973 mit dem sogenannten Jackson-Nunn-Amendment die Drohung einseitiger Truppenreduzierungen auch in einer Gesetzesklausel niedergelegt, die ein Junktim zwischen der Zahl der US-Soldaten in Europa und der Zahlungsbilanz der USA konstruierte.¹⁾ Im März 1974 - nach einer vorausgegangenen Schelte Präsident Nixons an die Adresse der europäischen NATO-Mitglieder²⁾ - bemühte sich Finanzminister Schmidt um einen raschen Vertragsabschluß, der dann auch Ende April 1974 erfolgte. Die erzielte Vereinbarung unterstrich, daß es sich dabei um "einen Ausgleich der die Zahlungsbilanz belastenden Kosten der Stationierung amerikanischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland" handelte,³⁾ der Leistungen in der Höhe von 5,92 Milliarden DM für die Zeit vom 1.7.1973 bis zum 30.6.1975 vorsah.⁴⁾ 2,75 Milliarden DM waren allein für militärische Beschaffungen vorgesehen, ca. 300 Millionen für Aufträge für Urantrennarbeiten und bilaterale Projekte aus dem Bereich der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, 600 Millionen für die Modernisierung von US-Kasernen und anderen -Einrichtungen sowie 2,25 Milliarden zum Ankauf niedrigverzinslicher Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes durch die Bundesbank. In einer Stellungnahme der US-Regierung wurde das Abkommen als "integral part" der Lastenverteilung innerhalb der NATO bezeichnet und betont, es enthalte größere wirtschaftliche Vorteile für die USA als frühere Abschlüsse.⁵⁾

1) Vgl. SD-SIPO 5/1974 u. 8/1975; auch FAZ v. 8.2.74

2) Vgl. FAZ v. 21.3.74

3) Zit. n. NZZ v. 27.4.74; das WB 1973/74 hatte bezüglich der Devisenausgleichsabkommen fein differenziert, daß es sich "dabei (...) nicht um die Zahlung von Stationierungskosten, sondern um einen Ausgleich der Devisenverluste, die den USA durch Ausgaben der amerikanischen Streitkräfte in unserem Land erwachsen", handle; WB 1973/74 : S 21.

4) Vgl. SD-SIPO 5/1974

5) Ebda.

Im Juli 1975 schien sich Gleiches zu wiederholen, nachdem Kanzler Schmidt auf einer Pressekonferenz geäußert hatte, er halte den Abschluß eines neuen Abkommens "gegenwärtig nicht für ein vordringliches Problem".¹⁾ Die in diesem Zusammenhang hinlänglich bekannten Senatoren Mansfield und Nunn hatten Schmidts Stellungnahme als "unglaubliche Position für eine deutsche Regierung" bezeichnet²⁾ und wiederum den Abbau der US-Truppen in Europa angedroht.

Die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion empfahl im August 1975 eine Hinhaltetaktik und merkte vorsichtig an: "Die gegenwärtige amerikanische Zahlungsbilanz weist nicht die Schwierigkeiten aus, wie die Zahlungsbilanzen, die den vorangegangenen Devisenausgleichsabkommen zugrunde lagen."³⁾

Im Juli 1976 schließlich veröffentlichte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine gemeinsame Erklärung von US-Präsident Ford, US-Außenminister Kissinger, Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher, in der "angesichts der jüngst eingetretenen Veränderungen im internationalen Währungsbereich - insbesondere der flexiblen Wechselkurse - wie auch angesichts der spürbar größer gewordenen Stärke des Dollar und der verbesserten amerikanischen Zahlungsbilanz (...) die herkömmliche Art von Devisenausgleichsvereinbarungen (als) gegenstandslos" bezeichnet wurde.⁴⁾ Gleichzeitig wurde festgehalten, die Bundesrepublik habe "im Verlauf der Jahre bekanntlich in erheblichem Umfang militärische Ausrüstung von den Vereinigten Staaten gekauft und (werde) dies nach aller Erwartung auch weiterhin tun."⁵⁾

1) Zit. n. SD-SIPO 8/1975

2) Zit. n. HANDELSBLATT v. 9.7.75

3) SD-SIPO 8/1975

4) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung v. 17.7.1976

5) Ebda.

Eine Reduzierung der US-Streitkräfte in Europa sollte nicht erfolgen, vielmehr verstärkten die USA auch weiterhin in den nächsten Jahren ihre Truppen in Europa.

Unmittelbarer Bestandteil der Erklärung war darüber hinaus die Vereinbarung einer einmaligen Zahlung der Bundesrepublik in Höhe von 171,2 Millionen DM für die Verlegung einer amerikanischen Kampfbrigade "in den nördlichen Raum der Bundesrepublik, in die Nähe von Bremen", um damit "die Streitkräftestruktur der NATO-Verteidigung bedeutend" zu verstärken. Die Bundesregierung legte weiterhin Wert auf folgende Feststellung: "Es sollte ferner wiederholt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland, seit sie sich an den NATO-Verteidigungsanstrengungen beteiligt, ihre Verteidigungsstreitkräfte in einem ihren Aufgaben entsprechenden Stand der Kampfbereitschaft erhalten hat. In einer Zeit besonders großer finanzieller und politischer Schwierigkeiten im Bündnis ist es für die Vereinigten Staaten ermutigend zu wissen, daß der Bundeskanzler beabsichtigt, diese sehr positive und begrüßenswerte Einstellung gegenüber den NATO-Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland beizubehalten."¹⁾

Damit war zwar mit dem Verzicht auf neue Devisenausgleichszahlungen²⁾ eine auch für die konservative Presse längst überfällige Vereinbarung getroffen worden,³⁾ aber keineswegs eine finanzielle Entlastung erreicht. Auch in Zukunft war durch die obige Absichtserklärung festgeschrieben, daß im Rahmen des 'burden-sharing', d.h. der größeren europäischen Beteiligung an den NATO-Aufwendungen, die Bundesrepublik auch künftig in der Euro-Group den Löwenanteil der Kosten zu übernehmen hatte.

1) PIA d. Bundesregierung, Pressemitteilung v. 17.7.1976

2) Mit Großbritannien wurde 1977 ein letztes Devisenausgleichsabkommen (Laufzeit bis 1980) in Höhe von 475 Mio. DM geschlossen; zum Verlauf der Verhandlungen vgl. FAZ v. 10.2.76, 26.1.77 u. 20.10.77, auch NZZ v. 29.10.76, SZ v. 28.10.76, DIE ZEIT v. 6.11.76.

3) Vgl. z.B. FAZ v. 17.7.76

3.3.3.3. Bedrohungsanalysen zwischen Realismus und Alarmismus¹⁾

Bei der Analyse der sozialdemokratischen Pressedienste, vor allem des sicherheitspolitischen, fällt für den Zeitraum 1973 bis 1977 bezüglich der NATO-Politik auf, daß eine kritische Kommentierung nahezu völlig fehlt und sich die sicherheitspolitischen Experten der SPD vornehmlich mit der Dokumentation von NATO-Kommuniqués und regierungsamtlicher Stellungnahmen begnügten.

Eine Ausnahme stellte lediglich die Wahrnehmung einer Bedrohung durch den Warschauer Pakt dar, in deren Einschätzung sich eher realistisch-differenzierte und alarmistisch-überzeichnende Kräftevergleiche gegenüberstanden.

Im Februar 1973 hatte die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion einen "Kräftevergleich NATO und Warschauer Pakt" veröffentlicht,²⁾ der in seinen wesentlichen Aussagen auf entsprechende Passagen im Weißbuch 1970 inhaltlich Bezug nahm³⁾ und in dem rein numerische Zahlenvergleiche von Mannschaftsstärken, Divisionen und Waffensystemen als fragwürdig für die Erzielung einer realistischen Bedrohungsanalyse bezeichnet wurden. So wies der Verfasser darauf hin, daß laut Weißbuch 1970 die Soll-Stärke sowjetischer Divisionen zwischen 8 500 und 11 000 Mann, die der Bundeswehr aber 15 000 und die der US-Army gar 17 000 Mann betrage, was bei einem Vergleich der Divisionszahlen berücksichtigt werden müßte. Auch werde "das östliche Übergewicht bei der Panzerwaffe (...) durch drei Faktoren relativiert: von den Panzern des Warschauer Pakts sind viele über 15 Jahre alt; die NATO besitzt 50% mehr Panzerabwehrwaffen als der Warschauer Pakt;

1) Zum Begriff des 'Alarmismus' vgl. Albrecht/Joxe/Kaldor 1980 : S. 107ff.

2) SD-SIPO 2/1973

3) Vgl. WB 1970 : S. 17ff.

sie hat ein Drittel mehr Schützenpanzer.¹⁾

Ähnlich sei es bei der Luftwaffe, denn: "Flugzeug ist nicht gleich Flugzeug. Die taktischen Luftstreitkräfte der NATO im Mittelabschnitt, obgleich zahlenmäßig geringer, gelten als technisch überlegen, haben besser ausgebildete Piloten (...) und sowohl eine stärkere als auch eine variationsfähigere Waffenzuladung, schließlich eine größere Reichweite und längere Einsatzzeiten."²⁾

Bezüglich der sowjetischen Verbände wurde deren Einsatzfähigkeit relativiert: "Viele Divisionen bedürfen vor ihrem Einsatz einer materiellen Ergänzung, andere sind nur Kaderverbände, die personell und materiell aufgefüllt werden müßten."³⁾

Zwar betonte auch dieser Kräftevergleich: "Es gibt kein konventionelles Gleichgewicht in Zentraleuropa", konstatierte aber gleichwohl "ein politisch-psychologisches Gleichgewicht der Abschreckung."⁴⁾ Dies wurde auch anhand des Kräfteverhältnisses bei den Nuklearwaffen festgehalten. So verfüge die Sowjetunion zwar über 700 Mittelstreckenraketen, zu denen der Westen keine vergleichbaren Systeme besitze, dies werde aber dadurch ausgeglichen, daß die NATO bei den taktisch-nuklearen Gefechtsfeldwaffen eine Überlegenheit von 7 000 gegenüber 3 500 Sprengköpfen des Warschauer Pakts habe. Bei den Heeresverbänden wurden 1 110 000 NATO-Soldaten gegen 1 350 000 Warschauer-Pakt-Soldaten aufgerechnet. Bei den Kriegsschiffen wurden folgende Zahlen angegeben:

1) SD-SIPO 2/1973

2) Ebda.

3) Ebda.

4) Ebda.

	NATO	WVO
Angriffsflugzeugträger	8	0
Träger für U-Boot-Abwehr	4	2
Raketenkreuzer u. -zerstörer	10	20
Geleitzerstörer u. Fregatten	280	160
Angriffs-U-Boote	125	180 ¹⁾

Mit dieser Kräfteeinschätzung, deren Ergebnisse kaum als besonders besorgniserregend gelten konnten, standen die Sicherheitspolitiker der SPD nicht alleine. Vielmehr konnten sie sich sogar auf US-Verteidigungsminister Schlesinger berufen, der am 11.7.1973 vor dem Außenpolitischen Komitee des amerikanischen Repräsentantenhauses ähnliche Positionen vertreten und ausgeführt hatte: "Zwar sind im mittleren Raum Europas die Streitkräfte des Warschauer Paktes denen der NATO zahlenmäßig etwas (Hervorhebung durch d. Verf.) überlegen, doch ist dies weder hoffnungslos noch besonders beruhigend. Tatsache jedenfalls ist, daß die NATO bereits über einen großen Teil der Kapazitäten verfügt, die für eine starke konventionelle Verteidigung notwendig sind."²⁾ Schlesinger hatte ferner ergänzt: "In den grundsätzlichen Positionen ist die NATO dem Warschauer Pakt ganz erheblich überlegen. Die Bevölkerungszahl des Bündnisses liegt um 54% höher. Unsere vereinten Bruttosozialprodukte sind um über das Dreifache größer."³⁾ Schlesinger konnte sich bei diesen Ausführungen auf eine Pentagon-Studie stützen, welche die Ansicht vertrat, die konventionelle Stärke des Warschauer Pakts sei bisher überschätzt worden.

1) SD-SIPO 2/1973

2) Zit. n. Siegler 1973 : Nr. 106

3) Ebda.

Dies rief allerdings den Militärausschuß der NATO auf den Plan, der dieser Beurteilung in einer Gegenstudie energisch widersprach.

Der Pressedienst "Sozialdemokratische Sicherheitspolitik" veröffentlichte diese im Juli 1973 ebenfalls - ohne Kommentar.¹⁾ In dieser Einschätzung der "militärischen Entwicklungstendenzen im Warschauer Pakt" wurde ohne jegliche Differenzierung oder Bezugsetzung zu den NATO-Kräften das Bild einer gigantischen östlichen Kriegsmaschinerie gezeichnet. Aufgeführt wurden "fast 160 Kampfdivisionen" sowie "fast 30 Divisionen (sieben davon Luftlandedivisionen)", die als strategische Reserve in der UdSSR stationiert und "die gegen den Westen gerichtet" seien.²⁾ Die Zahl der Panzer sei bei den sowjetischen Verbänden in Deutschland während der letzten fünf Jahre um 30%, die Zahl der Geschütze und Flugzeuge um 50% erhöht worden.³⁾

Es steht außer Zweifel, daß das Bedrohungsszenario der NATO erheblich besser geeignet war, um die anstehenden großen Waffenbeschaffungsprogramme der Bundesrepublik und der NATO vor der Öffentlichkeit zu legitimieren, als die differenziertere Kräfteeinschätzung des Pentagon.

Im Weißbuch 1975/76 hatte das Verteidigungsministerium wohl auch aus diesem Grund auf eine alarmistische Darstellung der Rüstung des Warschauer Pakts zurückgegriffen. Auf qualitative Aspekte eines Rüstungsvergleichs wurde fast völlig verzichtet. Durch beliebig definierte Stationierungsräume kam das Weißbuch zu einem Verhältnis von 27 NATO-Divisionen : 88 Warschauer-Pakt-Divisionen. So waren auf östlicher Seite zwar die zusätzlichen 30 Divisionen der westlichen Militär-

1) Vgl. SD-SIPO 7/1973

2) Ebda.

3) Ebda.

bezirke mitgezählt, auf westlicher Seite aber die 15 französischen Divisionen nicht berücksichtigt worden.¹⁾

Bei den Kampfpanzern wurden auf der NATO-Seite 6 100, auf der Seite des Warschauer Pakts 27 000 gezählt, jedoch nicht erwähnt, daß es sich bei letzteren zu 2/3 um völlig veraltetes Material (T 54/55) handelte. Die Panzerabwehrsysteme der NATO wurden in diesem Zusammenhang zudem nicht genannt. Ferner war ausführlich die Entwicklung der Mannschaftsstärken und der Kampfkraft sowjetischer Divisionen dokumentiert, gleiches jedoch für die NATO unterlassen worden.²⁾

Auf eine Große Anfrage der CDU/CSU hin hatte Leber im September 1975 allerdings differenziertere Kräfteeinschätzungen angeboten, so mit dem Hinweis, "die westliche Seite" habe "ihre Panzerabwehr und Luftabwehr wesentlich verbessert", aber auch wiederum eine "deutliche Überlegenheit des Warschauer Paktes" herausgestellt.³⁾ Moderatere Töne fanden sich bei Leber auch in seinem Vortrag vor der sicherheitspolitischen Fachkonferenz im Mai 1976 in München, als er feststellen mußte, daß überzogene Bedrohungsanalysen wohl die Wähler eher aus Furcht zur CDU/CSU treiben würden. So hatte Leber erklärt: "Wer immerfort seine Beschwörungsformeln über die Gefahren des Ungleichgewichts der militärischen Kräfte herleierte, der produziert Unsicherheit und Unterlegenheitsgefühl.(...) Jeder weiß, daß wir modernste Technologien haben (...). Es gibt überhaupt keinen Grund, die militärische Stärke des Ostens zu überschätzen und die Kraft der NATO herabzusetzen und unsere eigene Kraft kleiner zu reden, als sie ist. (...) Da wird ein Bild von der Bedrohung durch den Osten gemalt, das blutrot ist - so rot, daß den

1) Vgl. WB 1975/76 : S. 35

2) Vgl. ebda. : S. 36; zur Problematik der Kampfkraftbeurteilung vgl. z.B. Bülow 1979 u. 1985, Cockburn 1983, Lutz 1979, Stützle 1983.

3) Zit. n. SD-SIPO 9-10/1975

ängstlichen Gemütern schwarz vor den Augen wird."¹⁾

Diese Aussagen waren zwar an die Adresse der CDU/CSU gerichtet, trafen jedoch gleichermaßen für Teile der sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker und Leber selbst zu.

Dieser Wandel in der Bedrohungseinschätzung mag neben den wahltaktischen Gesichtspunkten auch auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß zu diesem Zeitpunkt alle wichtigen Waffenbeschaffungsprogramme bereits unumkehrbar auf den Weg gebracht worden waren. Wirkungen könnten auch von einem viel beachteten Artikel General Baudissins Anfang April 1976 im VORWÄRTS ausgegangen sein.²⁾ Baudissin hatte sich darin mit der Close-Studie³⁾ auseinandergesetzt, die behauptete, die in der DDR stationierten Verbände des Warschauer Pakts seien in der Lage, in 48 Stunden aus dem Stand bis zum Rhein vorzustoßen, und sie als "Sandkastenspiel" charakterisiert, das militärisch so nicht möglich und politisch irrational sei. Ferner hatte er der UdSSR attestiert, ihre Militärstrategie sei "an sich unbezweifelbar defensiv" und bemängelt, "daß unversehens in manchen sicherheitspolitischen Überlegungen die qualitativen Verbesserungen des NATO-Potentials, zum Beispiel auf dem Gebiet der Panzerabwehr und der Elektronik, kaum berücksichtigt werden und die Effizienz der eigenen Verbände erstaunlich heruntergespielt wird."⁴⁾ Allein der quantitative Aufwuchs der NATO-Rüstung war in den Jahren 1973 bis 1977 beachtlich. Er war in formulierungsgleicher Regelmäßigkeit durch NATO-Kommuniqués mit der angeblich besorgniserregenden Rüstung der WVO legitimiert worden.⁵⁾

1) Leber in: Sicherheit im Bündnis 1976 : S. 86f.

2) Nachgedruckt in SD-SIPO 3-4/1976

3) Vgl. Close 1977

4) Zit. n. SD-SIPO 3-4/1976

5) Nach Afheldt 1984 : S. 103 sind "die weit überlegenen Rüstungsaufwendungen des Warschauer Paktes (...) ein Schreckgespenst. (...) die Gesamtaufwendungen des Warschauer Pakts lagen immer unter denen der NATO."

Die konkreten Aufrüstungsmaßnahmen wurden jeweils für einen Zeitraum von fünf Jahren im voraus geplant und für Europa im Dezember jeden Jahres als "Euro-Package" beschlossen. Die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion hatte allein für den europäischen Bereich der NATO von 1973 bis 1977 die Beschaffung von folgenden Großwaffensystemen erfaßt und aufgelistet:

	Kampf- panzer	schwere Geschütze/ Selbstfahr- lafetten	Panzer- abwehr- raketen- systeme	Späh-, Schützen-, Transport- panzer	Zerstörer/ Fregatten/ Geleit- schiffe
1973	387		205	1 610	3
1974	474		199	1 079	5
1975	563		1 134	1 157	10
1976	333	453	1 525	1 273	5
1977	288		439	1 371	6
Summe:	2 045	453	3 602	6 490	29

	U-Boote nuklear	U-Boote konven- tionell	Marine- hub- schrauber	Schnell- boote
1973	2	9	28	
1974	1	14	33	10
1975		2	17	10
1976		4	14	13
1977		3	8	11
Summe:	3	32	100	44

	Kampf- flugzeuge/ Seeauf- klärer	Trans- port- flug- zeuge	Hub- schrauber	Flug- abwehr- geschütze	Flug- abwehr- raketen	
1973	115	18	125	930	1 936	
1974	195		140	852	820	
1975	238		123	530	836	
1976	156	39	71	437	172	
1977	63	20	40	334	360	
Summe:	767	77	499	3 083	4 124	1)

Da diese Zahlen lediglich die NATO-Aufrüstung (beschränkt auf die Großwaffensysteme) für Europa dokumentieren, die gesonderte Aufrüstung der USA aber nicht berücksichtigen,²⁾ müssen die Rüstungsleistungen der NATO in diesem Zeitraum wenigstens als bedeutend charakterisiert werden.

Gleichzeitig hatte sich das militärische Engagement der USA in Europa 1973 um 18 000, 1975 um 11 000 Mann erhöht.³⁾ Im Juli 1977 schließlich wurde angekündigt, daß zwei weitere Brigaden der USA in die Bundesrepublik verlegt werden sollten,⁴⁾ im Januar 1978 wurde eine umfassende Aufstockung der mittleren und schweren Artillerie eingeleitet.⁵⁾

Ein Ende dieses Aufrüstungsprozesses war auch mittelfristig nicht erkennbar. So hatte der Verteidigungsplanungsausschuß der NATO am 6./7.12.77 in Brüssel erneut seine Besorgnis "über das unverminderte Tempo der Rüstungsanstrengungen des

1) Berechnet nach SD-SIPO 6/1976 u. 10/1977

2) Auch die Frankreichs nicht, das zwar nicht Mitglied der Militärorganisation, aber des Bündnisses ist.

3) Vgl. SD-SIPO 2/1974 u. 1-2/1976

4) Vgl. WB 1979 : S. 42; auch DIE WELT v. 19.7.77

5) Vgl. FAZ v. 14.1.78

Warschauer Pakts" ausgedrückt, sich darin "einig" erklärt, "daß wirksame Schritte zur Aufstellung neuer Streitkräfteziele für die NATO für den Zeitraum bis 1984 und zur weiteren Arbeit am langfristigen Verteidigungsprogramm erforderlich sind", und den "Streitkräfteplan für den Zeitraum bis 1982" beschlossen.¹⁾

Angesichts dieses circulus vitiosus von Bedrohungsbeschwürungen und Aufrüstungsmaßnahmen mehrten sich Stimmen in der SPD, die konkrete Schritte hin zu einer Abrüstungspolitik forderten. SPD-MdB Paul Neumann hatte im September 1977 bei einer sicherheitspolitischen Diskussion im Bundestag bezüglich der Zahlenverwirrspiele Klarheit gefordert, um wenigstens zu einer Verminderung des Aufrüstungstempos zu kommen: "Wir wollen von der Regierung einen echten Kräftevergleich dargestellt bekommen, damit die Schwarz-Weiß-Malerei endlich ein Ende hat (...). Der Kräftevergleich allein genügt uns aber nicht. (...) Wir wollen keine Offensivpolitik gegenüber der DDR und dem Osten, sondern eine Verständigung über Maßnahmen, die zur Verringerung der Lasten führen, die heute alle Völker (...) zu tragen haben. Und die weitersteigen werden, wenn es uns nicht gelingt, die Rüstungsspirale zu verlangsamen - vom Stoppen will ich noch gar nicht reden."²⁾

Von letzterem sprach Wehner auf der sicherheitspolitischen Informationstagung der SPD-Bundestagsfraktion am 22.10.77 in Leverkusen und beschwor seine Fraktion: "Es muß gelingen, den Rüstungswettlauf zu stoppen."³⁾ Wie dies geschehen sollte, blieb jedoch offen. Der Leitantrag des Parteivorstands auf dem Bundesparteitag 1977 in Hamburg hatte zwar formulierungsgleich Wehners Forderung übernommen, führte aber im

1) Zit. n. SD-SIPO 10/1977

2) Zit. n. SD-SIPO 7-8/1977

3) Sicherheitspolitische Tagung 1977 : S. 13

weiteren nur aus, daß "alle Anstrengungen gemacht werden" müßten, "um zu Rüstungskontrollvereinbarungen zu kommen."¹⁾ Auch der folgende Satz blieb rein normativ: "Die Politik der Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung muß so angelegt werden, daß es gelingen kann, den sich selbst nährenden Rüstungswettlauf zu unterbrechen oder zunächst wenigstens zu verlangsamen".²⁾

Solange die SPD den Rüstungswettlauf als "sich selbst nährend" betrachtete und ihre eigene Aufrüstungspolitik nicht als treibendes Agens dafür - national und im Rahmen der NATO - begreifen konnte noch wollte, oder ausschließlich dem Warschauer Pakt die Verantwortung für diesen Prozeß zuwies, war allerdings auch künftig nicht zu erwarten, daß sie hinreichend konkrete politikfähige Abrüstungsvorschläge entwickeln würde.³⁾

1) PT 1977 : S. 716f.

2) Ebda.; der Kreisverband Freiburg setzte dabei Hoffnungen auf "den alten sozialdemokratischen Vorschlag, in der Bundesrepublik ein Abrüstungsamt zu errichten, mit dem Ziel, eine ausgewogene und gleichgewichtige Abrüstung von Ost und West zu erreichen", und bat Parteivorstand und Fraktion, die "Realisierbarkeit in der laufenden Legislaturperiode zu überprüfen und ihre Ergebnisse binnen eines Jahres den Parteigremien vorzulegen"; ebda. : S. 725; dagegen legte allerdings der nachfolgende Verteidigungsminister Apel 1978 ein Veto ein; vgl. zur Problematik eines Abrüstungsamtes auch Brauch 1981.

3) Von den exponierteren sozialdemokratischen Sicherheitspolitikern hatte lediglich Pawelczyk 1973 eine gewisse Mitverantwortung der eigenen Rüstungsindustrie für den Rüstungswettlauf angedeutet: "Sind Bedarf oder Angebot die Auslöser für Beschaffungsprogramme? Wir müssen prüfen, ob das Wetttrüsten nicht auch durch den Ideenreichtum derjenigen angetrieben wird, die in der Rüstungsindustrie in West und Ost tätig sind" und betont: "Die Integration von Streitkräften in ein Bündnis erschwert die Kontrolle"; zit. n. SD-SIPO 9/1973.

3.3.3.4. "Perversion des Denkens" - die Diskussion um die Neutronenwaffe

Auch die taktisch-nuklearen Gefechtsfeldwaffen waren in den 70er Jahren in das umfassende Modernisierungsprogramm der NATO einbezogen worden. So wurden z.B. ab 1973 das schwere Raketenwerfersystem LANCE als Ersatz für die HONEST JOHN und SERGEANT eingeführt¹⁾ und die Artillerie durch die Entwicklung der atomgranatentauglichen Feldhaubitze FH-70 (ein britisch-italienisch-deutsches Gemeinschaftsprojekt) wesentlich kampfwertgesteigert.²⁾

Solche Maßnahmen - wie auch die fortdauernde Lagerung von 7 000 taktischen Atomsprengköpfen in Mitteleuropa, vor allem auf westdeutschem Boden - waren bis 1977 jedoch keine Themen, die zu Diskussionen auf SPD-Bundesparteitagen führten. Dies sollte sich schlagartig ändern.

Auslöser war ein Artikel von Walter Pincus am 6.7.77 in der WASHINGTON POST über die Wirkungsweise und Einsatzmöglichkeiten einer noch zu produzierenden Waffe, die in der weiteren öffentlichen Diskussion als 'Neutronenbombe' bezeichnet wurde.³⁾

1) Vgl. Steinhoff 1978 : S. 149f.; auch SZ v. 6.6.73

2) Vgl. Jahresbericht der Wehrtechnik 1971, BMVg, IPS Mitteilungen a.d. Presse v. 17.3.72 : S. 48

3) In der Fachterminologie als Neutronenwaffe, bzw. als "Enhanced Radiation/Reduced Blast Weapon" (ERW); ein Atomsprengkopf, der eine Miniaturisierung einer Wasserstoffbombe darstellt, bei der in erster Linie die Vernichtungsenergie (bis 80%) in Form von schnellen Elektronen freigesetzt wird. Die gleichzeitige Verminderung von Druck, thermischer und radioaktiver Strahlung würde somit bei der Anwendung die Kollateralschäden im Gegensatz zu herkömmlichen Sprengköpfen stärker begrenzen und auf dem Gefechtsfeld eine raschere 'Wiederbenutzung' des betroffenen Territoriums durch die Einsatztruppe ermöglichen. Verglichen mit den bisherigen Fissionssprengköpfen ist die Tötungsrate um den Faktor 10 höher, während die Vernichtungsrate unbelebter Materie um ca. das Fünffache niedriger anzusetzen ist; vgl. WT 10/1977, IWR 9/1981 u. 11/1981.

Der WELT vom 13.7.1977 war dazu folgende Charakterisierung eingefallen: "Die Waffe, die nur Leben zerstört." Am 14.7. hatte in der gleichen Zeitung deren Chefredakteur geschrieben: "Die Schönheit Dresdens wäre erhalten geblieben, seine Einwohner samt den Flüchtlingsmassen hingegen hätten den Tod gefunden" - hätte es die Neutronenwaffe schon im Zweiten Weltkrieg gegeben. Egon Bahr hatte diese Presseveröffentlichungen zum direkten Anlaß eines Artikels im VORWÄRTS genommen, um seinen moralischen Protest zu formulieren: "Auf eine kurze Formel gebracht, ist dies eine Waffe, die keinen oder nur geringen Sachschaden anrichtet, aber die Menschen 'sauber' tötet. Dies soll der letzte Fortschritt sein? Ist die Menschheit dabei verrückt zu werden? (...) Im Ernstfall ist nicht der Mann, sondern die Maschine erhaltenswert. Die Neutronenbombe ist ein Symbol der Perversion des Denkens."¹⁾

In den Medien war der Anschein erweckt worden, die Bundesregierung sei von der amerikanischen Absicht, die Produktion solcher Waffen aufzunehmen, völlig überrascht worden. Daß dem nicht so war, hatte Leber bald klar gemacht und eingeräumt, daß Bonn über die Entwicklung der Neutronenwaffe in den letzten Jahren "laufend informiert" worden sei.²⁾

Dies ließ sich anhand von verklausulierten Formulierungen in den Communiqués der Nuklearen Planungsgruppe bestätigen. So hatten bereits am 15.6.1976 die Verteidigungsminister der acht Mitgliedsstaaten, darunter auch Leber, folgendes der Öffentlichkeit mitgeteilt:

"Insbesondere waren sich die Minister einig, die Wirksamkeit der NATO-Nuklearstreitkräfte in Europa einschließlich ihrer Überlebensfähigkeit zu verbessern. (...) Vor diesem Hintergrund wurde das Thema einer Verbesserung der nuklearen NATO-Streitkräfte in Europa in einem von den Vereinigten Staaten vorgelegten Dokument und in den dazu gehörenden nationalen

1) VORWÄRTS v. 21.7.77

2) Vgl. NZZ v. 26.7.77

Stellungnahmen und Bewertungen der NATO-Militärbehörden beleuchtet. Die Minister nahmen dafür bereits im Gange befindliche Programme mit Interesse zur Kenntnis und begrüßten insbesondere vom Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten erläuterte Entwicklungsprogramme auf verschiedenen Gebieten, wie u.a. Verbesserungen des Potentials der nuklearen Artillerie."¹⁾

Diese geplanten "Verbesserungen des Potentials der nuklearen Artillerie" durch Neutronensprengköpfe fanden auch bei der F.D.P. eine "tendenziell positive Bewertung".²⁾ Ihr sicherheitspolitischer Sprecher Möllemann war der Meinung, "daß bei Vorhandensein der Neutronenwaffe ein Einsatz der herkömmlichen Atomwaffen insgesamt und auch der Neutronenwaffe durch deren pure Existenz unwahrscheinlicher" würde. Auch im Kriegsfall sah er durchaus den Einsatz von Neutronenwaffen als nützlich an, "gezielt auf die Angriffsspitzen eines Aggressors (...) bei gleichzeitiger weitgehender Schonung der Zivilbevölkerung".³⁾

Die CDU/CSU hatte durch ihren sicherheitspolitischen Sprecher Wörner deutlich gemacht, daß sie vorbehaltlos die Einführung solcher Sprengköpfe unterstützen würde, "weil diese Waffe die Begleitschäden für die Zivilbevölkerung mindert, (...) ihr Einsatz glaubwürdiger, das Risiko für den Warschauer Pakt höher und damit die Abschreckung und die Kriegsverhinderung wirksamer" seien.⁴⁾ Wörner benutzte seine Stellungnahme vor dem Bundestag dazu zu versichern, man teile in dieser Frage "die Auffassung der Bundesregierung", um gleichzeitig Bahr scharf wegen seiner Äußerungen anzugreifen. Als "geradezu katastrophal" sah es Wörner an, "wenn auf dem Gebiet der äußeren Sicherheit nicht mehr der Bundesverteidigungsminister, der Bundeskanzler und die Regierung, sondern Herr Bahr und andere (...) das Sagen in der Bundesrepublik Deutschland hätten." Mehr oder

1) Zit. n. SD-SIPO 6/1976

2) Zit. n. BT VIII : S. 3003

3) Ebda.

4) Ebda. : S. 2992

weniger offen unterstellte er zudem Bahr, dieser vertrete die Interessen Moskaus: "Die weltweite Kampagne, (...) mit der Moskau die Öffentlichkeit gegen die Neutronenwaffe zu mobilisieren versucht, spricht doch Bände. Es soll sich doch niemand täuschen: Diese Kampagne zielt auf die psychologische Entwaffnung unserer Bevölkerung, auf die Verteidigungsbereitschaft schlechthin."¹⁾

Für Verteidigungsminister Leber war die Neutronenwaffe kein qualitativ neues Waffensystem, sondern lediglich "eine typische Nuklearwaffe, mit allem, was für Nuklearwaffen typisch ist (...). Verwirrung gestiftet" habe somit nur "der neue Name aus Amerika."²⁾ Es müsse lediglich geprüft werden, ob die Neutronenwaffe "ein zusätzliches Mittel der Abschreckungsstrategie, also als Mittel zur Verhinderung des Krieges für das Bündnis von Wert" sei. Wohl an die Adresse Bahrs gerichtet war die Unterstellung, die initiierte Diskussion sei Effekthascherei zur Füllung des 'Sommerlochs' gewesen: "Ich frage mich persönlich, was wohl geschehen wäre, wenn einer technischen Fortentwicklung in den USA nicht ein besonderer Name gegeben worden wäre, was zu der Vermutung führt, es handle sich um etwas völlig Neues, und das ganze nicht in der Stoffarmut des Sommers öffentlich aufgebracht worden wäre."³⁾ Helmut Schmidt hatte in einer Rede am 28.10.1977 vor dem IISS in London ebenfalls - formulierungsgleich - gefordert, den Abschreckungswert der Neutronenwaffe zu überprüfen. Er hatte aber hinzugefügt: "Wir sollten uns aber nicht auf diese Prüfung beschränken, sondern auch untersuchen, welche Bedeutung und welches Gewicht dieser Waffe in unserem Bemühen um Rüstungskontrolle zukommt."⁴⁾

1) Zit. n. BT VIII : S. 2993

2) Leber in der gleichen Bundestagsdebatte v. 8.9.77, hier zit. n. SD-SIPO 7-8/1977.

3) Ebda.

4) Zit. n. Bulletin v. 8.11.77

Der Parteivorstand mochte angesichts der durch Bahr aufgewühlten Emotionen auf dem Hamburger Bundesparteitag 1977 in seinem Leitantrag nicht die Überprüfung des Abschreckungswerts der Neutronenwaffe fordern. Der von Schmidt angesprochene zweite Aspekt - die Einbringung der neuen Waffen vor ihrer Einführung in den Rüstungskontrollprozeß - wurde jedoch deutlicher formuliert, als dies Leber und Schmidt bisher getan hatten: "Vor der Entscheidung über die Einführung qualitativer neuer Waffensysteme ist darauf zu achten, daß deren Auswirkungen die Rüstungskontrollverhandlungen nicht behindern. Vielmehr müssen auch in diesem Bereich alle Anstrengungen gemacht werden, um zu Rüstungskontrollvereinbarungen zu kommen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Neutronenwaffe."¹⁾

Dieser Aussage vorangestellt war der bemerkenswerte Satz: "Die Fortentwicklung der Nuklearwaffen durch die Atommächte gibt Anlaß zu ernster Sorge."²⁾ Zumindest den detaillierter mit Sicherheitspolitik Befaßten mußte durch diese Formulierung klar werden, daß damit auch erstmals Kritik an der NATO-Führungsmacht USA geübt wurde und wohl auch an Verteidigungsminister Leber, der angesichts der Neutronenwaffe keineswegs "Anlaß zu ernster Sorge" zu erkennen gab und als Mitglied der Nuklearen Planungsgruppe der NATO einträchtig mit seinen Ministerkollegen die US-Entwicklungsprogramme auf dem Gebiet der atomaren Gefechtsfeldwaffen ausdrücklich begrüßt hatte.³⁾ Noch in einem weiteren Punkt schienen im Antragstext Divergenzen zu Leber auf. In der Parteitagsdiskussion hatte Karsten Voigt, bezugnehmend auf einen Artikel in der NEW YORK TIMES, die Ansicht vertreten, "daß bereits frühere amerikanische Präsidenten die Entscheidung über den Einsatz sogar größerer atomarer Waffen auf Generäle delegiert haben, z.B. auch auf Generäle in Europa."⁴⁾

1) PT 1977 : S. 717

2) Ebda.

3) Vgl. S. 364, Anmerkung 1)

4) PT 1977 : S. 259

Da dies nach Voigt "aller Wahrscheinlichkeit nach um so mehr für diese nukleartaktischen Waffen gelten" könnte, drückte er die Befürchtung aus, daß damit "besonders bei einer Krisenzuspitzung die Gefahr" bestehen könne, "daß sie zu einem sehr früheren (sic!) Zeitpunkt und faktisch ohne eine politische Kontrolle eingesetzt werden oder eingesetzt werden können."¹⁾

Verteidigungsminister Leber hatte darauf lapidar entgegnet: "Diese Bemerkung ist schlicht falsch, Genosse Voigt."²⁾

Dennoch fanden sich im Antragstext des Parteivorstandes solche Befürchtungen wieder und dokumentierten damit, daß selbst der SPD-Parteivorstand nicht ausschließen mochte, daß die NEW-YORK-TIMES-Meldung den Tatsachen entsprach: "Die Bundesregierung sollte im Rahmen der Bündniskonsultationen ihren Einfluß geltend machen, um zu verhindern, daß technische Weiterentwicklungen bei den Atomwaffen zu einer Senkung der nuklearen Schwelle führen. Atomwaffen dürfen kein Ersatz für mangelhafte konventionelle Verteidigung sein. Auch die Entscheidung über den Einsatz taktischer Atomwaffen muß in der Hand der Politiker bleiben. Sie darf nicht an Soldaten delegiert werden."³⁾

Diese Aussagen erschienen dem linken Flügel der Parteitage delegierten jedoch nicht weitgehend genug. So hatten u.a. Karsten Voigt, Henning Scherf, Karl-Heinz Hansen und Norbert Gansel einen Initiativantrag eingebracht, der die Bundesregierung dazu auffordern sollte, "zu gewährleisten, daß" die Neutronenwaffe "auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht gelagert wird."⁴⁾

1) PT 1977 : S. 259

2) Ebda. : S. 277. Der - wenig später von Leber zum Rüstungsstaatssekretär gemachte - damalige NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte, General Karl Schnell, hatte allerdings im November 1976 die "Beschleunigung und Vereinfachung des nuklearen Freigabeverfahrens" für taktische Gefechtsfeldwaffen gefordert; vgl. FR v. 13.11.76; auch DER SPIEGEL 47/1976.

3) PT 1977 : S. 717

4) Ebda. : S. 265

Voigt hatte neben politischen und moralischen auch militärstrategische Kritikelemente zur Antragsbegründung eingebracht, so die Bedenken, die Neutronenwaffe könnte im Ernstfall eine Abkoppelung von den USA bewirken und einen auf Zentraleuropa begrenzten Konflikt ermöglichen.¹⁾ Dafür wurde Voigt von den sozialdemokratischen Sicherheitspolitikern scharf kritisiert. MdB Horn hielt dies sogar "für eine ausgesprochen gefährliche Argumentationsform (...), ganz vorrangig vor dem Hintergrund eines möglichen Kriegsbildes" zu diskutieren, denn dies widerspreche "unserer politischen Grundauffassung. (...) Wenn es sich nämlich um den Bereich von atomaren Waffen handelt", fuhr Horn fort, gehe "es nicht darum, Kriegsbilder nachzuvollziehen, die sich dabei ergeben könnten, sondern dann geht es in allen Bereichen darum, Kriege durch Abschreckung überhaupt zu verhindern. Das ist der Rahmen, innerhalb dessen wir argumentieren."²⁾

Auch Leber hatte festgestellt: "Alle militärische Vorsorge, die wir treffen, und alle Waffen, die wir haben, haben nicht den Sinn, irgendwann doch einmal Krieg damit zu führen. Vielmehr ist auszuloten, was nötig ist, um Krieg zu verhindern und nicht mit irgendwelchen Waffen Krieg zu führen."³⁾

In dieser Argumentation widerspiegelte sich erneut der Verdrängungsmechanismus führender sozialdemokratischer Politiker gegenüber der flexible response, die auch hier wieder allein auf ihre eine Abschreckungsseite zurechtgestutzt wurde, wodurch Atomwaffen nur als "politische" Waffen galten.⁴⁾ Stellt man in Rechnung, daß auch Leber an zahlreichen Tagungen der Nuklearen Planungsgruppe teilgenommen hatte, die sich mit der realen Einsatzplanung taktischer Nuklearwaffen befaßt hatten, und er als Verteidigungsminister bei einem Versagen der Abschreckung seinen Soldaten wohl auch nicht empfehlen wollte, nach Hause zu gehen, sondern Vorneverteidigung - auch mit

1) Vgl. PT 1977 : S. 259

2) Ebda. : S. 270

3) Ebda. : S. 276

4) Vgl. S. 134f.

taktischen Atomwaffen - zu praktizieren, so bewies dies die Intensität dieser Verdrängungsmechanismen.¹⁾

Auch moralische Bedenken und emotionale Betroffenheit ließ Leber in dieser Diskussion nicht gelten. Kriegsverhinderung konnte seiner Meinung nach wesentlich nur durch "die Wahrung der Balance" erreicht werden, und weil dies so sei, müsse man "diese Dinge frei von Emotionen und Gefühlen betrachten."²⁾ Leber wollte gleichwohl vorerst nicht für eine Produktion der Neutronenwaffe plädieren, allerdings nicht aus Bedenken gegen dieses Waffensystem, sondern weil er der Meinung war, dies sei "nicht unsere Entscheidung, sondern Sache der Vereinigten Staaten von Amerika und ihres Präsidenten, eine souveräne amerikanische Entscheidung."³⁾ Er mochte jedoch auch "jetzt nicht für die Einführung dieser Waffe in Europa" votieren, sondern "lediglich" dafür, "daß wir jetzt nicht nein dazu sagen."⁴⁾

An dieser Stelle traf sich Leber in seiner Argumentation mit der sozialdemokratischen Führung, die ebenfalls die Forderungen des Initiativantrags ablehnte, um nicht gegen das 'bargaining-chips'-Prinzip bei Rüstungskontrollverhandlungen zu verstoßen. Ein Verzicht auf die Lagerung der Neutronenwaffe hätte in dieser Logik vorweggenommene einseitige Abrüstung

1) An anderer Stelle hatte jedoch auch Leber dies öfter deutlich gemacht, daß er die Kriegsführungsseite der flexible response als deren zweites wesentliches Element anerkannte. So hatte er z.B. im "NATO-Brief" März/April 1976 unter der Überschrift "Grundsätze deutscher Verteidigungspolitik" erklärt: "Wer nicht die Absicht hat, uns anzugreifen, braucht sich keine Sorgen darüber zu machen, mit welchen Mitteln wir uns verteidigen werden. Daß dies notfalls auch mit nuklearen Waffen geschieht, darüber hat das Bündnis nie Zweifel aufkommen lassen. Wir werden auch künftig deutlich machen, daß Abschreckung keine bloße Fassade ist, sondern, daß der mögliche Einsatz nuklearer Waffen zu unserer Verteidigung ein vom gesamten Bündnis akzeptierter Grundsatz unserer Strategie ist."

2) PT 1977 : S. 277

3) Ebda.

4) Ebda.

bedeutet. Leber kommentierte dies wie folgt: "Damit erreicht man überhaupt nichts, sondern riskiert man am Ende Unsicherheit."¹⁾

Auch Politiker wie Wischniewski, der sich gegen die Entwicklung der Neutronenwaffe aussprach, argumentierten damit, "nicht im vorhinein Entscheidungen (zu) präjudizieren (...). Wir wollen nicht nur, daß hier nicht weiter entwickelt, sondern wir wollen auch, daß dort (in der UdSSR, d. Verf.) nicht weiter entwickelt wird. Das bedeutet, daß man sich vor den Verhandlungen nicht nackt ausziehen darf, sonst hat man eine schwächere Position."²⁾

Am Ende der Diskussion mochte sich nur ein einziges Parteivorstandsmitglied für den Initiativantrag aussprechen, nämlich Peter von Oertzen, den "Argument auf Argument derjenigen, die gegen den Initiativantrag (...) gesprochen haben, schrittweise in der Überzeugung bestärkt (hatte), daß genau dieser Initiativantrag angenommen werden muß."³⁾

Gegen den Initiativantrag hatte sich auch der Parteivorsitzende Willy Brandt mit einem gewichtigen Redebeitrag gewandt,⁴⁾ womit bereits eine Vorentscheidung getroffen war. Ausschlaggebend dürfte allerdings das Votum Bahrs, des profiliertesten Kritikers der Neutronenwaffe, für den Parteivorstandsantrag gewesen sein. Bahr betonte zwar, er sei "in vielen Punkten (...) hinsichtlich dieser Waffe" mit Schmidt und Leber "nicht einig", aber der Rüstungskontrollansatz sei der Punkt, in dem er mit ihnen überein-

1) PT 1977 : S. 276

2) Ebda. : S. 272

3) Ebda. : S. 286

4) Vgl. ebda. : S. 282ff.

stimme.¹⁾

Der Initiativantrag wurde schließlich abgelehnt, der Leitantrag des Parteivorstands bei wenigen Enthaltungen und einer Gegenstimme angenommen.²⁾

Bahrs emotional gefärbte Kritik an der Neutronenwaffe hatte somit zum erstenmal seit Jahren wieder zu einer breit angelegten sicherheitspolitischen Diskussion auf einem SPD-Bundesparteitag geführt. Seitdem nahm die Auseinandersetzung über sicherheitspolitische Themen nicht nur auf dieser Ebene einen bedeutenderen Stellenwert im willensbildenden Diskussionsprozeß in der SPD ein. Dieser verlagerte sich künftig auch in stärkerem Maße als bisher auf untere Parteigliederungen und markierte damit einen Wendepunkt. Der rein quantitativen Ausweitung der Diskussion folgte auch eine qualitative Verbesserung, die zu einem teilweisen Einbruch der Parteibasis in Domänen der sicherheitspolitischen Experten führte. Zudem warf ein Ereignis seinen Schatten voraus, das diesen Prozeß katalysatorhaft verstärken sollte. So hatte die NPG der NATO auf ihrer 22. Sitzung in Bari eine wiederum "besorgniserregende Entwicklung" entdeckt: die "anhaltenden sowjetischen Dislozierungen (...) von beweglichen ballistischen Mittelstreckenraketen (...), die sämtlich mit Mehrfachgefechtssköpfen bestückt sind".³⁾ Als Reaktion auf diese Waffen - später als SS-20 der Öffentlichkeit hinreichend bekannt gemacht - hatte der Streitkräfteausschuß des amerikanischen Senats und des Repräsentantenhauses bereits im Juni 1977 die Stationierung von Cruise Missiles zum Einsatz an der NATO-Zentralfront in der Bundesrepublik befürwortet.⁴⁾

1) Ebda. : S. 267; zum Gegenstand von Rüstungskontrollverhandlungen wurde die ERW bisher nicht. Noch 1978 begann Carter die Produktion von Komponenten für die ERW. Am 6.8.81 entschied Reagan, die Produktion von 1 180 ERW-Gefechtsköpfen für 380 neue LANCE-Raketen aufzunehmen und in den USA zu lagern; vgl. IWR 12/1981.

2) Ebda. : S. 289

3) Zit. n. SD-SIPO 9/1977

4) Vgl. FAZ v. 23.6.77

4. Zusammenfassende Schlußbetrachtungen

4.1. Zur Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik

Die sozialdemokratische Führung, vor allem Bahr und Brandt, nutzten die historische Chance, die sich aus der atomar-strategischen Patt-Situation zwischen den beiden Supermächten ergab, für die Konzeptualisierung und Einleitung einer auch von der Bundesrepublik ausgehenden Entspannungs-politik, welche die tradierte Abschreckungspolitik gegen-über den Warschauer-Paktstaaten ergänzen sollte. Die weitge-steckten Ziele der Konzeption konnten jedoch nicht durchge-halten werden. Ab 1973 erfolgte in der pragmatisch orientierten Praxis die Abtrennung der strukturprojektiven Ziele von der Konzeption, wie die der Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung und deren mögliche Folge, die deutsche Wie-dervereinigung.

Eindeutige Erfolge konnte die sozialliberale Koalition in der ersten Phase der Entspannungspolitik, der vertraglich fixierten Gewaltverzichtspolitik, erzielen. Darauf aufbauend konnten vielfältige Kooperationsbeziehungen entwickelt und ein Netz von Abhängigkeiten geschaffen werden, das sicherheits-politisch stabilisierend wirken konnte.

Zur Absicherung seiner Politik erreichte Brandt als Außen-minister maßgeblich die konsensuale Festschreibung der Ent-spannungspolitik als Bestandteil der NATO-Sicherheitspolitik in Grundsatzdokumenten des Bündnisses. Die sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik konnte sich dabei auf die grund-sätzliche Übereinstimmung mit der NATO-Führungsmacht, den USA, stützen. Vor diesem Hintergrund konnte die in ideologisierten Rechtsansprüchen befangene innerstaatliche Opposition ihre Gegenpositionen zur Ostvertragspolitik kaum wirkungsvoll zum Tragen bringen. Bessere Chancen für die Unionsparteien ergaben sich erst 1977, als ihre konfrontativ angelegte Menschenrechts-kampagne durch die Carter-Administration Rückendeckung erhielt.

Anfang der 70er Jahre war der innenpolitische Rückhalt für die Entspannungspolitik - trotz Mißtrauensvotum und knappster parlamentarischer Mehrheiten - am größten, was sich dann auch im Rekordergebnis bei den Bundestagswahlen (44,9% der Zweitstimmen für die SPD) im November 1972 niederschlug. Zu diesem Zeitpunkt gab es auch keine innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Anerkennung der staatlichen Realität der DDR mehr, ebenso nicht um Fragen der durch die Ostverträge fixierten bedingten Respektierung des Status quo.

Die konzipierte instrumentale zweite Phase, die durch Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen ausgefüllt werden sollte, scheiterte trotz der vorhandenen Verhandlungsebenen. Dies zeigte sich vor allem im Verlauf des MBFR-Prozesses. Die 1973 im außenpolitischen Leitantrag des Parteivorstands verkündete Absicht, bis 1977 durch MBFR "allmählich das größte Zerstörungspotential, das Europa je gesehen hat, abzubauen",¹⁾ konnte nicht in die Praxis umgesetzt werden. Zum einen deshalb, weil den sozialdemokratischen Akteuren der innen- und bündnispolitische Konsens wichtiger war, als das nachdrückliche Insistieren auf negotiable NATO-Positionen, zum anderen, weil vor allem Verteidigungsminister Leber der Legitimation für eine weitere konventionelle Aufrüstung einen wichtigeren Stellenwert beimaß, als einem MBFR-Vertragsschluß, der diese Legitimation in der Zukunft zumindest erschwert hätte.

Gegen Ende des Untersuchungszeitraums mehren sich zwar die Stimmen in der SPD, die wenigstens einen 'symbolischen' Vertragsabschluß und die Einleitung einer tatsächlichen Abrüstungspolitik fordern, was jedoch angesichts der sich abzeichnenden Überlegenheitspolitik der NATO-Führungsmacht USA und den zunehmenden Rechtstendenzen im innenpolitischen Klima der Bundesrepublik weitgehend illusorisch erscheinen mußte.

1) PT 1973 : S. 1096

Diese Verschlechterungen der äußeren und inneren Rahmenbedingungen mußten sich auch negativ auf den KSZE-Prozeß auswirken, der somit seine ihm zugewiesene Aufgabe, Bindeglied zwischen der ersten und zweiten Phase der Entspannungspolitik zu sein, nicht erfüllen konnte. Den nachdrücklichen Bemühungen der SPD-Führungsspitze, die Menschenrechtsfrage nicht zum Blockadeinstrument der KSZE werden zu lassen, waren dadurch ebenfalls erfolglos.

Als generelles beschränkendes Moment für eine weitere Entfaltung der Entspannungspolitik über die erste Phase hinaus muß außerdem festgehalten werden, daß die sozialdemokratische Führung der militärischen Komponente der Sicherheitspolitik eindeutig Prioritäten einräumte, und damit die Stagnation und das Scheitern der Rüstungskontrollpolitik (bezogen auf MBFR) nicht nur das Ergebnis der geänderten innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen, sondern ebenso der sozialdemokratischen sicherheitspolitischen Konzeption selbst darstellte.

4.2. Zur Militärpolitik

4.2.1. Die Große Koalition

Zu Beginn der Großen Koalition endeten abrupt die scharfen Attacken, welche die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker bisher gegen die Verteidigungsminister der CDU/CSU vorgetragen hatten und wichen einer eher milden, sachbezogenen Kritik. Vor allem die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion bemühte sich weiter, das Verhältnis und die Kontakte der SPD zur Bundeswehr kontinuierlich zu verbessern. Auf entstandene Konflikte, wie die Grashey-Affäre oder auf den zu Tage tretenden Rechtsradikalismus in der Truppe reagierte die SPD-Führung moderat, so auch auf Kiesingers Verunglimpfung der Inneren Führung.

Die damals - auch in Kreisen der Parteiführung - verbreitete Ansicht, in den nächsten Jahren könnten die Rüstungsausgaben gesenkt werden, erhielt ihre Bestätigung in der Praxis durch die Kürzung des Einzelplans 14 für das Jahr 1968. Dies konnte allerdings nur deshalb geschehen, weil die Regierung der Großen Koalition der Gesamthaushaltssanierung eine höhere Priorität einräumte, als einer forcierten Aufrüstung. Die CSSR-Intervention durch den Warschauer Pakt bewirkte jedoch einen raschen Umschwung. So nahmen seitdem diejenigen Stimmen in der SPD deutlich ab, die eine weitere Einschränkung der Rüstung fordern und waren künftig nur noch im Bereich der linken Opposition zu vernehmen.

Die Fusionierung der Luft- und Raumfahrtindustrie, die vor allem auf Betreiben des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Schiller mit der Zielrichtung erfolgte, kontinuier-

lich verwertbare nationale Rüstungskapazitäten zu schaffen, signalisierte zudem, daß Abrüstung kein kurz- oder mittelfristiges Primärziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik werden würde.

Auf dem Gebiet der Waffenbeschaffungen argumentierten die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker differenziert und scheuten auch keine sachbezogenen Konflikte mit der Bürokratie des Bundesverteidigungsministeriums unter Schröder. Die zu beschaffenden einzelnen Waffensysteme wurden umfassend kritisch-sachverständig gewürdigt und auch innerhalb der sozialdemokratischen Expertengruppe zum Teil kontrovers diskutiert.

Eine Diskussion über die neue Militärstrategie der NATO wurde hingegen kaum geführt. Nur Helmut Schmidt bewies als einer der wenigen sozialdemokratischen Politiker - u.a. mit seinem Werk "Strategie des Gleichgewichts" -, daß er sich eingehend mit der 'flexible response' befaßt hatte. Die fatalen Auswirkungen für die Bundesrepublik im Verteidigungsfall wurden allerdings weitgehend verdrängt und die neue Strategie fast ausschließlich von ihrer Abschreckungsseite aus betrachtet. Die weitreichenden Forderungen nach nuklearer Mitwirkung und einem Vetorecht, welche solche möglichen Auswirkungen mildern sollten, wurden - unbemerkt von der Parteibasis, die sich für solche Probleme kaum interessierte - schließlich stillschweigend aufgegeben.

Eine militärpolitische Diskussion auf Bundesparteitag fand zu dieser Zeit so gut wie nicht statt; die Parteiführung sah dafür auch keine unmittelbare Notwendigkeit, da auf dem Karlsruher Parteitag 1964 bereits die langfristig gültigen militärpolitischen Richtlinien beschlossen und diskutiert worden waren. Auch von den Parteitagsdelegierten gingen hierfür keine Initiativen aus; der anwachsende Unmut über die Regierungsteilnahme der SPD unter den Bedingungen einer Großen Koalition erstreckte sich nicht auf den Bereich der Sicherheitspolitik.

4.2.2. Die Ära Schmidt

Die drei Jahre dauernde Amtszeit des sozialdemokratischen Verteidigungsministers Schmidt war durch eine Fülle von reformerischen Aktivitäten gekennzeichnet. Dies entsprang der Notwendigkeit der Anpassung bundesrepublikanischer Militärpolitik an die Erfordernisse der neuen Militärstrategie der NATO und den aus der zunehmenden Komplexität der Waffensysteme erwachsenden Problemen der Rüstungsbeschaffung bzw. der Ausbildungs- und Führungsvoraussetzungen für deren möglichen Einsatz. Neben den Zielen der Effektivitäts- und Attraktivitäts-, sowie der konventionellen Kampfwertsteigerung, stand dabei die Integration der Bundeswehr in die gesellschaftliche und staatliche Struktur der Bundesrepublik im Zentrum des Interesses der sozialdemokratischen Militärpolitik.

Die "zeitgemäße" Anpassung des Rüstungsbereichs an die auszuweitende Beschaffungspolitik sowie die enge Kooperation der Bürokratie des Verteidigungsministeriums mit der Rüstungswirtschaft war ein weiterer Schwerpunkt der Reformpolitik Schmidts, wie sich in der Amtseinsatzung des Thyssen-Managers Mommsen als Rüstungsstaatssekretär und der Neukonstituierung des Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises zeigte.

Die in den Weißbüchern 1970 und 1971/72 aufgeführten reformerischen Einzelvorhaben wurden zum Großteil zügig verwirklicht bzw. eingeleitet, begleitet von einer akribischen Buchführung über die Erfolgsbilanzen in den Pressediensten und -organen der Partei. Gemessen an den formulierten Zielvorgaben muß die Tätigkeit des sozialdemokratischen Verteidigungsministers zweifelsohne als erfolgreich eingeschätzt werden.

Die Mitwirkung in der NATO verlief weitgehend reibungsfrei, was in der Euro-Group wohl durch die bereitwillige Übernahme des größten Anteils der EDIP-Leistungen bedingt war. Nur auf der speziellen Ebene Bundesrepublik - USA zeigten sich anläßlich der Devisenausgleichsverhandlungen Gegensätze; die allerdings durch ein großzügiges Entgegenkommen der Bundesregierung überwunden wurden. Ein größeres Gewicht der Europäer und der Bundesrepublik in der NATO fand seinen Ausdruck zwar in besseren Konsultationsmöglichkeiten im Verteidigungsfall und der Mitwirkung bei der Entwicklung von Einsatzoptionen für nukleare Gefechtsfeldwaffen, vor allem aber in der Übernahme größerer Rüstungslasten bei gleichzeitiger engerer Integration der bundesrepublikanischen Streitkräfte in die amerikanisch dominierte Befehlsstruktur der NATO.

Bei den sozialdemokratischen sicherheitspolitischen Akteuren, der Mitglieder der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der Fraktion, des Verteidigungsausschusses und der wehrpolitischen Kommission beim Parteivorstand waren Einigkeit und Geschlossenheit während der gesamten Amtszeit Schmidts vorherrschend. Die Bundestagungen der wehrpolitischen Ausschüsse auf Landes- und Bezirksebene¹⁾ äußerten ebenfalls keine Kritik an der praktizierten Militärpolitik und waren ihrem Charakter nach nur Akklamationsveranstaltungen mit Öffentlichkeitswirkung.

Bezüglich der innerparteilichen Legitimation der sozialdemokratischen Militärpolitik des Verteidigungsministers lassen sich in der Ära Schmidt auch keine gravierenden Brüche feststellen. Vielmehr ist festzuhalten, daß alle Reformvorhaben in ihren Umrissen auf die militärpolitische Entschließung des Karlsruher Parteitags 1964 zurückgingen bzw. durch entsprechende Leitanträge des Parteivorstands mit großer Mehrheit sanktioniert wurden. Opposition ist nur in einzelnen Anträgen weniger Ortsvereine bzw. der Bezirke Hessen-Süd und Südbayern

1) Vgl. z.B. Wehrpolitische Bundestagung der SPD am 5./6.6. 1971 in Koblenz, in: SPD-PD v. 7.6.71

erkennbar - allerdings ohne Chance auf Mehrheiten. Widersprüche zwischen der praktizierten Regierungspolitik und der Beschlußlage der Partei ergaben sich nur in folgenden drei Teilbereichen:

1. Die Forderung des Dortmunder Parteitags 1966 nach einem atomaren Vetorecht wurde in der Nuklearen Planungsgruppe nicht vertreten, wohl deshalb, weil damit das Abschreckungssystem insgesamt unglaubwürdiger zu werden schien.¹⁾ Diese Problematik wurde allerdings auch von den Delegierten der Parteitage ab 1968 nicht weiter verfolgt.
2. Der Beschluß des Saarbrücker Parteitags 1970, die Haushaltsansätze für den Einzelplan 14 gemäß der mittelfristigen Finanzplanung nicht weiter zu erhöhen, wurde in der Praxis nicht unbedeutend korrigiert. Die Einhaltung dieses Beschlusses wäre nur durch einschneidende Kürzungen der Reformprogramme bzw. der EDIP-Leistungen und der Waffenbeschaffungsprogramme möglich gewesen, wozu sich der sozialdemokratische Verteidigungsminister nicht entschließen wollte.
3. In der Rüstungsexportpolitik, vor allem in der Frage des U-Boots-Exports nach Griechenland wurden die Parteitagsbeschlüsse von 1968 nicht eingehalten. Dies führte auf dem Saarbrücker Parteitag 1970 zu einer kontroversen Diskussion, in der wirtschaftspolitische und moralische Argumente aufeinander trafen.

Damit waren mit den Punkten 2 und 3 Konfliktfelder umrissen, die auch in der Folgezeit für die Parteitagsdiskussion zur Sicherheitspolitik von Bedeutung werden sollten.

1) Vgl. S. 147, Anmerkung 3)

4.2.3. Die Amtszeit Lebers

Die Dynamik der von Schmidt eingeleiteten Reformen war auch in den ersten Jahren der Amtszeit Lebers noch wirksam. Die Personalpolitik des Verteidigungsministers war allerdings nicht geeignet, diese Dynamik zu erhalten. Da restaurative Gegenbewegungen in ihrer Wirkung nicht beschränkt wurden, reduzierten sich die Reformvorhaben auf ihre technokratische Substanz. Der Verteidigungsminister trug jedoch auch durch eine aktive Politik zur Aushöhlung der Reformkonzepte bei, am eklatantesten im Falle der Wehrstrukturreform. Nach einer Verständigung mit CDU und CSU wurde die ursprüngliche Zielorientierung - Rationalisierung und Kostensenkung - in ihr Gegenteil verkehrt.

Großen Anteil nahm die Gesamtpartei nur an den Reformbestrebungen zum Kriegsdienstverweigerungsverfahren. Die relative Geschlossenheit der SPD in dieser Frage konnte jedoch nicht die Liquidierung dieses Projekts durch das Bundesverfassungsgericht verhindern.

In den Jahren 1973 bis 1975 bemühte sich die linke Opposition auf Bundesparteitagen samt ihrer bescheidenen Repräsentanz in der Bundestagsfraktion, die SPD-Regierung auf eine Einschränkung und Senkung der Rüstungsausgaben festzulegen, allerdings erfolglos. Ab 1975 konnte die Fraktionsführung durch Pressionen sogar erreichen, daß die SPD-Bundestagsfraktion nunmehr geschlossen bei allen Haushaltsberatungen dem Einzelplan 14 zustimmte.

Die Beschaffungspolitik anläßlich der "Rundumerneuerung der Bundeswehr" war kaum von Kontroversen geprägt. Die große Ausnahme stellte allerdings der MRCA-Tornado dar. In der teils erbittert geführten Diskussion konnten die MRCA-Gegner allenfalls einen Achtungserfolg erzielen, blieben jedoch ohne

Chancen, sich gegen die erdrückende Mehrheit in Parteiführung und Fraktion durchzusetzen.

Neu war in der Amtszeit Lebers, daß erstmalig ein Rüstungsprojekt, das in der Ära Schmidt als militärisch wenig sinnvoll und zu teuer aufgegeben worden war, - die Fregatten 122 -, dennoch beschafft wurde, und dies wesentlich mit beschäftigungspolitischen Erwägungen legitimiert wurde.

Die in der Gesamthöhe von fast 80 Milliarden DM aufgelegten Beschaffungsprogramme verwerteten die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker in der Öffentlichkeit propagandistisch gegen ihre Kritiker in CDU und CSU, die insinuierten, die SPD würde die militärische Sicherheit der Bundesrepublik vernachlässigen. Gegenüber den Parteitagsdelegierten bemühten sich die gleichen Politiker indessen, die beträchtliche Aufrüstung zu euphemisieren.

Größere Auseinandersetzungen entzündeten sich an der Praxis der ausgeweiteten Rüstungsexporte, was nach wie vor ein stark emotional besetztes Reizthema in der Parteidiskussion darstellte. In diesem Bereich war die Inkongruenz von Beschlußlage und praktizierter Regierungspolitik evident. Der innerparteilichen Opposition gelang es jedoch auch auf diesem Feld nicht, entsprechende Gesetzesnovellierungen bzw. Änderungen der Rahmenrichtlinien der Bundesregierung durchzusetzen, vielmehr verblieb der Protest weitgehend auf der moralischen Ebene, während die sozialdemokratischen Regierungsrepräsentanten dagegen beschäftigungspolitische und andere wirtschaftliche "Sachzwang"-Argumente vorbringen konnten.

Im Rahmen der NATO präsentierten sich die SPD-Politiker als treue und berechenbare Verbündete. Vor äußeren Anstößen zu einer Kritik der Militärstrategie, vorgetragen u.a. von Carl Friedrich von Weizsäcker, schirmte sich der Verteidigungsminister ab und unterstrich die Notwendigkeit des unverbrüchlichen Festhal-

tens an der 'flexible response'. Auch in den Bedrohungsanalysen folgte das sozialdemokratisch geführte Verteidigungsministerium - nach anfänglichen eher realistischen Einschätzungen - den alarmistischen NATO-Analysen.

Für die nationale Aufrüstung wie die im Bündnis wiesen die sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker übereinstimmend der WVO die Verantwortung zu und legitimierten ihre Rüstungsprogramme mit der jeweils so wahrgenommenen gestiegenen militärischen Bedrohung durch den Warschauer Pakt. Eine gewisse Mystifizierung der Aufrüstung zeigte sich in entsprechenden Passagen eines Parteivorstandsantrags, der den Rüstungswettlauf als "sich selbst nährend" charakterisierte.¹⁾

In den Jahren 1974 bis 1977 fanden kaum sicherheitspolitische Diskussionen auf Parteitagen statt. Dies änderte sich schlagartig auf dem Bundesparteitag 1977 in Hamburg. Die Initiative zu einer breit angelegten und kontroversen sicherheitspolitischen Diskussion ging von Bahrs Kritik an der Neutronenwaffe aus, zu einem Zeitpunkt, als Stagnation der Rüstungskontrollverhandlungen, vor allem des MBFR-Prozesses, offensichtlich wurde. Diese deutliche Belebung der innerparteilichen Auseinandersetzungen, welche später durch die Problematik der 'Nachrüstung' noch stärkere konfrontative Züge erhalten sollten, vollzog sich parallel zu einer weitgehenden Abschottung der Politik des Verteidigungsministeriums von den sicherheitspolitischen Gremien der Partei, die zunehmend nur noch reproduzierend tätig waren und kaum mehr gestaltend auf die Regierungspolitik einwirken konnten.

1) PT 1977 : S. 716

4.3. Der innenpolitische Konsens

Die innenpolitischen Kontroversen anlässlich der vertraglich fixierten Entspannungs- wie auch der KSZE-Politik waren offensichtlich - sie erstreckten sich allerdings kaum auf das Gebiet der Rüstungskontrollverhandlungen. Bezüglich der gesamten Militärpolitik zeigte sich jedoch eine große nationale, innergesellschaftliche Übereinstimmung, die dem bereits aufgezeigten weitgehenden Konsens in der NATO entsprach, und auf die sich die SPD und die sozialliberale Koalition stützen konnte. Sowohl der Bundeswehrverband, der bereits im November 1969 in einem Brief an Willy Brandt "die (...) auf verteidigungspolitischem Gebiet in Aussicht gestellten Maßnahmen (...) mit Befriedigung zur Kenntnis" genommen hatte,¹⁾ als auch die Gewerkschaften akzeptierten den militärpolitischen Kurs der Verteidigungsminister Schmidt und Leber, der z.B. für die IG Bergbau/Energie eine "klare Absage (...) an linke Friedensillusionisten und rechte Scharfmacher" bedeutete.²⁾ Auch die CDU/CSU-Opposition konnte angesichts des Reform- und Aufrüstungsprogramms schwerlich ernsthaft behaupten, sozialdemokratische Sicherheitspolitik vernachlässige die Fürsorgepflicht für Soldaten oder die Verteidigungsfähigkeit. Der Konsens selbst in wichtigen Teilbereichen der Militärpolitik zeigte sich vor allem in der Behandlung konkreter Fragen im Verteidigungsausschuß. Die Opposition bot hier kaum Ansätze zu einer Alternative und akzeptierte bis auf wenige Ausnahmen alle großen Reformvorhaben.³⁾ In den Wehrdebatten des Bundestages, auf wehrpolitischen Tagungen oder einzelnen Presseartikeln wurde allerdings zuwei-

1) Vgl. SPD-PD v. 11.11.69

2) Vgl. "'Weißbuch 70' und Gewerkschaften", in: SPD-PD v. 9.6.70

3) Vgl. z.B. SPD-PD v. 8.2.71

len der Eindruck fundamentaler Gegensätzlichkeit erzeugt. Dabei handelte es sich jedoch vornehmlich um sicherheitspolitische Profilierungsversuche oder um "billige ideologische Scheingefechte".¹⁾

Die Argumentation der Opposition läßt sich im wesentlichen auf drei Vorwürfe reduzieren, die kaum variiert ab 1969 immer wieder vorgetragen wurden:

1. Die SPD verharmlose die Bedrohung durch den Warschauer Pakt und vernachlässige die Verteidigungspolitik zugunsten einer illusionären Entspannungspolitik;
2. die SPD trage Verantwortung für den sinkenden Wehrwillen in der Bundesrepublik, da sie die Linke, die Staat und Gesellschaft als spätkapitalistisch verunglimpfe, mehr hege als behindere;
3. der sozialdemokratische Verteidigungsminister habe durch seine Reformpolitik "einer Diskussionssucht Tür und Tor geöffnet", die zu alarmierenden Symptomen innerhalb der Truppe geführt habe, welche "in Disziplin und Ordnung (...) und damit in wesentlichen Kriterien, die Kampfkraft und Kampfbereitschaft" schwächten und damit "die Grenze des Vertretbaren längst überschritten" hätten.²⁾

Gravierende sachliche Differenzen lassen sich im wesentlichen nur anhand des sozialdemokratischen Reformversuchs zum Kriegsdienstverweigerungsverfahren nachweisen, der für die Unionspolitiker auf eine Schwächung des Wehrwillens und der Verteidigungsbereitschaft abzielte.

Die mit großem propagandistischem Aufwand 1976 vorgetragene Absicht, unter einer CDU/CSU-geführten Regierung den Rüstungs-

1) So zutreffend Theo Sommer anläßlich der Wehrdebatte im Mai 1971, in: DFE ZEIT v. 21.5.71

2) So der damalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, CSU-MdB Zimmermann, in: BAYERNKURIER v. 25.3.72

etat erheblich stärker zu erhöhen, als dies die sozialliberale Koalition plante, muß im Zusammenhang mit einer eigenständigen sicherheitspolitischen Profilsuche anläßlich der bevorstehenden Bundestagswahlen gesehen werden. Die Unionsparteien waren zudem nicht in der Lage, hierzu Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen oder Waffensysteme zu benennen, die zusätzlich zu den laufenden Beschaffungsprogrammen eingeführt werden sollten.

Die Übereinstimmung und enge militärpolitische Kooperation mit der Opposition wurde auch von Verteidigungsminister Leber selbst forciert, der die Meinung vertrat: "Eine spezifische Partei-Verteidigungspolitik gibt es nicht."¹⁾ Dies bewies Leber besonders anhand der Wehrstrukturreform, als er zur Abgleichung der Positionen Geheimverhandlungen mit den Führungsspitzen der Unionsparteien führte.

Essentielle Unterschiede in den militärpolitischen Grundsatzpositionen lassen sich somit zwischen SPD und CDU/CSU nicht nachweisen. Dies galt für die Rüstungskontrollpolitik wie die NATO-Bündnispolitik, die nationalen Aufrüstungsprogramme, wie für weite Bereiche der Bundeswehrreformen.

1) Sicherheit im Bündnis 1976 : S. 105

4.4. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik in der Regierungsverantwortung

Die Konzeptualisierung zur Sicherheitspolitik der SPD erfolgte für den militärpolitischen Bereich vor Aufnahme der Regierungsverantwortung, für die entspannungs- und rüstungskontrollpolitische Komponente in der Frühphase der Großen Koalition. Die verteidigungspolitische Programmatik wurde zu Beginn der Ära Schmidt differenziert und akribisch aufgegliedert. Eine Veränderung der militärpolitischen Reformkonzeptionen in der Praxis war in erster Linie durch restaurative Gegenbewegungen bedingt, bzw. durch Zugeständnisse an diese, um den innenpolitischen Konsens zu erhalten.

Die eklatanteste Konzeptionsveränderung vollzog sich auf dem Gebiet der Entspannungspolitik, wo eine markante Ziel- und Reichweitenverkürzung zu verzeichnen war. Die Gründe für die Hinwendung zu einer pragmatischen Politik, welche die Stagnation der Rüstungskontrollpolitik hinnehmen mußte, sind bereits andernorts (unter 2.1.) dargestellt worden.

Anstöße für eine Korrektur der Sicherheitspolitik auf den Feldern

- der Begrenzung und Senkung der Rüstungsausgaben,
 - der Einschränkung der Rüstungsexporte,
 - der konsequenteren Implementierung der Inneren Führung und
 - der Forcierung von Vertragsabschlüssen zur Rüstungskontrolle
- wurden zwar auf Bundesparteitagen und von der linken Minderheit in der Bundestagsfraktion artikuliert, hatten jedoch keine Relevanz für die praktizierte Regierungspolitik. Dies vor allem auch wegen der (unter 1.2. skizzierten) strukturellen Bedingungen der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung. Der Parteiführung, beraten von ihren sicher-

heitspolitischen Experten, gelang es fast ausnahmslos, entsprechende Leitanträge hinreichend allgemein und wenig konkret zu formulieren und mehrheitlich beschließen zu lassen. Daraus ergab sich, daß sich die sozialdemokratische Sicherheitspolitik in weiten Bereichen kongruent zur Beschlußlage der Partei vollzog und nur in ganz wenigen Segmenten, wie z.B. der Rüstungsexportpolitik, Divergenzen festzustellen waren.

Auch in der Expertendiskussion sind bedeutende Konfliktfelder nicht auszumachen, oder hatten im Ausnahmefall, wie z.B. der MRCA-Kontroverse, keine praktischen Auswirkungen auf die Regierungspolitik. Gegen Ende des Untersuchungszeitraums dominierte die Bürokratie des sozialdemokratisch geführten Verteidigungsministeriums die Mitwirkung der außerhalb des Apparats befindlichen sozialdemokratischen Expertengremien selbst insofern, als auch informelle Kontakte kaum mehr stattfanden. Gleichzeitig fand auf dem Bundesparteitag 1977 eine umfassende sicherheitspolitische Diskussion statt, die aus der Enttäuschung über die Stagnation der Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik, aber auch aus der Besorgnis über neue, gefährliche atomare Waffensysteme resultierte. Erstmals thematisierten in diesem Zusammenhang Parteitagsdelegierte Problemkreise, die bisher eindeutig die Domäne der etablierten sicherheitspolitischen Expertenzirkel gewesen waren. Damit kündigte sich die Herausbildung einer sicherheitspolitischen 'Gegen-Elite' an, die jedoch erst für den Zeitpunkt nach dem Ausscheiden der SPD aus der Regierungsverantwortung Bedeutung für einen programmatischen Wandel erlangen sollte.

Die Sicherheitspolitik der SPD zu Zeiten der Großen Koalition und der sozialliberalen Koalition bis 1977 war geprägt von klaren, irreversiblen Grundsatzpositionen, wie der NATO-Orientierung, der wirtschaftlichen und politischen Integration in die westlich-kapitalistische Grundordnung und der Priorität

der Militärpolitik. Dabei versuchte die Partei auch in Einzelfragen jeweils den größtmöglichen Konsens im Bündnis wie auch innenpolitisch zu erreichen, um eine breite legitimatorische Basis für ihre Politik und damit ihre Regierungsfähigkeit zu erhalten.

Die Bandbreite der Möglichkeiten, innerhalb der sich die Entspannungs-, Rüstungskontroll- und Militärpolitik bewegen konnte, ist wegen dieser unveränderbaren Grundsätze, welche die Kontinuität und Berechenbarkeit sozialdemokratischer Sicherheitspolitik ausmachten, als sehr gering einzuschätzen. Die konkrete Ausprägung sozialdemokratischer Sicherheitspolitik erscheint vor diesem Hintergrund als weitgehend determiniert. Diese Determiniertheit wurde lediglich durch ein spezifisches, aus der sozialdemokratischen Geschichte erklärbares, psychologisches Moment relativiert, das sich in intensiven Bemühungen äußerte, durch die praktizierte Politik möglichst auch nicht andeutungsweise den Verdacht aufkommen zu lassen, die SPD vernachlässige die militärische Sicherheit der Bundesrepublik, und in der Anstrengung, sich damit auch auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik als die 'bessere' Partei zu präsentieren.

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

Quellen

Protokolle der Bundesparteitage, Konferenzen und sicherheitspolitischer Fachtagungen der SPD (Hrsg. Parteivorstand)

PT 1966: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund, Protokoll der Verhandlungen, Anträge; Bonn

Konferenz 1966: Konferenz der SPD am 17. und 18. Dezember 1966 in der Stadthalle Bad Godesberg; Bonn

PT 1968: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg, Protokoll der Verhandlungen, Angenommene und überwiesene Anträge; Bonn

A.o.PT 1969: Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 16. bis 18. April 1969 in der Stadthalle zu Bad Godesberg, Protokoll der Verhandlungen, Anträge; Bonn

Wehrpolitisches Forum 1969: Wehrpolitisches Forum der SPD am 26. und 27. April in Bad Honnef, Reden und Berichte, in: Grundsätze sozialdemokratischer Wehrpolitik o.J.

PT 1970: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. Mai 1970 in Saarbrücken, Protokoll der Verhandlungen, Angenommene Anträge; Ergänzungsband, Nichtangenommene und überwiesene Anträge; Bonn

Wehrpolitische Tagung 1970: Wehrpolitische Tagung der SPD am 20./21. Juni in Bremen zum "Weißbuch 1970", in: y 2, Bundeswehr und Gesellschaft, Reihe Sicherheitsfragen, Heft 2; Bonn

A.o.PT 1971/1: Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1. Teil, Steuerreform - Massenmedien - § 218 StGB, 18. bis 20. November 1971, Bonn Beethovenhalle, Protokoll der Verhandlungen, Anlagen; Bonn

A.o.PT 1971/2: Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2. Teil, Reform der Parteiorganisation, 17. und 18. Dezember 1971 Stadthalle Bad Godesberg, Protokoll der Verhandlungen, Anlagen; Bonn

A.o.PT 1972: Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 12. bis 13. Oktober 1972, Dortmund, Westfalenhalle, Protokoll der Verhandlungen, Dokumentarischer Anhang; Bonn

PT 1973: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973, Stadthalle Hannover, Band I und II, Protokoll der Verhandlungen, Anlagen; Bonn

PT 1975: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 15. November, Rosengarten Mannheim, Protokoll der Verhandlungen, Anlagen; Bonn

Sicherheit im Bündnis 1976: Sicherheitspolitische Fachkonferenz "Sicherheit im Bündnis" vom 8./9. Mai 1976 in München, Protokoll; Bonn

A.o.PT 1976: Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 18. und 19. Juni 1976, Dortmund, Westfalenhalle, Protokoll der Verhandlungen, Dokumentarischer Anhang; Bonn

Sicherheitspolitische Informationstagung 1977: Sicherheitspolitische Informationstagung der SPD-Fraktion am 22. Oktober 1977 in Leverkusen, Protokoll; Bonn

PT 1977: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. bis 19. November 1977, Congress-Centrum Hamburg, Protokoll der Verhandlungen, Anlagen; Bonn

Weitere parteioffizielle Veröffentlichungen von Parteivorstand, Bundestagsfraktion, Arbeitsgemeinschaften, -gruppen

Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen 1976: Argumentationshilfen für den Bundestagswahlkampf 1976, Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag, Maschinenscript, Bundeshaus; Bonn

Bestandsaufnahme 1966: Eine Dokumentation, herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Dezember 1966; Bonn

Grundsätze Sozialdemokratischer Wehrpolitik o.J.: Vorstand der SPD; Bonn

Grundsätze Sozialdemokratischer Sicherheitspolitik o.J.: y 3, Reihe Sicherheitsfragen Heft 3, Vorstand der SPD; Bonn

Grundsätze Sozialdemokratischer Sicherheitspolitik 1973: Vorstand der SPD; Bonn

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1966/67ff.: Vorstand der SPD; Bonn

Jungsozialisten 1974: Ordentlicher Bundeskongreß der Jungsozialisten, 25.-27.1.1974 in München, Juso-BV; Bonn

Jungsozialisten 1978: JUSO-Bundeskongreßbeschlüsse 1969-1976; Hannover

Parteivorstand 1970: Stellungnahme des SPD-Parteivorstandes zu den Beschlüssen des Bundeskongresses der Jungsozialisten in Bremen vom 11.-13. Dezember 1970, in: Reihe Jugend, Heft 2; Bonn

Parteivorstand 1970a): Ein Jahr Regierungsverantwortung. Berichte des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und 12 Minister der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung auf der Sitzung des Parteirates der SPD am 13./14.11.1970 in München; Bonn

Soll und Haben o.J.: Bilanz sozialdemokratischer Bundespolitik in Regierung und Parlament von 1966 bis 1969, vorgelegt von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion; Bonn

Partei-offizielle Zeitungen, Zeitschriften, Informations- und Pressedienste der SPD

intern

Die Neue Gesellschaft (NG)

Politisch Parlamentarischer Pressedienst (PPP)

Pressemitteilungen und Informationen der SPD

Pressemitteilungen der SPD-Bundestagsfraktion

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik (SD-SIPO)

SPD-Pressedienst (SPD-PD)

SPD-Service

VORWÄRTS

Veröffentlichungen sozialdemokratischer Politiker

Ahlers 1972, Conrad: Ratifizieren oder nicht? Die großen Reden der Debatte über die Ostverträge im Bundestag. 23.-25. Februar 1972; Hamburg

Apel 1970, Hans: Die Willensbildung in der Bundestagsfraktion. Die Rolle der Arbeitsgruppen und Arbeitskreise, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/1970

Bahr 1963, Egon: Wandel durch Annäherung. Referat des Leiters des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Egon Bahr (SPD), vor der Evangelischen Akademie Tutzing am 15.7.1963, in: Deutschland-Archiv 8/1973

Bahr 1973, Egon: Zu Fragen der Deutschland- und Entspannungspolitik, Rede des Bundesministers Egon Bahr in der Evangelischen Akademie in Tutzing am 11. Juli 1973, in: Texte zur Deutschlandpolitik Reihe II/Band 1

Bahr 1975, Egon: Von Moskau über Helsinki nach Wien, in: NG 12/1975

Bahr 1976, Egon: Die Entspannung hat erst begonnen, in DIE ZEIT v. 26.3. 1976, auch in: Schubert 1978

Berkhan 1973, Willi: Probleme der Sicherheitspolitik und ihre Auswirkungen auf die Bundesrepublik, in: NG 12/1973

Berkhan 1974, Willi: Bundeswehr in Wirtschaft und Gesellschaft. Einige Feststellungen und Gedanken zum verteidigungspolitischen Standort der sozialliberalen Koalition, in: NG 5/1974

Berkhan 1974a, Willi: Rüstungspolitik: Verpflichtung auf das Gesamtwohl, in: NG 6/1974

Brandt 1968, Willy: Friedenspolitik in Europa; FaM

Brandt 1968a), Willy: Außenpolitik, Deutschlandpolitik, Europapolitik. Grundsätzliche Erklärungen während des ersten Jahres im Auswärtigen Amt; Berlin

Brandt 1968b), Willy: Friedenssicherung in Europa; Berlin

Brandt 1969, Willy: Zum Atomsperrvertrag. Reden und Erklärungen sowie Dokumente zur Genfer Konferenz, zum NV-Vertrag und zum europäischen Sicherungssystem; Berlin

Brandt 1971, Willy: Der Wille zum Frieden. Perspektiven der Politik; Hamburg

Brandt 1974, Willy: Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz; Hamburg

Brandt 1977, Willy: Thesen zur Abrüstung, vorgelegt dem Büro der Sozialistischen Internationale (SI) am 15. und 16. Oktober 1977 in Madrid, in: NG 12/1977

Brandt 1978, Willy: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975; München, Zürich

Brandt, Willy/ Schmidt, Helmut 1976: Deutschland 1976. Zwei Sozialdemokraten im Gespräch. Gesprächsführung Jürgen Kellermeier; Reinbek

Bülow 1979, Andreas von: Problematik eines Kräftevergleichs von NATO und WVO, in: Soldat und Technik 6/1979

Bülow 1985, Andreas von: Die eingebildete Unterlegenheit. Das Kräfteverhältnis West-Ost, wie es wirklich ist; München

Friedrich 1977, Bruno: Europäische Evolution - Die KSZE-Schlußakte als Instrument der Wandlung, in: NG 8/1977

Glötz 1973, Peter: Sozialismus als linker Reformismus - Die programmatische Entwicklung der SPD - dargestellt an der Diskussion über den "Orientierungsrahmen 85" auf dem Parteitag in Hannover 1973, in: apuz B 23/1973

Glötz 1975, Peter: Der Weg der Sozialdemokratie. Der historische Auftrag des Reformismus; Wien u.a.

Glötz 1976, Peter: Der Mannheimer Parteitag der SPD, in: apuz B 11/1976

Glötz 1981, Peter: Die Innenausstattung der Macht. Politisches Tagebuch 1976-1978; FaM

Hansen 1975, Karl-Heinz: MRCA - Gründe dagegen zu sein, in: NG 1/1975

Hansen 1981, Karl-Heinz: Sicherheitspolitik als Friedenspolitik, in: Thüsing/Klönne/Hesse 1981

Horn 1973, Erwin: Sicherheitspolitik zwischen Apologie und Ignoranz, in: NG 9/1973

Horn 1984, Erwin: Die Sicherheitspolitik der SPD in der Regierungsverantwortung: Leistung und Perspektiven, in: Brauch 1984

Lattmann 1981, Dieter: Die lieblose Republik. Auzeichnungen aus Bonn am Rhein; München

Leber o.J., Georg: Die Rolle der Streitkräfte in der modernen Gesellschaft; Troisdorf

Leber 1976, Georg: Grundsätze deutscher Verteidigungspolitik, in: NATO-Brief 2/1976

Leber 1980, Georg: Vom Frieden; München

Oertzen 1974, Peter von: Die Aufgabe der Partei. Reden und Aufsätze aus den letzten vier Jahren zur Arbeit der SPD und zur Entwicklung ihrer programmatischen Grundlagen; Bonn-Bad Godesberg

Pawelczyk 1975, Alfons: Entspannung in Europa, in: NG 11/1975

Pawelczyk 1975a), Alfons: MRCA - Gründe dafür zu sein, in: NG 1/1975

Pawelczyk 1977, Alfons: SALT II - läuft die Technik der Politik davon?, in: NG 3/1977

Schlaga 1973, Georg: Europa und die USA: Wie soll das weitergehen?, in: NG 6/1973

Schmidt 1961, Helmut: Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO; Stuttgart-Degerloch

Schmidt 1966, Helmut: Streitgespräch zwischen H. Schmidt u. R. Augstein am 9.2.1966 in Mainz, Opposition im 5. Deutschen Bundestag, Sonderdruck o.O.

Schmidt 1966a), Helmut: Was fehlt der Bundeswehr?, in: Raven 1966

Schmidt 1967, Helmut: Beiträge; Stuttgart

Schmidt 1970, Helmut: Germany in the era of negotiations, in: Foreign Affairs 49/1970

Schmidt 1970a), Helmut: Für eine Armee des Friedens, in: Monat 22/1970

Schmidt 1974, Helmut: Auf dem Fundament des Godesberger Programms; Bonn

Schmidt 1975, Helmut: KSZE: Entspannungs- und Lernprozeß, in: NG 9/1975

Schmidt 1986, Helmut: Eine Strategie für den Westen; o.O.

Voigt 1977, Karsten: Reformistische Entspannungskonzeption, in: NG 3/1977

Voigt 1980, Karsten: Sozialdemokratische Sicherheitspolitik. Die Positionen des demokratischen Sozialismus zu militärischen Sicherheitsproblemen, in: Sozialismus 2/1980

Wienand 1972, Karl: Alternativen zur Abschreckungsstrategie? - Sicherheit durch Interdependenz -, in: Wehrkunde 3/1972

Wehner 1968, Herbert: Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930-1967; FaM u.a.

Regierungsamtliche Veröffentlichungen

AA ⁶1983: Abrüstung und Rüstungskontrolle, Dokumentation, Auswärtiges Amt, Referat Öffentlichkeitsarbeit; Bonn

AA ⁶1984: Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Dokumentation zum KSZE-Prozeß, Auswärtiges Amt, Referat Öffentlichkeitsarbeit; Bonn

Analyse Anti-Weißbuch 1974: BMVg, IPS; Bonn

Berichte des Wehrbeauftragten 1966-1977:

1966	BT Dr.s.	V/1825
1967		V/2948
1968		V/3912
1969		VI/453
1970		VI/1942
1971		VI/3232
1972		VII/334
1973		VII/1765
1974		VII/3228
1975		VII/4812
1976		VIII/153
1977		VIII/1981

Bildungskommission 1971: Bildungskommission beim Bundesminister der Verteidigung. Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr. Gutachten der Bildungskommission an den Bundesminister der Verteidigung Bonn

BT 1966ff.: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, stenographische Berichte; Bonn

BT Dr.s. 1966ff.: Deutscher Bundestag, Drucksachen; Bonn

Bulletin 1966ff.: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Deutschen Bundesregierung; Bonn

Bundeswehr 1977: BMVg, IPS; Bonn

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste 1972: KSZE und MBFR; Bonn

Handbuch Innere Führung ³1964: BMVg, FSBW I; Bonn

Die Hochschulen der Bundeswehr 1974: BMVg, IPS; Bonn

25 Jahre Atlantische Partnerschaft 1974: Rückblick und Ausblick, PIA; Bonn

Jahresberichte der Bundesregierung 1969ff.: PIA; Bonn

Materialien zur Sicherheitspolitik 1977: Aus dem Jahresbericht der Bundesregierung 1977, BMVg, IPS; Bonn

Personalstrukturkommission 1971: Die Personalstruktur der Streitkräfte. Bericht der Personalstrukturkommission, BMVg; Bonn

Rahmenerlaß 1971: Rahmenerlaß zur Neuordnung des Rüstungsbereichs v. 28.1. 1971, BMVg; Bonn

Texte zur Deutschlandpolitik 1969ff., Reihe I u. II: Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen; Bonn

WB 1969: Weißbuch 1969 zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung; Bonn

WB 1970: Weißbuch 1970. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, PIA; Bonn

WB 1971/72: Weißbuch 1971/72. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, PIA; Bonn

WB 1973/74: Weißbuch 1973/1974. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, PIA; Bonn

WB 1975/76: Weißbuch 1975/1976. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, PIA; Bonn

WB 1979: Weißbuch 1979 der Bundesregierung zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, PIA; Bonn

WB zur zivilen Verteidigung 1972: Weißbuch 1972 zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister des Inneren; Bonn

Wehrstrukturkommission 1971: Wehrgerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Wehrstrukturkommission an die Bundesregierung; Bonn

Wehrstrukturkommission 1973: Die Wehrstruktur in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Optionen. Bericht der Wehrstrukturkommission der Bundesregierung; Bonn

ZDv 10/1 1972: Hilfen für die Innere Führung, BMVg; Bonn

ZDv 12/1 1973: Politische Bildung in der Bundeswehr, BMVg; Bonn

Veröffentlichungen der NATO

NATO-Brief

NATO-Handbuch 1982; Brüssel

NATO-Informationsdienst ⁶1982: Das atlantische Bündnis. Tatsachen und Dokumente; Brüssel

Sicherheitspolitische Dokumentensammlungen

Mil.Pol.Dok. 1976ff.: MILITÄRPOLITIK DOKUMENTATION; FaM

Siegler 1966-1973, Heinrich: Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit, Band IV-XI; Bonn, Wien, Zürich

Vgl. auch folgende, überwiegend aus Dokumenten bestehende Sekundärliteratur:

Arndt 1982, Benz/Engelmann/Henschke 1982, Butterwegge/Hofschen 1984, Görtemaker 1979a), Heßler 1971, Jacobsen 1978/2, Mutz 1983, Schubert 1978, Schubert 1979, Schwarz/Lutz 1980, Seidler/Reindl 1971, Walter 1980, Zündorf 1979.

Wissenschaftliche und andere Periodika

Adelphi papers
The American Political Science Review
Außenpolitik
BDI-Jahrbücher (BDI JB)
Blätter für deutsche und internationale Politik
Blätter für ostwissenschaftliche und internationale Studien
Deutschland-Archiv
Europa-Archiv (EA)
Foreign Affairs
Journal of Conflict Resolution
Kursbuch
Marxistische Blätter
Monat
aus politik und zeitgeschichte (apuz)
Politische Studien
Politische Vierteljahresschrift (PVS)
SOWI-Berichte
Sozialismus
Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik
Südosteuropa
Zeitschrift für Parlamentsfragen

Zeitungen und Zeitschriften

ALLGEMEINE SCHWEIZER MILITÄR-ZEITUNG (ASMZ)
BONNER GENERALANZEIGER
DIE BUNDESWEHR
DEUTSCHE ZEITUNG
EINHEIT
FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (FAZ)
FRANKFURTER RUNDSCHAU (FR)
GEWERKSCHAFTLICHE MONATSCHEFTE
HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG
INFORMATIONEN FÜR DIE TRUPPE (IfdT)
INTERNATIONALE WEHRREVUE (IWR)
KÖLNER STADTANZEIGER
LOYAL
NEUE ZÜRICHER ZEITUNG (NZZ)
ÖSTERREICHISCHE MILITÄRZEITSCHRIFT (ÖMZ)
SOLDAT UND TECHNIK
STUTTGARTER NACHRICHTEN
DER SPIEGEL
SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (SZ)
DER TAGESSPIEGEL
WEHR UND WIRTSCHAFT
WEHRKUNDE
WEHRTECHNIK (WT)
DIE ZEIT

SEKUNDÄRLITERATUR (enthält aus Platzgründen nur die zitierte Literatur.)

- Adams 1976, Walter: Der Militärisch-Industrielle Komplex und die Privilegierung von Großindustrien; Köln
- Afheldt 1976, Horst: Verteidigung und Frieden. Politik mit militärischen Mitteln; München, Wien
- Afheldt 1984, Horst: Atomkrieg. Das Verhängnis einer Politik mit militärischen Mitteln; München, Wien
- Albrecht 1972, Ulrich: Politik und Waffengeschäfte. Rüstungsexport in der BRD; München
- Albrecht 1974, Ulrich: Stichwort: Militär-Industrie-Komplex, in: ders., Durch Kooperation zum Frieden?; München
- Albrecht 1977, Ulrich: Theoreme vom Militärisch-Industriellen Komplex, in: Schulz K.E. 1977
- Albrecht, Ulrich/ Joxe, Alain/ Kaldor, Mary 1980: Gegen den Alarmismus!, in: Studiengruppe Militärpolitik 1980
- Albrecht, Ulrich/ Lock, Peter/ Wulf, Herbert 1982: Mit Rüstung gegen Arbeitslosigkeit?; Reinbek
- Albrecht, Ulrich/ Sommer, Birgit A. 1972: Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik; Reinbek
- Altmeppen 1978, Johannes: Das MBFR-Entscheidungssystem der NATO - organisatorische Strukturen und Verfahren einer integrierten Bürokratie, in: Haftendorn 1978
- Arend 1975, Peter: Die innerparteiliche Entwicklung der SPD 1966-1975; Bonn
- Arndt 1982, Claus: Die Verträge von Moskau und Warschau. Politische, verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Aspekte; Bonn
- Baring 1971, Arnulf: Der Military-Industrial Complex, in: MERKUR 3/1971; Stuttgart
- Baring ³1982, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel; Stuttgart
- Baudissin 1966, Wolf Graf von: Soldat in der offenen Gesellschaft, in: Raven 1966
- Baudissin 1969, Wolf Graf von: Soldat für den Frieden; München
- Baudissin 1980, Wolf Graf von: Kooperative Rüstungssteuerung, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80
- Baumer, Max/ Jacobsen, Hanns-Dieter 1980: Die Wirtschaftsbeziehungen des RGW mit dem Westen zwischen weltweiten Beschränkungen und europäischen Möglichkeiten, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80
- Bender 1972, Pter: Die Ostpolitik Willy Brandts oder Die Kunst des Selbstverständlichen; Reinbek

- Benz, Georg/ Engelmann, Bernt/ Hensche, Detlef 1982 (Hrsg.): Rüstung, Entrüstung, Abrüstung; Bornheim
- Berg 1982, Hans-Joachim: Der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestags. Kontrollorgan zwischen Macht und Ohnmacht; München
- Beuter 1983, Heinz-Jürgen: Von SALT zu START - ein System antagonistischer Rüstungssteuerung; Baden-Baden
- Bühr 1973, Dietrich: Die Durchführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland und die mögliche Erhebung einer Wehrdienstausgleichsabgabe (Wehrsteuer) als Ausgleich für nicht abgeleisteten Wehrdienst; Mannheim
- Blumenwitz 1982, Dieter: Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung im Verfassungssystem der Bundesrepublik Deutschland, in: Bayer. LZ für polit. Bildungsarbeit 1982, Die Bundeswehr in Staat u. Gesellschaft; München
- Borkenhagen 1986, Franz H.U. (Hrsg.): Bundeswehr Demokratie in Oliv? Streitkräfte im Wandel; Berlin-Bonn
- Boysen 1980, Sigurd: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse im Bundesministerium der Verteidigung; Bonn
- Brauch 1981, Hans Günter: Abrüstungsamt oder Ministerium? Ausländische Modelle der Abrüstungsplanung. Materialien u. Reformvorschläge; FaM
- Brauch 1984, Hans Günter (Hrsg.): Sicherheitspolitik am Ende? Eine Bestandsaufnahme, Perspektiven und neue Ansätze; Gerlingen
- Braunmühl 1973 Claudia von: Kalter Krieg und friedliche Koexistenz. Die Außenpolitik der SPD in der Großen Koalition; FaM
- Brecher, Michael/ Steinberg, Blema/ Stein, Janice 1969: A Framework for Research on Foreign Policy Behaviour, in: Journal of Conflict Resolution
- Brzoska, Michael/ Guha, Anton Andreas/ Wellmann, Christian 1982: Das Geschäft mit dem Tod. Fakten u. Hintergründe der Rüstungsindustrie; FaM
- Buch 1978, Heinrich: Die Rolle der Bundesrepublik bei SALT - Mitspieler oder Zuschauer?, in Haftendorn 1978
- Butterwegge, Christoph/ Hofschen, Heinz-Gerd 1984: Sozialdemokratie Krieg und Frieden. Kommentierte Dokumentation; Heilbronn
- Carr⁴ 1985, Jonathan: Helmut Schmidt; Düsseldorf u. Wien
- Close 1977, Robert: Europa ohne Verteidigung? 48 Stunden, die das Gesicht der Welt verändern; Bad Honnef, Saarbrücken
- Cockburn 1983, Andrew: Die sowjetische Herausforderung. Macht und Ohnmacht des militärischen Giganten; Bern, München, Wien
- Delbrück 1980, Jost: Menschenrechte und Entspannung in den Ost-West-Beziehungen, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80
- Delbrück, Jost/ Ropers, Norbert/ Zellentin, Gerda 1977: Grünbuch zu den den Folgewirkungen der KSZE; Köln
- DGFK-Jahrbuch 1979/80: Zur Entspannungspolitik in Europa; Baden-Baden
- Dittberner 1970, Jürgen: Die Rolle der Parteitage im Prozeß der innerparteilichen Willensbildung, in: PVS 1970

- Dormann 1970, Manfred: Demokratische Militärpolitik. Die alliierte Militärstrategie als Thema deutscher Politik 1949-1968; Freiburg i.Br.
- Ebert 1974, Theodor u.a. (Hrsg.): Demokratische Sicherheitspolitik. Von der territorialen zur sozialen Verteidigung; München
- Ellwein 1974, Thomas u.a. (Hrsg.): Hochschule der Bundeswehr zwischen Ausbildungs- und Hochschulreform; Opladen
- Engelhardt, Klaus/ Heise, Karl-Heinz 1974: Militär-Industrie-Komplex im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem; Berlin (DDR)
- Farwick/ Hubatschek 1982: Die strategische Erpressung - eine sicherheitspolitische Analyse; München
- Fröchling 1982, Helmut: Zur Rolle des EGA-Studiums in der Offiziersausbildung an den Hochschulen der Bundeswehr, in: Schulz K.E. 1982
- Fröchling 1986, Helmut: Die Universitäten der Bundeswehr. Zur Reform der Offiziersausbildung, in: Borkenhagen 1986
- Gessenharter, Wolfgang/ Fröchling, Helmut/ Krupp, Burkhard 1978: Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem. Eine empirische Analyse der Einstellungen von studierenden Offizieren der Hochschule der Bundeswehr Hamburg sowie von militärischen u. zivilen Vergleichsgruppen; Weinheim u. Basel
- Görtemaker 1979, Manfred: Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943 bis 1979; München
- Göttinger Arbeitskreis 1977: Die KSZE und die Menschenrechte. Politische und rechtliche Überlegungen zur zweiten Etappe; Berlin
- Griffith 1981, William E.: Die Ost-Politik der Bundesrepublik Deutschland; Stuttgart
- Hacke 1975, Christian: Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969; Köln
- Hacke 1978, Christian: Parlamentarische Opposition und Entspannungspolitik - die Position der CDU/CSU zur KSZE, in: Haftendorn 1978
- Hacke 1983, Christian: Stand und zentrale Probleme der Ost-West-Beziehungen, in: BZ f. polit. Bildung 1983, Frieden und Sicherheit als Herausforderung. Informationen und Argumente; Bonn
- Haftendorn 1971, Helga: Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD; Düsseldorf
- Haftendorn 1974, Helga: Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Zur Außenpolitik der SPD 1955-1973; Düsseldorf
- Haftendorn 1975, Helga (Hrsg.): Theorie der internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen; Hamburg
- Haftendorn 1978, Helga u.a. (Hrsg.): Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Prozesse in Bonn; Köln
- Haftendorn 1983, Helga: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1982; Baden-Baden
- Hesslein 1977, Bernd C.: Die unbewältigte Vergangenheit der Bundeswehr. Fünf Offiziere zur Krise der Inneren Führung; Reinbek

- Heßler 1971, Klaus (Hrsg.): Militär - Gehorsam - Meinung (Dokumentation zur Diskussion in der Bundeswehr); Berlin, New York
- Hütter 1975, Joachim: SPD und nationale Sicherheit. Internationale und innenpolitische Determinanten des Wandels der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik 1959-1961; Meisenheim a. Glan
- Huffschnid 1981, Jörg (Hrsg.): Rüstungs- oder Sozialstaat? Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik. Ein Handbuch; Köln
- Ilseman 1971, Carl Gero von: Die Bundeswehr in der Demokratie. Zeit der Inneren Führung; Hamburg
- Ilseman 1981, Carl Gero von: Die Innere Führung in den Streitkräften; Regensburg
- Jacobsen 1978/2, Hans-Adolf u.a. (Hrsg.): Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Analyse und Dokumentation; Köln
- Jopp 1983, Mathias: Militär und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Das Beispiel der Bildungsreform in der Bundeswehr; FaM/New York
- Kaack 1971, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Ein Handbuch; Opladen
- Kahn 1973, Helmut Wolfgang: Helmut Schmidt. Fallstudie über einen Populären; Hamburg
- Kaiser, Axel/ Schatz-Bergfeld, Marianne 1980: Politische Bildung in der Bundeswehr, in: Puzicha/ Schatz-Bergfeld 1980
- Karl³ 1978, Wolf Dieter: Entspannungspolitik - Der Weg von der Konfrontation zur begrenzten Kooperation in den Ost-West-Beziehungen, in: Schwarz K.D. 1978
- Kempe 1973, Martin: SPD und Bundeswehr. Studien zum militärisch-industriellen Komplex; Köln
- Kiesinger 1969, Kurt-Georg: Die Bundeswehr im demokratischen Staat, in: Sonderbeilage zur IfdT 7/1969
- Knaus 1978, Albrecht: Hart am Wind. Helmut Schmidts politische Laufbahn; Hamburg
- Köllner 1982, Lutz: Militär und Finanzen. Zur Finanzgeschichte und Finanzsoziologie von Militärausgaben in Deutschland vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Gegenwart; München
- Köppl 1979, Bruno J.: Rüstungsmanagement und Verteidigungsfähigkeit der NATO. Probleme des multinationalen Rüstungsmanagements und deren Auswirkung auf die Verteidigungsfähigkeit der NATO-Staaten unter dem Aspekt der wachsenden sowjetischen Bedrohung; Straubing u. München
- Krause 1983, Christian: Braucht die Bundesrepublik ein atomares Veto? (FES, Forschungsinstitut, Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung, Maschinenskript); Bonn
- Krause 1979, H. Fred: Das Konzept der Inneren Führung und die Hochschulen der Bundeswehr. Realisierung einer Prämisse. Konsistente Weiterentwicklung oder Diskontinuität; Bochum

- Krause-Burger 1980, Sybille: Helmut Schmidt aus der Nähe gesehen; Düsseldorf, Wien
- Krüger 1977, Eckhard: Menschenrechtsrealisierung nach der KSZE?, in: Delbrück/Ropers/Zellentini 1977
- Kubbig 1983, Bernd W.: Gleichgewicht oder Überlegenheit. Amerikanische Rüstungskontrollpolitik und das Scheitern von SALT II; FaM/New York
- Kühnl 1969, Reinhold u.a.: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei; FaM
- Küsters 1978, Hanns-Jürgen: Die außenpolitische Zusammenarbeit der Neun und die KSZE, in: Haftendorn 1978
- Kuper 1974, Ernst: Frieden durch Konfrontation und Kooperation. Die Einstellung von W. Brandt und G. Schröder zur Entspannungspolitik; Stuttgart
- Kuper 1978, Ernst: Der Wandel der westdeutschen Entspannungskonzeption während der sozialliberalen Koalition, in: Haftendorn 1978
- Kutz 1982, Martin: Reform und Restauration der Offiziersausbildung der Bundeswehr. Strukturen und Konzeptionen der Offiziersausbildung im Widerstreit militärischer und politischer Interessen; Baden-Baden
- Leifert 1969, Josef: Zur Frage der Wirksamkeit der Inneren Führung in der Bundeswehr. Mit empirischen Einstellungsuntersuchungen an ungedienten Wehrpflichtigen, Soldaten und Reservisten; Freiburg (Diss.)
- Leutz 1978, Rüdiger: Die Entwicklung der deutschen Position zur KSZE - multilaterale Problemstellung und innerorganisatorische Innovation, in: Haftendorn 1978
- Liebau 1976, Wulf-Eberhard: Akademiker in Uniform. Hochschulreform in Militär und Gesellschaft; Hamburg/Heidelberg
- Lippert 1977, Ekkehard: Die Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr - Eine Bibliographie 1970-1976, in: SOWI 3/1977
- Löwke 1976, Udo F.: Die SPD und die Wehrfrage 1949-1955; Bonn-Bad Godesberg
- Lohmar 1963, Ulrich: Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland; Stuttgart
- Lutz 1979, Dieter S. (Hrsg.): Die Rüstung der Sowjetunion. Rüstungsdynamik und bürokratische Strukturen; Baden-Baden
- Lutz 1981, Dieter S.: Weltkrieg wider Willen? Eine Kräftevergleichsanalyse der Nuklearwaffen in und für Europa; Reinbek
- Lutz E. 1980, Ernst: Lexikon zur Sicherheitspolitik; München
- Mahncke 1972, Dieter: Nukleare Miwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der Atlantischen Allianz 1954-1970; Berlin
- Maizière 1975, Ulrich de: Führen im Frieden. 20 Jahre Dienst für Bundeswehr und Staat; München
- Malsburg 1981, Raban von der: Politische Bildung in der Bundeswehr, in: Zuber 1981

- Mann 1971, Siegfried: Das Bundesministerium der Verteidigung; Bonn
- Massing 1976, Otwin: Reform im Widerspruch. Bundeswehr und Hochschulausbildung: Wer reformiert wen? Modelle - Konzepte - Erfahrungen; Gießen
- Mechtersheimer 1971, Alfred: Der Militärisch-Industrielle Komplex in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland, in: apuz B 28/1971
- Mechtersheimer 1977, Alfred: Rüstung und Politik in der Bundesrepublik. MRCA Tornado. Geschichte und Funktion des größten westeuropäischen Rüstungsprogramms; Bad Honnef
- Miller 1974, Susanne: Die SPD vor und nach Godesberg; Bonn-Bad Godesberg
- Morgenthau 1964, Hans J.: The four Paradoxes of Nuclear Strategy, in: The American Political Science Review, Vo. LVIII
- Müller 1978, Martin: Konzeption und Akteur. Die Entwicklung der MBFR-Politik der Bundesrepublik zwischen 1968 und 1971, in: Haftendorn 1978
- Müller ³1978a), Martin: Die Theorie der kooperativen Rüstungssteuerung, in Schwarz K.D. ³1978
- Müller-Rommel 1982, Ferdinand: Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969-1980; Opladen
- Münch 1983, Matthias: Bundeswehr - Gefahr für die Demokratie? Zum Verhältnis von Militär, Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik; Köln
- Mutz 1982, Reinhard: MBFR oder ist die europäische Rüstungskontrolle am Ende?, in: Seidemann 1982a)
- Mutz 1983, Reinhard (Hrsg.): Die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa (MBFR). Chronik, Glossar, Dokumentation, Bibliographie 1973-1982; Baden-Baden
- Mutz 1984, Reinhard: Konventionelle Abrüstung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und MBFR; Baden-Baden
- Nerlich ³1978, Uwe: Nukleare Abschreckung in Europa - Einige Probleme der Verbesserung der NATO-Fähigkeiten, in: Schwarz K.D. ³1978
- Nowka 1973, Harry: Das Machtverhältnis zwischen Partei und Fraktion in der SPD; Berlin
- Opitz 1973, Eckhardt: Der lange Weg nach Helsinki. Zur Vorgeschichte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in: NG 3/1973
- Osterroth, Franz/ Schuster, Dieter ²1978: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Band III. Nach dem Zweiten Weltkrieg; Berlin, Bonn
- Portner 1976, Dieter: Bundeswehr und Linksextremismus; München, Wien
- Portner, Dieter/ Schulz, Georg ²1976: Sein oder Nichtsein. Die Bundeswehr im Fadenkreuz der Kritik. Mit Vorwort von Georg Leber; Regensburg
- Pressedienst Demokratische Initiative, PDI 1974: Bundeswehr in der Demokratie - Macht ohne Kontrolle?; FaM/Köln

- Puzicha, Klaus/ Schatz-Bergfeld, Marianne 1980: Bedingungen politischer Sozialisation. Untersuchungen zur politischen Bildung von Soldaten, 2 Teile; Bonn
- Raven 1966, Wolfram von (Hrsg.): Armee gegen den Krieg. Wert und Wirkung der Bundeswehr; Stuttgart-Degerloch
- Rilling 1970, Rainer: Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD; Köln
- Rilling 1972, Rainer: Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis, in: Bl. f. dt. u. internat. Pol. 4/1972
- Rosenau 1967, James N.: Foreign Policy as an Issue-Area, in: Rosenau 1967a) Rosenau 1967a), James N. (Hrsg.): Domestic Sources of Foreign Policy; New York
- Ruehl 1973, Lothar: Beiderseitige Truppenverminderungen in Europa. Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen von MBFR-Verhandlungen, in: EA 28/1973
- Ruehl ³1978, Lothar: SALT-Verhandlungen und Problematik der Begrenzung strategischer Rüstungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, in: Schwarz K.D. ³1978
- Ruehl 1982, Lothar: MBFR: Lessons and Problems, in: Adelphi paper No. 167
- Schatz 1970, Heribert: Der parlamentarische Entscheidungsprozeß. Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im Deutschen Bundestag; Meisenheim a. Glan
- Scheuch 1967, Erwin K.: Die NPD in der Bundesrepublik, in: NG 1967, S. 292ff.
- Schenck 1972, Guntram von: Hochschulen der Bundeswehr, in: NG 7/1972
- Schilling 1973, Walter: Die Formel von der gleichen Sicherheit. Sowjetische Haltung zu MBFR, in: NG 11/1973
- Schilling 1977, Walter: Geschichte und Stand der Diskussion von MBFR, in: NG 3/1977
- Schlumberger 1977, Hella (Hrsg.): Bundeswehr im Zwielicht. Fakten - Dokumente - Analysen; München, Hamburg
- Schmid 1972, Fred: Der Militär-Industrie-Komplex; FaM
- Schmid ²1980, Günther: Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/70; Köln
- Schmidt 1975, Manfred G.: Staatsapparat und Rüstungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland (1966-1973). Schranken und Folgeprobleme der Staatsinterventionspolitik im Militär- und rüstungssektor; Gießen, Lollar
- Schmückle 1971, Gerd: Kommiß a.D. Kritische Gänge durch die Kasernen; Stuttgart
- Schmückle 1982, Gerd: Ohne Pauken und Trompeten. Erinnerungen an Krieg und Frieden; Stuttgart
- Schubert 1978, Klaus von: Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977, Teil 1; Köln

Schubert 1979, Klaus von: Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977, Teil 2; Köln

Schubert 1981, Klaus von: Hochschulen der Bundeswehr und Innere Führung, in: Zuber 1981

Schulz 1977, Hans Juergen: Militarismus und Kapitalismus in der Bundesrepublik; FaM

Schulz 1977, Karl-Ernst (Hrsg.): Militär und Ökonomie. Beiträge zu einem Symposium; Göttingen

Schulz 1982, Karl-Ernst: Die Neuordnung von Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr - eine Zwischenbilanz nach 10 Jahren; Baden-Baden

Schwarz, Günter/ Lutz, Dieter S. 1980: Sicherheit und Zusammenarbeit - Eine Bibliographie zu MBFR, SALT und KSZE; Baden-Baden

Schwarz, Hans Peter 1977: Bilanz der bisherigen Entspannung, in: Domes 1977, Alfred (Hrsg.), Entspannung. Krise und Hoffnung. X. Internationale Konferenz der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.; Bonn u.a.

Schwarz, Hans-Peter/ Meissner, Boris 1979 (Hrsg.): Entspannungspolitik in Ost und West; Köln u.a.

Schwarz ³1978, Klaus Dieter: Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit; Bad Honnef - Erpel

Schweigler 1982, Gebhard: Von Kissinger zu Carter. Entspannung im Widerstreit von Innen- und Außenpolitik; München u. Wien

See 1972, Hans: Volkspartei im Klassenstaat. Das Dilemma der innerparteilichen Demokratie; Reinbek

Seidelmann 1977, Reimund: Politische Reformen in der Bundeswehr, in: NG 11/1977

Seidelmann 1982, Reimund: Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Entstehungsursachen, Konzepte und Perspektiven; FaM/New York

Seidelmann 1982a, Reimund (Hrsg.): Der demokratische Sozialismus als Friedensbewegung; Essen

Seidler, Franz. W./ Reindl, Helmut 1971 (Hrsg.): Die Wehrpflicht. Dokumentation zu Fragen der allgemeinen Wehrpflicht, der Kriegsdienstverweigerung und der Wehrgerechtigkeit; München - Wien

Seidler, Franz. W./ Reindl, Helmut 1973: Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst, Wehrgerechtigkeit; Bonn

Senghaas 1972, Dieter: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle. Über den dynamischen Gebrauch von Politik; Stuttgart u.a.

Senghaas, Dieter/ Rittberger, Volker/ Luber, Burkhard 1973: MBFR: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle?, in: apuz B 13/1973

Simon 1980, Ulrich: Die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft. Das Ringen um die Innere Führung; Heidelberg, Hamburg

- Sláma 1980, Jiri: Technologische Lücke und Technologietransfer zwischen Ost und West, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80
- Sonntag 1982, Philipp (Hrsg.): Rüstung und Ökonomie; FaM
- Spannocchi, Emil/ Brossollet, Guy 1976: Verteidigung ohne Schlacht; München, Wien
- Stankovsky 1980, Jan: Handels- und Kreditbeziehungen zwischen Ost und West, in: DGFK-Jahrbuch 1979/80
- Steinhoff 1978, Johannes: Wohin treibt die NATO? Probleme der Verteidigung Westeuropas; München
- Stratmann 1981, K. Peter: NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa; Baden-Baden
- Studiengruppe Militärpolitik 1974 (Hrsg.): Ein Anti-Weißbuch. Materialien für eine alternative Sicherheitspolitik; Reinbek
- Studiengruppe Militärpolitik 1980 (Hrsg.): Aufrüsten, um abzurüsten? Informationen zur Lage. Friedensforscher reagieren auf die internationale Krise; Reinbek
- Studnitz 1967, Hans Georg von: Rettet die Bundeswehr!; Stuttgart
- Stützle 1983, Walther: Politik und Kräfteverhältnis; Herford
- Thielen 1970, Hans-Helmut: Der Verfall der Inneren Führung. Politische Bewußtseinsbildung in der Bundeswehr; FaM
- Thüsing, Klaus/ Klönne, Arno/ Hesse, Larl-Ludwig 1981 (Hrsg.): Zukunft SPD. Aussichten linker Politik in der Sozialdemokratie; Hamburg
- Trautmann 1975, Helmut: Innerparteiliche Demokratie im Parteienstaat; Berlin
- Uhle-Wettler ³1981, Franz: Gefechtsfeld Mitteleuropa. Gefahr der Übertech-
nisierung von Streitkräften; Gütersloh
- Verteidigung im Bündnis ²1975: Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950-1972, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt; München
- Vetter 1976, Heinz O.: Organisierte Arbeitnehmerschaft und bewaffnete Macht. Referat des DGB-Vorsitzenden vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg am 30.6.1976, in: Schubert 1979
- Vogt ³1978, Wolfgang R.: Theoretische und ideologische Konzepte zum Verhältnis von Militär und Gesellschaft. Eine konfliktanalytische Aufbereitung der Integrationsproblematik als Faktor der Sicherheitspolitik, in: Schwarz K.D. ¹1978
- Walpuski, Günter/ Wolf, Dieter A.O. 1978: Der "Militärisch-Industrielle-Komplex", in: apuz B 14/1978
- Walter 1980, Alfred (Hrsg.): SALT - ein Schritt zur Rüstungsbegrenzung? Eine Dokumentation; Waldkirch

Weizsäcker ²1971, Carl Friedrich von (Hrsg.): Kriegsfolgen und Kriegs-
verhütung; München

Weizsäcker 1976, Carl Friedrich von: Wege in der Gefahr. Eine Studie
über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung; München

Wettig ³1978, Gerhard: Die sicherheitspolitische Dimension der Konferenz
für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa KSZE, in: Schwarz K.D. ³1978

Wilker 1977, Lothar: Die Sicherheitspolitik der SPD 1956-1966. Zwischen
Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung; Bonn-Bad Godesberg

Wörner 1972, Manfred: Die Bundeswehrhochschulen - eine Zwischenbilanz,
in: Politische Studien 6/1972

Wolf 1979, Dieter O.A.: Die Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaf-
fen, in: apuz B 18/1979

Zellentin 1976, Gerda (Hrsg.): Annäherung, Abgrenzung und friedlicher
Wandel in Europa; Boppard

Zoll 1979, Ralf (Hrsg.) Wie integriert ist die Bundeswehr? Zum Verhältnis
von Militär und Gesellschaft in der Bundesrepublik; München

Zuber 1981, Hubertus (Hrsg.): Innere Führung in Staat, Armee und Gesell-
schaft; Regensburg

Zündorf 1979, Benno: Die Ostverträge. Die Verträge von Moskau, Warschau,
Prag, das Berlin-Abkommen und die Verträge mit der DDR; München

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA	Auswärtiges Amt	
ABM	Anti-Ballistic-Missile(s)	Abwehrrakete gegen ballistische Flugkörper
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency	Rüstungskontroll- und Abrüstungsamt
ADM	Atomic Demolition Munition	Atomare Sperrmunition
AD-70	Study on Alliance Defence Problems in the 1970s	Studie über Verteidigungsprobleme der Allianz in den 70er Jahren
AVA	Abkommen zur Verhütung von Atomkriegen	
AWACS	Airborne (Early) Warning and Control System	Luftgestütztes (Früh-) Warn- und Führungssystem
BMVg	Bundesminister(ium) der Verteidigung	
BND	Bundesnachrichtendienst	
BT	Bundestag, stenographische Berichte der Verhandlungen	
BT Dr.s.	Bundestagsdrucksachen	
BW	Bundeswehr	
BWB	Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung	
CM	Cruise Missile	Marschflugkörper
DGFK	Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung	

DPC	Defence Planning Committee	Verteidigungsplanungs- ausschuß der NATO
EDIP	European Defence Improvement Program	Europäisches Verstärkungs- programm für die NATO- Verteidigung
EG	Europäische Ge- meinschaft	
EloKa	Elektronische Kampfführung	
EP 14	Einzelplan 14 (Verteidigungs- haushalt)	
EPZ	Europäische Poli- tische Zusammen- arbeit	
FBS	Forward Based Systems	Vorne dislozierte Atomwaffenträger
Flak	Kanonenflugabwehr	
FlaRak	Raketenflugabwehr	
FüB	Führungsstab der Bundeswehr	
FüS	Führungsstab der Streitkräfte	
GG	Grundgesetz	
GLCM	Ground-Launched Cruise-Missile(s)	Landgestützte(r) Marschflugkörper
HSBW	Hochschule der Bundeswehr	
IABG	Industrieanlagen- Betriebsgesell- schaft m.b.H.	
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile(s)	Interkontinentalrakete(n)

IISS	The International Institute for Strategic Studies	Internationales Institut für Strate- gische Studien, London
InFü	Innere Führung	
IPS	Informations- und Pressestab des BMVg	
IRBM	Intermediate-Range Ballistic Missile(s)	Ballistische(r) Flug- körper mittlerer Reich- weite, Mittelstrecken- rakete
KDV	Kriegsdienstverwei- gerung	
KPz	Kampfpanzer	
KRSt	Kooperative Rüstungssteuerung	
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zu- sammenarbeit in Europa	
LTDP	Long Term Defence Program	Langfristiges Verteidi- gungsprogramm
MAD	1. Militärischer Abschirmdienst 2. Mutual Assured Destruction	2. Beiderseits gesicherte Vernichtungsfähigkeit
MBFR	Mutual Balanced Force Reductions	Beiderseitig ausgewogene Truppenverminderungen
MIK	Militärisch-indu- strieller Komplex	
MLF	Multilateral (Nuclear) Force	Multilaterale (Atom-) Streitmacht
MRBM	Medium-Range Ballistic Missile(s)	Ballistische Mittel- streckenrakete(n)

MRCA	Multi-Role Combat Aircraft	Mehrzweckkampfflugzeug Tornado
NATO	North Atlantic Treaty Organization	Nordatlantikpakt Organisation
NDAC	Nuclear Defence Affairs Committee	Ausschuß für nukleare Verteidigungsfragen der NATO
NIAG	NATO Industrial Advisory Group	NATO-Industriieberater- gruppe
NPG	Nuclear Planning Group	Nukleare Planungsgruppe der NATO
NV-Vertrag	Nichtverbreitungs- vertrag	
PAH	Panzerabwehrhub- schrauber	
PT	Parteitag	
Pz	Panzer	
REFORGER	Redeployment of Forces to Germany	Rückverlegung von Streit- kräften in die Bundesre- publik Deutschland
RPV	Remotely Piloted Vehicle(s)	Ferngelenktes unbemanntes Flugzeug
RüAK	Rüstungswirtschaft- licher Arbeitskreis	
SALT	Strategic Arms Limitation Talks	Gespräche über die Be- grenzung strategischer Waffen
SIPRI	Stockholm Inter- national Peace Research Institute	Internationales Friedens- forschungsinstitut Stockholm
SLBM	Sea- (Submarine-) Launched Ballistic Missile(s)	See- (U-Boot-)gestützte ballistische Rakete(n)
SOWI	Sozialwissenschaft- liches Institut der Bundeswehr, München	
SS-	Surface-to-Surface-	Boden-Boden-

SUGAR	Strategy of Unlimited Growth of Armament Race	Strategie der unbegrenzten atomaren Rüstung
TNF	Theater Nuclear Forces	Nuklearkräfte in und für Europa
TNW	Theater (Tactical) Nuclear Weapons	Nukleartaktische Gefechtsfeldwaffen
TOW	Tube-Launched, Optically Tracked, Wire-Guided Anti-tank Missile(s)	Panzerabwehrrakete
UN	United Nations	Vereinte Nationen
UNO	UN Organization	Organisation der Vereinten Nationen
WB	Weißbuch	
WEU	Westeuropäische Union	
WINTEX	Winter Exercise	Winterübung
WP	Warschauer Pakt	
WVO	Warschauer Vertragsorganisation	
ZDv	Zentrale Dienstvorschrift	

Zum Autor:

Der Autor Robert Hellmuth Hofmann wurde am 24.3. 1948 in Bayreuth geboren. Er besuchte dort von 1954-58 die Grundschule St. Georgen, von 1958-1967 das Graf-Münster-Gymnasium, an dem er 1967 die Reifeprüfung ablegte. Nach der bestandenen Aufnahmeprüfung an der Staatlichen Hochschule für Musik in München studierte er im Hauptfach Geige bis zur Künstlerischen Staatsprüfung 1971/72. Ab 1974 nahm er das Studium der Fächer Politische Wissenschaft, Bayerische Geschichte und Osteuropäische Geschichte an der Ludwigs-Maximilians-Universität in München auf, das er im WS 1978/79 mit dem Magisterexamen abschloß. Von 1984-1986 arbeitete er (gefördert durch ein Promotionsstipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung) an der vorliegenden Dissertation, die im WS 1986/87 am Lehrstuhl Prof. Dr. Sontheimer (Geschwister-Scholl-Institut der Universität München) angenommen wurde. Die Promotion wurde insgesamt mit der Note "magna cum laude" (= sehr gut) bewertet. Seine akademischen Lehrer waren v.a. die Professoren Sontheimer, Ballestrem, Bosl, Glassl und Bartl. Beruflich verfügt der Autor über Erfahrungen als Geiger, Musiklehrer, Journalist und in der politischen Erwachsenenbildung.

